
3 1761 04378 4693

Die Lügen
unserer
Sozialdemokratie.

Nach amtlichen Quellen

enthüllt und widerlegt

von

Hans Blum.

„Zeigt man uns, daß die thatsächlichen Verhältnisse anders sind, als wir sie schildern, dann ist die Sozialdemokratie nichts, dann sind wir die Lügner, die Betrüger, als welche man uns hinstellt.“

Wilhelm Liebknecht.

(Stenogr. Berichte d. deutschen Reichstags 1875/6, S. 1087, Spalte 1.)

Wismar.
Hinstorff'sche Hofbuchhandlung, Verlagsconto.
1891.


LIBRARY
SEP 1 7 1969
UNIVERSITY OF TORONTO

Inhalt.

Die Lügen unserer Sozialdemokratie.

Seit der Reichstagswahlbewegung, welche dem 20. Februar 1890 voranging, und namentlich seit dem sozialdemokratischen Parteikongreß zu Halle im Oktober 1890, hat unsere Sozialdemokratie eine neue Taktik aufgestellt, welche abzielt auf den Stimmenfang und auf die Bethörung der urtheilslosen und ungebildeten Massen; hauptsächlich aber zum Zwecke hat, die Werbung von Anhängern unter der Landbevölkerung, also den Bauernfang im Großen.

Diese neue Taktik ist die Taktik der Lüge.

Die sozialistische Lügentaktik ist in ein förmliches System gebracht.

Dieses System versucht zunächst, die geschichtliche Entwickelung und die Lehre der Sozialdemokratie als das Edelste, Ruhmreichste, Unschuldigste, Selbstverständlichste und Gerechteste hinzustellen, was Menschengeschichte kennt.

Sodann malt unsere Sozialdemokratie den kommunistischen Zukunftsstaat in den glänzendsten Farben, als ein Schlaraffenland, in welchem alle Noth und Sorge aufhört, in welchem insbesondere Liebe und Ehe, Familie, Haushalt und Kindererziehung auf dem denkbar höchsten Gipfel der Vollkommenheit stehen werden.

Weiter sind unsere Sozialdemokraten seit der Wahlbewegung vom Januar und Februar 1890 auch plötzlich vortreffliche Deutsche geworden; erfüllt von glühender Vaterlandsliebe, voll schwärmerischer Anhänglichkeit an Kaiser und Reich; allezeit bereit, ihr Blut dafür zu verspritzen; ebenso eifersüchtige Wächter und Hüter unserer sozialen Macht und Größe — namentlich Frankreich gegenüber — als der Würde des Reichstags. Wir brauchen, um uns von der Wahrheit dieser Versicherungen zu überzeugen, gar nichts zu thun als das Eine — ihnen zu glauben.

Auch denkt unsere Sozialdemokratie nicht im Traume an gewaltsamen Umsturz. Sie will keine Revolution und hat sie nie gewollt. Die Zertrümmerung der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung, die Enteignung alles Privateigenthums, einschließlich alles Grund und Bodens, aller Gebäude, Maschinen, Werkzeuge u. s. w.

wird sich mit der größten Gemüthlichkeit vollziehen. Es wird nämlich, wie das amtliche Blatt versichert, „eines schönen Tages zwölf Uhr schlagen", und dann wird der herrliche Kommunistenstaat fix und fertig dastehen; und was dann, nachdem es so viel geschlagen hat, von der heutigen bürgerlichen Gesellschaft noch übrig bleibt, das wird, unter Zurücklassung und Ablegung seiner Stöcke, Regenschirme, Ueberzieher, und seines sonstigen Privateigenthums, freudig bewegt in dieses Paradies einziehen.

Nicht minder ist die Religion unserer Sozialdemokraten bisher aufs Ungerechteste verkannt und verleumdet worden. Sie sind durchaus nicht religionslos oder gar atheistisch. Sie lieben ja die Menschen — allerdings mit Ausnahme der Besitzenden — aufs innigste, und wollen auch nur das Beste der Besitzenden, wenigstens das, was sie für das Beste der Besitzenden halten — deren Privateigenthum. Unsere Sozialdemokraten sind also im Gegentheil sehr religiös. Nur behalten sie sich kleine Freiheiten der Begriffsbestimmung darüber vor, was man unter Gott, Religion, Glaube, Kirche u. s. w. zu verstehen habe, und überall da, wo ihre eigenen Begriffe von diesen Dingen und unsere Begriffe voneinander abweichen, begnügen sie sich damit, recht zu haben und uns wegen der bei uns hervortretenden „unwissenschaftlichen Gehirnvergiftung" zu bemitleiden.

Endlich ist die Arbeiterfreundlichkeit unserer Sozialdemokraten so wunderbar entwickelt, daß „alle anderen Parteien ihr gegenüber nur eine reaktionäre und arbeiterfeindliche Masse bilden". Die schöne Eigenart und Richtung dieser Arbeiterfreundlichkeit zeigt sich zunächst in der Einwirkung unserer Sozialdemokratie auf die seelische Grundstimmung unserer Arbeiter, namentlich in dem steten heißen Bemühen dieser Partei, jeden Ansatz von Haß und Neid gegen die Besitzenden und Reichen aus der Seele der Arbeiter auszurotten; herzliche Liebe und Dankbarkeit ihrem Arbeit- und Brotgeber gegenüber in ihnen zu pflegen; Zufriedenheit, Treue und Redlichkeit bei ihnen zu erhöhen; von vertragswidrigen Arbeitseinstellungen abzumahnen; unsere Arbeiter zu belehren über den unschätzbaren sittlichen Werth aller Arbeit; sie aufzuklären über den frevelhaften Schwindel, welcher siebenundzwanzig Jahre hindurch mit dem sogenannten „ehernen Lohngesetz" getrieben wurde, und die Volksverführer zu brandmarken, welche diesen nichtswürdigen Schwindel getrieben haben. Diese großartige Arbeiterfreundlichkeit unserer Sozialdemokratie bekundet sich aber weiter dadurch, daß die Führer und Agitatoren für ihre hingebende Thätigkeit keinerlei Gegenleistung von den Arbeitern beziehen, den „Schweißgroschen" unbesteuert lassen und ihn mit Entrüstung zurückweisen, wenn er freiwillig geboten wird. Am großartigsten zeigt sich aber die Arbeiterfreundlichkeit unserer Sozial-

demokratie an ihrem parlamentarischen Wirken von 1867 bis 1891. Was sie da geleistet hat — soweit ihre Abgeordneten nicht ihre Eisenbahnfreikarten benutzten, um Reden außerhalb des Reichstags an das Volk zu halten, während die übrigen Parteien im Reichstag an der Befreiung des Arbeiterstandes arbeiteten — wird uns Alle in Erstaunen setzen. Nämlich gar nichts!

Das Alles sagen wir selbstverständlich ohne jeden Anflug von Ironie — denn es ist die einfache, fast stenographietreue Wiedergabe dessen, was wir aus dem Munde sozialistischer Agitatoren im Laufe der letzten anderthalb Jahre gelesen und persönlich gehört haben, persönlich gehört in mancher Wahlversammlung in Westfalen, Thüringen, Magdeburg und im ganzen Königreich Sachsen.

Der selige Wilhelm Rüstow schrieb einmal in seinem Buche über den von ihm selbst mitgemachten Feldzug Garibaldi's gegen Neapel und Sizilien, an der Stelle, wo Rüstow von seinem eigenen tollkühnen Handstreich gegen die Festung Gaëta berichtet: „Ich suchte durch Dreistigkeit des Angriffs zu ersetzen, was mir an wirklicher Stärke abging." Unsere Sozialdemokratie handelt nach dieser Taktik, wenn sie auch nicht verräth, „was ihr an wirklicher Stärke abgeht", sondern so thut, als sei sie die erste Großmacht der Erde. Ihre Stärke ist einzig und allein ihre Lüge. Auf diese allein setzt sie ihre Hoffnung.

Wenn täglich hundert Agitatoren der Sozialdemokratie in hundert größeren oder kleineren Volksversammlungen im ganzen Deutschen Reiche den urtheils- und kenntnißlosen Massen in so verlockender Weise, wie vorstehend dargelegt, die Entwickelung und Lehre, den Zukunftsstaat, die Vaterlandsliebe, den gesetzlichen Sinn, die Religion und Arbeiterfreundlichkeit ihrer Partei rühmen, so sagt sich der gemeine Mann: „Etwas muß doch wohl dran wahr sein, aber Du möchtest wohl wissen, wieviel?"

Gar nichts ist daran wahr, lieber Freund! Alles ist erfunden und erlogen! — —

„Beweise — Beweise!" schreien die sozialistischen Massen der Volksversammlungen auf Kommando, so oft man ihnen sagt, daß ihre Redner lügen, oder auch nur, daß diese Agitatoren unwissentlich die Unwahrheit sagen.

„Beweise?!"

Wir könnten diese zunächst von Euch verlangen: Beweise nämlich für die Wahrheit Eurer Behauptungen. Aber wir halten uns bei diesem Etiketten-Streit um den Vortritt oder um die Beweislast nicht auf. Wir würden dabei doch nur verlieren, wenn wir auf Eure Beweise warten und mit den unseren zurückhalten wollten. Denn statt uns die schuldigen Beweise für Eure bisherigen unwahren Behauptungen zu liefern, würdet Ihr nur immer neue

Lügen herbeischleppen, und dadurch in immer weiteren Kreisen des Volkes den Eindruck hervorrufen, welchen vorhin eine einfältig-vertrauende Seele in die Worte faßte: „Etwas muß wohl dran wahr sein." Das will sagen: „Alles kann unsere Sozialdemokratie doch nicht aus der blauen Luft greifen."

Da irrst Du Dich aber gewaltig, lieber Freund. Ich wiederhole: Gar nichts ist daran wahr. Und die blaue Luft ist die einzige Bezugsquelle für die Grundlehren, den Zukunftsstaat, die Vaterlandsliebe, die gesetzliche Gesinnung, die Religion, die Arbeiterfreundlichkeit unserer Sozialdemokratie."

Ich behaupte das nicht blos, wie unsere Sozialdemokratie ihrerseits Alles behauptet, statt jemals das Geringste zu beweisen; sondern ich beweise es Schritt für Schritt, Wort für Wort. Die Sammlung dieser Beweise ist die Arbeit von vielen Jahren: eigenen Antheils an der parlamentarischen Arbeit des Norddeutschen Reichstags und Deutschen Zollparlaments von 1867—1870; meiner Zugehörigkeit zum Vorstand des nationalliberalen Vereins für das Königreich Sachsen von 1867 bis jetzt; meiner Thätigkeit als Redakteur der „Grenzboten" von 1871 bis Ende 1878; meiner steten aufmerksamen Verfolgung des Treibens unserer Sozialdemokratie von 1863 bis heute. Auch war für diese Arbeit nicht unwichtig die persönliche Beurtheilung der sozialistischen Führer von ehedem und heute. Dabei konnte ich mich aber stützen auf die zufällige Thatsache, daß ich einen großen Theil von ihnen persönlich kennen lernte, so Lassalle, von Schweitzer, Vahlteich, Fritzsche, Hasenclever, Dammer, Schraps, Mende, Försterling, Liebnecht, Bebel, Bracke u. A. Weiter wurde die Vollständigkeit meiner Beweise gefördert durch meinen Trieb, Alles zu sammeln, was die soziale Frage anlangt; und dieser Trieb wurde in großartiger Weise unterstützt durch die Schätze der herrlichen Bibliotheken, welche die Stadt Leipzig bietet, einschließlich der Bibliothek des Reichsgerichts. Die letzten Beiträge zu dieser Sammlung lieferte endlich mein lebhafter Antheil an den Wahlkämpfen von 1887 und 1890 und einigen Nachwahlen des Jahres 1891.

In mancher Redeschlacht vor Tausenden von Zuhörern, oftmals umbrüllt und bedroht von Hunderten „zielbewußter" Genossen der deutschen Sozialdemokratie, in Bochum, in der sächsischen Lausitz, in Sonneberg, in Crimmitschau, in Magdeburg, in Saalfeld, im sächsischen Erzgebirge und Vogtland, in Gelsenkirchen und in den Industriestädten der hinteren sächsischen Schweiz, in Wattenscheid und in Camburg, in den großen Heerden der Sozialdemokratie des Leipziger Reichstagswahl-Landkreises, und in Pößneck, habe ich mir schon mit einem kleinen Theile der nachstehend mitgetheilten Beweise die unwillige aber sichtlich staunende lautlose Aufmerksam-

keit durchaus „zielbewußter“ Genossen unserer Sozialdemokratie erzwungen. Die Leute, welche mit dem lieben Gott, der heutigen Gesellschaft, dem deutschen Vaterlande u. s. w. „einfach fertig“ sind, wurden sehr kleinlaut und knickten förmlich zusammen unter der Wucht der Streiche, welche nicht ich, sondern meine schlichten Beweise ihnen und ihrer Partei, vor Allem ihren Führern, verabreichten. Aber dann erinnerten sie sich offenbar der Landsknechtverse in Wallensteins Lager:

Warum dürfen wir ihrer lachen?
Weil wir einen furchtbaren Haufen ausmachen,

und im Bewußtsein ihrer Masse schrieen sie dann wieder höhnisch und wild: „Wo steht das?“

Ich konnte darauf, je nach dem Fall, erwidern: „Hier steht es! In den stenographischen Berichten des Deutschen Reichstages, und zwar in den von mir wörtlich vorgetragenen Reden Eurer sozialdemokratischen Führer und Abgeordneten; Reden, welche die Herren selbst sorgfältig durchkorrigirt haben, ehe sie in Druck gingen“. Oder: „in den amtlichen Protokollen der sozialdemokratischen Jahres-Versammlungen und Kongresse“. Oder: „in den amtlichen Blättern Eurer Partei da und da, ich nenne Euch Jahrgang, Nummer und Seite. Schlagt nach“. Oder endlich: „in den Euch genau bezeichneten Druckschriften Eures rothen Dalai Lama Karl Marx oder Eurer hervorragendsten Führer; in Schriften, welche die ganze Partei, ohne jede Ausnahme und ohne jeden Widerspruch, bis zum heutigen Tage zu den sogenannten „klassischen Werken“ und zum eisernen Bestand Eurer Partei zählt.“

Aus diesen amtlichen Quellen allein ist auch die nachstehende Darstellung der Irrthümer und Lügen unserer Sozialdemokratie geschöpft. Jede einzelne dieser Quellen ist bei jedem im Wortlaut angeführten Ausspruch mit der Band- und Seitenzahl zur Nachschlagung bereitgestellt. Wenn ausnahmsweise einmal eine Privatarbeit benutzt wird, so ist der Nachweis ihrer besonderen Glaubwürdigkeit geführt.

Trotz dieser langjährigen Sammelarbeit für dieses kleine volksthümliche Werk, bin ich weit entfernt von der Meinung oder Ueberhebung, daß ich die Quellen zur richtigen Beurtheilung unserer Sozialdemokratie irgendwie vollständig hätte zusammentragen können. Das übersteigt durchaus die Kräfte eines Einzelnen, namentlich eines Mannes, welcher, wie ich, tagsüber seinem Anwaltsberuf obliegen muß, und nur die Abende, die Sonn- und Feiertage für solche Studien und für seine öffentlichen Pflichten frei hat.

Aber das, was ich gesammelt habe, bildet immerhin ein ansehnliches Rüstzeug zur Enthüllung und Widerlegung der Lügen unserer Sozialdemokratie. Seine Veröffentlichung erschien mir eine

Art von allgemeiner Volksbewaffnung zur Stärkung der allgemeinen Wehrpflicht und Widerstandskraft in dem schwersten, gerechtesten und heiligsten Kampfe unserer Tage, und daher als eine gebieterische Pflicht. Denn ich glaube dadurch jeden unserer deutschgesinnten Mitbürger, jede deutsche Frau in Stadt und Land — mögen sie im Uebrigen irgendwelcher politischen, religiösen oder ökonomischen Partei, irgendwelchem Stand oder Beruf angehören, über irgend welches Bildungsmaß verfügen — in den Stand zu setzen, die Irrlehren und Lügen unserer Sozialdemokratie in jedem Punkte und in jeder Behauptung erfolgreich zu widerlegen, wo immer sich ihnen die Gelegenheit dazu bietet. Dieses löbliche und nothwendige Ziel erreicht, soviel ich beurtheilen kann, kein einziges der bisher veröffentlichten Werke. Mein Streben und Wunsch war daher, meiner Schrift die größtmögliche Verbreitung in allen Ständen und Klassen unseres Volkes zu geben.

Der Inhalt dieser Schrift folgt naturgemäß den oben vorgetragenen Hauptlügen unserer Sozialdemokratie.

Ich beginne mit einer kurzen Geschichte der Entwickelung der sozialdemokratischen Partei und schließe daran eine kritische Beleuchtung ihrer Grundlehren. Wir gewinnen daraus den ersten Hauptabschnitt unseres Werkes:

Geschichte der Entwickelung unserer sozialdemokratischen Partei und ihrer Lehre.

Dann folgt die Aufzählung und Prüfung der Hauptlügen dieser Partei:

Ihr Zukunftsstaat, insbesondere:
Liebe, Ehe, Haushalt, Familie, Kindererziehung im Zukunftsstaate.
Ihre Vaterlandsliebe.
Ihr gesetzlicher Sinn („Wir wollen keine Revolution!").
Ihre Religion.
Ihre Arbeiterfreundlichkeit.

Und nun mag das Werkchen hinausziehen und selbst für sich reden und wirken! Es trägt eine Kraft in sich, welche stärker ist, als alle Verführungs- und Verhetzungskunst unserer Sozialdemokratie: Die Kraft der Wahrheit! Und diese wird und muß den Sieg behalten!

Die Entwickelung unserer Sozialdemokratie und ihrer Lehre

von 1863 bis 1891.

„Wir sind viel abgebrühter, als Sie glauben."
Wilhelm Hasenclever.
(Stenogr. Ber. des deutschen Reichstags v. 17. Febr. 1886 S. 1096.)

Inhalt.

Geschichte der Entwickelung unserer Sozialdemokratie und ihrer Lehre.

---

1. Ferdinand Lassalle.

Der Erste, welcher eine sozialistische Arbeiterpartei in Deutschland begründete, war Ferdinand Lassalle. Aus dem Wortlaut des „Statuts des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins", welcher unter seiner persönlichen Leitung in Leipzig am 23. Mai 1863 gegründet wurde, erhellt der Grundzug seines Wesens und der von ihm entfesselten Bewegung. Es lautet:

„Unter dem Namen ‚Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein' begründen die Unterzeichneten für die deutschen Bundesstaaten einen Verein, welcher, von der Ueberzeugung ausgehend, daß nur durch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht eine genügende Vertretung der sozialen Interessen des deutschen Arbeiterstandes und eine wahrhafte Beseitigung der Klassengegensätze in der Gesellschaft herbeigeführt werden kann, den Zweck verfolgt, auf friedlichem und legalem Wege, insbesondere durch das Gewinnen der öffentlichen Ueberzeugung, für die Herstellung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zu wirken." (Folgen Bestimmungen über die Organisation des Vereins.)

Dieses Statut zeigt deutlich die fundamentalen Unterschiede von der heutigen sozialdemokratischen Bewegung. Denn hiernach stand der Verein Lassalle's durchaus auf nationalem deutschem Boden. Er umfaßte nur Mitglieder deutscher Nationalität und nur zu „friedlichen und gesetzlichen" Zwecken, um nämlich von den staatlichen Gewalten der damaligen deutschen Bundesstaaten „das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht" zu erkämpfen. Von diesem Wahlrecht erwartete Lassalle und sein Verein, wie das Statut ausdrücklich und feierlich erklärt, nicht blos „eine genügende Vertretung der sozialen Interessen des deutschen Arbeiterstandes", sondern auch gleichzeitig „eine wahrhafte Beseitigung der Klassengegensätze der Gesellschaft".

Allerdings ist ja diese Forderung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts nicht Lassalle's einzige Forderung an den Staat

gewesen. Er verlangte Staatshilfe für Productiv=Associationen, welche nach und nach die gesammte Arbeiterwelt umfassen sollten, um die Arbeiter dem verhängnißvollen Drucke des sogenannten „ehernen Lohngesetzes“ zu entziehen, welchem Lassalle zu demagogisch=aufreizenden Zwecken einen wesentlich anderen Inhalt gegeben hatte, als die Wissenschaft und die Wirklichkeit.*) Immerhin aber hielt auch Lassalle selbst zweifellos dieses Gesetz in Zukunft für abwendbar sowohl durch die Gewährung des allgemeinen Stimmrechts (wie das Leipziger Statut beweist), als durch die Staatshilfe für Productiv=Associationen — für letztere forderte er noch nicht den zehnten Theil dessen, was heute das Deutsche Reich allein zur Verwirklichung seiner sozialpolitischen Gesetze aufbringt, beziehungsweise aufbringen wird. Aber vor Allem zeigt auch diese Forderung Lassalle's nach Staatshilfe zu Gunsten des Arbeiterstandes, daß Lassalle und dessen Verein ganz auf nationalem Boden stand. Er vertraute durchaus seinem deutschen Staat, seinem deutschen Volke.

Zahlreiche Stellen seiner Reden und Schriften bestätigen seine deutsche, selbst monarchische Gesinnung.

Wir führen nur einige der ihn und seine politische Ueberzeugung besonders kennzeichnenden Aussprüche an. Beim Ausbruche des französisch=italienisch=österreichischen Krieges im Frühling 1859 schrieb Lassalle eine Broschüre unter dem Titel: „Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens. Eine Stimme aus der Demokratie“, in welcher nahezu dieselben Gedanken entwickelt werden, welche die Staatskunst Bismarck's drei Jahre später auf ihren geheimsten Wegen in Thaten umzusetzen begann und bis 1870 an das letzte Ziel führte. Es heißt da:

„Jetzt wäre der Moment, während die Demolirung Oesterreichs sich schon von selbst vollzieht, für die Erhöhung Preußens in der deutschen Achtung zu sorgen. Jetzt wäre der Augenblick da, diese schwer blutenden Wunden Preußens seit der Demüthigung in Olmütz und der Wiederaufrichtung des österreichischen Bundestages zu heilen. Möge die preußische Regierung sich davon durchdringen: die Sterne winken günstig! ... Die Sympathie für Schleswig=Holstein, der Drang nach einer nationalen Stellung in der jetzigen Krise, der Durst nach nationaler Größe überhaupt, der Haß gegen Napoleon, die heiße, fiebernde Sehnsucht nach nationaler Einheit, alle diese Flammen würden zu einem Feuer zusammenschlagen, welches, sein Hinderniß selbst in seine Nahrung verwandelnd, mit jedem Widerstande nur wüchse, den man ihm entgegen stellte ... Und möge die preußische Regierung dessen gewiß sein: in diesem Kriege, der ebensowohl ein Lebensinteresse des deutschen Volkes als Preußens ist, würde die deutsche Demokratie selbst Preußens Banner tragen und alle Hindernisse vor ihm zu Boden werfen mit einer

---

*) Vgl. darüber den Abschnitt „Das eherne Lohngesetz“ in dem letzten Kapitel dieses Werkes „Ihre Arbeiterfreundlichkeit“.

Expansivkraft, wie ihrer nur der berauschende Ausbruch einer nationalen Leidenschaft fähig ist, welche seit funfzig Jahren komprimirt in dem Herzen eines großen Volkes zuckt und zittert."

Wann hätten die Wortführer unserer heutigen Sozialdemokratie, so lange sie dies sind, die Karl Marx, Bebel, Liebknecht u. s. w. jemals auch nur ein einziges Wort geschrieben oder gesprochen, welches eine so reine, ja glühende deutsche Vaterlandsliebe geathmet hätte, wie diese Worte Lassalles?

Aber auch dafür, wie er von seinem Staat, von seinem Königshause dachte, mögen wenigstens einige Belege angeführt werden. Als Angeklagter vor dem Kammergericht in Berlin, mitten in einer unlöslichen Kette von Verfolgungen Seiten seiner heimatlich-preußischen Staatsanwälte und Gerichte, im Mai 1863 erklärte er, daß er Alles vom Staat erwarte, „dem uralten Vestafeuer aller Civilisation". In derselben ungünstigen Rolle als Angeklagter sprach er vor demselben Gerichtshof im März 1864 von dem „Königthum, das, gestützt auf den Knauf des Schwertes, noch aus seinem ursprünglichen Teige geknetet, dasteht." Und in derselben Rede: „Ich verkündige Ihnen an diesem feierlichen Orte, es wird vielleicht kein Jahr mehr vergehen, und Herr von Bismarck hat die Rolle Robert Peel's gespielt, und das allgemeine und direkte Wahlrecht ist oktroyirt!" Noch offener und deutlicher schrieb er an seinen Vertrautesten, an Huber: „Von Kindesbeinen an bin ich Republikaner. Und trotzdem oder vielleicht gerade dadurch bin ich zu der Ueberzeugung gekommen, daß nichts eine größere Zukunft und eine segensreichere Rolle haben könnte, als das Königthum, wenn es sich nur eben entschließen könnte, soziales Königthum zu werden." Ja, der spätere Kommunist und sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete, der Buchhändler Bracke in Braunschweig (1880 gestorben), berichtet glaubhaft als Augenzeuge, daß Lassalle bei einer Festfeier des Berliner Zweiges seines Vereines gerufen habe: „Das aber versprecht mir, Freunde, wenn es je zum Kampfe kommen sollte zwischen dem Königthum von Gottes Gnaden auf der einen und dieser elenden Bourgeoisie" — gemeint ist vornehmlich die damalige Berliner Fortschrittspartei, mit welcher Lassalle, wie die Regierung, damals, während der „Konfliktszeit," in gleich bitterer Fehde lag — „auf der anderen Seite, dann schwört mir, daß Ihr auf Seite des Königthums stehen werdet, gegen die Bourgeosie!"

Niemand beobachtete die national-deutsche Richtung und die monarchische Haltung und Organisation des von Lassalle gegründeten allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins, sowie die nationale und monarchische Gesinnung des hochbegabten Führers selbst, mit tieferem Mißtrauen und Groll, als der Urfeind alles deutschen Wesens, Lassalles vormaliger Freund, der unfehlbare Dalai Lama unserer

heutigen Rothen, Karl Marx in London, von dessen Lebensgang, Anschauungen und Bestrebungen unten weiter die Rede sein wird. Lassalle hatte ihn noch 1862 in London besucht. Seit dem Beginn der von Lassalle entfesselten Arbeiterbewegung aber war eine stillschweigende Entfremdung zwischen ihnen eingetreten. In Berlin trat der treueste Jünger von Karl Marx, Wilhelm Liebknecht, zwar dem Lassalle'schen Verein bei. Aber er beobachtete und verfolgte aus dem scharfen Instinkt seines Preußenhasses jeden Schritt und jedes Wort Lassalles mit demselben hochgradigen Mißtrauen, wie Lassalle seinerseits diesen Kundschafter von Karl Marx. Der offene Bruch zwischen Lassalle und Marx ist wohl nur deshalb nicht eingetreten, weil Lassalle schon im August 1864 von der Bühne des Lebens plötzlich abtrat, in Genf im Duell erschossen wurde. Als aber 1870 der erste Band des Hauptwerkes von Karl Marx, „das Kapital" erschien, versetzte der vaterlandslose Kommunist dem deutsch-gesinnten Arbeiterführer noch im Grabe einen verächtlichen Fußtritt.

Zuvor schon wimmelte die von Marx und Liebknecht beeinflußte Presse von Verdächtigungen gegen Lassalle und seinen Verein. Namentlich wurden dieselben durch die Beschuldigung gebrandmarkt, daß Lassalle seine ganze Agitation im Einverständnisse, und wahrscheinlich im Solde, des Herrn von Bismarck angefangen und in Scene gesetzt habe, und daß diese Bewegung nach Lassalle's Tode in demselben hofsozialistischen Fahrwasser weiter segle. Diese Anschuldigungen wurden vierzehn Jahre später, 1878, von Herrn Bebel sogar auf die Tribüne des Reichstages geschleppt*). Und trotz der gründlichen Abfertigung, welche sie damals durch den Fürsten Bismarck selbst erfahren haben, und obwohl damals unsere Kommunisten sich mit den Lassalleanern längst vereinigt, d. h. diese auf den kommunistisch-revolutionären und vaterlandslosen Standpunkt der Ersteren bereits hinübergezogen hatten, so ist doch die Legende, daß Lassalle im Dienste Bismarck's gestanden habe, noch heute eine unerschütterliche Idiosynkrasie unserer Rothen. Deshalb muß hier, sowohl zur Widerlegung dieses Wahngebildes, als zur Charakteristik Lassalle's die sehr interessante Rede mitgetheilt werden, welche Fürst Bismarck auf Herrn Bebels Anzapfung damals hielt.**) Er sagte:

„Wenn Herr Bebel diese Zusammenstellung von Wahrem und Falschem selbst erfunden hätte, nun dann hätte er vielleicht Talent, Korrespondent der „Times" oder sonst einer größeren Zeitung zu werden!" Weiter S. 67 Sp. 2: „Lassalle selbst hatte ein dringendes Bedürfniß, mit mir in Beziehung zu treten, und ich habe es ihm auch gar nicht schwer gemacht. Ich habe ihn gesehen, und von dem Augenblicke an, wo ich mit ihm gesprochen, habe ich

*) Stenogr. Berichte des D. R.-T. Herbstsession 1878, S. 40/41.
**) Stenogr. Br. D. R.-T. Herbst 1878, S. 66 flg.

es nicht bereut. Ich habe ihn nicht in jeder Woche 3—4 Mal gesehen" (wie Herr Bebel behauptet hatte), „sondern im Ganzen dreimal, meinethalben viermal, ich weiß es nicht. Unsere Beziehungen konnten gar nicht die Natur einer politischen Verhandlung haben. Was hätte mir Lassalle bieten und geben können? Er hatte nichts hinter sich: bei allen politischen Verhandlungen ist das do ut des*) eine Sache, die im Hintergrunde steht, auch wenn man Anstandshalber nicht davon spricht. (Heiterkeit.) Wenn man sich aber sagen muß: was kannst Du armer Teufel geben? — er hatte nichts, was er mir als Minister hätte geben können. Was er hatte, war dagegen etwas, was mich als Privatmann außerordentlich anzog: er war einer der geistreichsten und liebenswürdigsten Menschen, mit denen ich je verkehrt habe, ein Mann, der ehrgeizig im großen Stile war, durchaus nicht Republikaner; er hatte eine sehr ausgeprägte nationale und monarchische Gesinnung, seine Idee, der er zustrebte, war das Deutsche Kaiserthum und darin hatten wir einen Berührungspunkt. Lassalle war ehrgeizig in hohem Stil, und ob das Deutsche Kaiserthum gerade mit der Dynastie Hohenzollern oder mit der Dynastie Lassalle abschließen sollte, das war ihm vielleicht zweifelhaft (große Heiterkeit), aber monarchisch war seine Gesinnung durch und durch. Aber diesen traurigen Epigonen, die sich jetzt mit ihm brüsten, hätte er ein quos ego zugeschleudert, sie mit Hohn in ihr Nichts zurückgewiesen und würde sie außer Stand gesetzt haben, seinen Namen zu mißbrauchen. Lassalle war ein energischer und sehr geistreicher Mensch, mit dem zu sprechen sehr lehrreich war; unsere Unterredungen haben stundenlang gedauert, und ich habe es immer bedauert, wenn sie beendet waren. Dabei ist es auch unrichtig, daß ich mit Lassalle auseinandergekommen sein soll in dieser Art von persönlichen Beziehungen, von Beziehungen persönlichen Wohlwollens, wie es sich zwischen uns gebildet hatte, indem er offenbar den angenehmen Eindruck hatte, daß ich in ihm einen Mann von Geist sah, mit dem zu verkehren angenehm war, und er seinerseits den angenehmen Eindruck hatte, daß ich ein intelligenter und bereitwilliger Hörer war. Von Verhandlungen war schon deshalb nicht die Rede, weil ich in unseren Unterhaltungen wenig zu Worte kam (Heiterkeit), er trug die Kosten der Unterhaltung allein, aber er trug sie in angenehmer und liebenswürdiger Weise, und Jeder der ihn kannte, wird mir in der Schilderung recht geben. Er war nicht der Mann, mit dem bestimmte Abmachungen über das do ut des abgeschlossen werden konnten, aber ich bedauere, daß seine politische Stellung und die meinige nicht gestatteten, viel mit ihm zu verkehren, aber ich würde mich gefreut haben, einen ähnlichen Mann von dieser Begabung und geistreichen Natur als Gutsnachbar zu haben (Heiterkeit)." (S. 68 Sp. 2:) „Unsere Unterredungen drehten sich gewiß auch um das allgemeine Wahlrecht, unter keinen Umständen aber**) jemals um eine Oktroyirung desselben. Auf einen so ungeheuerlichen Gedanken, das allgemeine Wahlrecht durch Oktroyirung einzuführen, bin ich in meinem Leben nicht gekommen. Ich habe das allgemeine Wahlrecht acceptirt mit einem gewissen Widerstreben

---

*) Ich gebe, damit Du gibst.

**) Was Herr Bebel zuvor, vielleicht in mißverständlicher Auslegung der oben mitgetheilten Rede Lassalle's vor dem Kammergericht, behauptet hatte

als Frankfurter Tradition, d. h. als Bestandtheil der Frankfurter Reichsverfassung."

„Wenn dieser Mann durch seinen Geist und seine Bedeutung mich anzog, so ist es ja, abgesehen davon, meine Pflicht als Minister, mich über die Elemente, mit denen ich es zu thun habe, zu belehren, und ich würde auch, wenn Herr Bebel den Wunsch hätte, sich Abends mit mir zu unterhalten, ihm nicht ausweichen, ich würde daran vielleicht die Hoffnung knüpfen, daß ich endlich auch erführe, wie Herr Bebel und Genossen sich den Zukunftsstaat, auf den sie durch Niederreißung alles dessen, was besteht, was uns theuer ist und schützt, vorbereiten wollen, eigentlich denken (Ruf: Ganz gewiß!)"*)

S. 68 Sp. 2 fährt Bismarck fort: „Das Alles hat mich nicht abgehalten, für die verständigen Bestrebungen, die damals (zu Lassalle's Zeit) überhaupt den Kern in der Sozialdemokratie bildeten, für die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen, stets ein warmes Herz und ein offenes Ohr zu haben, und auch was Lassalle mir darüber mittheilte, war ja anregend und lehrreich; denn er wußte viel und hatte viel gelernt — das möchte ich den Herren, die seine Nachfolger werden wollen, zunächst auch empfehlen."

Diese Abweisung der Bebel'schen Verdächtigungen Lassalle's ist ebenso klar als glaubhaft.

Sie wird aber auch vollkommen bestätigt durch Lassalle's tragisches Geschick. Dieses tragische Geschick bestand nicht etwa blos darin, daß Lassalle zu Grunde ging in der Blüthe seiner Jahre, in einem Zweikampf um ein werthloses Weib, und mit einem gleich werthlosen Nebenbuhler; sondern diese letzte Katastrophe war nur die Folge der Verdunkelung seiner klaren Einsicht, der Erschlaffung seiner Willenskraft und der Vernichtung alles Großen und Guten in ihm, unter der Wucht jenes anderen tragischen Verhängnisses, welches er in den letzten Monaten seines Daseins immer klarer, unheimlicher und entsetzlicher vor seinen schlaflosen Augen stehen sah: daß auch Götter vergebens kämpfen nicht blos gegen die Dummheit, sondern auch vergebens kämpfen an der Seite der Dummheit und Halbbildung — und daß diese unfähigen Mitstreiter — die einzigen, welche Lassalle sich errungen hatte — nicht einmal als zuverlässige Bundesgenossen ihres Wortführers, sondern ebenso oft als dessen kleinliche, boshafte, argwöhnische Widersacher sich erwiesen hatten! Dazu trat nun noch der aufreibende unabläßige Kampf sowohl gegen alle Gewalten des Staates, als gegen die Fortschrittspartei, welche die öffentliche Meinung Berlins und Preußens damals fast unumschränkt beherrschte, und welche ihrerseits Lassalle ebenso schonungslos bekämpfte, als er sie mit allen erlaubten

*) Bismarck's weitere eigene Schilderung dieses Zukunftsstaates geben wir unten beim Abschnitt „Ihr Zukunftsstaat". Herr Bebel hat von der Einladung Bismarck's selbstverständlich nie Gebrauch gemacht.

und unerlaubten Mitteln angriff. Wir werden, wenn wir diesem tragischen Geschick Lassalle's in einigen Hauptzügen näher treten, begreifen, daß auch seine titanische Kraft und sein himmelstürmender Trotz unter diesem Verhängniß zusammenbrechen und erliegen mußte.

Schon die Zahl der Anhänger, welche Lassalle in den Mitgliedern des allgemeinen Deutschen Arbeitervereins um sich geschaart hatte, war bis Ende 1863 eine verschwindend kleine zu nennen. Sie hat in Wahrheit bei Lassalle's Lebzeiten in ganz Deutschland wohl kaum je die Zahl von 1500 steuernden Mitgliedern überschritten. In Lassalle's Siegesbulletins nach seinen erfolgreichen Redezügen am Rhein, in Westfalen, in Sachsen u. s. w. ist dagegen immer von „Zehntausenden" die Rede. Im Winter von 1863 auf 1864 mißlang die von Lassalle geplante „Eroberung Berlins" vollständig. Die Polizei — dieselbe „Polizei Bismarck's", in deren Sold oder Auftrag Lassalle, nach den Verdächtigungen unserer heutigen Sozialdemokraten handeln sollte — trat seiner Agitation in Berlin mit derselben Thatkraft entgegen, als die fortschrittliche Presse und Partei. Die Anhänger der letzteren sprengten die von Lassalle einberufenen Versammlungen die Polizei schreckte seine Vereinsmitglieder durch Haussuchungen, Konfiskationen der Listen und Broschüren, trieb die Wirthe dazu, Lassalle ihre Lokale zu verweigern, und verhaftete Lassalle sogar am 22. November 1863 im Saale des Eldorado inmitten seiner Anhänger, unter der Anklage des Hochverrathes. Nur eine Kaution von 3000 Thalern schaffte ihm nach drei Tagen die Freiheit wieder. Aber die „Eroberung Berlins" war ihm seither für immer verleidet. Das Ergebniß war auch zu kläglich. Die von Ende Oktober bis Ende November 1863 auf ganze 200 ansteigende Ziffer von Berliner Vereinsmitgliedern sank im Februar 1864 schon wieder auf 35 hinab.

Die Reihen seiner Anhänger lichteten sich aber noch weit mehr, als mit dem Tode des Königs von Dänemark die schleswig-holsteinische Bewegung in den ersten Monaten des Jahres 1864 alle deutschen Herzen und Gemüther ergriff und Lassalle's Zukunftspläne durchkreuzte, Er konnte diese Zukunftspläne nun beinahe schon zum alten Eisen der Vergangenheit werfen. Denn niemand hatte mehr Interesse für das „eherne Lohngesetz" und Produktivassociationen, seitdem Bismarck die deutschen Ansprüche auf Schleswig-Holstein entschlossen zum Kriege gegen Dänemark zuspitzte. Auch das war ein seltsames Verhängniß in Lassalle's Schicksal, daß das deutsche Nationalgefühl, dem er selbst so treu anhing, mit zu seiner eigenen Vernichtung beitrug.

Und während so der nationale Gedanke, bei seiner ersten thatkräftigen Regung in Deutschland seit 1848, dem national gesinnten ersten deutschen Arbeiterführer die Gefolgschaft von der Seite riß

und die Massen für seine Worte und Schriften taub und unzugänglich machte, setzten Polizei und Staatsanwälte die Verfolgung Lassalle's lebhaft fort. Diese Thatsache allein schon sollte Lassalle vor dem albernen Gerede schützen, daß er sich und seine Bewegung in den Dienst Bismarck's gestellt habe. Es wäre doch geradezu gröbliche Auflehnung gewesen gegen die in solchem Falle von Bismarck und den übrigen preußischen Ministern der Konfliktzeit den dem Ministerium untergeordneten Organen, den Staatsanwälten und Polizeibehörden, jedenfalls ertheilten geheimen Weisungen zu Gunsten Lassalle's, wenn diese untergeordneten Behörden Verfolgung auf Verfolgung, Verhaftung auf Verhaftung, Anklage auf Anklage, gegen diesen vom Ministerium bevorzugten Agitator und geheimen Bundesgenossen Bismarck's gerichtet hätten. Die Herren Liebknecht und Bebel haben ja für ihre werthen Personen im Laufe der Jahre — und obendrein unter dem Deutschen Reichsstrafgesetzbuche des Jahres 1870, welches gerade in Bezug auf politische Vergehen sehr wesentlich milder ist, als das Preußische Strafgesetzbuch von 1851 es war, aus welchem Lassalle angeklagt wurde — ein ganz hübsches Register von Untersuchungen, Anklagen und Verurtheilungen zusammengebracht. Aber der Zahl nach nimmt es doch kaum einer der Herren mit den Strafprozessen und Anklagen auf, welche gegen Lassalle allein in den Jahren 1863/64, und insbesondere im Winter 1863/64 gerichtet wurden. Die Zahl der Schriftstücke: Vertheidigungen, Gesuche, Anträge, Rechtsmittel, Bescheide u. s. w., welche in diesem einen Winter zwischen Lassalle und zahlreichen Behörden ausgetauscht wurden, belief sich auf 55.*) Und niemals haben die Herren Liebknecht und Bebel — Dank dem milden, von ihnen im Mai 1870 im Reichstag als „reaktionär" verworfenen Deutschen Strafgesetzbuch — stundenlang, wie Lassalle im März 1864 vor dem Preußischen Staatsgerichtshofe, an der Schwelle der schweren Entscheidung gestanden, ob der Gerichtshof dem Antrage des Staatsanwalts auf drei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Polizeiaufsicht statt geben werde, oder nicht. Der Staatsgerichtshof sprach Lassalle frei. Aber jede seiner Vertheidigungsreden, welche er als Broschüre erscheinen ließ, wurde wieder beschlagnahmt und unter neue Anklage gestellt. Dieser Kampf mit den Gewalten des Staates allein würde Lassalle auf die Dauer unbedingt aufgerieben haben. Zur Erschöpfung der durch ein maßloses Genußleben und die Anfänge der Kehlkopfschwindsucht**) schon stark entkräfteten

---

*) Nach der Aufzählung seines Freundes Bernhard Becker.

**) Sein Arzt Dr. Gerhardy in Düsseldorf erklärte nach Lassalle's Duelltod, daß Lassalle ohnehin baldigst hätte sterben müssen.

Körpers trugen diese endlosen Verfolgungen und Prozesse ganz wesentlich bei.

Den Todesstoß versetzten ihm aber die eigenen Genossen. An jeden seiner Schritte, an jedes seiner Gebote heftete sich die Nörgelei, der Widerspruch und das Mißtrauen der kleinen und kleinsten Geister, welche unter seiner Führung auch ihre weltgeschichtliche Rolle für sich beanspruchten. Lassalle war der Präsident des Vereins; Vicepräsident der recht unbedeutende Chemiker Dammer; und Sekretär der allerunbedeutendste Schuster Vahlteich aus Leipzig. Aber ein guter Theil der veröffentlichten Korrespondenz Dammer's mit Lassalle sucht Letzteren zu überzeugen, daß er den „unnützen Menschen" Vahlteich gewissermaßen als gleichwerthig mit sich selbst betrachten müsse. Denn „Vahlteich ist ein sehr stolzer Mann, der es nicht vertragen kann, daß man seine Ansichten und Handlungen nicht als unbedingt weise betrachtet." Diese Reibungen des gelehrten Denkers Lassalle mit dem banausischen Schuster, welcher schließlich doch ganz offen die Fahne des Aufruhrs erhob, waren aber keineswegs die einzigen. Selbst um jeden Thaler rückständiger Beiträge mußte Lassalle zahllose Briefe schreiben, welche bei der völligen Ebbe der Vereinskasse und seiner eigenen, doch auch nothwendig waren. Diese widerwillige und argwöhnische Haltung der ganzen Partei, welche mit Allem knauserte was Lassalle so nothwendig brauchte wie die Lebensluft selbst: mit Liebe, Dankbarkeit, Vertrauen, Gehorsam, Geld, darf nicht überraschen. Denn in diesen häßlichen Zügen offenbarte sich schon jener banausische Haß gegen Wissen und Bildung, welcher in den Worten und Schriften unserer heutigen Sozialdemokratie um so unbestrittenere Triumphe feiert, als keiner ihrer Führer entfernt auf das Wissen und die Bildung Ferdinand Lassalle's Anspruch machen kann. Dieser Haß brauchte sich mithin nun nicht mehr gegen die eigenen Führer zu richten, sondern konnte sich mit seiner ganzen rohen Naturgewalt wider die Gegner wenden, welche sich anmaßten, Wissen und Bildung zu besitzen. Auch in dieser Beziehung also ereilte den gelehrtesten, gebildetsten, bedeutendsten und selbstständigsten aller deutschen Arbeiterführer sein tragisches Schicksal. Er hatte, wie sein Gegner Schulze-Delitzsch treffend bemerkte, „die Bestie entfesselt", und die Bestie zog ihn nieder und sog ihm das Lebensblut aus den Adern und das Mark aus den Knochen!

Die letzte vergebliche und fruchtlose Lebensarbeit Lassalle's ist dem Versuche gewidmet, dem Geiste über die schnöde, plumpe Materie in der eigenen Partei zum Siege zu verhelfen. Aber schon lange, ehe es soweit gekommen war, gab sein gepreßtes Herz in der „Kreuzzeitung" — welche der Geheimrath Wagener ihm gelegentlich offen hielt —, in Entgegnung auf die Besprechung der Schrift Lassalle's über den Bastiat-Schulze den bitteren Ausspruch von sich: „Ich

bin der Erste zu erklären, daß jede soziale Verbesserung nicht einmal der Mühe werth wäre, wenn auch nach derselben die Arbeiter persönlich dasselbe blieben, was sie in ihrer großen Mehrheit heute sind." Und — wie bereits angedeutet — die letzte Arbeit seines Lebens im Juli 1864, mitten in der hohen Erhabenheit der Gebirgsnatur von Rigi-Kaltbad, welche eigentlich nur seiner Erholung dienen sollte, war eine dicke Broschüre gegen den „unnützen Menschen", den Schuster Vahlteich, um dessen Ausstoßung aus dem Verein zu rechtfertigen und zu bewirken! Dieses elende Ziel mußte der todtmüde Arbeiterführer Lassalle seiner Feder setzen am Ausgange seiner öffentlichen Wirksamkeit, welche er mit seinem „Heraklit", seinem „System der erworbenen Rechte", seinem Kampfe gegen Julian Schmidt und gegen Schulze-Delitzsch begonnen hatte!

Selten tritt in einem Menschenleben das tragische Schicksal so klar zu Tage, wie im Ausgange Ferdinand Lassalle's, das tragische Schicksal, welches sich ausprägt, wenn ein Mann, in dessen Seele nach Bismarck's treffendem Wort „Ehrgeiz im großen Stile", genialer Drang, ungemeines Wissen, die Gährung titanischer Pläne sich vereint, den zugleich ergreifenden und erschütternden Kampf führen muß mit der gemeinsten Kleinlichkeit des Alltaglebens, mit den widerwärtigen Leidenschaften der rohen und trägen großen Masse, und wenn dieser Kampf endet mit dem Siege der gemeinen Materie über den hochstrebenden Geist. Auf seinem Grabe tanzen die kleinen Sieger mit dem verleumderischen Hohnrufe, daß Lassalle ein Werkzeug, ein Bedienter Bismarck's gewesen sei — und diesen Ruf stoßen sie nur aus, weil Lassalle nationale Empfindung, d. h. das Gefühl für deutsche Ehre besaß, welches seinen Schmähern allerdings vollständig abgeht.

So werden wir denn durch diese Ergebnisse von selbst zum Anfang unserer Beweisführung zurückgeführt, und fragen: Wenn das wahr wäre, was unsere Sozialdemokratie Lassalle schuld gibt, daß er sich mit Bismarck über die von ihm hervorgerufene Bewegung verständigt hätte, was hätten dann alle jene Dinge Lassalle anhaben können, welche zu seinem Verderben führten: der Abfall der Genossen und deren Auflehnung, das Erwachen der nationalen Frage unter Bismarck's Hand, und die Verfolgungen der staatlichen Gewalten ? Nichts! Gar nichts! Lassalle hätte alle diese Dinge, einschließlich der Todfeindschaft der Fortschrittspartei, ruhig über sich ergehen lassen können, denn mit der Siegesstunde Bismarck's mußte dann auch die seine schlagen.

In sehr merkwürdiger Weise wird der Unsinn der Legende vom Bismarckthum Lassalles auch zu Schanden gemacht durch die Urkunden, welche Heinrich von Poschinger in den jüngsten Tagen in seinem prächtigen Buche „Ein Achtundvierziger (Lothar Bucher's

Leben und Werke") im zweiten Bande*) S. 257 bis S. 281 mittheilt und erläutert. Dieser Abschnitt beginnt mit zwei Briefen, wohl den einzigen, welche zwischen Bucher und Lassalle gewechselt wurden, vom 22. und 23. Januar 1862, welche für die beiden Männer höchst charakteristisch sind und die Einleitung bildeten zu einem lebhaften freundschaftlichen Verkehr zwischen Beiden, welcher auf Seiten Lassalle's einen so herzlichen Charakter annahm, daß dieser später bekanntlich Lothar Bucher zu einem der Vollstrecker seines Testamentes einsetzte. Doch diese interessanten Aussprachen und Beziehungen der beiden bedeutenden Männer liegen außerhalb unseres Beweisthemas, da Lothar Bucher damals noch keinerlei Fühlung mit dem Ministerpräsidenten von Bismarck hatte. Außerordentlich überzeugend dagegen für die Thatsache, daß Lassalle niemals in andere persönliche Beziehungen zu Bismarck getreten ist, als sie oben in Bismarck's eigenen Worten dargelegt wurden, ist der Bericht Lothar Bucher's an Bismarck über Bucher's Beziehungen zu Lassalle. Bucher war damals bereits in Diensten Bismarck's. Er ließ diesen vom 10. November 1865 datirten Bericht durch Herrn von Keudell in die Hände seines Chefs gelangen. Es war also eine streng vertrauliche Mittheilung, welche von Poschinger S. 270—281 seines Werkes zum ersten Male der Oeffentlichkeit übergibt. Jedes Wort dieses Berichtes beweist, daß Bismarck bis dahin über Lassalle nicht mehr wußte, als was die Zeitungen von ihm berichtet hatten, und was Lassalle bei den wenigen Unterredungen mit Bismarck über und von sich zu offenbaren selbst für gut befunden hatte. Denn bei jeder weiter gehenden Vertraulichkeit und Verbindung Bismarck's mit Lassalle hätte sich Lothar Bucher durch die Mittheilungen von Dingen, welche andernfalles Bismarck längst bekannt gewesen wären, einfach lächerlich gemacht. Die Denkschrift Bucher's lautet in der Hauptsache, nachdem seine ersten Begegnungen mit Lassalle erzählt sind:

„Wir fanden viel Berührungspunkte und einen immer wiederkehrenden Gegensatz zwischen uns: er Metaphysiker, Hegelianer, ging stets von dem Allgemeinen zu dem Einzelnen, von dem Abstrakten zu dem Konkreten; ich, mit einer realistischen Anlage, mit lückenhaftem Wissen von den Schulsystemen und mit einem zehnjährigen Aufenthalt in England hinter mir, hatte stets die Neigung, den entgegengesetzten Weg einzuschlagen .... Etwa um Weihnachten 1861 versuchte Lassalle, mich für eine Agitation zu gewinnen,**) mit der er sich damals noch trug, und von der er mich, bei der

---

*) Berlin, Carl Heymann's Verlag 1891.

**) Diese bildet den Gegenstand der früher S. 257 flg. mitgetheilten Briefe beider Männer. Lassalle glaubte, Garibaldi werde im Frühjahr 1862 einen Zug nach Dalmatien machen, um einen allgemeinen Aufstand zu erregen. Der letztere würde sich sofort nach Ungarn verbreiten und

Zurückhaltung, die ich damals noch beobachtete, in seiner ersten Eröffnung nur die politische Seite sehen ließ. Ich hielt eine solche Auffassung und also einen jeden darauf gebauten Plan für falsch und brachte, da ich ihm im Gespräch nicht gewachsen war, am folgenden Tage meine Gedanken für ihn zu Papier, entwickelte namentlich die Gründe, aus denen ich mich, lange vor dem äußeren Bruche mit meinen alten Parteigenossen, innerlich von der dogmatischen, formulirten Demokratie des Jahres 1848 losgesagt hatte*). Das Original seiner Antwort erlaube ich mir beizulegen**)."

„Das Resultat der Unterredung, die Lassalle darin fordert, war eine Uebereinstimmung unserer Vorstellungen von dem Wesen der Gesellschaft und dem Gange der Geschichte im Großen; sofort aber trat der alte Konflikt zwischen uns und nun in der Form hervor, daß er, von der Ideenentwickelung in der Geschichte ausgehend, die Realisirung der nächsten Phase***) bald, noch während seines Lebens erwartete, während ich, ausgehend von der Betrachtung der Klassen und Gruppen, wie sie mir in einzelnen Typen erschienen, von dem natürlichen Egoismus der einen und der Trägheit der anderen einen langen Widerstand der Materie gegen den Gedanken, daher den Durchbruch neuer wirthschaftlicher Formen erst in Menschenaltern vorherzusehen glaubt. Dieser Irrthum Lassalle's (dafür habe ich ihn gegen Lassalle ausdrücklich erklärt und die Erklärung habe ich nie zurückgenommen, wenn ich auch später den theoretischen Streit ruhen ließ und an den Erfolgen der [seiner] Agitation den lebhaftesten Antheil nahm), dieser Irrthum war mir übrigens nicht neu; ich hatte ihn an anderen Hegelianern beobachtet und er erklärt sich ganz natürlich aus dem Wesen der Hegelschen Philosophie, die es bekanntlich unternimmt, einen Parallelismus, eine Identität nachzuweisen zwischen der Entwickelung der Begriffe im reinen Denken (gleichsam der Algebra) und den Erscheinungen der Natur und den Vorgängen der Geschichte (gleichsam der Rechnung mit benannten Größen). „Sein und Denken sind identisch." Lassalle nahm meine Einwürfe nicht leicht; ich erinnere mich, daß meine Berufung auf Lessings „Erziehung des Menschengeschlechts", namentlich auf § 90 dieser inhaltreichen kleinen Schrift†), Eindruck auf ihn machte. Er ging lange mit sich zu Rathe, aber der Einfluß einer anderen, leidenschaftlichen Persönlichkeit (der Gräfin Hatzfeld) überwog, und er begann die Agitation mit der Hoffnung, die er oft gegen seine Freunde aussprach, noch des Sieges sich zu freuen."

„Revolution in Pest ist Revolution in Wien, Revolution in Wien ist Revolution in Berlin". Lassalle fragte an, ob Bucher sich an den Vorbereitungen zu dieser Revolution betheiligen wolle?

*) v. Poschinger theilt den Brief S. 259—262 mit.

**) Ebenda S. 262—268.

***) D. h. der socialen Bewegung.

†) Der § 90 in Lessing's Schrift lautet: „Der Schwärmer thut sehr oft richtige Blicke in die Zukunft, aber er kann diese Zukunft nur nicht erwarten. Er wünscht diese Zukunft beschleunigt und wünscht, daß sie durch ihn beschleunigt werde. Wozu sich die Natur Jahrtausende Zeit nimmt, soll in dem Augenblicke seines Daseins reifen."

Damit ist in unseren Augen der böswillig erfundene Mythus vom Regierungssozialistenthum endgiltig abgethan.

Selbstverständlich müssen neben den glänzenden Lichtseiten im Wesen Ferdinand Lassalle's auch die tiefen Schatten, die schweren sittlichen Fehler und Gebrechen seines Charakters erwähnt werden, damit das Bild ähnlich wird. Lassalle war krankhaft eitel; schon als kindischer Knabe, wie die Veröffentlichung der Aufzeichnungen aus seiner Schulzeit, welche im Monat April 1891 erschienen, von neuen bewiesen hat. Der phantastische Hang zum Fabuliren, welcher seiner reichen Einbildungskraft entströmte, steigerte sich im Laufe seiner agitatorischen Thätigkeit erst zur fahrlässigen Uebertreibung seiner eigenen Vortrefflichkeit, seiner Erfolge, der Massen und Tugenden seiner Anhänger, der Nichtswürdigkeiten seiner Gegner; schließlich aber zur bewußten Unwahrheit und zum arglistigen Betrug gegen Alle, Freunde, und Feinde, auch gegen sein besseres Selbst, vermeintlich in majorem Lassallei gloriam. Dazu kam die Unreinheit seines Privatlebens, seiner Sitten, welche bei einem Arbeiterführer doppelt abstoßend wirkt. In dieser einen Beziehung sind die Hauptführer unserer heutigen Sozialdemokratie, die Herren Liebknecht und Bebel, Lassalle unendlich überlegen, wie die Gerechtigkeit zu sagen gebietet. Die Mischung von Roué und Volkstribun, von „Pomade und Petroleum", wie Ludwig Bamberger einmal in Bezug auf einen Andern als Lassalle, viel später im Reichstag treffend sagte, erzeugte immer eine Stickluft, welche gesunde Naturen zwingt, das Fenster zu öffnen.

Ich habe den vollen Eindruck dieses Doppelduftes empfangen, als ich Lassalle persönlich sah und kritisch beobachtete, am 23. Mai 1863, bei Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Leipzig.

Dieses in den Augen Lassalles weltgeschichtliche Ereigniß fand im Pantheon zu Leipzig statt, — welches ebensogut Pandämonium heißen könnte — einem von wenig erhöhten Seitengallerien umgebenen Tanzsaal. In der Mitte des Letzteren hatte sich Lassalle mit seiner kleinen Gemeinde niedergelassen. Ich saß innerhalb der Brüstung einer der Gallerien. Es war sozusagen bei Todesstrafe verboten, Bericht über die Versammlung zu gestatten. Aber ich stenographirte auf meinem Schooß, während ich scheinbar unthätig den Verhandlungen folgte, buchte jedes Wort, jede — bekanntlich stets vor dem Spiegel einstudirte — Bewegung und Attitüde Lassalle's, und die ganze Komödie dieser Vereinsgründung. Lassalle spielte zuerst den Lebensmüden, den übersättigten Genußmenschen, den Erholungsbedürftigen, welcher, nach seinen eigenen Worten, nur noch die einzige Sehnsucht habe: „Am Golf von Neapel mit dem Rücken im Sande, mit den Füßen im Meer zu liegen." Durch diese fast weinerliche Schachmattigkeit hatte er den in ihrem Selbst=

bewußtsein ohnehin schon zum Zerplatzen angeschwellten Nullen Dammer, Vahlteich und Fritzsche ein so großes Gefühl ihrer Bedeutung verliehen, daß eine dieser Nullen — ich weiß nicht mehr, welche von ihnen die Wahl traf — auf dem durch Lassalles Verzicht und Erholungsbedürfniß erledigten Präsidentenstuhl sich niederließ — man wünschte Lassalle schon allerseits glückliche Reise. — Da schob aber Lassalle plötzlich die erwählte Null bei Seite, proklamirte sich selbst als Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins und führte in dieser Eigenschaft die Verhandlungen bis zu Ende. Am nächsten Tage erschien mein Bericht in einer großen süddeutschen Zeitung und lief durch die ganze deutsche Presse. Wer ihn verfaßt, konnte niemand sagen. Lassalle aber tobte über die Unfähigkeit seiner Leipziger Vereinspolizei, welche nicht einmal zu verhindern vermocht habe, daß ein heilloser Berichterstatter die Wahrheit aus dem Pantheon offenbarte.

Die von mir naturgetreu wiedergegebene Schilderung, die ich noch heute mit jenem Vergnügen lese, welches der photographische Augenblicksbildner an seinem Werke empfindet, steht durchaus nicht im Widerspruche mit dem anmuthigen Bilde, welches Bismarck oben von Lassalle entwarf. Denn dem Ministerpräsidenten Preußens offenbarte sich der begabte Arbeiterführer nur von seiner glänzenden Seite. Uns zeigte er sich am verhängnißvollen Wendepunkt seines Lebens, behaftet mit allen Mängeln seines Wesens, und schon halb im Kampfe mit den gemeinen Mächten, welche ihn später immer tiefer hinabzogen.

Aber der schwerste Vorwurf gegen Lassalle wird doch immer der bleiben, welcher sich auf hundert Zeugnisse aus seinem Munde und seiner Feder, und auf ebenso viele glaubhafte Zeitgenossen (ich erwähne unter letzteren nur die persönlichen Mittheilungen meines verewigten Freundes Dr. Löwe-Calbe und seiner verehrten Frau) stützt: daß Lassalle nur aus unbezähmbarem persönlichem Ehrgeiz, und nachdem jedes andere weltgeschichtliche Wirken seinerseits — wie wir sahen auch bei Bismarck — kühler Ablehnung begegnete, der alten Losung der Verzweiflung folgte:

Si nequeo superos, Acheronta movebo,
(Sind mir die Götter nicht Freund, so will ich die Hölle bewegen,)

und nur deshalb „die Bestie“ im Arbeiter entfesselte. Diese Schuld hat er mit seinem Untergange bezahlt und gesühnt. Aber gleichwohl schulden wir ihm die Anerkennung, daß er der erste und letzte deutsche Arbeiterführer war, welcher ganz auf nationalem Boden stand.

---

2. Karl Marx und Genossen.

Schon bei der kurzen Schilderung von Lassalle's Wirken ist der Name von Karl Marx wiederholt genannt worden, und wir müssen nun mit diesem unheilvollen Manne uns näher beschäftigen, welcher, im Gegensatze zu der von Lassalle in's Leben gerufenen deutsch-nationalen, gesetzlichen und nur im Rahmen der heutigen staatlich-politischen und gesellschaftlichen Ordnung sich haltenden Arbeiterbewegung, jenen vaterlandslosen, kommunistischen, revolutionären und zuchtlosen Geist heraufbeschworen hat, welcher unsere heutige deutsche Sozialdemokratie allein erfüllt. Nur wenn wir Karl Marx näher treten, kann die verhängnißvolle Entwickelung richtig verstanden werden, welcher die deutsche Sozialdemokratie seit dem Tode Lassalle's sich ergeben hat.

Karl Marx war 1818 in Trier als Sohn eines höheren Juristen oder Bergbeamten geboren. Er studirte in Bonn und Berlin und wurde durch philosophische Studien von der Rechtswissenschaft, welcher er sich widmen sollte, abgezogen. Er wollte sich in Bonn als Privatdozent habilitiren, als die freiere Regung, welche mit der Thronbesteigung Friedrich Wilhelm's IV. in Preußen erwachte, ihn der Journalistik zuführte. Seit 1843 lebte er im Ausland, zuerst in Paris, seit 1845 in Brüssel. Hier begann Marx auch seine agitatorische Thätigkeit, welcher er fortan bis zu seinem 1883 erfolgten Tode nie wieder entsagt hat, wenn er auch, je nach den Zeitumständen, dabei bald persönlich grell hervortrat, bald ganz im Dunkel verschwand. Fast vierzig Jahre lang hat Marx dieses traurige Handwerk der Aufwiegelung und Verhetzung der ungebildeten Massen durch die niedrigsten Leidenschaften betrieben. Die unlösliche Verschmelzung von wissenschaftlichem Streben und gemeinster Demagogie in seinem Wesen hat von jeher Freund und Feind am meisten von ihm abgestoßen. So schreibt sein glühender Bewunderer, der preußische Exlieutenant von Techow, welcher mit Marx in den fünfziger Jahren das Exil in London theilte, von ihm: „Ich bedauere um unseres Zieles willen, daß dieser Mensch nicht neben seinem eminenten Geiste ein edles Herz zur Verfügung zu stellen hat. Aber ich habe die Ueberzeugung, daß der gefährlichste persönliche Ehrgeiz in ihm alles Gute zerfressen hat. Er lacht über die Narren, die ihm seinen Proletarierkatechismus nachbeten, so gut wie über die Kommunisten, so gut wie über die Bourgeois. Die einzigen, die er achtet, sind ihm die Aristokraten. Um sie von der Herrschaft zu verdrängen, braucht er eine Kraft, die er allein in den Proletariern findet, deshalb hat er sein System auf sie zugeschnitten. Trotz all seiner Versicherungen vom Gegentheile habe ich den Eindruck mitgenommen, daß seine

persönliche Herrschaft der Zweck all seines Treibens ist." Und Heinrich von Treitschke schreibt*): „Das Eine, was den Gelehrten macht, fehlt Marx gänzlich: das wissenschaftliche Gewissen. Hier ist keine Spur von der Bescheidenheit des Forschers, der im Bewußtsein des Nichtwissens an seinen Stoff herantritt, um unbefangen zu lernen. Was bewiesen werden soll, steht für Marx von Haus aus fest. Der ganze Abstand zwischen dem Gelehrten und Rabulisten tritt uns vor Augen. Und ist es nicht kindlich naiv, von einem Manne wie Karl Marx die objektive Unbefangenheit des Forschers zu erwarten? Seit einem Menschenalter schürt er jede Tollheit eines heimathlosen Radikalismus. Mit all seiner Gelehrsamkeit ist er eine rohe Natur geblieben; von den idealen Mächten, welche die Gesittung der Völker bestimmen, weiß er nichts."

Die erste Probe seines wühlerischen Agitationstalentes legte Marx im Jahre 1847 ab. Unter seinem und Friedrich Engels' Einfluß war der „Bund der Kommunisten" aus einem konspiratorischen Geheimbunde in eine internationale geheime Organisation der kommunistischen Sozialdemokraten aller Länder verwandelt worden. Das 1847 von Marx und Engels gemeinsam verfaßte „Manifest der kommunistischen Partei", welches kurz vor der Februarrevolution von 1848 in englischer, französischer, deutscher, italienischer, vlämischer und dänischer Sprache über Europa verbreitet wurde, spiegelt schon den Kommunismus des Gothaer Programms unserer Sozialdemokraten**) mit voller Deutlichkeit wieder. Den Grundgedanken des Programms bildet das „eherne Lohngesetz", wie Lassalle die von Marx und ihm demagogisch aufgeputzte Formel Ricardo's nannte (von welcher im letzten Kapitel unseres Buches „Ihre Arbeiterfreundlichkeit" näher die Rede sein wird). „Die Kosten, die der Arbeiter verursacht", heißt es da, „beschränken sich nur auf die Lebensmittel, die er zu seinem Unterhalt und zur Fortpflanzung seiner Rasse bedarf." ... „Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisieklasse verwaltet." Das Manifest schließt: „Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!"

So wenig wie in diesem kommunistischen Manifest, hat Marx in allen seinen späteren Kundgebungen und wissenschaftlichen Werken irgend ein Hehl daraus gemacht, daß, sobald einmal die über-

---

*) „Der Sozialismus und seine Gönner", Preußische Jahrbücher und „Zehn Jahre Deutsche Kämpfe" S. 535, 536.

**) von 1875, s. unten Ziffer 4, S. 44 flg.

wältigende Mehrheit moralisch zersetzt und revolutionär erbittert, kurz unheilbar mit der bestehenden Ordnung zerfallen sei, die Gewalt und nur die Gewalt als „Geburtshelfer" in der neuen Welt fungiren könne und müsse. In diesem Sinne wühlte er auch während der Reaktionsjahre in London weiter. Zu seinen dortigen Genossen und Vertrauten gehörten Engels, Liebknecht, Wolff (der Privatsekretär des italienischen Revolutionärs Mazini's), der Schneider Eccarius und Andere. Sie hießen die „Schwefelbande". Vor keinem Mittel schreckten sie zurück, wenn es galt, zu hetzen, Haß und Neid und Gift gegen Preußen und das wiedererwachende deutsche Nationalgefühl zu säen.

Erst nach Lassalle's Tode gelang Marx die Vereinigung seiner kommunistischen Gesinnungsgenossen zu einem neuen internationalen Bunde. Am 28. September 1864 ward in London jene Vereinigung beschlossen, welche Marx mit seinem beherrschenden Einflusse später zur „Internationalen" umschuf. Die von Marx verfaßte Adresse und Statuten, erstere mit dem Schlußwort von 1847: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" wurden einstimmig angenommen und erhielten auf dem Kongresse zu Genf 1866 endgiltige Bestätigung.

Der geistige Inhalt dieser sehr umfangreichen Aktenstücke ist im Wesentlichen seither für die Sozialdemokratie beider Welttheile maßgebend geworden und ist namentlich 1875 in das Programm von Gotha übergegangen.

Erfüllt von diesen Ideen, und beseelt vom grimmigsten Hasse gegen Preußen, war Wilhelm Liebknecht aus dem Kreise der Vertrautesten von Karl Marx Mitte 1862 nach Deutschland zurückgekehrt.

Herr Liebknecht haßt Preußen mit dem boshaften Trotz, mit welchem ein unerzogener Mensch seinem Lehrer oder Erzieher unauslöschlichen Groll für wohlverdiente Züchtigungen nachträgt. Herr Liebknecht hat von Preußen allerdings häufig harte Schläge erhalten — aber, wie er wohl selbst zugestehen wird, niemals ohne Grund. Denn Herr Liebknecht ist 1848 und 1849 überall drauf los marschirt, wo die Revolution tobte, für die Revolution natürlich. Er hat dabei preußische Hiebe kennen gelernt, und deshalb vorgezogen, seine innerste Ueberzeugung in's Ausland zu retten, statt den preußischen Kugeln stand zu halten. Seither hat ihm Preußen seine schönsten Illusionen und Utopien, seinen großdeutsch-partikularistischen und seinen kommunistisch-revolutionären Krimskrams zu nichte gemacht, indem es 1866 den Norddeutschen Bund, 1871 das Deutsche Reich als rocher de bronze aufrichtete, an welchem die Schaumwogen der gierig niederreißenden Sozialdemokratie ohnmächtig zerschellen. Preußen hat Herrn Liebknecht weiter in die

dem Herrn so unbequeme und unvortheilhafte komische Rolle hinabgedrückt, welche Herr Liebknecht im Reichstag spielt. Denn Herr Liebknecht ist auf der Tribüne des Reichstages seit 1867, namentlich in seinen düsteren Weissagungen, daß die Bismarck'sche Politik unfehlbar den Niedergang Deutschlands herbeiführe, unfreiwillig die lustigste Figur des hohen Hauses geworden. Er hat in jedem neuen Jahr bewiesen, daß er seit nun 43 Jahren nichts gelernt und nichts vergessen habe, trotz der ungeheuren Wandlung unserer Geschichte in dieser Zeit. Gelernt hat er nur das Eine: auf die Worte seines Herrn und Meisters Karl Marx zu schwören. Denn nie hat Herr Liebknecht einen eigenen Gedanken gehabt. Aber im Vergleiche zu Herrn Liebknecht ist Karl Marx beinahe ein Gentleman, fast eine vornehme Natur zu nennen. Marx hat seinen grimmigen Deutschen-, Preußen- und Christushaß wenigstens immer nur von seiner Studirstube aus, als eine Art von teuflischem Sport, und nur auf dem geduldigen Papier betrieben. Herrn Liebknecht aber blieb es vorbehalten, der Dolmetscher und Wortführer dieser unsauberen Leidenschaften seines Meisters bei den großen ungebildeten und unklaren Massen zu werden, die schwerflüssige Sprache der abwegigen und abstrusen Spekulation von Karl Marx in die Herrn Liebknecht geläufige Sprache des gemeinen Mannes zu übersetzen, und vor keinem Mittel der Verleumdung und Verhetzung zurückzuschrecken, um die Massen für sein Ziel zu gewinnen. Seine Hauptarbeit ist aber allezeit gewesen, dem ehrlichen deutschen Arbeiter die Liebe zu seinem Vaterlande aus dem Herzen zu reißen.

Den Erlaß der deutschen Amnestie bei jenem preußischen Regierungswechsel, welcher den allen Deutschen ewig unvergeßlichen König und späteren Kaiser Wilhelm I. auf den Thron brachte, benützte Herr Liebknecht, wie bereits erzählt, um 1862 nach Deutschland zurückzukehren, und auf deutschem Boden, in der unverdienten Gnadensonne einer neuen Zeit, den Haß gegen sein Vaterland, der ihn selbst zerfrißt, in die Köpfe der geistig Unmündigen zu tragen. Er gründete zunächst in Berlin mit Braß und Schweichel ein republikanisches Organ, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", trennte sich aber sofort von dieser Zeitung, als er merkte, daß sein Mitarbeiter Braß in das Lager der Regierung übergegangen sei. Denn auch das muß zur gerechten Beurtheilung Liebknecht's festgestellt werden, daß er, obwohl im Unterschied von Marx, Engels und Lassalle, arm geboren und arm geblieben, niemals einen Pfennig annehmen würde, von welchem er argwöhnen könnte, daß er dadurch von der Bahn seines Lebens hinweggelockt werden solle.

Im Juli 1865 wurde Liebknecht aus Preußen ausgewiesen und ging nach Leipzig. Hier ließ er — da für soziale und vollends kommunistische Agitation vorläufig gar kein Boden in Leipzig war

— seinen wüthenden Preußenhaß nach Herzenslust in der „Mitteldeutschen Volkszeitung" austoben. Auch verstand er, sich im Leipziger Arbeiterbildungsverein einzunisten, welcher bis dahin treu zur liberalen und nationalen Fahne gehalten und allen Lockungen der Lassalleaner wie der Demokraten unter Roßmäßler's Führung widerstanden hatte. Einer der gefeiertsten Lehrer des Vereins war der hochverdiente damalige und heutige Führer des maßvollen Liberalismus in Sachsen, Professor Dr. Karl Biedermann. Der Verein bezog jährlich einen Beitrag von 500 Thalern aus der Stadtkasse.

Der Vorsteher dieses Vereins war August Bebel, bis zum Spätsommer 1865, da er Liebknecht kennen lernte, ein bescheidener, schlichter Arbeiter und vor Allem ein gut deutsch gesinnter Mann. Zu Anfang des Jahres 1865 hielt ich (in Anlehnung an die berühmte Abhandlung meines Lehrers Heinrich von Treitschke in dessen „Historischen und politischen Aufsätzen", welche Ende 1864 erschienen waren) mehrere Vorträge im Leipziger Arbeiterbildungsverein unter Herrn Bebel's Vorsitz über „Bundesstaat und Einheitsstaat", in welchen ich mich nachdrücklich für die straffste Einigung Deutschlands unter einem erblichen preußischen Kaiserthum aussprach — und damals erklärte Herr Bebel mir unter brausendem Beifall der Versammlung seine volle und begeisterte Zustimmung zu meinen Ausführungen. Herr Bebel war vermöge seiner ungewöhnlichen Gaben der Liebling und Führer der Arbeitervereine, welche auf dem Boden des Leipziger Vereins standen. Er besaß Alles, was Liebknecht abging: er war selbst Arbeiter und sein Wort daher dem Arbeits- und Standesgenossen unverdächtig und in Ehren. Er besaß ferner die Gabe der packenden und erwärmenden Rede in hohem Grade. Seine Anschauungen und Gefühle deckten sich durchaus mit denen der Genossen. Er hatte endlich Tausende von Gefolgsleuten in ganz Deutschland hinter sich.

In jahrelanger zäher Arbeit gelang es Herrn Liebknecht, diesen Mann zuerst mit Mißtrauen und Haß gegen Preußen und die deutsche Sache zu erfüllen, und dann ihn vollständig und widerstandslos in die kommunistischen Träume einzuspinnen, in welchen Liebknecht selbst lebte.

Die Programme, welche Herr Bebel von 1865 an den von ihm geleiteten Arbeitervereinen vorlegte, und die Reden, welche er in jenen Jahren seiner Umwandlung hielt, beweisen deutlich, wie langsam und allmählich sich diese verhängnißvolle Entwickelung bei ihm vollzog. So enthielt z. B. das Programm, welches „die demokratische Partei" — so nannten sich jetzt Bebel's Arbeiterschaaren — im August 1866 in Chemnitz auf Bebel's Vorschlag und Befürwortung annahm, lediglich die abgedroschenen großdeutsch-partikularistischen Phrasen Liebknecht's aus der „Mitteldeutschen Volkszeitung"

und Liebknecht's bitteren Preußenhaß; daneben eine lange Liste von politischen „Forderungen der Demokratie", unter welchen die soziale Frage nur gestreift wird. Ja, noch im Frühjahr 1867 im konstituirenden Reichstag, in welchen Bebel von Glauchau gewählt ward, hielt dieser nur eine einzige Rede, eine donnernde Philippika gegen die Zerreißung Deutschlands durch Bismarck — kein Wort sprach er von der sozialen Frage — und auf einen spöttischen Einwurf Lasker's: „daß die Gesinnungsgenossen Bebel's bei der Stichwahl in Elberfeld ja für Bismarck gegen den liberalen Kandidaten gestimmt hätten", rief Bebel sogar entrüstet: „daß er mit den sozialistischen Bestrebungen nicht das Geringste zu schaffen habe".

Also auch zu jener Zeit war Bebel's Wandlung zum Kommunisten noch keineswegs vollzogen. Dagegen war dies schon ein Jahr später unzweifelhaft geschehen, als sich der fünfte Vereinstag der von Bebel geleiteten Arbeitermassen 1868 zu Nürnberg für die Grundsätze der Internationale erklärte. Und abermals ein Jahr später, im August 1869, nahm diese Vereinigung zu Eisenach den Namen der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei" an und mit diesem Namen ein Programm, das in allen Hauptpunkten wortgetreu dem Statut entspricht, welches Marx für den internationalen Kommunistenbund ausgearbeitet hatte und welches auf dem Genfer Kongresse von 1866 angenommen worden war.

Schon in den ersten Reichstag des Norddeutschen Bundes, im August 1867, waren Bebel und Liebknecht zugleich gewählt worden, und ihre Namen sind seither, als Führer der sozialdemokratischen Partei untrennbar voneinander geworden. Aber ihre Bedeutung in der Partei selbst entspricht durchaus dem zuvor geschilderten Hergang der vollständigen Unterwerfung Bebel's unter Liebknecht's kommunistische Anschauungen und Pläne. Es ist durchaus irrig, wenn man annimmt, Bebel sei, vermöge seiner größeren natürlichen Begabung, das geistige Haupt und der eigentlich lenkende Wille der Partei. So sicher wie Liebknecht nie einen eigenen Gedanken gehabt, sondern allezeit der sklavische Nachbeter seines Herrn und Meisters Karl Marx gewesen ist und bleiben wird, ebenso sicher ist Bebel, solange er auf sozialdemokratischen Bahnen wandelt, immer nur ein geistiges Geschöpf Liebknecht's gewesen und wird es immer bleiben.

Unter dem unheilvollen Einflusse Liebknecht's, und inmitten der sittlich verwerflichen, schamlosen und verlogenen Agitation seiner Partei, ist Herr Bebel auch in seinem Wesen seither ein völlig anderer Mensch geworden. Seine Reden tragen nur noch das Gepräge des wüsten, stieren Fanatismus, welchem alle Mittel zum Ziele recht sind. Den staatlichen und vollends den gerichtlichen Gewalten

gegenüber hält er, wie seine Haltung in zahlreichen Prozessen und in noch zahlreicheren Reichstagsreden zeigt, jede Unwahrheit, Vertuschung, Beschönigung erlaubt, welche seiner Partei oder seiner Sache dienlich scheint. Und das Anmaßlichste und Lächerlichste, was jemals eine dummdreiste und verschrobene Viertelsbildung in Druckerschwärze gesündigt hat, sind seine vermeintlich „historischen" Schriften, über die Bauernkriege, über die Urverhältnisse des Frauenrechts u. s. w.

Im Uebrigen läßt sich aus dem Organisations-Apparat der sozialdemokratischen Partei, vom Parteitag zu Nürnberg im Jahre 1868 an bis zum Parteitag in Halle 1890, nachweisen, daß Herr Liebknecht stets trefflich dafür gesorgt hat, sich die unumschränkte Leitung der Partei zu sichern. An dem Schein eines oder mehrerer Kontrol- und Leitungs-Ausschüsse hat es zwar nie gefehlt. Aber ebenso gewiß ist, daß keines dieser Scheinwesen jemals Herrn Liebknecht's Diktatur irgendwie hat beschränken können. Die Phrase der Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit hat noch nirgends auf Erden weniger Boden gehabt, als in den Reihen der sozialdemokratischen Partei. Die Herren, welche „mit Gott einfach fertig" sind und in ihrem unbändigen Freiheitsdrang jede Anhänglichkeit an die bestehenden Gewalten des Staates und die gesellschaftliche Ordnung als die Aeußerung von „Knechtsseelen" und „reaktionärer" Gesinnung verspotten — sie selbst tanzen willenlos nach Herrn Liebknecht's Pfeife, Herr Bebel und alle sogenannten „Führer" mit inbegriffen!

Vor Allem hat Herr Liebknecht sich von 1868 an bis zum heutigen Tage die alleinige Leitung der amtlichen Parteiblätter gesichert, wie diese Blätter nacheinander auch alle geheißen haben mögen.*) Damit hatte er allein schon die diktatorische Leitung der

*) Um die Beweiskraft der in den späteren Abschnitten dieses Werkes aus der amtlichen sozialistischen Parteipresse angeführten Stellen dem Leser klar zu machen, mag hier kurz erwähnt sein, daß die amtlichen Blätter der kommunistischen Partei waren: 1868 das „Demokratische Wochenblatt", 1869—1876 „Volksstaat", 1876—1878 „Vorwärts", während der Dauer des Sozialistengesetzes (1879—1890) „Der Sozialdemokrat", anfangs in Zürich, später in London gedruckt, aus dessen Redaktionskolonne Herr Liebknecht nur verschwand, damit er für den unbeschreiblichen Inhalt des Blattes nicht gerichtlich verantwortlich gemacht werden konnte. Dann vom Oktober 1890 an das „Berliner Volksblatt" und vom 1. Januar 1891 an wieder der „Vorwärts" in Berlin. Daneben die amtlichen Zeitschriften „Die neue Welt" (1875 flg.), „Die Zukunft" (1877 flg.), „Die Wahrheit" (1877 flg.). Auf lassallescher Seite waren amtliche Vereinsorgane (1867—1871) „Der Sozialdemokrat" (redigirt von Schweitzer), 1871—1876 „Der neue Sozialdemokrat" (bis 1875 redigirt von Hasselmann und Hasenclever, 1875—1876 redigirt von Hasselmann).

Partei in der Hand. Denn das jeweilige amtliche Parteiblatt gab die Losung und Ordre aus nach jeder Richtung hin: in Betreff der politischen Tages- und Jahresereignisse und der Stellung der Partei zu denselben; über alle Vorkommnisse im Innern der Partei, in anderen Parteien, in der Internationale; betreffs der Stellung der Partei zu allen diesen Vorkommnissen; über die Dinge, welche die Jahresversammlungen der Partei zu beschließen hätten oder beschlossen hatten; über alle Gesetzesvorlagen und Verhandlungen des Reichstages; über alle Zeitgenossen des In- und Auslandes, alle literarischen, künstlerischen Werke, alle Erfindungen und Entdeckungen der Gegenwart; über die ganze Geschichte der Menschheit, über Religion, Philosophie, Sittenlehre, Naturwissenschaft und vor Allem über Volkswirthschaftslehre oder „Gesellschaftswissenschaft". In allen diesen Dingen war das Parteiblatt (d. h. immer und unabänderlich Herr Liebknecht) der heilige Dalai Lama, dessen Koth noch das Entzücken der Gläubigen erregt. Willenlos und ohne Murren hatte die gesammte Partei sich diesen unfehlbaren Offenbarungen und zwingenden Geboten zu unterwerfen bis auf den heutigen Tag, und that es auch mit dem ihr anerzogenen Leichnamsgehorsam. Wehe dem, welcher sich aufzulehnen wagte! Noch Jeder, der Herrn Liebknecht's Zuchtruthe zu trotzen sich erdreistet, hat sie gründlich gekostet. So Hasselmann, dem sofort nachgesagt wurde, er habe in Hamburg Hemden gestohlen*) — und doch trug Hasselmann, als ihm dieser Leumund gestiftet wurde, seit Jahren selten ein frisches Hemd und keinen heilen Rock mehr. So erging es Most, wie wir noch sehen werden; so auch 1890 und 1891 „den Jungen" in Berlin und anderwärts, welche sich gegen den Alten vom Berge aufzulehnen wagten. Der auf dem Parteikongreß in Halle gestellte Antrag, die scheußlichen Verleumdungen der „Eisernen Maske" über jene Parteigenossen, welche der bekannte Unbekannte grundlos als „Polizeispitzel" gebrandmarkt hatte, zu untersuchen und den unschuldig Verleumdeten zu ihrem Rechte zu verhelfen, wurde durch Herrn Liebknecht's Einschreiten und Einfluß von einer Kommission von Strohmännern — welcher sich der löbliche Kongreß selbstverständlich blindlings unterwarf — unbedingt abgelehnt.**) Ein Mann, welcher in solcher Weise wie Herr Liebknecht, der gesammten Partei ihr gesammtes geistiges Futter vorschneidet und zumißt — sofern überhaupt dabei von „Geist" gesprochen werden kann — ihr alle Wissenschaft, alle Religion, allen Glauben, alle politischen und wirthschaftlichen Grundsätze gebieterisch zurechtlegt und vorschreibt, ihr Thun

---

*) Die Hintermänner der Sozialdemokratie, Berlin, Conitzer 1890. S. 58.

**) Amtliche Protokolle des Parteitages in Halle, Oktober 1890.

und Lassen, ihre Taktik und ihre Ziele, seit 23 Jahren, Tag für Tag, und Jahr für Jahr, selbstherrlich bestimmt, während die Partei nur einmal im Jahre während 2—3 Tagen auf ihren Parteiversammlungen oder Parteikongressen zu Worte kommt — und dann auch nur zu dem Worte, welches der Selbstherrscher aller Kommunisten ihr zu verstatten für gut findet — ein solcher Mann hat eine Macht über seine Unterthanen in seiner Hand vereinigt, wie sie kein Kaiser und König der heutigen Welt, kein Sultan, Zar oder Papst entfernt für sich beansprucht. Aber dafür sind unsere Herrn Sozialdemokraten ja auch das bevorzugte Volk der Freiheit — und lehren uns an sich selbst vortrefflich, wie diese Freiheit in Zukunft aussehen wird!

Dafür, daß in der Faust des Herrn Liebknecht allein dieses Gängelband festgelegt und angespannt wird, an welchem Hunderttausende von „Freiheitsmännern" ihre kurzen Schritte in der Richtung des Zukunftsreiches strampeln dürfen, dafür sorgt aber auch die seit dem Tage von Eisenach bis heute — also von 1869 bis 1891 — in der Hauptsache völlig unverändert gebliebene Organisation der kommunistischen Partei.*) Sie hat von Anfang an, auch als sie, während Herrn Bebels Häutungs- und Entpuppungsjahren, die Entwickelung von einer preußenfresserischen „Demokratie" zum zielbewußten Kommunismus durchmachte, die Lassalle'sche Vereinsorganisation aufs grimmigste befehdet, weil diese „tyrannisch centralisirt" sei. Sie hat deshalb ihrerseits auf die angeblich „echt demokratische" „Decentralisation" gedrungen, d. h. auf Einsetzung von verschiedenen, an verschiedenen Orten, seßhaften Ausschüssen, von welchen der eine die „Verwaltung" der Partei führen und zugleich das Parteiorgan „überwachen" sollte, der andere aber, aus den Lagunen der geheimnißvollen Staatsweisheit des alten Venedig herausgefischt, gar als „Kontrolkommission" über alles, was da kreucht und fleucht, als eine der Zahl nach verminderte, der Güte nach verbesserte Auflage des venetianischen Geheimen Raths der Zehn, thätig sein sollte. Diese Ausschüsse sind auch natürlich in's Leben getreten. Aber Herr Liebknecht hat sich seit 23 Jahren nicht das Mindeste um sie zu kümmern brauchen. Denn der Verwaltungsausschuß hatte soviel zu thun, daß er zur „Ueberwachung des Parteiorgans" gar keine Zeit fand und die „Kontrolkommission" erhielt nie irgend eine Beschwerde des Parteivorstandes (in welchem Herr Liebknecht natürlich gleichfalls ausschlaggebend thront), so daß sie ihrerseits in einer beneidens-

*) Die täuschenden Verhüllungen, welche unsere Sozialdemokratie während der zwölfjährigen Geltung des Sozialistengesetzes versuchte (übrigens ohne Erfolg unseren Gerichten gegenüber), werden dabei selbstverständlich unbeachtet gelassen.

werthen Beschäftigungslosigkeit sich befand.*) Wenn aber doch einmal, wie im Jahre 1870 nach Sedan, einer der Ausschüsse oder gar der Parteivorstand selbst, gegen Herrn Liebknecht's Haltung im Parteiorgan Protest einlegte, so ließ Herr Liebknecht einfach doch drucken, was er wollte. „Er pfiff einfach“ auf alle Kontrolausschüsse der Partei ebenso ungenirt, wie Herr Bracke später auf das Sozialistengesetz im Reichstag pfiff — und so pfeift Herr Liebknecht heute noch, trotz Singer, v. Vollmar, und anderer mißvergnügter Widersacher seiner Alleinherrschaft!

Die vaterlandslose und arbeiterfeindliche Haltung der Herren Liebknecht und Bebel im Norddeutschen Reichstag und außerhalb desselben in den Jahren 1867—1870 wird unten in den Abschnitten „Ihre Vaterlandsliebe“ und „Ihre Arbeiterfreundlichkeit“ eingehend dargelegt werden. Ihre „Vaterlandsliebe“, brachte es fertig, beim Ausbruch des französischen Krieges die Mittel zur Kriegführung zu verweigern, und nach der Schlacht von Sedan sofortigen Friedensschluß mit der edeln französischen Republik, und zwar ohne daß das friedliche Frankreich durch irgend eine Gebietsabtretung gekränkt werde, zu fordern. Sie erhielten dafür den ihnen gebührenden Dankeszoll — den Dank des französischen Konsuls in Wien, diese beiden deutschen Abgeordneten! Das deutsche Volk aber quittirte über diese schmachvolle Haltung der Herren, indem es die vaterlandslose Kommunistenpartei von der Bildfläche des öffentlichen Lebens einfach verschwinden ließ. Denn als der freche Friedensbruch Frankreichs und die Liebe zu dem bedrängten deutschen Vaterlande im Juli 1870 alle deutsche Herzen einträchtig zusammenschmolz, da fielen auch den von Herrn Liebknecht verführten Tausenden plötzlich die Schuppen von den Augen, und an der Stelle seiner dichten Heersäulen sah er die blaue Luft hinter sich. Nur ganz Wenige fanden den traurigen Muth, sich an Herrn Liebknecht's Seite den Dank des deutschen Erbfeindes zu verdienen.

Wir kehren nun zu den Verhältnissen der Arbeiterpartei Lassalle's nach dessen Tode im August 1864 zurück, um zu schildern, wie es Herrn Liebknecht gelang, auch den letzten Präsidenten dieses Vereins und den Verein selbst unter seine Diktatur zu beugen und für den vaterlandslosen Kommunismus einzufangen.

---

*) Protokoll des Kongresses von Gotha 19. bis 23. August 1876 und aller folgenden Kongresse.

3. Lassalleaner und Kommunisten
bis zum Vereinigungskongreß von Gotha, Mai 1875.

In seinem Testamente hatte Lassalle seinen Freund Bernhard Becker zu seinem Nachfolger im Präsidium des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins vorgeschlagen. Eine unglückselige Wahl für die Sache Lassalle's! Der Einzige, welcher Geist und Thatkraft genug besessen hätte, um Lassalle's Erbschaft in der Arbeiteragitation anzutreten, von Schweitzer, war damals, infolge eines Sittlichkeitsverbrechens, welches er im Mannheimer Schloßpark begangen hatte, so verrufen, daß er selbst nicht nach der Präsidentenwürde zu streben wagte. Er bot diese Karl Marx an — so wenig kannte von Schweitzer damals noch die ungeheure Kluft, welche Lassalle und Marx trennte! Marx hütete sich wohl, die Stelle anzunehmen, in welcher er aus seinem halbdunkeln Hinterhalt hervortreten und sich so rasch hätte abnutzen müssen wie jeder Andere.

Bernhard Becker war eine komische Figur: das schlimmste Rollenfach, welches ein Arbeiterführer wählen kann; das allerschlimmste, wenn er es unfreiwillig und unbewußt ausfüllt. In diesem Fache war Bernhard Becker auf den Brettern thätig, welche die sozialdemokratische Welt bedeuten. Seine Würde hatte dem mageren Einspänner, welcher bis dahin die dürftige Last seines Gehirnes gezogen hatte, soviel Hafer aufgeschüttet, daß das üppige Thier mit ihm durchgegangen war. Bernhard Becker nannte sich jetzt „den Präsidenten der Menschheit"; und wenn man nach den Leistungen dieser seiner obersten Menschenvertretung fragte, so gab er die Antwort: „seine Thätigkeit sei zwar nicht geräuschvoll, aber allseitig und nachhaltig, dem befruchtenden Landregen gleich, welcher auch ohne Donner und Blitz die harte Erdkruste durchdringe." Aber er konnte auch recht „geräuschvoll" werden, und solchenfalls pflegte er sich wieder mit dem „reinigenden Gewitter" zu vergleichen, zu Ungunsten des „allseitigen und nachhaltigen Landregens", welchen er mehr nur als Präsident der Menschheit verkörperte. Ungemüthlich geräuschvoll wurde Bernhard Becker z. B. gegen Schweitzer in einer Versammlung der Vereinsgenossen zu Frankfurt a./M., der Geburtsstadt und dem Wohnorte Schweitzer's. Da rief er: „Was nun diesen Judas anlangt, Arbeiter, so werde ich dieses Menschenskelett zertrümmern. Ich zerbreche ihn wie Glas, denn ich allein unter Euch vertrete die ganze Revolution und habe revolutionäre Kraft in mir. Der Hammer ist erhoben. Soll ich den Baron, den Doktor von, mit der Brille auf der hochgetragenen Nase, zu Brei zerschmettern? Sagt, Arbeiter, soll ich?" Man weiß nicht, ob der

Präsident der Menschheit die Erlaubniß zu dieser Heldenthat erhielt. Sicher ist nur, daß Schweitzer unversehrt blieb, und daß, nach Bernhard Becker's Versicherung wenigstens, „dieses Gewitter die Luft reinigte."

Dafür verdarb aber seine kleinliche Gesinnung, seine unerträgliche Eitelkeit und Großthuerei, welche jede persönliche vermeintliche Kränkung als unverzeihlichen Hochverrath an der heiligen Sache der Menschheit verfolgte, sein grundsätzlicher Haß gegen das seiner Natur allerdings Feindseligste und Widerwärtigste, nämlich Geist und Bildung, auf's gründlichste die Eintracht und den Zusammenhalt der Partei, welche er hätte leiten und stark machen sollen. Selbst mit der Gräfin Hatzfeldt, Lassalle's unzertrennlicher Freundin, überwarf er sich vollständig, und schnitt dadurch der ohnehin schwachen Gemeinde Lassalle's alle Verbindungen ab, welche diese Dame noch in aristokratischen Kreisen besaß und namentlich ihre reichen Geldmittel. Ebenso unheilbar überwarf er sich mit dem Vereinssekretär Wilms, welcher sofort, ebenso wie später die Gräfin Hatzfeldt, einen Gegenverein gründete. Jeder persönlich verletzte kleine Lokalführer folgte diesem berauschenden Beispiel. Das Jahr 1864, das Todesjahr Lassalle's, war noch nicht zu Ende, und bereits hatte sich der sogenannte „Allgemeine" Deutsche Arbeiterverein, den er geschaffen, in unzählige Atome aufgelöst.

In diesem unbeschreiblichen Wirrwarr war es doch nur Einer, von Schweitzer, welcher das einheitliche Band der Partei geistig erneuerte, indem er, gemäß seiner mit Lassalle getroffenen Verabredung, am 15. December 1864 die Zeitung „Der Sozialdemokrat" in 50000 Exemplaren, mit dem Gelde eines wohlhabenden, unbedeutenden und verschrobenen bayrischen Exoffiziers, von Hoffstetten, verbreitete und vom 1. Januar 1865 an regelmäßig erscheinen ließ. Obwohl die Düsseldorfer Generalversammlung der Lassalleaner Ende 1864 Schweitzer sogar aus dem Parteivorstande ausstieß und sich weigerte, dessen Zeitung als Vereinsorgan anzuerkennen, ward dieses Blatt doch von Tag zu Tag mehr die einzige Macht, das einzige Band jener Arbeiterschaaren, welche die geistige Hinterlassenschaft Lassalle's angetreten hatten. Von 1865 bis 1866 stieg die Abonnentenzahl des Blattes von 400 auf 4000, und zwar keineswegs durch die Fürsorge und Macht der geistigen Gönner, welche im Anfang an der Spitze als Mitarbeiter prangten: Marx, Engels, Liebknecht, Herwegh, Rüstow, Wuttke u. s. w. Denn schon im Februar 1865 veröffentlichte von Schweitzer fünf Leitartikel unter dem Titel „Das Ministerium Bismarck", in welchen die scharfe klare politische Erkenntniß des Verfassers zu den Schlußsätzen drängte: „Das also ist unser wichtiges Ergebniß. Der Bundestag, Oesterreich, die Mittel- und Kleinstaaten sind schlechthin ohnmächtig der Deutschen Frage

gegenüber — im Guten wie im Schlimmen. Handlungsfähig in Deutschland sind nur zwei Gewalten: Preußen und die Nation. Preußische Bayonette oder deutsche Proletarierfäuste*), wir sehen kein Drittes." Natürlich sagten sich, nach dieser Leistung Schweitzer's, die vaterlandslosen Gönner des Blattes sofort feierlich von dem mißrathenen jungen Kinde los. Schweitzer war in ihren Augen und in ihren Preßorganen fortan ein „Lump", ein „Verräther", ein „Regierungssozialist", wie zuvor Lassalle. Aber der „Präsident der Menschheit", Bernhard Becker, hatte in Schweitzer's Blatt die einzige wirksame Unterstützung seines Amtes und Vereines schätzen gelernt, er erklärte daher das „Menschenskelett" nunmehr für einen edeln und unbeugsamen Volksfreund, und richtete dagegen zur Abwechselung jetzt an Karl Marx die freundliche Aufforderung: „sich mit seinen internationalen Associationen einbalsamiren und als toll gewordenen Hering in einen Schornstein hängen zu lassen." Das brachte aber Herrn Liebknecht's Grimm zum Ueberschäumen. Er stellte in der Berliner Gemeinde Lassalle's den Antrag: „Bernhard Becker als niederträchtigen Verleumder und hoffnungslos unheilbaren Idioten aus dem Verein auszuschließen." Durch die bereits erzählte Ausweisung Liebknecht's aus Berlin im Sommer 1865 wurde dieses anmuthige Gesellschaftsspiel erheblich in seiner weiteren Entwickelung beeinträchtigt.

Die Gräfin Hatzfeldt — immer noch eine Macht im Staate Lassalle's — haßte natürlich Schweitzer, welcher sich ohne und gegen sie aufgeschwungen hatte, ebenso kräftig wie ihren abtrünnigen Freund Bernhard Becker, welcher im letzten Jahre seines Amtes treu zu Schweitzer hielt. Auf der zweiten Generalversammlung des Vereines Ende 1865 zu Frankfurt a./M. gelang ihr Becker's Sturz um so leichter, als Schweitzer damals im Gefängniß saß, und statt Schweitzer's wurde daher Tölcke aus Iserlohn zum Vereinspräsidenten gewählt, ein Mann, welcher trotz seines parteigeschichtlichen Knüppels, den er an Stelle der Präsidentenglocke als Beruhigungsmittel in die Vereinsversammlungen einführte, keineswegs ein roher Mensch war. Er hatte im Gegentheil ebensoviel Mutterwitz und gesunden Menschenverstand, als Thatkraft und Verachtung gegen den vaterlandslosen Schwindel von Karl Marx und Genossen. Daß Tölcke 1866 kurz vor Verleihung des allgemeinen Stimmrechtes ein Hoch auf den König von Preußen ausgebracht, konnte ihm der Marx'sche Anhang nie verzeihen. Die Frau Gräfin Hatzfeldt sah sich in dem Manne ihrer Wahl schwer enttäuscht, da er durchaus seine eigenen Wege ging. Schon im Sommer 1866 legte er, der inneren Wider=

*) Natürlich ist die Uebersetzung von Nation in Proletarierfäuste auch wieder ein echt demagogisches Kunststück v. Schweitzer's.

wärtigkeiten müde, sein Amt nieder — Schweitzer saß noch im Gefängniß — und die dritte Generalversammlung in Leipzig wählte den Hamburger Perl, den unbedeutendsten unter allen Nachfolgern Lassalle's, zum Vereinspräsidenten. Natürlich überwarf sein aufgeblasener Eigensinn sich gleichfalls mit der Gräfin, und so gründete diese denn Ende 1866, nach der vierten Generalversammlung des Vereines zu Erfurt, die berühmte „weibliche Linie" Lassalle's, aus welcher später die köstlichsten Nullen, die Försterling und Mende, hervorgegangen sind.

Das große Jahr 1866 war selbstverständlich für den nationalgesinnten Sozialismus Deutschlands in demselben Maße Anlaß und Ursache zu innerer und äußerer Stärkung, als für den vaterlandslosen Kommunismus ein Trauerjahr. Noch vor Ausbruch des Krieges war Schweitzer frei geworden und bereiste ganz Deutschland mit großem Erfolg. Er warnte seine Arbeiter vor der Lüge der „Freiheit" des Bundestages und des großdeutsch-österreichischen Partikularismus. Er trat kräftig ein für das geschichtliche Recht und Geschick Preußens, die deutsche Frage befriedigend zu lösen. Und so laut auch jetzt von neuem seine Gegner gegen sein „Lumpenthum" und seinen „Verrath" donnern mochten, nicht blos sein bei vielen Tausenden verbreitetes Blatt war eine Macht geworden, auch die Weltgeschichte gab seinen Prophezeihungen recht. Denn der verschrieene „Junker" von Bismarck verlieh das allgemeine Stimmrecht, die erste und fast einzige Forderung der Arbeiter, welche Lassalle bei Beginn seiner Bewegung aufgestellt hatte.

Dieser Erfolg erfüllte die Lassalle'schen Arbeiterschaaren mit ungemessenen Hoffnungen auf die Zukunft. Schon bei den Wahlen zum konstituirenden Norddeutschen Reichstag, im Februar 1867, stellte der einzig leidlich sichere Wahlkreis (Elberfeld-Barmen) nicht etwa den Vereinspräsidenten Perl, sondern von Schweitzer als Kandidaten auf, und auf Schweitzer's Loosung gaben dessen Wähler in der Stichwahl den Ausschlag zu Gunsten Bismarck's gegen Forckenbeck, als „Huldigung für den Minister, der aus eigenem Antriebe den Arbeitern ein Volksrecht zurück(!)gegeben, welches die liberale Opposition für Euch zu fordern so hartnäckig vergessen hatte."

War also auch der Lassalleanismus im konstituirenden Reichstage des Norddeutschen Bundes nicht vertreten, während der damals erst bis zum „Demokraten" gehäutete oder geläuterte Herr Bebel den Sitz für Glauchau-Meerane dort einnahm, so erlangte doch Schweitzer nun auf der fünften Generalversammlung seines Vereines in Braunschweig, Mitte Mai 1867, einstimmig die Wahl zum Präsidenten.

Er stand von da ab vier Jahre an der Spitze des Vereines, nächst Lassalle die interessanteste Gestalt, welche die Leitung deutscher Arbeitermassen übernommen hat. Sehr begabt und vielseitig

unterrichtet, doch ganz auf Lassalle fußend, nicht selbstständig schöpferisch thätig; noch weit mehr Roué und noch cynisch-frecher als Lassalle, überragte Schweitzer doch diesen und selbst Marx durch die bei einem verlebten Genußmenschen höchst seltenen Eigenschaften unerschütterlicher Zähigkeit und Geduld, ruhigster Abwägung und Schätzung aller wirklichen Verhältnisse, unbeugsamer Zuversicht, trotz aller Widerwärtigkeiten, Mißerfolge und Niederlagen. Kurz, Schweitzer war ein sozialistischer Parteiführer wie kein zweiter vor und nach ihm. Er hat in diesen vier Jahren seinen Verein aus der traurigsten Verfassung zu einer achtbaren Zahl und Höhe gehoben, auf welcher angelangt, dieser Verein, wenn Schweitzer dessen Leitung fortgesetzt hätte, wohl kaum die Beute des vaterlandslosen Kommunismus geworden wäre. Aber die Rolle des sozialistischen Arbeiterführers, deren Kitzel Schweitzer's erschlaffte Nerven im Anfang anregte, hatte im Laufe dieser Jahre für den satten Lebemann ihren Reiz verloren. Andere Gewalten regten sich in ihm gegen das Ende seines Lebens, welche heiliger und reiner waren, als die Leidenschaften, welche ihn früher durchtobten und welche er in den Massen wachrief: dichterischer Drang und ächte Liebe, welche ihn beide zu den schönsten Erfolgen seines Lebens führten, zu einer glücklichen Ehe und zu der allgemeinen Anerkennung, daß Schweitzer eines der wenigen Lustspieltalente der deutschen Gegenwart sei. Vornehmlich in diesen Verhältnissen liegt wohl die natürliche Erklärung der seinerzeit räthselhaft gefundenen Thatsache, daß Schweitzer 1871 plötzlich sein Präsidium ebenso gelassen niederlegte, als er es 1867 angenommen hatte. Der Vorwurf des „Verrathes", des „Regierungssozialismus", des „Spitzelthumes", welchen der deutsche Kommunismus gegen Niemanden unflätiger und nachhaltiger erhoben hat, als gegen Schweitzer, prallte an diesem Manne aus denselben Gründen ab, wie an Lassalle. Auch Schweitzer gehörte, so lange er agitatorisch wirkte, zu den von den preußischen Staatsanwälten und Gerichten ständig Verfolgten, Niebegnadigten. Er besaß dieselbe ökonomische Unabhängigkeit wie Lassalle, dieselbe vornehme Unfähigkeit wie Jener, sich für Geld oder für irgend eine andere Gegenleistung irgend einem fremden Willen oder Gebot zu verkaufen. Aber er hatte, wenn er selbst dazu geneigt gewesen wäre, der Regierung noch weniger zu bieten, als Lassalle. Er trat sein Amt 1867 an und führte es bis 1871, d. i. in jenen vier Jahren deutscher Entwickelung, in welchen die Politik Bismarck's und der deutschen Vormacht im deutschen Parlament und Volke eine so kompakte und begeisterte Mehrheit für ihre gesetzgeberischen Aufgaben und ihre nationalen Ziele zur Verfügung hatte, wie später niemals wieder. Und die einzige Partei, gegen welche allenfalls Herr von Schweitzer

als bohrender Pfahl im feindlichen Fleische zu verwenden gewesen wäre, die vaterlandslos-kommunistische Sozialdemokratie, gelangte, — wie wir bereits andeuteten, und noch eingehender darlegen werden — erst auf dem Kongresse zu Eisenach 1869, nach ihren mannigfachen Verpuppungen und Häutungen, zu ihrem vaterlandslos-kommunistischen Programm, und wurde schon im folgenden Jahre von der nationalen Begeisterung des Jahres 1870 vollständig von der Bildfläche des öffentlichen Lebens Deutschlands hinweggefegt. Was hätte also Herr von Schweitzer der deutschen Regierung als geheimer Agent irgend nützen können? Er wirkte viel besser und kräftiger für sie in seiner freien und natürlichen Gegnerschaft gegen die Gefolgsleute von Karl Marx.

Was Schweitzer der Lassalle'schen Partei in diesen vier Jahren seiner Leitung geleistet hat, lehren zunächst Zahlen sehr deutlich. Bei der sechsten Generalversammlung des Vereins, der ersten unter Schweitzer's Vorsitz, Ende November 1867 in Berlin, waren zwar nur etwa 200 Leute anwesend, einschließlich der Gegner und Neugierigen. Aber Schweitzer war damals bereits in den Reichstag gewählt, ebenso Dr. Reincke, aus der weiblichen Linie Försterling, und bald darauf erlangte auch Hasenclever einen Parlamentssitz. Die Vereinsorganisation hatte Schweitzer seit Mai straff zusammengezogen, die Finanzen (welche Bracke in Braunschweig verwaltete) waren geordnet und immerhin waren auf dieser Berliner Generalversammlung doch schon in 20 Delegirten 51 Einzelvereine mit 3462 Mitgliedern vertreten. Der Verein zählte also bereits fast die doppelte Zahl, welche er in Lassalle's besten Tagen besessen hatte. Als Schweitzer kein Jahr später, auf den 27. September 1868, die allgemeine Versammlung der Gewerkvereine (zum Zweck der Streikorganisation) nach Berlin einberief, konnte er schon 200 Delegirte, als Vertreter von angeblich 140 000 Arbeitern mustern. Die Zahl dieser angeblichen Auftraggeber ist jedenfalls stark übertrieben. Aber immerhin war schon die Generalversammlung zu Bamberg, Ende August 1868 von 7192 Vereinsmitgliedern aus 82 Orten beschickt gewesen, und die Generalversammlung zu Barmen am 18. März 1869 war von 56 Delegirten besucht, welche 11000 Arbeiter vertraten. Abermals ein Jahr später, am 18. März 1870 auf der Generalversammlung in Berlin, hatte Schweitzer bereits die deutsche Hauptstadt von der Fortschrittspartei erobert. Volksversammlungen in Berlin konnten von nun an nur noch mit Lassalleanischer Duldung abgehalten werden.

Hand in Hand mit dieser geschickten Mehrung der Gefolgschaft ging die sehr erfolgreiche Leitung des Vereinsorgans, des „Sozialdemokrat," welches Schweitzer durch ein keineswegs sauberes Kunststück — unter Verdrängung von Hofstettens, der sein Geld daran

gesetzt hatte — in seinen eigenen Alleinbesitz brachte. Als Unterredakteur Schweitzers trat Wilhelm Hasselmann, ein frischer, kühner, und damals noch reinlicher Student ein. Er stammte aus einem verarmten Bremer Hause, hatte schon als Knabe das harte Gnadenbrot reicher Verwandten essen müssen, und trug die Seele voller Bitterkeit und heißer Rachgier gegen Alle, welche mehr besaßen als er selbst. Im Frühjahr 1870 konnte Schweitzer schon ein zweites Blatt für die ärmsten Volksklassen, den „Agitator", gründen. Auch eine Reihe von höchst geschickt eingeleiteten und durchgeführten Arbeitseinstellungen erhöhte Schweitzers Einfluß und Gefolgschaft wesentlich. Alle Anfeindungen, in den eigenen Reihen, von Seiten der sog. „Aristokratie" des Vereins, zu welcher nacheinander von Hoffstetten, Bracke, Geib, York, Fritzsche u. A. gehörten, erschütterten Schweitzers Stellung nicht im Geringsten, sondern trieben lediglich diese mit der Diktatur Schweitzers unzufriedenen Mitglieder nach und nach außerhalb des Verbandes dem lauernden Kommunismus in die Arme. Trotz aller Angriffe der „weiblichen Linie", und aller Intriguen und Schimpfereien der Kommunisten, hatte Schweitzer bereits im Jahr 1870, und insbesondere zur Zeit seines Rücktritts, eine Macht erlangt, welche im weiten Bereiche seines Vereins ebenso unbestritten als schrankenlos war.

Vielleicht war nicht der letzte Grund für sein plötzliches Ausscheiden aus dieser Machtfülle die Wahrnehmung, daß er selbst, der unbeschränkte Gebieter vieler Tausende, und nicht der schlechtesten deutschen Arbeiter, doch in seinen letzten und verhängnißvollsten Entschlüssen keineswegs der freie Herr seines Willens war, sondern durch die Schwerkraft der jäh abfallenden schiefen Ebene, auf welcher er sich fortbewegte, und durch die Konkurrenz der noch radikaleren Kommunisten fortwährend zu Thaten fortgerissen wurde, welche er freiwillig wohl nicht gethan hätte. Freilich trug der Mann, welcher als Nachfolger Lassalles, mit Gewährung des allgemeinen Stimmrechts die Hauptforderung seines Meisters und seines Vereins erfüllt sehen mußte, kein Bedenken, in einer der ersten Sitzungen des Norddeutschen Reichstags zum Zwecke demagogischer Aufhetzung zu erklären, daß er nur „aus Bosheit" für die Aufhebung der Zinsbeschränkungen stimmen werde, um die kapitalistische Wirthschaft desto eher ihrer Vernichtung durch sich selbst entgegenzuführen. Aber im Uebrigen war seine Haltung bei Berathung der großen und wichtigen, den Arbeiter befreienden und schützenden Gesetzgebung der Jahre 1867—1870, welche nacheinander die deutsche Freizügigkeit, Paßfreiheit Verehelichungsfreiheit, die Aufhebung der Schuldhaft und der Lohnbeschlagnahme, die Genossenschaftsbildung, die Gewerbe- und Koalitionsfreiheit, das deutsche Heimats-, Staats- und Bundesbürgerrecht, das humane neue Strafrecht einführte, eine sachliche und würdige.

Namentlich hielt Schweitzer bei der Generaldebatte zur deutschen Gewerbeordnung 1869 eine bedeutende Rede, welche den Ernst und Willen freudiger Mitarbeit zeigte — wenn sie auch in ihren kühnsten Forderungen in der Hauptsache hinter dem zurückblieb, was die deutsche Arbeiterschutzgesetzgebung von 1891 verwirklicht hat! Aber Schweitzers Reden bei diesen Berathungen sind um so bedeutsamer, als selbst Herr Bebel dabei nur zu höchst unwesentlichen Bemerkungen sich veranlaßt sah, Herr Liebknecht aber ganz schwieg — dagegen öffentlich in Volksversammlungen über das „Parlamenteln" spottete, wie heute seine Gegner, „die Jungen" in Berlin, gegen sein und der übrigen „Alten" „Parlamenteln" spotten —, die Vertreter der „weiblichen Linie" Lassalles im Reichstag aber, die Försterling und Mende überhaupt zu dumm waren, um irgend etwas zu sagen.

Aber während Schweitzer in dieser tüchtigen Mitwirkung an der norddeutschen Gesetzgebung gewiß die seiner Bildung und seinem nationalen Gefühl entsprechende Herzensmeinung seines Wesens kund gab, drängte ihn die Rücksicht auf seine agitatorische Stellung und die damit verbundene schändliche Verbindlichkeit demagogischer Aufreizung und Verhetzung, zu einer stets radikaleren Bethätigung seiner Präsidentenwürde. Schon die Organisation der gesammten deutschen Streikbewegung hatte er 1868 nur in's Leben gerufen, um dieses wichtige Gebiet nicht den fortschrittlichen Gewerkvereinen unter Max Hirsch zu überlassen. Zu noch viel bedenklicheren Schritten aber sah er sich gedrängt durch die stets wachsende Ausbreitung des vaterlandslosen Kommunismus. Als im Herbst 1869 der Kongreß der Internationale zu Basel, gegen den heftigen Widerspruch der französischen Vertreter, das Erbrecht und das Privateigenthum an Grund und Boden „abschaffte", und selbst Herr Liebknecht noch zögerte, seinen Getreuen die Baseler Beschlüsse aufzudrängen, da erklärte Schweitzer „Jeden als einen Verräther an der Arbeitersache, der an der Richtigkeit dieser Beschlüsse zweifle!" Und als im Jahre 1870 der große Krieg ausbrach, da stellte sich Schweitzer mit seinem Verein, treu dem Standpunkte Lassalle's, im Juli und in den folgenden Monaten wohl auf den vaterländischen Standpunkt, aber im December versagte er an der Seite der vaterlandslosen Kommunisten unserer deutschen Regierung und Heeresleitung die Mittel zur Fortführung des Krieges gegen die heilige französische Republik! Ja, selbst die Schandthaten der Kommune in Paris fanden 1871 an Schweitzer einen fast ebenso begeisterten Lobredner, wie an den Herren Liebknecht und Bebel. Damit war wohl die Grenze dessen erreicht, was Schweitzer an Täuschung des Volkes und seines eigenen Innern und an Konzessionen gegen die gefährliche Konkurrenz der vaterlandslosen Kommunisten zu leisten vermochte.

Der bereits berichtete Abfall seiner besten Mitkämpfer während

der aufsteigenden Richtung seiner Bahn und Führung mochte ihn endlich keineswegs gelüsten lassen nach dem Schauspiele, welches seine Partei bieten würde, wenn die, bei dem steten Wachsthum des Kommunismus in Deutschland, unausbleibliche Frage an sie heranträte: sich zwischen Schweitzer und den Herren Liebknecht und Bebel zu entscheiden. So legte er unmittelbar nach den Frühjahrswahlen zum Reichstag 1871 sein Amt nieder. Am 30. April ließ er den „Sozialdemokrat" einen Monat später den „Agitator" eingehen. Die Dankbarkeit der Seinigen für seine vierjährige erfolgreiche Leitung offenbarte sich darin, daß er aus der nächsten Generalversammlung des Vereins schmachvoll ausgewiesen wurde. Da erklärte er öffentlich, „derartige immer wiederkehrende Beweise von Undankbarkeit sind sehr erklärlich bei Leuten, von denen leider nur ein sehr kleiner Theil durch die Begeisterung für eine neue Idee bewegt wird, während weitaus die Meisten, wie ich zu meiner Betrübniß beobachten mußte, nur durch den Neid gegen die höheren Gesellschaftsklassen oder durch andere unschöne Motive angetrieben wurden. Nehme man dazu den beschränkten Horizont, und man wird sich über Erscheinungen des Undanks oder Blödsinns nicht weiter wundern."

Die Bedeutung Schweitzer's zeigt sich recht charakteristisch auch in dem Verhalten des deutschen Kommunistenführers gegen ihn während dieser vier Jahre. Herr Liebknecht hatte von 1867—1869 außer der Sorge, Herrn Bebel und dessen Arbeitervereine inzwischen zu vaterlandslosen Kommunisten heranzuziehen, kaum eine größere, als die Sorge vor J. B. von Schweitzer. Bald wird der Herrn Liebknecht bis in den tiefsten Grund seiner Seele*) verhaßte Lassalle'sche Agitator in Liebknecht's „Demokratischen Wochenblatt" mit Katzenpfoten gestreichelt, bald mit jenen Schmutzgeschossen bombardirt, mit welchen sich Herr Liebknecht auf dem in Schmähartikeln reichsten Weltmarkt, demjenigen der Londoner Emigranten, für den erheblichen Bedarf seines Lebens völlig ausreichend versehen hatte. Gleichwohl hätte Schweizer nur einzuschlagen brauchen, so wäre ihm Herr Liebknecht am Halse gelegen, mit Freudenzähren über den so schmählich verkannten, wahrhaft edlen Sozialdemokraten Schweitzer. Aber Schweitzer blieb immer kühl zurückhaltend, wenn er auch seinerseits gelegentlich billige Höflichkeit zur Schau trug, so z. B. indem er die Hamburger Generalversammlung seines Vereins den Beschluß fassen ließ, „daß Karl Marx sich durch sein Werk „das Kapital" ein unvergängliches Verdienst um die arbeitenden Klassen erworben habe." Liebknecht wurde durch diese Zurückhaltung

*) Herr Liebknecht mag uns nicht verübeln, wenn wir von seiner Seele reden, obwohl er selbst sie leugnet.

Schweitzers zu Versöhnungsversuchen besonders angeregt. Im Sommer 1868 reiste er zu Schweitzer nach Berlin und schlug ihm vor, sich, unter vorläufiger Beibehaltung der Lassalle'schen Vereinsorganisation der Internationalen anzuschließen. Schweitzer lehnte natürlich entschieden ab, eine von Karl Marx abhängige Figur zu werden.

Zur Strafe für diese Absage wurde Schweitzer dann wieder längere Zeit hindurch als bestochener Regierungsagent gebrandmarkt, bis Liebknecht dem Gegner 1869 in Berlin abermals persönlich die Versöhnung anbot, indem er den naiven Vorschlag machte: den Generalrath der Internationalen, d. h. natürlich Karl Marx, zum Schiedsrichter über ihre beiderseitigen Streitigkeiten einzusetzen. Schweitzer wies die plumpe Zumuthung hohnlachend ab, und Herr Liebknecht legte sich nun auf Umwege, um zu seinem Ziel zu gelangen. Er steckte sich hinter die mit Schweitzers Zuchtruthe unzufriedene „Aristokratie" der Lassalleaner, welche damals dem Verbande noch angehörte, und verlangte, nachdem er sich des Beistandes derselben versichert hatte, mit Bebel Zutritt auf der nächsten Generalversammlung der Lassalleaner in Barmen, am 18. März 1869, um dort öffentlich gegen Schweitzer die Anklage zu erheben, daß dieser grundsätzlich die deutschen Arbeiter spalte und im Dienste des preußischen Junkerthums stehe. Siegesgewiß ertheilte Schweitzer seinen Feinden Zutritt und Redefreiheit auf der Barmer Generalversammlung. Das große Matschfest in Schweitzers schmutziger Wäsche, welches Herr Liebknecht und von Hoffstetten dort mit Behagen abwechselnd feierten, hat für uns nicht das geringste Interesse. Ebenso wenig die unter dem lauten Frohlocken der Kommunisten gefaßten Beschlüsse jener Versammlung, welche Schweitzers Diktatur und die einheitliche Gliederung des Lassalle'schen Verbandes an der Wurzel bedrohten, indem sie Schweitzer hinfort zum Werkzeug eines in Hamburg eingesetzten, aus seinen stillen Feinden bestehenden Sechsmännerausschusses erniedrigt hätten. Wohl aber ist höchst bezeichnend für Schweitzer, daß er sich diesen Beschlüssen scheinbar willig fügte und sich mit Herrn Liebknecht sogar „versöhnte". „Beide versprachen," wie Franz Mehring treffend schreibt, „sich künftig in Ruhe zu lassen und friedlich nebeneinander ihrer Beschäftigung zu leben, andere Leute in Unfrieden zu bringen." Sobald Schweitzer aber die Zeit gekommen erachtete — schon im Juni 1869 — ließ er die Barmer Beschlüsse durch eine Urabstimmung sämmtlicher Mitglieder umstürzen und die alte Ordnung der Dinge wieder herstellen. Die Herren Bebel und Liebknecht ließ er „wegen ihres notorischen Verrathes an der Arbeitersache" für unwürdig erklären, jemals wieder in einer Arbeiterversammlung aufzutreten. Fritzsche, Geib, Bracke und der Lehrer Spier in Wolfenbüttel schieden damals aus

dem Verein aus, und das Band der „Versöhnung“ zwischen Schweitzer und den Kommunisten blieb seitdem unheilbar zerschnitten.

Nach Schweitzer's Rücktritt hatte Herr Liebknecht dagegen leichtes Spiel. Die Geschichte des Lassalle'schen Arbeitervereins ist fortan nur noch ein Prozeß langsamer Auffaugung desselben, durch den vaterlandslosen Kommunismus des Herrn Liebknecht. Mannigfache Gründe wirkten hierfür mit.

Zunächst die sehr unbedeutende Persönlichkeit des neuen Präsidenten nach Schweitzer's Abgang. Wilhelm Hasenclever, ursprünglich Lohgerber, war ein schlichter einfältiger Mann, der sich in der preußischen Konfliktszeit das Raisonniren angewöhnt hatte, und davon nicht mehr lassen konnte, gelegentlich auch im Treibhause der Lyrik einige dürftige Blüthen brach; kein schlechter Deutscher von Haus aus; im Juli 1870 zog er von seinem Reichstagsstuhl in Berlin willig und freudig als Landwehrmann mit vor Paris; aber im December verweigerte er schon, nach Schweitzer's Beispiel, seinen Kameraden die weiteren Mittel, sich zu wehren — wenn es auf ihn angekommen wäre! Zum Leiter der stärksten Arbeiterpartei Deutschlands fehlte ihm aber Alles, Bildung, Thatkraft, Ehrgeiz, Einsicht, Scharfsinn, um durch feste eigene Züge und schöpferische Gedanken, das Gegenspiel der Kommunisten matt zu setzen. Wohl hatte er sofort, nachdem Schweitzer den „Sozialdemokrat“ eingehen ließ, den „Neuen Sozialdemokrat“ unter seiner und Hasselmann's Leitung ins Leben gerufen. Aber Hasselmann war Hasenclever geistig, wie durch seine akademische Bildung, weit überlegen und haßte „die Eisenacher“ (Liebknecht und Bebel) mit Schweitzer's unversöhnlichem Grimm, während Hasenclever die seinem eigenen Horizont sympathische vormalige „Aristokratie“ seines Vereins, die Fritzsche, Geib, Bracke, Spier u. A. jetzt zwar im feindlichen Lager sah, aber doch ohne sie anders, wie als alte Freunde, zu betrachten. Für Hasenclever war nur die Frage offen; ob er sie oder ob sie ihn in das andere Lager hinüberziehen würden. Und bei Hasenclever's Natur und Begabung war die Lösung dieser Frage auf die Dauer nicht zweifelhaft. In der gesunden Lohe seiner heimatlichen Werkstatt wäre er wahrscheinlich ein tüchtiger ehrenhafter Meister geworden, den gesunden Nachfahren nur verdächtig durch den Goldschnitt einiger lyrischen Bände, welche den echt dichterischen Namen Hasenclever trugen. Als Arbeiterführer dagegen schickte er die nationalen Scharen Lassalle's durch das kaudinische (demüthigende, entehrende) Joch des vaterlandslosen Kommunismus, und endete selbst, unter dem Zwiespalt seines Könnens und Strebens, in unheilbarer Geistesnacht!

Doch noch viel mächtigere Ursachen als die geist- und willen-

lose Persönlichkeit Hasenclevers wirkten auf die Vereinigung der beiden feindlichen Arbeiterbünde unablässig hin.

Auch die Kommunisten mußten von allen Seiten her Tonnen voll Wasser in ihren Feuerwein schütten lassen. Die nationale Begeisterung des Jahres 1870 hatte ihre Schaaren furchtbar gelichtet. Auf dem Haager Kongreß der Internationale 1872, auf welchem die deutsche Sozialdemokratie durch Liebknecht vertreten war, zerbrach dem rothen Dalai Lama Karl Marx sein liebstes Spielzeug, die Internationale selbst, bei dem Ansturm der Anarchisten, geführt von dem Russen Bakunin, unter den Händen.*) Dann mußten die Hauptführer der Kommunisten, die Herren Bebel und Liebknecht, auf zwei Jahre in die Festung Hubertusburg wandern, da das Schwurgericht Leipzig sie im März 1872 wegen Vorbereitung zum Hochverrath auf solange unschädlich gemacht hatte. Von den freigebliebenen Geistern der zwei feindlichen Lager konnte keiner dem andern ein erhebliches Uebergewicht an Gehirnsubstanz beimessen, und diese Thatsache wirkte gleichfalls mächtig annähernd und versöhnend.

Dazu traten dann die unheilvollen Wirkungen der Schwindelperiode von 1871, 1872, mit ihren fabelhaften Löhnen und erfolgreichen Strikes, und dann der Krach von 1873, mit seinem namenlosen Elend, insbesondere für die Arbeiterklasse, welche nun das Hungergespenst wieder leibhaft vor sich sah, Lassalleaner und Kommunisten, in gleich furchtbarer Nähe. In dieser Drangsal des gemeinsamen Verhängnisses verstummte die Parteihader vollkommen. Ebenso unter den Verfolgungen, welche der damals beim Berliner Stadtgericht ernannte Staatsanwalt v. Tessendorf, jetzt Oberreichsanwalt beim Reichsgericht, in gleicheifriger Thätigkeit Lassalleanern und Kommunisten angedeihen ließ. Allerdings waren die in Berlin zahlreicheren Lassalleaner die am härtesten Bedrängten. In der Noth suchten sie auch bei den Gegnern Schutz, und bei diesen schwand wieder, unter dem heftigen Zugriff der staatlichen Gewalten gegen die Verfolgten, der letzte von Herrn Liebknecht genährte Verdacht gegen die „Regierungssozialisten."

Wie das gemeinsame Leid, richtete aber auch der gemeinsame ungeahnte Erfolg bei den Reichstagswahlen von 1874 beide Parteien einmüthig auf, und führte sie näher als je zusammen. Die schwere Krise des Jahres 1873 hatte bereits die Lücken wieder leidlich ausgefüllt, welche das Jahr 1870 in die Reihen der Sozialdemokratie gerissen hatte. Bei den Reichstagswahlen des 10. Januar 1874 wählten — wie wir seither immer von neuem erlebt haben, wenn

---

*) Wir werden auf die Verhandlung dieses Kongresses noch an verschiedenen anderen Stellen zurückkommen.

die Wahlen in die Nachwehen wirtschaftlicher Krisen fielen — mit der Sozialdemokratie Hunderttausende, welche kaum eine Ahnung von den Zielen dieser Partei besaßen, jedenfalls nicht entfernt die Absicht hatten, mit ihrer Abstimmung die sozialistischen Bestrebungen zu fördern. Sie stimmten sozialistisch nur aus unklarem Mißmuth, um der „Regierung" ihre Unzufriedenheit, oder ihr Verlangen nach Besserung der eigenen Lage des Wählers, auf diese Weise deutlich zu machen. So waren denn die Sozialisten selbst erstaunt, bei den Januarwahlen 1874 neun Reichstagssitze zu erobern und fast 340,000 Stimmen auf ihre Kandidaten zu vereinigen. In diese theilten sich aber beide sozialistische Parteien fast genau zur Hälfte. Die Erwählten, — außer Liebknecht und Bebel, welche noch in der Festung saßen — die Geib, Motteler, Most, Vahlteich, Hasenclever, Reimer, waren etwa Alle von gleichem geistigen Untermittelgut, so daß Keiner dem Anderen weh thun konnte; und der sie etwas überragende Hasselmann wurde von dem Vereinspräsidenten Hasenclever amtlich bevormundet.

Als Liebknecht im Frühjahr 1874 von der Hubertusburg in die Freiheit zurückkehrte, — Bebel hatte noch eine Gefängnißstrafe in Zwickau zu verbüßen — gewahrte er mit Freuden die Eintracht unter den sozialistischen Abgeordneten. Schwer waren die solange gegeneinander verhetzten Massen zu versöhnen. In beiden Lagern mußten die Führer Heißsporne zügeln, welche die trennenden Gesichtspunkte weiter verschärfen wollten. Zu diesen gehörte im Lassalle'schen Lager namentlich Hasselmann, welcher klar erkannte, daß er nie zur ersten Führerrolle emporsteigen werde, wenn sein Verein sich unter Liebknecht's Diktatur beuge, während Hasselmann zuversichtlich hoffen durfte, im Reiche der Lassalleaner bald die Stelle des unbedeutenden Hasenclever einzunehmen. *) Hasenclever umgekehrt war von Liebknecht weit über seine Bedeutung geehrt worden, und sah nach der Vereinigung seinem Selbstgefühl ein hohes Postament bereit gestellt — das des „Mitredakteurs" des künftigen gemeinsamen Vereinsorgans „Vorwärts", allerdings „neben" Liebknecht, aber Hasenclever hatte zu Zeiten auch Liebknecht gegenüber das Selbstbewußtsein Unkel Bräsigs, welcher Hawermann „im Stil über" war — und als Lyriker mochte Hasenclever ja vielleicht Recht haben. Nur hatte Herr Liebknecht nicht die Absicht, im „Vorwärts" viel Liebeslieder abzudrucken. Hasselmann hatte diesen Posten mit

*) Die bereits erwähnte, über die Lebensschicksale, die Entwickelung und die Stimmungen der Anarchisten des In- und Auslandes gut unterrichtete Broschüre „Die Hintermänner der Sozialdemokratie", enthält darüber interessante Details.

Entrüstung von sich gewiesen, da er wohl wußte, was ein „Mitredakteur neben" Liebknecht bedeutete!

Unter diesen äußeren und inneren Einflüssen und Stimmungen kam die von Tölcke im Herbst 1874 formell angeregte, von beiden Theilen bereitwillig aufgenommene Verhandlung über eine dauernde Vereinigung beider Parteien rasch zum Ziele. Natürlich feierte die kommunistische Richtung einen fast vollständigen Sieg. Die paar Scheinzugeständnisse an die Lassalleaner, von welchen später die Rede sein wird, sind kaum der Rede werth, erregten aber doch den fürchterlichsten Zorn des rothen Dalai Lama in London, Karl Marx, welcher sein zersetzendes Talent auch an dem neuen Gothaer Vereinigungsprogramm offenbarte. Aber Herr Liebknecht gab bei diesem Anlaß die glänzendste Probe seiner Allmacht. Das Schreiben von Karl Marx wurde von ihm der Partei gegenüber einfach unterschlagen. Außer einigen der Wenigen, in deren Hände es zuerst gelangt war (Bracke u. s. w.) hat Herr Liebknecht Niemandem von dem Dasein dieser vernichtenden Kritik, welche Karl Marx an dem Gothaer Parteiprogramm übte, etwas verrathen, selbst dem sogenannten „Parteiführer" Bebel nicht, für welchen Marx' Brief doch mit bestimmt war. Erst im 1891er Februarheft der amtlichen sozialistischen Zeitschrift „die neue Zeit" S. 561—575 hat Fr. Engels, zum großen Verdrusse des Herrn Liebknecht, diese Kritik von Karl Marx veröffentlicht.

---

4. Das Gothaer Programm;

nach Karl Marx „ein durchaus verwerfliches und die Partei demoralisirendes".

Zum letzten Male trat der gegenseitige Argwohn der zwei rothen Parteien auf dem Vereinigungskongresse in Gotha hervor bei der Prüfung der Mandate der Delegirten der anderen Partei. Nur wirklich steuernde Mitglieder beider Fraktionen durften in Gotha persönlich oder durch erwählte Vertreter Stimmrecht ausüben. Gegenseitig wurde auf die Einhaltung dieser Bedingung scharf geachtet, und so danken wir dieser sorgfältig-argwöhnischen Prüfung genaue und zuverlässige Ziffern für die Stärke der beiden Parteien vor ihrer Verschmelzung in Gotha. In runden Zahlen stellten die Lassalleaner 15000, die Kommunisten nur 9000 Mann zu dem foertan vereinigten Heer der „Arbeiterbataillone." Aber trotz ihrer großen numerischen Ueberlegenheit, erlitten die Lassalleaner auf dem Gothaer Kongreß eine vollständige Niederlage. Die nationale und gesetzliche Fahne, welche Lassalle hochgehalten,

verschwand aus den Reihen seiner Nachfahren für immer; sie ward verächtlich mit Füßen getreten von dem vaterlandslosen revolutionären Kommunismus, welcher nun das blutigrothe Banner der „Proletarier aller Länder" als gemeinsames Feldzeichen aller deutschen Sozialisten, ja aller Sozialdemokraten auf dem weiten Erdenrund, erhob. Nur einige Grundsteine des stolzen Baues, welchen einst Ferdinand Lassalle begonnen hatte, um den von ihm geträumten Arbeiterstaat darin unterzubringen, fanden Verwendung in dem luftigen Schwindelbau. Aber diese Eckfsteine in Lassalle's Bau, die „Staatshülfe für Produktivassociationen" und das „eherne Lohngesetz" wurden in einigen stillen Winkeln des kommunistischen Rohbaues zum Gesellschaftshause der Zukunft untergebracht. Im Uebrigen ward Lassalle's Gebäude in Gotha schmählich auf den Abbruch versteigert.

Gleichwohl waren auch diese geringen Zugeständnisse an die Lassalleaner Herrn Liebknecht überaus peinlich. Nach dem Eisenacher Kongreß (August 1869) hatte er triumphirend an Bonhorst geschrieben: „In unserem Programm stecken die letzten Konsequenzen des Kommunismus." Nun, 1875 in Gotha, da das hier vereinbarte Programm nicht blos „die letzten Konsequenzen des Kommunismus" versteckt beherbergte, sondern den Kommunismus selbst mit vollkommenster Unverhülltheit verkündete und zur alleinigen Grundlage und Richtschnur der Partei machte, nun stieß Herr Liebknecht während der Kongreßverhandlungen den wehmüthigen Seufzer aus, daß auch dieses Programm nur ein „Kompromiß" sei. Dieses Wort ist damals und während der darauf folgenden anderthalb Jahrzehnte als eine Redeblume angesehen worden, welche Herr Liebknecht den Lassalleanern darreichte, um ihnen zu verhüllen, daß sie bei dem sogenannten „Kompromiß", über welchen Herr Liebknecht seufzte, gründlich über's Ohr gehauen worden seien. Heute aber wissen wir, daß es Herrn Liebknecht vollkommen Ernst war mit seiner Klage; wir wissen, daß ihm die Zustimmung zum Gothaer Programm so sauer wurde, als irgend ein früherer oder späterer Schritt auf seiner agitatorischen Laufbahn. Denn er ertheilte seine Zustimmung zu diesem „Kompromiß", obwohl sein Herr und Meister Karl Marx mit der ganzen zersetzenden und schonungslosen Schärfe seines Wesens das Gothaer Vereinigungsprogramm ein „durchaus verwerfliches und demoralisirendes" nannte und es erbarmungslos zerpflückte. Das Schreiben von Karl Marx, in welchem diese vernichtende Kritik an dem Gothaer Programm geübt ward, behielt freilich Herr Liebknecht in der Tasche. Außer den Herren Bracke, Geib und Auer, hat die gesammte Parteileitung, für welche es bestimmt war, selbst Herr Bebel, und die gesammte Partei davon erst erfahren durch den plötzlichen Abdruck desselben, welchen Friedrich Engels in der amtlichen

Parteizeitschrift „Die neue Zeit“ im Februar 1891, ohne Wissen und Willen der „Führer“ der deutschen Sozialdemokratie veranstaltete*). Die Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien erschien aber Herrn Liebknecht 1875 so wichtig, daß er sogar lieber einem „durchaus verwerflichen und demoralisirenden“ Programm zustimmte und die Ungnade des rothen Dalai Lama auf sein Haupt beschwor, als daß er die Spaltungen der beiden sozialistischen Fraktionen fortdauern lassen wollte. Das von Karl Marx so hart gescholtene Gothaer Programm, welches aus den Berathungen des Gothaer Kongresses in den Tagen vom 22.—27. Mai 1875 hervorging, hat folgenden Wortlaut:

„I. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Kultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, das heißt allen ihren Gliedern, das gesammte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, Jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.

„In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

„Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesammtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Vertheilung des Arbeitsertrages.

„Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Parteien nur eine reaktionäre Masse sind.

„II. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.

„Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.“

Dann folgen die einzelnen Forderungen der Partei zur Erreichung dieser Ziele.

„Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrole des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange in's Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesammtarbeit entsteht.

---

*) Neue Zeit, 1891, S. 561 bis 575.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert als Grundlagen des Staates:

1) Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer und obligatorischer Stimmabgabe aller Staatsangehörigen vom zwanzigsten Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Der Wahl- oder Abstimmungstag muß ein Sonntag oder Feiertag sein.

2) Direkte Gesetzgebung durch das Volk. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.

3) Allgemeine Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.

4) Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze; überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Denken und Forschen beschränken.

5) Rechtsprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.

6) Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten. Erklärung der Religion als Privatsache.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert innerhalb der heutigen Gesellschaft:

1) Möglichste Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten im Sinne obiger Forderungen.

2) Eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, anstatt aller bestehenden, insbesondere das Volk belastenden indirekten Steuern.

3) Unbeschränktes Koalitionsrecht.

4) Ein den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechender Normalarbeitstag. Verbot der Sonntagsarbeit.

5) Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit.

6) Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Gesundheitliche Kontrole der Arbeiterwohnungen, Ueberwachung der Bergwerke, der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirksames Haftpflichtgesetz.

7) Regelung der Gefängnißarbeit.

8) Volle Selbstverwaltung der Arbeiterhilfs- und Unterstützungskassen.

Die Kritik von Karl Marx an diesem bis heute als Hauptgrundlage der gesammten sozialdemokratischen Bestrebungen festgehaltenen Gothaer Programm lautet in den Hauptstellen:*)

---

*) Nur wenige zu breite Ausführungen sind hier weggelassen, welche unten bei dem Kapitel „Kritik der sozialdemokratischen Lehre" ohnehin zu berühren sind. Ferner sind ausgeschieden die schamlosen Worte des fanatischen Gottes- und Christushassers Karl Marx über die Religion. Diese Worte findet der Leser unten in dem Abschnitte „Die Religion unserer Sozialdemokraten" niedriger gehängt.

London, 5. Mai 1875.

Lieber Bracke!

Nachstehende kritische Randglossen zu dem Koalitionsprogramm sind Sie wohl so gut, nach Durchlesung, zur Einsicht an Geib und Auer, Bebel*) und Liebknecht mitzutheilen. Ich bin überbeschäftigt und muß schon weit über das Arbeitsmaß hinausschießen, das mir ärztlich vorgeschrieben ist. Es war mir daher keineswegs ein ‚Genuß', solch' langen Wisch zu schreiben. Doch war es nothwendig, damit später meinerseits zu thuende Schritte von den Parteifreunden, für welche diese Mittheilung bestimmt ist, nicht mißdeutet werden. . . .

. . . Es ist dies unerläßlich, da man im Ausland die von Parteifeinden sorgsamst genährte Ansicht — die durchaus irrige Ansicht — hegt, daß wir die Bewegung der sogenannten Eisenacher Partei insgeheim von hier aus lenken. Noch in einer jüngst erschienenen russischen Schrift macht Bakunin mich z. B. . . . für alle Programme ꝛc. jener Partei verantwortlich. . . .

Abgesehen davon ist es meine Pflicht, ein nach meiner Ueberzeugung durchaus verwerfliches und die Partei demoralisirendes Programm auch nicht durch diplomatisches Stillschweigen anzuerkennen.

Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme. Konnte man also nicht — und die Zeitumstände ließen das nicht zu — über das Eisenacher Programm hinausgehen, so hätte man einfach eine Uebereinkunft für Aktion gegen den gemeinsamen Feind abschließen sollen. Macht man aber Principienprogramme (statt das bis zur Zeit aufzuschieben, wo dergleichen durch längere gemeinsame Thätigkeit vorbereitet war), so errichtet man vor aller Welt Marksteine, an denen sie die Höhe der Parteibewegung mißt. Die Chefs der Lassalleaner kamen, weil die Verhältnisse sie dazu zwangen. Hätte man ihnen von vorn herein erklärt, man lasse sich auf keinen Principienschacher ein, so hätten sie sich mit einem Aktionsprogramm oder Organisationsplan zu gemeinschaftlicher Aktion begnügen müssen. Statt dessen erlaubt man ihnen, sich mit Mandaten bewaffnet einzustellen und erkennt diese Mandate seinerseits als bindend an, ergiebt sich also den Hilfsbedürftigen auf Gnade und Ungnade. Um der Sache die Krone aufzusetzen, halten sie wieder einen Kongreß vor dem Kompromißkongreß, während die eigene Partei ihren Kongreß post festum hält. . . . . Man weiß, wie die bloße Thatsache der Vereinigung die Arbeiter befriedigt, aber man irrt sich, wenn man glaubt, dieser augenblickliche Erfolg sei nicht zu theuer erkauft.

Uebrigens taugt das Programm nichts, auch abgesehen von der Heiligsprechung der Lassalle'schen Glaubensartikel . . . .

Die Volksstaats-Buchhandlung hat eigene Manieren. So hat man mir bis zu diesem Augenblick z. B. auch nicht ein einziges Exemplar des Abdrucks des Kölner Kommunistenprocesses zukommen lassen.

Mit bestem Gruß Ihr Karl Marx."

---

*) Wie bereits bemerkt, hat Bebel erst 1891 davon Kenntniß erhalten.

„Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei.

I.

1. „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Kultur, und da nutzbringende Arbeit nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich ist, gehört der Ertrag der Arbeit unverkürzt nach gleichem Rechte allen Gesellschaftsgliedern."*)

Erster Theil des Paragraphen: „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Kultur."

Die Arbeit ist nicht die Quelle alles Reichthums. Die Natur ist ebenso sehr die Quelle der Gebrauchswerthe (und aus solchen besteht doch wohl der sachliche Reichthum!) als die Arbeit, die selbst nur die Aeußerung einer Naturkraft ist, der menschlichen Arbeitskraft. Jene Phrase findet sich in allen Kinderfibeln und ist insofern richtig, als unterstellt wird, daß die Arbeit mit den dazugehörigen Gegenständen und Mitteln vorgeht. Ein sozialistisches Programm darf aber solchen bürgerlichen Redensarten nicht erlauben, die Bedingungen zu verschweigen, die ihnen allein einen Sinn geben. Und so weit der Mensch sich von vorn herein zur Natur, der ersten Quelle aller Arbeitsmittel und -Gegenstände, als Eigenthümer verhält, sie als ihm gehörig behandelt, wird seine Arbeit Quelle von Gebrauchswerthen, also auch von Reichthum. Die Bürger haben sehr gute Gründe, der Arbeit übernatürliche Schöpfungskraft anzudichten; denn gerade aus der Naturbedingtheit der Arbeit folgt, daß der Mensch, der kein anderes Eigenthum besitzt als seine Arbeitskraft, in allen Gesellschafts- und Kulturzuständen der Sklave der anderen Menschen sein muß, die sich zu Eigenthümern der gegenständlichen Arbeitsbedingungen gemacht haben. Er kann nur mit ihrer Erlaubniß arbeiten, also nur mit ihrer Erlaubniß leben.

Lassen wir jetzt den Satz, wie er geht und steht, oder vielmehr hinkt. Was hätte man als Schlußfolgerung erwartet? Offenbar dies:

„Da die Arbeit die Quelle alles Reichthums ist, kann auch in der Gesellschaft sich Niemand Reichthum aneignen, außer als Produkt der Arbeit. Wenn er also nicht selber arbeitet, lebt er von fremder Arbeit und eignet sich auch seine Kultur auf Kosten fremder Arbeit an."

Statt dessen wird durch die Wortschraube „und da" ein zweiter Satz angefügt, um aus ihm, nicht aus dem ersten, ein Schlußfolgerung zu ziehen.

Zweiter Theil des Paragraphen: „Nutzbringende Arbeit ist nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich."

Nach dem ersten Satz war die Arbeit die Quelle alles Reichthums und aller Kultur, also auch keine Gesellschaft ohne Arbeit möglich. Jetzt erfahren wir umgekehrt, daß keine „nutzbringende" Arbeit ohne Gesellschaft möglich ist.

---

*) Dieser Passus lautet in der vom Kongreß angenommenen Fassung (s. o. S. 49): „1. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Kultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört die Gesellschaft, das heißt allen ihren Gliedern, das gesammte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, Jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen."

Man hätte ebenso gut sagen können, daß nur in der Gesellschaft nutzlose und selbst gemeinschädliche Arbeit ein Erwerbszweig werden kann, daß man nur in der Gesellschaft vom Müssiggang leben kann 2c. 2c. — kurz den ganzen Rousseau abschreiben können.

Und was ist „nutzbringende" Arbeit? Doch nur die Arbeit, die den bezweckten Nutzeffekt hervorbringt. Ein Wilder — und der Mensch ist ein Wilder, nachdem er aufgehört hat, Affe zu sein — der ein Thier mit einem Stein erlegt, der Früchte sammelt 2c., verrichtet „nutzbringende" Arbeit.

Drittens: Die Schlußfolgerung: „Und da nutzbringende Arbeit nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich ist — gehört der Ertrag der Arbeit unverkürzt, mit gleichem Rechte, allen Gesellschaftsgliedern."

Schöner Schluß! Wenn die nutzbringende Arbeit nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich ist, gehört der Arbeitsertrag der Gesellschaft — und kommt dem einzelnen Arbeiter davon nur so viel zu, als nicht nöthig ist, um die „Bedingung" der Arbeit, die Gesellschaft, zu erhalten.

In der That ist dieser Satz auch zu allen Zeiten von den Verfechtern des jedesmaligen Gesellschaftszustandes geltend gemacht worden. Erst kommen die Ansprüche der Regierung mit allem, was daran klebt, denn sie ist das gesellschaftliche Organ zur Erhaltung der gesellschaftlichen Ordnung; dann kommen die Ansprüche der verschiedenen Sorten von Privateigenthum, denn die verschiedenen Sorten von Privateigenthum sind die Grundlagen der Gesellschaft 2c. Man sieht, man kann solche hohle Phrasen drehen und wenden wie man will.

Irgend welchen verständigen Zusammenhang haben der erste und zweite Theil des Paragraphen nur in dieser Fassung:

„Quelle des Reichthums und der Kultur wird die Arbeit nur als gesellschaftliche Arbeit" oder, was dasselbe ist, „in und durch die Gesellschaft".

Dieser Satz ist unstreitig richtig, denn wenn die vereinzelte Arbeit (ihre sachlichen Bedingungen vorausgesetzt) auch Gebrauchswerthe schaffen kann, kann sie weder Reichthümer noch Kultur schaffen.

Aber ebenso unstreitig ist der andere Satz:

„Im Maße wie die Arbeit sich gesellschaftlich entwickelt und dadurch Quelle von Reichthum und Kultur wird, entwickeln sich Armuth und Verwahrlosung auf Seiten des Arbeiters, Reichthum und Kultur auf Seiten des Nicht-Arbeiters."

Dies ist das Gesetz der ganzen bisherigen Geschichte. Es war also, statt allgemeine Redensarten über „die Arbeit" und „die Gesellschaft" zu machen, hier bestimmt nachzuweisen, wie in der jetzigen kapitalistischen Gesellschaft endlich die materiellen 2c. Bedingungen geschaffen sind, welche die Arbeiter befähigen und zwingen, jenen gesellschaftlichen Fluch zu brechen.

In der That aber ist der ganze, stylistisch und inhaltlich verfehlte Paragraph nur da, um das Lassalle'sche Stichwort vom „unverkürzten Arbeitsertrag" als Losungswort auf die Spitze der Parteifahne zu schreiben. Ich komme später zurück auf den „Arbeitsertrag", das „gleiche Recht" 2c., da dieselbe Sache in etwas anderer Form wiederkehrt.

2. „In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse. Die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen."*)

Der dem internationalen Statut entlehnte Satz ist in dieser „verbesserten" Ausgabe falsch.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Grundeigenthümer (das Monopol des Grundeigenthums ist sogar Basis des Kapitalmonopols) und der Kapitalisten. Das internationale Statut nennt im betreffenden Passus weder die eine noch die andere Klasse der Monopolisten. Es spricht vom „Monopol der Arbeitsmittel, d. h. der Lebensquellen". Der Zusatz: „Lebensquellen" zeigt hinreichend, daß der Grund und Boden in den Arbeitsmitteln einbegriffen ist.

Die Verbesserung wurde angebracht, weil Lassalle, aus jetzt allgemein bekannten Gründen, nur die Kapitalistenklasse angriff, nicht die Grundeigenthümer. In England ist der Kapitalist meistens nicht einmal der Eigenthümer des Grund und Bodens, auf dem seine Fabrik steht.

3. „Die Befreiung der Arbeit erfordert die Erhebung der Arbeitsmittel zu Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesammtarbeit mit gerechter Vertheilung des Arbeitsertrags."**)

„Erhebung der Arbeitsmittel zum Gemeingut", soll wohl heißen ihre „Verwandlung in Gemeingut", doch dies nur nebenbei.

Was ist „Arbeitsertrag"? Das Produkt der Arbeit oder sein Werth? Und im letzteren Fall der Gesammtwerth des Produkts oder nur der Werththeil, den die Arbeit dem Werth der aufgezehrten Produktionsmittel neu zugesetzt hat?

„Arbeitsertrag" ist eine lose Vorstellung, die Lassalle an die Stelle bestimmter ökonomischer Begriffe gesetzt hat.

Was ist „gerechte Vertheilung"?

Behaupten die Bourgeois nicht, daß die heutige Vertheilung „gerecht" ist? Und ist sie in der That nicht die einzige „gerechte" Vertheilung auf Grundlage der heutigen Produktionsweise? Werden die ökonomischen Verhältnisse durch Rechtsbegriffe geregelt oder entspringen nicht umgekehrt die Rechtsverhältnisse aus den ökonomischen? Haben nicht auch die sozialistischen Sektirer die verschiedensten Vorstellungen über „gerechte" Vertheilung?

Um zu wissen, was man sich bei dieser Gelegenheit unter der Phrase „gerechte Vertheilung" vorzustellen hat, müssen wir den ersten Paragraphen mit diesem zusammenhalten. Letzterer unterstellt eine Gesellschaft, worin „die Arbeitsmittel Gemeingut sind und die Gesammtarbeit genossenschaftlich geregelt ist", und aus dem ersten Paragraphen ersehen wir, daß „der Er=

*) Dieser Satz wurde vom Kongreß unverändert angenommen (s. o. S. 46).

**) Endgiltige Fassung (s. o. S. 46): „Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesammtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Vertheilung des Arbeitsertrages."

trag der Arbeit unverkürzt, nach gleichem Rechte allen Gesellschaftsgliedern gehört."

„Allen Gesellschaftsgliedern"? Auch den nicht Arbeitenden? wo bleibt da der „unverkürzte Arbeitsertrag"? Nur den arbeitenden Gesellschaftsgliedern? Wo bleibt da „das gleiche Recht" aller Gesellschaftsglieder?

Doch „alle Gesellschaftsglieder" und „das gleiche Recht" sind offenbar nur Redensarten. Der Kern besteht darin, daß in dieser kommunistischen Gesellschaft jeder Arbeiter einen „unverkürzten" Lassalle'schen „Arbeitsertrag" erhalten muß.

Nehmen wir zunächst das Wort „Arbeitsertrag" im Sinne des Produkts der Arbeit, so ist der genossenschaftliche Arbeitsertrag das gesellschaftliche Gesammtprodukt.

Davon ist nun abzuziehen:

Erstens: Deckung zum Ersatz der verbrauchten Produktionsmittel.

Zweitens: Zusätzlicher Theil für Ausdehnung der Produktion.

Drittens: Reserve- oder Assekuranzfonds gegen Mißfälle, Störungen durch Naturereignisse 2c.

Diese Abzüge vom „unverkürzten Arbeitsertrag" sind eine ökonomische Nothwendigkeit und ihre Größe ist zu bestimmen nach vorhandenen Mitteln und Kräften, zum Theil durch Wahrscheinlichkeitsrechnung, aber sie sind in keiner Weise aus der Gerechtigkeit kalkulirbar.

Bleibt der andere Theil des Gesammtprodukts, bestimmt als Konsumtionsmittel zu dienen.

Bevor es zur individuellen Theilung kommt, geht hiervon wieder ab:

Erstens: Die allgemeinen, nicht zur Produktion gehörigen Verwaltungskosten.

Dieser Theil wird von vorn herein aufs bedeutendste beschränkt im Vergleich zur jetzigen Gesellschaft und vermindert sich im selben Maß, als die neue Gesellschaft sich entwickelt.

Zweitens: Was zur gemeinschaftlichen Befriedigung von Bedürfnissen bestimmt ist, wie Schulen, Gesundheitsvorrichtungen 2c.

Dieser Theil wächst von vorn herein bedeutend im Vergleich zur jetzigen Gesellschaft und nimmt im selben Maß zu, wie die neue Gesellschaft sich entwickelt.

Drittens: Fonds für Arbeitsunfähige 2c., kurz für was heute zu der sogenannten offiziellen Armenpflege gehört.

Erst jetzt kommen wir zu der „Vertheilung", die das Programm, unter Lassalle'schem Einfluß, bornirter Weise allein ins Auge faßt, nämlich an den Theil der Konsumtionsmittel, der unter die individuellen Produzenten der Genossenschaft vertheilt wird.

Der „unverkürzte Arbeitsertrag" hat sich unter der Hand bereits in den „verkürzten" verwandelt, obgleich, was dem Produzenten in seiner Eigenschaft als Privatindividuum entgeht, ihm direkt oder indirekt in seiner Eigenschaft als Gesellschaftsglied zu gut kommt.

Wie die Phrase des „unverkürzten Arbeitsertrags" verschwunden ist, verschwindet jetzt die Phrase des „Arbeitsertrags" überhaupt.

Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus; ebenso wenig erscheint hier die auf Produkte verwandte Arbeit

als Werth dieser Produkte, als eine von ihnen besessene sachliche Eigenschaft, da jetzt, im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft, die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandtheile der Gesammtarbeit existiren. Das Wort „Arbeitsertrag", auch heut zu Tage wegen seiner Zweideutigkeit verwerflich, verliert so allen Sinn.

Womit wir es hier zu thun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht; die also in jeder Beziehung, ökomomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schooß sie herkommt. Demgemäß erhält der einzelne Produzent — nach den Abzügen — exakt zurück, was er ihr giebt. Was er ihr gegeben hat, ist sein individuelles Arbeitsquantum. Z. B. der gesellschaftliche Arbeitstag besteht aus der Summe der individuellen Arbeitsstunden; die individuelle Arbeitszeit des einzelnen Produzenten ist der von ihm gelieferte Theil des gesellschaftlichen Arbeitstags, sein Antheil daran. Er erhält von der Gesellschaft einen Schein, daß er so und so viel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds) und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrath von Konsumtionsmitteln so viel heraus, als gleichviel Arbeit kostet. Dasselbe Quantum Arbeit, das er der Gesellschaft in einer Form gegeben hat, erhält er in der anderen zurück.*)

Ich bin weitläufiger auf den „unverkürzten Arbeitsertrag" einerseits, „das gleiche Recht", „die gerechte Vertheilung" andererseits eingegangen, um zu zeigen, wie sehr man frevelt, wenn man einerseits Vorstellungen, die zu einer gewissen Zeit einen Sinn hatten, jetzt aber zu veraltetem Phrasenkram geworden, unserer Partei wieder als Dogmen aufdrängen will, andererseits aber die realistische Auffassung, die der Partei so mühevoll beigebracht worden, die aber jetzt Wurzeln in ihr geschlagen, wieder durch ideologische Rechts- und andere, den Demokraten und französischen Sozialisten so geläufige Flausen verdreht.

Abgesehen von dem bisher Entwickelten war es überhaupt fehlerhaft, von der sogenannten Vertheilung Wesens zu machen und den Hauptaccent auf sie zu legen." Wird weiter ausgeführt.

„4. „Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind"**)

Die erste Strophe ist aus den Eingangsworten der internationalen Statuten, aber „verbessert". Dort heißt es: „Die Befreiung der Arbeiterklasse muß die That der Arbeiter selbst sein"; hier hat dagegen „die Arbeiterklasse" zu befreien — was? „die Arbeit." Begreife wer kann!

Zum Schadenersatz ist dagegen die Gegenstrophe Lassalle'sches Zitat vom reinsten Wasser: „der (der Arbeiterklasse) gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse bilden."

Im kommunistischen Manifest heißt es: „Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüber stehen, ist nur das Proletariat eine

*) Hier übergehen wir eine breitspurige Ausführung über „das gleiche Recht" Aller.

**) Ist unverändert geblieben (s. o. S. 46).

wirklich revolutionäre Klasse. Die übrigen Klassen verkommen und gehen unter mit der großen Industrie, das Proletariat ist ihr eigenstes Produkt."

Die Bourgeoisie ist hier als revolutionäre Klasse aufgefaßt — als Trägerin der großen Industrie — gegenüber Feudalen und Mittelständen, welche alle gesellschaftlichen Positionen behaupten wollen, die das Gebilde veralteter Produktionsweisen (darstellen). „Sie bilden also nicht zusammen mit der Bourgeoisie nur eine reaktionäre Masse.

Andererseits ist das Proletariat der Bourgeoisie gegenüber revolutionär, weil es, selbst erwachsen auf dem Boden der großen Industrie, der Produktion den kapitalistischen Charakter abzustreifen strebt, den die Bourgeoisie zu verewigen sucht. Aber das Manifest setzt hinzu: Daß die „Mittelstände . . . revolutionär werden im Hinblick auf ihren bevorstehenden Uebergang ins Proletariat."

Von diesem Gesichtspunkt ist es also wieder Unsinn, daß sie, zusammen mit der Bourgeoisie und obendrein den Feudalen, gegenüber der Arbeiterklasse „nur eine reaktionäre Masse bilden".

Hat man bei den letzten Wahlen Handwerkern, kleinen Industriellen 2c. und Bauern zugerufen: „uns gegenüber bildet ihr mit Bourgeois und Feudalen nur eine reaktionäre Masse?" Folgen einige Grobheiten gegen Lassalle und Bismarck.

„Die Arbeiterklasse wirkt für ihre Befreiung zunächst im Rahmen des heutigen nationalen Staats, sich bewußt, daß das nothwendige Ergebniß ihres Strebens, welches den Arbeitern aller Kulturländer gemeinsam ist, die internationale Völkerverbrüderung sein wird."*)

Lassalle hatte im Gegensatz zum kommunistischen Manifest und zu allem früheren Sozialismus die Arbeiterbewegung vom engsten nationalen Standpunkt gefaßt. Man folgt ihm darin, und dies nach dem Wirken der Internationale!

Es versteht sich ganz von selbst, daß, um überhaupt kämpfen zu können, die Arbeiterklasse sich bei sich zu Haus organisiren muß als Klasse, und daß das Inland der unmittelbare Schauplatz ihres Kampfes. Insofern ist ihr Klassenkampf, nicht dem Inhalt, sondern, wie das kommunistische Manifest sagt, „der Form nach" national. Aber der „Rahmen des heutigen nationalen Staats" z. B. des Deutschen Reichs, steht selbst wieder ökonomisch „im Rahmen" des Weltmarkts, politisch „im Rahmen" des Staatensystems. Der erste beste Kaufmann weiß, daß der deutsche Handel zugleich ausländischer Handel ist, und die Größe des Herrn Bismarck besteht ja eben in einer Art internationaler Politik.

Und worauf reduzirt die deutsche Arbeiterpartei ihren Internationalismus? Auf das Bewußtsein, daß das Ergebniß ihres Strebens, „die inter-

---

*) Dieser Satz ist (s. o. S. 46) an eine andere Stelle versetzt worden und lautet jetzt: „Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen."

nationale Völkerverbrüderung sein wird" — eine dem bürgerlichen Freiheits- und Friedensbund entlehnte Phrase, die als Aequivalent passiren soll für die internationale Verbrüderung der Arbeiterklassen im gemeinschaftlichen Kampf gegen die herrschenden Klassen und ihre Regierungen. Von internationalen Funktionen der deutschen Arbeiterklasse also kein Wort! Und so soll sie ihrer eigenen, mit den Bourgeois aller anderen Länder bereits gegen sie verbrüderten, Bourgeoisie und Herrn Bismarck's internationaler Verschwörungspolitik das Paroli bieten!

In der That steht das internationale Bekenntniß des Programms noch unendlich tief unter dem der Freihandelspartei. Auch sie behauptet, das Ergebniß ihres Strebens sei „die internationale Völkerverbrüderung". Sie thut aber auch etwas, um den Handel international zu machen, und begnügt sich keineswegs bei dem Bewußtsein — daß alle Völker bei sich zu Haus Handel treiben.

II.

„Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die deutsche Arbeiterpartei mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat — und — die sozialistische Gesellschaft; die Aufhebung des Lohnsystems mit dem ehernen Lohngesetz — und — der Ausbeutung in jeder Gestalt; die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit."*)

Auf den „freien" Staat komme ich später zurück.

Also in Zukunft hat die deutsche Arbeiterpartei an Lassalle's „ehernes Lohngesetz" zu glauben! Damit es nicht verloren geht, begeht man den Unsinn von „Aufhebung des Lohnsystems" (sollte heißen: System der Lohnarbeit) mit dem „ehernen Lohngesetz" zu sprechen. Hebe ich die Lohnarbeit auf, so hebe ich natürlich auch ihre Gesetze auf, seien sie „ehern" oder schwammig. Aber Lassalle's Bekämpfung der Lohnarbeit dreht sich fast nur um dies sogenannte Gesetz. Um daher zu beweisen, daß die Lassalle'sche Sekte gesiegt hat, muß das „Lohnsystem mit dem ehernen Lohngesetz" aufgehoben werden, und nicht ohne dasselbe.

Von dem „ehernen Lohngesetz" gehört Lassalle bekanntlich nichts als das den Göthe'schen „ewigen, ehernen großen Gesetzen" entlehnte Wort „ehern". Das Wort „ehern" ist eine Signatur, woran sich die Rechtgläubigen erkennen. Nehme ich aber das Gesetz mit Lassalle's Stempel und daher in seinem Sinn, so muß ich es auch mit seiner Begründung nehmen. Und was ist sie! Wie Lange schon kurz nach Lassalle's Tod zeigte: die (von Lange selbst gepredigte) Malthus'sche Bevölkerungstheorie. Ist diese aber richtig, so kann ich wieder das Gesetz nicht aufheben und wenn ich hundertmal die Lohnarbeit aufhebe, weil das Gesetz dann nicht nur das System der Lohnarbeit, sondern jedes

*) Lautet in der Fassung des Gothaer Vereinigungskongresses: „Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit" (s. o. S. 46).

gesellschaftliche System beherrscht. Gerade hierauf fußend, haben seit fünfzig Jahren und länger die Oekonomisten bewiesen, daß der Sozialismus das naturbegründete Elend nicht aufheben, sondern nur verallgemeinern, gleichzeitig über die ganze Oberfläche der Gesellschaft vertheilen könne!

Aber all das ist nicht die Hauptsache. Ganz abgesehn von der falschen Lassalle'schen Fassung des Gesetzes, besteht der wahrhaft empörende Rückschritt darin:

Seit Lassalle's Tode hat sich die wissenschaftliche Einsicht in unserer Partei Bahn gebrochen, daß der Arbeitslohn nicht das ist, was er zu sein scheint, nämlich der Werth, resp. Preis der Arbeit, sondern nur eine maskirte Form für den Werth resp. Preis der Arbeitskraft. Damit war die ganze bisherige bürgerliche Auffassung des Arbeitslohns, sowie die ganze bisher gegen selbe gerichtete Kritik ein für allemal über den Haufen geworfen und klargestellt, daß der Lohnarbeiter nur die Erlaubniß hat, für sein eigenes Leben zu arbeiten, d. h. zu leben, soweit er gewisse Zeit umsonst für den Kapitalisten (daher auch für dessen Mitzehrer am Mehrwerth) arbeitet; daß das ganze kapitalistische Produktionssystem sich darum dreht, diese Gratisarbeit zu verlängern durch Ausdehnung des Arbeitstages oder durch Entwickelung der Produktivität, resp. größere Spannung der Arbeitskraft 2c.; daß also das System der Lohnarbeit ein System der Sklaverei und zwar einer Sklaverei ist, die im selben Maß härter wird, wie sich die gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit entwickeln, ob nun der Arbeiter bessere oder schlechtere Zahlung empfange. Und nachdem diese Einsicht unter unserer Partei sich mehr und mehr Bahn gebrochen, kehrt man zu Lassalle's Dogmen zurück, obgleich man nun wissen mußte, daß Lassalle nicht wußte, was der Arbeitslohn war, sondern im Gefolg der bürgerlichen Oekonomen, den Schein für das Wesen der Sache nahm.

Es ist als ob unter Sklaven, die endlich hinter das Geheimniß der Sklaverei gekommen und in Rebellion ausgebrochen, ein in veralteten Vorstellungen befangener Sklave auf das Programm der Rebellion schriebe: die Sklaverei muß abgeschafft werden, weil die Beköstigung der Sklaven im System der Sklaverei ein gewisses niedriges Maximum nicht überschreiten kann!

Die bloße Thatsache, daß die Vertreter unserer Partei fähig waren, ein so ungeheuerliches Attentat auf die in der Parteimasse verbreitete Einsicht (?) zu begehen, beweist allein schon, mit welchem .... Leichtsinn, ... sie bei Abfassung des Kompromißprogramms zu Werke gingen!

Anstatt der unbestimmten Schlußphrase des Paragraphen „die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit" war zu sagen: „daß mit der Abschaffung der Klassenunterschiede von selbst alle aus ihnen entspringende soziale und politische Ungleichheit verschwindet." (Das wollte man aber eben in Gotha noch nicht sagen.)

III.

„Die deutsche Arbeiterpartei verlangt, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrole des arbeitenden Volks. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfang

ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesammtarbeit entsteht."*)

Nach dem Lassalle'schen „ehernen Lohngesetz" das Heilmittel des Propheten! Es wird in würdiger Weise „angebahnt". An die Stelle des existirenden Klassenkampfes tritt eine Zeitungsschreiberphrase: „die soziale Frage", deren „Lösung" man „anbahnt". Statt aus dem revolutionären Umwandlungsprozesse der Gesellschaft, „entsteht" die „sozialistische Organisation der Gesammtarbeit" aus „der Staatshilfe", die der Staat Produktivgenossenschaften giebt, die er, nicht der Arbeiter, „ins Leben ruft". Es ist dies würdig der Einbildung Lassalle's, daß man mit Staatsanlehen eben so gut eine neue Gesellschaft bauen kann wie eine neue Eisenbahn!

Aus . . . Scham stellt man „die Staatshilfe" — unter die demokratische Kontrole des „arbeitenden Volks".

Erstens besteht „das arbeitende Volk" in Deutschland zur Majorität aus Bauern und nicht aus Proletariern.

Zweitens heißt „demokratisch" zu deutsch „volksherrschaftlich". Was heißt aber „die volksherrschaftliche Kontrole des arbeitenden Volkes"? Und nun gar bei einem Arbeitervolk, das durch diese Forderungen, die es an den Staat stellt, sein volles Bewußtsein ausspricht, daß es weder an der Herrschaft ist, noch zur Herrschaft reif ist!

IV.

Ich komme jetzt zum demokratischen Abschnitt.

A. „Freiheitliche Grundlage des Staates."

Zunächst nach II. erstrebt die deutsche Arbeiterpartei „den freien Staat".

Freier Staat — was ist das?

Es ist keineswegs Zweck der Arbeiter, die den beschränkten Unterthanenverstand los geworden, den Staat frei zu machen. Im Deutschen Reich ist der „Staat" fast so „frei" als in Rußland. Die Freiheit besteht darin, den Staat aus einem der Gesellschaft übergeordneten in ein ihr durchaus untergeordnetes Organ zu verwandeln, und auch heutig sind die Staatsformen freier oder unfreier im Maaß, worin sie die „Freiheit des Staats" beschränken.

Die deutsche Arbeiterpartei — wenigstens, wenn sie das Programm zu dem ihrigen macht, — zeigt, wie ihr die sozialistischen Ideen nicht einmal hauttief sitzen; indem sie, statt die bestehende Gesellschaft (und es gilt das von jeder künftigen) als Grundlage des bestehenden Staats (oder künftigen für künftige Gesellschaft) zu behandeln, den Staat vielmehr als ein selbstständiges Wesen behandelt, das seine eignen geistigen, sittlichen, freiheitlichen Grundlagen besitzt.

Und nun gar der wüste Mißbrauch, den das Programm mit den Worten „heutiger Staat", „heutige Gesellschaft" treibt, und den noch wüsteren Mißverstand, den es über den Staat anrichtet, an den es seine Forderungen richtet!

---

*) Wurde unverändert angenommen (s. o. S. 46), mit Ausnahme der Eingangsworte, welche nun lauten: „Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert" ꝛc.

Die „heutige Gesellschaft" ist die kapitalistische Gesellschaft, die in allen Kulturländern existirt, mehr oder weniger frei von mittelaltrigem Beisatz, mehr oder weniger durch die besondere geschichtliche Entwickelung jedes Landes modifizirt, mehr oder weniger entwickelt. Dagegen der „heutige Staat" wechselt mit der Landesgrenze. Er ist ein anderer im preußisch-deutschen Reich als in der Schweiz, ein anderer in England als in den Vereinigten Staaten. „Der heutige Staat" ist also eine Fiktion.

Jedoch haben die verschiedenen Staaten der verschiedenen Kulturländer trotz ihrer bunten Formverschiedenheit alle das gemein, daß sie auf dem Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft stehen, nur einer mehr oder minder kapitalistisch entwickelten. Sie haben daher auch gewisse wesentliche Charaktere gemein. In diesem Sinne kann man von „heutigem Staatswesen" sprechen, im Gegensatz zur Zukunft, worin seine jetzige Wurzel, die bürgerliche Gesellschaft, abgestorben ist.

Es fragt sich dann; welche Umwandlung wird das Staatswesen in einer kommunistischen Gesellschaft erleiden? In andern Worten, welche gesellschaftlichen Funktionen bleiben dort übrig, die jetzigen Staatsfunktionen analog sind? Diese Frage ist nur wissenschaftlich zu beantworten, und man kommt dem Problem durch tausendfache Zusammensetzung des Wortes Volk mit dem Wort Staat auch nicht um einen Flohsprung näher.

Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Uebergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.

Das Programm nun hat es weder mit letzterer zu thun, noch mit dem zukünftigen Staatswesen der kommunistischen Gesellschaft.

Seine politischen Forderungen enthalten nichts außer der alten weltbekannten demokratischen Litanei: allgemeines Wahlrecht, direkte Gesetzgebung, Volksrecht, Volkswehr 2c. Sie sind bloßes Echo der bürgerlichen Volkspartei, des Friedens- und Freiheitsbundes. Es sind lauter Forderungen, die, soweit sie nicht in phantastischer Vorstellung übertrieben, bereits realisirt sind. Nur liegt der Staat, dem sie angehören, nicht innerhalb der deutschen Reichsgrenze, sondern in der Schweiz, den Vereinigten Staaten 2c. Diese Sorte „Zukunftsstaat" ist heutiger Staat, obgleich außerhalb „des Rahmens" des Deutschen Reichs existirender.

Aber man hat eins vergessen. Da die deutsche Arbeiterpartei ausdrücklich erklärt, sich innerhalb „des heutigen nationalen Staates", also ihres Staates, des preußisch-deutschen Reichs, zu bewegen — ihre Forderungen wären ja sonst auch größtentheils sinnlos, da man nur fordert, was man nicht hat — so durfte sie die Hauptsache nicht vergessen, nämlich, daß alle jene schönen Sächelchen auf der Anerkennung der sogenannten Volkssouveränität beruhen, daß sie daher nur in einer demokratischen Republik am Platze sind.

Da man [nicht in der Lage ist] — und weislich, denn die Verhältnisse gebieten Vorsicht — die demokratische Republik zu verlangen, wie es die französischen Arbeiterprogramme unter Louis Philippe und unter Louis Napoleon thaten — so hätte man auch nicht zu der .... Finte flüchten sollen, Dinge, die nur in einer demokratischen Republik Sinn haben, von einem Staat zu verlangen, der nichts anderes, als ein mit parlamentarischen

Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter, schon von der Bourgeoisie beeinflußter, bureaukratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militärdespotismus ist ....

Selbst die vulgäre Demokratie, die in der demokratischen Republik das tausendjährige Reich sieht und keine Ahnung davon hat, daß gerade in dieser letzten Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft der Klassenkampf definitiv auszufechten ist — selbst sie steht noch berghoch über solcher Art Demokratenthum innerhalb der Grenzen des polizeilich Erlaubten und logisch Unerlaubten.

Daß man in der That unter „Staat" die Regierungsmaschine versteht oder den Staat, soweit er einen durch Theilung der Arbeit von der Gesellschaft gesonderten, eigenen Organismus bildet, zeigen schon die Worte: „die deutsche Arbeiterpartei verlangt als wirthschaftliche Grundlage des Staates: eine einzige progressive Einkommensteuer 2c." Die Steuern sind die wirthschaftliche Grundlage der Regierungsmaschinerie und von sonst nichts. In dem in der Schweiz existirenden Zukunftsstaat ist diese Forderung ziemlich erfüllt. Einkommensteuer setzt die verschiedenen Einkommensquellen der verschiedenen gesellschaftlichen Klassen voraus, also die kapitalistische Gesellschaft. Es ist also nichts Auffälliges, daß die Financial-Reformers von Liverpool — Bourgeois mit Gladstone's Bruder an der Spitze — dieselbe Forderung stellen, wie das Programm.

B. „Die deutsche Arbeiterpartei verlangt als geistige und sittliche Grundlage des Staates:

1) Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat, allgemeine Schulpflicht, unentgeltlichen Unterricht."

Gleiche Volkserziehung? Was bildet man sich unter diesen Worten ein? Glaubt man, daß in der heutigen Gesellschaft (und man hat nur mit der zu thun) die Erziehung für alle Klassen gleich sein kann? Oder verlangt man, daß auch die höheren Klassen zwangsweise auf das Modikum Erziehung — der Volksschule — reduzirt werden sollen, das allein mit den ökonomischen Verhältnissen, nicht nur der Lohnarbeiter, sondern auch der Bauern verträglich ist?

„Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlicher Unterricht." Die erste existirt selbst in Deutschland, das zweite in der Schweiz und den Vereinigten Staaten für Volksschulen. Wenn in einigen Staaten der letzteren auch höhere Unterrichtsanstalten „unentgeltlich" sind, so heißt das faktisch nur den höheren Klassen ihre Erziehungskosten aus dem allgemeinen Steuersäckel bestreiten. Nebenbei gilt dasselbe von der unter A. 5 verlangten „unentgeltlichen Rechtspflege". Die Kriminaljustiz ist überall unentgeltlich zu haben; die Ziviljustiz dreht sich fast nur um Eigenthumskonflikte, berührt also fast nur die besitzenden Klassen. Sollen sie auf Kosten des Volkssäckels ihre Prozesse führen?

Der Paragraph über die Schulen hätte wenigstens technische Schulen (theoretische und praktische) in Verbindung mit der Volksschule verlangen sollen.

Ganz verwerflich ist eine „Volkserziehung durch den Staat". Durch ein allgemeines Gesetz die Mittel der Volksschulen bestimmen, die Qualifizirung des Lehrerpersonals, die Unterrichtszweige 2c., und, wie es in den Vereinigten Staaten geschieht, durch Staatsinspektoren die Erfüllung

dieser gesetzlichen Vorschriften überwachen, ist etwas ganz anderes, als den Staat zum Volkserzieher zu ernennen! Vielmehr sind Regierung und Kirche gleichmäßig von jedem Einfluß auf die Schule auszuschließen. Im preußisch-deutschen Reich nun gar (und man helfe sich nicht mit der faulen Ausflucht, daß man von einem „Zukunftsstaat" spricht; wir haben gesehen, welche Bewandtniß es damit hat,) bedarf umgekehrt der Staat einer sehr rauhen Erziehung durch das Volk.

Doch das ganze Programm, trotz alles demokratischen Geklingels, ist durch und durch vom Unterthanenglauben der Lassalle'schen Sekte an den Staat verpestet, oder, was nicht besser, vom demokratischen Wunderglauben, oder vielmehr ist es ein Kompromiß zwischen diesen zwei Sorten, dem Sozialismus gleich fernen, Wunderglauben.

„Freiheit der Wissenschaft" lautet ein Paragraph der preußischen Verfassung. Warum also hier!

Ich bin jetzt zu Ende gelangt, denn der nun im Programm folgende Anhang bildet einen charakteristischen Bestandtheil desselben. Ich habe mich daher hier ganz kurz zu fassen.

2) „Normalarbeitstag."

Die Arbeiterpartei keines andern Landes hat sich auf solch unbestimmte Forderung beschränkt, sondern stets die Länge des Arbeitstages fixirt, die sie unter den gegebenen Umständen für normal hält.

3) „Beschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit."

Die Normirung des Arbeitstages muß die Beschränkung der Frauenarbeit schon einschließen, soweit sie sich auf die Dauer, Pausen 2c. des Arbeitstages bezieht; sonst kann sie nur Ausschluß der Frauenarbeit aus Arbeitszweigen bedeuten, die speziell gesundheitswidrig für den weiblichen Körper oder für das weibliche Geschlecht sittenwidrig sind. Meinte man das, so mußte es gesagt werden.

„Verbot der Kinderarbeit!" Hier war absolut nothwendig, die Altersgrenze anzugeben. Allgemeines Verbot der Kinderarbeit ist unverträglich mit der Existenz der großen Industrie und daher leerer frommer Wunsch. Durchführung desselben — wenn möglich — wäre reaktionär, da bei strenger Regelung der Arbeitszeit nach den verschiedenen Altersstufen und sonstigen Vorsichtsmaßregeln zum Schutz der Kinder, frühzeitige Verbindung produktiver Arbeit mit Unterricht eines der mächtigsten Umwandlungsmittel der heutigen Gesellschaft ist.

4) „Staatliche Ueberwachung der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie."

Gegenüber dem preußisch-deutschen Staat war bestimmt zu verlangen, daß die Inspektoren nur gerichtlich absetzbar sind; daß jeder Arbeiter sie wegen Pflichtverletzung den Gerichten denunziren kann; daß sie dem ärztlichen Stand angehören müssen (!!).

5) „Regelung der Gefängnißarbeit."

Kleinliche Forderung in einem allgemeinen Arbeiterprogramm. Jedenfalls mußte man klar aussprechen, daß man nicht aus Konkurrenzneid die gemeinen Verbrecher wie Vieh behandelt wissen und ihnen namentlich nicht ihr einziges Besserungsmittel, produktive Arbeit, abschneiden will. Das war doch das geringste, was man von Sozialisten erwarten durfte.

6) „Ein wirksames Haftpflichtgesetz."

Es war zu sagen, was man unter „wirksamem" Haftpflichtgesetz versteht. Nebenbei bemerkt, hat man beim Normalarbeitstag den Theil der Fabrikgesetzgebung übersehen, der Gesundheitsmaßregeln und Schutzmittel gegen Gefahr ꝛc. betrifft. Das Haftpflichtgesetz tritt erst in Wirkung, sobald diese Vorschriften verletzt werden.....

„Dixi et salvavi animam meam."

Diese Denkschrift von Karl Marx zeigt uns den unheilvollen Mann ganz so wie er oben gezeichnet wurde.

Zunächst entwickelt er in diesen verhältnißmäßig kurzen Ausführungen, und zwar bei weitem deutlicher und sprachgewandter, als in dem verhegelten Kauderwelsch seiner dicken zwei Bände „Das Kapital", die Grundlagen seiner Weltanschauung, seiner Gesellschaftslehre, seiner kommunistischen Heilswahrheit, so daß wir unsere Leser später, wenn wir selbst zur Kritik dieser Lehre verschreiten, auf einige der Hauptsätze dieser Denkschrift verweisen können.

Sodann tritt in der denkbar frechsten und schamlosesten Weise sein wüthender Vaterlandshaß zu Tage, welcher ihn völlig verblendet gegen jede der gewaltigen Leistungen, welche das Deutsche Reich auch schon 1875 reichlich dargebracht hatte für die modernen Aufgaben aller Kulturstaaten, insbesondere für die Befreiung, den Schutz, die Wohlfahrt der „Arbeiter", der im Kampf um's Dasein Mindermächtigen. Mit grimmigem Hohn spricht er (S. 79) von dem „engsten nationalen Standpunkt", auf welchen Lassalle sich und seine Arbeiterbewegung gestellt habe, trotz der glorreichen Vaterlandslosigkeit des „kommunistischen Manifestes" von Karl Marx und „nach" der weltbürgerlichen Aechtung aller Vaterlandsliebe durch die von Karl Marx geschaffene „Internationale." In den verächtlichsten und schäbigsten Ausdrücken redet er von Preußen und Deutschland — der Heimat, welcher er Alles dankte, was er war und wußte — wenn er sie in Vergleich stellt zu anderen Staaten und Völkern, zu der Schweiz, zu England, zu Nordamerika u. s. w.

Seine Anerkennung der angeblich größeren „Freiheit" dieser weiter „fortgeschrittenen" Völker und Staaten ist aber auch nur eine äußerst geringschätzige. „Der heutige Staat ist also eine Fiktion!" ruft er mitleidsvoll. Denn Karl Marx sieht in dem gesammten Staats-, Kultur- und Gesellschaftsleben der Gegenwart nur eine ungeheure Trümmerstätte, ein großes, von betäubenden Gasen der Verwesung erfülltes Leichenfeld, auf welchem nur Eins noch lebendig ist und weiter kämpft, der Klassenhaß, das „Proletariat", das Streitheer der kommunistischen Zukunftsgesellschaft. Sie sieht er unwiderstehlich zum Ziele, zum Siege schreiten.

Von diesem Standpunkt aus, und von diesem allein aus ist sein vernichtendes Urtheil über das „verwerfliche und die Partei

demoralisirende Programm" von Gotha gesprochen. Alles was der kommunistischen Heilslehre des rothen Dalai Lama widerspricht, oder was die Getreuen von diesem einzigen erlaubten Gegenstande der Anbetung zu anderen Göttern abzieht, vor Allem zum Vaterlande, das verflucht er in Grund und Boden.

Aber so beschränkt und blind dieser Standpunkt sein mag, so hat doch der talmudistisch zersetzende Verstand von Karl Marx die Verlogenheit und sittliche Unfähigkeit der sozialdemokratischen Führung in Deutschland in der oben abgedruckten Denkschrift so treffend gekennzeichnet und so schmählich gebrandmarkt wie nur jemals ein Gegner.

Wort für Wort und Satz für Satz weist er den Unsinn und den inneren Widerspruch des Gothaer Programmes nach, welches noch heute die unerschütterte Grundlage aller Bestrebungen und Agitationen der sozialdemokratischen Partei bildet, und trotz der vollendeten Verrücktheit seiner Sätze, tausendfach den armen urtheilslosen und ungebildeten Massen von den Verführern als das einzige Weltheil verkündet worden ist und verkündet wird, in Volksversammlungen, von der Tribüne des deutschen Reichstags herab, in Flugschriften und Büchern.

Die lächerlichen „Forderungen" des Gothaer Programmes an Staat und Gesellschaft können nicht treffender verspottet nnd widerlegt werden, als durch die „Randglossen" von Karl Marx. Nicht minder die Lüge, man wolle in einem monarchischen Staat „mit allen gesetzlichen Mitteln" die „Freiheiten" erringen, welche jene Forderungen anstreben. Vor Allem aber wird in der Denkschrift von Karl Marx „als verwerflich und die Partei demoralisirend" bezeichnet jene volksverführende Lüge des „ehernen Lohngesetzes", an welcher die Volksverführer fast ein Menschenalter hindurch wohllebten, und ebenso lange die Massen ihrem Gott und Vaterlande abtrünnig machten, bis dieses angeblich „eherne Gesetz" auf dem Kongreß zu Halle im Oktober 1890 plötzlich für einen „nicht existirenden" Unsinn erklärt und „abgeschafft" wurde. Wir werden darüber im letzten Abschnitt dieses Buches, welcher von der „Arbeiterfreundlichkeit unserer Sozialdemokratie" handelt, noch weiter reden.

Das — für alle Freunde des deutschen Vaterlandes — Köstlichste an dieser Denkschrift sind aber zwei Geständnisse des rothen Dalai Lama, welche er im tiefsten Geheimniß nur seinen allervertrautesten Oberpriestern offenbarte.

Das erste dieser Geständnisse ist in die Worte (S. 53) gefaßt: „Wie sehr man frevelt, wenn man die realistische Auffassung, die der Partei so mühevoll beigebracht worden, die aber jetzt Wurzeln in ihr geschlagen, wieder durch ideologische Rechts- u. s. w. Flausen

verdreht." Hier steht es schwarz auf weiß, von Karl Marx' eigener Hand geschrieben, daß es eine Lüge ist, wenn die Verführer unserer Arbeiter stets verkünden, „die realistische Auffassung", d. h. die kommunistische, vaterlandslose, gottlose, Treu und Glauben in allem Menschendasein zersetzende „Weltanschauung" sei den Arbeitern sozusagen von selbst angeflogen und habe sie mit unwiderstehlicher Gewalt zu den Führern hingetrieben. Die Wahrheit ist im Gegentheil, daß der Deutsche seinem ganzen Wesen nach noch heute ein so unverbesserlicher „Ideologe", von „ideologischen Flausen" befangener Mensch ist, wie schon zu den Zeiten des ersten Napoleon, welcher Zeit seines Lebens die deutschen „Ideologen", die Schüler Fichte's und Schleiermacher's und die Jünger des alten Immanuel Kant auch mit seiner brutalsten Gewalt nie unterzukriegen vermochte, und später die Kolben dieser deutschen Ideologen auf die Schädel seiner „unüberwindlichen" Grenadiere niedersausen hörte mit Grausen. Dieser „ideologische" Deutsche, welcher durch die „Flausen" Vaterland, Glaube, Sittlichkeit, Gemüth, Familiensinn, Freude am eigenen Besitz und Herd, gegen die „realistische Auffassung" von Karl Marx gestählt ist, kann nur durch das „mühevollste Beibringen" in jene unselige Richtung hineingetrieben werden. Es ist eine Lüge, wenn die sozialistischen Führer von deutschen „zielbewußten Genossen" reden. Der Teufel allein ist ihr „zielbewußter Genosse!" Sämmtliche sogenannten „zielbewußten Genossen" sind abgerichtete Papageien, welche einige unverstandene, von Fremdwörtern starrende Phrasen der „realistischen Auffassung" von Karl Marx nachplappern. In deutsche Herzen und Gemüther kann diese Lehre niemals ihren Einzug halten. Ein Deutscher sein und ein „zielbewußter", d. h. ein vaterlandsloser, umstürzlerischer, gottloser und treuloser Kommunist sein, das sind zwei Dinge, welche sich naturnothwendig ausschließen, sich so wenig vertragen, wie Feuer und Wasser.

Das zweite unendlich werthvolle Geständniß aber legt Karl Marx in den Worten ab (S. 58): „Zwischen der kapitalistischen" (d. h. der heutigen) „und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Uebergangsperiode, deren Staat nichts Anderes sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariats!" Dieses Geständniß des rothen Dalai Lama durchdringt alle Verhüllungen und Schleier, welche seine Oberpriester herbeischleppen, um das wahre Antlitz und Wesen ihres Götzen zu verbergen. Dieses Wort von Karl Marx zerstreut alle Lügen von der angeblich friedlichen und gesetzmäßigen Umwandlung der heutigen Gesellschaft in die Zukunftsgesellschaft. Nur die „revolutionäre Umwandlung", nur „die revolutionäre Diktatur des Proletariats" kann und wird die heutige Staats- und Gesellschaftsordnung in die

„kommunistische" entwickeln können. Was das heißt, das lehren die Schand- und Schreckenstage der Pariser Kommune von 1871!

5. Entwickelung der Partei bis zu den Attentaten des Jahres 1878.

In dem oben S. 48 mitgetheilten Briefe von Karl Marx an Bracke, welcher die „Randglossen" zum Gothaer Programm überreichte, findet sich die Stelle: „Es war mir daher keineswegs ein Genuß, solch langen Wisch zu schreiben. Doch war es nothwendig, damit später meinerseits zu thuende Schritte von den Parteifreunden, für welche diese Mittheilung bestimmt ist, nicht mißdeutet werden . . . . ."

Diese Worte, deren kräftigste Friedrich Engels nicht einmal abzudrucken wagt, sondern durch Punkte ersetzt, enthalten die deutliche Drohung, daß Karl Marx sich von der durch das Gothaer Programm „demoralisirten" Partei öffentlich abwenden werde.

Bekanntlich ist das bis zum Tode von Karl Marx (1883) unterblieben, und wahrscheinlich deshalb unterblieben, weil Herr Liebknecht den erbosten Meister trösten konnte, daß Alles aufgeboten werden solle, um das fressende und zersetzende Gift der Lehre von Karl Marx rein und unverfälscht in die Köpfe und Herzen Tausender von deutschen Arbeitern einzuführen. Und niemand kann bestreiten, daß Herr Liebknecht sein Wort trefflich gehalten hat.

Daneben hat vielleicht aber auch die riesige Entwickelung der deutschen sozialistischen Bewegung seit dem Vereinigungskongreß von Gotha den Zorn des alten Londoner Volksaufwieglers entwaffnet und ihn von der Ausführung seiner Drohung zurückgebracht. Die amtlichen Protokolle der in den nächsten Jahren abgehaltenen Parteikongresse geben uns ein deutliches und zugleich ein so zuverlässiges Bild dieses Wachsthums, daß die Denkschrift der deutschen Reichsregierung zur Begründung des zweiten Entwurfs eines Sozialistengesetzes im Herbst 1878 diese Jahresberichte der deutschen Sozialdemokratie einfach abgedruckt hat.*)

Als in den Tagen vom 19. bis 23. August 1876 die Delegirten der sozialistischen Partei sich abermals zum Kongreß in Gotha trafen, konnte ihr amtlicher Jahresbericht folgende Ergebnisse feststellen.

---

*) Protokolle des sozialistischen Kongresses in Gotha 1876 und 1877. Drucksachen des Deutschen Reichstags 1878, VI. Tagung. Nr. 4, Anlage S. 1—16.

„Seit dem Gothaer Kongreß von 1875 lag die Geschäftsführung der Parteiangelegenheiten in der Hand von fünf Personen" in Hamburg, an deren Spitze Geib stand. „Der Vorstand" konstituirte sich bereits am 8. Juni 1875, und wurden von diesem Tage an die geeigneten Maßnahmen getroffen, welche uns nothwendig erschienen, um den über ganz Deutschland zerstreuten Parteigenossen die Möglichkeit zu geben, durch Entrichtung ihres Parteibeitrages ihre Mitgliedschaft zu bekunden", d. h. um, gegen die Vereinsgesetze der Einzelstaaten, und gegen die zahlreichen Richtersprüche, welche allerorten in Deutschland damals die Parteiorganisation der Sozialdemokratie auflösten und für ungesetzlich erklärten, doch die gemeinsame stramme Verbindung der Partei über ganz Deutschland zu behaupten. Eine treffliche Vorschule für die spätere geheime Parteiorganisation unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes, namentlich in der Lockerung alles gesetzlichen Sinnes, in der Verhöhnung der Gesetze und Gerichte! „Der Vorstand hatte wöchentlich mindestens zweimal Sitzungen zu halten und alle einlaufenden Briefe sofort zu beantworten. Die Folge war, daß von keiner Seite Beschwerden über die Geschäftsführung des Vorstandes an die Kontrolkommission gelangten" (also die Diktatur Liebknecht unangefochten blieb). „Der Vorstand hielt 127 Sitzungen und außerdem Konferenzen" (d. h. mit Anderen) „und das Sektretariat hat 11247 Briefe und sonstige Sendungen abgeschickt und 3932 empfangen. Der Kassirer empfing 3700 Sendungen und schickte 900 ab."

Die Jahresbilanz der Partei weist folgende Ziffern auf:

Die „Parteikasse" empfängt [aus Mitgliederbeiträgen (23,433 Mark), dem „Agitationsfonds" (9278 Mark), aus dem Vertrieb von Protokollen und Büchern (993 Mark), aus dem Ueberschuß der Parteiorgane (5445 Mark), aus dem „Wahlfonds" (3261 Mark)] insgesammt 40,413 Mark 56 Pf. und giebt aus für „Verwaltung und Agitation" 39,640 Mark, „an den Wahlfonds" 772 Mark 60 Pf.

Der „Unterstützungsfonds" hat charakteristischer Weise ein Defizit (von 458 Mark) aufzuweisen — er bildet den wunden Punkt unserer Rothen bis zum heutigen Tage — und balancirt in Einnahme und Ausgabe mit 10,217 Mark.

Der Wahlfonds dagegen, welcher mit 8041 Mark balancirt, kann einen Ueberschuß von etwa 2500 Mark an die „Parteikasse" und von 206 Mark an den Unterstützungsfonds abgeben. Freilich fanden 1875/76 keine allgemeinen Wahlen statt.

Die Gesammteinnahme und -Ausgabe balancirt mit 54,432 Mark (darin steckt natürlich auch das Defizit des Unterstützungsfonds von 458 Mark). Nachträglich jedoch sind dem Wahlfonds vom Verleger des „Wähler" noch 4331 Mark zugegangen, so daß die Gesammteinnahme der Partei in diesem Jahre sich auf fast 60,000 Mark stellt.

„Diese Summe umfaßt jedoch nur die Mittel, welche der Gesammtvorstand in die Hand bekam. Mindestens dreimal soviel ist von den Parteigenossen zur Agitation u. s. w., an den einzelnen Orten aufgebracht worden."

„Verfahren in Bezug auf die Agitation. Es wurde eine Anzahl dazu besonders geeigneter Genossen gewonnen, um als ständige Agitatoren mit vollem Gehalt ihre Dienste der Partei zu widmen, anfangs sechs, jetzt acht. Aufgabe dieser Genossen ist es, an einem bestimmten, vom Vorstand aus-

gewählten Orte ihren Wohnsitz zu nehmen, und dort sowie in der Umgegend für die Partei thätig zu sein. Die Sitze dieser Agitatoren sind in der Weise gewählt, daß dieselben ihre Thätigkeit fast über alle jene Orte und Gegenden Deutschlands ausdehnen können, wo die Sozialdemokratie Anhänger und Freunde hat und wo zu den (1877) bevorstehenden Reichstagswahlen Aussicht ist, daß unsere Partei Erfolge zu erzielen vermag. Die ständig angestellten Agitatoren werden auch regelmäßig benützt, wenn es sich darum handelt, nach der einen oder anderen Seite hin eine größere fliegende Agitation zu unternehmen."

Also abermals die Bestätigung der oben S. 63 festgestellten Thatsache, daß die ganze sozialistische Agitation in der Hauptsache darin besteht, durch wenige von der Partei abgerichtete und gefütterte Papageien tausend andere zum Hersagen des kommunistisch-vaterlandslosen Rothwelsch von Karl Marx abzulernen und abzurichten. Im Uebrigen aber bietet diese „Agitations"-Brutstätte der Rothen den deutschen Ordnungsparteien manchen lehrreichen Fingerzeig, und deshalb ist dieses ganze Getriebe hier so ausführlich mitgetheilt. Unser „amtlicher" rother Bericht fährt fort:

„Neben den besoldeten Agitatoren waren an 14 Parteigenossen größere oder geringere monatliche Zuschüsse im Betrage von 25 bis 75 Mark gezahlt, für welche die betreffenden Genossen die Partei an ihrem Orte zu leiten (!) haben, außerdem aber auch in der Umgegend ab und zu Versammlungen abhalten, oder wenn ein Agitator in jene Gegend kommt, für die dadurch nothwendigen Vorarbeiten" (Reklame u. s. w.) zu sorgen hat." Denn ein „Agitator" ist immerhin schon ein großes Thier; er weiß ja Alles auswendig, was man aus Karl Marx und Liebknecht eingepaukt bekommt, und muß daher besonders feierlich angekündigt und empfangen werden.

„Außer diesen durch die Parteikasse mehr oder weniger entschädigten Genossen" (für was entschädigt? für ihre Unlust zur Arbeit?) „stehen der Partei als fast durchweg voll besoldete, und in Folge dessen vollständig unabhängige Agitatoren" (Köstlich! So redet eine Partei, welche sich für die einzig-ideale in Deutschland ausgiebt!) „46 Beamte (!) [Redakteure, Expedienten u. s. w.] zur Verfügung, von denen 37 auf die verschiedenen Lokalblätter kommen, 77 Redner, von welchen jeder Einzelne sich jedem Gegner gegenüberstellen kann], welche aber in keinem anderen Verhältnisse zur Partei stehen, als daß sie brave Parteigenossen sind und sich in den verschiedensten Lebensstellungen ihr Brod verdienen" (wie mußten sich diesen „Braven" gegenüber die „Agitatoren" und die übrigen „mehr oder weniger" besoldeten Parteibeamten gedrückt fühlen!). „Die Partei verfügt also (?) über 145 wohlgeschulte (?) Redner, welche alle bereits die Feuertaufe in Versammlungen schon bestanden und durch ihren Eifer und ihre Gewandtheit den verschiedenen Gegnern bei Gelegenheit der" (1877) „bevorstehenden Wahlagitation manche harte Nuß aufzubeißen geben werden (!)." Klappern gehört unbedingt zum sozialdemokratischen Handwerk.

Die Parteipresse konnte in den 14 Monaten vom Juni 1875 bis August 1876 als „neu geschaffen" verzeichnen 12 politische und ein belletristisches Organ „Die neue Welt". Sie besaß jetzt 23 politische Zeitungen und ein Unterhaltungsblatt mit zusammen fast 100,000 Abonnenten. Davon wurden 13 Blätter in Genossenschaftsdruckereien der Partei herge-

stellt. Auch der Broschürenvertrieb belief sich auf weit über 100,000 Exemplare. Der Kalender der Partei („Der arme Konrad", in welchem jedes Wort seine kommunistisch-vaterlandslose Giftspitze hat) ward in 40,000 Exemplaren abgesetzt. Der Parteijahresbericht schließt mit folgenden großen Worten:

„Der Vorstand hat, trotz der ungemeinen Schwierigkeiten, die sich diesem Streben entgegengesetzten" (dem Streben nämlich, den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen und Gewalten zu trotzen oder eine Nase zu drehen), „danach getrachtet, die Centralisation der Partei aufrecht zu erhalten, und soweit das unter den gegebenen Verhältnissen möglich war, ist das auch gelungen. Lobend muß anerkannt werden, daß die Parteigenossen allerorts den Vorstand in diesem seinem Streben unterstützten" (also in gesetzverachtendem Sinne mit diesem wetteiferten), „und so alle Schläge unserer Gegner an unserer Einigkeit und unserem festen Zusammenhang scheiterten. Das offizielle (!) Band, das uns Alle umschlang, ist von rauher Hand" (Tessendorf und anderen, s. oben) „zerrissen, aber trotzdem bindet uns fest und unlöslich das Bewußtsein, einer gemeinsamen großen Sache zu dienen, der Sache des Proletariats, des armen enterbten Volkes!"

Daß diese Worte nicht etwa blos in das unendliche Kapitel sozialistischer Ruhmredigkeit gehörten, bewies der Ausgang der Reichstagswahlen vom 10. Januar 1877. Von den an diesem Tage im Deutschen Reiche insgesammt abgegebenen 5,401,020 gültigen Wahlstimmen verfügte die Sozialdemokratie über 493,288 = 9,1 Prozent. Also fast eine halbe Million Stimmen, fast der zehnte Theil aller Stimmzettel war für die Sozialdemokratie abgegeben. Und dieses Stimmenverhältniß gestaltete sich noch viel erfreulicher für die Rothen, noch viel erschreckender für die Ordnungsparteien, in vielen Wahlkreisen. Denn von je hundert gültigen Wahlstimmen waren für die Sozialdemokraten abgegeben worden in: Potsdam 10,3; Erfurt 11,1; Magdeburg 11,3; Breslau 12; Kassel 13,2; Düsseldorf 13,5; Sachsen-Weimar 15,7; Mittelfranken 15,9; Reuß j. L. 16,2; Sachsen-Meiningen 19,7; Schwarzburg-Sondershausen 20,1; Anhalt 20,3; Sachsen Altenburg 23,8; Schleswig-Holstein 29; Lübeck 31,9; Sachsen-Koburg-Gotha 32,1; Braunschweig 32,2; Bremen 35,2; Königreich Sachsen 38; Stadt Berlin 39,2; Hamburg 40; Reuß ä. L. 51,2! In diesem zuletzt genannten Kleinstaat war 1871 nicht eine einzige sozialistische Stimme abgegeben worden, 1874 war der sozialdemokratische Kandidat bereits zur Stichwahl gekommen, 1877 stimmte über die Hälfte sämmtlicher Wähler für den vaterlandslosen Kommunismus!

Diese für die sozialistische Partei glänzenden Erfolge waren nicht blos auf Rechnung der schweren Wirthschaftskrise zu schieben, unter welcher Deutschland damals schon seit Jahren seufzte. Die rothe Partei dankte ihre Erfolge vor Allem der musterhaften Einrichtung ihrer Wahlagitation, wie sie oben in ihrem 1876er Jahres-

berichte dargelegt ist und für die Wahlen von 1877 bereits vorbereitet war. Sie hatte in den 397 deutschen Reichstagwahlen nicht weniger als 175 Kandidaten aufgestellt, die meisten allerdings als bloße „Zählkandidaten", immerhin aber 43 ernsthafte, mit allen Mitteln der Partei und Parteikasse unterstützte Kandidaturen. Die für die Wahlbewegung ausgegebenen Summen werden wir unten kennen lernen.

Wesentlich geringer als die große Ausbeute an Stimmen war allerdings der Gewinn an sozialistischen Reichstagsmandaten. Die Partei gewann am 10. Januar 1877 nur zehn Sitze, nur einen mehr als in der vorigen Tagung. Dagegen war sie schon an zwanzig Stichwahlen betheiligt, bei welchen sie noch drei Siege erfocht. Da Bebel und Hasenclever Doppelmandate hatten, brachten die Reichstagswahlen von 1877 der sozialistischen Partei endgültig zwölf Sitze, welche zufielen: Liebknecht, Bebel, Hasenclever, Auer, Blos, Fritzsche, Most, Motteler, Kapell, Bracke, Rittinghausen und Demmler (Schwerin, gewählt in Leipzig-Land). Hasselmann tritt dann noch aus einer Nachwahl in die parlamentarische Arena. Ihrem Berufe nach waren damals bereits Liebknecht, Hasenclever, Auer und Hasselmann voll besoldete Beamte der Partei; mittelbare Parteibeamte (als Redakteure und Leiter von Genossenschaftsdruckereien) waren Blos, Fritzsche, Most, Motteler und Kapell. Bebel betrieb damals noch unter der Firma seiner Frau und seines Schwagers („Isleib und Bebel") eine schwunghafte Drechslerei in Leipzig; Bracke eine Getreidehandlung, Buchdruckerei und Verlagshandlung in Braunschweig; Rittinghausen und Demmler waren Rentiers. Handarbeiter waren ursprünglich Bebel (Drechsler), Hasenclever (Lohgerber), Auer (Sattler), Most (Buchbinder), Fritzsche (Cigarrenmacher), Kapell (Zimmerer), Motteler (Tuchmacher). Aber sobald sie ihre Fülle von Intelligenz der Partei widmeten, hingen sie auch ihre „Arbeit" an den Nagel und wurden Parteitagelöhner und -Pensionäre. Nur Herr Bebel drechselte noch ein bischen bis 1878 oder bis 1880. Spezialität: Thürklinken von Büffelhorn in Leipzig; Thürklinken der Gesetzgebung in Berlin. So war die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschaffen, welche das Sozialistengesetz heraufziehen sah und es vergeblich zu bekämpfen und zu beschwören versuchte. Was die Partei in diesen Jahren an Vaterlandslosigkeit, an Gesetzesverhöhnung, Aufwiegelung zu gewaltsamem Umsturz, an Verspottung der heiligsten Dinge, an Verhetzung der Arbeiter gegen ihre Arbeitgeber und gegen die gesammte gesellschaftliche Ordnung geleistet hat, das muß unten in den Abschnitten „die Vaterlandsliebe unserer Sozialdemokratie", „Ihr gesetzlicher Sinn", „Ihre Religion", „Ihre Arbeiterfreundlichkeit," Darstellung finden.

Im Reichstage des Frühjahrs 1877 versuchte die Partei zu-

nächst mal ihre „Arbeiterfreundlichkeit" von dieser hohen Warte aus leuchten zu lassen, indem sie ein „Arbeiterschutzgesetz" im Reichstag einbrachte. Sie erfüllte damit einen Beschluß des Gothaer Kongresses von 1876 und den geringsten Theil ihrer verdammten Pflicht und Schuldigkeit gegen die Arbeitermassen, welchen sie seit 1867 im Reichstag und draußen vorgespiegelt hatte, daß nur die rothe Partei ein Herz für die Arbeiter habe. Einige der starrsten Kommunisten freilich hatten auf dem Kongresse zu Gotha 1876 selbst den Entwurf eines solchen Gesetzes widerrathen, da man dadurch „dem heutigen Staat Konzessionen mache." Ihnen wurde dort nachdrücklich entgegnet, daß man ja nicht an solche Konzessionen denke, daß dieser Entwurf vielmehr nur eine schneidige Waffe der Parteiagitation bilden solle in Gegenden, in welchen auch andere Parteien starken Anhang hätten. Mit dieser feierlichen Verwahrung, und Wahrung seines kommunistischen Allerheiligsten, führte Herr Bebel am 18. April 1877 den Arbeiterschutzentwurf seiner rothen Freunde beim Reichstag ein.*) Der von Herrn Liebknecht geführte „Führer", welcher damals noch keine Ahnung hatte von dem vernichtenden Urtheil, welches Karl Marx über die ganze unklare Brühe der Arbeiterschutzforderungen des Gothaer Programms ausgesprochen, verlas zunächst dem ungeduldigen Reichstag mit kindlicher Einfalt und Begeisterung den zweiten Theil des sozialistischen A B C von Gotha, und schwang sich dann plötzlich vom ABC=Schützen zum Gründer und Offenbarer des letzten Zukunftsgeheimnisses auf in den großen Worten:

„Wir unterscheiden uns von den andern Parteien dadurch, daß wir den kleinen Gewerbetreibenden sagen, daß es eine Illusion ist, für ihre Interessen in der Art einzutreten, daß wir ihre selbstständige Existenz in dem allgemeinen Entwickelungsgange des großen Kapital aufrecht zu erhalten im Stande wären. Wir gehen sogar weiter und sagen, daß vom allgemeinen menschlichen Kulturstandpunkt aus, vom Standpunkte des menschlichen Fortschrittes eine derartige künftige Aufrechterhaltung von Zuständen, die mit den ganzen bestehenden Verhältnissen in Widerspruch sich befinden(?!), eine Unklugheit und ein Widersinn wäre(!). Wir sagen vielmehr: es ist ein Gebot der Notwendigkeit Einrichtungen zu schaffen und gesellschaftliche Institutionen zu begründen, welche nicht blos unter Beibehaltung aller dieser Kulturerrungenschaften und Fortschritte, sondern unter immer weiterer Ausdehnung derselben, die Vorteile allen gesellschaftlichen Mitgliedern in gleicher und gerechter Weise zugänglich machen, das heißt daß die Arbeitsmittel im weitesten Sinne des Worts, also auch Grund und Boden, zum Gesellschaftseigenthum gemacht werden müssen. Zurückgehen wollen wir auf keinen Fall, das betone ich schon von vorn herein, unser Ziel liegt in der Zukunft." Dann fuhr er, auf eine Anzapfung von konservativer Seite fort: „Herr

*) Sten. Ber. 1877, S. 567—576.

von Kleist-Retzow hat die Frage an mich gerichtet, wie wir denn eigentlich den von uns zu erstrebenden künftigen Zustand zu verwirklichen gedächten, wie dieser ohne Rechtsverletzung geschaffen werden solle? Er halte dies ohne schwere Rechtsverletzung für unausführbar. Ich will versuchen, mit einigen Worten darauf zu antworten. Es kommt zunächst ganz darauf an, was man unter Rechtsverletzung versteht (Heiterkeit). Ja, ganz gewiß! Die Herren wollen, daß das historische Recht unter allen Umständen geachtet werde. Wir (d. h. Karl Marx und Genossen) stellen diesem historischen Recht das natürliche Recht, das allgemeine Menschenrecht gegenüber." (Das ist ein Unsinn, denn Alle, welche das „historische" d. h. das bestehende, geschichtlich gewordene Recht höher stellen, sind auch „natürliche" Menschen und verneinen und verwerfen das „natürliche" (Faust-)Recht, welches durch eine vieltausendjährige Kultur und Geschichte beseitigt ist. Die Anhänger dieses „historischen Rechtes" bilden aber die ungeheure Mehrzahl in jedem Kulturvolke der Erde, namentlich in Deutschland, und müssen daher den Versuch ein ihnen feindseliges Unrecht oder Faustrecht als „allgemeines Menschenrecht" zu bezeichnen, für eine freche und aufwiegelnde Anmaßung erklären.) „Wir" (d. h. Karl Marx und Genossen) „sind der Ansicht," fährt Herr Bebel fort, „daß wenn in einer bestimmten Epoche, in einer Entwickelung der Menschheit es nothwendig wird, einen Zustand zu schaffen, der besser ist, als der bisherige, das Interesse aller wahrt, es öffentliche Pflicht wird, diesen Zustand, diese neue Ordnung der Dinge durchzusetzen, ohne Rücksicht darauf, ob das Interesse des Einzelnen, wenn auch noch so schwer, geschädigt wird." (Man sollte nun meinen, die Gesellschaft unseres Zeitalters, welche in ihrer großen Mehrheit die Erhaltung des Bestehenden will, sei eben durch ihre Mehrheit gegen jedes Hereinbrechen, gegen jede Aufnöthigung der rothen Revolution geschützt, so lange sie nicht selbst sagt, die Herrn Bebel so wünschenswerthe „bestimmte Epoche und Entwickelung der Menschheit", d. h. das Zeitalter der allgemeinen Umwälzung, sei angebrochen. Aber weit gefehlt! Nicht etwa Herr Bebel und seine Freunde haben die „Erfüllung der Zeiten" zu beweisen, sondern im Gegentheil die heutige Gesellschaft ist verpflichtet Jenen zu beweisen, daß sie zu früh unsere Thore einrennen und daß sie deshalb noch ein bischen warten müssen. Hören wir Herrn Bebel selbst:) „Wir" (nämlich immer noch Karl Marx und Genossen) „gehen von der Ansicht aus, daß nur dann von Rechtsverletzung mit Recht die Rede sein kann, wenn derjenige, der sich in seinem Recht verletzt fühlt, nachzuweisen vermag, daß dieses Unrecht zu Gunsten Anderer geschehen sei, daß dadurch die Gleichheit verletzt und er unter die Anderen gestellt wurde. Die Sozialdemokratie theilt eine solche Auffassung und Ansicht nicht. Es handelt sich im Gegentheil bei allen künftig durchzusetzenden Maßregeln nicht um Unterdrückung der Einen durch die Andern, sondern um Herstellung einer allgemeinen Gleichberechtigung aller Staats- und Gesellschaftsangehörigen in sozialer, politischer und sonstiger Beziehung. . . . Vielleicht sieht man dann auch auf der andern Seite ein, daß nur in der Durchführung unserer Forderungen eine befriedigende Zukunft liegt."

Große, ungeheure Worte für eine lächerlich unbedeutende Sache! Denn der gesammte Entwurf der Sozialisten, welcher eine deutsche Arbeiterschutzgesetzgebung vorstellen sollte, war „nach berühmten", aber für unsere damaligen und heutigen Verhältnisse völlig un-

tauglichen „Mustern" gearbeitet. Der ganze Entwurf war nämlich einfach theils aus der englischen, theils aus der schweizerischen Gesetzgebung zusammengestoppelt und abgeschrieben und von den sozialistischen Rednern selbst so wenig verstanden, daß sie sammt und sonders eine und dieselbe Rede darüber hielten, welche ihnen Herr Liebknecht vorher im „Vorwärts" zurecht gemacht hatte. Auch die Verbesserungsvorschläge von Schweitzer's bei Berathung der norddeutschen Gewerbeordnung im Jahre 1869 hatten sich die Herren jetzt angesehen, obwohl damals Herr Liebknecht in einer Berliner Volksversammlung gegen Schweitzer donnerte: „Nur Kurzsicht oder Verrath könne in solcher Weise parlamenteln", und in seinem „Demokratischen Wochenblatt" noch giftiger schrieb: „daß Schweitzer durch seine Anträge die Arbeiterbewegung der preußischen Regierung dienstbar zu machen suche." Jetzt dagegen wurde natürlich Jeder, welcher diesen liederlichen, gedankenlosen und in jeder Beziehung ungenügenden sozialistischen Entwurf eines „Arbeiterschutzgesetzes" bemängelte, insbesondere aber Jeder, welcher etwa mit dem Beschluß von Gotha diesen Entwurf nur als eine „schneidige Waffe der Parteiagitation" bezeichnete, sofort der „Unwissenheit und Niedertracht" beschuldigt! Gleichwohl behandelten die Ordnungsparteien diesen ersten Versuch der Sozialisten, sich durch positive Vorschläge und nicht nur durch bloße Verneinung an der Reichsgesetzgebung zu betheiligen, mit übertriebener Achtung, indem sie den Entwurf der Reichsregierung als Material für die beabsichtigte Reform der Gewerbeordnung überwiesen. Die Herren Solzialistenführer dagegen waren bisher, sooft Arbeiterangelegenheiten im Reichstag berathen wurden, im Lande herumgereist, um Brandreden zu halten, statt im Reichstag ihre Schuldigkeit zu thun. So hat Herr Liebknecht von 1867—1870 niemals zu einem der zahlreichen die Arbeiter befreienden Gesetze jener Zeit gesprochen und Herr Bebel fast ebensowenig!

Auch jetzt, im Mai 1877, kümmerte sich die Parteiführerschaft, nachdem sie im Reichstag die neue Blendlaterne ihrer Arbeiterfreundlichkeit hatte leuchten lassen, nicht weiter um die noch fortdauernden Sitzungen, sondern berief für den 27.—29. Mai den Partei-Kongreß abermals nach Gotha.*)

Aus den Verhandlungen ist zunächst zu erwähnen, daß 251 Orte durch 95 Delegirte mit 32000 Stimmen vertreten waren — in solch' verschwindender Minderheit, in so kläglichem Mißverhältniß, steht die Zahl der „zielbewußten Genossen" gegenüber dem „Stimm=

---

*) Für das Nachstehende sind benutzt die gedruckten Protokolle des Gothaer Kongresses von 1877 und Drucksachen des Reichstags von 1878, II. Sitzung 4, S. 14 flg.

vieh", welches, eine halbe Million Häupter stark, am 10. Januar 1877 seine Stimme für Sozialdemokraten abgegeben hatte! Denn daß jene 32000 „Genossen", welche sich auf dem „Kongreß" zu Gotha 1877 vertreten ließen, reichlich Alles umfaßten, was die Partei in Deutschland an „Zielbewußten" aufzubieten hatte, ist klar. Eher ist diese Zahl erheblich übertrieben. — Beschlüsse von grundsätzlicher Bedeutung wurden diesmal in Gotha nicht gefaßt. Dagegen erscheinen einige der in der Hitze der damaligen Verhandlungen den Rednern entschlüpften geflügelten Worte für die damalige Parteitaktik im Gegensatz zur heutigen von großem Interesse. Herr Bebel klagte nämlich in beweglichen Worten darüber, daß bei den Wahlen viele Agitatoren auf den Stimmenfang ausgegangen seien, indem sie die sozialdemokratischen Forderungen entweder wassersuppenartig verdünnt und ermäßigt oder gar völlig verschwiegen hätten. Most, der blutige Buchbinder a. D., trat ihm mit scharfen Worten bei, indem er rügte: man habe vielfach nicht gewagt, radikal vorzugehen, sondern sich so verblümt wie möglich ausgesprochen. Heute steht die ganze Partei auf diesem Standpunkt, welchen die Herren Bebel und Most damals als einen „der Partei unwürdigen" erklärten. Denn die ganze Partei sucht heute, mit Hülfe einer wassersuppenartigen Verdünnung ihrer Lehren und völliger Verschweigung ihrer Ziele, den Stimmen- und Bauernfang im Großen zu treiben.

Von den Beschlüssen des Kongresses ist erwähnenswerth die Gründung einer „wissenschaftlichen" Parteizeitschrift, welche den Sozialismus „begründen, ergründen und erforschen sollte". Die rothe Partei hat, wie wir noch öfter an der Hand ihrer Werke, Handlungen und Beschlüsse bemerken werden, nur ein sehr unvollkommen entwickeltes Gefühl für ihre unfreiwillige Lächerlichkeit. Sonst würde sie erkannt haben, daß dieser Beschluß in den weitesten Kreisen die Lachmuskeln und das Zwerchfell in wohlthätige Schwingungen versetzen mußte. Der „Sozialismus", welcher damals schon seit anderthalb Jahrzehnten als größter Marktschreier und Wundermann aller Zeiten Deutschland durchzogen, seine Heilmittel als untrüglich gepriesen und jeden Zweifler der „Unwissenheit", der „Niedertracht", des „engherzigsten kapitalistischen Eigennutzes" geziehen hatte — dieser nämliche „Sozialismus" sollte nun erst mal „wissenschaftlich" ein bischen „begründet, ergründet und erforscht" werden! Diese neue „wissenschaftliche" Zeitschrift, „die Zukunft", erschien vom 1. Oktober 1877 ab unter der Redaktion eines Strohmannes (eines Berliner Arbeiters), und unter Mitarbeiterschaft der Redner und Schriftsteller der Partei im In- und Auslande, welche hierdurch ihren sonstigen unsterblichen Verdiensten ohne Weiteres auch den leuchtenden Glanz „wissenschaftlicher" Sterne ersten Ranges zulegten. Die Hauptkosten der Gründung dieser Zeitschrift hatte

ein wohlhabender ungenannter Parteigenosse hergegeben. Eine zweite „wissenschaftliche" Zeitschrift mit ähnlichen Zielen, die „Neue Gesellschaft", erschien gleichfalls vom 1. Oktober an in Zürich unter Redaktion eines Dr. Wiede. Sie hatte auch nicht sozialistische Mitarbeiter, darunter Männer von der Bedeutung eines Schäffle und Samter.

Der letzte erwähnenswerthe Beschluß des Gothaer Kongresses von 1877 war der: einen amtlichen Vertreter der deutschen Sozialdemokratie zu dem für den Herbst geplanten sozialistischen Weltkongreß nach Gent zu senden.

Dem Jahresbericht der Parteileitung, welcher in Gotha vorgetragen wurde, und die acht Monate vom August 1876 bis Mai 1877 umfaßt, entnehmen wir abermals eine Fülle interessanter Thatsachen.

Die Parteipresse war durch die Vereinigung der früheren zwei amtlichen Parteiblätter, des „Volksstaat" und des „Neuen Sozialdemokrat" in eines, den „Vorwärts", wesentlich gekräftigt worden. Die Zahl der Abonnenten desselben belief sich auf über 12000. In den letzten neun Monaten waren 18 neue Blätter hinzugekommen, so daß die Zahl der Parteiorgane sich im Mai 1877 auf 41 belief. Davon wurden 25 in Partei-Genossenschaftsdruckereien, (deren es 14 gab), hergestellt. Der Abonnentenstand dieser politischen Blätter betrug weit über 100000; Das Unterhaltungsblatt „Neue Welt" allein hatte über 35000 Abonnenten. Daneben erschienen noch 14 „gewerkschaftliche Organe", von denen der Bericht rühmt, daß sie „ebenfalls mehr oder minder im Geiste des Sozialismus gehalten sind." Als diese Organe dann später, nach Erlaß des Sozialistengesetzes, verboten wurden, ward natürlich, unter Verleugnung dieses Gothaer Geständnisses der Parteileitung, gar gewaltig über die brutale und willkürliche Auslegung und Handhabung des „infamen Ausnahmegesetzes" gezetert, welche dem arbeitenden Gewerksmann sogar sein harmloses Fachblatt rauben! „Nicht ohne Interesse dürfte es sein," fährt der Jahresbericht fort, „die Zahl der Redakteure unserer Blätter und deren frühere Beschäftigung kennen zu lernen. Nicht selten machen unsere Gegner den lächerlichen Einwand, daß die geistige Führung der Sozialdemokratie sich durchgehends in den Händen von „verbummelten Genies" aus den sogenannten bessern Ständen befinden. Literaten, die ihren Beruf verfehlt haben, davongejagte Offiziere, verbummelte Studenten sollen es gewöhnlich sein, welche bei uns das große Wort führen, und unter deren geistiger Leitung die Partei stehe." (Es dürfte sich denn doch fragen, wie viele von diesen Eigenschaften Herrn Liebknecht z. B. nicht zukommen?) „Sehen wir zu, ob diese Behauptung wahr ist? Bei den oben angeführten 41 politischen Organen und dem Unterhaltungsblatte sind im Ganzen 44 Redakteure angestellt. Unter diesen 44 Redakteuren unserer Zeitungen befinden sich nach einer genauen Zusammenstellung: 12 Literaten mit fast durchgehends akademischer Bildung" (freilich, ohne daß sie das Maaß ihrer „Bildung" durch ein Examen dargethan hätten!) „11 Schriftsetzer, 4 Kaufleute, 3 Schlosser, 1 Maurer, 1 Lohgerber, 1 Riemendreher, 1 Mechaniker, 1 Zigarrenarbeiter, 1 Zimmermann, 1 Böttcher, 1 Schuhmacher, 1 Goldarbeiter, 1 Buchhändler, 2 Schneider,

1 Lehrer, 1 Zeichner — Thatsache ist also, daß über zwei Drittel unserer Parteivertreter direkt aus dem Arbeiterstande hervorgegangen sind." Der Beweis ist herrlich geführt, und hat nur den einen Fehler, daß er ein kleines Taschenspielerkunststück einschaltet, um vermeintlich zu seinem Ziele zu gelangen. Bewiesen werden sollte nämlich: „daß die geistige Führung der Sozialdemokratie sich nicht in den Händen verbummelter Genies aus den besseren Ständen befinde", sondern in den Händen von Arbeitern. Statt der „geistigen Führung" stellt nun die Beweisführung des Jahresberichtes dagegen am Schlusse plötzlich „direkt aus dem Arbeiterstande hervorgegangene Parteivertreter" ein. Daß diese irgend etwas mit der „geistigen Führung" zu thun hätten, diese Schriftsetzer, Schneider, Riemendreher, Schlosser, Maurer, Lohgerber, Schuster, Cigarrenmacher u. s. w., ist mit nichten bewiesen, wenn sie hundertmal „Redakteure" und „Parteivertreter" genannt werden. Im Gegentheil mußte Herrn Liebknecht's Diktatur und Alleinherrschaft um so besser gedeihen, je mehr „verbummelte Genies" aus den minder besseren Ständen mit dem Bewußtsein gekitzelt und beschäftigt wurden, daß sie als „Redakteure und Parteivertreter" die „geistige Führung der Partei in der Hand hielten"! Und sind die verbummelten Schneider, Riemendreher, Maurer, Schuster, Lohgerber u. s. w., welche nicht mehr arbeiten, sondern nur noch „redigiren" und regiren mögen, „Arbeiter" zu nennen? — Unser Bericht stellt weiter fest, daß „Der arme Konrad" (der Parteikalender) in 50,000 Exemplaren, Bracke's Broschüre „Nieder mit der Sozialdemokratie" allein nahezu in 100,000 Exemplaren verkauft worden sein.

Die Gesammteinnahme der Partei steht scheinbar fast genau auf der Höhe des Vorjahres, sie beträgt 54,207 Mk. 60 Pfg. Sie umfaßt aber nur 8 Monate (die des Vorjahres 14) und weist trotz der enormen Ausgaben für die Wahlen, immer noch einen Kassenüberschuß von 3582 Mk. auf. Die Einnahmen entsprechen also dem Wachsthum aller übrigen Parteiverhältnisse. Und in dieser Gesammteinnahme „liegt noch nicht der vierte Theil dessen, was seitens der sozialdemokratischen Arbeiter beim Wahlkampf aufgebracht worden ist. Denn allein der Wahlkreis Altona hat 23,000 Mk. eingenommen und 30,000 Mk. ausgegeben." Der Bericht stellt auch diesmal mit Behagen fest, daß „Differenzen zwischen der Revisions- und Beschwerdekommission einerseits und dem Centralwahlkomitee anderseits nicht vorgekommen" sind, und schließt: „Die Sache der Sozialdemokratie ist die Sache des Volkes(!) und deshalb unausrottbar wie dieses selbst. Im Vertrauen auf diese Lebenskraft, arbeiten wir weiter, und dieser Kongreß wird, so hoffen wir, eine wichtige Etappe in diesem Streben nach vorwärts bilden!"

Das für die Partei wichtigste Ereigniß des übrigen Jahres war der sozialistische Weltkongreß zu Gent (9.—15. September 1877), auf welchem Herr Liebknecht als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie erschien. Die anarchistischen Anhänger des inzwischen verstorbenen Bakunin geriethen hier allerdings mit den Kommunisten aus der Schule von Karl Marx ebenso heftig zusammen und übten an der Lehre und dem System des rothen Londoner Dalai Lama eine ebenso vernichtende Kritik, wie früher 1872 auf dem Haager Weltkongreß — wir werden ihre Einwendungen später bei unserer eigenen Kritik der sozialdemokratischen Lehre vortragen. Aber auch

hier in Gent gelang es noch einmal, die feindlichen Brüder in einem „Manifest“ zu einigen, welches freilich deutlich erkennen läßt, daß die Marxisten Sieger waren, denn es predigt sowohl die kommunistischen als die vaterlandsfeindlichen Heilswahrheiten des Vaters der deutschen Sozialdemokratie mit rücksichtslosester Schärfe und Deutlichkeit. Wenn der alte biedere Volksaufwiegler von der Themse über das Gothaer Programm noch grollen mochte — hier war für die Proletarier aller Länder ein Vereinigungs-„Pakt“ des grundstürzenden vaterlandslosen Klassenhasses und Kommunismus zu Stande gekommen, über welchen dem alten Feinde des Kapitals — des Kapitals Anderer, das Herz im Leibe lachen mußte. Das Manifest lautet:

„In Folge des allgemeinen Sozialistenkongresses, der vom 9. bis 15. September d. J. in Gent abgehalten wurde, haben die Delegirten der sozialistischen Arbeiterorganisationen Englands, Frankreichs, Belgiens, Dänemarks, Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, eine allgemeine Union der sozialistischen Partei konstituirt und nachstehenden Pakt unterzeichnet:

In Erwägung, daß die soziale Emanzipation von der politischen untrennbar ist; in Erwägung ferner, daß das Proletariat als selbstständige, mit allen (von den) besitzenden Parteien in Opposition stehende Partei organisirt, jedes politische Mittel ergreifen muß, welches zur Befreiung aller seiner Glieder führen kann; in Erwägung, daß der Kampf gegen jede Klassenherrschaft“ (richtiger der Klassenkampf der Proletarier gegen alle anderen „Klassen“ — aber dieser Ausdruck ist behutsam vermieden, um zu täuschen) „weder lokal, noch national, sondern universell ist*), und daß der Erfolg von der Verständigung und dem Zusammenwirken der Organisation der verschiedenen Länder abhängt; haben die Delegirten des zu Gent tagenden allgemeinen Sozialistenkongresses beschlossen, daß sich die von ihnen vertretenen Organisationen in allen ihren ökonomischen und politischen Bestrebungen gegenseitig moralisch und materiell zu unterstützen haben.

Zu diesem Zwecke wird ein Bundesbureau gebildet, welches bis zum nächsten Kongreß seinen Sitz in Gent hat, dem auch die Aufgabe überlassen wird, den nächsten Kongreß einzuberufen und zu demselben die bezüglichen Vorarbeiten zu machen.

Alle Organisationen, welche dem gegenwärtigen Pakt beigetreten sind oder beitreten werden, sind gebeten, ihre Zeitungen und sonstigen Publikationen regelmäßig dem Bundesbureau zuzusenden.

Wir verkünden die Nothwendigkeit der politischen Aktion als eines mächtigen Mittels der Agitation, der Propaganda, der Volkserziehung und der Gruppirung (Organisation).

Die gegenwärtige Gesellschaftsorganisation muß gleichzeitig von allen Seiten und mit allen Mitteln, über die wir verfügen, bekämpft werden. Die Politik, die Gesetzgebung, die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten bilden eine (!) dieser Seiten, und die Reform der Gesetze, die Entsendung von Sozialisten in die Parlamente, die Wahlagitation, öffentliche

---

*) Protokolle der sozialistischen Kongresse in Gotha 1876 und 1877. Drucksachen des D. Reichstags 1878, II. Tagung, Nr. 4, Anl. S. 1—16.

Kundgebungen zur Erlangung ökonomischer, politischer, bürgerlicher Rechte, sind ebenso viele Waffen, die es eine Thorheit wäre, in den Händen unserer Feinde zu lassen. Weg drum mit der politischen Enthaltung! In allen Ländern, wo die Arbeiter das Recht haben, an den Wahlen theilzunehmen, müssen sie sich als politische (?) Partei konstituiren, um in die Parlamente und Gemeindevertretungen Delegirte zu schicken; und in den Ländern, wo die Arbeiter das Wahlrecht nicht haben, müssen sie Alles aufbieten, um sich dieses Recht zu erringen. Ist das Parlament nicht eine Tribüne, von welcher herab der sozialistische Abgeordnete zu dem ganzen Lande spricht, und so das Bürgerthum und die Arbeiter sich mit der sozialen Frage zu beschäftigen zwingt? Und die Wahlbewegung, die öffentlichen Diskussionen über die sozialistischen Kandidaturen — bringen sie nicht die soziale Frage vor die ganze Gesellschaft, selbst wenn der sozialistische Kandidat unterliegt? Und verdankt nicht die deutsche Sozialdemokratie wesentlich dem Umstande, daß sie auf allen Gebieten: dem der Politik, der Wissenschaft (?), der Oekonomie (?) u. s. w. den Kampf führt, ihre großartige Organisation, die geistige Regsamkeit, durch welche sie sich auszeichnet?

Alle unabhängigen und denkenden Menschen wollen, daß die Unwissenheit auf immer ausgerottet werde, daß die Ungerechtigkeit und das Privilegium von dieser Erde verschwinden, daß Elend und Hunger nicht mehr das Loos derjenigen seien, welche arbeiten (!), und Wohlbefinden und Ueberfluß nicht mehr das Loos derjenigen, die nichts produziren (!!). Wohlan, um zu dieser Lage zu gelangen, welche das große Ziel des modernen Sozialismus ist, müssen die lebenden Geschlechter — das ist ihre heilige Pflicht — die Hindernisse vermindern, die Schranken, welche den Weg absperren, niederwerfen, und provisorische Einrichtungen, welche uns dem Ziele näher bringen, begründen oder annehmen.

Der Sozialismus soll nicht blos eine reine Theorie, eine Spekulation über die wahrscheinliche Organisation der künftigen Gesellschaft sein, sondern er soll sein eine lebende und reelle Sache, soll sich kümmern um die thatsächlichen Bestrebungen, um die unmittelbaren Bedürfnisse, um die täglichen Kämpfe der arbeitenden Klasse gegen die Monopolisten des gesellschaftlichen Kapitals, welche auch die Monopolisten der gesellschaftlichen und staatlichen Gewalt sind. Der Bourgeoisie ein politisches Vorrecht entreißen; bisher isolirte Arbeiter in Associationen organisiren; durch Arbeitseinstellungen oder Gewerkschaften eine Verminderung der Arbeitsstunden erwirken — das heißt ebenso gut an dem Bau der neuen Gesellschaft arbeiten, als wenn man tiefsinnige Nachforschungen über die gesellschaftlichen Einrichtungen der Zukunft anstellt. Mögen die Arbeiter, die noch nicht gruppirt sind, sich zusammenschließen und organisiren! Mögen die, welche blos auf ökonomischem Gebiet organisirt sind, in die politische Arena herabsteigen! Sie finden dort die nämlichen Gegner, das nämliche Ringen; und jeder Sieg, der auf dem einen Kampfplatz erfochten wird, ist das Signal eines Triumphs auf dem anderen. Möge bei jedem Volke die Klasse der Enterbten sich als große, von allen Bourgeoisparteien scharf abgegrenzte Partei konstituiren, und möge diese sozialistische Partei Hand in Hand marschiren mit der sozialistischen Partei aller übrigen Länder!

Es gilt den Kampf um all' eure Rechte, es gilt die Vernichtung aller Privilegien! Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

---

6. Das Sozialistengesetz.

Auch in der Frühjahrssitzung des Reichstags 1878 brachte die sozialdemokratische Fraktion einen Gesetzentwurf ein; diesmal einen Wahlgesetzentwurf (Nr. 66 der Drucksachen). Er war ebenso unbedeutend und unentwickelt, als ihr vorjähriger Entwurf eines Arbeiterschutzgesetzes, auch ebenso offenbar wie jener nur ein neues Agitations- und Verhetzungsmittel. Herr Most, der blutige Exbuchbinder, gab dieser geheimen Absicht der Partei den klarsten Ausdruck, indem er, bei Berathung des von seiner Fraktion geforderten „Normalarbeitstages" (Sten. Ber. S. 1055 folg.) sich also auslüftete:

„Die Lumpen-Proletarier können ja nichts dafür, daß sie es sind. Die heutige Gesellschaft hat sie dazu gemacht. Sie haben ein Recht, den Guerilla-Krieg gegen die Gesellschaft zu führen! (Große Unruhe. Rufe: Nein!) ... Daher verlangen wir aber auch ganz energisch, daß der Weg der Reform rechtzeitig eingeschlagen werde, weil wir allerdings andererseits" (soll heißen anderenfalls) „auch der Ueberzeugung sind, daß sonst die Revolution nicht ausbleiben wird."

Und Herr Motteler, der Extuchmacher, stieß folgende Drohung aus (S. 1150 Sp. 2):

„Sie haben es nun in der Hand, unseren Auffassungen, unseren Anträgen gegenüber Stellung zu nehmen, und damit zugleich die Antwort zu geben, die wir entschieden mit Spannung erwarten, weil wir der deutschen Arbeiterschaft, je nach dem Ausfall dieser Antwort, weiteren Bescheid zu bringen die Absicht haben."

Das waren die letzten Reden, welche sozialistische Abgeordnete im Deutschen Reichstag hielten, wenige Tage vor jenem unseligen 11. Mai 1878, da ihr Parteigenosse Hödel unter den Linden in Berlin auf das geweihte Haupt des einundachtzigjährigen Kaisers Wilhelm schoß!

Welche moralische Mitschuld an diesem grauenvollen Verbrechen die deutsche Sozialdemokratie trifft, wie sie dasselbe zu leugnen, zu beschönigen, den Mörder von ihren Rockschößen abzuschütteln suchte, das ist unten in den Abschnitten „Die Vaterlandsliebe unserer Sozialdemokratie", „Ihr gesetzlicher Sinn" u. s. w. an der Hand der amtlichen Quellen des Reiches und der Partei dargestellt. Ebenso das Verhalten der Partei den beiden Entwürfen eines Sozialistengesetzes gegenüber.

Der erste Entwurf eines Sozialistengesetzes wurde von der Regierung dem Reichstag bereits am 20. Mai vorgelegt (Drucksache Nr. 274). Der Entwurf war sehr kurz; er lautete:

§ 1. Druckschriften und Vereine, welche die Ziele der Sozialdemokratie verfolgen, können vom Bundesrath verboten werden. Das Verbot ist öffentlich bekannt zu machen und dem Reichstag sofort, oder wenn derselbe nicht versammelt ist, bei seinem nächsten Zusammentritt mitzutheilen. Das Verbot ist außer Kraft zu setzen, wenn der Reichstag dies verlangt.

§ 2. Die Verbreitung von Druckschriften auf öffentlichen Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten kann von der Polizeibehörde verboten werden, wenn die Druckschriften Ziele der in § 1 bezeichneten Art verfolgen. Das Verbot erlischt, wenn nicht innerhalb vier Wochen die Schrift vom Bundesrath auf Grund des § 1 verboten wird.

§ 3. Eine Versammlung kann von der Polizeibehörde verboten oder nach ihrem Beginn von dem Vertreter der Polizeibehörde aufgelöst werden, wenn Thatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Versammlung Zielen der in § 1 bezeichneten Art dient.

§ 4. Wer einem nach § 1 oder § 2 erlassenen Verbot zuwider eine Druckschrift verbreitet, wird mit Gefängniß bestraft. Die Beschlagnahme der Druckschrift kann ohne richterliche Anordnung erfolgen (§§ 23 flg. des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874).

§ 5. Die Betheiligung an einem nach § 1 verbotenen Vereine oder an einer nach § 3 verbotenen Versammlung wird mit Gefängniß bestraft. Gleiche Strafe trifft Denjenigen, welcher sich nicht sofort entfernt, sobald die Auflösung einer Versammlung auf Grund des § 3 erfolgt ist. Gegen die Vorsteher des Vereins sowie gegen die Unternehmer und Leiter der Versammlung und gegen Denjenigen, welcher zu einer verbotenen Versammlung das Lokal hergiebt, ist auf Gefängniß nicht unter drei Monaten zu erkennen.

§ 6. Dieses Gesetz tritt sofort in Kraft. Dasselbe gilt für den Zeitraum von drei Jahren.

Die Begründung dieses ersten Entwurfes lautet:

„Die Ausbreitung der Sozialdemokratie hat im Laufe der letzten Jahre immer größere Dimensionen angenommen. Die sozialistischen Lehren und Tendenzen sind in Kreise gedrungen, welche denselben früher unzugänglich waren. Die sozialistische Agitation, planmäßig und durch geschulte Agitatoren betrieben, übt mehr und mehr ihren verderblichen, die Gemüther verwirrenden Einfluß auf die Massen der Bevölkerung aus. Um den Umsturz der bestehenden Verhältnisse und die Bildung des sozialistischen Staates herbeizuführen, ist die Sozialdemokratie unablässig bemüht, Unzufriedenheit in den besitzlosen Klassen zu verbreiten, dieselben gegen die besitzenden Klassen aufzureizen, die überlieferten sittlichen und religiösen Anschauungen, die Vaterlandsliebe, die Pietät und Achtung vor dem Gesetze, überhaupt alle diejenigen Grundlagen zu untergraben, auf welchen der Staat und die Sicherheit der Gesellschaft beruhen."

Dann wird kurz berichtet, daß die bisherigen Schritte der Regierung, diesem Unwesen mit Hülfe einer Novelle zum Strafgesetzbuch und einer Verschärfung des Preßgesetzes zu steuern, vom Reichstag abgelehnt worden seien. „Die Frage aber, ob es nicht besonderer Maßnahmen bedürfe, um den Ausschreitungen der Sozialdemokratie entgegenzutreten, ist damit nicht erledigt worden, dieselbe ist vielmehr fortdauernd eingehend erwogen und nunmehr aus Anlaß des vor kurzem gegen das Leben Seiner Majestät des Kaisers verübten Attentates wiederum in den Vordergrund getreten."

Der Bundesrath bejaht diese Frage. Die Gesetze über Presse und Vereinswesen reichen nicht aus. „In der Presse und in dem Vereinswesen liegt der Schwerpunkt der sozialistischen Agitation. Eine große Menge viel gelesener Blätter verbreitet die sozialdemokratischen Lehren täglich in allen Theilen Deutschlands und in allen Schichten der Bevölkerung. Hand in Hand mit der Presse wirken zahlreiche Versammlungen für die Zwecke der Sozialdemokratie und in weit verzweigten Vereinen besitzt dieselbe in Deutschland in höherem Maße eine einheitliche und geschlossene Organisation als in irgend einem anderen Lande."

Die Stimmung der großen Mehrheit des Reichstages gegenüber diesem Entwurfe, dessen bedenklichste Bestimmungen oben (S. 78, § 1) durch Sperrsatz hervorgehoben wurden, ließ der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages keinen Zweifel darüber, daß der Entwurf abgelehnt werden würde, und so gab sie denn durch Herrn Liebknecht die theatralische Erklärung ab (Sten. Ber. S. 1497), „sie erachte es mit ihrer Würde nicht vereinbar, an der Diskussion dieses Ausnahmegesetzes theilzunehmen."

Die schweren Bedenken, welche der Entwurf der großen Mehrheit des Reichstages einflößte, brachte am glänzendsten und erschöpfendsten v. Bennigsen zum Ausdruck (Sten. Ber. S. 1504 bis 1510), nachdem schon vor ihm der tiefe Denker über soziale Aufgaben Dr. Jörg, Mitglied des Centrums, davor gewarnt hatte, ein Gesetz „ab irato" (in Zornesleidenschaft) zu machen.

v. Bennigsen seinerseits bezeichnete den Bundesrath als eine durchaus ungeeignete Behörde für die ihm vom Entwurfe zugedachte verbietende Rolle und Thätigkeit, da der Bundesrath nur einen Theil des Jahres versammelt und dessen Mitglieder an die Instruktionen ihrer einzelnen Regierungen gebunden seien. Wie könne eine solche Behörde ein solches Gesetz handhaben? Ebenso bedenklich sei die dem Reichstag zugetheilte Rolle. Eine Versammlung von 400 Personen soll über jede Beschlagnahme u. s. w. befinden! Und in welcher Weise: im Plenum oder in einer Kommission? Und wie, wenn Bundesrath und Reichstag verschiedener Meinung wären? Das würde einen höchst verderblichen, allein der Sozialdemokratie vortheilhaften Eindruck hervorrufen. — Und nun gar der Ausdruck „Ziele der Sozialdemokratie" in den §§ 1, 2, 3 des Entwurfes! Wer hat darüber zu befinden, ob solche „Ziele" erstrebt werden? Der Richter nach dem Gesetzentwurfe gar nicht, nur der Bundesrath. Der Richter höchstens über die formale Gültigkeit einer Beschlagnahme, Auflösung u. s. w. nach diesem Gesetz. Aber was sind „Ziele" der Sozialdemokratie? Zum Theil ganz berechtigte Bestrebungen: Arbeiterschutz, Aufgaben der Gemeinden, des Staates, der Gesetzgebung. Sogar die ernstesten wissenschaftlichen Erörterungen können in Zukunft unter § 1 des Entwurfes fallen. Schuld an der Verwilderung der Sozialdemokratie trägt namentlich auch die laxe Handhabung der bestehenden Gesetze. Der Redner führt (S. 1506) zahlreiche Beispiele dafür an. Die Regierung hätte dem Reichstag vor Allem ein Gesetz über Vereins- und Versammlungsrecht vorlegen sollen. Die Gesetzgebung muß kühl bleiben bis ans Herz hinan, sie darf nicht aus Zorn schaffen. Das Gegentheil sind unselige Er

innerungen an die Karlsbader Beschlüsse, welche vor Allem die nationale deutsche Idee verfolgten. Man versuche die Bekämpfung der Sozialdemokratie auf dem Boden des gemeinen Rechtes. Dafür wird die große Mehrheit des Reichstages eintreten.

Für den Entwurf sprachen vortrefflich die Minister Hofmann und Graf Eulenburg, v. Helldorf-Bedra, Professor Gneist und vor Allem Feldmarschall Graf Moltke. Der Kern ihrer Reden ist unten in den Abschnitten „Vaterlandsliebe“, „gesetzlicher Sinn“, „Religion“, „Arbeiterfreundlichkeit“ mitgetheilt. Aber diesen Entwurf vermochte ihre Beredsamkeit nicht zu retten. Er wurde am 24. Mai mit 251 gegen 51 Stimmen abgelehnt.

Doch die Ereignisse gaben der Mehrheit Unrecht. Am 2. Juni erfolgte das zweite ruchlose Attentat Karl Nobiling's auf den ehrwürdigen Kaiser. Es war mit teuflischer Kaltblütigkeit vorbereitet und ausgeführt, so daß das erlauchte Opfer des Schandbuben schwer verwundet niedergestreckt wurde.

Am 4. Juni mußte der schwer leidende Kaiser seine Regierungsgewalt dem Kronprinzen als Stellvertreter übertragen. Am 12. Juni wurde der Reichstag aufgelöst.

Leider hinderte die Haltung der Regierung sowohl als die Haltung der Parteien ein inniges und einmüthiges Zusammengehen aller Nichtsozialisten des Deutschen Reiches gegen die Sozialdemokratie bei den auf den 30. Juli 1878 angesetzten Reichstagswahlen. Schon wenige Monate nach den Attentaten schien, wenn man die Wahlaufrufe, die Zeitungsstimmen, die Wahlgegnerschaften und Wahlbündnisse jener Tage sich vergegenwärtigt, der furchtbare Anlaß, welcher zur Auflösung des Reichstages und zu den Neuwahlen geführt hatte, fast vergessen zu sein. So geschah es denn, daß die Sozialdemokratie, statt durch den einmüthigen Unwillen der Nation von der Oeffentlichkeit des politischen Lebens hinweggefegt zu werden, wie bei den Wahlen von 1871, nur drei ihrer zwölf Reichstagssitze einbüßte, aber immerhin noch 9 Mandate behauptete und sich mit rund 415,000 Wahlstimmen brüsten konnte. Sehr wesentlich verloren hatten nur die liberalen Parteien. Ja, nicht einmal der Trost, daß die Umsturzpartei, gegenüber den Wahlen vom 10. Januar 1877, im Ganzen achtzigtausend Wahlstimmen eingebüßt habe,. hielt Stand Angesichts der Thatsache, daß sich fast überall in den großen Mittelpunkten der Industrie: in Berlin, Hamburg, im Königreich Sachsen eine reißende Zunahme (in Berlin fast eine Verdoppelung) der sozialistischen Stimmen herausstellte. Die von der Partei Erwählten hießen: Liebknecht, Bebel, Bracke, Fritzsche, Hasselmann, Reinders, Vahlteich, Kayser, Wiemer.

Die übergroße Mehrheit des neugewählten Reichstages, welcher im September zusammentrat, war freilich nach den erschütternden

Erfahrungen des Frühjahrs und den dreisten Herausforderungen aller gesetzlichen Gewalten Seiten der Sozialisten während der Wahlen, der Bewilligung eines Spezial- oder „Ausnahmegesetzes" gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie durchaus geneigt. Auch war der zweite Entwurf der Regierung bei weitem eingehender, sorgfältiger und klarer gefaßt und ausgearbeitet, als der erste. Nachdem die Begründung kurz das Scheitern des ersten Entwurfes berichtet hat, sagt sie (Drucksachen Nr. 4, S. 3—16):

„Bald darauf zeigte ein abermaliger Mordversuch gegen Seine Majestät den Kaiser von neuem, wie leicht eine, jedes sittliche und rechtliche Gebot verachtende Gesinnung bereits um sich gegriffen hat. Die verbündeten Regierungen sind dadurch in der Ansicht bestärkt worden, daß es zum Schutze von Staat und Gesellschaft unerläßlich sei, der verderblichen Agitation der Sozialdemokratie Einhalt zu thun, welche als die Hauptursache der zu Tage getretenen Verwirrung der Rechtsbegriffe und der Verwilderung der Gemüther angesehen werden muß. Die Regierungen sind nach wie vor der Meinung, daß es zu diesem Zwecke des Erlasses gesetzlicher Vorschriften bedürfe, welche direkt und ausschließlich gegen die sozialistische Bewegung gerichtet sind. Die Bestrebungen der Sozialdemokratie sind auf die praktische Verwirklichung der radikalen Theorien des modernen Sozialismus und Kommunismus gerichtet. Nach diesen Theorien ist die heutige Produktionsweise als unwirthschaftlich und als eine ungerechte Ausbeutung der Arbeiter durch das Kapital zu verwerfen. Die Arbeit soll von dem Kapital emancipirt, das Privatkapital in Kollektivkapital, die individuelle, durch Konkurrenz sich regelnde Produktion in eine genossenschaftliche planmäßige Produktion verwandelt werden. Das Individuum soll in der Gesellschaft aufgehen. Die sozialistische Bewegung unterscheidet sich scharf von den humanitären Bestrebungen für das Wohl der arbeitenden Klassen dadurch, daß sie davon ausgeht: eine Hebung der Lage derselben auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung sei unmöglich und nur durch die erwähnte Sozialrevolution erreichbar. Die Durchführung einer solchen Revolution soll, unter gleichzeitiger Umwandlung der bestehenden Staatsverfassungen, durch eine internationale Kooperation der arbeitenden Klassen aller Kulturstaaten erfolgen. Diesen revolutionären und internationalen Charakter hat die Bewegung insbesondere seit der im September 1864 zu London erfolgten Gründung der „internationalen Arbeiterassociation" (Internationale) erlangt."

Die Begründungsschrift legt nun dar, wie die deutsche Sozialdemokratie seit dem Vereinigungskongreß und Programm von Gotha (1875) auf denselben Boden angelangt sei, wie die Internationale, und fährt dann fort: „diese Partei erstreckt sich über ganz Deutschland. Daneben besteht eine große Anzahl von sozialistischen Vereinen und gewerbliche Fachvereine gleicher Richtung verzweigen sich über das ganze Bundesgebiet. Auf dem allgemeinen sozialistischen Kongreß, welcher im Herbst 1877 in Gent abgehalten wurde, und an welchem ein Delegirter der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands Theil nahm, fand „die großartige Organisation" der deutschen Sozialdemokratie ungetheilte Anerkennung. Auf diesem Kongresse wurde der internationale Bund durch Konstituirung einer allgemeinen Union der sozialistischen Partei

erneuert. In dem bezüglichen Manifeste (s. o. S. 75, 76) wird der gemeinsame Operationsplan dargelegt und besonders die Nothwendigkeit der politischen Aktion als eines mächtigen Mittels der „Aktion, der Propaganda, der Volkserziehung und der Gruppirung (Organisation)“ bezeichnet. Aus den (oben S. 76 ersichtlichen) Schlußworten des Manifestes zieht die Denkschrift der Regierung folgende Schlüsse: „Es handelt sich also um nichts weniger, als um den Bruch mit der gesammten bisherigen Rechtsentwickelung der Kulturstaaten, um eine radikale Umwälzung der bestehenden Besitz- und Eigenthumsverhältnisse von unten herauf. Die Organisation des „Proletariates“, die Zerstörung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung und die Herstellung der „sozialistischen Gesellschaft und des sozialistischen Staates“ durch das organisirte Proletariat, das sind die ausgesprochenen Endziele der Sozialdemokratie.“

„Diesen Zielen entspricht die in Wort und Schrift mit leidenschaftlicher Energie betriebene, wohlorganisirte sozialistische Agitation und Methode. Die Agitation sucht in den ärmeren und weniger gebildeten Schichten der Bevölkerung Unzufriedenheit mit ihrer Lage sowie die Ueberzeugung von der Hoffnungslosigkeit derselben unter der bestehenden Rechtsordnung zu verbreiten; sie, als die „Enterbten“, mit Neid und Haß gegen die übrigen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft aufzureizen. Die sittlichen und religiösen Ueberzeugungen, welche die Gesellschaft zusammenhalten, werden erschüttert, Ehrfurcht und Pietät verhöhnt, die Rechtsbegriffe der Klassen werden verwirrt, die Achtung vor dem Gesetze wird zerstört. Die gehässigsten Angriffe und Schmähungen gegen das Deutsche Reich und seine Institutionen, gegen das Königthum und das Heer, dessen ruhmreiche Geschichte verunglimpft wird, geben der sozialistischen Agitation in Deutschland ein spezifisch antinationales Gepräge; sie entfremdet die Gemüther der heimischen Sitte und dem Vaterlande. Die Darstellungen, welche in Wort und Schrift von den früheren revolutionären Ereignissen gegeben werden, die Verherrlichung bekannter Revolutionsmänner, sowie die Thaten der Pariser Kommune sind geeignet, revolutionäre Gelüste und Leidenschaften zu erregen und die Massen zu Gewaltthaten geneigt zu machen.“

„Die Belege für diese Art der Agitation liefern in großem Umfange die sozialdemokratische Presse und die Reden der Führer und Agitatoren. Die Agitation hat im Laufe der letzten Jahre, wie das Hauptorgan der deutschen Sozialdemokratie, der „Vorwärts“ (Agitationsnummer 65 von 1878) triumphirend hervorhebt, eine „riesige“ Ausdehnung gewonnen. Sie ist in Kreise gedrungen, welche ihr früher unzugänglich waren. Die Zahl der sozialistischen Zeitschriften und ihrer Abonnenten, die massenhafte Verbreitung sozialdemokratischer Druckschriften aller Gattungen (Flugblätter, Broschüren, Lieder- und Bilderbücher, Kalender), sowie die Zahl der geschulten sozialistischen Agitatoren und Wanderredner sind in stetigem Zunehmen begriffen. Die Erfolge der Agitation sind in einer starken Vermehrung der Stimmen hervorgetreten, welche der Sozialdemokratie bei politischen und kommunalen Wahlen zugefallen sind, und dementsprechend ist die Zuversicht ihrer Anhänger gewachsen. Die fortgesetzte Beunruhigung und Störung des öffentlichen Friedens, welche durch die sozialistische Agitation hervorgerufen wird, schädigt empfindlich das Gemeinwohl und hindert eine

gedeihliche und normale Entwickelung auf wirthschaftlichem und politischem Gebiete.

Es ist daher ein Gebot für Staat und Gesellschaft, der sozialdemokratischen Bewegung mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Zunächst aber ist der Staat berufen, die durch die Sozialdemokratie bedrohte Rechtsordnung zu schützen und der sozialistischen Agitation Schranken zu setzen."

Das sind die auch heute noch sehr lesenswerthen Hauptstellen der Denkschrift der Bundesregierungen, mit welcher der zweite Entwurf des Sozialistengesetzes beim Reichstag eingeführt wurde.

In den Verhandlungen des Reichstags über den Entwurf kam noch manches treffende Wort zu Tage, vom Tische des Bundesrathes, wie aus der Mitte des Hauses. So sagte der Staatsminister Graf Stollberg-Wernigerode Namens des Bundesrathes (Sten. Ber. S. 30):

„Das Gesetz bezweckt, daß diese Agitation nicht unter irgend einem Schein von Gesetzlichkeit künftig betrieben werden kann, zugleich im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, die jetzt vor Allem den Verführungen der sozialistischen Bewegung ausgesetzt ist. Gewähren Sie scharfe und wirksame Waffen; mit halben Maßregeln wird mehr geschadet als genützt!"

In seiner unvergleichlich anschaulichen und treffenden Weise zeichnete namentlich Fürst Bismarck die Kunst und Wirkung der sozialdemokratischen Verhetzung und den Zustand der Nothwehr des Staates und der Gesellschaft gegenüber diesem Frevel. Er sagte (Sten. Ber. S. 126—128):

„Daß die Herren nun mit dunkeln Versprechungen, denen sie nie eine ausgeprägte Form geben, Anklang gefunden haben, ja, das ist bei dem, der überhaupt nicht mit seiner Lage zufrieden ist, namentlich wenn er seine Unzufriedenheit mit der germanischen Energie empfindet und geltend macht, nicht so außerordentlich schwer. Wenn sie den Leuten, die zwar lesen können, aber das Gelesene nicht beurtheilen, und die Fähigkeit des Lesens ist bei uns viel verbreiteter als in Frankreich und England, die Fähigkeit des praktischen Urtheils über das Gelesene dagegen vielleicht minder verbreitet, als in beiden Ländern — wenn sie den Leuten glänzende Versprechungen machen, dabei in Hohn und Spott, in Bild und Wort, Alles was ihnen bisher heilig gewesen ist, als einen Zopf, eine Lüge darstellen; Alles das, was unsere Väter und uns unter dem Motto; „Für Gott, König und Vaterland!" begeistert und geführt hat, als eine hohle Redensart, als einen Schwindel darstellen, ihnen den Glauben an Gott, den Glauben an unser Königthum, die Anhänglichkeit an das Vaterland, den Glauben an die Familienverhältnisse, an den Besitz, an die Vererbung dessen was sie erwerben für ihre Kinder, ihnen Alles das nehmen, so ist es doch nicht allzuschwer, einen Menschen von geringem Bildungsgrad dahin zu führen, daß er schließlich mit Faust spricht:

„Fluch sei der Hoffnung, Fluch dem Glauben,
Und Fluch vor allem der Geduld!"

Ein so geistig verarmter und nackt ausgezogener Mensch, was bleibt dann dem übrig, als eine wilde Jagd nach sinnlichen Genüssen, die allein noch mit diesem Leben versöhnen können (Sehr wahr!). Wenn ich zu dem Unglauben gekommen wäre, der diesen Leuten beigebracht ist — ja, m. H., ich lebe in einer reichen Thätigkeit, in einer wohlhabenden Stellung, aber das Alles könnte mich doch nicht zu dem Wunsche veranlassen, einen Tag länger zu leben, wenn ich das, was der Dichter nennt:

„An Gott und bessre Zukunft glauben",

nicht hätte (Lebhafter Beifall)! Rauben Sie das dem Armen, dem Sie gar keine Entschädigung gewähren können, so bereiten Sie ihn eben zu dem Lebensüberdrusse vor, der sich in Thaten äußert, wie die, die wir erlebt haben . . . . Der Deutsche hat an und für sich eine starke Neigung zur Unzufriedenheit. Ich weiß nicht, wer von uns einen zufriedenen Landsmann kennt (Heiterkeit) . . . . Heutzutage ist die Stellung eines sozialistischen Agitators ein ausgebildeter Gewerbszweig, wie jeder andere. Man wird Agitator, Volksredner, wie man früher Schmidt oder Zimmermann wurde. Man ergreift dieses Gewerbe und steht sich dabei unter Umständen viel besser, als wenn man bei dem ursprünglichen geblieben wäre, hat ein angenehmes und freies, vielleicht auch angesehenes Leben in gewissen Kreisen. Aber das hindert nicht, daß wir uns gegen die Herren, welche diese Gewerbthätigkeit ergriffen haben, im Stande der Notwehr befinden, und je zeitiger wir diese Nothwehr eintreten lassen, mit desto weniger Schaden für die Freiheit der Uebrigen und für die Sicherheit und den inneren Frieden Aller, werden wir, glaube ich, damit zu Ende kommen."

Aus dem Reichstag selbst ist besonders bemerkenswerth eine Stelle der Rede des damals noch ziemlich jugendlichen badischen Abgeordneten, heutigen Staatssekretärs des Reichskanzleramtes, Freiherrn von Marschall, da diese Rede namentlich das unzweifelhafte Recht unseres nationalen Staates bewies, die Freiheiten und Rechte dieses Staates einem vaterlandslosen Gesindel zu versagen. Der Redner sagte (Sten. Ber. S. 113 flg.):

„Auf dem Boden des gemeinen Strafrechts werden wir das nicht treffen können, was wir treffen müssen im Interesse der Erhaltung des Staates, nämlich die Gesammtheit des moralischen, des geistigen Vergiftungsprozesses, dessen erschreckende Folgen wir vor uns sehen. Gerade im Gegensatz zu den Parteien anderer Länder, welche die offene Gewalt gegen den Staat unmittelbar in den Kreis ihrer Erwägungen ziehen, ist die Thätigkeit der deutschen Sozialdemokratie — und sie rühmt sich dessen, und wird deshalb gerühmt — vorzugsweise eine untergrabende, sie will den Boden lockern, auf welchem die Grundlagen des Staates aufgebaut sind. . . . Man wird verlangen müssen, daß mindestens irgend ein Band zwischen der Sozialdemokratie und dem Staate noch besteht, daß diese Partei nicht den Staat schon in seiner elementaren, in seiner räumlichen Gestaltung, wie sie in den Worten „Heimat", „Vaterland", ausgedrückt ist, einfach verneint. Daß man eine Partei nicht mit den Garantien der freien Meinungsäußerung schützen kann, welche ganz offen erklärt: „Wir wollen den Staat zerstören,

wir wollen an Stelle der bestehenden Gesellschaftsordnung das internationale Proletariat setzen", das liegt auf der Hand."

Die Kommission des Reichstags, welche das Sozialistengesetz ebenso eingehend berieth, wie der Reichstag selbst, verbesserte den Entwurf des Bundesraths, wie dieser durch seine Zustimmung bekundete, noch wesentlich.

Namentlich setzte die Kommission an die Stelle der vieldeutigen Worte des Hauptparagraphen 1 des Entwurfs: „Vereine, welche sozialdemokratischen, sozialistischen oder kommunistischen, auf Untergrabung der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen dienen, sind zu verbieten", die viel zweifellosere Fassung (Drucksachen 1878, Nr. 47, S. 132 flg.): „Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten." Und an die Stelle des zweiten Satzes des § 1 des Entwurfs: „Den Vereinen stehen gleich Verbindungen jeder Art, insbesondere genossenschaftliche Kassen", setzte die Kommission des Reichstags die Worte: „Dasselbe gilt von Vereinen, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen, in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten. Den Vereinen stehen gleich Verbindungen jeder Art." Weiter traf die Kommission in den §§ 2, 3, 4, 5 des endgültig angenommenen Gesetzes sehr eingehende und weise Bestimmungen betreffs der sozialistischen Kassen, welche der Entwurf in § 1 nur ganz flüchtig berührt hatte. Die Kommission hatte in dem Abgeordneten und sächsischen Generalstaatsanwalt Dr. von Schwarze den ausgezeichnetsten Kenner und geübtesten Redakteur der schwierigen gesetzgeberischen Aufgabe gewählt, einen Mann, dessen Klarheit, milde Gerechtigkeit und Loyalität gerade von den Sozialisten in den Reichstagsverhandlungen der folgenden Jahre immer wieder gerühmt und gegen die angeblichen Härten und Willkühren der Auslegung und Handhabung dieses Gesetzes in's Feld geführt wurde.

Die sozialistische Reichstagsfraktion ihrerseits hatte diesmal das windvolle Hauptsegel ihrer „Würde", unter welchem sie an der Diskussion des ersten Entwurfes stolz vorbeigesegelt war, ganz eingezogen. Sie warf mit anderem Ballaste auch die beiden Kaisermörder, welche sie beschwerten, ohne Weiteres über Bord, um die Klippen dieses neuen Gesetzes zu umschiffen, sie gab bald Nothsignale, indem sie den Niedergang der schönen deutschen Freiheit beklagte, bald lachte sie frech und höhnisch der heranbrausenden Sturmfluth entgegen, indem sie behauptete, die Partei werde dabei nur um so besser fahren. Schließlich aber, ls zweifellos wurde, daß ihre elende Nußschale sich nicht halten könne, in der Brandung, in welche die Thorheit und Verblendung ihres Steuermannes sie hineingetrieben, da trank sich die ganze Mannschaft einen Zornrausch an, und fluchte und drohte um die Wette — das Nähere findet der

Leser unter ihrer „Vaterlandsliebe.“ Herr Bracke glaubte, das unliebsame Pfeifen des herannahenden vergeltenden Sturmwindes zu überbieten, indem er (Sten. Ber. S. 201, 1 Sp.) frech rief: „Ich will Ihnen sagen, wir pfeifen etwas auf das ganze Gesetz.“

Die Hauptbestimmungen der endgültigen Fassung des Gesetzes betreffs von Vereinen (der §§ 1 bis 5) sind oben (bei Erwähnung der Kommissionsarbeit, S. 85) schon mitgetheilt.

Die Kassenvereine wurden unter eine staatliche Kontrole gestellt (§§ 3, 4, 5). Zuständig für das Verbot (§§ 1, 5) und die Anordnung der Kontrole (§§ 3, 4, 5) war nach § 6 die Landespolizeibehörde (statt des Bundesrathes und Reichstages im ersten Entwurf), für das Verbot ausländischer Vereine der Reichskanzler. Das Verbot war für das ganze Bundesgebiet und für alle Zweigvereine wirksam, und wurde öffentlich durch den Reichsanzeiger und das Orts- oder Bezirks-Amtsblatt bekannt gemacht. Die Kassen und alle den Zwecken des verbotenen Vereins dienenden Gegenstände wurden mit Beschlag belegt, zugleich ein von der Verwaltungsbehörde durchzuführendes Liquidationsverfahren vorgeschrieben (§ 7). Der § 8 regelte die Formvorschriften des Verbotes selbst und das Beschwerdeverfahren gegen erfolgte Verbote von Vereinen und Kassen. § 26 setzte die Beschwerdekommission ein. Sie bestand aus vier Mitgliedern des Bundesrathes und fünf von diesen gewählten Mitgliedern der höchsten Gerichte des Reiches oder der Bundesstaaten. Der Kaiser ernannte den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter aus der Zahl der Kommissionsmitglieder. Der § 27 regelte das Verfahren vor dieser Kommission. Die §§ 9 und 10 enthielten die Anordnungen betreffs der Auflösung bezw. des Verbotes von Versammlungen, Festlichkeiten und Umzügen, welche den in § 1 genannten Zwecken dienten. Zuständig hierfür war die Ortspolizeibehörde. Die §§ 11 bis 14 regelten das Verfahren des Verbotes und der Beschlagnahme der in den Rahmen des Gesetzes fallenden Druckschriften, die Zuständigkeit der Landespolizeibehörden hierzu, die Form der Bekanntmachung erlassener Verbote an die Betheiligten und in öffentlichen Blättern (außer dem Reichsanzeiger) und das Beschwerdeverfahren vor der bereits erwähnten Reichsbeschwerdekommission. § 15 verstattete die Präventivbeschlagnahme unter das Gesetz fallender Druckschriften, ihrer Formen und Platten und bestimmte die kurzen Fristen für die Aufhebung oder Bestätigung der Beschlagnahme durch die Landespolizeibehörde. Der § 16 verbot das Einsammeln von Beiträgen für die in § 1 genannten Bestrebungen. Auch dieses polizeiliche Verbot war öffentlich bekannt zu machen. Beschwerde fand nur an die Aufsichtsbehörde statt.

Die §§ 17 bis 25 enthielten die Strafbestimmungen für Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz. Die Strafen bestanden, je nach der Schwere der vorsätzlichen Zuwiderhandlung, in Geld- oder Gefängißstrafen bis zu einem Jahre. Fahrlässigkeitsvergehen wurden nur mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft geahndet (§ 21). Gegen gewerbsmäßige Agitatoren konnte im Falle ihrer Verurtheilung auf Einschränkung ihres Aufenthaltes erkannt werden. Der Bannbruch wurde mit Gefängniß von einem Monat bis zu einem Jahre bestraft (§ 22). Gegen die als gewerbsmäßige Agitatoren bestraften bezw. einbezirkten Gastwirthe, Schankwirthe, Buchdrucker, Buchhändler, Leihbibliothekare und Lesezirkelinhaber konnte neben der Frei-

heitsstrafe auf Untersagung ihres Gewerbebetriebes erkannt werden (§ 23). Auch konnte gewerbsmäßigen Agitatoren oder rechtskräftig auf Grund dieses Gesetzes bestraften Personen die Befugniß zur öffentlichen Verbreitung sowie zur Kolportage von Druckschriften entzogen werden (§ 24). Die Beschwerde fand in den Fällen der §§ 22—24 nur an die Aufsichtsbehörde der Polizei statt.

Der § 28 endlich enthielt die Bestimmungen des sogenannten „kleinen Belagerungszustandes“ in den Worten: „Für Bezirke oder Ortschaften, welche durch die in § 1, Abs. 2 bezeichneten Bestrebungen mit Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedroht sind, können von den Zentralbehörden der Bundesstaaten die folgenden Anordnungen, soweit sie nicht bereits landesgesetzlich zulässig sind, mit Genehmigung des Bundesrathes für die Dauer von längstens Einem Jahre getroffen werden: 1., daß Versammlungen nur mit vorgängiger Genehmigung der Polizeibehörde stattfinden dürfen; auf Versammlungen zum Zwecke einer ausgeschriebenen Wahl zum Reichstage oder zur Landesvertretung erstreckt sich diese Beschränkung nicht; 2., daß die Verbreitung von Druckschriften auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen, oder an anderen öffentlichen Orten nicht stattfinden darf; 3., daß Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu besorgen ist, der Aufenthalt in den Bezirken oder Ortschaften versagt werden kann; 4., daß der Besitz, das Tragen, die Einführung oder der Verkauf von Waffen verboten, beschränkt oder an bestimmte Voraussetzungen geknüpft wird. — Ueber jede auf Grund der vorstehenden Bestimmungen getroffene Anordnung muß dem Reichstage sofort, bezw. bei seinem nächsten Zusammentreten Rechenschaft gegeben werden. — Die getroffenen Anordnungen sind durch den Reichsanzeiger und auf die für landespolizeiliche Verfügungen vorgeschriebenen Weise bekannt zu machen.“ Folgen die Strafbestimmungen gegen Uebertretungen (Geldstrafe bis 1000 Mark, Haft, oder Gefängniß bis zu 6 Monaten).

§ 30 bestimmte endlich, daß das Gesetz mit dem Tage der Verkündigung in Kraft treten und bis zum 31. März 1881 gelten sollte.

Am 19. Oktober wurde dieses Gesetz mit 221 gegen 149 Stimmen vom Reichstag angenommen. Am 21. Oktober schon wurde es im Reichsanzeiger verkündet.

Die deutsche Sozialdemokratie hatte den natürlichen Lohn für ihre vaterlandslosen, alle staatliche und gesellschaftliche Ordnung umstürzenden Bestrebungen gefunden: der Partei als solcher waren wichtige Freiheiten und Rechte entzogen, welche das Deutsche Reich friedlichen, vaterländisch und gesetzlich gesinnten Staatsbürgern unbedenklich gewähren kann.

---

7. Die deutsche Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz.

Von 1878 bis zum Wydener Kongreß (August 1880).

Darüber vermag kein noch so ruhmrediges Wort und keine noch so dreiste Lüge der sozialistischen Führer aus späteren Tagen zu täuschen, daß die Wirkung des Sozialistengesetzes auf die von demselben betroffene Partei in den ersten Jahren seiner Geltung eine geradezu vernichtende war.

Denn schon im ersten Monate der Wirksamkeit des „Ausnahmegesetzes" wurden 270 Verbote veröffentlicht, durch welche betroffen wurden 135 Vereine, 35 Zeitungen, darunter der „Vorwärts" und die „Zukunft", und 100 nicht periodische Druckschriften. Unter den verbotenen Vereinen befanden sich 21 Gewerkschaften, darunter 15, welche über ganz Deutschland verbreitet waren und Tausende von Mitgliedern zählten: die Verbände der Tabakarbeiter, Schmiede, Zimmerer, Sattler, Tischler, Metallarbeiter, Stellmacher, Glaser, Töpfer, Schneider, Schuhmacher, Maler, Holzarbeiter, Seiler, Gold- und Silberarbeiter. Schon am 19. Oktober 1878, am Tage der entscheidenden Abstimmung im Reichstag, drei Tage vor dem Inkrafttreten des Gesetzes, hatte sich das Centralkomitee in Hamburg aufgelöst, und damit war der letzte äußerlich erkennbare Anhalt der einheitlichen Organisation der Partei verschwunden. Diese vom Schauplatz abgetretene oberste Behörde der Partei erklärte im „Vorwärts", „daß die Parteikasse völlig geleert sei" — um deren Beschlagnahme durch die Behörden zu hindern — „eine Einzelaufzählung der Ausgaben müsse mit Rücksicht auf das Sozialistengesetz unterbleiben, nur eine Gesammtabrechnung könne gegeben werden." Diese umfaßte die Zeit vom 1. Februar bis 1. Oktober 1878 und schloß in Einnahme und Ausgabe mit rund 70,000 Mark ab; darunter befand sich der bereits erwähnte Wahlfonds von etwa 30,000 Mark.

Eine amtliche Zusammenstellung der Reichsregierung vom Juni 1880 beziffert die bis dahin von Verboten betroffenen sozialdemokratischen Vereine bereits auf 217, die periodischen Druckschriften (Zeitungen) auf 147, die nichtperiodischen (Bücher, Broschüren, Flugschriften u. s. w.) auf 278. Für Berlin und Umgegend war außerdem am 28. November 1878 gemäß § 28 des Sozialistengesetzes der „kleine Belagerungszustand" auf Antrag der preußischen Regierung, mit Zustimmung des Bundesrathes verkündet worden. Neben Preußen (mit 304 Verboten gegen 66 Vereine, 98 Zeitungen, 138 Druckschriften, 1 Kasse) hatte namentlich das Königreich Sachsen

den auf seinem Gebiete bestehenden Hauptheerd der Umsturzpartei gründlich zerstört durch 156 Verbote (gegen 61 Vereine, 23 Zeitungen, 70 Druckschriften, 2 Kassen). Am ersten Jahrestage der Inkrafttretung des Gesetzes, am 21. Oktober 1879, hatte sich die im Deutschen Reiche erlassene Zahl der Verbote auf 244 Vereine, 307 Druckschriften, 184 Zeitungen und Zeitschriften erstreckt.

Rechnet man dazu, daß 40 der größten Vereine der Partei, um ihre Kassen und ihr Inventar zu beseitigen, sich bereits vor Erlaß des Gesetzes freiwillig aufgelöst hatten, so vermag sich Jeder unschwer ein Bild der verheerenden Wirkung zu machen, welche schon die einjährige Gültigkeit des Sozialistengesetzes über die Vereine, die Hetzschriften, die Kassen, die Vereinigung und Agitation der Partei heraufbeschworen hatte. Eine umfassende amtliche Zusammenstellung der bis zum März 1888 erlassenen Verbote*) ergibt die Zahl von über 1800 Verboten, durch welche etwa 1500 Zeitungen und Druckschriften und etwa 300 Vereine betroffen wurden. Die Zahl der Ausweisungen einzelner Personen auf Grund des Anfangs nur für Berlin und Umgegend, später bekanntlich auch für Hamburg und Umgegend sowie für Leipzig und Umgegend verkündeten kleinen Belagerungszustandes (sowie auf Grund der übrigen gesetzlichen Bestimmungen), enthalten die zahlreichen amtlichen Denkschriften der Regierungen an den Reichstag von 1879 bis 1889, von welchen später die Rede sein wird.

Am härtesten aber lastete dieses Gesetz auf den gewerbs- und berufsmäßigen Hetzern und Unruhestiftern, welche bis zum 21. Oktober 1878 das Geschäft der Volksaufwiegelung auf Kosten der armen verführten Arbeiter betrieben hatten; und darin, daß diese Herren recht kräftig getroffen und recht gründlich an ihrem sauberen Hand- oder Maulwerk gehindert wurden, zeigte sich die tiefste und segensreichste Wirkung des Gesetzes. Die bereits erwähnte Denkschrift der Reichsregierung vom Juni 1879 sagt hierüber treffend:

„Was das genannte Gesetz sollte, ist oft genug mit unmißverständlicher Deutlichkeit ausgesprochen worden: es sollte durch dasselbe der Propaganda ein Ende gemacht werden, wie solche in einer den Staatsgedanken geradezu verhöhnenden Weise eine Reihe von Jahren hindurch betrieben worden war, und wie sie das Ergebniß haben sollte und mußte, immer weitere Kreise nicht allein mit sozialdemokratischen Ideen zu erfüllen, sondern zugleich in ihnen jede Achtung vor Gesetz, Obrigkeit und staatlicher Rechtsordnung mit Stumpf und Stiel auszurotten. Dieses Resultat ist erreicht worden: die sozialdemokratische Propaganda ist heute beschränkt auf diejenige von Mensch zu Mensch, welche sich schlechterdings nicht hindern, noch verbieten läßt."

---

*) von Otto Atzrodt, königlichem Polizeisekretär in Berlin, im amtlichen Auftrag bearbeitet (Carl Heymann 1886, Nachtrag 1888).

Noch anschaulicher im Einzelnen schildern die Einwirkung des Gesetzes auf die berufsmäßigen Agitatoren und die Parteiführer einige lesenswerthe Schriften, welche sich mit der Darstellung der geheimen Vorgänge innerhalb der deutschen Sozialdemokratie in dieser Zeit und in den folgenden Jahren, auf Grund amtlicher und sonst verläßlicher Quellen beschäftigen.*) So sagt Krieter:

„Auf jeden Fall gab es eine große Zahl Agitatoren, die es zugleich verstanden, ihre Privatinteressen sehr wohl wahrzunehmen. Für diese Personen war die Größe der Partei, die Zahl der steuernden Vereinsmitglieder und Zeitungsabonnenten maßgebend für die Höhe ihrer Einkommen. Naturgemäß richtete sich die Schärfe des Ausnahmegesetzes zunächst gegen diese Leute. Die Bedrohung ihrer Privat-Existenz veranlaßte eine Anzahl dieser Herren zum sofortigen Wechsel ihrer Gesinnungen, indem sie aus rabiaten Sozialdemokraten sehr schnell wieder Anhänger der bürgerlichen Gesellschaftsordnung wurden. Ein anderer Theil verließ Deutschland, um entweder in freiwilliger Verbannung seine sozialistischen Gelüste bald zu vergessen, oder aber von England oder Amerika aus die „Befreiung ihrer deutschen Brüder" nach anarchistischem Muster zu betreiben." (S. 8.)

Und der „eingeweihte" Verfasser der „Hintermänner der Sozialdemokratie" [d. h. der Anarchisten, deren innerste Beziehungen im In- und Auslande er enthüllt**)], schreibt S. 18:

„Der erste Eindruck, welchen das Gesetz auf die Partei machte, war ein beinahe vernichtender. Die Führer verloren für den Augenblick völlig die Fassung . . . Ihr damaliges Benehmen machte auf die Parteigenossen einen überaus ungünstigen Eindruck. Die sozialdemokratischen Arbeiter, welche gewohnt waren, in jeder schwierigen Parteilage auf die Führer zu blicken, zu welchen sie ein fast unerschütterliches Vertrauen besaßen, machten nun mit einem Male die Wahrnehmung, daß diese fast abgöttisch verehrten Leute nichts waren, als gewöhnliche Sterbliche, welche sich noch dazu in einem Augenblicke, wo es galt, Muth und Entschlossenheit zu zeigen, recht unentschlossen und recht furchtsam benahmen. Die Achtung vor der Autorität des Führerthums gerieth in's Wanken, und dadurch wurden dem Anarchismus, der Verneinung der Autorität, die Wege geebnet."

---

*) „Die geheime Organisation der sozialdemokratischen Partei, nach autoritativen Quellen dargestellt" von W. Krieter, königl. Polizeiinspektor in Magdeburg (Albert Rathe) 1887 (ohne Jahresdatum). — „Sozialismus und Anarchismus in Europa und Nordamerika 1883 bis 1886. Nach amtlichen Quellen", Berlin (Richard Wilhelmi) 1887. — „Die Hintermänner der Sozialdemokratie. Von einem Eingeweihten." Berlin (Conitzer) 1890.

**) Ohne freilich über das amtliche Material zur Enthüllung jener Geheimnisse gleich gut unterrichtet zu sein. Sonst müßte er z. B. wissen, daß der von ihm gelobte, im Oktober 1881 von dem Deutschen Reichsgericht zu zwei Jahren Zuchthaus verurtheilte Belgier Davé geheimer Spion der französischen Regierung unter den Arbeiterkreisen Londons war.

Daß diese Schilderungen durchaus den Thatsachen entsprechen, ergiebt sich aber auch aus später in verschiedenen Gerichtsverhandlungen und in den Denkschriften der Reichsregierung festgestellten Begebenheiten. Den Hauptleitern der Partei glückte, unter den ersten wuchtigen Schlägen des Sozialistengesetzes, Ende 1878 nur ein erfolgreicher Schritt. In Leipzig gründete Bebel — wie er später (1886) in den Verhandlungen des Freiberger Sozialisten-Geheimbund-Prozesses selbst einräumte — sofort nach Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Berlin, mit mehreren Parteigenossen ein Komitee zur Unterstützung der Ausgewiesenen — es war das erste Glied in der Kette der neuen, geheimen, ungesetzlichen Parteiorganisation.

Ein zweiter vermeintlicher Erfolg der meistgenannten Parteiführer war für sie noch viel zweischneidiger wie dieser erste. Am 16. Dezember 1878 nämlich war Johann Most aus dem Gefängniß in Plötzensee entlassen worden, und wurde nun von den übrigen „Führern" aus Deutschland förmlich hinausgedrängt, weil dieselben von seinem leidenschaftlichen Ungestüm, seinem Mangel an Besonnenheit und Selbstbeherrschung und seiner gänzlichen Unfähigkeit, sich irgend welcher Autorität und Zucht, auch innerhalb der eigenen Partei unterzuordnen, unangenehme Folgen fürchtete.

Diese halb zwangsweise Beförderung Most's in's Ausland erwies sich aber bald als ein schwerer Fehler. Most kannte den Anarchismus kaum dem Namen nach, als er um die Jahreswende 1878/1879 nach London ging. Auch stellte sich das Blatt „Die Freiheit", welches er dort mit Hülfe des kommunistischen Arbeitervereines herausgab, Anfangs noch ganz auf den Standpunkt des Gothaer Programmes von 1875. Aber selbstverständlich schlug der blutige Buchbinder a. D., unter dem Schutze der englischen Preßfreiheit, ganz andere Töne an, als er gethan haben würde, wenn er in Deutschland geblieben wäre und hier seiner durch das „Ausnahmegesetz" minder frei beschwingten Seele hätte Ausdruck geben müssen. Der sehr beschränkte, aber in seiner Beschränktheit als anarchistischer Fanatiker um so fürchterlichere, holsteinische Tischlergeselle Johann Neve in London*) verstand es, Most immer tiefer in die anarchistische Anschauung hineinzuziehen, und als im Oktober 1879 nicht die „Freiheit", wie Most gehofft hatte, sondern der Züricher „Sozialdemokrat" zum amtlichen Parteiorgan der deutschen Sozialdemokratie erklärt wurde, da ward Most in Schrift und That mehr und mehr jener scheußliche anarchistische Mordbube und Dynamitstrolch, als welcher er eine Reihe von ihm gedungener und ihm gleichwerthiger Mordgesellen an den Galgen und auf das Schaffot lieferte, während er

*) vom Reichsgericht 1887 zu funfzehn Jahren Zuchthaus verurtheilt.

sich selbst durch seine Anstiftungen zum Mord in England und Amerika leider nur einige Jahre Zuchthaus verschaffte.

Vorläufig hatte sich Herr Most, welchen Herr Bebel noch 1878 von der Reichstagstribüne herab „seinen Freund Most" genannt hatte, jedoch noch nicht so weit entwickelt — diese Entwickelung war übrigens eine ganz naturgemäße und folgerichtige von Most's Ausgangspunkt, dem Gothaer Programm unserer Rothen. Vorläufig, bei Beginn der Reichstagssitzung im Februar 1879, war Most den in Deutschland zurückgebliebenen „Führern" seiner Partei nur recht unbequem durch seine „Freiheit" und die darin fortwährend hervortretenden Freiheitsflegeleien und Offenbarungen der letzten gewaltsamen Umsturzpläne der Partei, in einem Augenblicke, in welchem namentlich die Herren Bebel und Liebknecht das Bedürfniß empfanden, ihre schmerzlichen Klagen über die unerträgliche Härte des Ausnahmegesetzes durch eine scheinbare Unterwerfungserklärung unter das Gesetz für die große Mehrheit des Reichstags wirkungsvoller und sympathischer zu machen. In dieser seither nie wiedergekehrten Stimmung der Herren offenbart sich am allerdeutlichsten die seither von ihnen so oft und so dreist bestrittene tiefgehende Wirkung des Sozialistengesetzes auch auf sie selbst. Denn Herr Bebel bekannte am 5. März 1879 im Reichstag (Sten. Ber. S. 292 Sp. 2): „Daß infolge des Sozialistengesetzes die Sozialdemokratie von der Oberfläche des politischen Lebens so gut wie verschwunden ist." Und selbst Herr Liebknecht schien gegen früher völlig verwandelt, als er am 17. März im Reichstag das hohe Haus anbiederte mit den Worten (Sten. Ber. S. 440 flg.):

Die Sozialdemokratie habe dem Ausnahmegesetze keineswegs Hohn entgegengesetzt. Die Worte Bracke's: „Wir pfeifen auf das Gesetz!" hätten nur „eine historische Thatsache, eine geschichtliche Wahrheit ausgedrückt (!), daß nämlich eine Partei nie durch Gesetze oder gewaltsame Unterdrückung beseitigt werden kann (?!). Wir und unsere Presse haben einmüthig erklärt: wir werden uns diesem Gesetz unterwerfen, weil unsere Partei ja eine Reformpartei im strengsten Sinne des Wortes ist, und nicht eine Partei, die gewaltsame Revolution machen will, was überhaupt ein Unsinn ist." Er leugnet daher (S. 441) „auf das Entschiedenste, daß unsere Bestrebungen auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtet sind. Der Regierungsbericht sagt: „an die Stelle der offenen Agitation trat die geheime Propaganda". Ja, meine Herren, was heißt „geheime Propaganda?" Geistesverwandte werden stets mit einander verkehren. Alle Beweise für das Vorhandensein geheimer Gesellschaften aber ist man uns schuldig geblieben!*) Daran ist kein wahres Wort (!). Man ist eben auf

---

*) Im Freiberger Geheimbunds-Sozialistenprozeß (1886) wurde dies mit vollem Recht den Führern schon aus ihrer 1878er Thätigkeit nachgewiesen.

den Privatverkehr angewiesen" (aber zu ungesetzlichen Zwecken). „Wir haben es auch gar nicht nöthig, „die Unzufriedenheit mit den politischen und wirthschaftlichen Zuständen zu erregen." Das wird von Anderen besorgt. Auch den Krieg Aller gegen Alle besorgen Andere." S. 442 erklärt er sich für die „Freiheit" von Most in London, für die „Laterne" von Karl Hirsch*) in Brüssel und für die „Tagwacht" in Zürich in keiner Weise verantwortlich, Most's Sprache aber für eine Folge des Sozialistengesetzes (!). „Hätte man unser Volk (!) durch dieses Gesetz nicht von dem Wege der organischen Reform abgedrängt (!), so würde die Sprache der sozialistischen Organe, je mehr die Partei zu praktischem Wirken, zu praktischer Agitation genöthigt gewesen wäre, entsprechend gemäßigter geworden sein, wie es bereits thatsächlich der Fall gewesen ist (!!)." (Der Leser vergleiche mit dieser unglaublich dreisten Behauptung die oben in Kap. 5 und 6 und unten im Abschnitt „Vaterlandsliebe", „Revolution" und „Religion" mitgetheilten Belege aus der sozialdemokratischen Presse vor dem Sozialistengesetz.) „Wer aber Wind sät, wird Sturm ernten. (S. 443). Durchaus nicht „zum Zwecke der Agitation und Aufreizung ist gesammelt worden, nur für Nothleidende" (für ausgewiesene und gesetzlich beseitigte Agitatoren!), „aus reiner Humanität." S. 445 folgen dann ein paar echt Liebknecht'sche Phrasen, welche, wie die paar Gedanken, über welche Herr Liebknecht überhaupt verfügt, in allen folgenden Sessionen des Reichstags, unzähligemale wiederkehren. „Die Sozialdemokratie ist das Produkt der kranken Gesellschaft. Sie ist die Reaktion des sozialen Körpers gegen die Krankheit, die in ihm steckt. Die Ursache dieser Krankheit sind die vielen Kriege." Aber zum Schlusse dieser, zwar nicht ganz giftfreien, aber doch, gegen früher, auf sehr gedämpften Liebknecht'schem Pianino vorgetragenen, Rede findet sich abermals (S. 448) die Versicherung: „Wir werden festhalten an dem Gesetz, weil wir wissen, daß die Gesetzlichkeit, die Ruhe, das herrschende System tödtet (!). Wir werden gesetzlich vorgehen, weil wir wissen: auf dem Boden des Gesetzes werden wir siegen!"

Diese gedämpfte Spielart des Herrn Liebknecht war nicht ausschließlich eine vorübergehende erheuchelte Unterwerfung unter das Gesetz, sondern erzwungen durch mancherlei gebietende Eindrücke: durch die tiefe Herabstimmung und Zerrüttung der Partei unter der Wirkung des Gesetzes; durch die Unfertigkeit der geheimen (ungesetzlichen) neuen Organisation der Partei und die daraus folgende Unsicherheit, wie weit jene in Zukunft die Haltung der Führer und deren Lebensdasein werde stützen und tragen können und wollen; durch die noch nicht aufgegebene Hoffnung, die Partei und das Parteiorgan „auf dem Boden des Gesetzes einrichten", d. h. das

*) Karl Hirsch, einer der begabtesten sozialistischen Journalisten, war, nach Unterdrückung seines in Crimmitschau in Sachsen redigirten Blattes, nach Brüssel gezogen und hatte dort die namentlich im Wupperthale, aber auch sonst in Deutschland weitverbreitete „Laterne" in kleinen rothen Heften ausgegeben, nun schon das zweite Blatt, welches ohne Genehmigung der deutschen Parteileitung erschien

Gesetz straflos umgehen zu können; endlich durch die den Führern sehr peinliche Erscheinung, daß zwei verbreitete Parteiblätter ohne Genehmigung der Parteileitung in London und Brüssel herausgegeben wurden, welchen Hasselmann auf eigene Faust in Hamburg bald noch zwei andere hinzugesellte, die „Deutsche Zeitung" und das Unterhaltungsblatt „Glückauf". Zugleich aber hoffte die Parteileitung damals noch, diese selbstständigen Köpfe unter die eherne Zucht der Partei zu beugen, oder sich mit ihnen abzufinden. Das Alles wirkte zusammen zu der Dämpfung des Tons der Führer im Reichstag von 1879.

In der Frühjahrssitzung des Reichstags 1880 ist ihr Ton und ihre Haltung eine völlig andere. Jetzt zeigen sie, wie wir sogleich sehen werden, wieder ihr wahres Gesicht. Der Grund dieser Wandlung ist klar. Die geheime (ungesetzliche) Organisation der Partei ist inzwischen überall eingeleitet, wenn auch keineswegs vollendet, und sie hat sich bereits in allen Treffen, welche die Partei zu liefern hatte, erprobt. In Breslau und Erfurt, in Glauchau, Meerane und in Hamburg, sind bei Spezialwahlen zum Reichstag Sozialisten gewählt worden. Im Oktober 1879 ist in Zürich die künftige „Centralstelle" der Partei und, unter Leitung von Vollmars, das künftige amtliche Parteiorgan „der Sozialdemokrat" erstanden, vorbehältlich der Zustimmung des Parteikongresses. Most und Karl Hirsch sind von den Rockschößen der Partei abgeschüttelt und verleugnet; Most wird nächstens vom Parteikongreß geächtet werden, Hasselmann wird einstweilen noch schonend geduldet, bis er sich unterwirft, oder gleichfalls abgestreift wird. Einstweilen ist er noch Reichstagsabgeordneter, und erheischt schon deshalb, zur Vermeidung von öffentlich-skandalösem Zwiespalt in der Partei, eine gewisse Rücksicht. Unter diesen Anzeichen tritt die Partei in die Reichstagskämpfe des Jahres 1880, und ihre Leistungen und Reden hier geben deutliches Zeugniß von ihrem trotzig erstarkten gesetzverachtenden Selbstgefühl. Auch deshalb wird ihre Haltung hier eine völlig andere, weil die bis dahin vielleicht im Stillen gehegte Hoffnung der Parteiführer: die Regierung werde das Ausnahmegesetz über 1881 hinaus nicht verlängern, oder es von der Mehrheit des Reichstags nicht verlängert erhalten, keineswegs sich erfüllt hat, der Reichskanzler vielmehr dem Reichstag bereits am 24. Februar 1880 den Antrag vorlegt, das Sozialistengesetz auf fünf Jahre, bis zum 31. März 1886, zu verlängern.

Diesem Antrage*) war eine Denkschrift beigegeben, aus welcher wir folgendes mittheilen:

---

*) Drucksachen des Deutschen Reichstags 1880, Nr. 26, S. 151/2.

Durch die bisherige Handhabung des Sozialistengesetzes „ist die sozialdemokratische Agitation in gewissen Schranken gehalten und insbesondere erreicht worden, daß ihre lauten Kundgebungen und offenen Verhöhnungen von Gesetz und Recht nicht mehr durch ungehinderte Duldung den Stempel des gesetzlich Erlaubten erhalten. In Folge dessen sind weite Kreise des Volkes von dem Drucke der sozialdemokratischen Agitation befreit und der Wiederherstellung der vielfach gestörten Eintracht zwischen den verschiedenen Klassen der Bevölkerung, sowie den Bestrebungen zur Hebung des Wohles der arbeitenden Klassen die Wege geebnet worden. Dagegen dauert die sozialdemokratische Bewegung unter der Oberfläche fort und ihre Organisation ist, wenn auch in veränderten Formen, eine feste und umfassende geblieben . . . Die Förderung der bisherigen Bestrebungen wird mit Aufbietung aller Kräfte im Geheimen betrieben. Es galt daher, das Gesetz auf jede mögliche Weise zu umgehen und seine Wirkung zu vereiteln, vor Allem für die verbotene sozialdemokratische Presse des Inlandes einen Ersatz im Auslande zu schaffen." Die Denkschrift erwähnt nun der „Freiheit" und des „Sozialdemokrat", ihres Verbotes und ihrer massenhaften Einschmuggelung in Deutschland, und fährt dann fort:

„Die zwischen diesen Organen der Deutschen Sozialdemokratie hervorgetretenen Differenzen beruhen nicht auf prinzipiellen Gegensätzen, sondern wesentlich auf Meinungsverschiedenheiten betreffs der dem Sozialistengesetze gegenüber zu befolgenden Taktik und geben ein deutliches Bild der gegenwärtigen Bewegung und der bei den Leitern derselben herrschenden Anschauungen. Die „Freiheit" tritt für die Meinung ein, daß es an der Zeit sei, die letzten und wahren Endziele der Bewegung offen und unverhüllt, stets auf's Neue zu proklamiren und unter dieser Fahne die Anhänger zusammenzuhalten. Während sie daher in zügelloser Sprache den gewaltsamen Umsturz alles in Staat, Kirche und Gesellschaft Bestehenden, vor allem die Nothwendigkeit des Königs- und „Tyrannen"-Mordes unausgesetzt verkündet, verwirft der „Sozialdemokrat" diese Art des Vorgehens und erklärt dasselbe unter den gegenwärtigen Verhältnissen für unklug. Seine Ausführungen lassen erkennen, daß die Taktik der gegenwärtigen Centralleitung der deutschen Sozialdemokratie darauf gerichtet ist, durch Mäßigung „die Furcht vor dem rothen Gespenst" zu zerstreuen, in den der grundsätzlichen Opposition gegen die bestehenden Verhältnisse zugänglichen Bevölkerungskreisen dagegen die Unzufriedenheit auf jede Weise zu nähren und zu steigern, um dieselben allmählig, und in ihnen selbst unmerklich, zur Sozialdemokratie hinüberzuziehen, in diesem Sinne also „abzuwarten, aber zu agitiren, wie's geht," damit, „wenn die Fessel des Gesetzes so oder so einmal fällt, die dann stattfindende öffentliche Heerschau für alle Gegner des Sozialismus furchterregend ausfallen" möge.

„Dabei wird gleichzeitig, um den Beschuldigungen des Most'schen Blattes zu begegnen, mit Nachdruck versichert, daß der Vorwurf der Lässigkeit unbegründet sei, daß „Niemand eifriger das gemeinsame Ziel, die soziale Revolution" anstrebe, und daß, was die Zeit der Erreichung desselben betrifft, „diese nie zu früh kommen werde", daß „bis zur hundertjährigen Jubelfeier der französischen Revolution" (1889!) „so oder so Wandel geschaffen sei", und endlich, „daß zum Glück alle Anzeichen darauf hindeuten, daß das

nächste Jahrzehnt" (in welchem wir leben!) „dem deutschen Proletariat die Erlösungsstunde bringen werde."

In beiden Blättern werden die Solidarität der Interessen, die Gemeinsamkeit der Endziele, und die Nothwendigkeit der engsten Verbrüderung mit den Umsturzparteien des Auslandes unausgesetzt betont. Ueberall sind es die äußersten, vor keinem Verbrechen zurückschreckenden Tendenzen, welchen die lebhaften Sympathiebezeugungen der beiden Organe der deutschen Sozialdemokratie gelten, und der Gedanke, daß die bestehende Ordnung der gemeinsame, gewaltsam zu vernichtende Feind der „Proletarier aller Länder" sei, ist der Grundzug aller den Verhältnissen des Auslandes gewidmeten Betrachtungen."

Die sozialistische Reichstagsfraktion hatte bei der ersten Nachricht von Einbringung der Regierungsvorlage auf Verlängerung des Gesetzes folgende Erklärung im „Sozialdemokrat" abgegeben, welche Herr Bebel im Reichstag am 6. März (Sten. Ber. 1880, S. 279) unbeschämt verlas:

„Mögen unsere Feinde thun, was ihnen gut dünkt, wir wissen, daß sie unsere Sache nicht zu Grunde zu richten vermögen. Der Druck, die Verfolgung können noch gesteigert werden, wir sind darauf vorbereitet. Der persönliche Verkehr kann uns nicht verboten, das geistige Band, welches uns umschlingt, nicht zerrissen werden. Die private" (d. h. die geheime und ungesetzliche) „Organisation, welche an Stelle unserer öffentlichen getreten ist, steht über jedem Gesetz (!)" (d. h. verhöhnt das Gesetz, bis es gelingt sie zu fassen, was glücklicherweise überall geschehen ist). „Um diese zu vernichten, müßte die moderne Civilisation aufgehoben werden (!). Und das steht über der Macht der mächtigsten Regierung. Alles, was gegen uns gethan wird, wird für uns sein, wird das herrschende System nur um so rascher diskreditiren, seinen Sturz nur beschleunigen, den Augenblick näher rücken, wo blos zwei Parteien sich gegenüberstehen: die Partei der Privilegirten, der Monopolisten, der Kapitalisten, des Militarismus (!), des Krieges (!) — die reaktionäre Minderheit (?). Und die Partei der Gerechtigkeit, der Gleichheit, der Brüderlichkeit (?), des Friedens (!) — die sozialistische Mehrheit (??). Unsere Feinde sorgen dafür, daß die Sozialdemokratie zur Partei des Volkes (??) wird!"

Die windigen Redensarten dieser Erklärung und die Häufung von Fremdwörtern weisen deutlich auf die Verfasserschaft des Herrn Liebknecht hin. Aber auch Herr Bebel bestrebte sich in seiner Rede, dazu noch ein würdiges Seitenstück zu liefern. Denn er sagte (ebenda S. 279):

„Leider ist das heute Recht, was früher Willkür war. Der deutsche Liberalismus hat die Willkür in Deutschland zum Gesetz gemacht. Wer hat denn verschuldet, wenn wirklich in offener rücksichtsloser Weise der gewaltsame Umsturz gepredigt wird: Sie mit Ihrem Gesetz. Sie haben es unmöglich gemacht, den gesetzlichen Weg zu betreten" — man vergleiche damit Herrn Liebknecht's heuchlerische Versicherung, oben S. 92, 93! —. „Wer uns noch glauben machen will, es bleibe nun immer noch der gesetzliche Weg, der ist entweder ein Narr oder ein Verräther" (hört! hört! rechts).

„Die Antwort ist ganz naturgemäß. Es bleibt schließlich nichts mehr übrig, als der gewaltsame Umsturz des Bestehenden. Das sind die Früchte, die Sie erreicht haben. Und wenn Sie mit diesen Früchten zufrieden sind — nun wir auch!" (S. 285.)

Im gleichen Sinne sprach der große Volkstribun Herr Wiemer am 17. April (Sten. Ber. S. 762): „Es fällt uns gar nicht ein, uns diesem Gesetze zu unterwerfen oder es zu befolgen; im Gegentheil, wir werden stets alles Mögliche aufbieten, um auch trotz dieses Gesetzes unsere Bestrebungen fördern zu können."

Der vormalige Cigarrenmacher Fritzsche dagegen wählte zur Entfaltung seiner edeln Entrüstung das Gewand feingeschliffener Satire und Gesetzesverhöhnung, indem er (28. April, S. 992) rief: „Ich bin bereit, dem Reichskanzler ein Diplom von unserer Partei zu verschaffen, in welchem beurkundet ist, daß er unser bester Agitator, der beste Pionier der Sozialdemokratie ist."

Selbstverständlich benutzte auch Herr Liebknecht diese erwünschte Gelegenheit, um gegen das ihm grundverhaßte Deutsche Reich, gegen dessen Gewalten und Gesetze kräftig zu donnern. Er hielt es nicht für nöthig, sich an seinen vorjährigen „gesetzlichen" Standpunkt zu erinnern und seine seither eingetretene Wandlung zu erklären. Denn wie kann ein Sozialistenführer auch noch wissen, was er vor einem Jahre versichert, versprochen und geredet hat? Wie kann er erwarten, daß seine Zuhörer sich dessen noch nach Jahresfrist erinnern? Herr Liebknecht erklärte also ganz gelassen und bescheiden, daß Er den Beruf habe, im Namen des Volkes als oberster Richter über Reichstag und Regierung zu Gericht zu sitzen, und daß zu diesem Zwecke ihm verfassungsmäßig die Rednerbühne des Reichstags eingeräumt sei (4. Mai, S. 1146 flg.).

„Wir wollen einfach die Stätte, welche wir hier haben, benützen, um vor dem Volke (!) das Unrecht klar zu legen, welches an unserer Partei begangen worden ist. Es soll gerichtet werden über Diejenigen, welche über uns gerichtet haben, und das Material zu liefern zu diesem Wahrspruch des Volkes (!) das ist unsere Aufgabe, deshalb stehen wir hier. Wir überlassen Ihnen zu thun, was Ihnen beliebt. Sie werden blos der Sozialdemokratie in die Hände arbeiten. Alle Ihre Anstrengungen gegen uns werden sein pro nihilo, oder falls sie Erfolg haben, dann um so schlimmer für Sie, pro nihilismo!" (Zu deutsch: „Für nichts, und wenn sie Erfolg haben, für den Nihilismus". Diesen entsetzlichen Kalauer findet Herr Liebknecht so wundervoll, daß er ihn fortan in jeder Reichstagssitzung wiederholt). Wir waschen unsere Hände in Unschuld (!). Wir werden thun, was die Pflicht (!) uns gebietet. Wir werden den Kampfplatz nicht räumen, fortringen bis zum Siege."

Diesmal wurde aber selbst Herr Liebknecht noch überboten durch Herrn Hasselmann. Denn auch dieser war auf der Tribüne des Reichstags straflos für seine wildesten Reden, und er hatte außerdem das Bedürfniß, sich den Parteigenossen draußen als Haupt einer neuen radikalen, Most und Hirsch nahe verwandten Rich-

tung der deutschen Sozialdemokratie zu empfehlen. Deshalb rief er am 4. Mai (Sten. Ber. S. 1167 flg.):

„Ich bin revolutionärer Sozialist. Der Reichstag (!) steht nach diesem Gesetz unter polizeilicher Kontrole. Das allgemeine Wahlrecht ist durch das Sozialistengesetz annullirt (!). Es ist zum leeren Schein geworden. Die Unterdrückung, welche das Gesetz erzeugt, hat klare Köpfe geschaffen" (vordem waren sie also unklar, und heute, nach Aufhebung des Gesetzes, auch wieder ?), „und es sind die Männer mit festem Herzen bereit, Alles in die Wagschaale zu werfen; ihnen wird die Lehre gegeben, daß es für sie nicht anders möglich ist, ihre Lage zu verbessern und sich Brod (!) und Freiheit (!) zu verschaffen, als indem sie für die volle und ganze Freiheit ihre Person und ihr Alles in die Schanze schlagen. Nur in unserer Kraft und in unserem Muthe liegt noch ihr Heil! So wie wir sehen, daß in Rußland die Anarchisten jetzt wirken, so wie wir sahen, daß" (zur Zeit der Kommune) „die französischen Arbeiter sich aufopferten, so, meine Herren, werden es auch die deutschen Arbeiter thun!" (Oho! rechts. Große Unruhe. Ordnungsruf). „Ich habe meine Ueberzeugung ausgesprochen. (Lachen.) Im Uebrigen werden Sie sehen, daß das Volk (!!) in seiner eigenen Sache Richter sein wird. Ich erkläre meine Uebereinstimmung mit den revolutionären, energischen Volksideen. Ich bedauere, daß die russischen Anarchisten seiner Zeit hier auf der Tribüne von Seiten einiger Sozialisten als eine uns fremd gegenüberstehende Partei hingestellt worden sind. Ich für meine Person nehme diese Gemeinschaft an. Für meine anderen Herren Kollegen kann ich allerdings nicht sprechen. Es ist aber tief in das Bewußtsein des Volkes (!) die Idee eingedrungen, daß die Zeit des parlamentarischen Schwätzens vorüber sei, und die Zeit der Thaten beginnt (hört, hört! Lachen)."

Herr Liebknecht sagte nach diesem Auftritt: „Was wohl Hasselmann für diese Rede bekommen haben würde, wenn er sie im Auftrage des Fürsten Bismarck gehalten hätte?" Hasselmann ließ sich aber auch durch diese niedrige Verdächtigung, welcher eine Reihe ähnlicher folgten, nicht irre machen. Er verdiente sich sein Brod mühsam mit den von ihm gegründeten Hamburger Blättern. Aber die immer wachsende Feindschaft der deutschen Sozialistenführer gegen ihn trieb den ohnehin tiefverbitterten und leidenschaftlichen Mann naturgemäß Most in die Arme, und so verließ er denn noch 1880 Deutschland, und begab sich zunächst nach London, dann nach Amerika, wo er wahre Orgien in wilden Brandreden feierte.

Auch Most wurde durch die deutschen Führer dem biederen Arbeiter durch Verleumdungen lächerlich gemacht und verekelt. In den Spalten des „Sozialdemokrat" wurde er nur noch der „Revolutionsschreier" und „General Bumbum" genannt. Daneben aber wurde unter der Hand überall heimlich ausgestreut, bald: „Most habe sich dem Trunk ergeben und leide zeitweise am Delirium;" bald: „er sei an einer besonderen Art des Größenwahns verrückt geworden. Er pflege in London, mit einem Dolch im blutrothem

Gürtel, und mit einem Revolver auf dem Redaktionstisch, in einem feuchten Keller die „Freiheit“ zu schreiben. So suche er den Pariser Schreckensmann Marat nachzuäffen.“ Most verschaffte sich die Beweise, daß diese Verleumdungen von den Führern der deutschen Sozialistenpartei ausgingen, und er dachte sie persönlich zu entlarven auf dem 1880 nach Rorschach in der Schweiz einberufenen Kongreß, zu welchem er sich Vollmacht von sächsischen Genossen hatte geben lassen. Er war zu diesem Zweck schon in die Schweiz gereist. Davon mußten die Führer aber plötzlich Wind bekommen haben, auch von dem Anrücken des unbequemen „Freundes“ des Herrn Bebel, denn plötzlich wurde der Rorschacher Kongreß unter dem Vorwand, daß die deutsche Polizei demselben auf der Spur sei, abgesagt, und statt dessen trafen sich Most's Gegner d. h. sämmtliche namhaften Sozialistenführer und ein Schwarm von einigen vierzig sogenannten Parteivertretern in der Zeit vom 20. bis 24. August 1880 zu dem geheimen Kongresse auf Schloß Wyden bei Winterthur in der Schweiz. Hier waren anwesend, laut der Präsenzliste, die Abgeordneten Liebknecht, Bebel, Auer, Fritzsche, Hasenclever, Vahlteich und 46 Parteivertreter. Die Berliner „Genossen“, welche für Most stimmen wollten, wurden absichtlich so lange in der Irre herumgeführt, daß sie erst am dritten Tage in Wyden anlangten, und ihre Hauptanträge in der Tasche behalten mußten.*) Ein klassischer Beweis für die „Gerechtigkeit, Gleichheit und Brüderlichkeit“, deren Träger und Hort zu sein die deutsche Sozialdemokratie sich (oben S. 96) rühmte!

Die deutsche Polizei war durch geheime Agenten auch in Wyden schneidig auf dem Platze, und über den Gang und Inhalt der Verhandlungen so gut unterrichtet, daß die Sozialistenführer im Reichstag des Frühjahrs 1881 auch mit den Dingen herausrücken mußten, welche sie bis dahin geheim gehalten hatten. So fühlte sich Herr Auer gedrungen, den Wortlaut des Beschlusses der Aechtung Most's in Wyden (21. Aug.) kund zu thun (Reichstag, 30. März 1881, Sten. Ber. S. 607). Dieser Beschluß lautet, in der unserer Sozialdemokratie allein geläufigen, selbstverständlich gänzlich undeutschen, Form der Beschlüsse der Pariser Schreckenszeit von 1793:

„In Erwägung, daß Johann Most seit längerer Zeit sich in Widerspruch mit den von ihm selbst, noch unter dem Sozialistengesetz, vertretenen Grundsätzen der Partei gesetzt hat, und nur noch den Einflüssen seiner wechselnden Laune folgt, in der ferneren Erwägung, daß Most sich zum Kolporteur jeder gegen die deutsche Sozialdemokratie erhobenen Verleumdung, komme sie, von welcher Seite sie wolle, gemacht hat, und notorisch Polizei-

---

*) Die Einzelheiten in meinem „Deutschen Pitaval“, „Die Verbrechen der Anarchisten von 1880 bis 1885“, Leipzig (C. F. Winter) 1886, S. 61 flg.

agenten, trotz ertheilter Warnung, Vorschub leistete, nur weil sie auf die sogenannten (!!) Parteiführer schimpften, in schließlicher Erwägung, daß Most Handlungen begangen hat, welche der allgemeinen Ehrenhaftigkeit widersprechen, erklärt der Kongreß: daß er jede Solidarität mit Most zurückweist und ihn aus der sozialistischen Partei Deutschlands ausgeschieden betrachtet."

Auch mit der Sympathieerklärung des Wydener Kongresses für die russischen Nihilisten („Sozialisten", sagte Herr Auer vorsichtig) mußte dieser Abgeordnete herausrücken (Sten. Ber. ebenda), um diese gefährliche Waffe nicht in den Händen des Ministers von Puttkamer zu lassen. Die Erklärung lautete, mit den Verlegenheitseinschaltungen des Redners:

„Wie die deutsche Sozialdemokratie aller Bewegung, welche auf die Befreiung der Völker vom sozialen und politischen Druck ausgeht, ihre volle Sympathie entgegenträgt, so thut sie dies selbstverständlich (!) auch den für die Befreiung des russischen Volkes wirkenden sogenannten Nihilisten gegenüber" — man bedenke, daß siebzehn Tage zuvor, ehe Herr Auer diese Erklärung des Wydener Kongresses von der Reichstagstribüne verlas, der Kaiser Alexander II. von Rußland in Petersburg von Nihilisten auf's grausamste ermordet worden war. Bei dieser „vollen Sympathiebezeugung" der deutschen Umstürzler für die russischen Kaisermörder erhob sich daher im Reichstag der laute Ruf: „Hört, hört!" — „Gewiß, m. H., hört, hört!" fuhr Herr Auer fort, indem er den Text der Wydener Erklärung wieder aufnahm: „Obwohl die Sozialdemokratie deren (der Nihilisten) durch die besonderen Verhältnisse Rußlands bestimmte (!) Taktik für Deutschland nicht geeignet hält." (Große Heiterkeit.) „Es ist merkwürdig, daß man über so etwas lachen kann!"

Am gründlichsten aber besorgte Herr Minister von Puttkamer die Arbeit, den Umstürzlern vorzuhalten, was sie in Wyden beschlossen hätten. (Reichstag 30. März 1881, Sten. Ber. S. 629 flg.)

„Der Kongreß hat in mehrtägigen Berathungen eine Revision des sozialistischen offiziellen Programms für Deutschland angenommen und ein neues Programm aufgestellt. Alle Punkte sind sehr interessant. Zunächst ist den Herren ihre Gebundenheit an das Gothaer Programm, bekannten Andenkens, wo davon die Rede war, daß die Sozialisten ‚mit allen gesetzlichen Mitteln' ihre Rechte vertreten werden — mit der Zeit etwas langweilig geworden, und sie haben daher in Wyden beschlossen, in dem neuen Programm das Wort ‚gesetzliche' zu streichen." (Zuruf: „Motive vorlesen!") „Ich komme nachher darauf. Ich bitte nicht so ungeduldig zu sein. Sie werden das Alles hören. — Zweitens hat die Partei beschlossen, den in Zürich erscheinenden ‚Sozialdemokrat' künftig als das einzige, aber auch offizielle Organ ihrer Partei zu bestimmen und anzuerkennen. Hierbei werde ich mir erlauben, die Herren festzuhalten. Für den Inhalt des ‚Sozialdemokrat' sind Sie allein verantwortlich. — Dann hat die Partei ferner beschlossen, sich nun auch als eine völlig internationale Partei aufzuspielen, also die Solidarität mit allen revolutionären und anarchistischen Parteien der übrigen Länder Europas zu dem Zwecke, diese Verbindung recht eng und intim zu gestalten und aufrecht zu erhalten. Eine besondere

auswärtige Verkehrsstelle permanenter Natur ist in Zürich begründet, und das erste Aktenstück, welches diese auswärtige Verkehrsstelle in die Oeffentlichkeit hat treten lassen, enthält ein vollständiges Manifest der Partei an das übrige sozialrevolutionäre Europa, und in unserem Besitze ist die Thatsache, daß auch dieses Programm, wie die sämmtlichen übrigen Beschlüsse zu Wyden, einstimmig gefaßt worden sind. Es ist daher das Programm der Herren Bebel und Liebknecht!" Der Minister verliest hierauf wörtlich:

Das Manifest von Wyden (Sten. Ber. 1881, S. 634 flg.).

„Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands! An die Brüderparteien und Vereinigungen von Gesinnungsgenossen aller Länder, welche an den jüngsten Kongreß der deutschen Sozialdemokratie Begrüßungen und Zustimmungsschreiben gerichtet haben! Genossen, Brüder! Die auf dem Kongresse zu Wyden versammelt gewesenen Vertreter der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands danken Euch herzlich für Eure brüderlichen Wünsche und Zustimmungsbezeugungen, und geben Euch die Versicherung, daß die deutsche Sozialdemokratie, wie seit ihrem Beginn, so auch ferner unverändert und unwandelbar auf ihrem Posten im Vordertreffen der Kämpfe für die Befreiung des unterdrückten und ausgebeuteten Volkes ausharren, und mit Thatkraft, Besonnenheit und Ausdauer den Vernichtungskampf gegen die wahnsinnige, verbrecherische heutige Staats- und Gesellschaftsordnung führen wird (Hört, hört!). Die Berathungen zu Wyden und deren nächste und weitere Folgen werden Euch überzeugen, daß die deutsche Sozialdemokratie, ungebeugt von den Verfolgungen einer infamen Regierung und einer nicht minder infamen Bourgeoisie, und ihnen zum Trotz, die alte geblieben ist, die alte, wie an Umfang(?) und Einfluß(?), so auch an Prinzipientreue und revolutionärer Thatkraft. — Der Kongreß hat die Liquidation der alten, durch schändliche Ausnahmegesetze zerstörten Parteiorganisaton beendigt — die durch die brutale Faust der Polizeiverhältnisse zerissenen Fäden zum größten Theil wieder angeknüpft — die im ersten Ansturm der Reaktionswillkür unter der gewaltigen Wucht der durch den Attentatswahn irre geleiteten Volksmeinung erlittenen Verluste wieder ausgeglichen gefunden. . . . Zugleich fand er auch die Umstände einer Wiederaufnahme des Angriffes überaus günstig: den Fäulnißprozeß der alten Gesellschaft, die Abwirthschaftung der alten Parteien mächtig vorgeschritten, und die Stimmung des vernichteten, über seine Irreführung empörten und in seinem wachsenden Elend an der Möglichkeit einer Hilfe durch die alte Ordnung mehr und mehr verzweifelnden Volkes wesentlich zu unsern Gunsten umgeschlagen."

„Angesichts dieser Thatsachen konnte der Entscheid der Parteivertreter nicht zweifelhaft sein. Ihrer Pflicht, und dem Willen ihrer Auftraggeber getreu, entschieden sie für energische Wiederaufnahme der aktiven Parteithätigkeit auf allen Gebieten, und da dieselbe unter dem heutigen Willkührsystem „ungesetzlich" ist, und um auf die von unsern Unterdrückern gegen uns geschleuderte schamlose Acht- und Rechtloserklärung die entsprechende Antwort zu geben, hat der Kongreß aus dem Gothaer Programm die Stelle, welche davon spricht, daß wir unsere Ziele „mit allen gesetzlichen Mitteln verfolgen", einstimmig gestrichen. Nicht zwar, als ob durch diesen Beschluß in der Partei eine neue, von der alten abweichende Lehre eingeführt würde" (Hört!). „Denn die erdrückende Mehrzahl der deutschen Sozialdemokraten hat sich niemals dem Wahn hingegeben, daß sie ihre Grundsätze in aller

Friedlichkeit, auf dem rein „gesetzlichen" Wege würde durchsetzen können, d. h. daß die bevorrechteten Klassen freiwillig und ohne Zwang ihre bevorrechtete Stellung aufgeben würden. Wir haben vielmehr jenen Satz stets in dem Sinne verstanden, daß wir einerseits für Anwendung aller vorhandenen gesetzlichen Mittel und wenn auch noch so kleinen „Rechte" zur Förderung unserer Zwecke, d. h. gegen jede politische Enthaltsamkeit (als ein ungeschicktes Beiseitewerfen brauchbarer Waffen) sind; und daß wir andererseits zu einer friedlichen „gesetzlichen" Lösung der sozialen Frage durch Unterhandlung (?!) zwischen den beiden entgegengesetzten Klassen und dadurch ermöglichten allmähligen organischen Entwickelung bereit sind, weil wir unsern Lehren die Kraft zutrauen, auch bei nur einiger Bewegungsfreiheit, im geistigen Kampfe den Sieg zu erringen. Daran aber, daß wir, wenn uns die herrschenden Klassen jeden „gesetzlichen" Weg abschneiden, deshalb auf die Durchführung unserer Grundsätze verzichten würden, daran hat noch kein deutscher Sozialdemokrat je gedacht, und es galt von jeher selbstverständlich, daß in diesem nach den Erfahrungen der Geschichte voraussichtlichen Fall, jedes Mittel recht sein müsse. Will es nicht biegen von oben herab, muß es brechen von unten herauf (Hört!)."

„In diesem Falle befinden wir uns noch heute in Deutschland. Unsere Gegner, Regierung und Bourgeoisie, sind verblendet genug, jede Möglichkeit einer friedlichen Entwickelung radikal auszuschließen, und dadurch die Dinge nothwendig und unausbleiblich einem gewaltsamen Ende entgegenzutreiben. Die heutigen politischen und wirthschaftichen Herrscher Deutschlands wollen keine Unterhandlung, keine Verständigung, sondern den Krieg, den Vernichtungskampf, gut, wenn sie ihn wollen, sollen sie ihn haben, und voll und ganz haben! Die Verantwortung auf ihre Häupter!"

„Deshalb war es unsere Pflicht, vor aller Welt die Erklärung abzugeben, daß die deutsche Sozialdemokratie, die genügende Folge aus der Handlungsweise unserer Gegner ziehend, sich an die Faust-„Gesetze" ihrer Unterdrücker nicht kehren, und zu ihrer und der ganzen heutigen Unterdrückungs- und Ausbeutungs„ordnung" Beseitigung, jedes verfügbare, den wechselnden Umständen angemessene, und zur Förderung ihrer Ziele geeignete Mittel ergeifen wird."

Keine „Revolutionsspielerei!" fährt das Manifest fort. „Die deutsche Sozialdemokratie hält es vielmehr für unumgängliche Vorbedingung einer siegreichen Revolution, und deshalb für die erste Pflicht jedes echten Revolutionärs, durch Ausbreitung unserer Grundsätze im Volke und immer weiter greifende Hineinziehung desselben in unsere Bewegung, rege und ausgebreitete Agitation und Propaganda (durch Erhöhung der Wehrhaftigkeit" — nicht etwa Wahrhaftigkeit! — „und Handlungsfähigkeit der zur Führung im bevorstehenden Kampfe berufenen Partei), einheitliche stramme Organisation, und durch Schwächung der Gegner und Parirung der gegen uns geführten Streiche, die kommende welterschütternde Umwälzung sammt deren gewaltsamen Aeußerungsformen mit vielen Kräften vorzubereiten. Kommt es dann in unaufhaltsamem Gange schließlich zum Aeußersten — nun, so werden die deutschen Sozialdemokraten zeigen, daß sie auch da ihre Schuldigkeit zu thun wissen, und sie werden dann nicht dem bloßen Zufall vertrauen müssen, sondern wohlgerüstet, und mit der Aussicht auf Sieg, in den Kampf gehen.

„In diesem Sinne sind die Beschlüsse unseres Kongresses gefaßt."

„Es wurde eine, den veränderten Umständen entsprechende Organisation geschaffen, welche eine wirksame Zusammenfassung aller in der Partei vorhandenen Kräfte bewirkt, und deren schnelle Verwendung an jedem Orte*) ermöglicht. Im Zusammenhange mit dieser Organisation wird auch die mancherorts gelockerte, für die Gewähr des Erfolgs unumgängliche Parteidisciplin wieder gekräftigt. Als hervorragendes Agitationsmitttel, werden die Wahlen erkannt, „und deshalb der Partei die Theilnahme an allen irgend welche Aussicht bietenden Wahlen zum Reichstag, Landtag und Gemeinde, und namentlich die allgemeinste und entschiedenste Mitwirkung bei den nächstjährigen (1881er) Reichstagswahlen empfohlen. Zur Reinhaltung des Prinzips, und um unsere vollständige Trennung mit allen übrigen Parteien auf das Entschiedenste zu betonen, wurden alle Wahlkompromisse verboten." Bei den Stichwahlen ist aber die Sozialdemokratie schon 1881 und ebenso 1884, 1887 und 1890 fast ausnahmslos für den ihr nächststehenden Kandidaten eingetreten.

„Als Mittel zur Herstellung der geistigen Verbindung der Parteigenossen, als Vertreter der Partei in der Presse, als Sprechsaal zur prinzipiellen Festigung und Klärung, als Ausgeber des Loosungswortes, und als Vermittler des geistigen Verkehrs der deutschen Bewegung mit der Bewegung in allen Ländern, kurz als offizielles Parteiorgan, wurde einstimmig der bis dahin provisorisch als solches wirkende „Sozialdemokrat" in Zürich erklärt."

Dann folgt der Abschnitt betreffs der vom Minister bereits genannten „Auswärtigen Verkehrsstelle", „um die von der deutschen Sozialdemokratie stets bekannte und geübte Internationalität" (d. h. Vaterlandslosigkeit) „der sozialistischen Bewegung aufs neue und stärker denn je zu betonen und eine regelmäßige und ununterbrochene Verbindung zwischen unserer Partei und den Bruder-Parteien aller Länder und Sprachen (!) herzustellen." Die Verkehrsstelle „hat zugleich auch den Verkehr der Partei mit den außerhalb Deutschlands befindlichen deutschen Genossen wahrzunehmen." Vor Allem aber erklärt der Kongreß „die Einberufung eines sozialistischen Weltkongresses", „weil die Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der Proletarier aller Länder sein muß, und es zu diesem Zwecke unbedingt eines internationalen Bundes des internationalen Proletariates bedarf."

„Genossen! Brüder! Erwägt diese Ergebnisse dieses ersten geheimen Kongresses der deutschen Sozialdemokratie, und Ihr werdet, gleich uns, mit seinen Ergebnissen für die gemeinsame Sache zufrieden sein! Dessen seid auf alle Fälle gewiß: wo immer es für die Befreiung des arbeitenden Volkes aus politischer und sozialer Knechtschaft gilt, da werdet Ihr die deutsche Sozialdemokratie auf dem Platze finden, mit Rath und That, mit Sympathie und werkthätiger Hilfe, kampfesmuthig und kampfbereit! Hoch der internationale Sozialismus! Mit sozialdemokratischem Gruß! Im Auftrage des Kongresses, die Auswärtige Verkehrsstelle. Walter."

Dieser „muthige Kämpfer" hieß natürlich anders, und ist leicht zu errathen, wie schon Minister v. Puttkamer (S. 663), unter

*) Diese geheime Organisation war denn in der Hauptsache auch örtlich, lokal.

großer Heiterkeit des Reichstages, hervorhob. Aber gleichwohl ist dieses Schriftstück das wichtigste in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie seit dem Programm von Gotha, und deshalb mußte es hier, trotz seiner Länge, nahezu unverkürzt mitgetheilt werden. Denn in diesem „Manifest" wirft die Umsturzpartei vollends die heuchlerische Maske ihrer „Gesetzlichkeit" ab. Sie bekennt sich offen als gesetzlose, gesetzwidrige, gewaltthätig dem gewaltsamen Umsturz aller bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zustrebende und diesen „Vernichtungskampf" „mit allen Mitteln" vorbereitende Partei. Ihre Losung ist: „Will es nicht biegen von oben herab, so muß es brechen von unten herauf." Die beschönigenden und verhüllenden Redensarten, welche diesen „echt revolutionären" Charakter der Partei „geschichtlich" begründen sollen, die faule Lüge, daß die Partei zu dieser Haltung gezwungen sei, da die „infame", die „verbrecherische" Regierung und Gesellschaft „so verblendet" sei, alle gütlichen „Verhandlungen" zur „Lösung der sozialen Frage" unmöglich zu machen, ist in ihrer ganzen Schamlosigkeit schon durch unsere bisherige Darstellung enthüllt. Die deutsche Umsturzpartei hat nie „verhandelt" und kann dies auch betreffs ihrer Ziele nicht. Diese lassen sich eben nur verwirklichen nach der völligen Vernichtung aller heute bestehenden Gewalten und Ordnungen. Diese „Verhandlung" ist, wie Fürst Bismarck später treffend im Reichstag sagte, in keinem Punkte ehrlicher und weniger gewaltthätig, als die „Verhandlung" des Räubers mit seinem Opfer, welche sich in die kurzen Worte kleidet: La bourse ou la vie! (Die Börse oder das Leben!)

Auf diesem Standpunkt steht die deutsche Sozialdemokratie noch heute, auch nach Aufhebung des Sozialistengesetzes. Denn auf ihrem Parteikongreß in Halle im Oktober 1890 hat sie das Wort „gesetzlich" nicht wieder in ihr Programm hineingebracht, sondern geflissenlich aus demselben, nach wie vor gestrichen, weil Herr Liebknecht mit unbeschämter Offenheit erklärte; „ob man das Wort stehen lasse oder streiche, sei nach dem Standpunkt der Partei gleichgültig" — weil diese eben gesetzlos und gesetzverachtend und umstürzlerisch sein will.

Aber auch in anderer Beziehung ist das Wydener Manifest wichtig für die Beurtheilung der Partei, wie sie seither geworden, und bis heute unverändert geblieben ist: denn auch der letzte Schein von Vaterlandssinn ist seit Wyden aus dem Parteiprogramm verschwunden. Die Partei ist seither lediglich der deutschsprechende Bruchtheil des internationalen Revolutionsgesindels!

8. Die Partei von 1880 bis 1890.

Schwere Schicksale und Heimsuchungen bilden im Leben der einzelnen Menschen, wie ganzer Parteien und Völker, den wahren Prüfstein ihres Werthes, ihrer sittlichen Kraft, Läuterung und Erhebung. Selbst Schuldbeladene erkennen in dem über sie hereingebrochenen Verhängniß die rächende Hand der ewigen Gerechtigkeit, an welcher sie frevelten, und suchen aus ihrem tiefsten Leid zu einem neuen reineren Leben sich aufzurichten an der untrüglichen Hoffnung, daß Gott versöhnlich und liebevoll bußfertige Reue aufnimmt. Nur sittlich Schwache versinken thatlos in den über ihrem Haupte zusammenschlagenden Wellen des Unglücks. Nur gänzlich Verrohte und Unverbesserliche retten sich aus dieser Sturmfluth an's Land und setzen ihren Weg trotzig fluchend fort, ohne aus der Heimsuchung, welcher sie glücklich entronnen sind, irgend einen Anlaß zu der Frage zu finden, ob sie nicht selbst an ihrem Schicksal schuld gewesen? Ihnen geschieht immer Unrecht, alle Menschen, und vollends Gott, die ganze Gesellschaft und Gesetzgebung, hat sich gegen diese Menschenart verschworen. Jeder Schlag, welcher auf sie niederfährt, macht sie nur verstockter, glaubensloser, mißtrauischer, gesetzloser, gehässiger, verlogener, roher und verkommener. Sie lernen und vergessen nichts im Unglück, dem großen Lehr= und Zuchtmeister aller Uebrigen.

Zu dieser Menschenart gehört unsere Sozialdemokratie, wie schon die im vorigen Kapitel dargestellte Haltung und Entwickelung der Partei in den Jahren von 1878 bis 1880 beweist. Die zehn Jahre der Prüfung, welche ihr dann noch beschieden waren bis zum Ablauf des Sozialistengesetzes am 1. Oktober 1890, haben nichts, gar nichts an ihrem Wesen gebessert, nicht eine Stunde lang sie zu der Frage geführt, ob sie nicht selbst schuld sei an dem auf ihr lastenden Ausnahmegesetz, welches Tausende ihrer Glieder, und mit diesen deren Familien, auf's schwerste getroffen hat. Die Partei hat in dieser ganzen langen schweren Zeit nichts gelernt und nichts vergessen — nichts gelernt, außer der Lüge und Verstellung, der Täuschung und Verhüllung ihres wahren Wesens, ihrer wahren Ziele. Sie ist im Laufe dieser Jahre in ihren Blättern und Reichstagsreden immer frecher, ruchloser und verlogener geworden. Hunderte von Beweisen werden dafür in den folgenden Abschnitten erbracht werden, in welchen wir ihre Vaterlandsliebe, ihren gesetzlichen Sinn, ihre Religion, ihre Arbeiterfreundlichkeit untersuchen. Die kurze Geschichte der Entwickelung der Partei, welche wir hier schreiben, würde endlos immer dieselben frechen Worte, Gesetzesverhöhnungen und Drohungen wiederholen müssen, wenn wir uns bei diesen aufhalten wollten.

Jeder anderen Partei, auch jeder sozialdemokratischen des Auslandes, wäre im Laufe dieser Jahre das Bewußtsein der eigenen Verantwortlichkeit und das Bedürfniß der Selbstprüfung und -Einkehr gekommen, vor Allem ein starker herzlicher Zug zum eigenen Vaterlande und Volke, welchen jeder ausländische Sozialdemokrat ja ohnehin in sich trägt und allezeit bethätigt: der Schweizer, Däne, Italiener, Belgier, Engländer, vor Allem der Franzose — nur der deutsche Sozialdemokrat schämt sich nicht, vaterlandslos und blos „international“ zu sein! Und gerade der deutsche Sozialist hätte im Laufe des Jahrzehntes, von welchem wir reden, mehr als alle Genossen des Auslandes herzbewegenden Anlaß gehabt, sich seines Vaterlandes und Volkes mit Stolz und Befriedigung zu erinnern. Denn während er unter dem Drucke des sogenannten Ausnahmegesetzes seufzen mochte, und seinen Blick gramvoll in die Gegenwart und erwartungsvoll auf den fernen sozialistischen Nebelstaat der Zukunft richtete, ward in diesem von ihm verfluchten Deutschen Reiche, ohne sein Zuthun, ja gegen die Stimmen und Reden seiner Parteiführer, gegen allen Hohn und Haß seiner Presse, aus dem eigenen Antrieb des Fürsten Bismarck und seines ehrwürdigen Kaiserlichen Herrn, jene sozialpolitische Gesetzgebung des Deutschen Reiches verheißen und verwirklicht, welche den Arbeiter gegen Unfälle, Krankheit, Arbeitsunfähigkeit und Altersschwäche sicherstellt, und zwar hauptsächlich aus den Mitteln der Arbeitgeber und des Reiches — ein Werk von solcher Größe, daß das gesammte Ausland in dessen Bewunderung und Nacheiferung einmüthig ist.

So sprach z. B. der jetzige italienische Finanzminister Luzzati auf einem zur Jubelfeier der französischen Revolution 1889 in Paris zusammengetretenen, hauptsächlich von Franzosen und anderen Ausländern besuchten volkswirthschaftlichen Kongresse über unsere sozialpolitische Gesetzgebung das bedeutsame Wort: „C'est une oeuvre gigantesque, forgée au marteau d'un cyclope social!“ (Es ist ein riesenhaftes Werk, geschmiedet mit dem Hammer eines sozialen Cyclopen.) Und der Professor der Nationalökonomie an der Berner Hochschule, von Zerleder, ein Schweizer, ein Republikaner, rühmte in eingehender Untersuchung in einer wissenschaftlichen Zeitschrift seines Kantones, Ausgangs 1889, die deutsche sozialpolitische Gesetzgebung als leuchtendes und unerreichtes Vorbild für alle Kulturstaaten, welches einzig dastehe in aller Menschheits-Geschichte, und namentlich lobenswerth sei wegen des weiten Spielraumes, welchen das Selbstbestimmungsrecht und die thätige Mitwirkung und Kontrole der arbeitenden Bevölkerung dabei finde — doppelt lobenswerth, da diese Gesetze von einem monarchischen Staat und Volk ausgingen.

Wie urtheilen dagegen die Führer unserer Sozialdemokratie

über diese großartige Gesetzgebung? Der Leser wird ihre unfläthigen Schimpfereien über die „Bettelpfennige", das Reichs-„Almosen", das „Windei", die „täuschende sozialpolitische Maske des deutschen Kaiserreiches", die „entsetzlichste Heuchelei", die „Bankerotterklärung der heutigen Gesellschaft" u. s. w. unten, zum Beweise der „Arbeiterfreundlichkeit" der Herren Schweißgroschenempfänger, ebenso treulich gebucht und mit der Quelle belegt finden, wie die lächerliche sozialistische Ruhmredigkeit und Selbstaufblasung: Die ganze sozialpolitische Gesetzgebung des Deutschen Reiches sei im Grunde nur ein Plagiat, ein Nachdruck der berühmten Muster der deutschen Sozialdemokratie. Dazwischen schieben sich Dutzende von ebenso widerspruchsvollen Abwandelungen der abfälligsten, schnödesten Kritik der Sozialpolitik des Reiches, welche sich nur in dem einen spitzen Winkel der gründlichsten Verhetzung urtheilsloser, ungebildeter Volksmassen schneiden und treffen.

Aber nicht blos für die deutsche Sozialdemokratie ist dieses neunte Jahrzehnt unseres Jahrhunderts ein schweres gewesen, auch für unser gesammtes Volk und Vaterland. Mehr als einmal standen wir in dieser kurzen Zeitspanne dicht am Rande des Krieges. Nur der meisterhaften Staatskunst unseres Fürsten Bismarck, nur der immer vorausschauenden und vorsorgenden klaren Einsicht und Schneidigkeit unserer Wehrkraftbildner und Schlachtendenker, endlich der ihre Forderungen mit vaterländischer Hingebung bewilligenden Mehrheit des Reichstages, welche in ihrer Pflichterfüllung gestützt ward von der ungeheueren Mehrheit des deutschen Volkes, danken wir die Erhaltung des köstlichen Gutes des Friedens. Die deutsche Sozialdemokratie hat auch in diesen schweren Entscheidungen, durch welche wir gingen, ihren vaterlandslosen, ihren vaterlandsfeindlichen Standpunkt vollständig gewahrt. Sie hat diese ganzen zehn Jahre hindurch im Deutschen Reichstag „gegen jeden Mann und jeden Groschen" gestimmt, ja sie hat Jahr für Jahr und Mann für Mann das gesammte Budget des Deutschen Reiches verweigert, unter offener Verhöhnung der Bestimmung der Reichsverfassung, daß jeder Abgeordnete nur nach dem Interesse des gesammten Volkes handeln und stimmen darf und daher auch muß, wenn er Ehre im Leibe hat. Die genannte Partei hat für diese ihre vaterlandslose That allezeit nur die eine schäbige Entschuldigung vorgeschützt: daß sie mit dem herrschenden „System" nicht einverstanden sei, und deshalb dem Reich und Volke die nothwendigsten Mittel für sein Dasein, seine Lebensführung verweigere.

Aber immer noch mehr! Das Jahrzehnt unserer Betrachtung brachte dem deutschen Volke noch schwerere Verhängnisse als die am westlichen und östlichen Horizont hoch und drohend gethürmten Kriegswolken. Der erlauchte greise Begründer und Erneuerer der

deutschen Kaiserherrlichkeit sank im März 1888 in's Grab. Ihm folgte am 15. Juni desselben Jahres sein herrlicher Sohn, Kaiser Friedrich, in der Blüthe der Mannesjahre. Die Trauer der gesammten gesitteten Welt bei dem jähen Abscheiden dieser beiden theueren Häupter unseres Volkes hatte in der ganzen Geschichte der Menschheit nie ihres Gleichen gesehen! Aus den fernsten Theilen der Erde, von den uns fremdesten Völkern, kamen nicht blos die rührendsten Worte der Theilnahme, auch Kranzspenden, werthvolle Beweise der Mittrauer der gesammten Menschheit. Zweimal in 99 Tagen hatte unser Volk die schwere Probe zu bestehen, ob das junge siebenzehnjährige deutsche Reich dem über dasselbe hereingebrochenen Verhängniß gewachsen sei, welches ihm sein Oberhaupt, seinen Kaiser dahinraffte! Und das Reich — Fürst und Volk — bestand die Prüfung! Um den Thron des jungen Hohenzollern Kaiser Wilhelm II. schaarten sich die deutschen Fürsten und Volksstämme in treuester Gesinnung — und die deutsche Sozialdemokratie sah mit Staunen und Ingrimm dieses alle deutschen Herzen erhebende Schauspiel. Ihr war die eitle Hoffnung vergällt, daß das „Todtschlagreich" — so nannte sie ja ihr deutsches Vaterland — in wüste Trümmer sinken werde mit dem Tode unserer beiden ersten Kaiser. Dankbarkeit, Anerkennung, Mitleid im Todesleiden, ist dieser Partei, mindestens den Fürsten ihres Volkes gegenüber, ein lächerliches Wort. Die Partei machte beim Tode unserer Kaiser in ihrer Presse nur ihrem Fürstenhasse, ihrem rohen, gemeinen Banausenthum gebührend Luft. Das Grab hat nichts Heiliges und Versöhnendes für diese Art, welche sich ja selbst rühmt, jeder frommen Scheu baar zu sein.

Die Geschichte einer derartigen Partei während dieses Jahrzehnts kann kurz berichtet werden. Sie füllt ja nur wenige Blätter — freilich, so oft sie erwähnt werden muß, die traurigsten und schmutzigsten unserer modernen Geschichte.

Die Reichstagssitzungen wurden im Jahre 1881 am 15. Februar eröffnet mit einer Thronrede, in welcher es heißt:

„Seine Majestät der Kaiser hat, im Hinblick auf das Gesetz vom 1. Oktober 1878, der Zuversicht Ausdruck gegeben, daß der Reichstag seine Mitwirkung zur Heilung sozialer Schäden im Wege der Gesetzgebung auch ferner nicht versagen werde. Diese Heilung wird nicht ausschließlich auf dem Wege der Repression sozialistischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein."

Deshalb kündigt die Thronrede die Vorlegung eines Unfallversicherungsgesetzes an. Der Entwurf wurde bei der ersten Lesung (Sten. Ber. vom 4. April) von Herrn Bebel in sehr bezeichnender Weise angegriffen:

„Wenn in den Motiven gesagt wird, daß dieses Gesetz der aus der christlichen Gesittung erwachsenden Staatsidee entspringe, so bestreite ich dies. Die moderne Staatsidee verdankt ihren praktischen Ausdruck der großen französischen Revolution. Die christliche Gesittung, das Christenthum überhaupt, hat mit der modernen Staatsidee gar nichts gemein, steht ihr sogar feindlich gegenüber. Die moderne Staatsidee verkörpert die Freiheit Aller. Das Christenthum kennt eine Gleichberechtigung der Menschen nicht. (Lebhafter Widerspruch.)"

Die Denkschrift der Regierung zur Rechtfertigung der Fortsetzung des sogenannten kleinen Belagerungszustandes über Hamburg-Altona und Umgegend und über Berlin und Umgegend (Drucksachen des Reichstages 1881, Aktenstück Nr. 30, S. 170 flg.) hatte festzustellen, daß „selbst in die Kasernen die Einführung von aufrührerischen Flugschriften (insbesondere des ‚Sozialdemokrat') durch sozialistische Agenten versucht worden ist, und zwar mit Erfolg", und einem Abgeordneten der Partei, Herrn Auer, erlaubte seine Erziehung, nachdem die Regierung dies „festgestellt" hatte, im offenen Reichstag zu sagen: „Ob es wahr ist, weiß ich nicht. Ist es wahr: schaden thut es nichts!" (Sten. Ber. S. 618, 2, 30. März.)

Am nämlichen Tage, da diese elenden Worte gesprochen wurden, ereilte in London den vormaligen „Freund" des Herrn Bebel, Johann Most, der kleinste Theil der verdienten Strafe. Er hatte nach der am 13. März erfolgten Ermordung des Kaisers von Rußland in seiner „Freiheit" zu weiterem Tyrannenmord aufgefordert, und wurde dafür mit mehr als einem Jahr hard labour belohnt, einer Strafe, welche erheblich bitterer ist als deutsches Zuchthaus. Er rettete dann, nach Verbüßung dieser Strafe, seine innerste Ueberzeugung nach dem freien Amerika, hatte aber auch dort das Unglück, für abermalige Anstiftung zum Mord — leider blos auf ein Jahr — in das Zuchthaus von Sing-Sing bei New-York abgeführt zu werden.

Die Leiden, welche er dort ausgestanden, hat Herr Most in einer besonderen Broschüre geschildert, welche jedem Menschen, der an der kräftigen Züchtigung eines unvergleichlich verworfenen Scheusales Genugthuung empfindet, vor amerikanischer Strafvollstreckung alle Achtung gebietet.

Die ersten der durch Most's Verführung dem Strafrichter verfallenen deutschen Anarchisten wurden im Oktober 1881 vom Reichsgericht in Leipzig zu schweren Zuchthausstrafen verurtheilt; unter ihnen befand sich glücklicherweise auch der Dämon von Most selbst*), der Belgier Dave, insgeheim der Spion der französischen Regierung

*) Vergl. die mehrfach genannte Broschüre „Die Hintermänner der Sozialdemokratie".

bei dem internationalen Arbeiterbund in London*). Unsere Sozialdemokraten, welche dasselbe, wie Jene, nur vorsichtiger und weniger täppisch planten und thaten, und die versuchte meuterische Aufwiegelung unseres Heeres nur von der straflosen Reichstagstribüne aus in Herrn Auer's klassischem Deutsch belobten: „schaden thut es nichts" — konnten nicht gefaßt werden.

Die Partei hatte sogar bei den nächsten Reichstagswahlen nicht unerhebliche Erfolge zu verzeichnen, während die Führer ihres linken anarchistischen Flügels das Zuchthaus von Halle bezogen. Bei den ersten allgemeinen Wahlen des 27. Oktober 1881 freilich erlangten die Sozialdemokraten nur 311,961 Stimmen (gegen 437,158 im Jahre 1878), also weit über 100,000 Stimmen weniger als 1878. Gewiß eine sehr erhebliche Minderung, welche Minister von Puttkamer (Sten. Ber. 1882/83 S. 766) sicherlich mit vollem Rechte der Wirksamkeit des Sozialistengesetzes gut schreiben durfte, da es die Massen der sozialistischen Verführung weniger zugänglich machte als zuvor. Aber leider führten andere Parteien bei den 97 Stichwahlen die Geschäfte der Sozialdemokratie — wie auch leider in dem nächsten Jahrzehnt bei den Stichwahlen! — so daß die rothe Partei aus den Haupt- und Nachwahlen insgesammt dreizehn Reichstagssitze gewann, gegen neun im Jahre 1878. Den Zuwachs aller Stimmen und Mandate aus Nachwahlen verdankt die Partei des Umsturzes lediglich der Parteiverblendung ihr an sich grundsätzlich feindlicher Wähler, da erfahrungsgemäß die Sozialdemokratie schon zur ersten (Haupt-)Wahl ihre ganze Streitmacht, bis zum letzten Mann, aufzubieten versteht**). Unter den neuen Abgeordneten der Partei ragten nur der bayerische Exlieutenant von Vollmar und der Berliner Mäntelfabrikant Singer über das in der Hauptmasse dieser „Reichstagsfraktion" verkörperte allgemeine Banausenthum hervor.

Der neue Reichstag wurde am 17. November 1881 mit jener Kaiserlichen Botschaft eröffnet, welche Kaiser Wilhelm und Bismarck gemeinsam als gewaltiges und unvergängliches Denkmal am Eingange der weiten, großen Bahnen der deutschen Sozialpolitik aufrichteten. Darauf stehen die goldenen Worte:

„Wir halten es für Unsere kaiserliche Pflicht, dem Reichstage die Aufgaben der Heilung der sozialen Schäden von neuem an's Herz zu legen, und würden mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen

*) Das erhellt aus den Geheimakten, welche dem Reichsgericht bei der Urtheilsfällung vorlagen.

**) Die sehr interessante Wahlstatistik der Vor- und Nachwahl von 1881, welche das Obengesagte bestätigt, ist für jeden Kreis und im Gesammtergebniß aus der Drucksache des R.-T. Nr. 61, 1861, S. 198—263, zu ersehen.

Gott Unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es Uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen. ... Die Lösung dieser Aufgaben ist in der kurzen Frist einer Session nicht zu bewirken. Zu deren Anregung halten Wir Uns aber vor Gott und Menschen, ohne Rücksicht auf den unmittelbaren Erfolg derselben, verpflichtet."

Wie sich unsere Sozialdemokratie diesen kaiserlichen Worten und Werken gegenüber aufführte, werden wir in den späteren Abschnitten kennen lernen.

Vorläufig war sie noch mehr beschäftigt mit der am 27. Juni erfolgten Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Leipzig und Umgegend, und mit den Debatten über die Begründung dieser Maßregel, sowie der Verlängerung des Sozialistengesetzes, welche am 10. Dezember im Reichstag begannen. Der Leipziger Belagerungszustand namentlich war den Herren Abgeordneten äußerst unbequem, da dort die Hauptführer der Partei, die Herren Liebknecht, Bebel, Hasenclever u. s. w. der Ausweisung verfallen waren. Im Ganzen waren bis dahin aus Berlin 155, aus Hamburg-Altona 195, aus Leipzig und Umgegend 80 Mann ausgewiesen worden. Die Denkschriften der Regierungen zur Begründung dieser Maßregeln (Drucksachen des Reichstages 1881/82, Nr. 14, S. 29 folg.) stellen betreffs Hamburg-Altona's fest, daß dort „die Versuche zur Verführung der Truppen fortgesetzt werden", und daß auf dem in London abgehaltenen ‚sozialrevolutionären Kongresse' „die Wiederherstellung der ‚Internationale' beschlossen worden sei, mit dem ausgesprochenen Programm der sozialen gewaltsamen Revolution um jeden Preis." Die Denkschrift der sächsischen Regierung bietet interessante Einzelheiten über die feste, geheime Ordnung der Partei in den Leipziger Wahlkreisen und hat gleichfalls festzustellen: „einige Versuche, aufwiegelnde Flugblätter unter die Kasernen Leipzigs und der Vororte zu verbreiten, sind glücklicherweise vereitelt worden." Die preußische Denkschrift erwähnt: „der vormalige Reichstagsabgeordnete Hasselmann hat von Amerika aus Gelder nach London geschickt und vorgeschlagen, Höllenmaschinen dafür zu kaufen."

Die „Führer" waren durch den gegen ihre werthen Personen in Leipzig geführten Schlag noch so verblüfft, wie die ganze Partei in der ersten Zeit nach Erlaß des Sozialistengesetzes; so sehr, daß unter den Führern im Dezember offenbar noch nicht mal die Taktik gegenüber der Regierung feststand. Denn Hasenclever renommirte am 10. Dezember (Sten. Ber. S. 297) ganz dreist: „Es fällt uns gar nicht ein, den Antrag zu stellen, daß das Sozialistengesetz oder der Belagerungszustand aufgehoben werden

solle; wir fühlen uns vorläufig recht wohl darunter!" während Herrn Bebel damals und noch manches Jahr später Schaum auf die Lippen trat, wenn er schilderte, daß er damals „gehetzt worden sei wie ein räudiger Hund", und während endlich Herr Liebknecht schon damals den Antrag einbrachte, alle Ausnahmegesetze aufzuheben, auch dasjenige, unter welchem sich Herr Hasenclever so wohl zu fühlen in seinem und seiner „Genossen" Namen versichert hatte!

Dieser Antrag wurde von Herrn Liebknecht gleich nach Eröffnung der Frühjahrssession des Reichstags des Jahres 1882 am 3. Mai wieder eingebracht. Als „Ausnahmegesetze" waren darin aufgeführt: das Jesuitengesetz von 1872 (!), das Expatriirungs- und Internirungsgesetz (gegen renitente katholische Würdenträger) von 1874, das Sozialistengesetz von 1878, der Kanzelparagraph im Strafgesetzbuch, und — der Diktaturparagraph für Elsaß-Lothringen. Das dreiste Unterfangen verfolgte natürlich nur den Zweck eines parlamentarischen Putsches nach dem Geschmacke des Herrn Liebknecht; und die Hereinziehung der noch bestehenden Gesetze aus der Zeit des Kulturkampfes, sowie des Diktaturparagraphen machte den vergeblichen Versuch, auch das Centrum und die elsässischen Protestler an diesem Putsche zu betheiligen. Die Begründung des Herrn Liebknecht entsprach der Reinheit der Absichten der Antragsteller (Sten. Ber. 1882/3, S. 832 flg.):

„Die Ausnahmegesetze wirken verhängnißvoll, weil sie den gesetzlichen Zustand durchbrechen und einen Zustand geschaffen haben, welcher eine reformatorisch gedeihliche und friedliche Entwickelung unmöglich macht. Das Sozialistengesetz hat in Hunderttausenden (!), in Millionen (!!) das Bewußtsein der absoluten Rechtlosigkeit erweckt und Erbitterung erzeugt. Sie selbst haben dadurch unsere Partei von dem Boden des Gesetzes und der Gesetzlichkeit abgedrängt." (Welche wissentliche Entstellung, wenn man das gesetzesverachtende Verhalten der Partei von 1871 bis 1878 betrachtet!) „Wir werden bestehen, sei es gesetzlich oder nicht gesetzlich. Ein Gesetz, welches in unser Menschenrecht (!) eingreift, uns das Recht der Existenz (?) rauben will, erkennen wir nicht an, sonst wären wir elende Feiglinge. Wir pfeifen auf das Gesetz; das haben wir gethan und das werden wir thun." Und zur Begründung der Aufhebung der Diktatur im Reichslande, den dortigen Französlingen zuliebe, von denen in den folgenden Jahren viele wegen versuchten Landesverrathes oder Hochverrathes vom Reichsgericht verurtheilt wurden, sagte der große deutsche Volkstribun (S. 840): „Die Annexion von Elsaß-Lothringen ist nicht blos ein Verbrechen an der Humanität, ein Verbrechen am Selbstbestimmungsrecht der Völker (!)" — als ob die Bewohner der Reichslande ein „Volk" bildeten, oder gar mehrere „Völker" — „sondern auch ein großer politischer Fehler; das annektirte Elsaß-Lothringen ist ein Pfahl im Fleische Europas (!), so daß in Frankreich die Revancheidee erwachen muß!" Gleichwohl aber versicherte der Freiberger Sozialdemokrat Kayser, der schrecklichste Vielredner, welchen die Partei je gezüchtet hat, und dessen unbeschreibliche Unbildung ihm gestattete, über jeden beliebigen Gegenstand

mit jener unerschütterlichen Unbefangenheit, welche allein die vollständigste Unwissenheit verleihen kann, stundenlang zu schwatzen, noch in derselben Sitzung: „Wir Sozialdemokraten fühlen (!) uns so gut Deutsch, wie jede andere Partei.“

Während der Schwiegervater Herr Liebknecht in den oben mitgetheilten dreisten Worten auf das Gesetz zu „pfeifen“ fortfuhr, lüftete dessen Schwiegersohn Herr Geiser in der Sitzung vom 15. Juni 1882 das innerste Parteigeheimniß, indem er mit nackten Worten erklärte, daß diese „sich deutsch fühlenden“ Männer dem Reiche irgend welche Gelder nur bewilligen würden, wenn das Reich zuvor die kommunistische Umwälzung widerstandslos an sich vollziehen lasse. Diese Worte, so unbedeutend sie sind, müssen hier doch festgenagelt werden, da sie „Namens der Partei“ abgegeben wurden. Sie lauten (Sten. Bericht S. 503 flg.):

„Wir sind der Ansicht, daß es sich keineswegs darum allein handelt, unter Beibehaltung der herrschenden Regierungsgrundsätze, Ersparnisse zu machen, sondern durch Aenderung des Systems die gegenwärtigen Staatsausgaben in großem Maßstabe zu beschränken, hauptsächlich dadurch, daß der herrschende Militarismus durch ein volksthümliches Wehrsystem ersetzt wird. Ferner sind wir der Ansicht, daß zur Befriedigung der öffentlichen Bedürfnisse Mittel gehören, die wir bewilligen würden, wenn wir von der Ehrlichkeit (!) und Zweckmäßigkeit der betreffenden Maßregeln“ (der Sozialpolitik) „überzeugt wären. Dabei halten wir aber für nothwendig zu betonen, daß wir unter ‚Befriedigung der öffentlichen Bedürfnisse‘ die radikale Aufhebung des Menschenelends durch Beseitigung der kapitalistischen Produktion, und unter wirksamen Bürgschaften der politischen und persönlichen Freiheit verstehen.“

Während sich also die Dynastie Liebknecht in dieser Thronrede ihres Schwiegersohnes und in ihrem eigenen Pfeifen auf das Gesetz, nebst der gesammten Partei, ganz ungenirt auf ungesetzlichen, umstürzlerischen und vaterlandslosen Boden stellte, verlangten ganz dieselben Herren wieder, fast in demselben Athemzuge, daß man in ihren werthen Personen die gesetzliche Vertretung des deutschen Volkes, „die Würde des Reichstags“, verkörpert sehe. Denn sowie einige von ihnen durch polizeiliche Beobachtung belästigt wurden, erhob der grimme fränkische Recke Grillenberger am 16. Juni, einen Tag nach der gesetzesverachtenden Rede Geiser's, seine Donnerstimme zu einer „Interpellation wegen polizeilicher Ueberwachung der (!) Reichstagsmitglieder“ (Sten. Ber. S. 520 flg.), da diese Ueberwachung „doch unbedingt die Würde des Reichstags nahe berührt“.

Er nennt die Pflichtübung der Polizeibeamten „Rohheiten, Manieren, die geradezu unerhört sind, niederträchtige Chicanen, Spitzelei, welche nur bezweckt, Material zum Herausschmeißen, zur Ausweisung unserer Freunde zu bekommen. Aber man erkennt nachgerade die Leute“ (die Polizeibeamten)

„an ihren gemeingefährlichen (!) tückischen Gesichtern. Und unsere wackeren Berliner Genossen ‚versetzen'" (veralbern) „sie jedesmal, wenn sie wollen. Die werden immer mit der Polizei fertig, und wenn nicht, da brauchen wir unsere Genossen nur in das Reichstagsgebäude kommen zu lassen, dagegen helfen die Niederträchtigkeiten der Polizei nicht und auch der Belagerungszustand nicht!"

Das ist „Würde des Reichstags", daß das Gebäude der deutschen Volksvertretung zu ungesetzlichen Verschwörungen mißbraucht wird. Und hat die „Würde" eines sozialistischen Reichstagsabgeordneten irgendwie einen größeren Anspruch auf Achtung, als die Verfassung des Deutschen Reiches, als die von Reichstag, Bundesrath und Kaiser gemeinsam erlassenen Gesetze, welche doch von unserer Sozialdemokratie, um in der geschmackvollen Redeweise des fränkischen Kleon fortzufahren, tagtäglich „in empörender Weise mit Füßen getreten werden"? Aber wie diese Partei selbst die „Würde des Reichstags" achtet, erlebte man noch im nämlichen Jahre. Denn als am 11. Dezember 1882 Herr Geiser sich beklagte, daß er nicht zum Worte gekommen sei, rief sein Parteigenosse, der adlige Herr v. Vollmar: „Skandal!" (Sten. Ber. S. 735), und zwei Tage darauf erklärte dieser Herr v. Vollmar dem Reichstag selbst (S. 761):

„Nun, m. H., begreife ich ja vollständig, daß Sie sich solcher Mittel bedienen müssen" (nämlich „der verwerflichsten Polizeispionage mit Hilfe in den Polizeisold gestellter Verbrecher"). „Ihre Sache ist ja auch danach."

Das ist nach dem sozialistischen Komplimentirbuch die „Würde des Reichstags"! Natürlich wird dieser „Gute Ton für alle Lebenslagen" noch wesentlich freier, frischer und anmuthiger, wenn die Herren ganz unter sich und von dem lästigen Zwange der parlamentarischen Ordnung befreit sind. Das bewies von neuem das am 27. August 1882 stattgefundene Parteifest in Wyden (Schweiz), welches die mehrtägigen Züricher Kongreßverhandlungen abschloß.*) Die Festlieder, welche hier gesungen wurden, waren „Das Petroleumlied" — dessen Inhalt man sich schon nach dem Titel denken kann — und „Das Lied vom Bürgermeister Tschech" — des Mannes, welcher auf König Friedrich Wilhelm IV. schoß und hingerichtet wurde. Und diesen Liedern entsprachen auch die Festreden, namentlich die des fränkischen Demosthenes Herrn Grillenberger, welcher dort donnerte:

„Der Tag der Vergeltung wird kommen, unabweisbar, ganz bestimmt; durch ganz Deutschland gährt es, das Volk ist der Schurkereien und Bedrückungen müde und satt; der Tag ist möglicherweise nicht mehr fern,

*) Sten. Ber. des R.-T. vom 13. Dezember 1882, S. 770, 792, 797.

wo das Volk sich erheben und Rechenschaft von seinen Unterdrückern, seinen Tyrannen und diesem ganzen Gesindel fordern und mit denselben aufräumen wird. Um aber im gegebenen Augenblicke nicht unvorbereitet zu sein, genügt es noch nicht, daß man blos die Genossen wirbt, jeder muß am Tage des Gerichts auch wissen, was er zu thun hat, wo er hingehört, welche Stelle in dem großen Kampfe er einnimmt, damit der Erfolg gleich von vornherein gesichert sei. Dies zu bewerkstelligen, ist die Hauptaufgabe der deutschen Sozialdemokratie."

Herr Grillenberger versuchte zwar (Sten. Ber. S. 792), diese blutige Rede von sich abzuschütteln, sie wenigstens abzuschwächen. Aber abgesehen davon, daß Minister von Puttkamer, welcher sie verlesen hatte, S. 797 ganz bestimmt versicherte: daß er diese Fassung „von einem ganz zuverlässigen und in keiner Weise vertrauensunwürdigen Berichterstatter, und keine Veranlassung habe, an der Zuverlässigkeit des Berichts zu zweifeln", mußte auch Herr Grillenberger zugeben: er habe in Wyden „über die alten und neuen Raubritter (!!)" gesprochen und gesagt: „Wenn man in den herrschenden Kreisen nicht zur besseren Einsicht gelangt und die schrecklichen Verfolgungen fortgesetzt werden, dann kann allerdings einmal (?!) die Zeit kommen, wo das biblische Wort zur Anwendung kommt: ‚Auge um Auge, Zahn um Zahn.'"

Herr von Vollmar gab in Holland 1882 ähnliche Gastrollen. Er sagte dort*):

„Wir schrecken nicht vor der Wirkung zurück" (d. h. vor der Revolution!); „im Gegentheil, wir hoffen auf sie. Wie viel Jahre es noch dauern wird, können wir zwar nicht wissen. Aber wie lange sie auch noch dauern, und was auch immer die Regierung thun möge, dessen können wir sicher sein, daß der erwartete Augenblick die deutschen Sozialdemokraten bereit finden wird, nicht allein um zu streiten, sondern auch um mit kräftiger Hand und mit dem Bewußtsein ihres Berufes (!) die Leitung der Sache in Deutschland in die Hand zu nehmen. Dafür bürgt unsere Organisation. Es lebe die internationale Verbrüderung der Lohnsklaven!"

Aber Herr von Vollmar hatte, im Unterschiede zu seinem Kollegen Grillenberger, doch wenigstens den Muth, zu seinen Worten zu stehen. Denn er rief bereits am 13. Dezember 1882 (Sten. Ber. S. 797):

„Ich bin nicht parlamentarisch, ich betrachte den Parlamentarismus lediglich als ein Mittel." — Wie müssen sich doch die Wähler eines solchen Herrn geschmeichelt fühlen, welchen er vorspiegelt, ihre Interessen zu vertreten, während er in Berlin erklärt, daß er gar nicht im Reichstag sei, um „parlamentarisch" zu wirken, sondern nur um die Tribüne des Reichstags zu seiner Parteiagitation zu mißbrauchen! — „Revolutionär als Sozialdemokrat, bin ich nicht blos in England, sondern überall!"

---

*) Mitgetheilt vom Minister von Puttkamer in der Sitzung des R.-T. vom 20. März 1884, Sten. Ber. S. 152 flg.

Das Jahr 1883 begann für die rothe Partei damit, daß der Antrag Liebknecht auf Aufhebung aller Ausnahmegesetze am 11. Januar mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. In derselben Sitzung aber erlebte Herr Liebknecht bei Begründung seines Antrags eine Demüthigung, welche jeden andern Abgeordneten, der auf seine eigene und des Reichstags „Würde" hält, gezwungen haben würde, sein Mandat niederzulegen und sich geraume Zeit hindurch vor keinem Menschen mehr sehen zu lassen. Herr Liebknecht wurde nämlich vor versammeltem Reichstag der offenbaren wissentlichen Verleumdung sächsischer Behörden überführt.

Er behauptete (Sten. Ber. S. 835) nämlich: „Der Spion Schmidt" (ein Sachse) „ist in Zürich für einen Attentatsfond thätig gewesen, und in den Briefen, welche an ihn von den sächsischen Polizeibeamten gerichtet worden sind, ist davon die Rede, daß der Besuch des deutschen Kaisers in Dresden bevorstehe. Ist hier nicht ein Wink mit dem Scheunenthor gegeben, daß man für diesen Fall ein Attentat wünsche?"

Der sächsische Bundeskommissar und Generalstaatsanwalt Held wiederholte zunächst diese Worte (S. 842) mit der Anfrage an Herrn Liebknecht, ob Held seinen Ohren trauen dürfe; und als dieser Abgeordnete dazwischenrief: „Vollkommen richtig verstanden, es steht im Briefe des Herrn Polizeikommissar Weller und in der von uns im Reichstag vertheilten Broschüre (!!)," da sagte Held einstweilen blos: „Dann habe ich zu erklären, daß ich das, was ich wünschte, erreicht habe, ich habe nämlich den Vorwurf als hier geschehen konstatirt."

Herr Liebknecht mußte nun nothgedrungen den Brief verlesen, in welchem so ungeheuerliche Dinge stehen sollten (Sten. Ber. S. 888), und als unwillige Rufe des Erstaunens hierbei laut wurden, da das von Herrn Liebknecht Behauptete im Briefe nicht stand, mußte er auch zugeben, daß „dem Wortlaut nach" in dem Briefe nicht stehe, was er gesagt hatte. Aber er half sich mit der von ihm erfundenen weiteren Behauptung: „Für das, was die Agenten der Polizei" — NB. nur nach der Behauptung des Herrn Liebknecht, und jedenfalls außerhalb ihres Auftrages — „thun, sind die Behörden verantwortlich!"

Darauf faßte nun der Generalstaatsanwalt Held den Verleumder mit zermalmender Wucht. „Ich war vorsichtig," sagte er (S. 848), „indem ich dem Herrn das, was er gesagt hatte, nochmals formulirt vortrug und von ihm als gesagt bestätigen ließ. Hiernach ging seine Behauptung dahin, daß die sächsische Polizei mit dem Scheunenthor gewinkt und zu erkennen gegeben habe, wie es wünschenswerth sei, daß ein Attentat verübt werde. Die Redensart ‚mit dem Scheunenthor winken' bedeutet das grobverständliche Zuerkennengeben eines Willens oder Wunsches, und so aufgefaßt, enthielt diese Behauptung gegen die Dresdener Polizei den Vorwurf einer hochverrätherischen Politik. Aus dem vorgelesenen Briefe ergab sich eine solche Willensmeinung nicht, der Herr hielt also selbst seine Beschuldigung einer geflissentlichen Anstiftung nicht ferner aufrecht, sondern er suchte die Polizei nur für eine gewisse Culpa" (schuldvolle Fahrlässigkeit) „verantwortlich zu machen. Ich stelle diese Thatsache fest, nicht als den ersten, sondern als einen weiteren Beleg dafür, auf welchen Grundlagen der Herr

Abgeordnete hier Behauptungen aufstellt, als einen Beleg seiner Methode!" Viktor Scheffel würde gesagt haben: „Den Mann hat's!" Und der Leser wird nicht anders denken.

Das Jahr war unfraglich für unsere Sozialdemokratie unter recht üblen Anzeichen begonnen. Denn schon am 12. Februar wurde der Schwiegersohn der Dynastie Liebknecht, Herr Geiser, zugleich mit seinem „Kollegen" und Genossen Frohme, dabei ertappt, daß sie ihre Reichstagsfreifahrkarten dazu mißbrauchten, in Frankfurt einer Dame die unentgeltliche Beförderung ihres Gepäckes nach Leipzig zu verschaffen. Die Folge dieser Handlung war die Erhebung einer Anklage wegen gemeinen Betruges gegen die beiden Abgeordneten, welcher der Reichstag, trotz der Privilegien der beiden Herren, zum ersten Male seit 1867, ihren ordentlichen Lauf ließ (Sten. Ber. S. 1494 flg.).

Ein Hauptschlag traf die Umsturzpartei ferner durch den am 13. März in London erfolgten Tod ihres Dalai Lama Karl Marx. Nach der sozialistischen Glaubenslehre und Hausgesetzgebung rückte freilich Herr Liebknecht sofort an dessen Stelle und hielt demgemäß auch bei der Todtenfeier von Marx in London eine bezeichnende Rede (Sten. Ber. des Reichstages 1884, S. 153), welche damit begann: „Es lebe die soziale Revolution!"

Damit war aber das Mißgeschick der Partei in diesem Jahre noch bei weitem nicht erschöpft. Denn am 3. April wurden die vom deutschen sozialistischen Kongreß in Kopenhagen zurückkehrenden Abgeordneten v. Vollmar, Frohme, Dietz, Auer, und der erst später im August, bei einer Nachwahl in Hamburg in den Reichstag gewählte Bebel, in Kiel verhaftet und durchsucht. Man fand zwar nichts bei ihnen, aber man stellte durch ihre Anwesenheit an dieser Stelle, zu dieser Zeit, und durch ihre Aussagen und Fahrkarten fest, daß sie vom Kongresse der sozialdemokratischen Partei in Kopenhagen kamen, und machte ihnen deßhalb später mit Erfolg den Prozeß wegen Theilnahme an einer Verbindung, „zu deren Zwecken gehört, Maßregeln der Verwaltung oder die Vollziehung von Gesetzen durch ungesetzliche Mittel zu verhindern oder zu entkräften" (Reichs-Strafgesetzbuch § 129). Diese Verhaftungen waren also gar nicht so fruchtlos, wie der „Sozialdemokrat" Anfangs höhnend verkündete.

Außer den genannten Herren waren auch die Abgeordneten Blos, Liebknecht, Hasenclever, Kräcker, Kayser, Geiser und Grillenberger in Kopenhagen zum Kongresse gewesen, wie der „amtliche" „Sozialdemokrat" (im April 1883) zu rühmen wußte.

Dieser Kongreß verschlang an Reise- und Hotelkosten der Theilnehmer allein 10,000 Mark, also hunderttausend „Schweißgroschen" der armen bethörten Arbeiter. Der „Sozialdemokrat" rühmte das

aber gleichfalls, und zwar nicht etwa als Beweis dafür, wie gut die Herren „Führer" zu leben verstünden, sondern als „Beweis dafür, daß die Partei so ungeschwächt dastehe als je." Die Thätigkeit der genannten Herren in Kopenhagen war sicherlich eine gesetzwidrige.

Denn es war dort einstimmig beschlossen worden „ein rücksichtsloses Vorgehen der Partei", sowohl der Regierung als den „herrschenden Klassen" gegenüber. Auch wurde eine sehr scharfe Resolution gegen die „sogenannte Sozialreform" angenommen, welche „nur als taktisches Mittel benutzt werde, um die Arbeiter von ihren wirklichen Interessen abzuleiten". Die Hauptsache aber war die Vorbereitung der 1884er Reichstagswahlen, der Erlaß eines allgemeinen Wahlmanifestes und die Einsetzung einer verbotenen Centralstelle für die sozialdemokratischen Wahlen. Kompromisse, und Unterstützung anderer Parteien bei Stichwahlen, wurden grundsätzlich verboten, wie in Wyden 1880, aber das Verbot wurde 1884 thatsächlich so wenig gehalten, wie 1881. Die Einnahmen der Partei betrugen vom August 1881 bis Februar 1883 95,000 Mark in Deutschland, 16,000 Mark bei der Züricher Centralstelle; außerdem 150,000 Mark an lokalen Einnahmen für Wahlen, Unterstützungen u. s. w. Aus Amerika waren 13,000 Mark für die nächsten Wahlen eingegangen.

Obwohl nun die Gesetzlosigkeit und Strafbarkeit solcher Berathungen und Beschlüsse, sowie der Theilnahme an denselben, nach dem Sozialistengesetz, auch einem Abgeordneten von Herrn Kayser's Fähigkeiten keinen Augenblick verborgen sein konnte, so getraute sich dieser Herr doch, am 4. April 1883 (Sten. Ber. S. 1620) über die völlig gesetzwidrige Verhaftung seiner Genossen im Reichstag Klage zu führen, auf Grund von Depeschen, welche er erhalten habe — man mußte annehmen, soeben, später mußte er aber einräumen, bereits „gestern" — und die sofortige Freilassung dieser dem Reichstage so unentbehrlichen Mitglieder zu begehren. Um die Schändlichkeit des Verfahrens der Polizei recht grell zu beleuchten, sagte er: „Ein Theil der Mitglieder dieses Hauses ist bei einer Reise, um hier an den Sitzungen des Reichstages theil zu nehmen, gewaltsam verhindert worden, in den Reichstag einzutreten!" Der Reichstag hatte natürlich am 4. April noch gar keine Ahnung von dem sozialistischen Kongreß in Kopenhagen, und mußte daher, nach Kayser's Worten, annehmen, daß die pflichttreuen sozialdemokratischen Kollegen auf „einer Reise" von ihrer Heimath nach Berlin „gewaltsam verhindert worden seien, in den Reichstag einzutreten." Die freche Verlogenheit dieses dem Reichstag vorgegaukelten sozialistischen Schwindels konnte Minister von Scholz leider erst neunzehn Tage später, am 23. April, nach Eingang der Kieler Akten, enthüllen. Da stellte er (Sten. Ber. 2104) fest, daß die am 3. April in Kiel verhafteten Abgeordneten dort bereits am nämlichen Tage zwischen 12 und 1 Uhr Mittags wieder entlassen wurden, also

auch mit dem gemüthvollsten Bummelzuge zu der Sitzung des Reichstages vom 4. April, welche nach dem Sten. Ber. S. 1618 erst um 11 Uhr 25 Minuten Vormittags begann, hätten in Berlin eintreffen können, wenn ihre „Reise" irgendwie auf das von Herrn Kayser behauptete Ziel, „um hier an den Sitzungen theil zu nehmen", gerichtet gewesen wäre. Ja, es war nach diesen Thatsachen sogar im höchsten Grade wahrscheinlich, daß dieser redseligste aller Abgeordneten (außer Herrn Singer) am 4. April, als Kayser die Freilassung seiner „Genossen" verlangte, bereits sehr wohl wußte, daß sie nicht mehr in Haft waren. Zuzutrauen war dem Frechling Alles. Hatte er doch mal (1879, Sten. Ber. S. 1118—1120) die Auszählung des Hauses wegen von ihm frivol angezweifelter Beschlußfähigkeit beantragt, und dann bei der Auszählung nicht einmal mit „Hier" geantwortet, sich also zu den übrigen fünf unentschuldigt Fehlenden seiner „Fraktion" eintragen lassen, obwohl seine ansehnliche Leiblichkeit anwesend war! Der Präsident verkündete, daß „dieses Verfahren" des Frechlings „amtlich konstatirt" sei (S. 1119). Aber die sozialdemokratische Partei hat so wenig Gefühl für Anstand und für die „Würde des Reichstages", daß sie auf ihrem Kongreß in Halle 1890 auch einen Menschen, welcher sich als Abgeordneter so betragen hatte, zu „jenen Treuen und Tapferen" rechnete, „welche bis zum letzten Athemzuge in nie versagender Treue mit uns gekämpft haben" (Protokoll des Halle'schen Kongresses S. 19).

Indessen Herr Liebknecht überbot dieses Benehmen Kayser's in Sachen der Kieler Verhaftungen noch, indem er mit diesem gemeinsam am 1. Mai im Reichstag den Antrag einbrachte: „wegen Einleitung eines Verfahrens gegen Polizeibeamte, welche Abgeordnete gewaltsam hinderten, an den Berathungen und Beschlußfassungen des Reichstages theil zu nehmen [!?]" (Sten. Ber. S. 2251). Der Antrag wurde an die Geschäftsordnungskommission gewiesen, und diese fand keinen Anlaß, auf die Wünsche der Herren Antragsteller einzugehen. Die Rede, welche Herr Liebknecht zur Begründung dieses von ihm, mit der ihm eigenen — sagen wir Standhaftigkeit, aufrecht erhaltenen und bei dem neuen, 1884 gewählten Reichstag von neuem eingebrachten Antrages anderthalb Jahre später, am 17. Dezember 1884 hielt, verdient hier gleichfalls festgenagelt zu werden. Sie lautet (Sten. Ber. 1884/85, S. 428 flg.):

„Die Abgeordneten sind es, für die Sie Alle solidarisch einzutreten haben" — NB. wenn die betroffenen Abgeordneten Sozialdemokraten sind, denn die Uebrigen werden von dieser Partei nur „solidarisch" beschimpft, wie wir sofort sehen werden —. „Das Schlimmste, was dem Reichstag geschehen kann, ist, daß der Schild der Immunität, der seine Angehörigen schirmt, zerbrochen wird" (oder durch Schmachreden besudelt wird!). „Wenn

der Reichstag das geschehen läßt" (nämlich eine vollkommen gesetzliche Festnahme ungesetzlich handelnder Empörer und Verschwörer!); „nun, m. H., dann haben Sie die Behandlung verdient, welche Ihnen (!) von Seiten der Regierungen bisher (!!) zu Theil geworden ist! Wenn Sie aber wirklich Achtung verdienen wollen" — frecher kann doch der Reichstag nicht wohl beschimpft werden?! — „dann treten Sie ein für die Abgeordneten" (d. h. natürlich wieder für die Sozialdemokraten), „in deren Person der Reichstag (!) angetastet worden ist, und sorgen Sie dafür, daß die Beamten, welche diesen Frevel (!!) begangen haben, auch der Schwere desselben entsprechend bestraft werden!"

Dieser Schimpf gegen den Reichstag war um so gröblicher, als inzwischen, wie bemerkt, neue Wahlen stattgefunden hatten, und dieser neue Reichstag daher an der Nichterledigung der Liebknecht'schen „Würde"qualen völlig unschuldig war. Ganz vortrefflich wurde diese Rede von dem Bundeskommissar Oberregierungsrath Weymann abgefertigt (S. 430), welcher ganz kühl sagte: „Die Herren hätten sich an den Staatsanwalt mit einer Beschwerde wenden sollen. Was soll denn der Reichstag?" Ja, was soll denn der Reichstag? Auch darauf gab Herr Liebknecht Antwort, und enthüllte damit vollends seine ungeheuerlichsten Vorstellungen von der „Würde des Reichstages" und das Maß seiner Achtung vor Gesetz und Recht! Er sagte nämlich am 15. Januar 1885 (Sten. Ber. S. 625 flg.):

„Gegen die Theilnahme am Kopenhagener Kongreß ist in Chemnitz Anklage wegen geheimer Verbindung erhoben worden. Das beweist, daß der Haß gegen den Parlamentarismus (!?), welcher sich ja auch uns gegenüber im Reichstage selbst so häufig kund giebt (!), gar seltsame Früchte trägt."

Also weil einige „Genossen" dieses Herrn mit vollem Recht in Strafuntersuchung gezogen waren*), auf Grund der Thatsachen, welche durch ihre Verhaftung in Kiel festgestellt worden waren, deshalb sollte der deutsche Reichstag diese Festnahme für einen „Frevel", für eine „Antastung" seiner Hoheitsrechte, seiner „Würde", erklären, und die „Bestrafung" der pflichttreuen Polizeibeamten fordern — um jene Verschwörer und Aufrührer der wohlverdienten und ihnen später auch verabreichten Gefängnißstrafe zu entziehen. Herr Liebknecht muthete dem Reichstag also mit dürren Worten zu, sich, unter dem schmachvollsten Mißbrauch seiner „Würde", zum Helfershelfer und Hehler (Begünstiger) jener sträflichen Gesellen zu erniedrigen. Es giebt einen Ekel, welcher sich parlamentarisch nicht ausdrücken läßt, und dieser Ekel überkommt uns bei einem Treiben dieser Art.

---

*) Und zwar schon am 16. September 1884, was Herr Liebknecht also am 17. Dezember 1884 genau wußte, aber verschwieg!

Wir haben, um diesen gröblichen sozialistischen Schwindel im Zusammenhang darzustellen, das Jahr 1883 verlassen, und berichten nun über die, in diesem Jahre des Unsterns für die sozialdemokratische Partei, ihr weiter zu Theil gewordenen — selbstverständlich überall wohlverdienten — Schläge. Der nächste Abgeordnete, welcher solche erhielt, war Herr Stolle, seines Zeichens sonst Kneipwirth in Gesau in Sachsen. Der Herr benützte am 6. April 1883 die Abwesenheit aller Vertreter des Kriegsministeriums im Reichstag, um die Behauptung aufzustellen: „daß man in deutschen Offizierskasinos junge Mädchen entkleidet tanzen lasse" (Sten. Ber. S. 1707). Darauf erklärte zunächst, da die Militärverwaltung augenblicklich nicht vertreten war, der Finanzminister Scholz (S. 1709):

„Eine solche Insinuation weise ich als eine durchaus unberechtigte und bedauerliche zurück. (Sehr gut!) Ueber diese Zurückweisung hinauszugehen und in die Sache näher einzutreten, halte ich mit der Würde der verbündeten Regierungen nicht vereinbar."

Herr Stolle versuchte sich nun für seine ungeheuerliche Behauptung zunächst auf uralte Nummern des sozialistischen Lügen- und Schandblattes „Vorwärts" zu beziehen, und zwar ohne auch nur die Nummern näher zu bezeichnen, mit der unglaublich ungebührlichen Zumuthung an den Reichstag (S. 1713): „Suchen Sie sich das weitere im ‚Vorwärts' selbst!" Aber so leichten Kaufes ließ man glücklicherweise den schnöden Verleumder deutscher Offiziere nicht abziehen! Zunächst packte ihn Herr von Köller, der heutige Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses, kräftig, indem er sagte (Sten. Ber. S. 1714):

„Der Abgeordnete Stolle hat, obwohl ihm Gelegenheit gegeben war, die von ihm erhobene schimpfliche Anklage zu beweisen, das nicht gethan. Er hat nicht das geringste bewiesen. Wir Mitglieder des Reichstags haben ein Interesse daran, daß man im Lande nicht sage: Die Rednertribüne wird mißbraucht! Ich stelle daher fest, daß dieser Abgeordnete Behauptungen auf die Tribüne gebracht hat, welche er nicht erwiesen hat, Behauptungen, welche hier wie im ganzen Lande für unwahr gehalten werden müssen!"

Herr von Minnigerode aber erklärte (ebenda):

„Ich gehe in diesem Falle noch weiter, als mein Freund Köller. Ich bedaure, daß der Abgeordnete Stolle sich nicht einmal dazu hat aufraffen können, seine Worte hier zu bedauern und zurückzunehmen. Es giebt freilich nur für Den einen Ehrenpunkt, der Ehre im Leibe hat!"

Die hierauf folgende Ausflucht des Verleumders bewies nur von neuem, mit welcher unglaublichen Frivolität er zu Werke gegangen war. Er sagte nämlich (S. 1715):

„Ich werde noch im Laufe dieser Session (!) die Beweise für meine Behauptungen beibringen. Es ist mir jetzt schon (!) mehrfach Beweismaterial von Personen, die sich auf der Tribüne befinden, versprochen

worden (Unruhe). Ich werde dann später eine ganze Zusammenstellung bringen."

Der Mann hat von allen diesen Versprechungen nichts gehalten. Er hat zwar einmal viel später erklärt, er lege „Briefe", welche seine Behauptung beweisen sollten — er sagte nicht von wem diese „Briefe" kämen, und ob deren Verfasser im Stande seien, die Glaubhaftigkeit des Redners zu stützen —, „auf dem Tische des Hauses" nieder. Aber er vermied sorgfältig alle parlamentarischen Mittel der Geschäftsordnung, um den Makel frivoler Verleumdung von sich abzuwehren. Er durfte sich daher auch nicht beklagen, daß ihm bei seinem späteren Auftreten auf der Tribüne zugerufen wurde: „Aha! Das ist der Herr mit den unbekleideten Mädchen!"

Dieses für unsere Rothen so verhängnißvolle Jahr brachte ihnen aber noch den Hauptschlag bei durch die am 31. Mai vom Reichstag beschlossene Annahme des Krankenkassengesetzes, welches am 1. Dezember in Wirksamkeit trat. Zur Vereitelung des Gesetzes agitirte die Sozialdemokratie vom August an lebhaft für die „freien Hülfskassen", welche in den Händen ihrer „Genossen" waren. Namentlich hielt Herr Bebel am 21. Oktober in Köln eine Rede, welche dieses demagogische Streben, den Arbeitern die Segnungen des Gesetzes zu entziehen, nur um sie unter das Joch der sozialistischen Hilfskassen zu beugen, ziemlich offen aussprach, da diese Kassen „ein bedeutendes Hilfs- und Agitationsmittel für unsere weiteren Zwecke sein würden" (Rede des Geheimen Rath Lohmann, Reichstag 17. März 1884, Sten. Ber. S. 105).

Das Jahr 1884 brachte dem Deutschen Reiche die Vorlegung und den Abschluß des Unfallversicherungsgesetzes (es trat am 1. Dezember in Kraft), natürlich gegen die Stimmen unserer Sozialdemokraten; die Erneuerung des Sozialistengesetzes, auch gegen ihre Stimmen; die Novelle zum Hilfskassengesetz, gleichfalls gegen ihre Stimmen; das Gesetz gegen den Mißbrauch von Sprengstoffen, selbstverständlich gegen die Stimmen der sozialistischen vormaligen „Freunde" Most's; die Errichtung neuer deutscher Weltpostdampferlinien, abermals gegen die Meinung und Abstimmung der sozialistischen Vorsehung. Diese kurzsichtige Meinung wurde aber von vielen, namentlich von den Frankfurter Genossen so kräftig bekämpft, daß damals in der sozialistischen Presse ein heißer Kampf ausbrach. Der „Sozialdemokrat" in Zürich hatte den Stimmen der „Opposition" so breiten Raum gegeben, daß die „Reichstagsfraktion" ihm den Ukas zugehen lassen mußte, sie allein habe über die grundsätzliche Haltung des Blattes zu bestimmen. Natürlich bestätigte sie dadurch in den Augen aller Ehrlichen auch die von ihr immer dreist geleugnete Thatsache, daß sie allein und ganz für den Inhalt des Parteiblattes verantwortlich sei. Dieses Jahr brachte aber

weiter und hauptsächlich am 28. Oktober auch die neuen Reichstagswahlen, durch welche die dreijährige „Aera Richter-Windthorst-Bebel" heraufgeführt, d. h. eine der Regierung gegnerische Reichstagsmehrheit in die Volksvertretung abgeordnet wurde. Die Sozialdemokraten machten bei dieser allgemeinen Verwirrung der natürlichsten Begriffe glänzende Geschäfte. Die Stimmen ihrer Wähler stiegen auf 507,798 (549,990 bei den Nachwahlen), etwa um ein Drittel gegen 1881. Aber im ersten Wahlgang vermochte die Partei doch nur neun Sitze zu erringen. Den Löwenantheil verschafften auch diesmal die Stichwahlen den Rothen, d. h. die Partei-Verblendung nichtsozialistischer Wähler. Mit dieser unnatürlichen Unterstützung wuchs die sozialistische Reichstagsfraktion auf 24 Mann!

Das Auftreten dieser Fraktion im Reichstag ist ja eigentlich überhaupt nur ein absichtlicher, fortgesetzter Skandal. Aber die Hiebe des Vorjahres hatten so gut gesessen, daß selbst für diese Herren jetzt ein geringeres Bedürfniß vorlag, neue zu holen. Gleichwohl entblödete sich Herr Liebknecht nicht, am 21. März 1884 im Reichstag (Sten. Ber. S. 189) den schändlichen Reinsdorf als „ein Werkzeug der Polizei" zu bezeichnen, jenen Verbrecher, welcher im Dezember desselben Jahres vom Reichsgericht wegen des von ihm eingestandenen Attentats-Vorhabens, bei Einweihung des Niederwald-Denkmals, den Kaiser, den Kronprinzen und das ganze Festgefolge mit Dynamit in die Luft zu sprengen, zum Tode verurtheilt, und im Februar 1885 hingerichtet wurde. In derselben Sitzung führte Herr Liebknecht eine Szene auf, welche die Befürchtung erregen mußte, daß seine Vorstellungen in Bezug auf vermeintliche Polizeispionage beinahe schon eine Trübung seines Verstandes oder seiner Sinne verrathen, wenn sich diese Szene nicht viel einfacher aus Herrn Liebknecht's sittlicher Kurzsichtigkeit erklärte. Denn plötzlich schrie er (S. 190) mit gellender Stimme:

„Es ist ein ganzer Schwarm von Geheimpolizisten in diesem Hause! (Rufe: Unsinn! Wo denn?) Oben auf der Journalistentribüne, welche doch nicht den Zweck hat, eine solche Gesellschaft (!) zu beherbergen. (Ruf: Unsinn!) Ja, ja, ein ganzer Schwarm, ein ganzer Schwarm! (Zuruf: Wo denn?) Wenn sie jetzt fort sind, so sind sie eben, als sie merkten, auf welches Kapitel ich kam, rasch verduftet, da sie mehr Schamgefühl besitzen, als die, welche sie hergeschickt haben (!)." Gemeint waren Minister v. Puttkamer und Fürst Bismarck.

Nachdem Herr Liebknecht bei dieser Unwahrheit, trotz der gegentheiligen Versicherung des Reichstagspräsidenten (S. 195) beharrte, stellte der Präsident ebenda amtlich vor offenem Reichstag fest, „daß während der ganzen Sitzung keine Polizisten, sondern nur Journalisten auf der Tribüne der letzteren gewesen seien", überführte also Herrn Liebknecht der wissentlichen Verleumdung.

Auch nach dieser Ueberführung legte Herr Liebknecht sein Mandat nicht nieder.

Die Verleumdung von Behörden setzte auch Herr Kayser fort, indem er am 5. Dezember (Sten. Ber. 226) unterstellte: der Stadtrath zu Leipzig habe während des deutschen Bundesschießens daselbst nur Sinn und Zeit für das Fest gehabt, und eine Arbeiterdeputation in Sachen des Krankenkassengesetzes deßhalb gar nicht empfangen. Der zufällig als Abgeordneter anwesende Bürgermeister von Leipzig, Dr. Tröndlin, konnte dem Verleumder sofort erwiedern, „daß eine Arbeiterdeputation bei ihm sich überhaupt nicht habe melden lassen und deßwegen auch nicht hat angenommen werden können."

Für solche Schamlosigkeiten giebt es nur eine Erklärung, nämlich diejenige, welche der verhältnißmäßig biedere Hasenclever bald nachher (17. Februar 1886, Sten. Ber. S. 1096) von sich und den übrigen Führern in den denkwürdigen Worten abgab: „Wir sind viel abgebrühter, als Sie glauben!"

Es war daher auch nicht zu verwundern, daß Herr Liebknecht am 17. Dezember 1884 einen Antrag auf Herstellung der polnischen Amtssprache in den polnischen Provinzen Preußens einbrachte und den gleichartigen Antrag der Dänen unter seinen hohen Schutz nahm (Sten. Ber. S. 423). Die „Abgebrühtheit" bestand aber hier nicht blos darin, daß derselbe Abgeordnete dies that, welcher 1867 schon über die blose Möglichkeit der Rückgabe Schleswigs an Dänemark sich im Reichstag rhetorisch vor vaterländischem Schmerz gekrümmt hatte, sondern ein vorgerückterer Zustand von „Abgebrühtheit" ließ sich diesmal an der Thatsache erkennen, daß dieser Redner die polnische und dänische Amtssprache forderte, unter der Vorspiegelung, daß er glaube, diesen armen Völkern sei von dem brutalen Deutschland schweres Unrecht geschehen — während er damit thatsächlich blos auf den Dänen- und Polenfang auszog, welcher auf dem sozialistischen Kongreß in Kopenhagen beschlossen worden war, ohne daß zu Herrn Liebknecht's Glücke damals irgendwer im Reichstage von diesem Beschlusse Kenntniß hatte.

Auch Herrn Bebel glückte schon am 20. März ein treffendes Wort, indem er im Reichstag (Sten. Ber. S. 147) rief: „Der Kampf, den Sie gegen uns führen, ist ein Kampf gegen Windmühlen!"

Die beiden Herren müssen doch sich und ihre Parteigenossen kennen. Nach Herrn Bebel sind sie also „Windmühlen", nach Herrn Hasenclever „viel abgebrühter, als wir glauben!" Beides genügt.

Das Jahr 1885 brachte dem Reichstage als Hauptarbeit die Vorlage wegen weiterer Ausdehnung des Unfallversicherungsgesetzes.

Es kam zu Stande, natürlich abermals gegen die Stimmen der Sozialisten, und trat am 1. Oktober in Kraft. Zum ersten Male brachte die Fraktion in diesem Jahre (am 30. Januar) ein Arbeiterschutzgesetz von sorgfältigerer Arbeit im Reichstag ein, nachdem freilich die liberalen Parteien längst mit ähnlichen Anträgen ihr zuvorgekommen waren. Aber auch dieser Entwurf zeigt bei genauerer Prüfung, daß er nichts war und nichts sein wollte, als ein täuschender Schein, unternommen nur zum Zwecke des „Genossen"-fanges und der Massenverhetzung. Denn seine Bestimmungen über die Gefängnißarbeit, den Maximalarbeitstag, Kinderarbeit, Arbeitsämter, Mindestlöhne, und vor Allem über „Vereinigungsrechte", waren schlechthin unannehmbar für die staatliche und gesellschaftliche Ordnung; die „Vereinigungs"-Bestimmungen kamen einer sofortigen Aufhebung des Sozialistengesetzes, aller vom Reiche bisher erlassenen sozialpolitischen Gesetze und aller Vereins- und Versammlungsgesetze gleich. Das von allen Parteien freudig begrüßte Postsparkassengesetz veranlaßte den durchdringenden Prophetenverstand des Herrn Stolle (Sten. Ber. S. 760) zu den köstlichen Worten: „Entweder nehmen wir die Vorlage an, dann ruiniren wir zum Theil die Gemeindesparkassen, oder wir nehmen sie nicht an, dann weiß das Land, woran es ist."

Die Partei brachte aber zum Zwecke der Aufhetzung und Volksgunsthascherei noch zwei weitere Anträge vor den Reichstag. Zunächst (am 9. Dezember) einen Antrag auf Einführung zweijähriger Wahlperioden und Aufhebung des kaiserlichen Rechtes, den Reichstag aufzulösen! Es war das mit anderen Worten der Antrag auf Einführung der verschämten Republik in einer minder verschämten Form. Die Begründung übernahm der allnichtswissende Kayser (Sten. Ber. S. 244). Aber weit interessanter als sein staatsrechtliches Gefasel, war das offene Geständniß des Herrn Bebel (S. 280), wie wenig er und seine Partei den Artikel 29 der Reichsverfassung achte, und was hinter diesem Antrag lauere.

„Dieser Artikel der Reichsverfassung," sagte er, „welcher bestimmt, ‚die Abgeordneten sind an keine Aufträge und Instruktionen gebunden,' wird mich und meine Partei keineswegs abhalten, das Mandat, welches wir besitzen, als imperatives zu betrachten (Hört, hört! rechts). Ich erkläre das ganz offen und glaube damit meinen Wählern einen großen Gefallen zu thun." Diese Offenheit ist sehr naiv, denn sie plaudert eines der tiefsten Geheimnisse der Sozialdemokratie aus: diese Partei betrachtet es als „einen Gefallen" für die Arbeiter, ihnen vorzuspiegeln, sie seien von Rechts wegen die Gebieter, das „souveräne Volk". Deshalb setzte auch Herr Bebel noch deutlicher hinzu (S. 281): „Hinter dem imperativen Mandat steht aber das Referendum, die allgemeine Volksabstimmung, das Volk soll selbst entscheiden."

Der zweite dieser in seiner Absicht verhetzenden Anträge ging dahin: „daß die Familien der Reservisten und Landwehrmänner während der Zeit, wo Letztere zur Uebung eingezogen sind, entschädigt würden." Dieser Antrag wurde von den Sozialisten am 15. Dezember bei Berathung des Militärbudgets eingebracht und mit jener unverzagten Erfindung begründet, daß die Sozialdemokratie allein ein fühlendes Herz für die Leiden des Volkes habe. Die Herren bekamen aber darauf die gebührende Antwort. Die Abgeordneten von Köller und Richter wiesen (Sten. Ber. S. 392) mit vollem Recht auf den Widerspruch hin, daß diese Fraktion das gesammte Budget stetig verweigere, und doch gleichzeitig die Erhöhung einzelner Theile verlange! Herr von Köller rügte aber außerdem nachdrücklich (S. 393), daß die Herren Sozialisten, welche Mitglieder der Budgetkommission waren, nie in derselben erschienen seien. „Sie würden dadurch sich und uns einen besseren Dienst geleistet haben, und besser im Lande verstanden werden, als wenn Sie mit solchen Platzpatronen in die Luft schießen. Wir sollen Ihre Arbeit machen, thun Sie doch selber etwas!" (Lebhafter Beifall). Der Kriegsminister Bronsart von Schellendorf mußte die Antragsteller erst belehren (S. 391), „daß die Familien der Reservisten und Landwehrmänner in Friedenszeiten den Militäretat zur Zeit noch gar nichts angehen." Und als das nichts half, sondern dieser Antrag im Jahre 1887, in etwas veränderter Fassung, ganz dreist abermals von den Sozialisten eingebracht wurde, trat der Minister, unter lebhaftem Beifall des ganzen Hauses (5. Dezember 1887, Sten. Ber. S. 114): „der Legendenbildung entgegen, als ob der Gedanke, daß die Familien der vor dem Feinde stehenden Mannschaften unterstützt werden müßten, eine Erfindung der Sozialdemokratie wäre. Wir haben eher dafür gesorgt, als die Sozialdemokratie erfunden war! Sie haben nicht einmal die Frage in Fluß gebracht, denn die Regierungen dachten schon vor Jahrzehnten daran." Und im Jahre 1870 verweigerten die Herren Sozialisten alle von der Kriegsverwaltung geforderten Mittel, auch die zur Unterstützung der Familien der vor dem Feinde stehenden Mannschaften! Solchen Schwindel treiben die Herren im Reichstage zum Zwecke der Verhetzung, und um sich selbst mit dem erlogenen Strahlenkranz der Volksfreundlichkeit zu schmücken!

Auch an Leistungen unfreiwilligen Humors war die Fraktion in diesem Jahre wieder sehr fruchtbar. Herr Stolle sprach sich (4. Februar, Sten. Ber. S. 1089) mit Entrüstung dagegen aus, in den deutschen Kolonien Gefängnisse zu bauen. Er „betrachtete das für eine Schande für das deutsche Volk, für eine Kulturnation, wie die deutsche sich gern nennt, wenn dieselbe schon (!) mit Gefängnissen fremde Völker beglücken will." Der Schuhmacher Bock von Gotha

erklärte sich bei Berathung der Gebührengesetze für „unentgeltliche Rechtspflege“ — welche sein Herr und Meister Karl Marx, wie wir S. 59 sahen, entschieden verdammte. Herr Bock vergaß aber nicht, das duftige Selbstlob hinzuzufügen (S. 1132): „damit ist wohl klar bewiesen, daß wir Sozialdemokraten doch ein wärmeres Herz für das Wohl der Unbemittelten haben, als die Abgeordneten anderer Parteien.“ Er erzielte einen vollen Heiterkeitserfolg. Einen neuen, sehr lustigen Beweis sozialistischer Bescheidenheit gab auch Herr Bebel zum Besten, indem er (17. Februar, Sten. Ber. S. 1374) dem erwählten Abgeordneten für Dresden, Hartwig, das Recht bestritt, „im Namen von Dresden zu sprechen, da Herr Bebel dort auch 11,000 Stimmen erhalten habe.“ Also ein nichtsozialistischer Abgeordneter darf nicht einmal im Namen seines Wahlkreises sprechen, der Sozialist aber immer „im Namen des Volkes“. Herr Kayser betrat mit bedeutender humoristischer Wirkung verschiedene ihm völlig fremde Gebiete. So mischte er sich am 11. März (Sten. Ber. S. 1751), zum Erstaunen Aller, in die Berathung des Beamtendisziplinargesetzes mit den erleuchteten Worten: „Wir stimmen gegen das Disziplinargesetz der Reichsbeamten, weil wir meinen, daß heute schon die Regierung zu viel Disziplinargewalt über die Beamten hat. So sollen draußen die Beamten sehen, daß wenigstens eine Partei sich ihrer annimmt.“ So wenig hatte dieser kundige Thebaner eine Vorstellung davon, daß der Beamte gegen Willkür durch ein Disziplinargesetz sicherer gestellt ist, als ohne dieses.

Während sich diese „Genossen“ mit großem Erfolg auf dem Gebiete drolliger Naturburschen hervorthaten, gab Herr Grillenberger eine ausgezeichnete Rolle als komischer Intrigant, indem er (20. April, Sten. Ber. S. 2181) die Beschlußfähigkeit des Hauses in einem Augenblicke anzweifelte, wo mit 200 Abgeordneten weit mehr als die beschlußfähige Anzahl vorhanden war. Die Heiterkeit über den Herrn stieg aber auf den Gipfel, als die von ihm beantragte Auszählung feststellte, daß von den 24 Sozialisten nicht weniger als 13 unentschuldigt fehlten. So erfüllen die Herren ihre Pflichten als Abgeordnete, und so springen sie um mit der „Würde des Reichstages“.

Das Jahr 1886 eröffnete Herr Liebknecht im Reichstag, indem er (15. Januar, Sten. Ber. S. 530) betreffs der Ausweisung von Polen, Russen u. s. w. aus Preußen im Reichstag beantragte: „Drücken Sie den Urhebern dieser grausamen Maßregel, im Angesichte der zivilisirten Welt, das verdiente Brandmal auf, im Interesse der Humanität und der Ehre unseres Vaterlandes.“ Es ist immer bedenklich, wenn Herr Liebknecht im Interesse der Ehre „unseres Vaterlandes“ spricht. Denn er hat keines. Herr Singer nannte die Ausweisungen „ein Denkmal der Schande“ der preußi-

schen Regierung (S. 593); natürlich wurde er dafür zur Ordnung gerufen. Was die Sache den Reichstag angehe, untersuchte keiner der Herren.

Herr Kayser fühlte sich am 8. Februar gedrungen, sich dem ihm so geläufigen komischen Rollenfach wieder zuzuwenden, indem er seinen Unverstand über „der Reichsgarantie für die Zinsen der egyptischen Staatsanleihe" leuchten ließ (S. 920): „Ich rede", sagte er, „damit wenigstens eine Stimme sich gegen das neue Prinzip der Reichsunterstützung der goldenen Internationale erhebt." Am 18. Februar (S. 1104) ging auch Herr Viereck in das grobkomische Fach über durch eine ganz neue Charakteristik von Hödel, welche lautete: „Hödel war das durch die Verwahrlosung in der Erziehung verkommene und verlumpte Produkt, wie es das Proletariat unter den heutigen Verhältnissen aufweist, wenn nicht die versittlichende (!) Kraft der Sozialdemokratie (!) die betreffenden Kreise zu höheren Zielen gehoben hat!" (Schallendes Gelächter). Eine der allerlustigsten Szenen aber, welche der Reichstag je erlebte, führte Herr Kayser am 3. März auf, indem er da plötzlich (S. 1272) loswetterte gegen die „Massenabschlachtung" der Petitionen, ohne daß diese nur im Reichstag zur Sprache gebracht würden. Rickert erklärte darauf, unter brausender Heiterkeit des Hauses: „Wenn ich eine Ahnung davon hätte, was Herr Kayser mit seiner Ausführung eigentlich bezweckt hat, dann wäre ich sehr glücklich. Da nach der Geschäftsordnung nur jeweilig 15 von den 24 Sozialdemokraten aufzustehen gebraucht hätten, so hätte der Reichstag jede von den 13,000 Petitionen, welche den Herren gefallen hätte, besprechen müssen."

Aber noch gründlicher setzte v. Köller diesen Herrn nieder. Er wies nämlich Herrn Kayser, unter schallendem Gelächter, nach, daß dieser, obwohl Mitglied der Petitionskommission, höchst selten in dieser erschienen sei, und niemals auch nur den Antrag auf Plenarberathung einer Petition gestellt habe. Auf Herrn Kayser's Antrag sei in der Kommission zwar die Präsenzliste eingeführt worden; aber aus derselben erhelle nur das stete Schwänzen des Herrn Kayser mit Bestimmtheit. Und als der sehr ärgerlich verblüffte sozialdemokratische Abgeordnete Herrn v. Köller dazwischenrief: „Er finde das doch komisch," erwiederte v. Köller: „Im ganzen Lande kann nur eine Meinung sein, wer heute in dieser Debatte die komische Figur gespielt hat!" (Sten. Ber. S. 1273—77). Die an diesem Tage recht trübe flackernde Laterne seines Geistes hatte dieser unerschrockene Sozialist schon am 12. März wieder so weit geputzt, daß er — allerdings unter einem schweren Ordnungsruf — von unserer „angefressenen Rechtspflege" zu reden wagte (S. 1463).

Herr Viereck brachte am 24. März ganz unverzagt den Antrag ein, das kaum zwei Jahre alte Sprengstoffgesetz wieder aufzuheben,

und mußte erleben, daß dieser für die Herren Anarchisten und deren Freunde so überaus wohlwollende Antrag, welcher Jedem erlaubt hätte, ein bischen mit Dynamit zu hantieren, vom Reichstag durch einfache Tagesordnung abgelehnt wurde (Sten. Ber. S. 1633—45). Auch der Diätenantrag des Herrn Hasenclever erfreute sich, wenigstens beim Bundesrathe, keiner Gegenliebe.

Am 2. April wurde das Sozialistengesetz mit 169 gegen 137 Stimmen abermals auf zwei Jahre verlängert. Die in der Debatte vom 30. März vom Minister von Puttkamer abgegebene Erklärung (S. 1742) traf den Kern der Sache und wurde mit lebhaftem Beifall begleitet: „Das Sozialistengesetz ist ein Gesetz für die Arbeiter, ein Gesetz, welches erlassen ist, um das Urtheil der Arbeiter über die wichtigsten Probleme nicht trüben zu lassen durch die Agitationen von Leuten, welche in der Regel kein anderes Interesse an der Sache haben, als sich an den Strikekassen zu mästen."

Auch die Sozialpolitik kam in diesem Jahre durch die Berathung eines Nachtrags zum Unfallversicherungsgesetz wieder ein Stück vorwärts, und ihre Bereitwilligkeit zu einer vernünftigen Arbeiterschutzgesetzgebung erklärten alle Parteien.

Ein schwerer Schlag für die Sozialdemokratie war die Verurtheilung ihrer Hauptführer (außer Liebknecht) zu längeren Gefängnißstrafen aus § 129 R.-Str.-G.-B. (s. o. S. 117) in den Tagen vom 26. Juli bis 4. August durch das Landgericht Freiberg (Sachsen). Der Prozeß war das durch den Kopenhagener Kongreß und das ganze gesetzwidrige Treiben seit 1878 herausgeforderte Nachspiel vor dem Strafrichter. Am 25. November wurden die preußischen sozialistischen Abgeordneten vom Reichsgericht auch dazu verurtheilt, die von ihnen aus Mitteln der Partei empfangenen Diäten an den Preußischen Fiskus herauszuzahlen.

Infolge des Freiberger Urtheils, welches vom Reichsgericht bestätigt wurde, erließ die sozialistische Reichstagsfraktion Mitte Oktober im „Sozialdemokrat" folgende Erklärung:

„Dieses Urtheil bildet von nun an eine Art Rechtsboden für ähnliche Prozesse wie jener in Freiberg, so sehr die reichsgerichtliche Auffassung auch dem Rechtsbewußtsein des deutschen Volkes" (soll immer heißen ‚unserer Sozialdemokratie‘) „widerspricht. Als zunächst Betheiligte gezwungen, die Konsequenzen der reichsgerichtlichen Entscheidung zu ziehen, haben wir beschlossen: 1) den Charakter des ‚Sozialdemokrat‘ als offizielles Organ der sozialdemokratischen Partei aufzuheben, 2) die Vollmachten, die seiner Zeit die Eigenthümer des Blattes der jeweiligen sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags einräumten, in deren Hände zurückzugeben. Im Uebrigen überlassen wir jedem Einzelnen, wie er sich zum ‚Sozialdemokrat‘, der, dank dem Vorgehen unserer Gegner (!), sicher seinen großen Leserkreis nicht nur behalten, sondern noch erweitern wird, stellen will."

Die Thatsachen, die durch jene Urtheile, welche hier verhöhnt werden, festgestellt sind, bestätigt diese vermeintlich so vorsichtige Erklärung aber nochmals ausdrücklich: nämlich daß die Fraktion die Leitung jener geheimen Verbindung darstellte, deren Zweck und Beschäftigung einzig und allein darin bestand, „Maßregeln der Verwaltung oder die Vollziehung von Gesetzen durch ungesetzliche Mittel zu verhindern oder zu entkräften.“ Ja, die Erklärung der „Fraktion“ stellte sogar fest, daß dieses Leitungsverhältniß auch fernerhin fortdauerte. Denn sonst konnte die Fraktion nicht dem Parteiblatt seinen „amtlichen“ Charakter entziehen, was übrigens, wie der Schlußsatz der Erklärung beweist, nur zum Schein und in höhnischster Form geschah. Schließlich ist die Verantwortlichkeit der Fraktion für den gesammten bisherigen Inhalt des Parteiblattes auch aus dieser Erklärung festzustellen.

Das Jahr 1887 brachte am 14. Januar die Auflösung des Reichstags wegen Ablehnung der Militärvorlage (Verweigerung des Septennates) durch die bisherige Reichstagsmehrheit, zu welcher ja auch die sozialdemokratische Fraktion gehörte.

Die Wahlbewegung, welche dieser Beschluß im Gefolge hatte, bestätigte die rühmliche Erfahrung der Wahlen von 1871: die nationale Empörung bläst die ganze vaterlandslose Partei hinweg wie der Sturm Gottes die Spreu von der Tenne! Abermals wie 1871 wurde die stolze „sozialdemokratische Fraktion“ zu einem unbedeutenden, gänzlich macht- und einflußlosen Häufchen von Nörgelmeiern hinabgedrückt. Die Reichstagswahlen des 21. Februar 1887 kosteten der Partei alle Mandate aus dem Königreich Sachsen, ihren ältesten Besitzstand, und beließen ihr von 24 nur 6 Sitze. Die unseligen Kompromisse der Stichwahlen vermehrten diese Sitze um fünf. Das Königreich Sachsen hat damals den rühmlichen Weg gezeigt, die rothe Partei vollständig unterzukriegen. Denn hier standen alle deutschgesinnten Männer einmüthig zusammen, so oft und heftig sie sich untereinander in vergangenen Tagen befehdet hatten; sie standen nun einmüthig zusammen, um der Feinde des deutschen Vaterlandes Herr zu werden. Es ist ihnen gelungen, und wird überall gelingen, wo in gleicher Eintracht und Entschlossenheit vorgegangen wird.

Daß die Partei der Vaterlandslosen auch aus dieser großen nationalen Bewegung nichts gelernt hatte, bewies sie deutlich dadurch, daß ihre 6 Mann (5 fehlten) am 11. März mit nur noch 25 anderen), gegen 227 Stimmen, das deutsche Heeresgesetz zu verwerfen wagten. Sie bewies ihre Unbelehrbarkeit ferner durch ihren Antrag (19. April), daß der vorjährige Bericht des Bundesrathes über die Verlängerung des „kleinen Belagerungszustandes“ in Berlin, Hamburg und Leipzig noch einmal vorgelegt werden müsse, weil die Herren ihre

aufreizenden Reden noch nicht hatten halten können. Das Verlangen war, wie das Gesetz schon deutlich sagt und der Minister v. Böttichеr schlagend nachwies, ein vollkommen unberechtigtes. Endlich bewies die Partei ihre völlige Unfähigkeit, sich an der gesetzgeberischen Arbeit der Volksvertretung ernsthaft und nützlich zu betheiligen, durch ihren starren Widerstand gegen das (am 17. Juni) mit 233 gegen 80 Stimmen angenommene Branntweinsteuergesetz, welches doch in eminentem Sinne arbeiterfreundlich war, da es dem verderblichsten Genusse wohlthätige Schranken auferlegte; ebenso durch ihre kalte Ablehnung des (am 26. November) veröffentlichten großen Entwurfes der Invaliditäts- und Altersversicherung und durch die von Herrn Bebel (am 16. Dezember) erklärte Verweigerung der Wehrgesetzvorlage. Auch dem aus dem Schooße des Reichstags (2. Dezember) hervorgegangenen Antrag auf Einführung fünfjähriger Reichstagstagungen (Legislaturperioden) stand die rothe Partei feindselig gegenüber, weil dieser Antrag „eine Einschränkung des allgemeinen Wahlrechts“ bedeute (Singer, Sten. Ber. S. 691). Aber diese überaus staatskundige Fraktion hatte dabei nicht bedacht, daß das Vorbild des europäischen Parlamentarismus, England, siebenjährige Parlamentstagungen hat. Und bis jetzt ist von diesen sozialistischen Vorkämpfern für die „Wahlfreiheit“ seit den 1890er Februarwahlen auch nicht ein einziger Antrag im Reichstag eingebracht worden, um diese „volksfeindlichen“ fünfjährigen Tagungen etwa wieder abzuschaffen!

Die Geschichte der Sozialdemokratie in diesem Jahre weist im Uebrigen für die Partei überall nur schwere Schläge und Verlustziffern auf, nämlich die Verurtheilung ihrer Lokalführer und Agitatoren zu erheblichen Strafen wegen Geheimbündelei und aus § 129 R.-St.-G.-B. So wurden schon am 21. Januar in Frankfurt a. M. 29 „Genossen“ verurtheilt; am 27. Mai in Magdeburg 31 Genossen; am 28. Mai in Danzig 20 Genossen; am 30. August in Altona 5 Genossen; am 17. Nevember in Breslau 29 Genossen. Am 15. Juli ward zudem das gesammte Berliner Centralkomitee von sieben Personen verhaftet. Und der Breslauer Prozeß hatte die sehr unliebsame Thatsache enthüllt, daß der dort wohnhafte sozialistische Abgeordnete Kräcker von den Verlegern der Breslauer Gerichtszeitung für ganz unaufgeklärte Dienste ein Gehalt von jährlich 3000 Mark empfangen, und es auch noch fortbezogen hatte, nachdem diese Verleger vom „Sozialdemokrat“ als „politische Denunzianten entlarvt“ und demgemäß nicht mehr zur Partei gehörig betrachtet wurden. Ja, Herr Kräcker — auch einer der „edeln Todten“, zu deren Andenken sich in Halle 1890 der Sozialistenkongreß geräuschvoll erhob — hatte sogar der Fraktion „auf Ehrenwort“ versichert, daß er von jenen Herren keine „Unterstützung“ mehr beziehe, und

mußte es im Breslauer Prozesse, auf Vorhalt der Beweise, doch zugestehen!

Für alle diese Schläge suchte sich die sozialdemokratische Partei durch einen neuen Parteikongreß — den ersten seit dem im Jahre 1883 in Kopenhagen abgehaltenen — zu entschädigen. Er fand in den Tagen vom 4. bis 6. Oktober in St. Gallen statt. 80 Vertreter nahmen daran theil, darunter Liebknecht, Bebel, Singer, Hasenclever und Andere. Die Verhandlungen waren keineswegs leidenschaftslos.

Namentlich Liebknecht und Bebel wurden wegen ihrer „Opportunitätspolitik" heftig angegriffen. Doch gelang ihnen, eine „Resolution" durchzusetzen, welche die „parlamentarische Thätigkeit" billigt, wenn deren „Hauptgewicht auf die kritische und agitatorische Seite gelegt werde" — das konnte man allerdings der parlamentarischen Thätigkeit der beiden Herren und ihres Gefolges im Reichstag gewiß zuerkennen. Denn anders als „kritisch" = verneinend, und „agitatorisch" = verhetzend, waren sie dort noch nie aufgetreten. Gegen die anarchistische Bewegung wurde eine scharfe, von Liebknecht verfaßte Resolution beschlossen. Nicht minder ward jeder Schutzzoll und Lebensmittelzoll, alle Monopole und jeder Wahlkompromiß mit den „Bourgeois"-Parteien verworfen. Die Kassenverhältnisse der Partei wiesen seit dem letzten Kongreß in Kopenhagen eine Ausgabe von 170,000 Mark nach, davon 100,000 Mark für Wahlen und 50,000 Mark zur Unterstützung verfolgter Mitglieder. Den Schluß der Verhandlungen bildete die Berathung einer Adresse der Sozialisten von Paris und Umgegend betreffs der Grundlagen einer Arbeiterschutzgesetzgebung, welche von den französischen Sozialisten in Verbindung mit der sozialdemokratischen Föderation Englands auf dem „Nationalkongreß" in Roubaix 1884 beschlossen worden war.

Aus dem über den Kongreß von St. Gallen erstatteten amtlichen Bericht theilt Minister von Puttkamer dem Reichstag (1888, Sten. Ber. S. 547) noch Folgendes mit:

„Herr Singer sagt: ‚Wir haben auf dem Parteitag in St. Gallen keine andere Frontstellung eingenommen, als diejenige war, die wir immer inne gehabt haben.' Das ist vollkommen richtig. Jawohl! Sie sind immer revolutionär gewesen und sind es natürlich auch auf dem Parteitag in St. Gallen gewesen. Nach dem ‚amtlichen Bericht'" (zu welchem sich Herr Singer in der Reichstagssitzung S. 547 ausdrücklich durch Zuruf bekennt) „läßt sich das Gesammtergebniß des Parteitages in die Worte fassen: das Zukunftsbild der deutschen Sozialdemokratie ist die, nicht auf parlamentarischem Wege, sondern durch Gewalt herzustellende sozialistische Republik, unter Konfiskation des Eigenthums der besitzenden Klassen. Denn der Referent Herr Bebel sagte: ‚Wer freilich glaubt, daß auf dem heutigen parlamentarisch-konstitutionellen Wege die letzten Ziele des Sozialismus erreicht werden können, kennt entweder dieselben nicht, oder er ist ein Betrüger.' (Hört! hört!) Und Herr Liebknecht sagte ebenda: ‚Zu einer Revolution bedarf es der in's Volk gedrungenen Ueberzeugung, daß das Lebensinteresse der Massen den Bruch mit der Vergangenheit erheischt. Es gilt Klarheit in die Köpfe zu bringen; der Rest wird sich schon finden.'

(Hört! hört!) Was ist wohl damit gemeint, Herr Singer? Ein anderes Referat: ‚Wird Deutschland einmal eine Republik, dann wird sie natürlich eine sozialistische. Diese wird dann mit der kapitalistischen Macht ganz anders aufräumen, als man glaubt.'"

Auch die Vaterlandsliebe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erhielt 1887 noch eine bezeichnende Anerkennung in Gestalt einer Adresse aus Frankreich, welche dieser „deutschen" Fraktion dankte: „daß sie der deutschen Regierung 1887 die Mittel zum Kriege gegen Frankreich nicht bewilligt habe." Die Fraktion hielt es mit ihrem Deutschthum vereinbar, diese Adresse nicht blos anzunehmen, sondern auch hocherfreut zu beantworten, und hat damit (wie der Abgeordnete von Friesen am 10. Januar 1889 im Reichstag treffend, und ohne Widerspruch seitens der Sozialisten, bemerkte, Sten. Ber. S. 392, Sp. 2) im Sinne jener Franzosen sich dazu bekannt, daß die Fraktion der deutschen Regierung nicht etwa blos das Septennat, sondern überhaupt „die Mittel habe verweigern und das Land einem späteren Rachekriege Frankreichs wehrlos in die Hände habe liefern wollen."

Das Jahr 1888, das schwere „Dreikaiserjahr", ist in Bezug auf die Thätigkeit des deutschen Reichstages ausgezeichnet durch die Enblocannahme der Wehrvorlage, ohne Debatte, nach der bedeutenden Rede Bismarck's vom 6. Februar, durch Erneuerung des Sozialistengesetzes (17. Februar) auf zwei Jahre (bis 1. Oktober 1890) durch die Vorlegung des Invaliditäts- und Altersversorgungsgesetzes am 27. November und dessen erste Lesung im Reichstag (6. Dezember), nachdem der jugendliche Kaiser Wilhelm II. in der Thronrede vom 22. November erklärt hatte, daß er auf den von der Kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 gewiesenen Bahnen entschlossen fortschreiten werde. Daß unsere Rothen allen diesen Gesetzen widersprachen, bedarf nicht erst der Erwähnung.

Höhnisch wiesen sie bei der Debatte über die Erneuerung des Sozialistengesetzes auf das Wachsen ihrer Stimmen, trotz des „Kartellrummels", der „Kartellwand", bei den Wahlen vom 21. Februar 1887 hin, und auf die angebliche „gänzliche Wirkungslosigkeit des Ausnahmegesetzes." In der That waren ja ihre Stimmen seit 1884 von rund 550,000 Stimmen auf 763,128 gestiegen. Aber sehr treffend bezeichnete Minister von Puttkamer (27. Januar, Sten. Ber. S. 550) die wirklichen Gründe für das stetige Anwachsen sozialdemokratischer Stimmen in den Worten:

„Die Sozialdemokratie genießt heute das Privilegium, was alle äußersten Parteien haben, d. h. ihnen strömen Alle zu, die aus irgend einem Grunde, mit Recht oder Unrecht, mit den vorhandenen Zuständen unzufrieden zu sein das Recht zu haben glauben, und welche deshalb über den Haß und

die Mißstimmung, welche sie in sich aufspeichern, nicht besser quittiren zu können glauben, als durch Abgabe eines sozialistischen Stimmzettels. Außerdem drängen sich die Arbeitermassen hauptsächlich in großen Städten zusammen und unterliegen dort der sozialistischen Agitation in viel höherem Maße als anderswo. Das sind aber nur fluktuirende Massen, welche nicht wissen, wo sie hingehören und was sie wollen."

Der wegen seiner redlichen Arbeiterfreundlichkeit rühmlichst bekannte Großindustrielle Abgeordneter Oechelhäuser dagegen wies aus reicher Erfahrung die Lüge von der Nutzlosigkeit des Sozialistengesetzes ab (17. Februar, Sten. Ber. S. 975), mit den Worten: „Der Einfluß des Sozialistengesetzes auf die Besserung des Verhältnisses zwischen Arbeitern und Arbeitgebern ist ein so entscheidender, so eindringlich gewesen, daß es vollständig unmöglich erscheint, so wenig wie man die Sonne am hellen Tage leugnen kann, diesen Einfluß zu leugnen."

Bei der ersten Berathung des Alters- und Invalidenversorgungsgesetzes verrieth der fränkische Volkstribun Grillenberger die geheimsten Gedanken seiner Partei gegenüber diesen wichtigsten der drei sozialpolitischen Gesetze Deutschlands, indem er (6. Dezember, Sten. Ber. S. 146) rief: „Uns wäre es am erwünschtesten, wenn dieses Gesetz einer Kommissionsberathung überhaupt nicht unterzogen, sondern von vorne herein abgelehnt würde." Später dagegen gab sich die rothe Partei den trügerischen Anschein, als hätte sie das Gesetz schrecklich gern angenommen, und als habe sie die heißesten Krokodilthränen geweint über das Scheitern ihrer „Verbesserungsanträge", welches ihr die runde Ablehnung dieses „Bettelgesetzes" zur heiligen Ehrenpflicht gemacht habe.

Anfang März traf der harte Schlag die Partei, daß die englischen Gewerkvereine (Trades Unions) den deutschen Sozialisten die Theilnahme an dem in diesem Jahre zu berufenden allgemeinen Gewerkschaftskongreß, um welche die deutschen Führer sich heiß bemüht hatten, versagten. Die Ablehnung erfolgte aus dem einfachen Grunde, weil der praktische englische Arbeiter in seinen Gewerkschaften rein und ausschließlich das wahre und wirkliche Wohl seiner Mitglieder zu befördern strebt, und niemals diese achtbaren und vollberechtigten Standesinteressen mit politischen Zielen und selbstischem Größenwahn hat verquicken lassen. Deßhalb war den englischen Gewerkvereinen auch schon die bloße Berührung mit der deutschen Sozialdemokratie, welche niemals etwas für das Wohl der Arbeiter gethan hat, widerlich. Die großen Männer Bebel, Dietz, Frohme, nach dem Alphabet, u. s. w. bis herunter zu Herrn Singer, erließen dagegen im „Berliner Volksblatt" einen Aufruf, in welchem sie thaten, als stünde ihnen überhaupt irgend ein Recht zu, den Gewerkschaftskongreß zu beschicken

oder nicht, und mahnten die „Genossen“ von der Betheiligung ab, forderten sie dagegen auf, ihre Kräfte zu sparen für einen 1889 (zur Jubelfeier der französischen Revolution, und natürlich in Paris) einzuberufenden internationalen Arbeiterkongreß.

Auch im Uebrigen hatte das Jahr 1888 für unsere Rothen seine starken Schattenseiten. Abermals verfiel eine große Zahl von Genossen, in Danzig und Berlin, wegen Geheimbündelei dem gemeinen Strafrecht, und außerdem lieferte die Partei auch in den beiden Reichstagstagungen dieses Jahres eine Fülle von unfreiwilligem Humor, welcher durch die stenographischen Berichte vor jeder Vergessenheit und Verdrehung geschützt ist und seine lieblichen Strahlen noch über die folgenden Abschnitte ausstreuen wird. Hier nur einige a jour gefaßte Perlen!

Gleich Herr Bebel lieferte eine Riesenperle dieser Art, indem er die völlig beweislose „Vermuthung“ aussprach, ja sogar eine „Wette“ dafür anbot, die Nationalliberalen würden wohl bei ihrem vorjährigen Fest auf dem Niederwald auch ohne polizeiliche Anmeldung zusammengekommen sein; gleichwohl seien sie nicht aufgelöst worden; so etwas solle nur mal die sozialistische Partei versuchen! Darauf entgegnete der sächsische Generalstaatsanwalt Held (17. Februar, Sten. Ber. S. 972): „Herr Bebel glaubt zu Ungunsten der Behörden Alles. Das führt sogar dahin, daß er Wetten verliert. (Heiterkeit.) Er bot eine Wette an, daß eine Versammlung der Nationalliberalen nicht angemeldet sei. Die Wette ist verloren. Vorsichtiger Weise hat aber Herr Bebel nichts für die Wette eingesetzt, als die Autorität seiner Behauptung. Und er hat auch mit weiter nichts zu bezahlen.“ Auch Herr Liebknecht bereicherte dieses Diadem mit einer kleinen, aber köstlichen Perle, indem er den Ausspruch that: „die deutsche Politik“, welche damals achtzehn Jahre lang den Weltfrieden mit unvergleichlicher Kunst, Selbstbeherrschung und Geduld gewahrt hatte, „sei eine Politik der Verhetzung (28. November, Sten. Ber. S. 29—39). Auch Herr Frohme stiftete ein Kleinod, als er am 10. Dezember (Sten. Ber. S. 267) sagte: „durch Ablehnung des Befähigungsnachweises im Gewerbe sorgen Sie für den sozialen Frieden.“ Und Herr Singer reihte die letzte Perle zu diesem Schmuck, indem sich dieser behäbige, Mäntel fabrizirende Sozialdemokrat gegen den Windthorst'schen Antrag auf Beschränkung des Sklavenhandels in Afrika aussprach (14. Dezember, Sten. Ber. S. 319)!

Das Jahr 1889 wird in der deutschen parlamentarischen Geschichte dadurch immer hervorragen, daß das Invaliditäts- und Altersversorgungsgesetz in verhältnißmäßig kurzer Zeit zu einem erfreulichen Abschlusse geführt wurde. Am 21. März fand die zweite Lesung, in den Tagen vom 17. bis 23. Mai die dritte

Lesung, am 24. Mai die Abstimmung statt, welche eine erhebliche Mehrheit für das Gesetz ergab. Die Sozialisten stimmten natürlich dagegen. Ihre Haltung diesem wichtigsten sozialpolitischen Gesetze gegenüber, wird ja im letzten Abschnitte dieses Buches, welcher ihre „Arbeiterfreundlichkeit" behandelt, eingehend dargelegt werden. Hier mögen daher nur einige sozialistische Schlagworte aus den Verhandlungen Platz finden. Am 10. April (Sten. Ber. S. 1459) rief Herr Grillenberger: „Wenn Sie das Gesetz annehmen, wird es ein Unikum sein." Der Herr traf in seinem dunkeln Drange diesmal ausnahmsweise das Richtige. Denn in der That erklären, wie wir sahen, auch bedeutende Volkswirthe des Auslandes, dieses Gesetz für ein „Unikum", d. h. für eine in der Menschengeschichte einzig dastehende großartige Leistung. Ihnen hat sich in den jüngsten Tagen, am 27. Juni 1891, der berühmte französische Nationalökonom Leroy-Beaulieu angeschlossen, indem er, bei einem Vergleiche des französischen Entwurfes betreffs einer staatlichen Arbeiterpensionskasse mit der deutschen Arbeiter- und Altersversicherung, im „Journal des Debats" sagt: das deutsche Gesetz bewege sich zwar in bescheideneren aber ausführbaren Zahlen und Leistungen und beurtheile die finanzielle Leistungsfähigkeit des modernen Staates richtiger als der französische Gesetzentwurf, welcher den Staat in eine unberechenbare jährliche Ausgabe von 600 bis 1000 Millionen stürze.

Natürlich verfügt unsere Sozialdemokratie nicht über soviel Einsicht. Denn Herr Singer vermochte für seine Partei sogar einen „Ruhm" darin zu entdecken, daß sie gegen die gesammte deutsche Sozialgesetzgebung gestimmt hatte (15. Mai, Sten. Ber. S. 1787). Auch ist es höchst bezeichnend für die Unfähigkeit des sozialistischen Oberleiters, irgend eine volkswirthschaftliche und sozialpolitische Frage sachlich zu behandeln, daß Herr Liebknecht bei den Berathungen dieses wichtigen Gesetzes nicht *einmal* das Wort ergriffen hat.

Auch die Anträge des Herrn Windthorst zur Unterdrückung des *Sklavenhandels* in Afrika fanden die Billigung des Reichstages und der Regierung — abermals gegen die Stimmen der Sozialdemokraten. Wenn diese Herren die Mehrheit gehabt hätten, würden also die Greuel der Sklavenjagden in den deutschen Schutzgebieten Afrika's fortdauern, während heute schon der deutsche Name bei den Völkern des dunkeln Erdtheils der gefeiertste ist, und die armen Schwarzen den blonden deutschen Weißen als ihren edelsten Befreier von zwei- und vierbeinigen Würgern preisen. Aber Herr Bebel besitzt viel weniger Vertrauen zu seinen deutschen Landsleuten. Denn er sagte am 11. Januar (Sten. Ber. S. 393), zur Begründung seiner Abstimmung, indirekt *für* die Aufrechterhaltung der unmenschlichen Sklavenjagden: „Ich habe gegenüber der jetzigen Leitung

der deutschen Reichspolitik (!) nicht das Vertrauen, zu glauben, daß sie die Kolonisation des Landes in Afrika in wirklich humanem und sogenanntem (!!) christlichen Sinne ausüben lassen werde." Und Herr Sabor, dessen Reden ja bekanntlich immer „tief blicken lassen", sprach am 30. Januar (Sten. Ber. S. 683) das große Wort: „Wir stimmen gegen dieses Abenteuer!"

Im Mai brach der große Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet aus, dessen furchtbare Exzesse mit ihrem Blutvergießen und schweren Bestrafungen einzig und allein auf die Verhetzung der bethörten Massen durch sozialistische Aufwiegler zurückzuführen sind*). Waren doch auch die Wortführer der Bergarbeiter, welche vom Kaiser (am 14. Mai) wohlwollend und gütig empfangen wurden, Schröder, Siegel und Bunte — wie sich diese „Kaiserdeputirten" später gar noch „rühmten" (!), die Führer der Sozialdemokraten im Streikgebiet, während sie kein Bedenken trugen, ihrem jungen, arbeiterfreundlichen Kaiser durch die Verschweigung ihrer Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie vorzulügen, sie seien reichstreue Männer. Denn sie logen ihren guten Kaiser an, sie betrogen ihn auf's schmählichste, als sie verheimlichten, daß sie Sozialdemokraten seien, nachdem er ihnen erklärt hatte:

„Sollte sich aber ein Zusammenhang dieser Bewegung mit sozialdemokratischen Kreisen herausstellen, so würde Ich nicht im Stande sein, Eure Wünsche mit Meinem königlichen Wohlwollen zu erwägen, denn für Mich ist jeder Sozialdemokrat gleichbedeutend mit Reichs- und Vaterlandsfeind. Merke Ich daher, daß sozialdemokratische Tendenzen sich in die Bewegung mischen und zu ungesetzlichem Widerstand anreizen, so würde Ich mit unnachsichtlicher Strenge einschreiten."

Ungemein erquickend für das revolutionäre Gemüth der deutschen Sozialdemokratie war der Eindruck, welchen ihr die Theilnahme an dem internationalen Kongreß der „Proletarier aller Länder" zu Paris im Juli 1889 bereitete — obwohl die dortigen Vertreter, wie z. B. der „Proletarier" Rentier Singer, nicht gerade in des Wortes verwegenster Bedeutung zu den „hungernden Arbeitern" zu zählen waren. Denn sie hungern weder, noch arbeiten sie. Aber dafür sah man, wie den ehemaligen Mitgliedern der Kommune von Paris, den begnadigten Sträflingen von Neukaledonien, ein theures Fest auf dem Stadthause gegeben ward, den Pariser Gemeinderath und diese Mordbrenner und Geißlerschießer a. D. vollständig amis et cochons, und die internationalen Brüder aus Deutschland durften an dem Herzensbunde auch theilnehmen. Der Pariser Kongreß faßte mit der Hoheit des souveränen Volkes den Beschluß, daß am 1. Mai 1890 die Sozialdemokratie aller Länder zu feiern habe und daß

*) Streikbericht der Handelskammer Dortmund von Mitte Juni 1889.

überall auf der Erde der achtstündige Normalarbeitstag eingeführt werden müsse. Von der Ueberhastung dieser Beschlüsse lieferte später der „Genosse“ Werner, der Führer der „Opposition der Jungen“ auf dem Kongreß zu Halle (Protokoll vom 13. Oktober, S. 71, 72) eine sehr ergötzliche Schilderung. Ueberall lärmten vom August bis März große sozialistische „Volksversammlungen“ für die Maifeier, indem sie der verhaßten Bourgeosie mit dem erschütternden Anblick der kampfbereiten Arbeiterbataillone und mit der unüberwindlichen „Machtprobe“ gegen den schnöden Kapitalismus drohten, und ihre Presse klapperte mächtig mit, die Parteileitung sagte kein Wort dagegen, bis dann plötzlich Mitte April 1890 deren Ukas erschien, in welchem der Pariser Maibeschluß für ein „Mißverständniß“ erklärt und den Genossen dringend gerathen wurde, überall da, wo die Maifeier nachtheilige Folgen für die Theilnahme haben könne, die Feier zu unterlassen. Die Folge dieser Erklärung war ein vollständiges Fiasko der Maifeier. Ueberall wo die Rothen mitten in der Woche den Feiertag ertrotzen wollten, hatten sie an ihrem Leibe die Folgen zu tragen, wenn auch keineswegs „Tausende auf's Pflaster flogen“, wie die an diesen traurigen Folgen durch ihre doppelzüngig-schwankende Haltung allein schuldige Parteileitung die Sache später in verhetzender Absicht zu übertreiben suchte. In diesem Punkte hatte die weit verzweigte Unzufriedenheit der Genossen gegen die Parteileitung vollständig recht.

Durch die schärfere Handhabung der politischen und Fremden-Polizei in der Schweiz — welche sich in Folge des bekannten Wohlgemuth-Handels (21. April 1889) und des daran sich knüpfenden scharfen deutschen Notenwechsels nöthig machte, — wurden die Vertreter der sozialdemokratischen Zentralstelle in Zürich und die Leiter des „Sozialdemokrat“ gezwungen, ihren Aufenthalt und den Druck des Blattes in das gemüthlichere London zu verlegen. Und fast gleichzeitig verschwand durch Boulanger's Verurtheilung in Paris (14. August) der Hauptgönner der deutschen Rothen für immer von der Bildfläche, welcher für ihre Vaterlandslosigkeit, so lange er Kriegsminister war, immer ein offenes Auge — und eine offene Hand gehabt hatte.

Am 22. Oktober trat der Reichstag von neuem zusammen. Die Regierung legte das Sozialistengesetz in verschärfter Fassung (insbesondere mit Verbannungs-, statt Ausweisungs-Befugniß gegen die Agitatoren) zu dauernder Gültigkeit vor. Die rothe Partei ließ im ersten Grimm über die Vorlage wieder mal jede Maske fallen. Ihre Blätter benutzten das Erscheinen der Schrift von Gustav Freytag „Der Kronprinz und die deutsche Kaiserkrone“ zu giftigen Angriffen gegen die Monarchie (Ende Oktober). So

schrieb das leitende, in Deutschland erscheinende Parteiblatt, die Berliner Volkstribüne:

„Die Aufdeckung der Triebfedern" (angeblich der Eitelkeit u. s. w.), „welche den preußischen Kronprinzen in Wahrheit" (zur Verfolgung der Kaiseridee) „bewegten, interessirt uns nur, weil dadurch in dem nicht sozialistischen, blindnationalen Theile der Bevölkerung eine neue Erschütterung der hergebrachten Monarchenverehrung hervorgebracht werden muß. Mit Genugthuung sehen wir, wie in dem Himmel des Volksglaubens eine Gottheit nach der anderen zusammensinkt."

Auch im Reichstage donnerten die sozialdemokratischen Redner mit aller Rücksichtslosigkeit. So sagte oder schrie Herr Bebel am 30. Oktober (Sten. Ber. S. 42): „Den Völkern ist es ganz egal, wer diejenigen sind, die sie regieren, vorausgesetzt, daß sie gut regiert werden (Hört, hört!)." Herr Singer, welcher, wie wir sahen, immer „Schanddenkmäler" im Kopf oder auf der Zunge führt, fügte am 4. November (Sten. Ber. S. 103) hinzu: „Für Sie bleibt dieses Gesetz ein Monument der Schande" — aus dem Ordnungsruf, welcher ihn auch diesmal traf, macht sich ja der Herr nicht viel. Herr Frohme rief am nämlichen Tage, unter großer Heiterkeit des Hauses (Sten. Ber. S. 111): „Lernen Sie gerecht sein! Sie sind gewarnt! Und Sie, meine Herren, von der Regierung auch." Das Dreisteste sagte auch diesmal, wie immer, Herr Liebknecht. Er scheut ja den Ordnungsruf ebensowenig wie Herr Singer, und wagte daher am 5. November (S. 131) die Majestätsbeleidigung: „In Deutschland ist das Königthum vollständig Partei geworden", und (S. 136): „Wir Sozialisten sind eine eminent staatserhaltende Partei. (Heiterkeit.) Sie Alle hier sind Anarchisten!" (Heiterkeit.)

Der Reichstag verwies das Gesetz nach der ersten Berathung an eine Kommission, und die Sozialdemokratie richtete sich inzwischen auf die im Februar 1890 bevorstehende Wahlbewegung ein. Nach Mitte Oktober schon hatte sie ein kleines Manifest „an unsere deutschen Parteigenossen im Ausland" (und selbstverständlich auch an die ausländischen Brüder) erlassen, welches den Klingelbeutel für die Wahlen auf's kräftigste schwang, und die ausländischen Bettelpfennige namentlich durch das schmachvolle Versprechen in Strömen herbeizulocken suchte, daß die sozialdemokratische Partei im neuen Reichstag „den Kriegsschürereien und Nationalitätenverhetzungen, woher sie immer kommen, entgegentreten werde."

Am 7. Dezember erließ die Fraktion auch an die inländischen „Genossen" einen Aufruf betreffs der Reichstagswahlen. War in jenem an das Ausland der Bettel die Hauptsache, so bildete den Kern der Ansprache an die eingeborenen „Genossen" das Streben, die Diktatur über das Proletariat in der Hand des Herrn Liebknecht festzuhalten. Dieser stellte sich seinen Unterthanen jetzt als

„Zentralwahlkomitee" vor, umgeben von den Herren Bebel, Grillenberger, Meister und Singer.

Deshalb mußten alle sozialdemokratischen Wahlvorschläge an dieses Komitee gemeldet werden. Das Gebot war mundgerecht gemacht durch das Anerbieten, „denjenigen Wahlkreisen, welche nicht in der Lage sind, die Kosten des Wahlkampfes aus eigenen Mitteln aufbringen zu können, die Summe, welche sie glauben aus dem allgemeinen Wahlfonds beanspruchen zu müssen," auszuzahlen. Natürlich gewann das „Zentralkomitee" durch dieses Anerbieten auch die Befugniß zu erfahren, wieviel Mittel jedes Lokalkomitee besaß, und die Bestimmung darüber, wieviel das letztere aufzubringen habe, ehe der „allgemeine Wahlfonds" einen Groschen spendete. Für die „Agitation" wurden scheinbar sehr anständige Grundsätze empfohlen. Wenn die Gegner allgemeine Wählerversammlungen einberufen, sollen die „Genossen in Masse erscheinen, um diese Versammlungen für unsere Zwecke auszunutzen." Aus Versammlungen, welche mit Ausschluß unserer Genossen stattfinden, hat die Partei fern zu bleiben. „Wir haben kein Recht, unsere Gegner zu Auseinandersetzungen mit uns in ihren Versammlungen zu zwingen." Lassen die Gegner Gäste zu, also auch unsere Genossen, so dürfen letztere nicht die Büreauwahl beanspruchen und haben die Versammlung zu verlassen, wenn freie Diskussion nicht gewährt wird. „Endlich empfehlen wir für den Wahlkampf strengste Sachlichkeit; Angriffe auf Personen dürfen nur stattfinden, wenn die betreffende im Parteikampf persönliche Gehässigkeit bewiesen oder sich unehrenhafter Handlungen schuldig gemacht hat."

Für jeden Verstoß gegen diese Predigt guter Sitten muß übrigens von dem „Zentralkomitee" im Voraus reichlicher Ablaß gewährt worden sein, denn ich habe in der Wahlbewegung von 1890 in den zahlreichen Versammlungen in Sachsen und Preußen, in welchen ich für politisch befreundete Kandidaten auftrat, äußerst wenige Versammlungen — trotz des grundsätzlichen Ausschlusses der Sozialisten — abhalten können, in welchen die rothen Herren nicht zu stöen versuchten — freilich immer ohne Erfolg. Vielleicht hat aber auch das böse Beispiel des Zentralwahlkomitee die Sitten der „Genossen" verdorben. Denn das Zentralkomitee selbst bewies, daß sogar feierliche Kongreßbeschlüsse — wie der von Wyden, niemals Wahlkompromisse einzugehen — für die Diktatur Liebknecht eben nur auf dem Papier stünden.

Das Jahr schloß für die Partei bitter ab. Denn am 30. Dezember wurde in dem großen Elberfelder Geheimbundsprozeß gegen 87 Angeklagte das Urtheil gefällt. 44 davon wurden zu Gefängniß (im Durchschnitt von drei Monaten) verurtheilt. Die Abgeordneten Bebel, Grillenberger und Schuhmacher gehörten zu den Freigesprochenen. Herr Bebel hielt diese Gelegenheit für günstig, wieder einmal über die Blindheit und Parteilichkeit unserer Rechtspflege zu klagen, und brüstete sich im Reichstag mit seiner und so zahlreicher Genossen Freisprechung. Der Minister Herrfurth

aber erwiderte ihm: „Die Freisprechungen im Elberfelder Geheimbundsprozeß erinnern mich an das bekannte Wort des Richters: „Wir nehmen an, Du hast nicht gestohlen — aber stiehl nicht wieder!" (Sitzung vom 15. Januar 1890, Sten. Ber. S. 1240).

Das Jahr 1890 kam heran, ehe die Debatten über die Beschlüsse der Reichstagskommission betreffs des Sozialistengesetzes begannen. Die Kommission war gewillt, das Gesetz als ein dauerndes zu gewähren, aber unter Aufhebung der bisherigen Ausweisungsbefugniß, und demgemäß auch unter Ablehnung der von der Regierung geforderten weitergehenden Verbannungsbefugniß. Für beide Bestimmungen hätte sich leicht eine Mehrheit im damaligen Reichstag gefunden, da ein großer Theil der nationalliberalen Partei nur deßhalb gegen die Ausweisungsbefugniß sich erklärt hatte, weil deren Anwendung erfahrungsgemäß dazu diente, die sozialistische Verhetzung mit Hülfe der ausgewiesenen Agitatoren in bis dahin seuchenfreie Kreise zu tragen, und die Partei vielleicht noch lieber die Verbannungsbefugniß bewilligt hätte gegen jene Aufhetzer, welche sich ohnehin außerhalb aller Gemeinschaft mit der Nation, ihren Bestrebungen, ihrem Frieden und ihren Gesetzen stellten.

Der Reichstag nahm am 23. Januar die Beschlüsse seiner Kommission an. Unter Vorsitz des Kaisers und in Gegenwart des Fürsten Bismarck fand am 24. Januar ein Kronrath über diesen Beschluß des Reichstages statt. Aber als der Reichstag am 25. Januar in die dritte Lesung des Gesetzes eintrat, war er ohne Kenntniß der Beschlüsse der Krone. Fürst Bismarck fehlte. Die Mitglieder des Bundesrathes gaben keine Erklärung über die Sachlage. Der Reichstag hatte daher keine Veranlassung, seinen gestrigen Beschluß zu ändern. Die Konservativen meinten, gegen das Gesetz in seiner beschränkten Form stimmen zu müssen. So wurde dasselbe denn mit 167 gegen 98 Stimmen abgelehnt — selbstverständlich die günstigste Wahlparole für die Sozialdemokraten, wenn sie sich auch mit der Flunkerei, „daß ihre Partei das Gesetz zu Fall gebracht habe", erst viel später hervorragten, nachdem feststand, daß des Kaisers Wille dahin gehe, den Kampf mit der Sozialdemokratie auf dem Boden des gemeinen Rechtes aufzunehmen.

Diesen frechen Standpunkt nahm die Partei dagegen schon bei den Wahlen ein gegenüber jenen kaiserlichen Erlassen vom 4. Februar (an den Reichskanzler und Handelsminister), durch welche Verhandlungen über eine internationale Arbeiterschutzgesetzgebung in Aussicht genommen, der Erlaß eines Arbeiterschutzgesetzes, einer Schiedsordnung zur Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten von Arbeitern und Arbeitgebern durch gemeinsam gewählte Schiedsmänner, endlich die Entwickelung der staatlichen Bergwerke zu Musteranstalten bezüglich

der Fürsorge für Arbeiter verheißen wurden. Zunächst allerdings betheiligte sich die sozialdemokratische Presse mit Behagen an der tiefsinnigen, staatsrechtlichen Erörterung, ob diese Erlasse ohne Gegenzeichnung Bismarck's überhaupt „gültig“ seien — betrachtete sie also zunächst gleichsam als nicht vorhanden. Dann machte die rothe Parteipresse einige geringschätzige Bemerkungen betreffs der Unausführbarkeit internationaler Verhandlungen über Arbeiterschutz, und betreffs der Unhöflichkeit gegen die Schweiz, welcher der Vorrang in diesen Bestrebungen zukomme. Weiter bestritt diese Presse dann den ernsten Willen, mindestens aber die Macht der Krone, gegen den Widerstand der „Bourgoisie“ eine genügende Arbeiterschutzgesetzgebung im Innern und eine wirksame, den Arbeiter zufriedenstellende Schiedsordnung zu stande zu bringen. Mit einem Male erhob dann aber plötzlich die gesammte rothe Presse und der ganze Chor ihrer Agitatoren die Lüge zur Wahllosung: der deutsche Kaiser habe in seinen Erlassen eigentlich nur die Statuten der Internationale und das Gothaer Programm nachgedruckt; er sei „international“ geworden, er verdanke seine Erleuchtung — welche nun nicht ferner bestritten, sondern gepriesen wurde — der überwältigenden Weisheit von Karl Marx und Herrn Liebknecht. Um das glaubhaft zu machen, wurde während der Wahlbewegung vorsichtig auf gedämpftem Klavier gespielt, wurden die Ziele der Partei als durchaus harmlose und gesetzliche, und ihr Streben so dargestellt, als sei dieses nur auf Beglückung und Entlastung des arbeitenden Volkes gerichtet. Deßhalb müsse zunächst „das Kartell“, die Mehrheit des vorigen Reichstages gestürzt, verdrängt werden. Da in dieser Wahlparole die rothe Partei Bundesgenossen am Freisinn und Zentrum fand — und leider mannigfach auch Wahlgenossen — so ist nicht zu verwundern, daß am Wahltag, dem 20. Februar 1890, die Sozialdemokratie 1,427,298 Stimmen davon trug, fast doppelt soviel als 1887 (763,128) und 20 Reichstagssitze, in den Nachwahlen noch weitere 15 eroberte!

Der grenzenlose Uebermuth und die freche Zuchtlosigkeit der Rothen kennzeichnete sich bereits am Wahltag durch zahlreiche blutige Wahlexcesse und schamlose Vergewaltigung der Gegner, so in Liegnitz, Mühlhausen, Connewitz bei Leipzig. Am 26. Februar schon ließ dann der sozialdemokratische rheinisch-westfälische Bergarbeiterverband in Bochum den Beschluß folgen, daß alle Bergwerke zu Gunsten der Arbeiter zu „expropriiren“, d. h. den Eigenthümern wegzunehmen seien. Die ruhmredigen Flunkereien und Selbstberäucherungen der rothen Presse in diesen Tagen waren einfach lächerlich. Als Bismarck am 20. März von seinen Aemtern zurücktrat, entdeckte Herr Liebknecht, daß er und seine Partei auch den eisernen Kanzler „gestürzt“ habe. Am 10. April druckte Herr Marx

Schippel, der Reichstagsabgeordnete für die glückliche Stadt Chemnitz, in seiner „Berliner Volkstribüne" einen Brief des kleineren Dalai Lama der Partei, Fr. Engels in London, ab, in welchem dieser betreffs der Maifeier schreibt:

„Der offizielle Festlärm macht nicht das Erhebende an der Feier aus. Nein, die Thatsache, daß zu derselben Stunde die Räder auf dem weiten Erdenrunde still stehen, und zwar auf Geheiß des einfachen unbedeutenden Arbeitsmannes. Diese Thatsache scheint uns das wahrhaft Großartige an der Feier zu sein. Wie wird es der Bourgeoisie vor ihrer ‚eigenen Gottähnlichkeit bange' werden, wenn sie vernimmt, daß die größten Fabriken am 1. Mai feiern mußten, weil die Arbeiter einmal die Arbeitslast von ihren Schultern schütteln wollten! Keine Macht der Erde kann den Arbeitern verbieten, an diesem Tage nicht zu arbeiten." Und schon zuvor am 23. März hatte Herr Max Schippel mit einigen Genossen im ‚Berliner Volksblatt' die Losung für den 1. Mai ausgegeben: ‚Alle Gewerke ruhen. Anderthalb Millionen Stimmen am 20. Februar. Zwei Millionen Unterschriften für den Normalarbeitstag am 1. Mai!'"

Aber dieser Größenwahn-Rausch, welcher sich in Folge des Sieges vom 20. Februar in den Köpfen der Rothen eingestellt hatte, machte einem häßlichen Katzenjammer Platz. Die „Macht der Erde", welche die allgemeine Maifeier verbot, war eben doch noch vorhanden; der „Bourgoisie" wurde durchaus nicht „bange"; „die Räder auf dem weiten Erdenrund" standen durchaus nicht still am 1. Mai 1890 — ja die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstages mußte selbst den Häringssalat für dieses Parteikaterfrühstück bereiten, indem sie am 13. April eine große phrasenreiche, aber doch sehr dringliche Abwiegelungserklärung an die maifeierlustigen Genossen erließ. Auch Herr Schippel mußte mit nach Canossa gehen, und diesen Ukas mit unterschreiben, obwohl er noch drei Tage zuvor den Brief von Fr. Engels mit der Redaktionsbemerkung abgedruckt hatte: „daß in dieser Zuschrift zweifellos das Ziel der jetzigen Bewegung sehr zutreffend gezeichnet sei."

Wir werden die höchst ergötzliche Wirkung dieses Fraktionsukases später verfolgen und wenden uns nun zunächst der Thätigkeit der Partei im neuen Reichstage zu.

---

9. Die Partei seit den Reichstagswahlen von 1890. Der Kongreß in Halle.

Die Thronrede, mit welcher am 6. Mai 1890 der Reichstag eröffnet wurde, erwähnte des Sozialistengesetzes mit keinem Worte. Daß die Thronrede des 25. Januar dieses Gesetzes nicht gedachte, ließ damals nur die Deutung zu, daß die Regierung ihre Beschlüsse

erst später fassen oder bekannt geben werde; natürlich, da am nämlichen Tage erst der Reichstag seine Schlußabstimmung vollzogen hatte. Jetzt aber war durch die Nichterwähnung des „Ausnahmegesetzes“ der kaiserliche Wille deutlich bekundet, dieses Gesetz nicht zu erneuern, die sozialdemokratische Partei vielmehr auf dem Boden des gemeinen Rechtes und mit Hilfe der überaus arbeiterfreundlichen Politik des jungen kraftvollen Herrschers zu bekämpfen.

Die Thronrede durfte mit Genugthuung zurückblicken auf die vom 15. bis 29. März in Berlin zusammengetretene internationale Arbeiterschutzkonferenz, welche von hervorragenden Vertretern aller wirthschaftlich entwickelten Kulturstaaten beschickt worden war und in voller Einmüthigkeit ihre Beschlüsse gefaßt hatte. Aber des Kaisers lebhaftes Wohlwollen begnügte sich nicht mit diesem „Ausdruck gemeinsamer Anschauungen über das wichtigste Gebiet der Kulturarbeit unserer Zeit“, und nicht mit der von hier ausgegangenen „Aussaat, welche mit Gottes Hilfe zum Segen der Arbeiter aller Länder aufgehen und auch hier die Beziehungen der Völker untereinander nicht ohne einigende Frucht bleiben wird.“ Vielmehr verhieß die Thronrede die „unverzügliche“ Einbringung zweier wichtigen Vorlagen auf sozialpolitischem Gebiete: ein Arbeiterschutzgesetz und „eine bessere Regelung der gewerblichen Schiedsgerichte, zugleich eine Organisation, welche ermöglicht, diese Gerichte bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern über die Bedingungen der Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses als Einigungsämter anzurufen.“ Die Thronrede kündigte weiter an eine Vorlage wegen nothwendiger Erhöhung der Friedenspräsenzstärke und Vermehrung der Truppenkörper, sowie wegen Unterdrückung des Sklavenhandels und zum Schutze der deutschen Interessen in Ostafrika; endlich eine Vorlage, welche die Besoldungsverbesserung eines Theiles der Reichsbeamten bezweckte.

Den folgenden Abschnitten dieses Buches muß die Darlegung des vaterlands- und arbeiterfeindlichen Verhaltens der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages gegenüber diesen Gesetzentwürfen vorbehalten bleiben. Hier ist nur festzustellen, daß die Partei Mann für Mann gegen Jedes und Alles stimmte: gegen die nothwendige Erhöhung der deutschen Wehrkraft und die dafür geforderten Mittel ebensowohl, wie gegen die Ausrottung des Sklavenhandels und gegen den Schutz der deutschen Interessen in Ostafrika, hauptsächlich aber auch gegen alle die erheblichen Erleichterungen und Begünstigungen, welche die beiden sozialpolitischen Gesetze dem deutschen Arbeiterstande unbestreitbar gewährten.

Mit rastlosem Fleiß hat der Reichstag über ein Jahr lang namentlich an dem Arbeiterschutzgesetz gearbeitet (die stenographischen Berichte umfassen fast 3000 doppeltspaltige Seiten). Die sozialdemo=

kratische Fraktion aber hat durch ihre Redner (z. B. durch Singer am 27. Juni 1890, Sten. Ber. S. 627) wiederholt ausdrücklich die Absicht der planmäßigen „Obstruktion", d. h. der absichtlichen Hinausziehung der Verhandlungen, ausgesprochen. Damit ist gegen diese angeblich allein „arbeiterfreundliche" Partei der Vorwurf bewiesen, daß sie den Arbeitern Deutschlands die Vortheile der neuen Gesetzgebung solange als nur möglich zu entziehen suchte! Die unendlichen Reden der 35 Sozialdemokraten im Reichstag über diese Gesetze bieten meist nur dasselbe trostlose Bild wahrheitswidriger Entstellung der Thatsachen und grundloser aufreizender Verhetzung. Vom Regierungstische, wie von allen Seiten des Hauses, von den Konservativen und Nationalliberalen nicht weniger kräftig und scharf, als aus den Reihen des Zentrums und Freisinns, gelegentlich sogar von den Polen, ist den Herren Sozialdemokraten dieser Verrath an der Arbeitersache nachgewiesen worden. Mit welcher Frivolität, und mit welcher Art von Witz die Herren ihre „Parteitaktik" führten, dafür mögen hier nur wenige Belege stehen — das faustdicke Ende kommt unten nach. Herr Grillenberger höhnte am 19. Mai 1890 (Sten. Ber. S. 147): „Sie werden auf unserm demnächst, wahrscheinlich in Berlin, abzuhaltenden sozialdemokratischen Kongresse wahrscheinlich mehr lernen, als wir, wenn wir an einem Unternehmerkongreß theilnehmen würden." Derselbe Herr sagte (Sten. Ber. S. 149): „Wenn die Regierung das Recht hat, Ungeschicktheiten zu begehen, warum soll die Sozialdemokratie nicht auch das Recht dazu haben?" Herr Auer gestand am 20. Juni (S. 462): „Bei uns Sozialdemokraten kommt bei der Agitation wenigstens doch etwas heraus", und machte schon eine Woche später (Sten. Ber. S. 619) die für die Betheiligten nicht unwichtige Entdeckung: „Mancher bleibt ein Esel sein Leben lang." Herr Bebel dagegen sprach am 23. Januar 1891 (S. 1124) bei der Schweine-Einfuhr-Debatte von dem „deutsch-nationalen Schwein." Am 12. Februar erstieg Herr Bebel den Gipfel der parlamentarischen Bescheidenheit der Sozialdemokraten mit den Worten (S. 1460): „Wenn Sie mit uns gehen wollen, so ist uns das recht, mit Ihnen aber gehen wir nicht!"

Der Gipfel der außerparlamentarischen Bescheidenheit dagegen blieb Herrn Liebknecht vorbehalten, indem dieser, nachdem einmal endgiltig feststand, daß der Wille unseres kaiserlichen Herrn dahin gehe, das Sozialistengesetz am 1. Oktober 1890 erlöschen zu lassen, in Wort und Schrift die ungeheuerliche Behauptung aufstellte: die Sozialdemokratie habe nicht blos den Kartellreichstag gesprengt, nicht blos Bismarck und sein „System" gestürzt, nicht blos die gesammte Sozialpolitik und Arbeiterschutzgesetzgebung geschaffen — gegen welche die Partei männiglich gewühlt und gestimmt hat —

sondern namentlich habe die Sozialdemokratie allein das Sozialistengesetz zu Fall gebracht. Auf dem Kongreß zu Halle hatte sich dieses Wahngebilde in Herrn Liebknecht's Haupt bereits so verdichtet, daß er dort (am 15. Oktober 1890, Protokoll S. 180) den Muth fand zu den Worten:

„Wenn das Sozialistengesetz ein eiserner Reif war, dann war unser Programm" (von Gotha) „ein diamantenes Band für uns. Mit unserem Programm haben wir das Sozialistengesetz, diesen eisernen Reif, zerbrochen; es hat sich also stärker erwiesen."

Nachdem Herr Liebknecht mit der Prophezeihung der Zukunft allezeit überaus schlechte Geschäfte gemacht hatte, zog er sich auf das wesentlich sicherere Geschäft zurück, die Vergangenheit zu prophezeihen, d. h. unbestreitbare Thatsachen so auszulegen, wie es ihm zur Prophezeihung des „Sieges" seiner Parteibestrebungen paßt. Dieses Geschäft ist sicherer als jenes, wenn man sich an die Wahrheit hält. Aber wenn man das nicht thut, so hat es einen nicht unerheblichen Nachtheil für die Herren Vergangenheitspropheten, welchen Herr Liebknecht einst (1876, Sten. Ber. S. 1087) im Reichstag in den Worten aussprach: „Zeigt man uns, daß die thatsächlichen Verhältnisse anders sind, als wir sie schildern, dann ist die Sozialdemokratie nichts, dann sind wir ‚die Lügner', ‚die Betrüger', als welche man uns hinstellt." Nun weiß aber Herr Liebknecht sehr wohl, daß das Programm von Gotha, mag es nun aus Diamant oder aus Blech bestehen, mit dem Erlöschen des Sozialistengesetzes nicht das Geringste zu thun hat, sondern daß dieses Gesetz einfach und allein aus dem Grunde am 1. Oktober 1890 abgelaufen ist, weil unseres Kaisers Majestät es ablaufen lassen wollte. Daß dies die Wahrheit ist und nichts Anderes, das haben auch Herr Liebknecht und alle sozialistischen Redner auf dem Kongresse in Halle dadurch unbedingt zugegeben, daß sie die gesammte neue Organisation der Partei so einrichteten, daß eine Erneuerung des Sozialistengesetzes — welche keiner der Herren für unmöglich hielt, trotz des „diamantenen Programmes" mit seiner ungeheuren „Stärke" — dieser Organisation nichts anhaben könne.

Die Herren Führer bedurften aber auf diesem Kongresse freilich eines selbst in den Kreisen ihrer Partei ungewöhnlichen Maßes von Ruhmredigkeit und — sagen wir von Berichtigung der Thatsachen zu Gunsten dieser Führer, um die tiefe Mißstimmung in der Partei selbst mit der Parteileitung zu vertuschen und sich vor den Massen den Schein der Unfehlbarkeit und Unüberwindlichkeit zu wahren, welchen die offene Auflehnung der „Jungen" und die scharfe Kritik einiger namhafter Parteiblätter, wie der „Berliner Volkstribüne" von Max Schippel", der „Sächsischen

Arbeiterzeitung" in Dresden und der Magdeburger „Volksstimme", stark verblaßt hatten.

Wir sind weit entfernt, die Macht und Bedeutung dieser „Opposition" gegen die „Alten", d. h. im Grunde gegen die Diktatur Liebknecht, zu überschätzen. Denn sonst wäre es nicht möglich gewesen, in Halle und in den darauf folgenden Wochen diese Unzufriedenheit so rasch zu dämpfen. Wir haben, im Gegensatz zu einem großen Theil der anti- oder nichtsozialistischen Presse und der bürgerlichen Parteien, nie daran geglaubt, daß die Gegnerschaft der Schippel, Wille, Werner, Schönfeld, Hans Müller u. s. w. jemals zu einem Bruche innerhalb der sozialdemokratischen Partei führen werde. Aber im höchsten Grade interessant und belehrend ist die Betrachtung dieses Sturmes im Glase Wasser aus dem Grunde, um urkundlich festzustellen, mit welchen Mitteln in jener Partei, welche die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit auf ihr Banner geschrieben hat, jede, auch die geringste Auflehnung gegen die eiserne Zucht des allmächtigen Diktators niedergeschlagen und namentlich welches Maß von Freiheit in diesen Reihen den „Brüdern" zugemessen wird. Und aus diesem Grunde müssen wir diesem höchst lehrreichen — und höchst belustigenden Streite etwas näher nachgehen.

Was zunächst die Gründe der Unzufriedenheit der Berliner, Magdeburger, Dresdener u. s. w. Genossen mit der Parteileitung anlangt, so hat Herr Dr. Wille im „Berliner Volksblatt" vom 20. August 1890 dieses Sündenregister der athemlos lauschenden Nachwelt erhalten. Vom sozialdemokratischen Standpunkt erscheinen unter diesen neun Punkten berechtigt:

Ziffer 3) „Das Eintreten der Fraktion für bürgerparteiliche Kandidaten bei den letzten Stichwahlen zum Reichstag — entgegen dem grundsätzlichen Beschluß in St. Gallen" (s. o. S. 132). 4) „Das Vorgehen der Fraktion in der Frage des 1. Mai." 5) „Das Verhalten maßgebender Fraktionsmitglieder in Angelegenheiten unserer Presse." 6) Eine gewisse Art dieser Ge-Genossen, sachliche Kritik als persönliche Beleidigung zu behandeln." 7) „Die Einberufung der Dresdener Volksversammlung durch Zirkular." 8) „Der Aufruf zu den Kongreßwahlen" (nach Halle), „welche von vornherein autoritativ" (d. h. ohne die Genossen zuvor zu fragen) „einen bestimmten Wahlmodus zur Geltung bringen wollte" (indem für jede Wählerschaft nur höchstens drei „Delegirte" zum Kongresse für wählbar erklärt wurden). 9) „Der Organisationsentwurf, weil er der Fraktion eine zu große Macht einräumt."

Einzelne Punkte bedürfen der thatsächlichen Erläuterung. Der ganze Streit entzündete sich hauptsächlich an dem Fraktionsukas betreffs der Maifeier. Darauf erklärte Herr Liebknecht am 12. Juni 1890 in einer sozialdemokratischen Volksversammlung in der „Volksbrauerei" in Altmoabit:

„Wer auf dem Wege schwach wird, der wird bei Seite geschoben, und wer seine Person nicht der Sache unterordnet, der fliegt einfach hinaus. In der Theorie herrscht vollständige Freiheit.“ Darauf erwiederte Ende Juli in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ in Dresden der Mitverleger Hermann Schönfeld: „Mit dem Hinausfliegen habe ich es nicht so eilig. Bestehen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei, so ist nöthig, das Für und Wider auszusprechen.“ Dagegen Liebknecht im „Berliner Volksblatt“ vom 3. August: „Jeden, der das Interesse der Partei schädigt“ — und darüber hat Er allein zu bestimmen — „betrachte ich als Feind, und Jeden, den die Partei als solchen erkannt hat, ‚der fliegt hinaus‘. Er gehört nicht zur Partei. Und derartiges ‚Hinausfliegen‘ geht ohne ‚Spaltung‘ vor sich, und sogar auch ohne ‚Streit‘.“

Auch Herr Bebel hatte inzwischen mit dieser „Oppositionspresse“ seinen Bittern. Um die über den Maifeierbeschluß der Fraktion schnoddernden Berliner Genossen zu dämpfen, sprach er am 21. Juni 1890 in der Brauerei von Lips, Friedrichshain, und verhöhnte die Uebertreibung des Volksversammlungskultus als „Fetischdienst“ und die nutzlosen Demonstrationen, Boycotts und Strikes als „große Dummheit“. Die Berliner Führer bezeichnete er als „schlechte Führer“.

Darauf schrieb die „Sächsische Arbeiterzeitung“ unter „W.“ am 23. Juli: „Da wird von den Leuten klug geschwätzt über Streikfieber und frivole Streiks. In unserer langjährigen Praxis ist uns noch kein solcher vorgekommen. Wer so ‚frivol‘ schwätzt, der ist eben selbst niemals als denkender Arbeiter in der Lage gewesen, sich gegen Fabrikantenübermacht aufbäumen zu müssen.“ Herr Bebel antwortete aus Eisenach im „Berliner Volksblatt“ vom 29. Juli mit der Drohung: „er werde dem Verfasser die passende Antwort zu Theil werden lassen, sobald er nach Hause zurückgekehrt sei, auch der ‚Sächsischen Arbeiterzeitung‘, welche es als ihre Hauptaufgabe zu betrachten scheint, durch fortgesetzte dunkle Anspielungen und Verdächtigungen Mißtrauen und Zerwürfnisse in die Partei zu bringen.“ Eine solche Kampfweise sei „bubenhaft“. Darauf hatte sich Dr. Bruno Wille als Verfasser dieses „bubenhaften“ Angriffs im „Berliner Volksblatt“ bekannt, Herrn Bebel aber ein „Mißverständniß“ zugeschrieben oder eine „Gereiztheit, die das Urtheil trübe“. Sehr erregt antwortete Herr Bebel in dem „Berliner Volksblatt“ vom 7. August gegen die Unterstellung, als ob er „unabhängige Blätter“, das Dresdener Blatt und die Magdeburger „Volksstimme“, deren Redakteur Hans Müller er verhöhnte, unterdrücken wolle. Aber schon am 11. August hielt er das Scherbengericht über das ihm und Herrn Liebknecht lästige „unabhängige“ Dresdener Blatt in einer nur persönlich eingeladenen Versammlung (s. o. S. 147, Ziffer 7 des Wille'schen Sündenregisters). Er setzte einen „entschiedenen Tadel“ gegen das Blatt durch und die Ernennung eines Ueberwachungsausschusses gegen dasselbe, da „es auch nur den Parteigrundsätzen entspricht, daß ein Blatt, welches als Parteiorgan gilt, dem Einflusse der Partei und der Parteikontrolle unterworfen wird“. Die Verleger der Zeitung verkauften nach diesem Beschlusse dieselbe vom 1. September ab der Partei. Heute ist sie deshalb —

wenn man die geschmackvolle Ausdrucksweise der Sozialisten mal auf deren eigene Presse anwenden will — „nur ein Reptil" des Herrn Liebknecht. Die Redaktion aber erklärte zu dem Beschluß vom 11. August: „Wir nehmen von dem, was wir früher und jetzt gesagt haben, kein Wort zurück."

Nach der „Sächsischen Arbeiterzeitung" ereilte die Magdeburger „Volksstimme" wegen ihrer „oppositionellen" Haltung ihr Schicksal. Der Verlauf war genau derselbe.

Zunächst nämlich erklärte der Redakteur Hans Müller die „unschuldigen Witze" des Herrn Bebel über seine Person weder für „nobel" noch für „taktvoll", hielt sich für vollkommen berechtigt, von „eiternden Geschwüren am eigenen Leibe der Partei" zu sprechen, und bezeichnete in einer großen Magdeburger Volksversammlung die Angriffsweise der Herren Liebknecht und Bebel für „unanständig und verdammenswerth", da sie „das demokratische Gewissen der Genossen auf's tiefste habe verletzen müssen". Die Versammlung bekundete dem Redakteur mit „großer Mehrheit" ihr „vollständiges Vertrauen". In der wenige Tage später, am 13. August, berufenen zweiten Versammlung aber erzielte Herr Bebel einen ihm günstigen Mehrheitsbeschluß, und der gemaßregelte Redakteur legte die Verantwortung für die fernere Haltung der „Volksstimme" nieder.

In Berlin fand am nämlichen Tage eine große sozialdemokratische Volksversammlung statt, in welcher der Buchdrucker Werner dagegen protestirte, gegenüber von Liebknecht und Bebel einen „Autoritätsglauben" anzuerkennen und sich selbst als „Stimmvieh" behandeln zu lassen. Der Sattler Börner beschuldigte sogar Herrn Bebel der Korruption, da dieser „wohl grundsätzlich die Fahne der Sozialdemokratie hoch halte, aber bezüglich der Taktik korrumpirt sei". („National-Zeitung" vom 13. August.) Am 19. August verglich Bruno Wille in einer Berliner Volksversammlung die Massen seiner Partei mit „Heerdenthieren" und sprach von „Unverstand der Massen". Die Hauptredner pflichteten ihm bei. Der Schuhmacher Fischer nannte den Eisenacher Brief Bebel's „schulmeisterlich". Am nämlichen Tage sagte Werner in einer Volksversammlung zu Friedenau bei Berlin: „Wir können nicht dulden, daß sich eine Person als ein Götze hinstellt und seine Blitze gegen diejenigen schleudert, welche wagen, ihm entgegenzutreten." („Berliner Volksblatt" vom 15. August.)

Aber auch die „Alten" regten sich überall in dem wüsten Kampfe.

Herr Grillenberger hielt am 18. August eine große Versammlung in Nürnberg ab, in welcher er die Berliner „Genossen" mit den Worten brandmarkte, man sei dort nicht sicher, „unter drei Parteigenossen einen Spitzel zu finden. Sicherlich gebe es unehrliche Elemente in der Partei, die vielleicht früher zu Dynamit-Attentaten aufgefordert haben würden und jetzt auf journalistischem Wege Spaltungen hervorzurufen beabsichtigten". („Vossische Zeitung" vom 19. August.) Werner nannte darauf Herrn Grillenberger — unsere Feder sträubt sich, das Entsetzliche niederzuschreiben! — „einen ehrlosen Verleumder" („Berliner Volksblatt" vom 23. August). In einer Versammlung vom 15. September beschuldigte dagegen Herr

Singer „die Jungen“ wieder, „man müsse die Partei davor sichern, daß ihr anarchistische Kuckuckseier in's Nest gelegt werden“ („Berliner Volksblatt“ vom 17. September 1890). Herr Liebknecht, welcher überall Spitzel wittert, schrieb in seinem Leibblatt sogar, einige dieser Genossen seien „agents provocateurs“, Lockspitzel (Protokoll des Halleschen Kongresses S. 45 flg.). Als Werner von Grillenberger zu wissen verlangte, wer Grillenberger geschrieben habe, daß Werner „Geschäftssozialist“ sei — wie Grillenberger in seiner Nürnberger Rede behauptet hatte — antwortete er Werner auf einer offenen Postkarte: „Die bewußte Adresse steht für Parteigenossen zur Verfügung, für Sie nicht.“ Endlich nahm die von Herrn Bebel gemaßregelte Redaktion der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ mit einer Erklärung Abschied von ihren Lesern, in welcher es heißt: „Jeder wird diese erbärmlichen Verdächtigungen durchschauen. Darum müssen wir unseren Platz verlassen — diese Thatsache beweist wohl am besten, was das Recht der freien Meinungsäußerung trotz aller Ableugnung zu gewärtigen hat. Wir selbst werden trotz aller Wadenkneifereien unermüdlich den theoretisch grundsätzlichen Standpunkt der Sozialdemokratie vertreten.“

Auch

der Parteikongreß in Halle (12. bis 18. Oktober 1890)

hallte von Anfang bis zu Ende wieder von diesen gegenseitigen Beschimpfungen und hatte in Wahrheit nur ein thatsächliches Ergebniß: die gewaltsame Unterdrückung jeder Opposition, ja auch nur jedes Widerspruchs in Wort und Schrift, gegen die Parteileitung, und die Erneuerung und Befestigung der Diktatur Liebknecht als eigentlicher, wahrer Leitung der Partei.

Wenn die sozialdemokratische Presse und Rederei diesem Urtheil den für solche Fälle vorräthigen Hohn entgegensetzen sollte, so läßt uns das so kalt, wie jene Großsprechereien und Flunkereien, mit welchen die Herren „Delegirten“ des Halleschen Kongresses sich untereinander berauschten oder belogen. Europa und die „ganze gebildete Welt“ hat noch selten so einmüthig und so kräftig gelacht, als an jenem 12. Oktober 1890, da Herr Liebknecht als ältester Abgeordneter und Wühler der Partei, den Halleschen Kongreß eröffnete mit einer Rede, welche die Stellen enthielt (Protokoll S. 11 flg.):

„Wir, zu stolz und zu stark, um uns feig zu fügen, gaben unseren Gegnern Schlag auf Schlag zurück, und so haben wir (?) das Gesetz überwunden ... Wie groß ist die Zahl der Ungenannten und selbst Unbekannten, welche in diesem Kampfe ... ihr Vermögen (!) eingebüßt haben“ — sonst wird von den Herren immer geleugnet, daß der „hungernde Proletarier“ irgend etwas erwerben und besitzen könne! — „Je höher und stolzer wir unsere Fahne trugen, desto mehr erkannten weite Kreise des Volkes außerhalb der Partei, daß durch die Sozialdemokratie allein die Erlösung für das arbeitende Volk, für die gesammte darbende Menschheit zu finden sei ...

Unsere Vereinigung auf diesem Kongreß ist ein weltgeschichtlicher Moment. Nicht blos das Vaterland (!) blickt auf uns, die gesammte (?) deutsche Arbeiterschaft voll Vertrauen, unsere Feinde voll Haß und Angst (!) — die ganze gebildete Welt blickt auf diesen Kongreß als auf das wichtigste Ereigniß der Gegenwart . . . Sind wir doch in gewisser Beziehung die leitende Partei Deutschlands (!!)."

Der Raum ist uns zu kostbar, um ihn mit den bogenlangen Reden ähnlicher Art zu vergeuden, obwohl sie unter die humoristischen Leistungen ersten Ranges zu rechnen sind. So, wenn der Holländer Domela Nieuwenhuis das vaterlandslose Revolutionsgesindel als die Nachfolger der alten ehrlichen, vaterlands- und glaubenstreuen Geusen unter dem großen Oranien zu feiern wagte (Protokoll S. 20) und von dem „edeln, viel verkannten Marat" sprach. Ebenso wenn Herr „Großrath" Wullschläger aus Basel, welcher im April 1889, in Verbindung mit dem Schneider Lutz, den Mülhausener Polizeiinspektor Wohlgemuth nach Rheinfelden in die Falle gelockt und dort hatte verhaften lassen — wenn dieser wackere Herr, nach Schmähung der „Behörden" seines Landes, zu behaupten wagte (S. 140): „daß der Radikalismus in unserem Sinne auch im Schweizervolk von Tag zu Tag mehr um sich greife" und daß „die wirthschaftliche Entwickelung auch in der Schweiz die Kleinbetriebe nach und nach absorbire."

Trotz dieser ungeheuerlichen Uebertreibungen und Selbstberäucherungen hat die Partei in Halle nichts beschlossen und vollbracht, was die angeblich gespannte Theilnahme „der ganzen gebildeten Welt" irgendwie gerechtfertigt hätte. Die Partei hörte dort zunächst den Bericht des Herrn Bebel über die „Thätigkeit der Parteileitung" an, und ertheilte diesem Bericht und der Kassenführung jubelnd ihre Zustimmung. Desgleichen dem Bericht des Herrn Singer „über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstagsfraktion". Dann wurde, nach der Berichterstattung des Herrn Auer, „die Organisation der Partei" einer Kommission von 25 Mitgliedern überwiesen, welche schließlich die kurze (18 Paragraphen umfassende) Arbeit, die unter dem Titel „Die Organisation der Partei" dem Protokoll über die Verhandlungen in Halle (S. 5—8) vorgedruckt ist, zur Annahme empfahl, und diesen Entwurf auch, „unter jubelndem Beifall", mit allen gegen eine Stimme en bloc angenommen sah. Die Verhandlungen „über die Parteipresse" (Berichterstatter Auer und Bebel) hatten nur den Zweck, den „Vorwärts" in Berlin zum amtlichen „Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands" zu erheben und Herrn Liebknecht zum Chefredakteur einzusetzen, und erreichten diesen Zweck vollkommen. Die weitere Berathung über Streiks und Boycotts führte zur einstimmigen Annahme der ziemlich nichtssagenden „Resolution" der beiden Berichterstatter

Grillenberger und Klos (Stuttgart), deren Hauptsätze (Protokoll S. 216, 217) lauten:

„Unter den heutigen Verhältnissen und bei dem Bestreben der herrschenden Klassen, die politischen Rechte (!) und die wirthschaftliche Lage der Arbeiter immer tiefer herabzudrücken, sind Streiks wie auch Boycotts eine unumgängliche Waffe. Da Streiks und Boycotts aber zweischneidige Waffen sind, empfiehlt der Parteitag den deutschen Arbeitern sorgfältige Erwägung der Umstände, unter welchen sie von diesen Waffen Gebrauch machen wollen, insbesondere betrachtet es der Parteitag als zwingende Nothwendigkeit, daß die Arbeiterklasse zur Führung solcher Kämpfe sich gewerkschaftlich organisirt, und zwar möglichst in zentralistischen Verbänden" — zu diesem Zwecke versammelten sich bereits im Oktober 1890 die Delegationen der sozialistischen Gewerkschaftsverbände in Berlin, um fortan das Strikewesen über ganz Deutschland einheitlich zu organisiren. Die „Resolution" schloß mit dem „Protest des Parteitages gegen die erneuten Versuche der Regierungen und der Unternehmerklasse, den in Deutschland vorhandenen Rest (!) des Koalitionsrechts durch die reaktionären (!) Bestimmungen in der Novelle zur Gewerbeordnung vollends (!) zu vernichten".

Aber die Hauptsache, „das Programm der Partei", wurde nach dem Referat und Vorschlage des Herrn Liebknecht einstweilen ganz unverändert gelassen, obwohl dieses Programm, selbst nach Herrn Liebknecht's Ausführungen, sich als höchst verbesserungsbedürftig darstellte. Nur das „eherne Lohngesetz" mußte „hinausfliegen", weil es „thatsächlich nicht existirt." Alle übrigen Aenderungen wurden dem Parteivorstand überlassen. Er hat „dem nächsten Parteitag den Entwurf eines revidierten Programmes vorzulegen und diesen mindestens drei Monate vor Zusammentritt des nächsten Parteitages zu veröffentlichen." Im Ganzen gewiß eine recht spärliche Speisekarte, um die appetitvolle Theilnahme „der ganzen gebildeten Welt" zu befriedigen. Aber wenn man genauer zusieht, ergeben diese meist inhaltlosen und wenig fruchtbaren Verhandlungen doch das eine oben bereits angekündigte Resultat, daß die Parteileitung und deren Haupt, Herr Liebknecht, aus jedem neuen Beschlusse über jeden neu erledigten Gegenstand der Tagesordnung des Parteitages, mit neuer, erhöhter Machtvollkommenheit ausgerüstet hervorging, während die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der „Genossen" ebenso schrittweise mehr und mehr zur bloßen Einbildung aufgelöst wurde.

Beginnen wir, um das nachzuweisen, mit dem zuletzt erwähnten Gegenstande der Halle'schen Verhandlungen, denen über das Parteiprogramm. Herr Liebknecht verschwendete dabei wieder reichlich das rednerische Kunststück, welches er überall und jederzeit in den Kreisen der Genossen anbringt, daß er nämlich als selbstverständlich voraussetzt, die ganze anwesende Partei habe genau dieselben Ueberzeugungen und Auffassungen wie er selbst, habe dieselbe „wissen=

schaftliche" Klärung ihrer Ansichten durchgemacht wie er — nämlich mit jedem neuen Bande von Karl Marx' „Kapital" — und habe zur Stunde dieselbe „wissenschaftliche" Erleuchtung errungen, welche Herr Liebknecht sich zutraut. So sagte Herr Liebknecht u. A. (Protokoll S. 167): „Wissenschaftlich richtig ist der Ausdruck ‚ehernes Lohngesetz' nicht, ‚ein solches Gesetz existirt thatsächlich nicht, das mußten wir uns schon in Gotha (1875) sagen" — ‚wir', d. h. die Führer ebenso wie die seit 15 Jahren mit diesem sogenannten ‚ehernen' Gesetz Verführten, ‚wir Alle durchschauten diesen Humbug schon vor 15 Jahren'. „Aber", setzte er hinzu, „der Ausdruck ist agitatorisch von Lassalle gebraucht worden und hat seinen Zweck auch herrlich erfüllt."

Jede andere Partei würde eine derartige anmaßliche Voraussetzung der vollkommenen Uebereinstimmung ihrer Ansichten mit dem geehrten Redner und seiner persönlichen Entwickelung und Umbildung als eine Beleidigung empfinden und dem Bedürfniß Ausdruck geben, anderer Meinung zu sein, oder wenigstens mal erst sich überzeugen zu lassen. Gegenüber seinen Pappenheimern hat Herr Liebknecht das jedoch nicht nöthig. Sie fühlen sich unendlich angenehm gekratzt durch die Versicherung, daß sie genau so denken und überzeugt sind, wie der geehrte Herr Vorredner, daß sie von Gott und Religion, von Vaterland und Gesetz, von Zucht und Ordnung nichts mehr wissen und wollen; denn die Verneinung von alledem ist ja „wissenschaftlich", das Gepräge „wissenschaftlichen" Geistes. Der grünste Junge kann sich sofort zu dieser „wissenschaftlichen" Höhe aufschwingen, wenn er Herrn Liebknecht zuhört und ihm „stürmischen Beifall" spendet. Einer weiteren Prüfung bedarf es nicht.

Einer so erlauchten Versammlung „wissenschaftlich" durchdrungener und fortgeschrittener Geister gegenüber wäre es nun aber, nach unserer, freilich nur altväterisch-bürgerlichen Auffassung, ein zwingendes Gebot sittlicher Wahrheitsliebe und Aufrichtigkeit gewesen, wenn Herr Liebknecht erklärt hätte: „Das ganze Programm, welches ich das ‚diamantene' Band unserer Partei nenne, hat unser gemeinsamer ‚großer' Lehrmeister Karl Marx schon 1875 ein ‚durchaus verwerfliches und demoralisirendes' genannt, hat er in Grund und Boden verdammt, und zwar aus den und den Gründen." Vergebens wird man in der Rede des Herrn Liebknecht ein einziges Wort dieses ehrlichen Geständnisses suchen. Wie er sein ganzes Leben lang nur der beste Nachsprecher gewesen ist, welchen Karl Marx sich gezüchtet hat, so wiederholen die Stellen seiner Rede, in welchen er am Gothaer Programm Kritik übt (Protokoll S. 160 bis 178), fast wortgetreu nur die „Randglossen", welche Karl Marx s. Z. (s. o. S. 49 flg.) an Bracke richtete. Aber viele der triftigsten Ein-

wände von Karl Marx unterdrückte Herr Liebknecht, so namentlich die unwiderlegliche Beweisführung, daß alle die „demokratischen" Forderungen des Gothaer Programms überhaupt nicht auf dem Boden des monarchischen deutschen Staates, sondern nur in einer Republik verwirklicht werden könnten. Aber auch wo Herr Liebknecht auf die Worte seines Meisters schwor und diese Worte wiederholte, gab er sich den Anschein, als sei er aus eigener „wissenschaftlicher" Forschung zur Ueberzeugung der Verkehrtheit dieser Theile des Gothaer Programms durchgedrungen — ja sogar die Genossen mit ihm! — und verrieth kein Wort von seiner Quelle. Ein Mann, welcher in solcher Weise mit der angeblich „ersten Partei Deutschlands" umspringen darf, hat nicht blos deren Leitung, sondern deren Diktatur in Erbpacht und führt sie — am Narrenseile!

Genau zu demselben Ergebnisse gelangen wir, wenn wir die Verhandlungen und Beschlüsse des Halle'schen Kongresses über die Parteipresse aufschlagen (Protokoll S. 126—128, 134—137, 145, 154—157, 230—241). So lebhaft die Meinungen auch aufeinander platzten, war das Ende vom Liede doch, daß Herr Liebknecht der oberste Schriftleiter („Chefredakteur") des einzigen amtlichen „Zentralorgans" der Partei wurde, und „daß jeder maßgebende nicht parteigenössische Einfluß" auch von der Lokalpresse „ferngehalten werde", damit „die erste und oberste Aufgabe unserer Presse: die Arbeiter aufzuklären und zum Klassenbewußtsein (!) zu erziehen, nicht unter Rücksichten auf irgend welche Privatinteressen leide." Es wurde ferner der Parteileitung — und damit auch Herrn Liebknecht, welcher, wie wir sogleich sehen werden, „gleichberechtigt" mit der ganzen übrigen Parteileitung erklärt wurde — das Recht eingeräumt: „die prinzipielle Haltung der (d. h. aller) Parteiorgane zu kontrolliren." Die Versammlung konnte sich darüber nicht im Geringsten zweifelhaft sein, daß mit diesem nahezu einstimmig angenommenen Beschlusse fernerhin die Freiheit der Parteipresse aufgehoben sei, daß die Parteileitung die Macht habe, jedes Blatt, welches eine selbstständige Meinung äußern würde, als außerhalb der „Partei" stehend zu bezeichnen und zu ruiniren. Aber die Freiheitsbrüder waren damit einverstanden.

Auch die Beschlüsse betreffs der Parteiorganisation stärkten diese Diktatur ganz erheblich. Man braucht sich nur die Bestimmungen betreffs der Parteileitung in dem in Halle festgestellten Organisationsstatut (Protokoll S. 5—8) anzusehen. Sie lauten:

„§ 13. Die Parteileitung besteht aus 12 Personen, und zwar aus 2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern, 1 Kassirer und 7 Kontrolleuren. Die Wahl der Parteileitung erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzettel. Nach erfolgter Wahl hat die Parteileitung ihre Konstituirung vorzunehmen

und dieselbe im offiziellen Parteiorgan bekannt zu machen. Die Parteileitung verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder. — § 14. Die Mitglieder der Parteileitung können für ihre Thätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt. — § 15. Die Parteileitung besorgt die Parteigeschäfte, kontrollirt die prinzipielle Haltung der Parteiorgane, beruft die Parteitage und erstattet auf denselben über ihre Thätigkeit Bericht."

Von dem Umfange dieser Machtbefugnisse kann sich Jeder sofort einen Begriff machen, wenn er die in Sperrsatz gegebenen Stellen in irgend eine Staatsverfassung, z. B. in die deutsche Reichsverfassung, einstellt: „die Reichsregierung verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder." „Sie kontrollirt die grundsätzliche Haltung der im Deutschen Reich erscheinenden Blätter, beruft den Reichstag und erstattet demselben Bericht über ihre Thätigkeit." Was würden die Herren Sozialisten zu einer derartigen Verfassung anders sagen können, als daß sie — um mit Herrn Liebknecht zu reden — ein ganz lächerliches „Feigenblatt des Absolutismus" sei? Sie aber, die Freiheitsbrüder, dulden diesen Absolutismus bei sich selbst! Der Parteitag unserer Sozialdemokraten „bildet zwar die oberste Vertretung der Partei" (§ 9) — aber es ist bei Lichte besehen doch ein recht werthloser Ehrentitel. Etwa wie der des Polen, welcher zwar „eine Vormauer gegen Rußland bildet, dieselbe aber selten mit Seife zu waschen pflegt." Der sozialistische Parteitag hat nämlich betreffs der gesammten Finanzgebahrung seiner Parteileitung nicht die geringste Machtbefugniß einer Kontrolle der laufenden Ausgaben oder auch nur einer wirksamen nachträglichen Mißbilligung oder gar Verweigerung. Denn er hat lediglich das Recht (§ 10, Ziffer 1): „den Bericht über die Geschäftsthätigkeit der Parteileitung und über die parlamentarische Thätigkeit der Abgeordneten entgegenzunehmen!" So wenig wie irgend ein Parteitag einen Abgeordneten wegen seiner Reden und Abstimmungen zur Verantwortung ziehen und ihm etwa das Mandat abnehmen kann, so wenig kann der Parteitag die Parteileitung sittlich, rechtlich oder selbst strafrechtlich für irgend welchen — nach Ansicht des Parteitages verübten — Mißbrauch der Parteigelder verantwortlich machen, solange der § 13 bestimmt: „die Parteileitung verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder" — d. h. über alle jetzt und während der ganzen Amtsdauer der Parteileitung vorhandenen Gelder! Das Einzige, was der Parteitag nach § 10, 3 thun kann, ist, sich für das nächste Jahr eine andere Parteileitung zu wählen. Aber diese kann dann im künftigen Jahre „über die vorhandenen Gelder abermals nach freiem Ermessen verfügen."

Nun braucht man sich aber blos die Namen der Herren an=

zusehen, welche in Halle zu Mitgliedern der Parteileitung gewählt worden sind, um zu zeigen, wer thatsächlich über die Partei herrscht. Von den sämmtlichen zwölf Herren dieser sogenannten Parteileitung (Protokoll S. 263) sind nur die Herren Bebel, Singer und Auer bekannt, alle übrigen namenlose Nullen. Nun kommt aber erst noch das Beste. Um der „Parteileitung" den Schein der Unabhängigkeit von Herrn Liebknecht zu wahren, hatte man dessen Namen nicht mit auf die Wahlliste gesetzt (welche selbstverständlich von dem alten Parteivorstand vorher aufgesetzt und gedruckt vertheilt worden, also der einstimmigen Annahme sicher war). Als nun die Wahlen vollzogen waren, bemerkten einige Genossen erst, daß der Name des Herrn Liebknecht auf der Liste gefehlt hatte. Da trat Herr Grillenberger auf und sagte (Protokoll S. 264):

„Es ist von jeher Gebrauch gewesen, daß der Redakteur des offiziellen Parteiorgans nicht zu gleicher Zeit Mitglied des Parteivorstandes sein kann; das war unter der alten Organisation sogar statutarisch verboten. Von diesem Grundsatz ausgehend, ist davon abgesehen worden, Liebknecht mit in Vorschlag zu bringen. Es gehört sich aber, daß dieser Chefredakteur dem Parteivorstand in allen Dingen koordinirt (gleichberechtigt) ist. Der Parteivorstand hat eine gewisse" (vielleicht auch nur eine sehr ungewisse!) „Aufsicht über das Blatt zu üben, aber der Chefredakteur des Zentralblattes muß in allen Dingen Aufschluß haben über das, was in der Partei vorgeht. Er muß in ununterbrochener Berührung mit dem Parteivorstande stehen, und deshalb ist es selbstverständlich, daß dieser Redakteur ebenso Parteibeamter ist, wie die Mitglieder des Vorstandes" (soll immer heißen der „Leitung"), „daß er an allen Sitzungen derselben theilzunehmen und berathende Stimme hat. Er kann nicht als Bediensteter des Parteivorstandes betrachtet werden. Deshalb beantrage ich, der Parteitag wolle beschließen: ‚Liebknecht wird als Chefredakteur des offiziellen Parteiorgans bestätigt und ist als solcher gleichberechtigt mit dem Parteivorstande.'" (Bravo!) „Dieser Antrag wird einstimmig angenommen."

Diese Worte des amtlichen Protokolles genügen vollkommen, um die Diktatur Liebknecht genau so zu kennzeichnen, wie dies oben S. 27 flg. geschehen ist. Denn wer die oberste Leitung des amtlichen Parteiblattes, daneben berathende Stimme in allen Sitzungen der Parteileitung hat, und außerdem noch für seine Person allein dem ganzen Zwölfmännerkörper der „Parteileitung" als „gleichberechtigt" erklärt ist, der kann noch erheblich unverzagter auf diese „Leitung" ‚pfeifen', als er auf das „Ausnahmegesetz" gepfiffen hatte. Denn dieser Herr ist ganz allein selbst „die Parteileitung." Und wenn neuerdings ein Theil der Presse berichtet hat: Herr Liebknecht müsse jetzt schon ganz nach dem Singsang des Herrn Singer tanzen, so ist das ein vollständiger Irrthum. Wenn überhaupt irgend eine Meinungsverschiedenheit zwischen den

beiden Biedermännern sich ereignen sollte, und gar eine solche, welche zu einem Konflikt führte, so würde ganz unzweifelhaft Herr Singer „hinausfliegen", und nicht Herr Liebknecht.

Ebenso belehrend wie für die innere „Freiheit" der Parteigenossen, war aber der Halle'sche Parteitag für die „Gleichheit und Brüderlichkeit", deren sich die „Genossen" erfreuen.

Herr Bebel ließ der „Opposition" gleich anfangs (Protokoll S. 15) wenig Hoffnung, daß sie zum Wort kommen werde. „Es wird sich doch fragen, ob solche Redner sich melden," sagte er, „und dann, ob der Parteitag die Neigung hat, sie zu hören (!)". Herr Guttenstein (Karlsruhe) stellte der Opposition sofort unverlangt ein „Armuthszeugniß" aus (S. 25). Um die Beschwerdepunkte der Opposition gegen die Parteileitung „nicht zum Gaudium unserer Feinde im Plenum besprechen" zu lassen, schlug Schmidt-Berlin vor, einer Neunerkommission die Untersuchung und den Bericht hierüber anzuvertrauen (S. 42). Herr Bebel widersprach diesem Antrag heftig (S. 43), mit der seltsamen Begründung, daß er gar nicht wisse, was die Opposition eigentlich wolle. Bis dahin hatte sie nämlich noch gar nicht sagen können, was sie wolle, und sollte es auch nicht sagen dürfen, weil das ja nur „zum Gaudium unserer Feinde" gereichte. Die Untersuchungskommission sollte aber versagt werden, weil Herr Bebel angeblich nicht wußte, was die Herren wollten — in demselben Athemzuge dagegen (S. 43) verrieth er wieder, daß er genau wußte, was sie wollten, oder über was sie sich beschwerten.

Die Opposition wäre auch zweifellos ganz brutal „abgeschlachtet" worden, wie Werner die Sache derb aber richtig (S. 44) ausdrückt, wenn nicht von Vollmar kräftig für die Einsetzung der Kommission eingetreten wäre (S. 42), und wenn der Abgeordnete Stadthagen nicht den bereits — unmittelbar nach Bebel's Widerspruch abgelehnten (S. 43) Schmidt'schen Antrag, mit ausführlicher Förmelung der oppositionellen Beschwerdepunkte, erneuert und durch seinen und von Vollmar's Einfluß zur Annahme gebracht hätte.

Aber nachdem Herr Bebel die Wahl dieser Kommission nicht länger hindern konnte, sorgte er wenigstens dafür, daß sie so zusammengesetzt wurde, wie er wünschte, indem er deren sofortige Wahl verhinderte, „da doch vorsichtige Auswahl getroffen werden muß" (!), S. 73. Die Kommission ist denn auch ganz nach Herrn Bebel's Wunsch ausgefallen, denn in ihrem, am Ende der Halleschen Verhandlungen (S. 277) verkündeten köstlichen „Urtheil" — welchem sich alle „Genossen" obendrein vor der Urtheilsverkündigung (nach der Zumuthung Singer's, S. 276) blindlings unterwerfen sollten! — gelangte dieser Ausschuß von Männern, welche „den Dingen völlig objektiv gegenüberstanden" (Bebel, S. 73), — unter Anderm zu dem merkwürdigen Wahrspruch: „Ist in der Anwendung des Wortes ‚Spitzel' bei Charakterisirung der Berliner Parteizustände eine bewußte oder unbewußte Beleidigung der Berliner Genossen zu erblicken? Nein!"

Man hätte nun von der „Brüderlichkeit“ der Herren Parteiführer und der ihnen gefügigen Mehrheit wenigstens das Eine erwarten dürfen, daß sie vom Zeitpunkt der Einsetzung dieser Kommission an bis zur Schöpfung des „Urtheils“ derselben, sich selbst jedes vorgreifenden Urtheils über die „Opposition“ enthalten würden. Aber das gerade Gegentheil trat ein!

In einer während der Verhandlungen in Halle von der Berliner Opposition auf den 16. Oktober nach dem Vereinshaus „Süd-Ost“ einberufenen Versammlung wurde festgestellt („Berliner Volksblatt“ vom 17. Oktober), daß Herr Singer in Bezug auf diese Versammlung gesagt habe: „Die Berliner haben wohl einen Frosch?“ (d. h. einen Sparren), und daß dort ein Genosse Namens Felgentreff „hinausflog“, welcher auch Herrn Liebknecht in Halle mit lügnerischen Verleumdungen über Parteigenossen versorgte; Herr Liebknecht trug diese in Halle ganz unverzagt in den Verhandlungen vor, ohne sich im geringsten zuvor betreffs der vollständigen Unglaubwürdigkeit seines Gewährsmannes zu vergewissern (Protokoll S. 283, 291, 293, 294). Dieser Mann hatte der Untersuchungskommission in Halle den Rath ertheilt, „Werner zu verhauen“. Diesem guten Rathe folgten die Parteiführer und alle ihre Myrmidonen in Halle wenigstens mit Worten. Denn Herr Grillenberger „erlaubte sich für seine Person, Herrn Werner nicht als Parteigenossen anzuerkennen“ (S. 54); ihm trat Herr Bebel (S. 59) bei. Herr Grillenberger sprach weiter von „Werner-Clique“. Ebenso Herr Berndt (S. 53), welcher von der Berliner Opposition gewählt war, aber dagegen protestirte, daß er zu einer „Hammelheerde“ gehöre, vielmehr „der Vernunft folgte (Bravo!)“ und sich daher in's Schlepptau der Herren Liebknecht und Bebel hatte nehmen lassen. Herr Liebknecht wurde noch kräftiger. Er warf der Opposition „Denunziation“ vor (S. 58), sagte (S. 59), „sie schände die Partei,“ nannte sie ebenda „Feinde“; Joest-Mainz bestritt den Gegnern „die Ehrlichkeit“, und mit diesen brüderlichen Liebkosungen warfen alle Redner der gewaltthätigen Mehrheit von Anfang bis zu Ende des Kongresses um sich, obwohl Dr. Rüdt (Heidelberg) gegenüber Herrn Bebel — welcher (S. 59) wieder einmal „die Welt“ zur Zeugin dieses kläglichen Streites angerufen hatte — (S. 68) sehr verständig gemahnt hatte: „Im Interesse unserer Partei muß ein Laster ausgerottet werden, das Laster der Verleumdung. Das ist der Krebsschaden der Partei. Die Welt kann nicht bewundernd auf uns schauen, wenn wir selbst so kleinlich und elend sind, uns in's Gesicht zu schlagen uns uns zu verleumden.“

Wie wenig diese guten Worte Frucht trugen, lehrte namentlich auch die Verhandlung in Halle über das Treiben der „Eisernen Maske.“ Dieser bekannte Unbekannte hatte, mit der von Herrn Liebknecht erborgten krankhaften Spitzelfurcht, im vormaligen amtlichen Blatte der Partei, dem „Sozialdemokrat“, seit Jahren Parteigenossen der Polizeispionage verdächtigt, und zwar eine ganze Anzahl völlig ungerechtfertigt, wie namentlich in einem Beleidigungsprozesse gegen den Abgeordneten Schippel, welcher die Verleumdung der „Eisernen Maske“ in seinem Blatte abgedruckt hatte, schon zur

Zeit des Halle'schen Kongresses rechtskräftig feststand (Protokoll S. 256). Von den zu Unrecht Verdächtigten sowohl als von dem Delegirten Keßler und 27 Genossen (S. 256) waren Anträge eingegangen, eine Kommission einzusetzen, welche das der Parteileitung „gegen die betreffende Person vorliegende Material prüfen und dem Parteitag über die Ergebnisse Bericht erstatten solle."

Herr Singer erklärte sich mit großer Entschiedenheit „Namens des gesammten Büreaus" (S. 256—258) — als ob dieses einem Antrag gegenüber Stellung zu nehmen habe! — gegen diesen Antrag, unter dem Vorgeben: „der Antrag Keßler weist dem Parteitage eine Aufgabe zu, die zu erfüllen er nicht im Stande ist. Der Antrag muthet uns zu, zu erforschen, wer die ‚Eiserne Maske' ist. Dazu müßte die Parteileitung doch erst ‚Material' haben. Haben die Antragsteller den geringsten Grund zu der Annahme, die Parteileitung sei im Besitze solchen ‚Materials'? Sollen wir, die bisherige Parteileitung oder der frühere Vorstand, durch diesen Antrag veranlaßt werden, eine Anfrage an unsere Freunde in Zürich und London zu richten, von wem die betreffenden Mittheilungen gekommen sind? Und wie dann, wenn dieselben sagen — was sie als Ehrenmänner müssen (!!) — wir sind nicht gewillt, den Urheber der Mittheilungen zu nennen. Aber wir haben auch allen Grund, dem unter dem Namen der ‚Eisernen Maske' existirenden Unbekannten dankbar für seine Enthüllungen zu sein." Darauf wurden mit allen gegen zwei Stimmen der Antrag Keßler und die Beschwerden der zu Unrecht Verleumdeten abgelehnt (S. 259)!

Das nennt sich „Brüderlichkeit" in der Partei der Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit! Die „Parteileitung" machte sich damit einfach zum Mitschuldigen, zum Begünstiger eines feigen Verleumders, welcher sich, lediglich aus Furcht vor Strafe, im Bewußtsein seines schlechten Gewissens, nicht zu nennen wagte. Die Parteileitung machte sich zur Hehlerin und Begünstigerin dieses erbärmlichen Gesellen, denn wenn sie überhaupt nöthig gehabt hätte, den in den weitesten Kreisen bekannten Unbekannten zu erforschen, so hätten „die Züricher und Londoner Freunde", wenn sie als „Ehrenmänner" handeln wollten, den heimtückischen Buben nennen müssen, welcher aus dem versteckten Hinterhalt seine Giftpfeile gegen schuldlose Genossen abgeschnellt hatte. Daß nur die begründete Furcht vor wohlverdienter Strafe den Feigling abhielt, sich zu nennen, verkündete Herr Liebknecht — welcher also mit dem Edeln ziemlich vertraut sein muß — im „Berliner Volksblatt" vom 25. Oktober in den Worten: „Ein ehrlicher (!) Parteigenosse, dem von der „Eisernen Maske" etwa Unrecht geschehen sein sollte, wird nimmermehr verlangen, daß der Bismarck-Krüger'schen Polizei, die noch immer (!), wenn auch nicht amtlich (!), funktionirt, einer ihrer gefährlichsten Gegner preisgegeben werde." Und gleichzeitig erklärte Herr Liebknecht auch

öffentlich vor seinen Wählern: „das Geheimniß der ‚Eisernen Maske‘ könne nicht enthüllt werden, weil nur die Polizei ein Interesse daran habe, diejenigen kennen zu lernen, welche dem ‚Spitzelthum‘ innerhalb der Partei auf die Finger sähen.“

Die „Eiserne Maske“ übt also unter dem sie deckenden Schilde der Parteileitung noch heute eine förmliche Schreckensherrschaft im Kreise der Partei selbst aus, indem sie jeden beliebigen Genossen auf die — erwiesenermaßen — nichtigsten Verdachtsgründe hin öffentlich für ehrlos erklärt. Die Parteileitung macht sich auch heute noch zur verantwortlichen Mitschuldigen dieses Treibens*) und die sozialdemokratische Partei kennzeichnet ihr Würdegefühl dadurch vortrefflich, daß sie sich das gefallen läßt, d. h. unter dem Drucke beständiger Angst um Ehre und Fortkommen aller ihrer Glieder, sich der Willkür und Herrschsucht einiger Weniger preisgiebt!

Von den zahlreichen erregten Berliner Versammlungen, welche dem Kongresse in Halle folgten, erwähnen wir nur die eine vom 22. Oktober in Rixdorf, in welcher der Buchdrucker Werner seinen Genossen über den Kongreß Bericht erstattete. Der Vorsitzende bezeichnete abschließend „die Handlungsweise des Parteitages als nichtswürdig“ („Post“ vom 25. Oktober). Die übrigen Liebenswürdigkeiten, welche in diesen Tagen gegenseitig ausgetauscht wurden: „Phrasenmacher“, „Aufschneider“, „Mantelträger“, „Hurrahkanaille“, „Waschfaß“, „ehrloser Verleumder“ u. s. w. („Post“ vom 25. Oktober und „Berliner Volksblatt“ vom 26. Oktober) bereicherten das sozialdemokratische Schimpflexikon erheblich.

Die übrigen Verhandlungen von Halle gehören in die folgenden Abschnitte. Hier aber mag, nach dem Berichte des Herrn Bebel (S. 34—41) in Kürze Einiges über den Stand der Kassen-Verhältnisse und der Presse der sozialdemokratischen Partei zur Zeit des Parteikongresses zu Halle gesagt werden:

---

*) Ja, bestimmte Anzeichen deuten darauf hin, daß die Parteileitung selbst schwarze Listen der eigenen Genossen führt. Dieses Geheimniß plauderte der Reichstagsabgeordnete Frohme in einem Konkurrenzneidkampfe gegen den „Genossen“ Regierungsbaumeister a. D. Keßler aus — beide Herren haben einen starken Anhang von Bauhandwerkern hinter sich — indem Frohme sagte: „Und dieser Mensch, der von den Vertretern der Arbeiterpartei nicht würdig erachtet wurde, zur Uebernahme einer Kandidatur für den Reichstag, der auf die Liste derjenigen Personen gesetzt wurde, vor welchen im Fall der Aufstellung zu warnen sei“ u. s. w. („Berliner Tageblatt“ vom 21. Mai 1890).

Seit der Abrechnung auf dem Parteitage in St. Gallen (Ende August 1887) waren zu verzeichnen:

	Einnahme:	Ausgabe:
für den Wahl- und Diätenfond . .	197125,30 M.	95388,50 M.
„ „ Unterstützungsfond	104241,72 „	70825,17 „
„ „ Elberfelder Prozeß (s. oben S. 140/1)	19080,65 „	13421,45 „
„Vermischtes“	3884,40 „	12449,95 „
Zinsen	6071,65 „	— „
Kapital- und Darlehenskonto . . .	41305,— „	191240,25 „
Kassenbestand am 1. September 1887 bezw. 1. Oktober 1890	18800,80 „	7184,20 „
Gesammtsumme:	390509,52 M.	390509,52 M.

Das am 1. Oktober 1890 vorhandene Parteivermögen belief sich auf 171829,20 Mark. Außer den vorgenannten Beträgen waren von den Parteigenossen noch aufgebracht worden 15388,31 M. für den „Hasenclever-fond“, 4099,40 M. für den „Kayser-Kräckerfond“ und (nur) 5909,25 M. für die „gemaßregelten“ Bergleute. Die die Gesammteinnahmen der Partei wesentlich überschreitenden Beiträge, welche die Parteigenossen der einzelnen Orte für die verschiedensten Zwecke, namentlich für die Reichstagswahlen, aufgebracht haben, sind in den obigen Ziffern nicht enthalten. Die Genossen in Amerika, Holland, Belgien, der Schweiz, Oesterreich, Rumänien und Rußland haben erhebliche Beiträge zur Reichstagswahlagitation gespendet. Unter den freundlichen Gebern auch Frankreich zu nennen, hat Herr Bebel wohl nur zufällig vergessen (S. 38). Die Partei war am Schlusse der Wahl-bewegung, am 1. April 1890, reicher als am Beginn derselben (am 15. Januar).

Die sozialdemokratische Presse besaß am 1. Oktober 1890 60 politische Blätter mit 254,100 Abonnenten. Davon erschienen 19 Blätter sechsmal wöchentlich (insgesammt 120,400 Abonnennten); 25 Blätter wöchentlich dreimal (insgesammt 58,000 Abonnenten); 6 Blätter wöchentlich zwei-mal (14,850 Abonnenten); 10 Blätter wöchentlich einmal (60,850 Abon-nenten). Dazu kam die Gewerkschaftspresse, 41 Blätter mit zusammen 201,000 Abonnenten, unter diesen das Fachblatt der Bergarbeiter (wöchent-lich einmal) in 27,000 Exemplaren. Endlich die sogenannte „wissenschaft-liche“ Monatsschrift die „Neue Zeit“ mit 2500 Abonnenten, das Wochen-unterhaltungsblatt der „Gesellschafter“ (in Hamburg) mit 19,000 Abonnenten, und 2 „Witzblätter“ mit über 107,000 Abonnenten.

Diese große Menge von Parteiblättern und Abonnenten, welche bereits vor dem Erlöschen des Sozialistengesetzes vorhanden war, beweist übrigens von neuem die Frivolität der Lüge von der an-geblichen „Rechtlosigkeit“ der Partei unter dem Ausnahmegesetz.

Von der starren Verneinung aller sozialpolitischen Gesetze durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in der Tagung von 1890/91 ist schon oben die Rede gewesen. Die vaterlandslosen Reden ihrer Parteivertreter auf dem Pariser Bergarbeiterkongreß im März 1891 dagegen, der Entrüstungssturm der „abgebrühten“ Vaterlands-feinde gegen die leidlich nationale Münchener Rede von Vollmar's

im Juni 1891 — ein Sturm, welcher, nach der Ankündigung Herrn Bebel's in einer Berliner Volksversammlung vom 2. Juli 1891 möglicherweise mit dem „Hinausfliegen" des Herrn von Vollmar enden wird — die große Verlustziffer der Partei bei den in den Jahren 1890 und 1891 von ihren Hetzern angezettelten Streiks u. s. w., das Alles gehört in die folgenden Abschnitte. Hier mögen nur noch einige klassische Belege aus neuester Zeit Platz finden, für die köstliche „Freiheit", deren sich die „Genossen" erfreuen, und für die schamlose Verlogenheit des unter der „Chefredaktion" des Herrn Liebknecht erscheinenden „amtlichen" Parteiblattes „Vorwärts".

Die sogenannten „Kaiserdeputirten" Schröder, Bunte und Siegel — so genannt, weil sie des Kaisers Majestät betreffs ihrer sozialdemokratischen Gesinnung, durch Verschweigen derselben, belogen und betrogen hatten — wurden nach ihrer Rückkehr vom Pariser Bergmannstag Ende März 1891 nicht sehr freundlich von den heimischen Kameraden aufgenommen, da sie in Paris stark in Revolution und Kriecherei vor den Franzosen gemacht hatten, namentlich Herr Schröder. Wenn diese drei Herren nun inzwischen auch die mühsame Bergmannsarbeit längst mit dem leichteren Berufe von „Geschäftssozialisten" vertauscht hatten — denn Herr Schröder ist Zigarren- und Schuhhändler, Herr Siegel verkauft flott Flaschenbier, und Herr Bunte ist Tabak- und Zigarrenkrämer geworden —, so mochten sie doch gerade als „Geschäftssozialisten" vor der Ungunst der früheren Arbeitsgenossen zittern — und deshalb erließ der „Vorstand (!) des Verbandes der Bergleute (!)" Anfangs April 1891 folgende Weisung an die Vertrauensmänner:

„Da in jüngster Zeit Personen in Versammlungen referirt haben, die nicht von uns bestimmt waren, ersuchen wir, nur diejenigen referiren" (d. h. von Parteiwegen reden) „zu lassen, welche sich legitimiren" (ausweisen) „können, und durchaus keine Zahlungen an Referenten zu machen, da selbige von uns bezahlt werden."

Der Schlußsatz ist natürlich nur eine täuschende Maske der scheinbaren Fürsorge für den Geldbeutel der Arbeiter, zur Verhüllung des Kernes dieses Ukases, welcher darin besteht, daß in Bergarbeiterversammlungen nur solche Leute als Berichterstatter auftreten dürfen, welche dem sozialdemokratischen Vorstand genehm sind. Eine größere Zwangsherrschaft über die Parteigenossen und ihre wichtigsten wirthschaftlichen und Lebensinteressen läßt sich kaum denken!

Derselbe unerträgliche Zwang wurde aber zu derselben Zeit in Berlin auch von unten nach oben geübt. In einer öffentlichen Frauen- und Männerversammlung am ersten Osterfeiertage (bei Knebel in Berlin) wurde beschlossen („Vorwärts" vom 12. April 1891):

„Die Versammlung spricht ihre Verwunderung darüber aus, daß bei der Beerdigung unseres bewährten Genossen J. niemand von der sozialdemokratischen Reichtagsfraktion anwesend war, wohingegen sie bei ‚Nichtgenossen‘ vertreten war.“

Ja, kurze Zeit vorher hatte sich die Zwangsherrschaft der „Genossen“ sogar an Herrn Liebknecht gewagt, welcher mit seiner Familie ein Konzert in der von der sozialdemokratischen Lokalsperre betroffenen „Philharmonie“ besucht hatte. Er suchte sich der zahlreichen entrüsteten Angriffe auf seine Unbotmäßigkeit gegenüber dem Parteibeschluß durch eine Briefkastennotiz im „Vorwärts“ vom 12. Februar 1891 zu erwehren, in welcher er versprach: „einen öffentlichen Vortrag in der ‚Philharmonie‘ nicht zu halten, so lange die Lokalsperre dauert.“ Zugleich aber wahrte er die Ausnahmerechte seiner Vorherrschaft in der Partei in den Worten: „Sein privates Handeln läßt er sich von Niemandem vorschreiben.“ Darauf kam der Streit erst recht zum Ausbruch, und acht Tage später, am 20. Februar, sah er sich gezwungen, in der Brauerei „Friedrichshain“ dem souveränen Volke Rede zu stehen („Vorwärts“ vom 22. Februar). Er stützte seine Vertheidigung nur darauf: „den Boycott (die Lokalsperre) gegen die „Philharmonie“, ein Kunstinstitut, welches gezwungen ist, sich dem Parteikampfe fern zu halten, und welches die Arbeiter respektiren müssen, nicht blos für eine Ungerechtigkeit, sondern für eine Unklugheit“ zu erklären. Gleichwohl wurde jedoch der Boycott über die „Philharmonie“ mit großer Mehrheit angenommen.

Das sind die neuesten Belege für die herrliche Freiheit der Parteigenossen in ihren eigenen Kreisen, nach oben und nach unten. Nun also noch ein Beleg für die Verlogenheit der „amtlichen“ Parteipresse bis auf den heutigen Tag. Oben (S. 143) ist gezeigt worden, daß in den weitesten Kreisen der Partei im März und April 1890 hervorragende „Führer“, wie Engels, Schippel u. s. w., und unzählige Genossen, in Versammlungen darauf drangen, die Maifeier zu einer „Kraftprobe“ der Partei zu machen, und wie diese „Kraftprobe“ von der Parteivorsehung selbst verboten wurde, Angesichts der entschlossenen Abwehr der Arbeitgeber. Gleichwohl schreibt der „Vorwärts“ am 3. Mai 1891 unter der Oberherrlichkeit und »Verantwortung des Herrn Liebknecht:

„Das Geldprotzenthum sucht sich für die moralische Niederlage (?), welche ihm die Maifeier bereitet, durch das Lügenmärchen zu entschädigen: nur der tapferen Haltung des deutschen Unternehmerthums im Vorjahre sei es zu danken, daß die Arbeiter in diesem Jahre keine ‚Kraftprobe‘ versucht hätten. Das ist eine freche Verleumdung und Fälschung der Thatsachen. Im vorigen Jahre ist es der deutschen Sozialdemokratie und den deutschen Arbeitern nicht eingefallen, den 1. Mai zu einer ‚Kraftprobe‘

zu benutzen, die Kraftprobe war" (bei den Wahlen) „am 20. Februar schon gemacht."

Da zeigt sich nun aber wieder der falsche Prophet der Vergangenheit in seiner ganzen Größe! Denn am 22. März 1891 hatte Herr Auer, wie wir sahen, Mitglied der Parteileitung, in einer Buchbinderversammlung in Berlin erklärt („Post" vom 23. März):

„Auch in Norddeutschland habe man im vorigen Jahre die Absicht gehabt, die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai durchzusetzen. Hier jedoch sei man, das müsse offen eingestanden werden, mit dieser Absicht vollständig hineingefallen. Die Kraftprobe sei mißlungen, die Macht der Arbeitgeber und der Staatsgewalt habe sich stärker erwiesen, als die der Arbeiter. Zu einer Kraftprobe sei, nach dem Beweise des Vorjahres, die Frage" (in diesem Jahre) „um so weniger angethan, als wir schon mitten in der Krisis stünden."

Wohl zu bemerken ist, daß dieser Redner öffentlich auftrat, um im Namen der Parteileitung deren Beschluß, auch dieses Jahr die Feier, statt auf den Freitag, den 1. Mai, auf Sonntag, den 3. Mai zu verlegen, gegenüber großen Berliner Volksversammlungen vom 15. Februar (Bericht des „Vorwärts" vom 18. Februar) und vom 7. März (Bericht des „Vorwärts" vom 8. März) zu rechtfertigen, welche sich für die Feier am 1. Mai erklärt hatten. Wenn daher die Redaktion des „Vorwärts", trotz der Rede des Herrn Auer, welcher die Redaktion in jedem ihrer Worte Lügen strafte, von einer „frechen Verdrehung und Fälschung der Thatsachen" und von „Lügenmärchen" zu reden wagte, so verübte sie selbst diese „Frechheit" in kubischer Steigerung, und da zufällig Herr Liebknecht die Oberleitung dieses Blattes führt, so erinnert man sich unwillkürlich an die oben (S. 116/7) mitgetheilten Worte des sächsischen Generalstaatsanwaltes Held gegen diesen Herrn: „Ich stelle diese Thatsache fest, nicht als den ersten, sondern als einen weiteren Beleg dafür, auf welchen Grundlagen der Herr seine Behauptungen aufstellt, als einen Beleg seiner Methode."

Damit schließen wir vorläufig diesen Umblick über die Entwickelung der sozialdemokratischen Partei von 1863 bis 1891. Die Partei begann, wie wir sahen, ihre Bewegung auf nationalem und gesetzlichem Boden. Wir sahen sie emporwachsen zur Partei der Gesetzlosigkeit, des Umsturzes, der Vaterlandslosigkeit, der Lüge, des unerträglichsten Zwanges nach innen und außen. Wir werden allen diesen Zügen und ihrer angeblichen Arbeiterfreundlichkeit in den folgenden Abschnitten gründlich nachgehen. Zunächst aber wenden wir uns zur Kritik ihrer Grundlehre.

---

10. Kritik der Grundlehre der deutschen Sozialdemokratie.

Dieses Kapitel, vielleicht das wichtigste des Buches, kann doch das kürzeste sein, weil sich die kommunistische Grundlehre, auf welcher unsere gesammte Sozialdemokratie fußt, in wenigen Worten vortragen — und ebenso kurz widerlegen läßt.

Der Leser weiß aus dem bisher Vorgetragenen, daß der ganze Bau der Lehre unserer Sozialdemokratie auf dem Werke von Karl Marx „Das Kapital" beruht. Die Hauptsätze des Programmes von Gotha, des „diamantenen" Bandes der Partei, wie Herr Liebknecht auf dem Kongresse in Halle sagte, sind dem genannten Hauptwerke von Karl Marx entnommen, freilich — den Lassalleanern zu Liebe — in einer Abstumpfung und Ablenkung der scharfgeschiffenen Spitzen und Schneiden des Urwerkes, so daß Marx darob, wie wir oben (S. 48 flg.) sahen, in grimmigen Zorn gerieth.

Als oberster Hauptsatz des Gothaer Programmes, durch welchen das kommunistische Glaubensbekenntniß der ganzen Partei, welche dieses Programm annahm, eingeleitet wird, haben wir die Worte anzusehen: „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Kultur." Daß auch dieser Satz nicht richtig ist, sich nicht mit dem Hauptgrundsatz von Karl Marx deckt, hat uns dieser oben in seinen Randglossen (S. 49 unter I, 1) scharf und deutlich erklärt. Denn vor allen Dingen ist nicht blos die Arbeit, sondern auch die Natur Quelle des Reichthums und der Kultur. Der Hauptsatz des Gothaer Programmes ist also ein unechter, gefälschter Edelstein, und ebenso alle übrigen Bestandtheile dieses „diamantenen Bandes" — wie der oberste kommunistische Münzwardein Karl Marx selbst nachgewiesen hat — es ist ein Band der Fälschung und der Lüge von Anfang bis zu Ende, das Band für eine Bande, aber nicht für eine ehrliche Partei.

Sehen wir zu, wie Karl Marx, der Vater aller kommunistischen Weisheit unserer Sozialdemokraten, die kommunistische Hauptwahrheit begründet.

Marx sagt: der Werth einer Waare bemißt sich einzig und allein nach der Menge der in ihr enthaltenen Arbeit, die Menge der Arbeit nach der zur Hervorbringung oder Bearbeitung dieser Waare nothwendigen Arbeitszeit. Sind diese Sätze wahr, so ist es durchaus folgerichtig, den Unternehmergewinn als „Raub" an der Arbeit zu brandmarken und den „vollen Arbeitsertrag" für jeden Arbeiter zu fordern, sowie die Vertheilung aller Werthe an die, welche sie allein schaffen, an die Arbeiter. Denn, wenn die Arbeit

allein Werthe schafft und ihre werthbildende Substanz sich nur an der Zeitdauer dieser Arbeit mißt, so ist es selbstverständlich, daß der Raub, welcher sich bisher durch Ausbeutung der Arbeit in den Händen von Kapitalisten angesammelt hat, diesen als unrechtes Gut weggenommen werden muß, und daß der freie kommunistische Zukunftsstaat, bei allgemeiner Arbeitspflicht, gleicher Arbeitszeit und gleichem Antheil am Arbeitsertrag, der gerechteste Staat der Welt und mit spielender Leichtigkeit herzustellen ist. Marx selbst erklärt denn auch mit Nachdruck, daß diese seine sozialistische Werthlehre der Eck- und Grundstein seiner ganzen Weltanschauung sei und daß diese mit jener stehe und falle, und mit ihr die sozialistische Zukunftsgesellschaft, die Begründung aller kommunistisch-sozialdemokratischen Forderungen. Das ist auch vollkommen richtig, und die Marx'sche Werththeorie hat in der That nur einen einzigen Fehler: den nämlich, daß sie falsch ist.

Wir erkennen das sofort, auch wenn wir zunächst mal nur Marx folgen, indem wir die Beweise zur Begründung seiner Werthlehre kurz zusammenstellen. Marx geht nämlich aus von einer grundsätzlichen Unterscheidung zwischen Tausch- und Gebrauchswerth und sagt: Der gesellschaftliche Tauschwerth einer Waare wurzelt zwar darin, daß sie irgend einen gesellschaftlich nützlichen Gebrauchswerth hat, aber welcher Art dieser Gebrauchswerth sei, ist vollkommen gleichgültig. 20 Ellen Leinwand tauschen sich aus gegen 1 Rock, 1 Rock ist wieder gleichwerthig 10 Pfund Thee, 10 Pfund Thee gleich 40 Pfund Kaffee, gleich 1 Quarter Weizen, gleich 2 Unzen Gold, gleich $^1/_2$ Tonne Eisen u. s. w. Hierbei ist vollständig von dem Gebrauchswerthe abgesehen; alle sinnlichen Beschaffenheiten der Waare sind ausgelöscht: sie haben nur noch die eine gemeinsame Eigenschaft, Produkte menschlicher Arbeit zu sein. Es ist nichts von ihnen übrig geblieben, als dieselbe gespenstige Gegenständlichkeit, eine bloße Gallerte unterschiedsloser menschlicher Arbeit, d. h. der Verausgabung menschlicher Arbeitskraft ohne Rücksicht auf die Form der Verausgabung. Als Krystalle dieser ihnen gemeinschaftlichen Substanz „geronnener Arbeit" sind sie — „Werthe". Dieser Werth bemißt sich nach dem Quantum der in ihm enthaltenden werthbildenden Substanz, der Arbeit.

Gerade das von Marx aufgestellte Beispiel zeigt schon deutlich den Grundirrthum seiner Theorie. Zunächst nämlich fällt gerade hier der Tausch- und Gebrauchswerth der von ihm im Werthe gleichgestellten Waaren durchaus zusammen und duldet keinerlei trennende Unterscheidung. Die Besitzer dieser Waaren erzielen denselben Tauschwerth für dieselben in Geld (2 Unzen Gold), weil der Gebrauchswerth aller dieser Waaren derselbe ist. Der Tauschwerth auf Seiten des Verkäufers deckt sich also vollständig

mit dem Gebrauchswerth auf Seiten des Käufers. Aber weiter folgt aus dem von Marx angeführten Beispiel, daß durchaus nicht allein oder auch nur hauptsächlich die menschliche Arbeit, welche in diesen Waaren steckt, ihren Preis bestimmt, also die „werthbildende Substanz" bildet, sondern — wenigstens im Augenblicke des Austausches der Waare gegen andere Waaren oder gegen das allgemeine Tauschmittel Geld — fast ausschließlich der Gebrauchswerth, welchen gerade jetzt die einzelne unter hundert Waaren in den Augen des Käufers besitzt. Wenn die von Marx aufgezählten Waaren, in welchen die gleiche menschliche Arbeit steckt, heute, sagen wir nach dem Koursbericht der heutigen Börse, denselben Tauschwerth haben, so kann morgen schon Leinwand, Tuch, Thee, Kaffee, Weizen, Gold, Eisen in einem ganz anderen Werthverhältnisse zu einander stehen — obwohl dieselbe, gleich große menschliche Arbeit in diesen Waaren steckt und zum Kaufe angeboten wird — weil sich von heute auf morgen der Gebrauchswerth dieser Waaren sehr wesentlich verschoben haben kann. Um diesem Einwand zu begegnen, hat Marx offenbar absichtlich Waaren des täglichen Lebensbedarfs in sein Beispiel aufgenommen, d. h. beliebig vermehrbare Erzeugnisse der Industrie, des Gewerbfleißes, der Landwirthschaft, nicht Stoffe oder Waaren, deren Herstellung und Bearbeitung durch ihr seltenes Vorkommen oder durch Monopole (ausschließliche Herstellungsvorrechte Einzelner oder des Staates) in ihrer jederzeit verfügbaren Menge beeinträchtigt wird. Aber selbst diese beliebig vermehrbaren Erzeugnisse, welche Marx aufzählt (Weizen, Kaffee, Thee, Eisen u. s. w.), unterliegen erheblichen Preisschwankungen — nicht nach den in denselben steckenden Arbeitsmengen, sondern nach dem gesellschaftlichen Gebrauchswerth. Noch klarer tritt dies bei Mode- und Luxuswaaren hervor, bei Bedürfnissen der Jahreszeit und bei den wechselnden Launen der Natur. Dieselbe Menge menschlicher Arbeit in hundert Ellen Seide, in hundert Zentnern Kohle, kann heute vielleicht doppelt oder halb so hoch bezahlt werden, als in einem halben Jahre. Dieselbe Zahl von Arbeitstagen mag eine Genfer Uhr und ein Roman von Gustav Freytag erfordern — und dennoch welch' ein Werthsunterschied! Und dasselbe Maß menschlicher Arbeit wird auf einen Weinberg, einen Weizenacker, eine Wiese verwandt, welche in guten Jahren das Zehnfache von dem einbringen, als in schlechten. Es ist also durchaus unrichtig, wenn Marx sagt, der einzige Werth der Waare sei die Arbeit. Die Waare ist ohne Arbeit nicht geschaffen, und die Arbeit verleiht ihr einen Theil ihres Werthes, gewiß! Aber den gesellschaftlichen Werth der Waare bestimmt vornehmlich ihr Gebrauchswerth, ihr Gebrauchsbedürfniß, die Rücksicht auf das individuelle Bedürfniß des Käufers und die Rücksicht auf die Menge

oder den Mangel des Angebotes, welches diesem Bedürfniß gegenübersteht.

Mit Nachdruck ist darauf hinzuweisen, daß Marx seine Lehre vom alleinigen Arbeitszeitstundenwerth jeder Waare nicht etwa aufstellt für die seligen Gefilde der kommunistischen Zukunftsgesellschaft, sondern durchaus den Anspruch erhebt, daß seine Theorie schon auf dem Boden der heutigen „kapitalistischen Produktionsweise" unbedingte Geltung beanspruche, also daß auch hier sein oberster Heischesatz die Wahrheit an sich sei: daß nur die in einer Waare „geronnene" menschliche Arbeitskraft deren Werth bilde. Eben weil Marx diese vermeintliche Wahrheit schon für die heutige Gesellschaftsordnung als feststehend behauptet, während die heutige Gesellschaft die Richtigkeit dieses Satzes leugnet und demgemäß nach ihrer eigenen abweichenden Meinung handelt, daher schreibt sich ja der revolutionäre, umstürzende Ingrimm von Karl Marx und seiner ganzen internationalen sozialdemokratischen Sekte gegen die „brutal" ausbeutende, herrschende kapitalistische Bourgoisie.

Wenn wir nun auch in der oben gegebenen kurzen Kritik von Marx' Hauptsätzen schon erkannt haben, und noch weiter erkennen werden, daß seine Lehre, wonach die menschliche Arbeitskraft als alleinige Werthbildnerin in jeder Waare auftrete, für die heutige Erzeugung von Waaren und Werthen überhaupt nicht zutreffend ist, so ist doch Marx nachzurühmen, daß er dieser seiner Lehre Einschränkungen und Vorbehalte einfügt, welche die agitatorische Verhetzung unserer Sozialdemokratie niemals berücksicht, welche ihre Reden und Schriften vollkommen unbeachtet lassen.

Zunächst nämlich erachtet Marx nur dann das bloße Zeitstundenmaß menschlicher Arbeitskraft als alleinigen Maßstab des Werthes der Waare, wenn die Arbeitskraft als „gesellschaftlich nothwendige Arbeit" auf die Herstellung der Waare verwendet wurde. (Zu vergleichen oben seine „Randglossen" S. 49 flg. zum Programm von Gotha.) Marx würde daher auch nie zu dem ungeheuerlichen Ergebnisse gelangt sein, wie Herr Bebel in seinem Idealbilde der kommunistischen Zukunftsgesellschaft, welches der folgende Abschnitt enthüllen wird, daß der Fleißige und Faule, blos nach dem Zeitmaß seiner Arbeit, gleichen Antheil am „Genuß", gleichen Lohn verdiene.

Weiter hat Marx, im Gegensatz zum Gothaer Programm, durchaus erkannt (zu vergleichen oben S. 49), daß die Natur, außer der menschlichen Arbeit, wesentlich mitschaffe an der Bewerthung einer Waare. Aber er hat diese Thatsache nicht für geeignet gehalten, seine Werthlehre aufzuheben, weil die Natur fast in allen menschlichen Erzeugnissen einen gewissen Antheil hat, welcher in

der gesammten Waarenproduktion der menschlichen Gesellschaft sich ungefähr gleichmäßig vorfinde.

Ferner hat Karl Marx seine Werththeorie zwar unzweifelhaft aufgestellt in dem Sinne, daß die auf eine Waare verwendete menschliche Arbeitskraft in dem Augenblicke ihrer fertigen Erzeugung der alleinige Werthbildner der Waare sei. Aber er hat sich mit nichten — im Gegensatze zu seinen Jüngern auf deutschem Boden — der Einsicht verschlossen, daß mit dem Augenblicke der fertigen Herstellung der Waare noch keineswegs die Verwerthung dieser Waare für den Umtausch gegen Geld oder gegen andere Waaren, also für den Weltverkehr, gegeben sei, daß vielmehr vielleicht eine mindestens so große Ausgabe an menschlicher, thierischer, kapitalistischer (Eisenbahn- u. s. w.) Arbeit zu der in der Waare steckenden menschlichen Arbeitskraft hinzutreten müsse, um diese Waare vortheilhaft auf den Markt zu bringen, oder mit anderen Worten, den Tausch- und Gebrauchswerth derselben in Geld gleichwerthig zu machen. Deshalb läßt Marx auch — im Gegensatz zu seinen deutschen sozialdemokratischen Nachbetern — die Arbeitsmühe des Kaufmanns, welcher den Austausch von Waaren vermittelt, die Kosten für die Beförderung der Waare vom Orte ihrer Erzeugung an den Ort des Absatzes u. s. w., als durchaus berechtigte Erhöhungen des ursprünglichen Erzeugungswerthes gelten.

Wenn Marx gleichwohl die „Grundlage seiner Weltanschauung" aufrecht erhält, daß auch in der heutigen, vom Kapital „beherrschten" Gesellschaft, die menschliche Arbeitskraft die alleinige Bildnerin des Werthes einer Waare, die „Werthseele" jeder Waare sei, so wird man unwillkürlich an das oben S. 25 mitgetheilte Wort Heinrich von Treitschke's erinnert: „Was bewiesen werden soll, steht für Marx von Haus aus fest. Der ganze Abstand zwischen dem Gelehrten und Rabulisten tritt uns vor Augen." Denn jeder weitere Versuch von Karl Marx, seine Werthlehre für die Verhältnisse unseres heutigen Schaffens als Grundwahrheit festzuhalten, erweist sich, trotz des außerordentlichen Scharfsinnes seiner Beweisführung, als haltlos.

Zunächst sucht sich Marx den ihm für seine Werthlehre sehr unbequemen Gebrauchswerth vom Halse zu schaffen. Dieser ist ihm unbequem, denn wir sahen schon oben, daß der Käufer einer Waare gar nicht danach fragt: „wieviel Arbeitslohn steckt darin?" und etwa nach der Antwort des Verkäufers auf diese Frage sein Preisangebot macht — sondern daß er genau den Preis zahlt, welchen sein eigenes Bedürfniß, also der Gebrauchswerth der Waare für den Käufer, angemessen erscheinen läßt. Diese täglich hundertfach beim Waarenverkehr zu machende Wahrnehmung sprengt schon die ganze Marx'sche Werththeorie in die Luft. Deshalb sagt Marx:

„unter der Voraussetzung der Nützlichkeit eines Gegenstandes, ist lediglich die Arbeit die Quelle seines Werthes." Da nun alle Waaren nur dann gekauft werden, wenn sie nützlich sind, ihre Nützlichkeit, ihr Gebrauchswerth, also überhaupt schon selbstverständliche Voraussetzung für die Verkaufs- oder Tauschfähigkeit jeder Waare ist, so kann man, folgert Marx, die Nützlichkeit, den Gebrauchswerth, auch ganz aus der Werthbestimmung der Waaren ausscheiden. Man könnte mit demselben Rechte, ja mit noch besserem, den Arbeitslohn, die „geronnene" Arbeitskraft, aus der Werthberechnung der Waaren ausscheiden! Denn da Marx in der Hauptsache nur die physische (natürliche) Handarbeit bei seiner Schätzung der „Arbeitskraft" im Auge hat, und die Vergütung dieser Arbeitskraft in Form des Tagelohnes sich vollzieht, der Tagelohn aber, in der gesammten gesellschaftlichen Erzeugung von Waaren, ein ziemlich feststehender Zähler und in jeder Waare vorhanden ist, so könnte man diesen bei der Werthbestimmung der Waaren immer noch eher weglassen, als die Schätzung des Gebrauchswerthes. Denn dieser ist — wie schon oben gezeigt wurde — nichts weniger als feststehend. Vielmehr unterliegt das Maß der Nützlichkeit, also die Höhe des Gebrauchswerthes einer Waare, den größten Schwankungen. Denn nicht blos die unberechenbare Laune der Mode, auch neue Erfindungen, ungewöhnliche Zeit- und Naturereignisse u. s. w. beeinflußen auf's stärkste und oft ganz plötzlich die Wünsche, die Dringlichkeit, die Begierde nach dem Besitz einer Waare, und damit deren Gebrauchswerth.

Die Jünger von Marx haben sich nun freilich dieser alltäglichen Wahrnehmung nicht verschließen können, und suchen die Richtigkeit der Ausführung ihres Herrn und Meisters durch die Behauptung zu retten: Marx habe auch hier nicht den einzelnen Waarenaustausch, sondern die Erzeugung und den Umlauf der Waaren im Großen und Ganzen, in der gesammten heutigen Gesellschaft, im Auge gehabt. Von diesem höheren Standpunkt aus könne er absehen von den allgemein oder im Zeitenlaufe sich doch wieder ausgleichenden Einwirkungen von Angebot und Nachfrage im Einzelfalle; er brauche nur das Gesetz anzugeben, nach welchem sich die Höhe des Tauschwerthes regelmäßig bestimmen lasse. Diejenigen, welche Marx so auslegen, verstehen ihn vollkommen richtig — sie verstehen dagegen nicht die täglich hervortretenden Eigenthümlichkeiten des heutigen „kapitalistischen" Waarenerzeugungstriebes und Güteraustausches. Denn gerade das, was Marx als die verschwindende, angeblich sich selbst ausgleichende Ausnahme übergeht, bildet die beherrschende Regel des modernen Verkehrs: auch bei beliebig vermehrbaren Waaren wechselt die Absatzfähigkeit, der Gebrauchswerth, fortwährend, ohne alle wesentliche Rücksicht auf die Zeit oder Menge der

Arbeit, welche zur Erzeugung dieser Waaren nothwendig war. Lange ehe diese Waare durch Hand- und Lohnarbeit entstand, erwog der Besteller dieser Waare, der „Arbeitgeber", der „Unternehmer", der „Kapitalist", mit thunlichst genauer Abschätzung des allgemeinen Bedarfes, ob die Erzeugung dieser Waare, und welcher Menge derselben bei den Menschen gewissermaßen Gegenliebe finden, einen angemessenen Tauschwerth erreichen werde. Und diese Berechnung stimmt nur dann, wenn der Gebrauchswerth des Käufers ebenso hoch steht wie der Tauschwerth, welchen der Unternehmer, der Verkäufer für sich verlangt. Irrt sich der Unternehmer in seiner Berechnung, so ist die Folge dieses Irrthums abermals ausschlaggebend für den Preis der Waare, welche er anbietet, und nicht die in der Waare verkörperte Arbeitskraft und Arbeitszeitmenge. Denn dann befinden wir uns in einem jener häufigen Leidenszustände der modernen Wirthschaft in Absatzstockungen oder Handelskrisen. Die erzeugten Waaren bleiben dann unverkäuflich oder können nur mit Verlust verkauft werden, im günstigsten Falle nach und nach zum Herstellungspreise. Nach diesem Preise aber, nach der in den Waaren steckenden, angeblich allein „werthbildenden" Arbeit, fragt auch in diesen Leidenstagen den unglücklichen Unternehmer kein Mensch.

Wir gewinnen aus den regelmäßigen und normalen Formen der modernen Waarenerzeugung und Verwerthung ebenso wie aus den krankhaften Erschütterungen dieser Herstellung und Verwendung das Ergebniß, daß Karl Marx durch die völlig willkürliche Unterstellung, zwischen dem gesammten Waarenvorrath und dem gesammten Bedarf bestehe ein dauerndes stetes Gleichgewicht, lediglich ein Gebilde seiner Einbildung schafft, welches der Wirklichkeit nicht entspricht, sondern welches dem Zwecke der Marx'schen Beweisführung dienen soll. Karl Marx will nämlich dadurch offenbar die geistig-erfinderische, die Waarenerzeugung leitende, den allgemeinen Bedarf berechnende Thätigkeit des Unternehmers, des Arbeitgebers, des „Kapitalisten", so weit hinunterdrücken, daß dieser geistigen Arbeit und Arbeitskraft gegenüber lediglich die rohe mechanische Handarbeit des „Arbeiters" bei Herstellung der Waare als alleinige „Werthbildnerin" erscheinen kann und soll. Der sogenannte „Mehrwerth", welchen sich der „Kapitalist" beim Verkaufe der Waare im Preise (Tauschwerthe) derselben als eine seine Auslagen für Arbeitslohn übersteigende Vergütung für seine Arbeit, für die Abnutzung seiner Werkzeuge und Maschinen, für die Verzinsung seines Kapitals u. s. w. zurechnet, soll als ein Raub an der Arbeitsleistung der Lohnarbeiter erscheinen. Aber wie unrichtig diese Berechnung — und damit die ganze Werththeorie von Karl Marx ist, beweisen am besten die Folgen einer Geschäftsstockung oder Handelskrisis. Denn Marx

stellt sein Grundgesetz: daß die Zeitmenge einer in einer Waare geleisteten, „geronnenen“ Arbeitskraft der einzige Werthbildner, die „Werthseele“ dieser Waare sei, als ausnahmslose Regel hin. Wäre dies richtig, so könnte der Preis der Waare niemals unter diesen Arbeitswerth der Erzeugung sinken. Jede Handelsstockung und -Krise lehrt aber das Gegentheil! Nicht der Unternehmer, der Arbeitgeber hat solchenfalls einen „Mehrwerth“ errungen — oder dem Arbeiter „geraubt“, wie unsere sozialdemokratischen Hetzer sagen — sondern der Arbeiter. Denn die Waare muß dann sehr häufig unter den Herstellungskosten verkauft werden. Der Arbeiter erhielt also für seine Waare, die Arbeitskraft, mehr Lohn vergütet, als diese Arbeitskraft an Werth hervorbrachte. Dieses für den Unternehmer ungünstige Verhältniß zwischen Erzeugungs- und Absatzkosten setzt sich, je nach der Dauer einer solchen Krisis, vielleicht noch Monate oder selbst Jahre lang fort, wenn der Unternehmer aus Menschlichkeit seine Arbeiter nicht entlassen will, oder wenn das in seinen Maschinen, seinem Rohstofflager, der angefangenen Waare u. s. w. steckende Kapital verderben oder verloren gehen würde, wenn der Unternehmer nicht weiter arbeiten ließe.

Wir sehen also das stolze Vollschiff der Marx'schen Werthlehre, auf welchem unsere Sozialdemokraten ihre ganze Hoffnung eingeschifft haben, schon jetzt zur Seite geworfen von den Sturzwellen des wogenden Meeres des wirklichen modernen Verkehrs. Wir sehen, daß eine anstrengende menschliche Arbeit — wenn auch eine geistige — schon nöthig ist, ehe die erste Hand nur eine einzige Stunde lang an der Waare gearbeitet hat. Wir sehen, daß der Absatzpreis, welchen der Unternehmer bezahlt erhält, sich nicht richtet nach dem Werthe, welchen Marx als den einzigen anerkennen will, dem der verausgabten Arbeitskraft des Arbeiters, sondern nach dem Gebrauchswerth, ja daß der Verkaufspreis der fertigen Waare sogar niedriger sein kann, als der verauslagte Arbeitslohn.

Wir werden sehen, daß dieses Fahrzeug auch wegen anderer Mängel seines Baues auf dem hohen Meer des modernen Wirthschaftslebens sich vollends nicht halten kann, daß es kentern oder scheitern muß.

Einen zweiten Grundfehler des Marx'schen Baues zeigt uns nämlich eine andere Betrachtung. Wir stellten früher fest, daß Marx seine Werthlehre förmelt für den Augenblick des Abschlusses der Erzeugung, der Herstellung einer Waare. In diesem Augenblicke soll die in der Waare enthaltene Arbeit (des „Arbeiters“) ihren alleinigen Werth bilden. Aber wenn diese Behauptung auch richtig wäre — wir sahen, daß sie falsch ist — was geht uns denn der Augenblick der Fertigstellung der Waare an? Wie stellt sich denn der Werth im Zeitpunkt des Austausches der Waare? Ist für

diesen Werth auch nur entscheidend, wieviel menschliche Arbeitskraft bis zur Herstellung der Waare verbraucht wurde? Nein, wenigstens nur in den seltensten Fällen. So z. B. beim Bäcker, welcher die Backwaaren aus dem Ofen nimmt und von hier auf das im nämlichen Raume befindliche Ladenfenster legt oder in die Vorrathskörbe schüttet, welche die zum Verkaufe bereitstehenden Waaren aufnehmen. Aber nicht alle Waaren gehen ab, wie „warme Semmeln". Zur Verwerthung der allermeisten ist vom Zeitpunkt ihrer Herstellung an bis zum Augenblicke des Austausches abermals die Verausgabung erheblicher menschlicher Arbeit, auch die Beihilfe und Mitwirkung kapitalistischer Kräfte nothwendig. Die Helfer und Mitwirker, welche sich jetzt einstellen, heißen der Kaufmann, der Frachtführer, die Post, Eisenbahn, Dampferlinien u. s. w.; sie schaffen die Waare von dem Orte, wo sie erzeugt wurde, und wo sie, im Mangel jedes Bedürfnisses, jeder Nachfrage dafür, liegen geblieben wäre, weit hinweg, vom Lande in große Städte, von großen Städten auf's Land, von Volk zu Volk, von Erdtheil zu Erdtheil. Der Kaufmann ist es, welcher diese Absatzquellen kennt, oder sie neu erschließt, welcher mit fröhlichem Wagemuth sein Geld in das Unternehmen steckt. Er zahlt dem Erzeuger der Waaren einen Preis, welcher weit über den Gebrauchswerth jener Gegend hinausgeht, in welcher die Waaren erzeugt wurden. Er schießt die Kosten der Fracht, des Transportes der Waaren von dem Ort ihrer Herstellung bis an den Ort ihres Absatzes vor. Er muß sie vielleicht inzwischen auch monatelang auf sein eigenes Lager nehmen, weil die Jahreszeit für ihren Verbrauch noch nicht gekommen ist (z. B. Kohlen, Pelze, Sommer- oder Winterkleiderstoffe u. s. w.). Er muß für dieses Lager Miethe bezahlen und für die richtige Besorgung der Waaren Leute anstellen und diesen Leuten Lohn bezahlen. Durch diese umfassende Thätigkeit des Kaufmanns, durch seine Auslagen an Fracht, Lagermiethe, Löhnen u. s. w. wird unfraglich der Preis der Waare, ihr Tauschwerth, erheblich gesteigert, was ja selbst Marx als vollkommen berechtigt anerkannt. Daraus folgt aber unwiderleglich, daß die Marx'sche Werthlehre auch in einem zweiten wichtigen Punkte unrichtig ist: nicht die zur Herstellung einer Waare auf dieselbe verwendete Arbeitsmenge, sondern die Arbeitsmenge, welche die Waare bis zur Zeit ihres Absatzes erfordert, ist maßgebend für ihren Werth, ihren Preis. Und in dieser Arbeitsmenge steckt keineswegs diejenige des Lohnarbeiters, des Tagelöhners, sondern auch und namentlich diejenige des Unternehmers (Fabrikanten), des Kaufmanns, Frachtführers u. s. w.

Warum soll nun nicht auch diese Arbeit ihres Lohnes so gut werth sein, als die mechanische Arbeit bei Herstellung der Waare? Denn sie schafft die Waare recht eigentlich, indem sie die zweck-

mäßige Leitung der menschlichen Arbeit übernimmt und den Umfang und die Art der Arbeitsleistung so bestimmt, daß Leistung und Waare dem Bedürfniß der menschlichen Gesellschaft entgegenkommt und in diesem Bedürfniß — welches aufgesucht wird am richtigen Orte und zur richtigen Zeit — ihren richtigen Lohn und Preis findet. Nun, und wer verrichtet diese Arbeit. Ist es der „Arbeiter"? Nein, durchaus nicht, es ist der Unternehmer, der Fabrikant, der Kaufmann, der als „Räuber", als „Ausbeuter", als „entmenschter Kapitalist" verschrieene Mann. Ihm hauptsächlich dankt die Arbeit ihren sofortigen Lohn, mag dem Unternehmer selbst aus seinem Wagniß Verlust oder Gewinn blühen — wie oft giebt er seinen Arbeitern auch noch Brot, wenn er sicher nur mit Verlust arbeitet! — Es ist mit einem Worte nicht die an sich — d. h. ohne zielbewußte Leitung und fruchtbringendes Hoffen — todte und werthlose Arbeitskraft, welche sich selbst die gesellschaftliche, weltbeherrschende Werthseele einhaucht, sondern die zweckvolle Verwendung der rohen, geistlosen Arbeit gestaltet diese erst zu einer Werthbildung, zu einer Schöpfung begehrter Waaren. Diesen Zweck der Arbeit bestimmt aber allein der Unternehmer; er ist also im eigentlichsten Sinne der Schöpfer ihres Werthes, und deshalb gebührt ihm nicht blos nach gesetzlichem, sondern auch nach natürlichem und sittlichem Recht das, was er geschaffen hat. Damit aber ist der Eck- und Grundstein des ganzen Gebäudes von Karl Marx und der kommunistischen Sozialdemokratie umgestürzt, und der ganze schwindelhafte Bau stürzt in seinen Fugen krachend zusammen!

In den zwanzig Jahren, seitdem diese unhaltbare Begründung des Kommunismus in Marx' „Kapital" erschienen und an der wissenschaftlichen Kritik aller deutschen Nationalökonomen und Politiker zerschellt ist, haben die Führer der deutschen Sozialdemokratie ein neues Gaukelwerk erfunden, um diese vernichtende Kritik zu beseitigen.

Sie sagen: „Ja, im jetzigen Klassenstaate sei allerdings der Unternehmer der Leiter der Arbeit und bestimme auch der Bedarf, der Gebrauchswerth, den Werth der Waare. Aber das sei durchaus widernatürlich, nur geschichtlich, nicht logisch so geworden wie heute. Der entfesselte Eigennutz des Unternehmers werde von dem Drucke der freien, übermächtigen Konkurrenz dazu angetrieben, sinn- und zwecklos Waarenmassen zu erzeugen, das sei ‚wirthschaftliche Anarchie', Vergeudung der Arbeitskraft. Dadurch werde die Wahrheit der sozialistischen Werththeorie verschleiert, aber nicht aufgehoben. Der Logik und Vernunft dieser Lehre müsse eben gegenüber jener ‚Anarchie' zu ihrem Rechte verholfen werden." Das sei ganz einfach dadurch zu erreichen: das man den gesellschaftlichen Bedarf als mitbestimmenden Werthberechner aus der Welt schaffe, ihn durch ein

Machtwort ersetze und nach diesem Machtwort die Art und Menge der verschiedensten Waaren erzeuge. Das heißt mit anderen Worten: die Marx'sche Theorie vom alleinigen Werth der Arbeit hätte nur dann Bestand, wenn der Staat durch ein Machtwort jedem Mitgliede der menschlichen Gesellschaft nicht nur bis auf jedes Kleidungsstück, jedes Hausgeräth, jedes Buch, sondern auch bis auf den einzelnen Bissen, den einzelnen Trunk, die einzelne Zigarre, bis auf jedes einzelne Genußmittel vorschreiben könnte, was für Lebensmittel der Einzelne verbrauchen und genießen dürfe und solle. Und selbst dann würden die bald reichlichen, bald kargen Kräfte und Spenden der Natur, reiche und schlechte Ernten, kalte und warme Sommer und Winter dieses ungeheure Rechnungswerk der menschlichen Vorsehung Staat auf den Kopf stellen oder durchkreuzen.

Man sollte kaum für möglich halten, daß in einem Menschenhirn, in einem freien menschlichen Willen die Sehnsucht nach einem Staatsgebilde erwachen könnte, welches in so brutaler Weise mit den letzten und ursprünglichsten, unveräußerlichsten Rechten menschlicher Freiheit aufräumen soll. Und doch will das die deutsche Sozialdemokratie. Auf dem Grabe der Bedarfsbestimmung des einzelnen Menschen, welche solange die Welt steht, von der schrankenlosesten und wüthendsten Tyrannei noch niemals angetastet worden ist, wollen unsere Kommunisten ihren sogenannten „freien Staat" errichten! Schon in den eigenen Reihen, unter den am 5. September 1871 zum Haager Kongreß versammelten Kommunisten, nannten die Bakuninisten deshalb mit Recht den allmächtigen Zukunftsstaat von Karl Marx „eine unerträgliche Despotie, das reaktionärste Gebilde der Welt".

Sehen wir uns nun diesen beseligenden Zukunftsstaat — oder da sie von „Staat" nichts mehr wissen wollen, diese „Zukunftsgesellschaft" — unserer Kommunisten genauer an.

Die kommunistische Zukunftsgesellschaft unserer Sozialdemokraten.

„Sowie sie offen sagen, wie sie die Zukunft zu gestalten gedenken, so lacht sie jeder einsichtige Arbeiter aus."

Fürst Bismarck
in der Tagung des Reichstags Okt. 1878.
St. B. S. 68 Sp. 2.

Inhalt.

Die kommunistische Zukunftsgesellschaft unserer Sozialdemokratie.

1. Der kommunistische Zukunftsstaat.

Es hat lange gedauert, sehr lange, ehe die Herren Führer unserer Sozialdemokratie wenigstens einen Zipfel des geheimnißvollen Vorhangs lüfteten, hinter welchem das Reich ihrer kommunistischen Zukunft verborgen ist.

Nach mannigfachen und jahrelangen Anzapfungen vieler Parteigenossen, zahlreicher Abgeordneter im Reichstage, und nach dem bitteren Worte Bismarck's im Reichstage am 9. Februar 1876: „Den Wegweiser zu den Zielen der Pariser Kommune finden wir auf allen Wegen der Sozialdemokratie. . . . Es sind das eben Gebilde, die von dem Verführten nur im Dunkel, unter der Blendlaterne der Verführer gesehen werden; wenn sie hinreichend an die Sonne kommen, so müssen sie in ihrer Unausführbarkeit und verbrecherischen Thorheit erkannt werden" — erst da ermannte sich Bracke in Braunschweig 1876 in einer Wahlflugschrift unter dem ironischen Titel: „Nieder mit den Sozialdemokraten!" Einiges über die kommunistische Zukunftsgesellschaft zu enthüllen. Seine Enthüllungen erregten aber begreiflicher Weise den Zorn des obersten kommunistischen Donnerers Herrn Liebknecht; da Bracke so unvorsichtig gewesen war, zu behaupten, daß diejenigen der wenigen Millionen- und Milliardenmenschen, welche bei Gründung der kommunistischen Zukunftsgesellschaft noch lebendig sein würden und der dann folgenden „Expropriation" gutwillig zustimmen, als Anerkennung für ihre gemeinnützige, kommunistische Handlungsweise, geehrt und entschädigt werden würden. Eine solche „Ehrung" widerspricht aber selbstverständlich der allgemeinen Gleichheit auf's schnödeste, und die von Bracke den vormaligen Eigenthümern versprochene „Entschädigung" würde selbstverständlich die unterste und heiligste Grundlage der ganzen kommunistischen Gesellschaft, die Abschaffung alles Privateigenthums verletzen und erschüttern.

Sehr ermuthigend für andere Zukunfts-Gesellschafts-Phantastiker, nunmehr auch ihre Offenbarungen betreffs des kommunistischen

Schlaraffenlandes kundzugeben, war also Herrn Bracke's schüchterner Versuch nicht. Aber die Anzapfungen innerhalb und außerhalb der Partei, „man müsse doch endlich einmal etwas Näheres über die famose kommunistische Zukunftsgesellschaft zu hören bekommen!" ließen sich nicht zur Ruhe bringen, so kräftig auch Herr Liebknecht in seinen Leibblättern dreinwetterte, und so eifrig er auch ganz mit denselben fadenscheinigen Gründen, wie heutzutage noch, die unverschämten Neugierigen, welche als Zaungäste in seine Zukunftszauberbude hineingucken wollten, zu verscheuchen suchte.

„Die reaktionäre heutige Klassenherrschaft kann auch nicht sagen, wie es in fünf Jahren bei ihr aussehen wird," schrieb und schreibt er damals wie heute noch. „Wie kann ein Billigdenkender also verlangen, daß man ihm sage, wie der Zukunftsstaat aussehe?" So wehrt sich Herr Liebknecht seit sechszehn Jahren gegen die lästigen Frager, welche seinen bei jeder Reichstags- und Volksversammlungsrede pathetisch ausgestreckten rechten Arm als Wegweiser nach dem Zukunftsstaat ansehen. So hat er sich auch mit großer Entrüstung über einige neugierige und naseweise Dränger unter den „Genossen" auf dem Parteikongreß zu Halle im Oktober 1890 ausgesprochen.

Die reaktionäre heutige Klassenherrschaft antwortet aber freilich auf all dieses Poltern des Erbpächters des Zukunftskarousselis, wenn man ihm hinter seine Packleinwand gucken will, seit sechszehn Jahren auch dasselbe. Sie sagt nämlich: „Nun, der Unterschied zwischen der heutigen Ordnung, welche Ihr Rothen ‚reaktionär' nennt, und Eurem Wesen oder Unwesen in spe, Eurem Parteiideal, Eurer Zukunftsmusik, ist denn doch, mit Verlaub, ein gewaltiger. Der springt doch Jedem in die Augen. Unsere bestehende Gesellschaftsordnung," sagen diese „Reaktionäre", „darf ohne Bangen und Ueberhebung prophezeien, daß sie in fünf, auch in zehn und zwanzig Jahren ohne gewaltsame Störung noch genau so aussehen und arbeiten wird, wie heute. Aber von den Herren, welche diese Ordnung umstürzen wollen, darf nicht blos jeder Arbeiter ihrer Gefolgschaft, sondern auch jeder andere deutsche Reichsbürger allerdings die sofortige Antwort auf die Fragen erwarten: „Wie sieht es in Eurem Zukunftsstaate aus? — Was vermögt Ihr uns Besseres zu bieten als die heutige Gesellschaft, und welche Gewähr habt Ihr für Euer Versprechen künftiger allgemeiner Glückseligkeit?" — Ein Narr wartet auf Antwort! Und daß diese Antwort nicht gegeben wird, beweist das schlechte Gewissen der Führer. Die ganze Partei hinter ihnen würde zu Luft, wenn sie mit der Sprache herausrücken wollten.

Ganz ähnlich sprach sich Fürst Bismarck (in der Tagung des Reichstags über das Sozialistengesetz im September 1878) aus, in

jener Sitzung, in welcher er Herrn Bebel anbot, ihn, den Fürsten, öfters Abends zu besuchen, mit den Worten: „Ich würde vielleicht daran die Hoffnung knüpfen, daß ich endlich auch erführe, wie Herr Bebel und Genossen sich den Zukunftsstaat denken.“ Eine Stimme der Sozialdemokraten — vielleicht die des Herrn Bebel — rief damals dazwischen: „Ganz gewiß!“ Fürst Bismarck aber fuhr hierauf (Sten. Ber. S. 68, Sp. 1 u. 2) fort:

„Es ist das Besprechen außerordentlich schwierig, solange wir darüber in demselben Dunkel tappen wie die gewöhnlichen Hörer bei den Reden in sozialdemokratischen Versammlungen; sie erfahren auch nichts davon, es wird versprochen, es werde besser werden, es gebe bei weniger Arbeit mehr Geld — woher es kommt, sagt kein Mensch, namentlich woher es auf die Dauer kommt, wenn die Theilung, die Beraubung der Besitzenden, einmal geschehen sein wird; denn dann wird vielleicht der Arbeitsame und Sparsame wieder reich werden und der Faule und Ungeschickte wieder arm, und wenn das nicht, wenn Jedem das Seinige von oben her gleichmäßig zugewiesen werden soll, gelangt man in eine zuchthausmäßige Existenz, wo keiner seinen selbständigen Beruf und seine Unabhängigkeit hat, sondern wo ein Jeder unter dem Zwang der Aufseher steht. Und jetzt im Zuchthaus da ist wenigstens ein Aufseher zur Kontrole, das ist ein achtbarer Beamter, über den man sich beschweren kann, aber wo werden dann die Aufseher sein in dem allgemeinen sozialistischen Zuchthause? Das werden die Redner sein, die durch ihre Beredsamkeit die große Masse, die Majorität der Stimmen für sich gewinnen, gegen die wird kein Appell sein, das werden die erbarmungslosen Tyrannen und die Anderen die Knechte der Tyrannen sein, wie sie je erfunden wurden. Ich glaube, Niemand wird in solchen Verhältnissen leben mögen, wenn er sich dieses Ideal ausmalt, was wir so durch die Ritzen zu erfahren kriegen — denn offen hat noch keiner der Herren ein positives Programm geben wollen; sowie Sie mit einem solchen auftreten, wie Sie wirklich sich die Zukunft zu gestalten denken, so lacht Sie jeder einsichtige Arbeiter aus, und dem wollen Sie sich nicht aussetzen. Deshalb hören wir nie von einem positiven Programm, nur von der Negation des Bestehenden.“

Noch schwerer als durch diese äußerst scharfsinnigen, zum Theil wenigstens, wie wir unten sehen werden, in die geheimsten Schwächen der zukunftsgesellschaftlichen Ordnung eindringenden Worte des Reichskanzlers, mochte sich die sozialdemokratische Vorsehung betroffen fühlen durch die unmittelbar darauf folgende Rede von W. Bracke (Sten. Ber. S. 77 flg., insbesondere S. 81, Sp. 1), welcher durch seine Enthüllungen über die kommunistische Zukunftsgesellschaft abermals, wie schon in seiner Broschüre, verrieth, daß er, der alte Lassalleaner, von Karl Marx noch viel zu wenig sich angeeignet oder „expropriirt“ habe. Denn Bracke behauptete:

„In einem Zustande der Dinge, wo die Produktionsmittel allgemeines Gut, wo sie Kollektivbesitz wären, würde dieses höhere, gerechtere (!) Eigenthumsrecht (!!) eingeführt sein. Es würde kein Kapital im heutigen Sinne mehr existiren. Wer genießen will, würde arbeiten müssen, aber er würde auch genießen können.“

Insoweit war von Herrn Bracke Alles papageienhaft aus Karl Marx hergesagt. Aber nun steckte der Lassallesche Ketzer die von Karl Marx noch unbeleckte Kralle aus, indem er fortfuhr:

„Und er würde, abgesehen von dem, was zur Bestreitung des Allgemeinen für nothwendig erachtet wird, das, was er schafft, auch erhalten."

Diese Bracke'sche Schilderung von der Grundverfassung der Zukunftsgesellschaft gab der unerträglichen Vorstellung Raum, als ob dort der fleißige Arbeiter irgend etwas mehr für sich erwerben könne, als der Dumme und Faule. Das versündigte sich abermals an dem obersten Grundgesetz des Kommunistenstaates, in welchem ja doch alles Privateigenthum aufhören muß. Und außerdem erweckte Bracke offenbar Herrn Liebknecht's heiligste Schmerzen — welche sich an der von Liebknecht in jeder Reichstagstagung gebrandmarkten „Verletzung des Briefgeheimnisses" entfachen — indem Bracke in derselben Rede behauptete:

„Die Post ist ein von Grund aus sozialistisches, unseren Anschauungen vollkommen entsprechendes Institut. Das Gleiche was auf diesem Gebiete der Arbeit schon geschehen ist, wird sich allmählig auch auf anderen Gebieten vollziehen."

In derselben Tagung des Reichstags vom September 1878 erklärte aber auch Fürst Bismarck (Sten. Ber. S. 225, Sp. 2) weiter:

„Hier steht die reine Negation gegenüber dem Einreißen, ohne daß Jemand auch nur eine Andeutung giebt, was anstatt des Daches, das uns jetzt deckt, gebaut werden soll, wenn es niedergerissen ist. Wir befinden uns lediglich im Stadium der Untergrabung und des Umsturzes, im Stadium der Negation. Seit elf Jahren haben wir den Vorzug, mit Sozialdemokraten gemeinschaftlich zu tagen. Ist Ihnen bei den langen Reden auch nur eine einzige in Erinnerung, wo auch nur der leiseste Schatten eines positiven Gedankens, eines Vorschlags über das was künftig werden soll, über die Gestaltung, über das Programm, das diesen Herren vorschwebt, nachdem sie das Bestehende in Bresche gelegt haben, ist Ihnen etwas Derartiges erinnerlich? Ich wäre dankbar, darauf aufmerksam gemacht zu werden. Ich kenne nichts derart und glaube auch den Grund zu wissen, warum die Herren darüber, wie sie die Welt künftig gestalten wollen, wenn sie die Herren wären, sorgfältig schweigen: sie wissen es nicht, sie wissen in dieser Beziehung nichts, sie haben auch den Stein der Weisen nicht! Sie können die Versprechungen niemals halten, mit denen sie jetzt die Leute verführen. Das ist einfach das Geheimniß, weshalb darüber ein tiefes Stillschweigen beobachtet wird."

Das war denn doch starker Tobak, welcher auch der sozialdemokratischen Vorsehung die Augen beizte. Auf der einen Seite die „reaktionäre bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft", durch einen so mächtigen Sprecher wie den Fürsten Bismarck vertreten, welcher den biederen Sozialdemokraten sagte, sie wüßten selbst nicht, wie ihr Zukunftsstaat aussehe und wenn sie's wüßten, so sagten sie's

nicht, weil jeder einsichtige Arbeiter sie dann auslache. Auf der anderen Seite der „Genosse" Wilh. Bracke, der sich auch noch ganz falsche und schiefe Vorstellungen von der Heilsgesellschaft der Zukunft machte — und natürlich Tausende von weniger veranlagten Geistern noch viel verschrobenere als er. Und endlich drittens gerade in diesem verhängnißvollen Augenblick das „scheußliche" Sozialistengesetz, welches die Partei für längere Zeit mundtodt machte und sie unter dem Eindruck der im Reichstag von Freund und Feind vernommenen Reden womöglich ganz auseinandertrieb, wenn nicht irgendwer von Bedeutung sagen konnte und wollte, wie der kommunistische Gesellschaftsstaat dermaleinst beschaffen sein werde. Nein, man konnte in dieser Beziehung nicht länger Versteckens spielen! Man mußte das verschleierte Bild des kommunistischen Saïs enthüllen. Und es konnte keinem Jüngling, der seinen Schiller inne hatte, dabei grauen, daß er „die Wahrheit schauen werde durch Schuld." Denn die Herren hatten blos den Vorhang der Lüge zu lüften, und sie thaten es auch nur nothgedrungen, Niemand brauchte durch eigene Verschuldung in diesen Satanstempel hineinzublicken.

Herr Bebel fand den Muth, die innersten Geheimnisse seiner Partei zu enthüllen. Er sagt uns, daß er Jahre lang an dem Buche gearbeitet habe, welches dieses Geschäft besorgte. Es betitelt sich „Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft*)." In der, nach Abschluß meiner vorliegenden Schrift, 1891 erschienenen neuesten (neunten) Auflage seines Buches (Stuttgart, J. H. W. Dietz) wirft Herr Bebel den gesammten, in der Hauptsache freilich von ihm bei Anderen abgeschriebenen „historischen" Theil seiner früheren Auflagen mit Recht über Bord, da es Unsinn war — der neue, Fr. Engels nachgeschriebene, „historische" Theil hat natürlich so wenig Werth wie der frühere — und er bekennt, daß der frühere Titel des Buches ganz unpassend gewählt sei. In der That hätte er es gerade so gut beliebig anders betiteln können. Aber die Hauptsache ist für uns, daß Herrn Bebel's Schilderung der kommunistischen Zukunftsgesellschaft nach wie vor unverändert geblieben ist.

Wir sind nach dem zuvor Gesagten durchaus berechtigt, diesem Buche zu folgen bei der Darstellung und Kritik der Zukunftsgesellschaft der Kommunisten; mit demselben Rechte, mit welchem der Geschichtsforscher sich auf eine untrügliche echte Handschrift, der Jurist sich auf die „authentische Interpretation" eines zweifelhaften Gesetzes stützt. Immerhin freilich ist auch dieses Buch nur die Privatarbeit eines hervorragenden Führers der Sozialdemokratie, und überall, wo sein Inhalt den Rothen unbequem wird, schallt

*) Erschienen zuerst 1879, Zürich bei Schabelitz. Wir citiren nach der Auflage von 1883, ebenda.

uns aus den Parteiorganen und aus dem Munde der Agitatoren die eingelernte Ausflucht entgegen: „Herrn Bebel's Buch sei nur eine Privatarbeit, nur vom Verfasser selbst zu verantworten." Aber dafür wissen wir auch sehr genau, und können es mit tausend Beispielen belegen, daß die Sozialdemokratie nicht blos das Privateigenthum abschaffen will, sondern daß sie in ihren Reihen auch die Privatgedanken, das Recht der freien Meinung, bereits längst abgeschafft hat. Sie fordert, wie der Jesuitismus, von ihren Gliedern den Gehorsam des Leichnams. Der Einzelne, auch der Führer, wäre sofort geächtet und ausgestoßen, wenn er sich beikommen ließe, irgend ein Wort zu sprechen oder zu schreiben, welches gegen die von Herrn Liebknecht in Erbpacht genommene und sorgsam behütete alleinseligmachende Heilswahrheit von Karl Marx verstieße. Dieser Abtrünnige würde nicht anders behandelt werden, als es einst Wilhelm Hasselmann und Anderen erging. Die „Eiserne Maske" würde ihn sofort als „Lockspitzel" entlarven und die giftigsten Verleumdungen gegen ihn schleudern.

Herr Bebel hat sich von solcher Rebellion gegen die Heilswahrheiten des rothen Dalai Lama Karl Marx und dessen Hohenpriester Liebknecht immer freigehalten. Auch wenn er wollte, könnte er nicht eigene Gedanken entwickeln. Denn wie schon Herr Liebknecht seine Ueberzeugung und Gedanken nur von Karl Marx gemiethet hat, so sitzt Herr Bebel seinerseits nur in geistiger Aftermiethe bei Herrn Liebknecht, und würde sich sofort obdachlos auf's Pflaster gesetzt sehen, wenn er gegen die drakonische Hausordnung seines Vizewirthes verstoßen, und den Wasserhahn seiner Gedanken unbefugt öffnen und laufen lassen wollte.

Aber wir besitzen noch andere Gründe und Beweise dafür, daß Herr Bebel in seinen Enthüllungen über die gesammte Ordnung der Dinge in der Zukunftsgesellschaft die letzten Herzenswünsche und Ziele seiner Partei ausspricht. Die Parteiblätter nämlich haben sein Buch von jeher und ausnahmslos zu den „klassischen" Werken der Parteilitteratur gezählt. Auf keinem der Parteikongresse ist ein Wort des Tadels darüber gehört worden. Alle Agitatoren der Partei betrachten es geradezu als ihren großen Katechismus, aus welchem sie Kernsprüche und ganze Stellen auswendig lernen. Insbesondere gehören dazu die Kapitel, von welchen wir jetzt reden. Die Agitatoren durchziehen, im Auftrage und im Tagessolde der Partei, bis auf den heutigen Tag alle Lande deutscher Zunge mit Herrn Bebel's Weissagung vom kommunistischen Schlaraffenland, mit Herrn Bebel's Evangelium von der freien Liebe und von dem was drum und dran hängt. Deshalb sind auch wir Gegner berechtigt, diese Kapitel zu den amtlichen, mindestens zu den quasiamtlichen Schriften der Partei zu rechnen.

2.

Dem Buche Herrn Bebel's: „Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft" verdanken wir also wenigstens den Versuch einer Schilderung der Ueberführung der heutigen Gesellschaftsordnung in den kommunistischen Zukunftsstaat und einige Andeutungen über diesen Zukunftsstaat selbst.

„Ich unterstelle also", sagt Herr Bebel S. 148, „daß in einem gewissen Zeitpunkte all die geschilderten Uebelstände" (der heutigen Gesellschaftsordnung) „so auf die Spitze getrieben sind, daß ihr Vorhandensein der großen Mehrheit der Bevölkerung nicht nur klar und sichtbar, sondern ihr auch unerträglich werden und ein allgemeines, unwiderstehliches Verlangen nach gründlicher Umgestaltung fast die ganze Gesellschaft ergreift und ihr die rascheste Hülfe als die zweckmäßigste erscheinen läßt."

„Das allgemeine Verlangen fast der ganzen Gesellschaft" deutet die Zustände jenes „gewissen Zeitpunktes" sehr hübsch an. Es ist nämlich der Zeitpunkt, wo jene Massen, welche die Herren Verführer schon heute unbeschämt „das Volk", „das ganze Volk" nennen, zwar so wenig als heute das „allgemeine Verlangen" der „ganzen Gesellschaft" darstellen, aber im Unterschied von heute „unwiderstehlich" geworden sind. Freilich wird auch dann die Sache, wie Herr Bebel später S. 197 enthüllt, „nicht ohne Kampf" abgehen. Diese Aussicht ist für uns um so interessanter, als Herr Bebel ebenda (S. 197) weissagt: „Das 19. Jahrhundert wird schwerlich zu Ende gehen, ohne daß dieser Kampf entschieden ist."

So dürfen denn die meisten der Jetztlebenden hoffen, die Zeit der Erfüllung des Zukunftsstaates noch zu erleben. Freilich erscheint die Frist von nur neun Jahren, welche uns vom Jahre 1900 trennt, ein bischen kurz bemessen für diese grundstürzende Umwälzung, und Herr Bebel würde vielleicht, wenn er heute sein Buch herausgäbe statt 1879, die Frist etwas weiter in das nächste Jahrhundert hineinrücken*). Aber vorläufig haben wir seine Gewähr, im Laufe

*) Dieser ganze Abschnitt wurde, wie bereits bemerkt, geschrieben, ehe die neue (neunte) Auflage des Buches des Herrn Bebel (Stuttgart, J. H. W. Dietz, 1891) in meine Hände gelangte. Das Buch nennt sich jetzt „Die Frau und der Sozialismus" und eine „gänzlich umgearbeitete" Auflage. An den hier kritisirten (ein Drittel des ganzen Werkes umfassenden) 72 Druckseiten der alten Auflage von 1883 ist fast kein Wort geändert. So heißt die hier citirte Stelle jetzt: „Das 19. Jahrhundert wird schwerlich zu Ende gehen, ohne daß dieser Kampf so gut wie entschieden ist" (9. Aufl., S. 347). Daß das keine „Abschwächung" sein soll, versichert Herr Bebel von dieser 9. Auflage schon ganz im Allgemeinen in der Vorrede (S. VIII), aber er sagt auch S. 381 noch ausdrücklich: „Die Hoffnung, den Sieg zu erleben, brauchen wir in einem Zeitalter wie dem unseren nicht fahren zu lassen... Die Morgendämmerung eines schönen Tages ist im Anzuge."

von neun Jahren den kommunistischen Zukunftsstaat leibhaftig zu schauen. Ja, wir danken Herrn Bebel sogar ganz bestimmte Anzeichen für den Beginn dieses Schlußaktes der gesammten heutigen Kultur, Nationalität und Staatsverfassung. Herr Bebel sagt nämlich: „Der Kampf der neuen Welt wider die alte ist entbrannt. Es treten Massen auf die Bühne" — offenbar nach dem Vorbild der Meininger — „es wird mit einer Fülle von Intelligenz gekämpft, wie die Welt noch in keinem Kampfe gesehen, kein zweites Mal sehen wird. Denn es ist der letzte soziale Kampf" (S. 197). Herr Bebel ist gewiß einer der besten Kenner der Anzeichen des sozialistischen Föhnsturmes und der kommunistischen Windhosen, und wir müssen ihm daher glauben, daß die Nadel des Barometers unserer öffentlichen Dinge sofort den ungeheuren Druck einer beispiellosen und unvergleichlichen Fülle von Intelligenz andeuten werde, sobald dieser „letzte" Entscheidungskampf anhebt. Ist das richtig, so kann dieser Kampf aber bis jetzt noch gar nicht begonnen haben, denn von einer irgendwie erheblichen Intelligenz ist auf der Seite der sozialistischen Umstürzler bis jetzt nichts, rein nichts zu spüren, geschweige denn von einer überwältigenden Fülle!

Wir nehmen jedoch, auf Herrn Bebel's Wort hin, bereitwilligst an, daß die Herren Führer der Sozialdemokratie, die Herren Liebknecht und Bebel, der Hutmacher Heine und der Gärtner Bock, der Mäntelfabrikant Singer, der Arbeiter a. D. Auer, Stadthagen, und wie sie Alle heißen mögen, ihre „Fülle von Intelligenz" bisher so schlau zu verhüllen wußten, daß man zeitweise zu glauben geneigt war, sie spielten den wilden Mann. Wir erkennen jetzt, daß diese Herren nicht blos Pfunde, sondern Zentner und Tonnen von Intelligenz bislang freiwillig vergruben, nur um uns am Ende dieses Jahrhunderts durch ein Riesen-Prachtfeuerwerk von Intelligenz zu entzücken, vor welchem die erleuchtetsten Geister der menschlichen Geschichte in ein trostloses, dunkles Nichts zurücksinken müssen. Moses und Paulus, Platon, Aristoteles, Cäsar, Tacitus, Karl der Große, Luther und Zwingli, Bacon, Newton und Shakespeare werden dann als eben so geistesarme Wesen entlarvt werden, wie Spinoza, Kant, Lessing, Schiller und Goethe, wie Friedrich der Große, Humboldt, Bismarck und Moltke. Wie könnten sich diese zurückgebliebenen Scheingrößen auch mit einem Liebknecht, einem Bebel, einem Heine (nämlich dem Hutmacher von Halberstadt), einem Bock (nämlich dem Gärtner von Gotha), einem Singer, einem Auer, einem Stadthagen, einem Wiemer u. s. w. im entferntesten vergleichen wollen!

Wir werden also, im Vertrauen auf das Wort des Herrn Bebel, am Ende dieses ohnehin so großen 19. Jahrhunderts auch „eine Fülle von Intelligenz im Kampf erblicken, wie die Welt noch

in keinem Kampf gesehen, kein zweites Mal mehr sehen wird." Und was wird diese überwältigende Intelligenz thun, nachdem sie gesiegt hat? Sie wird, nach Herrn Bebel, zunächst „durch eine große Expropriation das gesammte Privateigenthum in gesellschaftliches Eigenthum verwandeln". (S. 148.) Das ist allerdings eine That, welche dieser in der Geschichte nur einmal vorhandenen Fülle von Intelligenz würdig ist. Franz Moor, welcher sich, nach seiner bekannten Versicherung, doch auch nie mit Kleinigkeiten abgegeben hat, würde erkennen, daß er doch nur ein ganz armseliger Stümper gewesen ist, wenn er seine allerbesten Leistungen mit dieser „großen Expropriation" vergleicht. Denn alles Privateigenthum an Grund und Boden, alles Geld, aller Geldeswerth, alle seit Hunderten von Jahren vererbten, ersparten und in saurer Mühe errungenen Güter des Staates, der Gemeinden, der frommen Stiftungen und der hundertmillionenfach zählenden einzelnen Privatbesitzer und Erwerber verschwinden mit einem Schlage in dem ungeheuren Rachen der „Gesellschaft."

Wie die Sache an diesem Wendepunkte gemacht wird, verräth uns Herr Bebel nur durch ein kurzes Citat aus dem Evangelium seines Herrn und Meisters Karl Marx („Das Kapital" 2. Auflage S. 792 und 793), welches uns den Trost gewähren soll, daß schließlich alles Vermögen, Kapital, Geld u. s. w. sich doch nur in den Händen einer verhältnißmäßig kleinen Minderzahl der Gesellschaft zusammenhäufen wird. So werden in unserm lieben Deutschland wohl nur einige lumpige Hunderttausend oder Millionen Reicher abgeschlachtet zu werden brauchen, wenn diesen ihr Eigenthum abgenommen wird, welches die neue „Gesellschaft" fortan als Gemeineigenthum zu ihrem eigenen Unterhalte bedarf. Aber auch Karl Marx wirft einen Schleier über dieses Ende mit Schrecken. Er sagt nur: „Die kapitalistische Hülle wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Eigenthums schlägt. Die Expropriateurs werden expropriirt."

Für die in der Geschichte wohl gleichfalls beispiellosen Gewaltthätigkeiten, welche unsere — freilich nur „kapitalistische" — Einbildungskraft an diesen Vorgang am Ende des 19ten Jahrhunderts knüpft, gewährt uns Herr Bebel den schönen, weissagenden Trost (S. 149), daß von nun an „die Lebens- und Arbeitsbedingungen für beide Geschlechter, Industrie, Ackerbau, Verkehr, Erziehung, Ehe, das wissenschaftliche, künstlerische und gesellige Leben, kurz die ganze menschliche Existenz eine andere werde". Wie das Alles „anders" wird oder werden soll, mag uns der vormalige Drechsler Herr Bebel nun mal im Zusammenhang vortragen.

Wir verfahren dabei jedoch keineswegs nach der Methode des Herrn Bebel, welcher seinen urtheilslosen Lesern auf über siebzig

enggedruckten Seiten die in sich widersprechendsten Behauptungen und Vorspiegelungen auseinanderrückt und an kitzlichen Stellen seiner Beweisführung die zu erwartenden Einwürfe denkender Leser durch lauttönende Verfluchung der heutigen politischen und gesellschaftlichen („bürgerlichen") Verhältnisse überschreit, nachdem er auf den ersten dieser siebzig Seiten den kommunistischen Zukunftsstaat kunstvoll in den lockendsten Farben, Gebilden und Einrichtungen ausgemalt hat. Wir verfahren vielmehr mit einer dem Verfasser vielleicht unliebsamen, aber dem Gemeinwohl sehr nützlichen Kritik des Ganzen seiner Schilderung. Denn jedes Wort dieser siebzig Druckseiten ist uns gleichzeitig gegenwärtig.

Da muß denn vor Allem festgestellt werden, daß dieser nach Herrn Bebel's Prophezeihung bereits in neun Jahren zu erwartende Zukunftsstaat nicht etwa blos Deutschland und dessen Nachbarländer, auch nicht blos ganz Europa, einschließlich Rußlands, der Türkei, Norwegens und Islands) zu einem einzigen kommunistischen Gesellschaftsgebilde umgewandelt haben muß, um Herrn Bebel's Zukunftsstaat durchzuführen, sondern daß in dieser kurzen Zeitspanne schon alle Völker und Länder der ganzen Erde zu „Genossen" der neuen beglückenden kommunistischen Lebensform gewonnen sein müssen. Denn da Deutschland schon heute seine Lebensbedürfnisse aus allen Ländern der Erde bezieht und seine eigenen Erzeugnisse mit den fernsten Ländern austauscht, so kann die durch Herrn Bebel's Fürsorge unendlich gesteigerte Begehrlichkeit und Anspruchsfülle der Bürger seines Zukunftsstaates sich keineswegs mit deutschen und europäischen Erzeugnissen begnügen. Sondern sie besitzt ein unveräußerliches Menschenrecht auf indische Vogelnester, afrikanisches Elfenbein, australische Wolle und amerikanische Austern, Fleischextrakte und edelste Tabaksorten. Es kommt aber noch ein zwingenderer Grund hinzu, uns den Zukunftsstaat nur auf internationaler, alle Völker und Länder der Erde verbindender Grundlage zu denken. Denn das Geld ist in diesem löblichen Staate nach Bebel abgeschafft (S. 162) und der Handel auch (S. 167). Nun vollzieht sich aber nach dem beschränkten Verstande der bisherigen Menschheit der internationale Waarenverkehr nur gegen Bezahlung in heillosem Gelde. Und da der Idealstaat des Herrn Bebel dieses schnöde Tauschmittel nicht duldet, da er endlich auch der gewaltthätigen Einwirkung auf fremde Völker in Gestalt eines kriegerischen Vorgehens entschieden abhold ist, ja das ganze „unproduktive" Militär überall abgeschafft hat, so muß alles Volk und Land der ganzen Erde zum Kommunismus mit einem Male „reif" und dazu übergegangen sein, wenn diese neue Gesellschaft ohne Geld und ohne Handel auskommen will. Das giebt auch Herr Bebel durch seine Ausführungen (S. 195—210) zu.

Die Sache wird durch diese ungemeine Erweiterung des Zukunfts-reiches allerdings sehr viel unbequemer für die Propheten und Gründer desselben, namentlich in dem Punkte: für ihre Weissagungen und Vorspiegelungen Gläubige zu finden. Denn die schon für Deutschland im Jahre 1879 und 1883 recht kühne Berechnung, daß wir Deutschen vor Ausgang des Jahrhunderts die Annehmlichkeiten des sozialistischen Zukunftsstaates an uns selbst erproben würden, ja, nach Bebel S. 115 „die führende Rolle dabei übernehmen werden" — diese Behauptung hat im Jahre 1891 die größte Aehnlichkeit mit dem nichtsnutzigsten Schwindel. Denn Derjenige, der diese Flunkerei 1879 zuerst in die Welt setzte und sie unverändert 1883 wiederholte,*) mußte doch ganz genau wissen, daß bis zum Jahre 1900 die Russen, Türken, Bulgaren, Griechen, Serben, Ungarn, Norweger, Schweden, Italiener u. s. w. unter keinen Umständen zum Kommunismus „reif" gemacht sein würden — also noch nicht mal halb Europa — geschweige denn die lieben schwarzen, gelben und rothen künftigen Mitbürger der Kommunerepublik in Afrika, Asien, Amerika und Australien. Die lieben Bundesbrüder in spe Innerafrikas zum Beispiel würden den kommunistischen Heils-predigern zur Zeit nur näher treten, wenn diese Heilslehre in einem größeren Posten schmackhafter Agitatoren verkörpert würde. Die überzeugten schwarzen Kommunisten würden dann gar nicht die letzte Sylvester-Mitternachtsstunde des Jahrhunderts abwarten, sondern kaum die nächste Mittagsstunde, um ihren kommunistischen Appetit zu befriedigen, indem sie nicht blos die Worte ihrer Beglücker, sondern diese selbst verschlängen.

Alle Träume von Weltherrschaft, welche jemals in den Häuptern gewaltiger Gebieter und Eroberer, in der Seele eines Cyrus, Alexander, Cäsar, Karls des Großen, Karls des Fünften, Napoleon, erwacht sind, sinken zu unbedeutenden Kleinigkeiten hinab im Vergleiche zu einem Gemeinwesen, welches, so wie es gedacht ist, erst bestehen kann, wenn es die gesammte Menschheit und alle Länder und Meere der Erde umfaßt. Und auch der hochfliegende Ehrgeiz der päpstlichen Weltherrschaft, wenn er voll verwirklicht und durch-gesetzt wäre, überall und bei allen Menschen, wäre ein Nichts im Vergleiche zu der allumfassenden Gewalt, welche die Weltgemein-schaft unserer Kommunisten für sich beansprucht. Denn diese Gewalt müßte im Kleinsten wie im Größten die Fürsorge für alle Menschen auf dem weiten Erdball übernehmen und ausführen. Sie müßte alle Menschen nähren und kleiden, Alle bilden und erziehen, überall und alle Zeit für Alle in jener Ueberfülle alle Genußmittel zur

*) Ja sie, wie wir oben sahen, sogar 1891 in der neuesten Auflage seines Buches nicht ausdrücklich widerruft.

Stelle haben, welche die unendlich gesteigerte Genußsucht der Zukunftsbürger mit Recht beansprucht, um zu der ihnen verheißenen „Glückseligkeit" zu gelangen. Ueberall und gleichzeitig auf der weiten Erde müßte der Zukunftsstaat für die schönsten und gesündesten Wohnstätten, Arbeitsräume, Erholungs- und Vergnügssäle, für die gewaltigsten Maschinen, für die bequemsten Reise- und Verkehrsgelegenheiten, für die vortrefflichste Bewirthschaftung des Bodens, unterstützt durch weise Bewässerung, Entwässerung und Bebauung desselben, sorgen. Er müßte allen Kranken, Schwachen und Alten unentgeltlich Pflege und Unterhalt gewähren. Vor Allem aber müßte er die menschliche Arbeit, welche erforderlich ist, um alle diese Leistungen der neuen Gesellschaft zu ermöglichen, überall und alle Zeit auf der ganzen Erde so vertheilen, daß alle gleich viel, oder richtiger gleich wenig, arbeiten müßten; Herr Bebel versichert uns, höchstens drei Stunden im Tag (S. 162), und zwar auch nur dann, wenn gerade mal „Luxusartikel" hergestellt werden, sonst würde der Zukunftsmensch in zwei Stunden sein Tagewerk erfüllt haben.*) In diesen zwei Stunden aber muß der Zukunftsmensch reichlich das Zwanzigfache eines heutigen zehnstündigen Tagewerkes vollbringen, um alle diese unendlich gesteigerten Bedürfnisse zu befriedigen.

Diese Riesenaufgabe des kommunistischen Zukunftsstaates ist im Vorstehenden aber nur in den allgemeinsten Umrissen angedeutet, nur im Größten. Diese Aufgabe schwillt immer ungeheurer an, je mehr wir uns in alle Einzelheiten vertiefen, welche sie zu lösen hat, um die Weissagungen Herrn Bebel's zu erfüllen, jene Einzelaufgaben, welche sich unmittelbar aus dem kommunistischen Gesammteigenthum, aus dem Mangel jedes Privateigenthums, ergeben. Greifen wie auf's Gerathewohl einige dieser Kleinigkeiten heraus.

Die uns ziemlich verwickelt erscheinende Frage z. B., wie viel von jedem Erzeugnisse, jedem Stoffe jeder Mensch auf der ganzen Erde jeden Tag braucht und verbraucht und daher fertig zum Verbrauch vor seiner Thür finden muß, sobald ein Jeder seine Arbeit gethan hat, diese Frage löst nach Herrn Bebel die sozialistische Statistik spielend.

„Spielend" — das ist überhaupt Herrn Bebel's Lieblingsausdruck bei allen Fragen, welche uns nüchternen Zweiflern mit unüberwindlichen Schwierigkeiten verbunden scheinen (S. 154, 188 u. s. w.).

Wo diese sozialistischen „Statistiker" hergenommen werden sollen, da Herr Bebel, wie ein echter Banause, nichts grimmiger haßt, als gelehrte Bildung, und daher die Gelehrten im Zukunfts-

*) Rede Bebel's in Bochum, Dezember 1890.

staat auch unerbittlich abschafft (S. 166), das wird nicht verrathen. Freilich ist — wie schon heute der „zielbewußte" Sozialdemokrat von seinen Führern allein als „wissenschaftlich" gebildeter Deutscher anerkannt und umschmeichelt wird — der künftige Kommunist, und zwar Männlein wie Fräulein, Alles zugleich: Arbeiter, Gelehrter, Künstler (S. 161, 178, 185), also jedenfalls auch „Statistiker", und wir müssen daher mit Herrn Bebel annehmen, daß diese „Statistiker" von den Eskimos bis zu den Hottentotten und von den Fidschi-Insulanern bis zu den Rothhäuten der Cordilleren, bei täglich zweistündiger Arbeitszeit, im Stande sein werden, jeden Augenblick statistisch festzustellen, wie viel jeder Mensch auf der ganzen Erde braucht, genießen darf, und was und wie viel er während zwei Stunden täglich arbeiten muß, um der gesammten Menschheit den reichlichsten Genuß aller guten Dinge zu sichern.

Mit derselben „spielenden" Leichtigkeit wird das sozialistische Gemeinwesen selbstverständlich einige andere Theile der Riesenaufgabe lösen, welche Herr Bebel ihm stellt und welche unseren blöden Augen heute nicht blos schwierig, sondern sogar etwas widerspruchsvoll erscheinen könnten. Seite 156 wird nämlich versichert, daß sämmtliche Arbeitsstätten auf bestimmte Punkte konzentrirt werden sollen. Auf derselben Seite und später wird geschildert, wie in diesen „auf das Vollkommenste ausgestatteten und ausgeschmückten Arbeitsräumen" nur die gewaltigsten Maschinen arbeiten, weil „zahlreiche, zersplitterte Arbeitsräume weder der Zahl der nach Beschäftigung Verlangenden, noch ihren Ansprüchen auf Bequemlichkeit und Annehmlichkeit genügen". Diese Schilderung und die spätere des Tauschhandels im Zukunftsstaat (S. 167) — der „kolossale, zentralisirte Produkten(!)transport", die „großen Depots" und die Verwandlung des heutigen Welthandels „in eine zentralisirt verwaltende, distribuirende Thätigkeit" — lassen vermuthen, daß unser Prophet sich auch die Entwickelung der heutigen Großstädte und Industriezentren in's Ungeheure erhöht gedacht habe. Aber Alles, was hier bei Schilderung der Industrie und des Handels im Zukunftsstaat „zentralisirt" und „konzentrirt" wird, dezentralisirt Herr Bebel wieder, sobald er sich der Schilderung der Schicksale des Grund und Bodens und der Landbevölkerung im Zukunftsstaat zuwendet. Denn hier gilt es nun ja vor Allem den Bauernfang zu betreiben! Nachdem noch S. 168 gerühmt ist, wie frei von Staub, Ruß, Straßenlärm, Unreinlichkeit die Städte der Zukunft sich darstellen, wie prachtvoll Jeder dort wohnen, welches kolossale „Kommunikationswesen" sich dort breit machen wird — überrascht uns Herr Bebel S. 176 plötzlich mit der Offenbarung, daß „die neue Gesellschaft die großen Städte aufheben und die Bevölkerung dezentralisiren wird". „Denn", setzt er, mit unbeschämter Enthül-

lung der geheimsten Gedanken seiner Partei, auf derselben Seite hinzu: „diese großen Städte haben dann ihren Zweck erfüllt", den Zweck, „mit ihren Massenansammlungen die Revolutionszentren zu bilden". Und dieselbe Massenansammlung könnte im Zukunftsstaat die Genossen freilich auf den der Zukunftsregierung sehr unangenehmen Gedanken bringen, die Städte auch in Zukunft für Revolutionszentren zu halten und noch weitere Revolutionen zu machen. Die Bevölkerung wird also „dezentralisirt" — ob mit oder gegen ihren Willen, verräth Herr Bebel nicht, das ist ja Alles im Zukunftsstaat ebenso „spielend" zu lösen, als z. B. die „millionenweise (!) Herbeischaffung zivilisirter (!) Kulturmenschen" nach einem „wüsten Sandboden" (in fernen Welttheilen), „um auf Tausenden von Quadratmeilen unerschöpfliche Nahrungsmittel zu erschließen". Bei der kleinen Frage der Möglichkeit des Vollbringens hält Herr Bebel sich niemals auf. Er dekretirt einfach die Abschaffung der großen Städte, die „Dezentralisirung der Bevölkerung", mit einem Worte: „Die Verbindung der industriellen und ackerbauenden Thätigkeit" (S. 176/7) — selbstverständlich immer bei nur zweistündiger täglicher Arbeitszeit. Er hält aber, trotz dieser Dezentralisation merkwürdigerweise, für die Erledigung der Landbauarbeit „massenhafte Anwendung von Arbeitskräften" bereit (S. 174), und versichert dann (S. 177), zum Troste der biederen Landleute und der auf das Land geschickten dezentralisirten Stadtbevölkerung, daß diese „ihre Wanderung auf's Land ohne Verzug beginnen werde", da sie dort „Alles, was sie an gewohnten Kulturbedürfnissen besitzt, wiederfinden werde: also ihre Museen, Theater, Konzertsäle, Lesezimmer, Bibliotheken, Gesellschaftslokale, Bildungsanstalten u. s. w.".

Woher die Mittel genommen werden sollen, um in jedem Dorfe und in jeder einsamen Bauernhütte der Erde diese dem „civilisirten" und uncivilisirten „Kulturmenschen" der Zukunft unentbehrlichen Dinge hervorzuzaubern, sagt uns Herr Bebel nur in der allgemeinen Redensart, daß der zwei-, höchstens dreistündige Normalarbeitstag „spielend" alle diese Dinge schaffe.

Mit einem Lobgesang auf den Mist und das Exkrementiren als Kulturmoment schließt dieses landwirthschaftliche Kapitel.

Hunderte von Einzelheiten könnten noch angeführt werden, um das Riesenmaß der Gesammt- und Einzelaufgaben des Kommunistenstaates zu entrollen. Aber schon das Gesagte genügt, um zu beweisen, daß diese Aufgaben überhaupt nur dann versucht und — wenn auch nur zum kleinsten Theil — ausgeführt werden könnten, wenn ein einziger allmächtiger Wille alle Völker und Länder der Erde beherrschte, ein Wille, welchem die schrankenloseste Gewalt gegeben wäre: über die Arbeit der gesammten Menschheit jeden Augenblick so zu verfügen, daß in jedem Augenblick die gesammten

Erzeugnisse aller Menschenarbeit zum Wohl und Nutzen der gesammten Menschheit verwendet werden könnten. Statistik, Topographie, Chemie, Physik, Elektricität und alle möglichen anderen Wissenschaften und Künste, auf welche Herr Bebel uns vertröstet, und „welche die neue Gesellschaft vollkommen beherrscht" (S. 214), reichen nicht entfernt aus, um diesen einen allmächtigen Willen zu ersetzen, welchem überall auf Erden die Ausführung seiner Gebote blitzschnell folgen müßte. Denn jedes ungewöhnliche Naturereigniß, welches erhebliche Werthe vernichtet oder unbrauchbar macht, größere Menschenmengen in Nothstand versetzt oder dahinrafft: Feuersbrunst, Ueberschwemmung, Dürre, Mißwachs, Erdbeben, Sturm und Sturmflut, Hagel, Seuche und verheerende Krankheit u. s. w. wirft alle Figuren auf Herrn Bebel's Schachbrett mit einem Male durcheinander, durchstreicht die schönsten Rechenexempel der sozialen „Statistiker" und fordert aufs Schleunigste eine andere, der Nothlage des Augenblicks entsprechende Vertheilung der Genußmittel und Arbeiten bis in die entferntesten Theile der Erde, der gesammten bei dieser Verschiebung der „Statistik" von Arbeit und Genuß unmittelbar betheiligten Menschheit.

Wo ist nun dieser einzige allmächtige Wille im Zukunftsstaat? Er ist nirgends zu finden, ja grundsätzlich ausgeschlossen. Denn mit Einrichtung der neuen Gesellschaftsordnung wird zunächst mal, wie Herr Bebel freudvoll versichert, der Racker von „Staat" überhaupt begraben und abgeschafft (S. 149). Sodann erträgt natürlich die schrankenlose „Freiheit" der neuen Gesellschaftsgenossen ebenso wenig irgend eine „Lenkung und Leitung nach dem Willen Einzelner" (S. 151). Allerdings „ist die Einrichtung einer Verwaltung, welche alle Thätigkeitsgebiete der Gesellschaft umfaßt, nothwendig". Aber: „die einzelnen Kommunen bilden hierzu eine zweckmäßige (!!) Grundlage, und wo dieselben so groß sind, daß sie die Detailübersicht erschweren, wird man sie in Bezirke theilen. Sämmtliche mündige Kommunenangehörige, ohne Unterschied des Geschlechts, nehmen an den bezüglichen Wahlen theil und bestimmen die Vertrauenspersonen, welche die Verwaltung zu leiten haben. An der Spitze sämmtlicher Lokalverwaltungen steht die Centralverwaltung — wohlgemerkt keine Regierung mit herrschender Gewalt — nur eine leitende Verwaltung. Ob diese Zentralverwaltung direkt durch die Gesammtheit oder durch die Kommunalverwaltung ernannt wird, interessirt nicht (!). Denn es handelt sich nicht um Posten, die besondere Ehre, größere Gewalt und höheres Einkommen einbringen, sondern um Vertrauensposten, wozu man die Brauchbarsten, ob Mann, ob Frau, nimmt, die man entläßt und wieder wählt, wie es das Bedürfniß und die Stimmung der Wählenden mit sich bringt. Es sind Posten, die von Jedem nur auf Zeit ein-

genommen werden. Eine hierarchische Ordnung existirt überhaupt nicht." (S. 152.)

Also diese gesammte Verwaltung ist an sich ohne alle „herrschende Gewalt", namentlich hat die Zentralverwaltung der Provinzial-, Kommunal- und Lokalverwaltung nichts zu befehlen — denn „eine hierarchische Ordnung existirt überhaupt nicht" — sondern der einzige Souverän ist das Volk der „mündigen Kommunemitglieder", welches nach seinen „Stimmungen" die Glieder der „Verwaltung" ein- und absetzt.

Endlich bestimmt aber „die Gesammtheit" — soll selbstverständlich heißen die Mehrheit — der stimmberechtigten Gesellschaft endgültig auch die Länge der Arbeitszeit für Jeden und das Maß seines Genusses. „Der Wille ist ihr Himmelreich." (S. 162.)

Damit ist für jeden denkenden Menschen die physische Unmöglichkeit der Verwirklichung des kommunistischen Zukunftsstaates auf's Klarste dargethan. Denn bei so schrankenloser Willkür würde auch das kleinste Gemeinwesen nicht einen Tag lang bestehen können, geschweige denn eine die gesammte Menschheit der ganzen Erde umspannende Verbindung!

3.

Wie bereits bemerkt, versucht Herr Bebel seine urtheilslosen Leser durch eine wundervolle Schilderung der Herrlichkeiten des künftigen Kommunistenstaates über alle Unausführbarkeit, Unhaltbarkeit — und Fürchterlichkeit desselben hinwegzutäuschen. Die Anhänger der Marx'schen Lehre finden dabei die hundertmal gehörten Grundsätze und Schlagworte des rothen Dalai Lama hundertmal wiedergekaut vor, so daß es ihnen bei der Schilderung des Zukunftsstaates des Herrn Bebel ganz so zu Muthe sein könnte, als befänden sie sich in einer heutigen sozialistischen Volksversammlung, zumal da auch alle Schimpfereien auf den Kapitalismus, den elenden Staat, die verworfene bürgerliche Clique, die Ausbeuter u. s. w. reichlich angebracht sind. Aber so anheimelnd diese Redensarten und Luftschlösser des Zukunftsstaates die „zielbewußten" Leser Herrn Bebel's anmuthen mögen, schon auf fleißige, strebsame, denkende Arbeiter — im wahren Sinne des Wortes — muß seine phantastische Schilderung der Freuden des Zukunftsstaates sehr ernüchternd, ja abschreckend wirken. Denn, wie die Sozialdemokratie überhaupt, strebt diese Schilderung nur danach, die niedrigsten Triebe des Menschen, Neid, Haß und Gier zu entfesseln, einer schamlosen Sinnlichkeit, Genußsucht und Faulheit zu fröhnen.

Hochtrabend genug sind ja die Worte und Verheißungen, mit welchen dieses Phantasiebild entworfen wird. Die Vergewaltigung

der heutigen Gesellschaft durch das „Proletariat“, welche den gewaltsamen Uebergang zum Kommunistenstaate bildet, wird — abgesehen von einigen schief und halb verstandenen geschichtlichen Vorgängen, welche Herr Bebel anführt — einfach auf den Satz gegründet, daß das Gemeinwohl über Alles gehe, salus rei publicae suprema lex. Das Ziel der neuen Gesellschaft sei: „Jedem ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen“ (S. 149, 150). „Gleiche Arbeitspflicht Aller, ohne Unterschied des Geschlechts, ist das erste Grundgesetz der sozialistischen Gesellschaft. Ohne Arbeit kein Genuß, keine Arbeit ohne Genuß“ (S. 151). Jeder hat bei der Arbeit drei Ziele vor Augen: „Daß sie mäßig, kurz, nicht anstrengend, möglichst angenehm und abwechselnd und möglichst ergiebig sei, weil davon das Maß des Genusses abhängt“ (S. 152). Die neue Gesellschaft sucht Jedem „ein möglichst hohes Maß von Lebensannehmlichkeiten zu ermöglichen“ (S. 152) und erreicht dieses Ziel „spielend“ durch einen Vergleich der Bedarfsstatistik mit der vorhandenen Leistungsfähigkeit der Gesellschaft. Daraus ergiebt sich das Durchschnittsmaß für die tägliche Arbeit des Einzelnen (S. 153, 154), welche später (S. 162) auf höchstens drei Stunden, wahrscheinlich nur auf zwei Stunden veranschlagt wird.

Während so die neue Gesellschaft auf den Grundlagen der thunlichst größten Faulheit, Bequemlichkeit und Genußsucht festgeankert wird, spiegelt uns Herr Bebel vor, daß gleichwohl „der Ehrgeiz, zu erfinden, zu entdecken, im höchsten Grade angeregt, Einer den Andern an Vorschlägen und Ideen zu überbieten suchen“ (S. 154 bis 156) werde. Da diese „Erfindungen und Entdeckungen, Vorschläge und Ideen“ aber nur das banausische Ziel verfolgen, „auf Verbesserung, Vereinfachung, Beschleunigung des Arbeitsprozesses zu sinnen“, d. h. abermals der Bequemlichkeit und Faulheit dienen, ohne dem Erfinder und Entdecker einen größeren Lohn einzutragen, als eine jedenfalls sehr bescheidene Verkürzung des Normalarbeitstages der Gesammtheit und im günstigsten Falle eine sehr mäßige Steigerung der Genußmittel der gesammten Menschheit — denn jedes Privateigenthum ist ja abgeschafft —, so wird sich Jeder wohl hüten, seinen Kopf anzustrengen und seine freie Zeit für solche Hirngespinnste hinzugeben. Denn eine solche Hingebung gilt in der neuen Gesellschaft für die größte Dummheit. „Will er freiwillig für einen Andern“ — also vollends für Millionen Andere — „arbeiten, damit dieser dem dolce far niente obliegen und sich mit ihm in seinen Arbeitsertrag theilen kann, wenn er ein solcher Dummkopf sein will, nur zu!“ sagt Herr Bebel selbst S. 163. Die gesammte Thätigkeit der kommunistischen Gesellschaft würde also eine verhängnißvolle Aehnlichkeit zeigen mit jenen verwahrlosten Aeckern, welche in der Schweiz noch heutzutage Gemeindegut und nur zeitweilig

im Besitze des Einzelnen sind. Alle seit Jahrzehnten in den Nachbaräckern überflüssigen Steine werden darauf abgeladen, und der zeitweilige Nutznießer ergiebt sich drein und müßte sich allgemein als „Dummkopf" schelten lassen, wenn er dem traurigen Land seinen Mist zuführen und es seinem unbekannten Nachfolger in besserem Zustande hinterlassen wollte, als er selbst es überkommen hat.

Alles das hindert Herrn Bebel nicht, der Vorspiegelung von dem wunderbaren Ehrgeiz der Entdecker und Erfinder in seinem Zukunftsstaate ebenso wunderbare Geschichten von dessen Verfassung und Annehmlichkeiten hinzuzufügen.

Dazu gehört die bereits erwähnte „vollkommenste Ausschmückung" aller Arbeitsräume in Stadt und Dorf (S. 156, 177). Dann die Wiederkäuung einiger unbewiesener und in aller Ewigkeit beweisloser Sätze des rothen Dalai Lama Karl Marx: „Die neue Gesellschaft ermöglicht gleichzeitig eine Verminderung der Arbeitszeit und eine Erhöhung am Genuß." (S. 159.) „Die Menschen werden nicht mehr zu Maschinen" (S. 160), während doch die ungeheure Vervielfältigung des maschinellen Betriebes im Zukunftsstaate (S. 156) und „die detaillirteste Arbeitstheilung" (S. 158) den physischen Arbeiter dieses Nebelstaates mehr als irgendwo in der heutigen Welt zur Maschine entwürdigen wird.

„Kein Gegensatz mehr zwischen Kopf- und Handarbeit!" fährt Herr Bebel S. 161 triumphirend fort. Das ist nun vollkommen wahr, da das allgemeine, von Herrn Bebel angeführte Banausenthum, welches im Zukunftsstaate zur Herrschaft gelangen soll, die geistige Arbeit der rohesten Tagelöhnerarbeit gleichgestellt und keinen höheren Lohn oder „Genuß" für jene zu vergeben hat, als für diese, obwohl jene viele Jahre angestrengter Vorarbeit und Vorbildung und eine ganz andere Ausgabe an Gehirnsubstanz erfordert als die Muskelarbeit zweier kräftiger Arme.

„Keine Krisen und keine Arbeitslosigkeit mehr!" versichert Herr Bebel auf derselben Seite weiter. Hierfür findet er aber keinen Glauben bei uns! Denn nach der früher dargelegten Verfassung seines Staates muß jede Volksabstimmung, welche die Arbeitszeit verkürzt oder höheren Genuß verlangt, Millionen sofort dem Hungertode preisgeben. Und der Trost, daß es keine „Arbeitslosigkeit" mehr giebt, d. h. daß nach einer solchen Volksabstimmung auch der Hungernde ohne Sättigung zur Arbeit gezwungen ist, erscheint doch ungemein dürftig.

„Kein Gegensatz von Konsumtions- und Kauffähigkeit mehr! Die Grenze der Konsumtionsfähigkeit bildet nur die Produktionsfähigkeit und die Gesättigtheit (!) der Gesellschaft", weissagt Herr Bebel S. 162 weiter. Die kühne Behauptung steht auf denselben schwachen Füßen wie die vorige. Denn sowie die Leistung der ge-

sammten kommunistischen Gesellschaft hinter ihren Bedürfnissen zurückbleibt — und das würde bei dem von Herrn Bebel so nachdrücklich betonten Recht auf Tagedieberei und Bequemlichkeit die Regel, nicht etwa blos die Ausnahme bilden —, dann tritt jedesmal an die Stelle der schönen „Gesättigtheit" der Hunger, die Verzweiflung, das allgemeine Verderben.

Nun folgt die bereits mehrfach erwähnte Darstellung des inneren und äußeren Verkehrs im Zukunftsstaate.

Es giebt kein Geld mehr. Wir stehen ganz auf dem Boden von Karl Marx. Die Gesellschaft produzirt nur Bedürfnißgegenstände, Gebrauchswerthe. Es giebt keine Waaren mehr, denn die Gesellschaft strebt nicht nach dem Verdienen.

„Die Arbeitszeit bildet den Maßstab des gesellschaftlichen Gebrauchswerthes." (S. 162.) Die Arbeitszeit — wir betonen das sehr nachdrücklich — die Arbeitszeit, nicht die Arbeitsleistung. Das heißt: Jeder wird entlohnt nur nach dem Maße der Zeit, welche er arbeitet, nicht nach dem Maße oder vollends nach der Art seines Schaffens. Mit anderen Worten: Der Fleißige, Begabte, Geschickte kann, auch wenn er das Zehnfache in derselben Arbeitszeit leistet, doch nie mehr Lohn erhalten als der Faule, der Ungeschickte, der Stümper. Das ergiebt sich nicht blos mit logischer Nothwendigkeit aus dem soeben angeführten Satze des Herrn Bebel, sondern dieser bestätigt es uns auf der nächsten Seite (163) noch ausdrücklich. „Und wo bleibt der Unterschied zwischen Faulen und Fleißigen? Intelligenten und Dummen? höre ich fragen" schreibt er da. „Einen Unterschied giebt's nicht, weil" — man lache nur recht herzhaft — „das, was wir unter diesen Begriffen verstehen, nicht mehr existirt. Und warum „existirt das nicht mehr?" Mit welchem Kunststück bringt der Kommunistenstaat es fertig, die Menschen alle gleich fleißig, geschickt, begabt zu machen, die Faulheit mit einem Schlage aus der Welt zu schaffen? Wissentlich unwahrer und leichtfertiger ist nie eine Vorspiegelung durch Scheingründe vorzutäuschen versucht worden! Faule giebt es nämlich nach Herrn Bebel schon heute in Wahrheit gar nicht, sondern „die heutige Gesellschaft nennt ‚Faullenzer' nur den, der wider Willen außer Arbeit geworfen, zum Vagabondiren gezwungen, schließlich Vagabond wird, oder, unter schlechter Erziehung aufgewachsen, verwahrlost." (S. 163.) Wer den Bummlern aller Länder das Tugendzeugniß ausstellt, daß sie gewaltsam gehindert würden, ihren Fleiß leuchten zu lassen, mit einem Manne von solcher Wahrheitsliebe kann nicht gestritten werden.

Außerdem aber gleicht auch, nach Herrn Bebel's Versicherung, „die ganze moralische Atmosphäre der (Kommunisten-)Gesellschaft, die Jeden anregt, es dem Andern zuvorzuthun, die Unterschiede in

der Leistung der Einzelnen aus." (S. 164.) Das würde sich allerdings vollständig erfüllen — nur im gerade entgegengesetzten Sinne, als Herr Bebel es meint! Denn die „moralische Atmosphäre der (Kommunisten=)Gesellschaft" würde wohl die größte Aehnlichkeit mit der Atmosphäre über einem faulen Sumpfe haben. Herr Bebel selbst erklärte ja S. 163 die Arbeit zu Gunsten Anderer für eine „Dummheit", das Faullenzen auf Kosten Anderer mithin für einen Beweis von Schlauheit und Begabung. Diese Anschauung Herrn Bebel's bildet unzweifelhaft die „moralische Atmosphäre" des ganzen Zukunftsstaates. Er erhebt sich zur Ethik des Faulthiers. Die „Gesellschaft wird Jeden anregen, es dem Andern zuvorzuthun" — nämlich in der Tagedieberei und im größten Unfleiß während der kurzen Arbeitszeit — in dieser Beziehung werden allerdings „alle Unterschiede der Leistungen" der Einzelnen „ausgeglichen sein," d. h. es wird von Allen gleich wenig geleistet werden!

Sollte aber Einer dann sich der „Dummheit" schuldig machen, fleißiger oder länger zu arbeiten, als die Uebrigen, oder vermöge seiner natürlichen Begabung Besseres als sie, geistig Höheres schaffen als sie mit ihren zwei Armen — dann kann er nicht etwa mehr Entgelt verlangen als die Uebrigen. Denn die Gesellschaft hat für die zweistündige Arbeitszeit nur einen Tagesbon zu vergeben. Niemand kann deren zwei an einem Tage erwerben. Denn das würde ja die schwarze Reaktion der heutigen Gesellschaftsordnung, die Bildung heimlicher Ersparnisse, verruchten Privatkapitals heraufbeschwören! Und ebenso wenig hat höhere Begabung, genialer Schaffensdrang und Schaffenserfolg irgend einen Anspruch, besser gelohnt zu werden, als der rohe Kraftmensch, welcher zwei Stunden lang mit zwei Armen scharwerkt. Denn die Gaben der Natur sind „nicht sein (des Begabten) persönliches Verdienst. Und was immer einer ist — selbst ein Goethe — das hat die Gesellschaft aus ihm gemacht," sagt Herr Bebel S. 164. Und die Banausen der Zukunft würden diesen Ausspruch ihres Staatsgründers gewiß als ein Evangelium hochhalten, und demgemäß die Streber, welche mehr arbeiten, mehr leisten, und gescheiter sein wollen als die Uebrigen, wahrscheinlich nicht blos der „Dummheit", sondern des Hochverraths an der auf Faulheit und Genuß beruhenden Grundlage des Kommunistenstaates anklagen, und demgemäß mit ihnen kurz und erbaulich verfahren. Denn der Zukunftsstaat wird neben dem Evangeisten Herrn Bebel gewiß auch die rothen Patriarchen der Schreckenszeit von 1793 und des Kommuneaufstandes von 1871 mit einem Heiligenschein umgeben, und demgemäß in die zukünftigen Grundrechte einen Paragraphen etwa des Inhaltes aufnehmen: „Die Todesstrafe ist abgeschafft, die Guillotine wird als Vertheidigungsmittel beibehalten."

Was wollte auch ein so arbeitslustiger oder genial schaffensfreudiger „Dummkopf“ mit den Papier- oder Blech-Bons (S. 163), welche er etwa wirklich mehr als Andere für seine längere Arbeitszeit sich erschwingen könnte, im Zukunfsstaat anfangen? Ihm selbst wird für einen dieser Bons nach Herrn Bebel, ja schon „die Sättigung“ gewährt und mehr kann sich Niemand, wie der Berliner sagt, „dafor koofen“. Denn jedes Privateigenthum ist ja abgeschafft. Niemand kann Eigenthum an Grund und Boden, Arbeitsmitteln und Werkzeugen, also z. B. auch nur an Büchern erwerben, wenn er überhaupt die Neigung hätte, dann noch Bücher zu kaufen, da diese erst erscheinen dürfen, nachdem die höchst „unparteiischen Sachverständigen“ des Zukunftsstaates, mit der vollkommenen Objektivität von Unwissenden (S. 178) darüber ihre Censur ausgeübt haben, ob diese Bücher überhaupt gedruckt werden sollen. (S. 187.) Alle sind dann gleich unwissend, denn jede fachmännische Ausbildung des Einzelnen, selbst im Handwerk (S. 160), geschweige denn in wissenschaftlichen, gelehrten und künstlerischen Berufen, ist abgeschafft (S. 160—161). Der Zukunftsstaat duldet nur die Idealbilduug des Herrn Bebel, welche Jedem gestattet, sich gleichzeitig für einen Arbeiter, Handwerker, Gelehrten, Künstler zu halten, in Wirklichkeit aber nur Stümper und Dilettant zu sein. (S. 166, 178, 185). Derjenige nun, der in diesem seligen Zukunftsstaate etwa hoffen möchte, durch seinen Fleiß, seine Begabung, seine Genialität, seine schöpferische Erfindungs- oder Entdeckungskraft den Seinen eine ansehnliche Menge von Bons als Anweisungen auf „die Bedürfnißgegenstände der verschiedensten Art“ (S. 163) zu hinterlassen, würde abermals gegen eine der heiligsten Grundlagen des Zukunftsstaates verstoßen: denn auch alles Erbrecht ist abgeschafft. (S. 194).

Angeblich sind auch die Verbrechen, und demgemäß auch die Gefängnisse, die Rechtspflege, Richter und Anwälte im Zukunftsstaate abgeschafft (S. 179—181). Warum? — das erörtert Herr Bebel nur in einigen höchst oberflächlichen und keineswegs überzeugenden Redensarten. „Die Diebe haben aufgehört, weil jeder in der neuen Gesellschaft seine Bedürfnisse leicht und bequem durch ehrliche Arbeit befriedigen kann“ (S. 179). Das Eigenthümliche der Herren Diebe besteht ja aber gerade in der Abneigung gegen jede ehrliche Arbeit. Und die Ausübung dieser Abneigung mit langen Fingern sichert ihnen in den angeblich so reichen Depots und „Bazars“ des Zukunftsstaates sogar etwas, das allen ehrlichen Arbeitern dieses Gemeinwesens abgeht, Privateigenthum!

„Mord, weshalb?“ fragt Herr Bebel weiter, „es kann Keiner am Andern sich bereichern.“ Als ob der Mord und der noch viel häufigere Todtschlag nur aus dem Beweggrund der Beraubung verübt würde? Die große Mehrzahl dieser schweren Verbrechen hat

andere Beweggründe: Eifersucht, persönliche Feindschaft, verletzten Ehrgeiz und dergleichen. Und die Menschennatur wird auch im Zukunftsstaate unabänderlich dieselbe bleiben, eher wesentlich verschlechtert werden durch die Miasmen der scheußlichen „moralischen Atmosphäre", welche über dem Ganzen lagert.

„Meineide?" fragt Herr Bebel weiter, „das Privateigenthum fehlt, dieses Verbrechen hat also keinen Boden." Wird denn der Meineid nur um Mein und Dein geschworen? Weit öfter wird dieses Verbrechen begangen aus Liebe und Haß, um Schuldlose in's Verderben zu stürzen, um Schuldige durch eine wahrheitswidrige günstige Aussage zu retten. Das Parteiblatt der deutschen Sozialdemokratie erklärte ja selbst den Meineid für erlaubt, wenn es gilt, einen „Genossen" der wohlverdienten Strafe zu entziehen. (Amtliches Blatt „Der Sozialdemokrat" am 25. Januar 1880.) Viel einfacher hätte sich Herr Bebel damit ausreden können, daß ein Meineid im Zukunftsstaate nicht mehr geschworen werden könne, weil der liebe Gott abgeschafft sei. Aber vielleicht müssen dann diese glücklichen Bürger bei Herrn Liebknecht oder Bebel schwören, oder beim Hutmacher Heine oder beim Gärtner Bock oder bei anderen Heiligthümern der zukünftigen sogenannten gesunden Vernunft.

Geflissentlich zählt Herr Bebel zum Beweise der Behauptung, daß im Zukunftsstaate alle Verbrechen „naturgemäß" wegfallen, nur solche auf, welche direkt „Eigenthumsvergehen" sind oder aus Gewinnsucht verübt werden können (Mord, Meineid, Betrug, Urkundenfälschung, Münzfälschung, Brandstiftung u. s. w.). Aber er hütet sich wohl, zu verrathen, ob denn nicht auch Vergehen und Verbrechen gegen die Verfassung und „Ordnung" des Zukunftsstaates denkbar sind und was die neue „Gesellschaft" mit solchen „Verbrechern" anfangen würde? Die Antwort, welche Herr Bebel für sich behält, giebt uns sehr deutlich das Jahr 1793 und die Jubelwoche der Pariser Kommune im Jahre 1871. Da waren die Gesinnungsgenossen und Herzensfreunde unserer Kommunisten am Ruder und haben die herrlichsten Beweise ihrer Duldsamkeit gegeben: durch grundsätzliche Abschlachtung aller politischen Gegner. Diese Scheusale werden noch heute von Herrn Bebel und Genossen als die edelsten Menschen gepriesen. Herr Bebel und seine Genossen würden ihnen also sicherlich nachzueifern bestrebt sein.

Auch das finden wir sehr begreiflich, daß Herr Bebel sich sorgfältig darüber ausschweigt, warum denn die Sittlichkeitsverbrechen aus seinem Idealstaat verschwinden sollen? Oder ob etwa die Herren Lustmörder und Nothzüchter grundsätzlich mit Strafe verschont werden sollen, weil man sonst die stärkere Hälfte der neuen Gesellschaft ausrotten müßte? Denn soviel dürfte Herr Bebel aus der

Geschichte und Ethnographie wissen, daß die Gestattung der schrankenlosen Sinnlichkeit, welche er selbst in seinem Zukunftsstaat entfesseln will, keineswegs etwa die Sittlichkeitsverbrechen und widerlichsten Laster beseitigt, sondern diese im Gegentheil in raffinirtester Gestalt auf die Tagesordnung setzt. Es wäre doch manchem „Genossen", und namentlich mancher „Genossin", graulich geworden vor dem Zukunftsstaat, wenn Herr Bebel dieser Frage näher getreten wäre. Deshalb wird sie lieber ganz unerörtert gelassen!

Der letzte Grund aber, warum Herr Bebel Verbrechen, Gefängnisse, Staatsanwälte und Richter im Zukunftsstaate abschafft, hängt durchaus nicht zusammen mit der Veredelung der Menschennatur in diesem Gemeinwesen, überhaupt nicht mit der Zukunft, sondern ist nur ein demagogisches Kunststück schlimmster Sorte für die sozialdemokratische Agitation der Gegenwart. Wie Herr Bebel zuvor die Faulen und Dummen und die große Masse aller durch eigene Schuld Unzufriedenen für seine Partei einzufangen versucht hat durch die Weissagung, daß der Faule und Dumme im Zukunftsstaate derselben Genußfülle theilhaftig werde als der Fleißige und Begabte, so sucht er hier auch die Schlechten, die Ruchlosen, die Verbrecher und solche, die es werden wollen, für die große gewaltsame Umwälzung der Herren Bebel und Genossen zu gewinnen durch den Freibrief, welchen der Zukunftsstaat allen Missethätern zusichert. Jede Gassenrevolution hat ja freilich damit begonnen, die Zuchthäuser zu öffnen, mit deren Insassen sich zu verbrüdern und ihnen Mordwaffen in die Hand zu drücken.

Das wird also ein schönes Leben im Zukunftsstaate! Noch schöner dadurch, daß Herr Bebel Denen, die täglich zwei Stunden arbeiten, sein Wort verpfändet, daß sie arbeiten können, was sie wollen. Dieses Versprechen soll freilich eine ganz andere Klasse von Arbeitern anlocken, als die Weissagung der Straflosigkeit für alle Verbrechen. Er wendet sich nun zur Abwechslung an die Einsichtigsten und Besten unter den „Genossen". Diese sind nur durch das Reizmittel der Freiheit der Arbeitswahl für den Zukunftsstaat zu gewinnen. Deshalb wird diese Freiheit von Herrn Bebel an zahlreichen Stellen mit großen Worten zugesichert. Aber immer liegt der Knüppel dicht beim Hunde und zeigt uns, daß diese angeblich freie Wahl der Arbeit im Zukunftsstaate eitle Flunkerei ist.

„Der Einzelne entscheidet selbst, in welcher Thätigkeit er sich beschäftigen*) will," ruft Herr Bebel dreist auf S. 154. Aber der nächste Satz schon hebt diese Wahlfreiheit wieder auf. Denn da heißt es: „Stellt sich auf dem einen Gebiete ein Ueberschuß, auf

*) Selbst das Wort „arbeiten" dünkt Herrn Bebel manchmal zu hart — oder zu unwahr für die „Arbeit" des Zukunftsstaates.

dem anderen ein Mangel an Kräften heraus, so hat die Verwaltung die Arrangements zu treffen und einen Ausgleich herbeizuführen." Nicht minder beseitigt die von Herrn Bebel geweissagte „detaillirteste Arbeitstheilung" (S. 158), der S. 157 zugesicherte häufige „Wechsel aller Kräfte" in den Fabriken und die S. 158 in's Auge gefaßte „geschickte Kombination aller Arbeitskräfte" jede Freiheit der Arbeitswahl, und läßt dem Zukunftsbürger nur übrig die Freiheit des — Zuchthauses. Aber auch diese nur mit dem Unterschiede gegen heute, daß dann die ganze Welt ein Zuchthaus sein wird, und daß die ganze Menschheit darin steckt!

Das kann ja auch gar nicht anders sein! Denn da die „Verwaltung" oder meinethalben die „Gesellschaft" allein zu bestimmen hat, wie viel von jedem Stoffe, von jedem Lebensbedürfniß oder Genußmittel hergestellt werden soll, so kann auch sie allein bestimmen, wie viel und welche Arbeiter dazu gezwungen werden, diese Herstellung zu bewirken. Schließlich aber gesteht Herr Bebel mit kleontischem Grinsen ganz offen ein, daß mindestens das „stehende Gelehrtenthum" — wahrscheinlich zur Strafe für dessen „Afterwissenschaft, Gehirnvergiftung, kulturfeindliche Arbeit, geistige Lohnarbeit im Dienste der Bourgeoisie und ihrer Clienten" — im Zukunftsstaate dazu verdammt sein werde, täglich grobe Handarbeit zu verrichten. (S. 161, 166, 191.)

Sehr unangenehm freilich ist Herrn Bebel dieses Geständniß der Zwangswahl der Arbeit im Zukunftsstaate bei einer anderen Frage, welche die Herren Volksverführer immer so lange von der Hand weisen, als das irgend angeht, nämlich bei der Frage: wer im Zukunftsstaate die unangenehmen, widerlichen und gefährlichen Arbeiten verrichten werde?

Zu Anfang der Schilderung seines Zukunftsstaates, nachdem Herr Bebel soeben erst dem Leser von all den Herrlichkeiten gesprochen hat, welche angeblich dort zu finden sind: von den reichgeschmückten Arbeitssälen, von der immer zunehmenden „Verannehmlichung" der Arbeit und von der Jedem überlassenen angeblich freien Auswahl der Arbeit, da darf natürlich das Letzte noch nicht gesagt werden, da der Leser alle diese Vorspiegelungen noch in frischer Erinnerung hat. Da hilft sich Herr Bebel bei der ersten Erörterung dieser Frage mit der Flunkerei: „Sicher wird Niemand gezwungen, bei einem gefährlichen Spiele mitzuthun. Wo Unternehmungen in's Werk gesetzt werden, bei denen Gefahren in Aussicht stehen, wird es Freiwillige in Menge geben." (S. 158). Nur wenige Seiten später (165) wird aber schon die Möglichkeit zugegeben, daß „sich die nöthigen freiwilligen Kräfte nicht finden", und daß auch die von Herrn Bebel zu besonderen Effekten seiner Zauberposse sonst jeder Zeit aus der Versenkung heraufgeholte Chemie,

Physik, und Elektricität am Ende auch im Zukunftsstaat das Grubenräumen, Leichenwaschen und die Krankenwacht in Pestspitälern nicht besorgen werde! Und was geschieht nun, wenn die „Freiwilligen in Menge“ ausbleiben und auch das schöne salpetersaure Strontian-Rothfeuer der Chemie nicht brennen will? — Da wird Herr Bebel ganz kleinlaut — da muß er gestehen: „Können unangenehme, widerliche Arbeiten nicht auf mechanischem, resp. chemischem Wege verrichtet und durch irgend welchen Prozeß in angenehme Arbeit verwandelt werden“ — z. B. durch Orchesterbegleitung beim Dungfahren — „dann tritt die Verpflichtung ein, die Jeden nöthigt, sobald die Reihe an ihn kommt, seine Leistung zu vollziehen.“

Aha! Da haben wir's also! Die ganze Flunkerei von der angeblichen Freiheit der Arbeitswahl im Zukunftsstaate ist also nur eine wissentlich unwahre Vorspiegelung, welche bezweckt, die besseren, selbstbewußten Kreise des Arbeiterstandes für die Partei dieses Kommunistenstaates einzufangen! In Wahrheit aber liegt die Sache in diesem Idealstaat Herrn Bebel's viel schlimmer als in der heutigen Gesellschaftsordnung. Denn heutzutage finden sich auch für widerliche, gefährliche, ungewöhnlich anstrengende Arbeit „Freiwillige in Menge“ — für höheren Lohn. Aber den kann und will der Zukunftsstaat nicht gewähren. Oder die christliche Bruder- und Menschenliebe, die Himmelsgewalt des Beispiels unseres Herrn und Heilandes dringt in unsere Herzen mit seinem Wort: „Folget mir nach!“ und rüstet ungezählte Schaaren barmherziger Brüder und Schwestern zu Pflegern an Krankenbetten, ohne Lohn, zum Kampf mit dem Tode, auch wenn dieser das eigene Leben hundertfach bedroht! Von diesen Liebeswerken, von dem heiligen Drange zur Nachfolge Christi, hat Herrn Bebel's Zukunftsstaat natürlich nichts mehr aufzuweisen. Denn der liebe Gott ist abgeschafft, die Religion ist Privatsache, Jeder sinnt nur auf Genuß und kurze, leichte Arbeit. Zu gefährlicher, widerlicher, anstrengender Arbeit muß dann also Jeder reihum gezwungen werden — wenn er sich etwa dann nicht auch darum herumdrückt, da er ja im Zukunftsstaate so vortrefflich „gesättigt“ wird, daß er wohl heute auch mal einen Tag fasten und morgen Anderen die unangenehme Arbeit überlassen kann!

Gewiß ein herrlicher Staat, nach allen Seiten hin, dieser Zukunftsstaat des Herrn Bebel! Und doch sind wir bei unserer Schilderung dieser Herrlichkeit schrittweise lediglich den Worten seines Propheten gefolgt, welcher mit allen Künsten eines von armen bethörten Arbeitern bezahlten Volksaufwieglers die thierischen Triebe der Massen zu Haß, Neid und Begehrlichkeit aufstachelt, ihnen glänzende Luftschlösser vormalt, vor keiner Unwahrheit und vor keinem Widerspruche zurückschreckt, bald die

„Revolutionszentren" der großen Städte, bald die fromme Einfalt vom Lande umschmeichelt, bald den Fleißigen und Ernsthaften, bald den Faulen und Dummen, endlich auch dem Verworfenen und Verbrecher in seinem Schlaraffenland Glückseligkeit, mindestens Straflosigkeit verheißt. Und dennoch haben wir an seinen eigenen Worten nachgewiesen, daß nicht ein einziger von all' diesen Bethörten in dem kommunistischen Zukunftsstaate seine Rechnung, sein Heil und Glück finden würde.

Aber nun werfen wir mal dieses Lügenbuch ganz bei Seite und fordern den deutschen Arbeiter auf, seine gegenwärtige Lage mit derjenigen zu vergleichen, welche ihm in dem wirklichen, nicht in dem blos vorgespiegelten Zukunftsstaate des Herrn Bebel winken würde!

Die Arbeit, unter welcher unser Arbeiter heute manchmal seufzen mag, wird ihm auch im Zukunftsstaate nicht abgenommen. Denn Jeder muß dort arbeiten, auch alle Frauen und Mädchen. Die Arbeit mag dort vielleicht kürzer sein als heute — bewiesen ist das noch lange nicht, von Herrn Bebel nur leichtfertig behauptet. Sicher aber ist, daß der Arbeiter im Zukunftsstaate nicht mehr, wie heute, arbeiten kann, wann, wie lange und was er will, sondern daß er arbeiten muß, wann, so lange und was ihm befohlen wird. Heute kann der Arbeiter ferner mit seinem Lohn anfangen, was er will. Er kann sich dafür anschaffen, was ihm beliebt, sich irgend einen Genuß bereiten, nach welchem er verlangt, und was er nicht verbraucht, das kann er sparen, zurücklegen für sich oder die Seinen. Alles das ist im Zukunftsstaate ausgeschlossen. Durch seine Arbeit kann sich in diesem glücklichen Staate ein Jeder nur erwerben seinen „menschenwürdigen" Lebensunterhalt. Und was dann „menschenwürdig" heißt, bestimmt allein der Staat selbst, nicht der Einzelne. Ein Jeder darf nur soviel für sich verbrauchen, daß alle Anderen, die Faulen, Dummen, und vor Allem auch die nicht „arbeitenden" Leiter der neuen „Gesellschaft", ebensoviel an allen Genüssen haben, wie der fleißige, redliche Arbeiter. Alle Lebensbedürfnisse und Genüsse werden daher dem Arbeiter von oben her zugemessen. Er darf nur das und soviel essen, trinken und rauchen, nur so viele und nur solche Kleider und Wäsche tragen, als ihm erlaubt, zugemessen und verstattet wird. Auf andere Genüsse darf er sich überhaupt keine Rechnung machen, da die allgemeine Faulheit, welche auf eine stetige Verminderung der Arbeitszeit und möglichst geringe und schlechte Arbeit hindrängt, im günstigsten Falle nur die nothdürftigsten Ansprüche des Lebens befriedigen kann. Der Fleißige muß in jenem glückseligen Staate eben hundert Faullenzer und unbestrafte Verbrecher mit

durchschleppen. So sehr er sich aber auch anstrengt, er darf nie hoffen, etwas zurückzulegen oder den Seinigen zu hinterlassen, denn das Privateigenthum und das Erbrecht ist abgeschafft. Nur seine Kleider, seine Leibwäsche, das Geräth, aus dem er ißt, besitzt er, so lange er lebt, nicht mal einen Hund oder Vogel, kein Buch, kein Werkzeug, kein Musikinstrument, kein Gärtchen, keinen Obstbaum, keinen Blumentopf. Denn Alles gehört der „Gesellschaft".

Ich denke mir, Tausende von kräftigen Arbeiterfäusten ballen sich und schlagen dröhnend auf den Tisch, wenn deutsche Arbeiter das lesen, und Tausende erheben ihre Stimme tief oder gellend zu dem Rufe: „Hat die ganze Welt, so lange sie besteht, in den Werken und Thaten eines wahnwitzigen Herrschers jemals eine so schmähliche Tyrannei und Sklaverei gesehen, als in diesem Gebilde der künftigen Kommunistengesellschaft, welche uns obendrein als der Gipfel unserer Glückseligkeit gepriesen wird?"

Gewiß nicht, lieber Freund! Eine so schamlose Sklaverei, wie diese, welche mit den letzten menschlichen Freiheiten auf's Brutalste aufräumt, hat die Erde noch nicht gesehen! Diese infame, unerträgliche Tyrannei auszudenken — glücklicherweise noch nicht zu verwirklichen! — blieb den sogenannten „Arbeiterfreunden", Karl Marx, den Herren Bebel und Konsorten vorbehalten! Und damit Du ihnen blindlings und willenlos zu diesem Ziele folgst, reißen Dir diese „Genossen" die Vaterlandsliebe, die Religion, den gesetzlichen Sinn, die Zufriedenheit, die Zucht und Ehrlichkeit aus dem Herzen!

Und noch schlimmer, womöglich, ist, was sie mit dem Theuersten vorhaben, das Du Dir errungen hast, mit Deiner Familie, Deinem Heim, Deiner Frau, Deinen Kindern!

---

2. Liebe, Ehe, Familie, Kindererziehung im Zukunftsstaate.

1.

Auch bei Darstellung dieser Ziele unserer Sozialdemokratie folgen wir mit dem oben (S. 181 flg.) dargelegten Rechte dem Buche des Herrn Bebel „Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft" (welches sich also neuestens „Die Frau und der Sozialismus" betitelt). Und zwar sehen wir uns zunächst an, was Herr Bebel von der Liebe und Ehe im Zukunftsstaate zu sagen weiß.

Er betrachtet den Menschen überhaupt nur als die höchste Thiergattung (S. 59), freilich als ein denkendes Thier (S. 110),

und erklärt daher — von diesem thierischen Standpunkt aus —, daß jeder Trieb des Menschen, insbesondere der Geschlechtstrieb, das Recht habe, Befriedigung zu fordern. Er nennt die Befriedigung des Geschlechtstriebes sogar eine der wichtigsten Pflichten (S. 21). Daß der Mensch seine Triebe beherrschen soll und kann, wenn er sein Denken — auch nur als Thiermensch! — zu Rathe zieht, und sein Gewissen befragt, von welchem Herr Bebel freilich niemals spricht, das scheint dieser Herr nicht zu wissen. Denn er behauptet (S. 36 flg., 76, 212), daß die geschlechtliche Enthaltsamkeit der Gesundheit nachtheilig sei, allerdings nur bei Frauen (S. 39). Aber er muß doch auch zugestehen, daß die verheerenden Wirkungen geschlechtlicher Krankheiten (S. 82) so entsetzlich sind, daß auch die Leser, welche ihm unbedingt Glauben schenken, sich klar werden müssen darüber, daß die angeblich gesundheitsschädlichen Folgen der Enthaltsamkeit bei weitem geringer sind, als die Wirkungen schrankenloser Sinnlichkeit, welche sich nicht blos unmittelbar auf die Betheiligten, sondern auch auf deren arme schuldlose Kinder und Enkel übertragen.

Durch solche Widersprüche fühlt sich Herr Bebel nicht behindert, seinem Ideal der „freien Liebe“ zuzusteuern. Die Beweisführung für die sogenannten Grundwahrheiten ihrer Partei ist freilich überall die schwächste Seite unserer Sozialdemokraten. Trotzdem leiden sie darunter weniger, als jede andere Partei leiden würde, weil sie sich nur an die urtheilslose, ungebildete Masse wenden. Herr Bebel macht sich deshalb auch die Beweisführung für die Nothwendigkeit seiner „freien Liebe“ leicht, indem er nur zwei Gründe dafür hervorholt: zunächst die — vorstehend bereits abgethane — Unwiderstehlichkeit des thierischen Geschlechtstriebes, und zweitens, mit besonderem demagogischem Behagen, die jetzigen sozialen Verhältnisse, welche Tausende an der Eheschließung hindern. Er scheut sich nicht, daraus (S. 77 flg.) den Schluß zu ziehen: „Die Prostitution wird zu einer nothwendigen sozialen Institution, ganz wie Polizei, stehendes Heer, Kirche, Unternehmerschaft u. s. w.“ —

Die Schamlosigkeit, die Prostitution für eine ebenso „nothwendige soziale Institution“ zu erklären, als die Kirche und das deutsche stehende Heer, die Hüter unseres Glaubens und unserer nationalen Wehrkraft und Unabhängigkeit es sind — diese Schamlosigkeit blieb einem deutschen Sozialdemokraten, Herrn Bebel, vorbehalten!

Aber stellen wir uns einmal auf den „thierischen“ Standpunkt des Herrn Bebel, und nehmen wir demgemäß mit ihm für wahr an, die Prostitution sei eine „nothwendige soziale Institution“ in der heutigen bürgerlichen Gesellschaft. Daraus würde man für Herrn Bebel's Zukunftsstaat logisch richtig doch nur folgern können: in

diesem Staate, wo die „sozialen Verhältnisse“ angeblich keinem Menschen mehr als Ehehinderniß im Wege sind, werde die Prostitution wegfallen und die Ehe im heutigen Sinne erhalten bleiben, ja unendlich veredelt werden. Aber weit gefehlt! Im Gegentheil, die Ehe in unserm heutigen Sinn wird abgeschafft und an deren Stelle tritt die unter dem Namen der „freien Liebe“ gefeierte und zur gesetzlich allein zulässigen „Institution“ beförderte Prostitution.

Denn nichts anderes ist die „freie Liebe“ und die auf diese gegründete „Ehe“ des Zukunftsstaates, als die schamloseste und allgemeinste Prostitution, „die reinste Karnickelwirthschaft“, wie Dr. Ferdinand Goetz, der Reichstagsabgeordnete für Leipzig-Land (von 1887—1890) treffend sagte.

Doch ehe wir das, an der Hand der Worte des Herrn Bebel selbst, beweisen, gehen wir kurz der Frage nach, wie es möglich ist, daß eine Partei, welche „die Menschenwürde“ als Hauptschlagwort im Munde führt; zu einer solchen Auffassung und Ordnung der heiligsten und innigsten Beziehungen zwischen Mann und Weib gelangen konnte.

Den Kenner der innersten Natur der Sozialdemokratie freilich kann dieses Ergebniß nicht überraschen. Denn die innere Verlogenheit und sittliche Unhaltbarkeit aller sogenannten Grundsätze der Partei behaftet mit tausendfachem Fluch ihre letzten Ziele und umnebelt ihre Sinne und Erkenntniß mit jener Verblendung, welche schon die frommen Griechen an die Schwelle des Verderbens der den Göttern Verhaßten setzten.

Ueberall, wo die Sozialdemokratie ernsthafte sittliche Aufgaben, mit scharfer Erkenntniß unleugbar bestehender Mißstände, zu lösen sucht, geräth sie auf ungangbare Abwege, an schauerliche Abgründe, welche Alle und Alles verderben und verschlingen. So in den Grundzügen ihrer Lehre, so in dem Aufbau ihres Zukunftsstaates, so auch in dem Unterfangen, Liebe und Ehe, Hauswesen, Familie, Kindererziehung auf neuen, sogenannten „vernunftgemäßen“ Grundlagen einzurichten.

Die Erkenntniß der in dieser Beziehung bestehenden unleugbaren Mißstände ist so klar und scharf vorhanden, als auf irgend einem anderen Gebiete, bei irgend einer andern Frage. Freilich mit demselben heillosen Bestreben, die Ausnahme zur Regel zu erweitern, zum allgemeinen Kainszeichen der heutigen bürgerlichen Gesellschaft zu stempeln. Nach Herrn Bebel (S. 36—77) ist die Ehe heute schon nur eine verschleierte Prostitution, die einzige noch geduldete „Leibeigenschaft“. Alle „herrschenden Stände“ heirathen nur um Geld oder aus anderen gemeinen Beweggründen. Ihre Ehen sind deshalb fast durchweg unglücklich und im innersten Grunde unsittlich, namentlich da die Ehescheidung durch die heutige Gesetz-

gebung so ungemein erschwert sei. Man sollte daraus fast folgern, daß die Ehe um so glücklicher und sittlicher sein müsse, je weniger Geld im Hause ist!

Bei den sozialistischen Papageien, welche nach diesem Lehrbuche des Meisters abgerichtet werden, nachdem ihnen die unbeholfene Zunge gelöst ist, steigert sich diese dreiste Verallgemeinerung vollends zum unerschütterlichen Dogma.

Ich kenne ein mir sehr nahestehendes deutsches Ehepaar, welches Gott in seiner Gnade sichtlich gesegnet hat. Mann und Frau kennen sich seit Jugendtagen, und „es hat auch sollen sein", daß ihre junge Liebe zur Ehe führte. Ihre eigene Kraft, ihr redlicher Fleiß hat ihnen eine schöne Häuslichkeit geschaffen. In treuester reinster Liebe vereinigt, hatten sie schon, im Kreise blühender Kinder, die silberne Hochzeit gefeiert, als der Mann das Unglück hatte, im Februar d. J. bei einer Nachwahl zum Reichstag, als nationalliberaler Kandidat, das Mißfallen der Herren Sozialdemokraten durch eine Bemerkung über die „freie Liebe" des kommunistischen Zukunftsstaates zu erregen. Sofort schrieb ein frecher sozialistischer Lümmel, ohne den Kandidaten und seine Familienverhältnisse auch nur zu kennen, allein auf die Autorität von Herrn Bebel's „Frau der Zukunft" hin, in ein sozialistisches Wahlflugblatt: „Solch einer Ehe, wie die ist, in welcher der Dr. X. lebt, müßte sich der deutsche Arbeiter schämen!"

Ich mache Herrn Bebel auch nicht einmal indirekt verantwortlich für solchen Schmutz, obwohl es nahe läge. Aber vollständig haftet er für die logischen und sittlichen Verirrungen, zu welchen er aus der Verallgemeinerung der von ihm geschilderten Zustände gelangt, und welche er in die unklare Einbildungskraft und in die dürftige Bildung seiner Leser und Hörer schleudert!

Am unbegreiflichsten und verwerflichsten aber muß erscheinen, daß Herr Bebel vollkommen anerkennt, die Ehe dürfe nicht blos auf Sinnlichkeit oder Geldbesitz gegründet werden, wenn sie ihren sittlichen Hauptzweck erfüllen solle, sondern auf Uebereinstimmung des Charakters und der Anschauungen, auf gegenseitige geistige Veredelung — und daß Herr Bebel trotzdem die „freie Liebe" und die „freie Ehe" als die beste Erfüllung dieses sittlich idealen Zustandes der Ehe preist!

Wir brauchen nur den eigenen Worten des kommunistischen Apostels zu folgen, um die unbeschreibliche Unsittlichkeit dieses Bebel'schen Liebes- und Eheideals klar zu legen. Damit wir nicht der Unvollständigkeit beschuldigt werden, tragen wir auch Alles vor, was Herr Bebel vorausschickt.

„Dieses Kapitel — ‚Die Frau in der Zukunft' — kann sehr kurz sein", sagt er S. 192, denn „es enthält einfach die Konsequenzen, die für die Stellung der Frau aus dem bis jetzt Gesagten hervor-

gehen und Jeder sich leicht ziehen kann. Die Frau ist in der neuen Gesellschaft vollkommen unabhängig, keinem Schein von Herrschaft und Ausbeutung mehr unterworfen, sie steht dem Manne gegenüber als Freie, Gleiche. Ihre Erziehung ist gleich jener des Mannes, ausgenommen wo die Geschlechtsverschiedenheit eine Abweichung und eigenartige Entwickelung unumgänglich macht, sie kann physisch und geistig unter naturgemäßen Lebensbedingungen alle ihre Kräfte und Fähigkeiten entwickeln; sie kann für ihre Thätigkeit diejenigen Gebiete wählen, die ihren Wünschen, Neigungen und Anlagen entsprechen. Hier ist sie genau unter denselben Bedingungen wie der Mann thätig. Eben noch praktische Arbeiterin in irgend einem Gewerbe, ist sie in der nächsten Stunde Erzieherin, Lehrerin, Pflegerin, übt sie einen dritten Theil des Tages irgend eine Kunst oder Wissenschaft, oder versieht in einem vierten Theil irgend eine verwaltende Funktion." Wir unterbrechen nicht gerne, aber bei dieser mannigfaltigen Thätigkeit der Zukunftsfrau an einem Tage, hat Herr Bebel offenbar vergessen, daß der Normalarbeitstag im Zukunftsstaate nur zwei Stunden beträgt. Er fährt fort: „Sie genießt Vergnügungen, Unterhaltungen mit ihres Gleichen oder mit Männern, ganz wie es ihr beliebt, die Gelegenheit bietet."

„In der Liebeswahl ist sie frei so gut wie der Mann; sie freit oder läßt sich freien und schließt den Bund aus keiner anderen Rücksicht, als auf ihre Neigung. Dieser Bund ist wie in der Urzeit ein Privatvertrag ohne Dazwischentreten eines Funktionärs, aber er unterscheidet sich von jenem der Urzeit dadurch, daß die Frau nicht durch Kauf oder Geschenk in die Hände eines Mannes gelangt, dessen Sklavin sie wurde, der sie nach Belieben verstoßen konnte."

„Der Mensch soll in der Lage sein, über seinen stärksten Trieb ebenso frei verfügen zu können, als über jeden andern Naturtrieb. Die Befriedigung des Geschlechtstriebes ist genau ebenso jedes Einzelnen persönliche Sache, wie die Befriedigung jedes anderen Naturtriebes*). Es hat Niemand darüber Rechenschaft abzugeben" — weil Herr Bebel dem Gewissen Schweigen gebietet. „Ein Unberufener hat sich da nicht einzumischen" — zu diesen Unberufenen müssen wir, bei der Erschütterung und Auflösung aller Familienverhältnisse und aller menschlichen und göttlichen Autorität und Zucht im Zukunftsstaate, namentlich auch rechnen die Eltern und die Familie des Zukunftsweibes. Dafür weissagt ihr Herr Bebel aber: „Einsicht, Bildung, Unabhängigkeit werden die rechte Wahl erleichtern und leiten. Stellt sich Unverträglichkeit, Enttäuschung, Abneigung heraus (S. 193), so gebietet die Moral, das unnatürlich und darum unsittlich gewordene Verhältniß zu lösen. Da Männer

*) Bei Herrn Bebel gesperrt gedruckt.

und Frauen an Zahl gleich sind, alle Umstände verschwinden, welche bisher eine große Zahl von Frauen zur Ehelosigkeit oder zum Verkauf ihres Körpers verurtheilten, so ist die Männerwelt nicht mehr in der Lage, irgend welches Uebergewicht geltend zu machen. Andererseits hat der gänzlich veränderte Sozialzustand alle die vielen Hemmungen und Störungen beseitigt, welche heute das Eheleben beeinflussen und es so oft zu seiner Entfaltung nicht gelangen lassen."

Herr Bebel führt dann eine in den weitesten Kreisen unbekannte Gewährsmännin (Mathilde Reichardt=Stromberg) dafür an, „daß selbst solche Personen vollkommen freie Liebeswahl und wenn nothwendig freie Lösung des Verhältnisses, ohne äußeres Hinderniß, für gerechtfertigt anerkennen, die im Uebrigen nicht geneigt sind, die weiteren Konsequenzen für Veränderungen unseres jetzigen Sozialstaates zu ziehen." Diese Meinungsschwester des Herrn Bebel kommt zu dem bezeichnenden Ergebniß: „Nehmen wir einmal an, das ganze weibliche Geschlecht bestände ohne Ausnahme aus George Sand'schen ‚großen Seelen'; alle Kinder jeder Frau seien Kinder der Liebe ... Was würde aus der Welt dabei werden? Es unterliegt keinem Zweifel, die Welt könnte dabei fortbestehen und Fortschritte machen wie heute und könnte sich vielleicht ausnehmend wohl dabei befinden."

Selbstverständlich ertheilt Herr Bebel dieser „großen", echt weiblich empfindenden „Seele" seinen Segen, indem er S. 194 ausruft: „Die Verfasserin hat vollkommen Recht. Die Zwangsehe ist für die" (heutige) „bürgerliche Gesellschaft die Normalehe, die einzige ‚moralische' Verbindung der Geschlechter, jede andere geschlechtliche Verbindung, gehe sie aus von wem sie wolle, ist von diesem Standpunkt aus „unmoralisch". Das ist" (aber auch nur in der ‚bürgerlichen' Gesellschaft, will Herr Bebel sagen) „ganz in der Ordnung. Die bürgerliche Ehe ist die Folge des bürgerlichen Eigenthums. Diese Ehe, mit dem Privateigenthum, mit dem Erbrecht in engster Verbindung stehend, verlangt ‚legitime' Kinder als ‚Erben'" — die Zukunftsehe wird also auch illegitime Kinder Kinder „verlangen!" — „sie (die heutige Ehe) wird zur Erlangung solcher geschlossen, und unter dem Drucke der gesellschaftlichen Zustände wird sie seitens der herrschenden Klassen auch denen aufgenöthigt, die nichts zu ‚vererben' haben" — und, sollte Herr Bebel in Ergänzung seiner „sittlichen" Anschauung hinzusetzen, — sie wird auch Denen aufgenöthigt, welche das berechtigte „Verlangen" tragen, die „freie Ehe" zur Brutstätte „illegitimer" Kinder „der Liebe" zu machen.

„Endlich, da es in der neuen Gesellschaft überhaupt nichts zu vererben giebt, es sei denn, man wolle das Hausgeräth als besonders

wichtiges Erbtheil ansehen, ist auch aus diesem Grunde die Zwangsehe" — und damit auch der lächerliche Anspruch auf „legitime" Kinder — „hinfällig". Also das Verlangen nach „legitimen" Kindern vermag die „Moral" des Herrn Bebel nur darauf zu gründen, daß diese Kinder allein erbberechtigt sein sollen. Von dem wahren sittlichen Grunde dieses Verlangens, der Heilighaltung des gegenseitigen Gelöbnisses ehelicher Treue, weiß Herr Bebel entweder nichts oder er verschweigt ihn absichtlich, um die „bürgerliche Gesellschaft" verleumderisch herabzuwürdigen.

„Die Frau ist also vollkommen frei," fährt er fort, „und ihre Häuslichkeit und ihre Kinder, wenn sie solche hat, können ihr die Freiheit nicht beschneiden, sie können nur ihr Vergnügen vermehren" — da für deren Erziehung, wie wir unten sehen werden, der Zukunftsstaat sorgt, und die „Häuslichkeit" von Staatszentralstellen aus mit Heizung, Licht, Nahrung u. s. w. versehen wird, und zwar mit einer Nahrung, „welche die Vermehrungsfähigkeit der Bevölkerung wesentlich" befördert, wenn der Staat wünscht, daß seine Bevölkerung erheblich zunimmt (S. 213).

Aber Herrn Bebel's Zukunftsweib ist nicht blos frei in ihrer „Liebeswahl", in ihrer „Neigung", in der Erzeugung „illegitimer" Kinder und in der Vernachlässigung aller Pflichten, welche wir blöden Bürgerlichen von heute „Häuslichkeit" nennen — sondern ihr ist im Zukunftsstaate auch nach Belieben gestattet, die Verbrechen der §§ 218, 219 des Deutschen Reichsstrafgesetzbuches zu begehen!

Als auf dem Haager Kongresse der „Internationale"*) im September 1872 der Russe Bakunin mit seinem Zukunftsideal „der Anarchie an sich" hervortrat, da erfaßte selbst den rothen Dalai Lama unserer Kommunisten Karl Marx, — der doch bis dahin kalt und methodisch Alles zersetzt hatte, ohne das geringste Positive an dessen Stelle zu setzen — da erfaßte auch seine deutschen Jünger, welche daheim Tag für Tag den Umsturz predigten, ein jäher Schauder beim Anblicke des grauenvollen Abgrundes, in welchen der wüste Nihilismus Bakunin's die ganze Kultur der Menschheit hineinstoßen wollte. Und damals wagten selbst sozialistische Zeitungen nicht jenes schamlose Wort des russischen Nihilisten anders als Französisch wiederzugeben: „Daß die Frauen Alles thun dürften und sollten, um les fruits de leurs amours, ou plutôt de leurs nécessités naturelles, zu unterdrücken."

Aber sieben Jahre später schon hatte Herr Bebel diesen Schauder und Abscheu soweit überwunden, daß er die Sprache seiner Mutter dazu benützte, um ungefähr dasselbe Tausenden von Frauen und

---

*) Dem von Karl Marx gegründeten kommunistischen und vaterlandslosen Weltbund der Arbeiter aller Länder.

Töchtern deutscher Arbeiter zuzurufen, jedenfalls doch nur aus dem Grunde, weil er vermeinte, dadurch seinen Leserinnen seinen Zukunftsstaat um so verlockender zu gestalten!

„Beachten wir endlich," sagt er nämlich S. 213, 214, „daß die Frau in der Gesellschaft der Zukunft nicht gewillt sein dürfte, einer großen Zahl von Kindern als ‚Schickung Gottes‘ (!) das Leben zu geben, daß sie ihre Freiheit und Selbstständigkeit genießen, und nicht die Hälfte oder Dreiviertel ihrer besten Lebensjahre im Schwangerschaftszustande oder mit dem Kinde an der Brust verbringen will. Sicher giebt es sehr wenig Frauen, die kein Kind wollen, andererseits aber wünschen die meisten über eine mäßige Zahl hinaus solche nicht zu besitzen... Es wird dies schließlich ohne gesundheitsschädliche Enthaltsamkeit, ohne widerliche Präventivmaßregeln möglich sein." Diese „Möglichkeit" ist nur auf einem Wege zu schaffen, auf dem Wege, welchen die §§ 218, 219 des Reichsstrafgesetzbuches mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren belohnen!

Herr Bebel hat sein Versprechen gehalten. Das Kapitel über „Die Frau in der Zukunft" ist kurz, sehr kurz gerathen; so kurz, daß es auf alle die tausend Einwürfe und Zwischenfragen, welche deutsche Scham, Zucht und Sitte dagegen erheben, nicht die kleinste Antwort übrig hat. Aber so kurz dieses Kapitel ist, so ist es doch sicherlich allen unseren Lesern schon zu lang erschienen. Denn kaum jemals ist in deutscher Sprache so viel Schamloses gesagt, so viel Unsinn, Unzucht und Gemeinheit, ja die Befürwortung verbrecherischer Gewissenlosigkeit, auf so engem Raume zusammengedrängt worden. Alle unsere Leser, welchem Geschlecht und Alter, Stand, Glauben und politischem Bekenntniß sie angehören mögen, können nur ein Gefühl über solche Worte, über ein solches „Ideal" der Liebe und Ehe mit uns theilen, das der tiefsten sittlichen Empörung und des denkbar kräftigsten Abscheus — und diese Regungen unseres Schmerzes und unserer Verachtung verdoppeln ihre Wucht, weil sich diese schmachvollen Worte unserer Quelle an die ungebildeten, urtheilslosen, in ihrer sittlichen Empfindung und Erziehung am wenigsten entwickelten Massen richten, um die geile Bestie in ihnen zu entfesseln!

Wahrhaftig, es bedarf nicht des abgethanen Sozialistengesetzes, es genügt die einfache, kräftige und strenge Handhabung des gemeinen Rechtes, der §§ 184, 130 und 131 des Reichsstrafgesetzbuches, um unsere Arbeiterklasse vor der ferneren Verbreitung des Giftes, welches dieses Buch im weiten deutschen Reiche überall aussäet, zu behüten!

2.

Jede Kritik und Beleuchtung der Zustände und Folgen, die um sich greifen müßten in einer Gesellschaft, welche nach den von Herrn Bebel vorgetragenen Grundsätzen die „Liebeswahl“ und „Ehe“ gestalten wollte, ist überflüssig. Es bedarf nur des Hinweises auf die Menschennatur. Statt des Adels der Menschennatur und Menschenseele wird dann allerdings das Thier zum Vorschein kommen, dem Herr Bebel sich und uns schon heute zuzählt; und das Thier wird nur die schrankenlose Befriedigung seiner rohen Triebe begehren, wenn Alles, was im Menschenherzen heute an Scham, Zucht, Keuschheit, Gewissen und Treue gepflegt ist, durch Elternwort, häusliche Zucht, Schule und Kirche, beseitigt sein würde durch Herrn Bebel's „Moral“, welche die Befriedigung des „stärksten menschlichen Triebes“ zum ersten Grundrecht der neuen Heilsgesellschaft macht! Und es braucht andererseits nur verwiesen zu werden auf die auch im Zukunftsstaate Herrn Bebel's — und so lange als Menschen leben werden — fortdauernde Ungleichheit der Kräfte beider Geschlechter, um klar zu machen, daß das Weib, das Weib allein, alle Nachtheile tragen würde von der schrankenlosen Freiheit der Eheschließung, Eheführung und Ehescheidung in Herrn Bebel's Idealstaat.

Welchen irgendwie wirksamen Schutz vermöchte der Frau denn auch Herrn Bebel's Versicherung zu gewähren: „daß der Mann die Frau nicht fernerhin, wie in der Urzeit, nach Belieben verstoßen könnte“ (S. 192)? „Verstoßen“ könnte er sie allerdings nicht. Das heißt aber nur — da es überhaupt kein Recht und keine Hüter des Rechtes mehr im Zukunftsstaate giebt (S. 179 flg.) — der Mann würde nicht einmal mehr die dürftigen Formen und Rechtsbedingungen zu erfüllen brauchen, welche die Urvölker für die Verstoßung der Frau forderten. Er würde nur nöthig haben, seiner künftigen besseren Hälfte zu erklären: „Liebes Kind, ich liebe Dich nicht mehr.“ Und damit wäre die Sache abgemacht.

Ein besonders gutmüthiger, gebildeter und liebevoller Zukunftsehemann aber würde seiner Neuvermählten am Morgen nach seiner Hochzeit etwa folgende Rede halten:

„Theuerste Genossin! Wir gehören uns zwar erst seit gestern Abend an, allein bei mir hat sich seit heute Morgen ‚Enttäuschung und Abneigung herausgestellt‘, wie unser Bebel'sches Eherecht auf S. 192 so schön sagt, und demgemäß ‚gebietet mir‘ — wie derselbe sittlich erleuchtete Gesetzgeber S. 193 treffend bemerkt — ‚die Moral, das unnatürlich und darum unsittlich gewordene Verhältniß zu lösen.‘ Einer weiteren Förmlichkeit als dieser meiner Erklärung bedarf, wie Du weißt, die Lösung unserer freien Ehe nicht. Denn

‚dieser Bund ist, wie in der Urzeit, ein Privatvertrag ohne Dazwischentreten irgend eines Funktionärs‘ — das kannst Du nachher übrigens bei dem Eheweisen Herrn Bebel S. 192 selbst nachlesen, mein Kind — und daher bedürfen wir eines ‚Funktionärs‘ zum Auseinanderlaufen ebenso wenig, als gestern für den Abschluß unseres ‚Privatvertrages‘. ‚Ein Unberufener hat sich da nicht einzumischen‘, sagt unser Ehesolon auf derselben Seite weiter. Ich habe eine solche Einmischung ‚Unberufener‘, namentlich etwa Seiten Deiner lieben Eltern, auch gar nicht zu befürchten, denn der elterlichen Autorität sind wir Bürger der neuen Gesellschaft ja seit dem Säuglingsalter entrückt, und außerdem schützt Deine von Herrn Bebel auf S. 192 garantirte ‚Einsicht, Bildung und Unabhängigkeit‘ Dich und mich vor elterlicher Einmischung und ‚wird Dir‘ — wie Herr Bebel ebenda versichert — ‚die rechte Wahl erleichtern und leiten.‘ Das wird Dich gewiß außerordentlich trösten und Dir auch bei der nächsten ‚Liebeswahl‘ heute Abend zu statten kommen. Ich meinerseits habe, wie bereits bemerkt, gestern die ‚rechte Wahl‘ nicht getroffen — mich verfolgt dabei das Unglück, denn diese Ehe war meine 484ste in zwei Jahren — und ich bin nun durch unsere Bebel'sche ‚Gesellschaftsmoral‘ gezwungen, ‚das unnatürlich und darum unsittlich gewordene Band zu lösen.‘ Du wirst daher nach dem Frühstück zu Deinen lieben Eltern zurückkehren. Gesegnete Mahlzeit."

Vermuthlich wird der weniger gemüthlich veranlagte Ehemann der Zukunft seine Scheidungserklärung noch weit kürzer fassen, oder sie gleich hektographiren lassen, und der minder Starke wird sie dem „bösen Stücke", welches er etwa heimgeführt, aus seiner Zukunftsstammkneipe vorsichtigerweise durch das Mikrophon zurufen. Schwieriger wird sich dagegen das Auseinanderlaufen der Ehegatten in dem Falle gestalten, welcher jedenfalls außerordentlich häufig eintreten wird; in dem Falle nämlich, wenn die Frau sich mit Mathilde Reichardt-Stromberg für eine „große Seele" erklärt, und demgemäß „verlangt, lauter ‚illegitime‘ Kinder der Liebe" zu erzielen (S. 192, 193); oder in dem Falle, wenn der Mann seinerseits von der ihm durch Herrn Bebel gewährleisteten schrankenlosen Bethätigung seines „stärksten Triebes" zahlreichen, unehelich mit ihm verbundenen Frauen gegenüber Gebrauch macht, und seiner ehelichen Frau auf deren Vorwurf einfach erklärt, „ich habe laut Bebel S. 192 ‚Niemand‘ darüber Rechenschaft abzugeben, ein Unberufener hat sich da nicht einzumischen." Solange nämlich, trotz dieser beiderseitigen „idealen" Nebenverhältnisse der Zukunftsgatten, ihre Liebe zu einander fortdauert, können sie, nach Herrn Bebel's Sitten- und Eheordnung, nicht auseinander. Dagegen genügt es, wenn diese Nebenehen bei ihnen „Unverträglichkeit, Enttäuschung,

Abneigung" erzeugen. Und zwar wird jedesmal der — nach unseren blöden „bürgerlichen" Begriffen — schuldige, untreue Theil dem Anderen, welcher ihm gerechte Vorwürfe macht, erklären, daß diese Vorwürfe „Unverträglichkeit" verriethen, zur „Enttäuschung und Abneigung" berechtigten, und daher nun abermals Herrn Bebel's „Moral" gebiete, „das unnatürlich und darum unsittlich gewordene Verhältniß zu lösen."

Weniger schwierig als die oben erörterte Frage: wie ein Mensch, welcher unleugbar eine richtige Vorstellung von den sittlichen und geistigen Aufgaben der Ehe hat, ein so widerliches und empörendes Schmutzbild von „idealer" Liebe und Ehe zeichnen konnte? erscheint uns die Lösung der anderen Frage, welche hier, am Schlusse dieser Zeichnung, sich aufdrängt: Warum kolportiren denn wohl die sozialistischen Führer ein so abscheuliches Zerrbild von Liebe und Ehe unter den Massen? Müssen sie nicht befürchten, alle besseren Elemente dadurch von sich abzustoßen, namentlich alle anständig denkenden Frauen und Töchter ihrer „Genossen"? Diese Gefahr für die sozialistische Leitung und Partei besteht zweifellos, und ist sicherlich schon lange vor dem Erscheinen von Herrn Bebel's Buch auch von der Parteivorsehung gründlich erwogen worden.

Aber die Parteileitung hat schließlich dieselbe Taktik ergriffen, wie bei allen ähnlichen Bedenken. Auch die Schmähung und Verleugnung der deutschen Vaterlandsliebe, die stete Drohung mit gewaltsamem Umsturz, die öde Verhetzung des Arbeiterstandes ohne jede wirkliche Leistung für denselben, droht der sozialdemokratischen Parteileitung fortwährend die Abbröckelung aller vernünftigen, braven und selbstständig denkenden Arbeiter. Aber mit diesen guten Elementen kann der rothe Kommunismus überhaupt nichts anfangen! Er braucht vaterlandsloses, gewaltthätiges, glaubensloses, unbefriedigtes und begehrliches Gesindel, um seine letzten Ziele zu erreichen, und zu diesem Zwecke ist die Beschimpfung der heutigen ehelichen Liebe und Gemeinschaft, und die Erregung der gemeinsten Triebe durch die Vorspiegelung der allgemeinsten und schrankenlosesten Unzucht im Zukunftsstaate ein vortreffliches Mittel. Denn es vereinigt in sich alle Kunst und Zugkraft sozialistischer Verführung: die Verleumdung der heutigen „bürgerlichen" Gesellschaft, ihrer Zustände und Einrichtungen, als sittenloser, scheinheiliger, die Verehelichungsfreiheit und die weibliche Ehre der Armen vernichtender; die Lästerung der Religion und Kirche, als der feilen Dienerinnen des angeblich allgemeinen Eheskandals der Gegenwart; die Herabwürdigung des Deutschen Reiches, welches solche Zustände zuläßt und sie durch seine Gesetze schützt; die gründliche Verhetzung der Massen, welche von Herrn

Bebel angeleitet werden, in jedem Mangel oder Mißstand ihrer Häuslichkeit und ihrer Ehe, in jedem Ehehinderniß und in jeder Prostitution allein die Wirkung des verruchten Kapitalismus zu erkennen; endlich die Entfesselung der gemeinsten geilen Brunst des Menschen, noch viel niedriger als Neid und Haß gegen die Besitzenden, noch viel schamloser als die Gier nach dem Eigenthum Anderer!

Wenn der zum „zielbewußten Genossen" herangereifte jugendliche Sozialdemokrat mal wieder nach Hause wandert und in die treuen Augen seiner alten Eltern blickt, welche ihrerseits ihm tief in's Herz schauen und mit schweren heißen Thränen den Abfall des Sohnes von Vaterland und Glauben, Zucht, Sitte und Ordnung beklagen, da soll der mißrathene Bube den Urhebern seines Lebens das aus Herrn Bebel's Buch und aus den Reden Hasselmann's erlernte Schmachwort in das ehrliche Antlitz schleudern: „daß zwischen der elterlichen Ehe und der Prostitution nur ein quantitativer Unterschied sei*)." Und wenn sich der verheirathete deutsche Arbeiter am frühen Morgen von seinem Lager erhebt, und die mit ihm im harten Kampf um's Dasein rasch verblühte Gattin und die „legitimen" Kinder um sich schlummern sieht, welchen seine Arbeit Nahrung und Kleidung, den dürftigen, aber ausreichenden Unterhalt schafft — da soll Herrn Bebel's Schrift in der Brust des reifen Mannes die thierische Gier nach freiwechselndem Geschlechtsgenuß anfachen und die Sehnsucht nach der rothen Gesellschaftsordnung, welche die Sorge für Weib und Kind ihm abzunehmen verspricht. Und wenn endlich der junge heirathsfähige sozialistische „Genosse" zum ersten Mal von dem Himmelsstrahl einer tiefen, reinen, heiligen Liebe berührt wird, und in ihrem herrlichen Lichte Gott wiederfindet, Frieden und Glück in der Natur, im Menschendasein, in seinem deutschen Vaterlande, und ihm die Verlogenheit und Verhetzung der sozialistischen Verführer nun plötzlich klar wird, da reicht ihm vielleicht die Braut ein altes vergilbtes Blatt, auf welchem einst ein Mann, welcher ebenso arm und schlicht und aus der tiefsten Dürftigkeit emporgewachsen war wie er selbst, als er zum Altar schritt, der Braut sagte, was er von ihr verlange. Und der Name dieses Mannes bürgt ihm dafür, daß der ein warmes Herz hatte für sein ganzes deutsches Volk, denn er hat sein Herzblut dafür hingegeben, er hieß Robert Blum. Und auf dem vergilbten Blatte, welches noch heute vielfach im Volke von Mutter zu Tochter sich forterbt, da steht geschrieben:

---

*) Stenog. Berrichte des Deutschen Reichstags 1876. Bebel's Buch S. 36—77.

„Und Perlen will ich! Zwar nicht aus den Tiefen
Des Meers, wo von Dämonen sie bewacht,
Den süßen Schlummer des Vergessens schliefen,
Eh' sie die frevle Gier an's Licht gebracht.
Ich will die Perlen heiliger Empfindung,
Des Mitgefühls bei Andrer Schmerz und Lust.
Das Sinnbild göttlich-menschlicher Verbindung,
Wie's thront im Tiefen einer edeln Brust.
Du hast und bringst mir reichlich diese Schätze!
Und wüßt' ich nicht, du brächtest sie mir ein,
Dann nach dem ewigen Vernunftgesetze
Sagt' ich: laß ab, es kann, es darf nicht sein."

Wenn der junge Träumer aber soweit gekommen und entschlossen ist, mit der Gründung des eigenen Hausstandes allen Irrlehren und Einflüsterungen der Sozialdemokratie den breiten Rücken zuzukehren, da nahen ihm die Genossen mit den Verlockungen Herrn Bebel's von der „freien Liebe" und der Ehe auf Kündigung, oder vielmehr ohne Kündigung, und der Erfolg ihrer Bemühungen hängt davon ab, ob Mensch oder Thier im Wesen des Einzelnen die Oberhand gewinnt!

Die völlige Zerrüttung jeder ehelichen Treue und jedes Familienheimes ist der Hauptzweck dieses Bebel'schen „Kapitels" von der „freien Liebe". Denn diese Zerrüttung ist die beste und wirksamste Waffe und Verbündete der Kommunisten zu ihren letzten Zielen. Die „freie Liebe" und „freie Ehe" ist die cloaca maxima (die Riesendungstätte) der deutschen Sozialdemokratie!

3.

Die Vernichtung der heutigen Familie muß auch im Zukunftsstaate eine vollständige sein, wenn dieser länger als einen Tag bestehen will. Denn alle Glückseligkeit, welche Herr Bebel in diesem Zukunftsstaate verheißt, würde Keinem, der Herz und Ehre im Leibe hat, Weib, Kind und Heim ersetzen, welche im Zukunftsstaate ganz oder — wie die Frau — nahezu Gemeingut werden. Die neue Gesellschaft wird nicht blos die paarmalhunderttausend Reichen abschlachten müssen, welche dann noch übrig sind, wenn die allgemeine „Expropriation" des Eigenthums losgeht, sondern auch viele Millionen deutscher Familienväter und -Mütter, welchen die Reinheit ihrer Ehe, die Liebe und Elternsorge für ihre Kinder und der eigene Heerd theurer sind, als das Leben, und welche darum nur mit dem Leben diese von sich lassen werden. Also auch nur über die Leichen dieser Millionen geht die Bahn zum Zukunftsstaate!

Aber wenn sie erst alle todtgeschlagen sind, dann kann die treffliche neue Gesellschaft des Herrn Bebel mal zeigen, was sie unter Familie und Kindererziehung versteht.

Die Familie und der Haushalt der Zukunft wird ein nach unseren Begriffen höchst merkwürdiges Ding sein.

In unserer heutigen Gesellschaft läßt sich nicht annähernd etwas zur Vergleichung heranziehen, um dem Leser dieses Haushaltungsideal des Herrn Bebel klar zu machen. Am nächsten dürfte ihm noch kommen die Lebensführung eines deutschen Studenten, welcher zu Eigenthum besitzt das Hemd, die Tabakspfeife und den Stiefelknecht, Garçon wohnt und Speise und Trank aus einer Volksküche bezieht. Mit ihm müßten wir uns, nach französischer Studentenunsitte, verbunden denken, eine Grisette, welche das besitzt, was sie auf dem Leibe trägt, und sich mit dem Musensohn vereinigt hat „aus Neigung, auf Grund eines Privatvertrages, ohne Dazwischentreten eines Funktionärs", auf unbestimmte Zeit, und welche nun an den Genüssen theil nimmt, die der Geliebte aus der Volksküche bezieht. Da haben wir ungefähr das, was Herr Bebel von der Ehe und Familienhaushaltung im Zukunftsstaate übrig läßt.

Hören wir ihn selbst, er wird dieses Bild ungefähr gerade so zeichnen wie wir, nur mit dem Unterschiede, daß unser Pärchen sich heute aus der Garküche holen lassen könnte, was ihm schmeckt, und in Zukunft essen muß, was die „Zentralanstalt für Nahrungsmittelbereitung" kocht.

„Daß unsere Frauen", sagt Herr Bebel S. 190, „denen heute die Nahrungsbereitung hauptsächlich zufällt, das Wissen" (nämlich der „wissenschaftlichen Nahrungsbereitung") „allermeist nicht besitzen, nicht besitzen können, bedarf keines Beweises mehr. Aber es fehlen ihnen dazu auch alle Einrichtungen. Es gilt (im Zukunftsstaate), mit der geringsten Aufwendung von Kraft, Zeit und Material, das günstigste Resultat zu erzeugen. Das ist bei der menschlichen Ernährung besonders wichtig. Demgemäß ist also die kleine Privatküche in der einzelnen Wirthschaft ein überwundener Standpunkt, eine Einrichtung, bei der Zeit, Kraft und Material in unsinniger Weise vergeudet und verschleudert wird. Die ganze Nahrungsmittelbereitung wird also in der Gesellschaft der Zukunft ebenfalls eine gesellschaftliche Einrichtung, die auf höchster Stufenleiter in zweckmäßigster, vortheilhaftester Einrichtung ausgeführt wird. Die Privatküche ist verschwunden. Endlich wird künftig auch die Chemie für die Herstellung neuer und verbesserter Nahrungsmittel in bisher ungekannter Weise (!) thätig sein." — Da kommt die Chemie wieder aus der Versenkung und Herr Bebel weiß schon im Voraus, was sie in Zukunft leisten wird. Woher freilich die Chemiker der Zukunft kommen sollen, da alle Gelehrten dem Grimme des Herrn

Bebel erlegen sind, und Niemand für Fleiß, Talent und Forschertrieb etwas Anderes ernten kann, als Hohn, Spott, Neid und Mißgunst des dummen, faulen Zukunftspöbels, das sagt Herr Bebel nicht. „Kommen nun noch zu den Zentral-Nahrungsbereitungsanstalten die Zentral-Reinigungsanstalten, wo auf mechanisch-chemischem Wege die Wäsche gewaschen, getrocknet, fertiggestellt wird, und hält man fest, daß außerdem Zentralheizung, Zentralbeleuchtung, kalte und warme Wasserleitungen" (köstliches Deutsch!) „genügend Bäder vorhanden sind" — und zwar auch angeblich in jedem Dorf, in jedem einzelnen Landhaus (S. 177)! — „Wäsche und Kleidung in Zentralwerkstätten fabrizirt werden, so ist das ganze häusliche Leben von Grund aus umgestaltet und vereinfacht. Der Dienstbote, dieser Hausſklave für alle Launen der ‚Herrin', ist verschwunden, die ‚Dame' aber auch."

„Das soll nämlich ein Witz von ihm sein", würde der brave Unkel Bräsig sagen, wenn er das läse. Und er würde es gewiß mit dem größten Interesse lesen, da er sich lange vor Herrn Bebel mit der sozialen Frage beschäftigt hat, und zu dem tiefen Ergebniß gelangt ist, daß die allgemeine Armuth von der allgemeinen Poverté herrühre. Ebenso tiefsinnig ist Herrn Bebel's Ausspruch, daß „der Dienstbote verschwunden ist, die Dame aber auch". Natürlich, denn die „Dame", welcher alle häusliche Sorge, aber auch alles häusliche Eigenthum, alle häusliche Selbstständigkeit und alles häusliche Glück ebenso gewaltsam genommen und zerstört ist, wie ihrem Manne, muß eben dieselbe gemeine Handarbeit verrichten, wie dieser, auch Gruben räumen, Mist fahren, Arsenikbergwerke abbauen, wie dieser, wenn die Reihe an sie kommt. Woher nimmt wohl Herr Bebel das Gesicht — der Ausdruck Stirne ist ja unparlamentarisch —, im heutigen Reichstag gegen die Frauenarbeit loszudonnern, wenn er selbst im seligen Zukunfsstaate die Frau zum „Arbeitsthier" erniedrigt?

Und bei alledem soll den Menschen des Zukunftsstaates noch wohl werden! Hat denn Herr Bebel, wenn er selbst nichts davon weiß, sich nie erzählen lassen, von der Glückseligkeit junger Ehegatten und auch ganz alter Ehepaare, wenn sie zum ersten Mal, oder in ihrem alten, trauten Beisammenleben die, freilich ganz „unwissenschaftlich" und mit höchst mangelhaften „Einrichtungen", aber am eigenen Heerde bereitete Mahlzeit einnehmen? Da mag die künftige Zentral-Nahrungsmittelbereitungsanstalt bieten, was sie will — und viel und Gutes wird es sicherlich nicht mal sein! — das deutsche Gemüth wird dabei doch immer hungern, das deutsche Herz bei aller Zentralheizung immer frieren, ja zu Eis erstarren! Und von allen Zentralbädern der Zukunft wird niemals der

Schmutz und Unflath abgewaschen werden, welchen Herr Bebel über der Ehe der Zukunft anhäuft!

Aber das Schlimmste, Undenkbarste für ein deutsches Herz und Gemüth kommt erst: die Eltern haben keinerlei Recht und Einfluß auf ihre Kinder mehr! Dieses vermeintliche Recht ist ja schon heute von einem sozialistischen Wortführer als „unerträgliche Anmaßung" bezeichnet worden.

Schon die Geburt des Kindes darf nicht etwa im Hause, „in unseren vier Wänden", stattfinden, sondern nur in Zentral-Gebäranstalten. Denn anders können die Worte Herrn Bebel's S. 182 nicht verstanden werden: „Die (neue) Gesellschaft empfindet von vorne herein die Verpflichtung, für das neue Lebewesen nach ihren Kräften einzutreten. Zunächst ist also die Gebärende, die Säugende, die Mutter der Gegenstand ihrer Sorge. Bequeme Wohnung, angenehme Umgebung, Einrichtungen aller Art, wie sie diesem Stadium der Mutterschaft ensprechen, aufmerksame Pflege für sie und das Kind sind die erste Bedingung." Das Alles ist ist nur in Zentral-Gebäranstalten zu erreichen, in welchen die glückliche Mutter durch die fürsorgende Gesellschaft sogar solange zurückgehalten wird, als sie dem Kinde die Brust reicht!

Herr Bebel hat wohl noch nicht viel feine — nein überhaupt weiblich — empfindende Frauen kennen gelernt, daß er diese Zentral-Gebär- und Zentral-Säugungsanstalten unter den Lockmitteln und Segnungen seines Zukunftsstaates aufzuzählen wagt! Welchen Schamlosigkeiten würde jedes weibliche Zartgefühl ausgesetzt sein in jenen Anstalten, wo selbstverständlich auch alle „großen Seelen" versammelt sein werden, welche nach „illegitimen Kindern der Liebe verlangt haben"! Und wie furchtbar müßte der Frau und Mutter das ungefähr sechsmonatliche Gefängniß während des Stillens in diesen Zentralammensitzen werden, wenn ihr möglicherweise recht ferner Gatte inzwischen die Entdeckung machen sollte, daß ihm eine Anwesende besser gefällt, und daß ihm daher die Bebel'sche „Moral gebietet, das unnatürlich und darum unsittlich gewordene Verhältniß zu seiner Frau zu lösen." Das wird aber, bei der allgemeinen Liederlichkeit im Reiche der freien Liebe, wahrscheinlich das Schicksal der großen Mehrzahl aller Frauen sein, welche diesen Entbindungs-Palast beziehen. Schon um diesem Schicksal zu entgehen, wird jene von Herrn Bebel geduldete Handlung, welche heute nach §§ 218, 219 des Reichsstrafgesetzbuches als eines der schwersten „Verbrechen gegen das Leben" (Ungeborener) gilt, im Zukunftsstaate allgemein von den Frauen verübt werden.

Der Vater seinerseits lernt sein außerhalb des Hauses geborenes und gestilltes Kind kaum kennen, auch wenn er auf's Treueste, und von aller Bebel'schen „Moral" unangefochten, an

Frau und Kind hängt; namentlich wenn er auf dem Lande oder fern von der Zentral-Entbindungsstätte lebt. Denn wenn uns Herr Bebel auch früher (S. 177) vorgespiegelt hat, daß „die Stadtbevölkerung Alles, was sie an gewohnten Kulturbedürfnissen besitzt", in jedem Dorfe auf dem Lande wiederfindet, so dürfte das betreffs der Niederkunftsinstitute doch nicht gelten. Herr Bebel hat sie wenigstens unter den sonstigen Inventarien und Vergnügungshallen seiner Zukunftsdörfer nicht mit aufgeführt. Und später sieht der Vater sein Kind im seligen Staate des Herrn Bebel überhaupt nur ganz zufällig wieder, wenn er es überhaupt wiedererkennt.

Denn, sowie das Kind der Mutterbrust entwachsen ist, wird es auch der Mutter weggenommen und von der Gesellschaft in allgemeinen Findelhäusern verpflegt und erzogen. Unser Leser hat nun Herrn Bebel's Schreibweise und Verherrlichung seines Idealstaates schon so sattsam kennen gelernt, daß Niemand sich wundern wird, wenn Herr Bebel auch diesem ungeheuerlichsten Eingriff des künftigen Zwangsstaates in die Rechte der Natur und des Blutes einen schön herausgeputzten Mantel umhängt.

„Jedes Kind, das geboren wird, ob Mädchen oder Knabe, ist ein der Gesellschaft willkommener Zuwachs", sagt er S. 182, „weil sie darin den Fortbestand ihrer selbst, ihre eigene Fortentwickelung sieht." Diese Worte nöthigen uns schon wieder zu nachdenklicher Unterbrechung unserer Quelle. Denn diese Worte erscheinen uns höchst bezeichnend für die Stellung und für das Schicksal des Zukunftskindes der kommunistischen Gesellschaft. Wer verbürgt denn dem armen kleinen Wurm, daß diese Gesellschaft das Kind ebenso als „willkommenen Zuwachs" ansieht, wie Herr Bebel heute versichert. Wenn das Kind nun als allezeit arbeitsunfähiger Krüppel oder blind, taub, stumm, gelähmt, siech, auf die Welt kommt? Oder wenn die künftige Menschheit gerade von einer der großen Nahrungskrisen erschüttert wird, welche wir bei Schilderung des Bebel'schen Zukunftsstaates als unmittelbare und unausbleibliche Folge des dann stetigen Kampfes um Verkürzung der allgemeinen Arbeitszeit und Steigerung des allgemeinen Genusses nachgewiesen haben? Wenn das arme Kind geboren wird, während schon allen kräftigen, arbeitenden Wesen der Hungertod droht? Dann bedarf es nur einer Volksabstimmung, und auf der ganzen Erde vollzieht sich ein grauenhafter Kindermord, gegen welchen der von Bethlehem und von China eine Kleinigkeit ist!

Aber die windige Phrase des Herrn Bebel, daß jedes Kind der Gesellschaft „ein willkommener Zuwachs" sein, wird noch durch eine andere Thatsache menschlicher Erfahrung Lügen gestraft, nämlich durch die von Herrn Bebel sonst so hoch geschätzte Statistik. Es ist zweifellos erwiesen, daß auch die allervortrefflichsten mensch-

lichen Einrichtungen, welche die Aufzucht und Erziehung elternloser oder unehelicher Kinder sich zur Aufgabe setzen — und zwar nicht etwa blos die schauerlichen Findelhäuser jener Länder, wo der Rechtssatz gilt „la recherche de la paternité est interdite“*), sondern auch Waisenhäuser und die durch Gemeinde- oder Staatsprämien neuerdings zur bestmöglichen Verpflegung und Behandlung der Kinder der Liebe aufgemunterten Privatleute und Anstalten — im Vergleich zu den Ergebnissen der elterlichen Kinderpflege, namentlich in Bezug auf die Sterblichkeit der armen kleinen Wesen, wahrhaft erschreckende Resultate liefern. Der einfache Grund dieser Erscheinung ist der, daß nichts die elterliche, namentlich mütterliche Liebe und Hingebung ersetzen kann! Doch die heutigen Anstalten dieser Art, selbst die Findelhäuser, sind wahrhafte Musterstätten der Fürsorge für das Kindheitsalter, im Vergleich zu jener Bebel'schen „Gesellschaft“, in welcher Jeder, nach höchstens zweistündiger Arbeitszeit, nur nach üppigstem Lebensgenuß für sich trachten wird, nach nichts Anderem — schon um nicht als „Dummkopf“ zu gelten. Das Schicksal der armen, wehrlosen, hilfsbedürftigen Kinder, welche diesen faulen, genußsüchtigen Pflegern und Pflegerinnen überliefert und preisgegeben sind, ist mit größter Bestimmtheit vorherzusagen. Es wird sein eine „Engelmacherei“ im Großen!

Wir brauchen uns also bei der phantasiereichen, aber auch nur aus der blauen Luft gegriffenen Schilderung, welche Herr Bebel S. 182, 183 von dem künftigen Erziehungssystem entwirft, nicht aufzuhalten. Denn es wird fast Niemand da sein, welcher dieser Segnungen theilhaftig wird. Entweder ist der Lebenskeim des Kindes straflos schon vor der Geburt erstickt, oder wenn das Kind wirklich geboren ward, wird es durch die Faulheit, Genußsucht, Lieblosigkeit und durch den Unverstand seiner Nährväter in der nagelneuen Gesellschaft getödtet.

Aber setzen wir selbst den Fall, das Kind wüchse auf; ja, seine Mutter fände Mittel und Wege, in dem großen allgemeinen Findel-Hause der Zukunft an seiner Seite zu bleiben und seiner sich besonders anzunehmen; auch sein Vater hätte es lieb und nicht aus den Augen verloren, und auch er setzte das Einzige, was er im Zukunftsstaat sein Eigen nennen kann, seine Tagesbons daran, um sein Kind zu kräftigen. Dann müssen wir aber auch den wahrscheinlichen Fall setzen, daß diese im Zukunftsstaate höchst seltenen Eltern noch etwas von der zur „Privatsache erklärten Religion„ übrig hätten und sonstige altväterische Ueberlieferungen, wie z. B.: daß sie ihre elterliche Zucht und Autorität gegenüber dem Kinde zur Geltung bringen wollten. Das Alles wäre aber im Zukunfts,

*) Die Nachfrage nach der Vaterschaft ist untersagt.

staat ein völlig vergebliches Streben. Niemand würde bei dem Kinde die „Gehirnvergiftung" mit Religion dulden, Niemand gestatten, daß jemand Anderes als „die Gesellschaft" sich um die Zucht und Erziehung des Kindes kümmert, ihm Befehle oder Gebote ertheilt, es gar straft. Denn „die Gesellschaft" kann nur ihren eigenen Willen dulden und muß jeden anderen vernichten! Nicht bloß hundertstimmiges Hohngelächter aller „Genossen", und vermuthlich auch des gesinnungstüchtig erzogenen Kindes selbst, würde also den thörichten Eltern die Antwort geben, sondern auch der Zukunftsstaat selbst würde so kurzen Prozeß mit ihnen machen, wie das unseren Kommunisten vorbildliche Frankreich von 1793 mit so verschrobenen altväterischen Leuten verfahren ist — ihre Häupter würden am nächsten Morgen unter der Guillotine dahinrollen.

Nun, Du lieber, braver deutscher Arbeiter, Ihr ehrsamen deutschen Arbeiterfrauen und -Töchter, so sieht es also aus im Zukunftsstaate des Herrn Bebel mit dem, was Euch das Theuerste ist, mit Liebe und Ehe, mit Familie, Haushalt, Kindererziehung. Ihr könnt nun nicht mehr sagen, Ihr wüßtet zwar nicht genau, wohin sie Euch führen wollen, aber sicherlich in alle Herrlichkeit. Die Herrlichkeit liegt vor Euch, sie ist Euch enthüllt. Liebe und Ehe eine schmutzige Beschimpfung dessen, was Ihr und jeder Deutsche, jeder sittliche Mensch, darunter versteht. Familie, Haushalt, Kindererziehung vernichtet, verhöhnt. Das Ziel ist enthüllt! Beschreitet den schlüpfrigen, schauerlichen Pfad, wenn Ihr Euer Bestes verlieren wollt!

Die
Vaterlandsliebe unserer Sozialdemokraten.

„Vaterland in Eurem Sinne ist uns ein reaktionärer, kulturfeindlicher Begriff."

Wilhelm Liebknecht
in der Schrift „Zu Schutz und Trutz"
Leipzig, 1874, S. 4.

„Freiheit ohne Vaterland würde den Spott der Fremden erregen."

Generalfeldmarschall
von Moltke.

Inhalt.

Die Vaterlandsliebe unserer Sozialdemokraten.

1. 1867—1870.

Mit einem kleinen Theile der nachfolgenden Beweise habe ich Tausende von tobenden „zielbewußten" Sozialdemokraten in Sachsen, Thüringen und Westfalen zu betroffenem Schweigen gezwungen, und dabei mit freudigem deutschem Stolz gewahrt, wie auch in diesen armen Verführten das deutsche Vaterlandsgefühl sich noch unwillig regt, wenn man ihnen klar macht und beweist, wie schmählich ihre Verführer seit einem Vierteljahrhundert an eben diesem Vaterlande gehandelt haben!

Natürlich rechne ich zu dem, was wir Vaterland nennen, Alles, was uns Deutschen daran heilig ist: seine Verfassung ebenso wie die Träger und Hüter dieser Verfassung; unsere Fürsten nicht minder, als ihre Regierungen und die Bundes- oder Reichsregierung: unsern Reichstag ebenso wie unser Heer, welches sein Blut, das Blut unserer Brüder und Söhne, freudig verspritzt hat, um die köstliche deutsche Einheit zu begründen! endlich und hauptsächlich aber unser Volksthum, wie es in zweitausendjährigem, harten und redlichen geschichtlichem Ringen geworden ist. Bei seinem ersten weltgeschichtlichen Auftreten schon ward es dem mächtigsten Volke der alten Welt durch Tacitus als Musterbild vorgeführt in der reinen Unschuld und Kraft seines Wesens. Von Jahrhundert zu Jahrhundert ist es in Sitte und Kultur gewachsen, trotz der ungünstigsten äußeren Verhältnisse, so daß Machiavelli mit seiner scharfen, erbarmungslosen Wahrheitsliebe, in einem Zeitpunkte tiefen Verfalls unserer nationalen Kraft, von uns schrieb: „Das deutsche Volk würde das mächtigste der Erde sein, wenn es seine Macht zu gebrauchen verstünde." Das deutsche Volksthum vereinigt sich in Alles, was den Deutschen von jeher zum Deutschen gemacht und ihm als Deutschem werth und heilig gewesen ist und noch ist: seine

Sprache und Gesittung, seine Geschichte und Literatur, seine Fürsten und Stämme bis auf unsere Tage.

Und tausendfach hat die deutsche Sozialdemokratie gegen Alles ruchlos gefrevelt, was wir Vaterland nennen und mit unserer Vaterlandsliebe umfassen: gegen unsere Fürsten und ihre Regierungen, gegen unsere Bundes- und Reichsverfassung, gegen die Würde unseres Reichstags, gegen unser Heer, gegen unsere Gesetze und Richter, gegen unsere Geschichte und gegen die Heroen unserer Literatur, gegen unser Volksthum!

Die Beweisführung für diese Anklage könnte schon reichlich erbracht werden aus den Tagen, welche zum ersten Male seit 1848 die deutsche Einheit vorbereiteten, aus den Tagen nach dem Kriege von 1866. Im Frühjahr 1867 schon, im konstituirenden Reichstage des Norddeutschen Bundes, hielt Herr Bebel eine grimmige Rede über die Zerreißung Deutschlands durch Bismarck. Aber der Herr Redner war damals noch ganz unklar und unfertig — er war dann ja noch weitere Jahre hindurch in seiner Häutung und Umbildung zum Kommunisten begriffen —, so daß wir ihm mildernde Umstände bewilligen und seine damalige Leistung mit schonendem Stillschweigen übergehen können. Nicht so steht es mit Herrn Liebknecht, welcher im Herbst 1867 in den ersten ordentlichen Reichstag des Norddeutschen Bundes gewählt wurde, und der hier schon als ganz derselbe vaterlandslose, revolutionäre Kommunist auftrat, als welcher er heute noch die ganze „zielbewußte" Sozialdemokratie — einschließlich aller ihrer vermeintlichen „Führer", auch des Herrn Bebel, — unter seiner herben und unerschütterlichen Diktatur hält. Herr Liebknecht hielt am 17. Oktober 1867 seine Jungfernrede*) im Norddeutschen Reichstag bei Berathung des Gesetzentwurfs betreffs der deutschen Kriegsdienstpflicht, Stenogr. Berichte S. 450—452. Diese Rede eignet sich vortrefflich dazu, namentlich in den Lokalen unserer deutschen Kriegervereine recht niedrig gehängt zu werden. Sie schützt gegen das Eindringen von Sozialdemokraten und bewirkt ihren beschleunigten Abzug so sicher, wie nur das echteste persische Pulver auf die davon betroffenen blutdürstigen Lebewesen wirkt: Herr Liebknecht sagte also damals:

„Ich spreche hier gegen die Vorlage als prinzipieller Gegner der stehenden Heere überhaupt. (Ah! Ah! rechts, ein Ruf: Ganz neu!) Ich weiß, daß ich einen hier neuen Standpunkt vertrete, aber Sie wissen, das Neue dringt manchmal durch. (Gelächter rechts.) Ich wollte eigentlich eine Resolution einbringen, daß das stehende Heer abgeschafft und durch eine Volkswehr nach

---

*) Zuvor hatte er, Stenogr. Ber. S. 167/168, nur wenige Worte zum Freizügigkeitsgesetz gesprochen.

schweizer Muster ersetzt werde.*) (Lautes, andauerndes Gelächter rechts.) Ich verwickelte mich aber leider in eine der vielfachen Schlingen der Geschäftsordnung. Der einzig vernünftige Zweck der Organisation einer bewaffneten Macht ist Schutz der nationalen Interessen, Vertheidigung der Freiheit nach Innen, Vertheidigung der Unabhängigkeit nach Außen. Ich sage, das stehende Heer erfüllt diesen Zweck nicht, wie die Geschichte der Neuzeit in Tausenden von Beispielen beweist; ein Beispiel, welches das Gegentheil bewiese, liegt nicht vor. (Große Heiterkeit rechts.) Anstatt die nationalen Interessen zu beschützen, schädigt das stehende Heer dieselben in jeder Weise. . . . Das stehende Heer hat auch die Aufgabe, die Unabhängigkeit und Ehre des Landes nach außen hin zu schützen, nicht erfüllt. (Gelächter.) Ich erinnere Sie an Jena. (Oho! oho! Wiederholtes Gelächter.) Ich erinnere Sie an Luxemburg (Große Heiterkeit und Gelächter); meine Herren, durch Ihr Gelächter kommt Luxemburg nicht zu Deutschland zurück. Es ist losgetrennt von Deutschland, mit „Mäßigung“ „suaviter in modo, fortiter in re“, losgelöst von Deutschland. Ich erinnere Sie weiter an die beabsichtigte Preisgebung Nordschleswigs. (Oho! oho!) Ist das ein Beweis deutscher Macht? Ich erinnere Sie ferner an die schamlose Unterdrückung der deutschen Nationalität in den leider jetzt noch von Rußland beherrschten Ostsee-Provinzen. (Unruhe.) Wo ist die gewaltige norddeutsche Kriegsmacht geblieben? Was ist geschehen, um dort die Nationalität unserer Landsleute zu wahren? Sie sind ja so stark; sagen Sie der russischen Regierung: „Wir werden unsere 500000 Mann marschieren lassen, wenn unsern deutschen Brüdern nicht ihr Recht wird,“ und man wird sie nicht länger unterdrücken, die Drohung wird hinreichen. Jedenfalls ist es Thatsache (?!), daß gerade jetzt das Ausland mit unserm Vaterlande in einer Weise spielt, wie man früher vor dem Bruch des Bundes, vor der Zerreißung Deutschlands es nicht gewagt hat. Es ist kein Fuß breit deutschen Landes losgelöst worden von Deutschland, so lange der deutsche Bund bestand (Heiterkeit), jetzt seit Ihrer glorreichen Neugestaltung, reißt das Ausland Stück um Stück vom deutschen Leibe los (Oho, oho!), jetzt erst wagt man die deutsche Nationalität in Rußland niederzutreten, was man bisher nicht gewagt hat. Und das verdanken wir Ihrem stehenden Heere, durch welches Sie das preußische Volk bei den Haaren in den vorjährigen Krieg hineingezerrt haben. Denn das Volk hatte einstimmig gegen diesen Bruderkrieg protestirt. (Große Unruhe.) Ich spreche von dieser Stelle nicht zu Ihnen; ich spreche zum Volke da draußen. (Heiterkeit rechts.) . . . Die alte Landwehr war gut gegen den äußeren Feind, aber Ihr reorganisirtes Heer war gut gegen das preußische Volk, gegen das deutsche Volk; die Reorganisation war nothwendig, um die Politik durchzuführen, welche Deutschland zerrissen, geknechtet, dem Auslande preisgegeben hat. (Unruhe rechts.) Das sind Worte, die das Volk verstehen wird, denn jeder deutsche Patriot wird von tiefem Schmerz ergriffen, wenn er der Ereignisse des vorigen Jahres gedenkt. Sie, m. H., sind die Sieger, ich gehöre zu Denjenigen, welche damals be=

---

*) Das wollte der edle deutsche Patriot uns vorschlagen, während selbst die Schweiz, obwohl ihre Neutralität durch europäische Verträge gewährleistet ist, von Jahr zu Jahr mehr ihr Heerwesen dem deutschen Vorbild anzupassen sucht.

siegt wurden. Aber bedenken Sie, daß Ihr Reich aufgebaut ist auf Gewalt und auf Gewalt ruht. Aber die Gewalt ist etwas Relatives. Es giebt keine Gewalt, der nicht eine größere Gewalt entgegengesetzt werden könnte. Sie werden sich erinnern, m. H., so tapfer Sie waren gegen die unvorbereiteten deutschen Brüder (Widerspruch und Unruhe rechts), so „gemäßigt" waren Sie, als es galt, das nordöstliche „deutsche Straßburg" — Luxemburg bei Deutschland zu behalten. Damals waren Sie „mäßig", denn damals stand Ihnen eine größere Gewalt (Frankreich!) gegenüber. Sie haben diese Gewalt für den Moment durch Nachgiebigkeit beschworen. (Unruhe rechts.) Aber es wird der Tag kommen, wo Ihre Gewalt sich mit jener Gewalt zu messen haben wird und dann ruht das Schicksal Ihres Nordbundes und Preußens in der Waage des Kriegsglückes. Sie können die erste Schlacht eben so gut verlieren, wie sie für die andere Seite verloren gehen kann. (Zeichen der Mißbilligung rechts.) Meine Herren, die Weltgeschichte steht nicht still, sie wird hinwegschreiten über Ihr Gewaltwerk, über diesen Nordbund, welcher nichts Anderes bedeutet, als die Theilung, Knechtung und Schwächung Deutschlands; sie wird hinwegschreiten über diesen Norddeutschen Reichstag, der nichts ist, als das Feigenblatt des Absolutismus." (Stürmische Unruhe. Wiederholte Rufe rechts: Herunter von der Tribüne! Was kann er noch sagen!) Präsident Simson: Ich rufe den Redner zur Ordnung!" (Fortgesetzte Unruhe. Neue Rufe: „Herunter von der Tribüne! Zur Ordnung!" — Der Redner verläßt die Tribüne.) Meine Herren, wenn Sie den Dienst des Präsidenten versehen wollen, dann habe ich es nicht nöthig. Ich denke, Sie lassen mir mein Amt! — Ich rufe den Redner zur Ordnung für seine letzte Aeußerung, nachdem ich einer Reihe anderer Aeußerungen ein Maaß von — Geduld entgegengesetzt habe, das ich der Versammlung gegenüber nur dadurch rechtfertigen kann, daß es sich um den Sprecher einer verschwindenden Minderheit handelte. (Beifall.)

Die schamlose Verlogenheit, die cynisch-freche Vaterlandslosigkeit und die demagogische Verhetzungskunst dieser Rede bedarf nur einer Bemerkung. Herr Liebknecht hatte die Stirn, in dieser Rede die Unterstellung seines Freundes Bebel (in der Sitzung vom 24. September 1867 Sten. Ber. S. 84) zu wiederholen, als ob Luxemburg in Folge des Krieges von 1866 oder in Folge der Gründung des „Nordbundes" von Deutschland abgetrennt worden und als ob die „Mäßigung" Deutschlands bei Verzicht Preußens auf dessen rechtlich sehr zweifelhaftes Besatzungsrecht in Luxemburg (auf dem Londoner Kongreß des Jahres 1867, wogegen Luxemburgs Festungsgebiet bekanntlich neutral erklärt und diese Neutralität unter die Garantie der europäischen Großmächte gestellt wurde) eine Schmach für Deutschland sei, feige Nachgiebigkeit gegen die Deutschland überlegene Macht Frankreichs. Herr Liebknecht that beide Behauptungen — für welche Herr Bebel wenigstens noch seine grandiose Unwissenheit in Dingen, über welche er sich ein Urtheil erlaubte, anführen konnte — wider besseres Wissen, da Graf Bismarck am 24. September 1867 auf die Rede Bebels, „nicht um gegen den Herrn

Vorredner, sondern um gegen einen weitverbreiteten Irrthum zu sprechen, zu dessen Organ er sich gemacht hat", (Sten. Ber. S. 84) Folgendes erklärt hatte:

„Er (Bebel) hat gesagt, Luxemburg sei losgerissen von Deutschland seit Begründung der Norddeutschen Verfassung. Das ist thatsächlich nicht richtig. Das Land Luxemburg befindet sich genau in derselben Lage, in der es sich vorher befunden hat, es wird genau nach derselben Verfassung von derselben Dynastie regiert wie früher. Was aufgegeben ist, ist allein das Garnisonsrecht, welches der König von Preußen in Luxemburg übte. Wenn der Herr Redner, indem er daran erinnerte, hier nachträglich das Verlangen aussprechen will, daß wegen der luxemburger Frage hätte Krieg geführt werden sollen, so steht er damit, glaube ich, ziemlich isolirt. (Sehr richtig.)" Nachdem Graf Bismack dann die zweifelhafte Rechtsfrage dargelegt, fuhr er fort (S. 85): „Die deutschen Fürsten haben die Gewohnheit, ihre Heere in den Krieg zu führen oder zu begleiten und in Folge dessen auch in erhöhtem Maße das Bedürfniß, auf dem Schlachtfelde und im Lazarethe dem Krieger in das brechende Auge sehen zu können, ohne sich sagen zu müssen: diesen Krieg hätte ich mit Ehren vermeiden können! (Lebhaftes Bravo!) Diese landesväterliche Erwägung hat Seine Majestät den König von Preußen und seine erhabenen Verbündeten zu der Ueberzeugung geleitet, daß der Krieg zu vermeiden sei, da in der luxemburger Frage weder unsere Unabhängigkeit bedroht, noch ein zweifelloses Recht bestritten wurde, das Recht, welches wir aufgegeben haben, vielmehr ein an sich hinfälliges war, für welches 30-, ja 80 000 Menschen auf das Leichenfeld zu schicken eine Verantwortung war, die der Herr Vorredner und seine Sinnesgenossen unter Umständen vielleicht auf sich nehmen können, die aber ein legitimer Landesherr nicht so leicht übernimmt."

Herr Liebknecht wollte uns aber am 17. October 1867, wenn es auf sein verletztes „nationales" Zartgefühl angekommen wäre, nicht blos gegen die von ihm selbst als uns überlegen erachtete Macht Frankreich in den Krieg hetzen, um „die Unabhängigkeit und Ehre Deutschlands" zu retten, sondern auch gleichzeitig in einen Krieg gegen Rußland und gegen Dänemark — Alles das in der zuversichtlichen Erwartung, daß wir erliegen mußten, wenn wir seinem Rathe gefolgt wären, daß dann der Gang „der Weltgeschichte" nach dem von Herrn Liebknecht so heiß ersehnten Ziele, „dem Hinwegschreiten über diesen Nordbund, über diesen Norddeutschen Reichstag" sich wesentlich beschleunigen müsse. Das war der wahre Grund des Kriegsdurstes dieses edeln deutschen Patrioten! Wie verlogen diese angeblichen patriotischen Beklemmungen des Herrn Liebknecht im Jahre 1867 waren, bewies er überdies auch, zugleich mit Herrn Bebel, im Jahre 1870, wie nachher erzählt werden soll.

Diese ganze schändliche Rede war überdem — um dem Reichstag die gründliche Verachtung dieses Redners zu bezeugen, welcher sonst immer „die Würde des Reichstags" im Munde führt — an

seine Kollegen im Reichstage nur insoweit gerichtet, als diese von ihm persönlich beleidigt wurden, im Uebrigen sprach Herr Liebknecht „zum Volke da draußen“, weil er sich dieses arme Volk dumm genug vorstellte, daß es seinen Worten und Behauptungen glauben werde! Die Wenigen, welche darauf hineinfielen, haben 1870 erkannt, wie treu es Herr Liebknecht mit Deutschland meint. Aber auch sie erhielten schon vorher einen hübschen Beweis seiner Ehrlichkeit.

Am 24. September 1867 nämlich hatte Herr Bebel an der Seite des Herrn Liebknecht im Reichstage darüber bewegliche Klage erhoben (Sten. Ber. S. 84): „daß man acht Millionen Deutsche in der Schwebe hängen läßt, wie es mit den süddeutschen Staaten geschehen ist“. Am 18. Mai 1868 dagegen, als die nationale Partei im deutschen Zollparlament den ersten schüchternen Versuch machte, die Mainlinie zu überbrücken und die „in der Schwebe hängenden süddeutschen Staaten“ mit den verbündeten norddeutschen in eine gesammte deutsche Einheit zusammenzufassen, da rief Herr Liebknecht grimmig: „Jedenfalls gehört die deutsche Frage nicht vor das Zollparlament, sie wird, Gott sei Dank, wo anders gelöst werden“ — er meinte damit (wie wir aus einer zwei Jahre später von ihm gehaltenen Rede hören werden) auf den Barrikaden, „auf dem Schlachtfeld“, zwischen ihm und uns. Ja, an demselben 18. Mai, als Josef Völk sprach: „Es ist Frühling geworden in Deutschland“, und Bismarck rief: „Der Appell an die Furcht findet in deutschen Herzen niemals ein Echo!“ auch da besaß Herr Liebknecht immer noch die Standhaftigkeit, von der „Abtretung (!) Luxemburgs“ zu sprechen und zu versichern: „M. H., national gesinnt, d. h. von dem Wunsche durchglüht, daß die ganze Nation auf freiheitlicher Basis geeinigt wäre, das sind gerade wir, die demokratische Partei.“ Sten. Ber. des D. Zollparl. 1868, S. 261, Sp. 2.)

Das Jahr kam heran, welches ihn beim Wort nehmen und — ihn des Wortbruchs und der Lüge überführen sollte: das Jahr 1870!

---

2. Im Sommer 1870.

Am 17. Juli 1870 erhielten wir Abgeordneten zum norddeutschen Reichstage*) das als „wichtige Staatsdepesche" mit größter Beschleunigung an uns bestellte Telegramm: „Der Reichstag des Norddeutschen Bundes tritt den 19. Juli, Mittags 1 Uhr, in Berlin zusammen. Der Bundeskanzler v. Bismarck." Bis dahin hatten wir noch immer gehofft, der Krieg werde vermieden werden. König Wilhelm war freilich bereits von Ems nach Berlin zurückgekehrt. Die Scenen in den französischen Kammern vom 15. Juli, bei welchem sich der verblendete Kriegsrausch und die meineidige Lüge ein wüstes Stelldichein gaben, waren vorüber. Die deutsche Mobilmachungsordre war erlassen — aber dennoch glimmte noch eine letzte Friedenshoffnung. Mußten doch Alle die schwersten Opfer bringen. Mußte doch meine gute greise Mutter ihren Jüngsten, mußten doch wir Geschwister den Bruder zur Fahne stellen. Nach Empfang der Depesche Bismarcks war kein Zweifel mehr an dem äußersten Ernste. Die ehernen Würfel, welche vielleicht Hunderttausenden das Todesloos bedeuteten, waren gefallen. „Sind Sie einberufen?" hatten mich zahlreiche Freunde bis zu dieser Stunde gefragt. Als ich ihnen jetzt schweigend Bismarcks „Ordre" vorwies, war ich allein. Sie eilten ihr Haus zu bestellen. Ich that dasselbe und folgte dann meiner „Ordre". Den Bruder konnte ich nicht mehr sehen.

Auf dem Wege nach Berlin starrten alle Eisenbahnen und Chausseen, alle Straßen und Plätze von jungen Männern, welche gehobenen Herzens zur Fahne eilten. Gewaltige Züge, mit Geschütz und Munition beladen, brausten an uns vorüber nach Westen. Fast sämmtliche Abgeordnete waren schon am 18. Juli in Berlin eingetroffen. Das Wiedersehen der Männer, mit welchen man als Freund oder Gegner jahrelang im parlamentarischen Kampf gestanden hatte, war herzbewegend. Es gab keine Parteien mehr — nur Deutsche! Und uns hatte die Nation auf den höchsten Ehrenposten gestellt und durfte von uns erwarten, daß wir unsere verdammte Schuldigkeit voll und ganz thun würden. Ich glaube, wir thaten sie. Jeder von uns versäumte am häuslichen Herd jetzt Stunden, welche vielleicht keine Ewigkeit zurückbrachte. Aber das Opfer wurde gern geboten.

Noch am Abend des 18. Juli traten sämmtliche Fraktionen fast zu gleicher Stunde zu ihren Berathungen zusammen. Unser Frak-

*) Ich folge bei Darstellung dieser Ereignisse meinen Tagesaufzeichnungen aus dem großen Jahr und den stenographischen Berichten und Drucksachen des Reichstags.

tionsgenosse Miquel erhielt den Auftrag, im Namen des ganzen Reichstags die Adresse zu entwerfen, mit welcher das Parlament die morgen zu erwartende Thronrede beantworten wollte. Alle Fraktionen beschlossen, die Geld- und Kreditforderungen der Regierung einstimmig und ohne Debatte zu bewilligen, ebenso alle sonstigen Vorlagen des Bundesraths. Die wenigen verbitterten Kollegen, welche in dieser großen Erhebung des deutschen Gemeingefühls angereist kamen mit dem Vorsatz, auch jetzt noch den alten Stank und Zank ihres Grolles zu erneuern, wie der alte stumpfe Welfe Ewald, welcher einst neben meinem von ganz Deutschland verehrten Lehrer Professor Eduard Albrecht am Siebengestirn der Göttinger geglänzt hatte, wurden von der klugen kleinen Excellenz Windthorst und anderen gescheuten Freunden zur schleunigen Heimkehr bewogen. Von der „glühend" betheuerten Vaterlandsliebe der Herren Bebel und Liebknecht erwartete man dieselbe Zurückhaltung; auf unserem Bureau waren sie nicht gemeldet worden und auch dem ersten Tage unserer Sitzungen, am 19. Juli, blieben sie fern. Aber man täuschte sich.

Am 19. Juli Morgens vereinigte ein feierlicher Gottesdienst im Berliner Dom vor der Eröffnung des Reichstags den Hof, das Bundeskanzleramt, die Mitglieder des Bundesraths, die preußischen Minister, die Abgeordneten, auch die meisten katholischen Kollegen, welche in dieser weihevollen Stunde lieber die deutsche Kanzelrede als ihre lateinische Messe hörten. Der Ober-Hofprediger Dr. Hoffmann sprach ergreifend und begeisternd über den Bibeltext: „Mit Gott wollen wir Thaten thun." Der ehrwürdige König Wilhelm war vom Grabe seiner theuern Mutter, welche heute vor 60 Jahren starb, eben zurückgekehrt und unter uns getreten. Er hatte das deutsche Schwert gezogen gegen denselben Erbfeind, welcher seiner erlauchten Mutter einst das Herz gebrochen hatte, und welcher nun abermals alles deutsche Volk gegen sich in Waffen rief. Der ehrwürdige Monarch saß tief erschüttert unter den Andächtigen. Moltke hatte bescheiden, wie immer, auf der hintersten Bank der Kirche Platz genommen, unter den Abgeordneten, zu denen er sich ja zählen durfte. Sein ruhig strahlendes Auge verrieth nichts von der Schwere und Größe der Aufgabe, welche das Vertrauen seines Königs und Vaterlandes in diesen Tagen der Entscheidung in seine feste Hand gelegt hatte. Bismarck ragte auf der Emporkirche um Haupteslänge über die Mitglieder des Bundesrathes hervor und blickte, mit milder Andacht in den ehernen Zügen und blanken Augen, vor sich nieder.

Nach der Kirche fand sofort die feierliche Eröffnung des Reichstags im Weißen Saale des Königsschlosses statt. Die Bevölkerung Berlins, welche sonst diesen Staatsaktionen geflissentliche Gleich-

gültigkeit entgegensetzte, sperrte jetzt zu Tausenden alle Zugänge zum Schlosse, und begrüßte den König, Bismarck, Moltke, Roon, Steinmetz, Vogel von Falckenstein und die bekanntesten Abgeordneten mit lautem, begeistertem Zuruf. Die Thronrede unseres ehrwürdigen Bundesfeldherrn war ein Meisterwerk Bismarcks, eine der großartigsten Staatsschriften der gesammten deutschen Geschichte. Der hohe Herr las die Rede mit tiefbewegter, häufig fast versagender Stimme, aber neunmal unterbrach ihn der jubelnde Beifall der ganzen Versammlung, einschließlich der Tribünen, auf Minuten.

Unmittelbar nach dieser weihevollen Stunde, Nachmittags 2 Uhr, schritt der Reichstag zur Eröffnung seiner Sitzungen. 230 von 280 Abgeordneten waren anwesend. Einige der pflichttreuesten Kollegen, wie Lasker und v. Kirchmann, weilten in südlichen Gebirgen, und fanden keine Bahnzüge mehr nach Norden, denn es gab nur noch solche nach Westen. Der edle treue Twesten schrieb von seinem Sterbelager, wie schmerzlich es ihm sei, unsern Verhandlungen fern bleiben zu müssen. Auch die nationalgesinnten Lasalleaner waren vollständig anwesend. Die Kommunisten Liebknecht, Bebel, Schraps u. s. w. fehlten. Noch glaubte man, ihr Fehlen sei einem Funken ihrer Erkenntniß zu danken, daß sie in solcher Stunde in die Versammlung pflichttreuer deutscher Abgeordneter nicht gehörten.

Noch während Präsident Simson die geschäftlichen Mittheilungen des Hauses erledigte, war der Bundeskanzler Graf Bismarck eingetreten, allen auffallend durch die fast jugendliche Raschheit und Kraft seiner Bewegungen und die stolze Freude, welche aus seinen Augen leuchtete. Kaum hatte er Platz genommen, als ihm auch schon Präsident Simson das Wort ertheilte. Sofort verstummte die geräuschvolle Erregung der Versammlung. Lautlose Stille trat ein. Dennoch aber vermochten unter dem nun plötzlich ausbrechenden Sturm der Begeisterung nur die Stenographen vor Bismarck den einzigen Satz ganz zu verstehen, welchen er sprach: „Ich theile dem hohen Hause mit, daß mir der französische Geschäftsträger Le Sourd soeben die Kriegserklärung Frankreichs überreicht hat."*) Sowie nur der Sinn des Satzes klar war, erhob sich so unermeßlicher Jubel, Händeklatschen, Bravo- und Hurrahruf im Saale, wie auf den Gallerien der Presse, der Zuhörer, des Bundesrathes und selbst der Diplomatie, daß Niemand mehr die ungestüme Bewegung der deutschen Volksseele hemmen konnte. Der ganze Reichstag hatte sich von den Sitzen erhoben und brauste lange Minuten hindurch auf in jenem „Hurrah!", vor welchem später der Feind bei Weißenburg, Wörth, Metz, Sedan, Champigny, an der Loire wie an der Lisaine Kehrt machte. Droben in der Diplomatenloge aber sah ich einen

*) Sten. Ber. S. 3.

eisgrauen, ehrwürdigen Mann mit scharfgeschittenen, geistvollen, starken Zügen. Er hielt sich jetzt ein Tuch vor die Augen, um die heißen Rührungsthränen zu verbergen. Es war George Bancroft, der große Geschichtsschreiber der Vereinigten Staaten von Nordamerika, ihr Gesandter in Berlin. Ihm mochte in diesem Augenblicke die Erinnerung vor die klare Seele treten, wie vor fast hundert Jahren sein Heimatland, auch in einem Kampfgelübde auf Sein oder Nichtsein, den festen Grundstein legte zur Einheit, Freiheit und Unabhängigkeit seines Staatswesens!

Und nachdem wir am folgenden Tage die Adresse an unsern königlichen Schirmherrn einstimmig angenommen und in einer zweiten Sitzung dessen huldvolle Antwort, aus Bismarcks Munde aber die wunderbare und für die völkerrechtlichen Gewohnheiten beispiellose „Entwicklung dieses Kriegsfalles" vernommen hatten, da gelangte an uns am Vormittag des 21. Juli auch schon ein herzbewegender Beweis der treuen Anhänglichkeit unserer deutschen Brüder aus der Heimat des edlen George Bancroft. 1867 hatten deutsche Frauen und Jungfrauen in New=Orleans dem Reichstag die schöne schwarz=weiß=rothe seidene Fahne gestiftet, welche neben dem Haupte unseres ehrwürdigen Präsidenten herabhing. Jetzt war Simson vor innerer Bewegung seiner Stimme kaum mächtig, als er das Kabeltelegramm der deutschen Männer von St. Louis verlas:

„Der verzweifelte Spieler auf dem französischen Throne hat unter verächtlichen Vorwänden einen Unterdrückungs= und Eroberungskrieg gegen Deutschland begonnen. Die Zeiten von Mélac und dem ersten Napoleon drohen noch einmal. Euer Kampf ist ein Kampf für die Unabhängigkeit aller Nationen und für Euer eigenes nationales Leben ... Mit Stolz und Freude hören wir, daß das deutsche Volk in Nord und Süd für sein Land zu den Waffen eilt, wie ein Mann. Im festen Vertrauen auf Eure Vaterlandsliebe, Eure Stärke und Ausdauer sehen wir für die Sache unseres Geburtslandes freudigen Siegesnachrichten entgegen. Wir haben beschlossen, daß die Deutschen in den Vereinigten Staaten sofort eine Million Dollars zur Unterstützung invalider Soldaten und der Waisenkinder von gefallenen Soldaten aufbringen."*)

So dachten und handelten die Deutschen im fernen Amerika!

Die Herren Liebknecht und Bebel aber, welche inzwischen ihre Sitze als deutsche Abgeordnete eingenommen hatten, dachten und handelten anders! Bei der dritten Berathung des Gesetzes, betreffend die außerordentlichen Geldmittel zum Kriege, welche sich unmittelbar an die ergreifende Mittheilung des Telegrammes aus St. Louis anschloß, erhob sich Herr Bebel zu folgender Erklärung**):

---

*) Sten. Ber. S. 13.

**) Sten. Ber. S. 14.

„Meine Herren! Da ich vernommen habe, daß es der allgemeine Wunsch des Hauses ist, daß über den vorliegenden Punkt keine allgemeine Debatte eröffnet wird, so erkläre ich im Namen des Abgeordneten Liebknecht und meiner Person, daß auch wir unsererseits, obgleich wir über diese Vorlage keineswegs gleicher Meinung sind" (wie Sie), „eine Debatte nicht provoziren wollen, und erkläre ferner, daß wir uns in der vorliegenden Frage (!) der Abstimmung enthalten und die Motive, die uns hierzu bestimmen, in den Akten des Hauses niederlegen werden." Präsident Simson: „Ich kann die beiden Herren an der Abfassung und Einreichung eines solchen Schriftstückes nicht hindern."

Als unmittelbar nachher sich das ganze Haus — ohne durch eine Abfertigung der beiden Franzosenfreunde seine weihevolle Stimmung zu stören und herabzumindern — sich einmüthig erhob, um die Kriegsmittel für das bedrohte Vaterland zu bewilligen, da nagelte Präsident Simson die beiden Menschen bei ihrem herostratischen Thun fest durch die Worte: „Das ist von dem ganzen Hause mit Ausnahme der beiden Herren geschehen, die sich soeben besonders bemerklich gemacht haben." (Heiterkeit.)*)

Der Leser wird nun erkennen, warum die Schilderung dieser Schmachszene eingeleitet wurde durch die bewegten Erinnerungen eines Augenzeugen und Theilnehmers jener großen Tage; warum sie wieder herauf beschworen wurden aus dem Schatten ihrer Grabesruhe unsere theuren großen Todten, welche damals das Schwert Deutschlands führten; warum erneuert wurden alle die ergreifenden Eindrücke jener einzigen Tage, bei deren Wiederbelebung auch heute noch kaum eines deutschen Mannes Auge trocken bleiben wird. Dieser große geschichtliche Hintergrund gehört zu dem Bilde, in dessen Vordergrund diese beiden Führer unserer Sozialdemokratie, des Vaterlandsverrathes überführt, auf dem Armensünderstuhle sitzen!

Ich wiederhole das schwere Wort: des Vaterlandsverrathes überführt! Denn ob die Herren sich darauf festnageln ließen, daß sie sitzen blieben, als der Reichstag die nothwendigen Mittel zur Abwehr des französischen Friedensbruches bewilligte, also sich „der Abstimmung enthielten", wie Herr Bebel vorsichtig beschönigend sagte, oder ob sie diese Mittel durch ein Nein verweigerten, das ist in der Wirkung und für die sittliche Beurtheilung ihres Thuns ganz dasselbe. Denn sie, sie allein, bewilligten eben dem im tiefsten Frieden von Frankreich ruchlos überfallenen deutschen Vaterlande die Mittel nicht, welche nothwendig waren, um Deutschland vor feindlichem Einbruch, vor Verwüstung, Plünderung, Zerstückelung und Fremdherrschaft zu

*) Sten. Ber. S. 14, Sp. 2.

sichern. Sie wollten also Deutschland wehr- und waffenlos, mit gebundenen Händen, den Franzosen überliefern. Das ist der Sinn des Verhaltens der Herren Liebknecht und Bebel am 21. Juli 1870! Und für dieses Verhalten giebt es nur ein bezeichnendes Wort: Vaterlandsverrath. Mit diesem Worte sind die beiden Herren behaftet und gezeichnet bis an ihr Ende!

Ihr Verhalten erscheint aber um so verächtlicher, wenn man damit die früher wörtlich mitgetheilte Rede des Herrn Liebknecht vom 17. Oktober 1867 vergleicht! Damals schäumte der Herr über in angeblich deutschester Empfindung, weil Preußen sein streitiges Besatzungsrecht in Luxemburg aufgegeben hatte, ohne sofort an Frankreich den Krieg zu erklären, damals bezeichnete er es als „Schmach", daß Deutschland nicht losschlug — und jetzt, wo Frankreich unter den nichtigsten, erlogensten Vorwänden an Deutschland den Krieg erklärt hatte, und für Deutschland nur zur Wahl stand, entweder sich zu wehren oder unterzugehen, da versagten die Herren Liebknecht und Bebel uns die Mittel zur Kriegführung — warum? Nun, eben weil sie wollten, daß Deutschland untergehen sollte!

Herr Liebknecht ist ja nie verlegen um Gründe für sein Thun — sie sind ihm so billig wie Brombeeren —, und so hat er denn auch in dem Schriftstück, „an dessen Einreichung Präsident Simson die beiden Herren nicht hindern konnte", Gründe für der Beiden Verhalten anzugeben vermocht, oder eigentlich nur einen Grund, welchen Herr Bebel am 26. November 1870 von der Tribüne des Reichstags verkündete*): „Wir haben damals (im Juli 1870) die Ansicht ausgesprochen, daß wir den Krieg trotz alledem für einen dynastischen betrachten." Nun, wer so etwas von der Lage, in welcher Deutschland im Juli 1870 den Krieg mit Frankreich aufgezwungen erhielt, schreiben oder sagen kann, ohne zu erröthen, der — vermag Wahrheit und Lüge nicht mehr zu unterscheiden.

Aber die beiden Herren und ihr Anhang begnügten sich bekanntlich nicht mit diesem einen Vaterlandsverrath vom 21. Juli 1870. Wir haben noch mehrere von ihnen zu berichten.

Ihr Verhalten im Juli erregte selbst bei ihren Parteigenossen Entrüstung. Wilhelm Bracke in Braunschweig, welcher an der Spitze des „Verwaltungs"-Ausschusses der Partei stand, erließ in seinem und der übrigen Ausschußmitglieder Namen am 24. Juli ein Manifest an die gesammte Partei, welches zwar verworren, aber doch erkennbar patriotische Empfindung und Hingebung verräth. Herr Liebknecht gerieth darüber in grimmigen Zorn. Er

---

*) Sten. Ber. S. 9, Sp. 2.

forderte bei Geib in Hamburg, dem Vorsitzenden der sogenannten „Kontrolkommission" der Gesammtpartei, sofortiges Einschreiten gegen den patriotischen Phrasendusel des Braunschweiger Ausschusses. Bracke rechtfertigte dessen Verhalten in den leidlich verständigen Worten: „Ist das Uebermaß von Nationalgefühl, wie das Uebermaß von Partikularismus zu tadeln, so ist's ein Gleiches mit dem Uebermaß von Kosmopolitismus. Alle drei Dinge sind berechtigt und es muß eben die nöthige Harmonie zwischen ihnen hergestellt werden. Bebel und Liebknecht haben uns die Herzen entfremdet. Fährt Liebknecht in dieser Weise fort, so haben wir am Ende des Krieges nur noch ein Dutzend eingefleischter Sozialrepublikaner." Die Prophezeihung ist buchstäblich eingetroffen: Die vaterlandslose Haltung der Herren Bebel und Liebknecht hat ihre Partei 1870 vom Schauplatz des politischen Lebens einfach hinweggefegt! Bei den Reichstagswahlen zum ersten deutschen Reichstag 1871 wurde einzig Herr Bebel gewählt.

Mit nichten aber beugte sich Herr Liebknecht der verständigen Warnung Bracke's. Er bekümmerte sich nicht im Geringsten um den Ausschuß in Braunschweig, welchem die „Ueberwachung" des von Herrn Liebknecht geleiteten Parteiorgans „Der Volksstaat" zustand, noch um die „Kontrolkommission" in Hamburg, sondern ließ seinen wilden Preußen- und Vaterlandshaß unbeschämt im „Volksstaat" austoben. Kleinlaut schrieb Bracke daher am 1. September an Geib von der „Monarchie Liebknecht und den Strohpuppen" und unterwarf sich zur Beilegung seines Streites mit Liebknecht thörichterweise einem Schiedsspruch von Karl Marx. Selbstverständlich nahm der rothe Dalai Lama der „Internationale" Partei für seinen gelehrigsten Schüler, Herrn Liebknecht, und bezeichnete alle Deutschen, welche in dieser schwersten Krisis unserer neuen deutschen Geschichte treu zu ihrem Vaterlande hielten, als „Schurken und Narren"! Er forderte sofortigen Frieden mit Frankreich ohne jede Annexion französischen Gebietes und großartige Arbeiterversammlungen in diesem Sinne, damit „die Schurken und Narren ihr tolles Spiel nicht ungehindert weiter treiben" könnten.

Da gleichzeitig mit diesem Schreiben des obersten Willenlenkers der Partei die Nachricht vom Siege von Sedan und von der Verkündigung der französischen Republik in Braunschweig eintraf, so hatte Herr Bracke einen schönen Vorwand für seine Umdenkung gefunden. Am 5. September erließ der Braunschweiger Ausschuß ein neues langathmiges Manifest, in welchem Massenkundgebungen des Volkes „für einen ehrenvollen Frieden mit der französischen Republik und gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen" gefordert wurden. Der größte Theil des Briefes von Karl Marx war dem

Aufruf einverleibt. Versöhnt schrieb Herr Liebknecht aus Leipzig: „In der Hauptsache habt Ihr den Nagel auf den Kopf getroffen! Hurrah!"

Wenige Tage später, am 9. September in der Frühe, wurden die Mitglieder des Braunschweiger Ausschusses auf Befehl des Generals Vogel von Falckenstein verhaftet und in Ketten nach der Festung Lötzen abgeführt. Die Herren Bebel und Liebknecht ereilte leider erst am 17. Dezember das Schicksal, in Leipzig unter der Anklage des Hochverrathes verhaftet zu werden. Sie fanden inzwischen leider noch Zeit, im Norddeutschen Reichstage die häßlichsten Szenen aufzuführen, welche jemals in dieser Körperschaft erlebt worden sind. Aber so empörend diese Szenen sind, welche wir nun wortgetreu nach den stenographischen Berichten darstellen werden, so vernichten sie doch wenigstens endgültig und unwiderleglich die Lüge von der „Vaterlandsliebe" der deutschen Sozialdemokratie!

---

3. Im Winter 1870.

Gegen Ende November 1870 trat der Norddeutsche Reichstag zu seinen letzten Sitzungen zusammen, um eine Anleihe von hundert Millionen Thalern zur Fortführung des Krieges zu bewilligen und die Versailler Verträge mit den süddeutschen Staaten zu genehmigen, und damit die Grundlagen der heutigen deutschen Reichsverfassung zu schaffen. Bekanntlich erfuhren die Vorlagen der Regierung im Laufe der Verhandlungen, aus dem einmüthigen Drange der deutschen Volksseele heraus, nur die eine — durch die Zuschrift des Bundeskanzlers an den Reichstag am 9. Dezember 1870 von der Regierung selbst vorgeschlagene*) — Aenderung: an die Stelle von „Bundesoberhaupt und Bund" die Worte „Kaiser und Reich" zu setzen.

In dieser kurzen, fast von derselben nationalen Begeisterung wie im Juli erfüllten Tagung nun, ergriff Herr Bebel schon in der ersten Sitzung am 26. November 1870, als die neue Kriegsanleihe zur ersten Berathung stand, das Wort zu folgender Rede, an deren Spitze er die dreisten Worte setzte**):

„Ich glaube ein ebenso guter Deutscher und ein ebenso guter Patriot zu sein wie meine Vorredner." Diese vortreffliche deutsche Gesinnung bethätigte Herr Bebel dann weiter durch folgende Säze: „Die Verhandlungen,

---

*) Sten. Ber. S. 151.
**) Sten. Ber. S. 9—13.

die wir in den nächsten Tagen zu pflegen haben, betreffen die sogenannte (!!) Einheit Deutschlands*) . . . Wenn wir eine solche Aussicht haben" (daß Frankreich Wiedervergeltung üben werde), „dann gebietet uns die Klugheit von selbst, daß wir unsere Gegner nicht unnützer Weise verletzen und zur Rache aufstacheln. Das Nationalitätsprinzip ist meines Erachtens ein reaktionäres Prinzip,**) der ganze Patriotismus im Jahre 1870 „viel Geschrei und wenig Wolle" (S. 12, Sp. 1) . . . „Daß wir uns hier nicht in neue Opfer stürzen, daß wir die Opfer nicht unendlich verlängern, Opfer, die doch nur aufgebracht werden können dadurch, daß Diejenigen, die immer mit dem Patriotismus voraus sind in den Worten, erst abwarten, ob ihnen die nöthigen Prozente auch in die Tasche fallen." (Allgemeine Mißbilligung. Zwischenrufe: Pfui! Hinaus mit ihm!) Präsident Simson: „Hat denn der Redner auch gar kein Gefühl dafür — er mag den Werth der Nationalität so hoch oder niedrig veranschlagen, wie er will —, daß er sich herausnimmt, unser eigenes Volk in dieser seiner Vertretung zu beschimpfen?! (Allseitiges Bravo! Großer Lärm. Rufe: Hinaus mit ihm!) Ich wiederhole Ihnen, Herr Bebel, daß, wenn Sie sich in diesem Stile fortzufahren nicht entblöden, ich auf meine Verantwortung vor diesem Hause Ihnen das Wort entziehen werde. (Allseitiges Bravo!) Sie wissen jetzt, woran Sie sind, nachdem ich eine Schonung und Nachsicht ohne Beispiel gegen Sie darum geübt habe, weil Sie hier in so geringer Zahl sind." Bebel (S. 12 Sp. 2): „Herr Liebknecht und ich verlangen eben nicht mehr und nicht weniger als die Ablehnung der Mittel zur Fortführung des Krieges. Wir erwarten, daß Sie dem zustimmen, nicht; es von Ihnen zu verlangen, wäre eine Dummheit von unserer Seite. (Heiterkeit.) Wir sprechen uns dafür aus, daß unserer Ansicht nach der einzig korrekte Weg ist, die Anleihe abzulehnen, und daß es nothwendig ist, eine Aufforderung an den Bundeskanzler zu richten, dahin zu wirken, daß ein Friede mit der französischen Nation, unter Verzichtleistung auf jede Annexion, schleunigst abgeschlossen werde." (S. 13 Sp. 1).***)

Darauf erwiderte Lasker treffend (Sten. Ber. S. 13—14):

„Gewiß keine Versammlung in der Welt würde derartige Reden so lange mit Ruhe angehört haben, als es diese Versammlung den Reden des Herrn Bebel gegenüber gethan hat (sehr wahr). Und das von Herrn Bebel viel gelobte französische Volk würde einem Manne, der in einer französischen

---

*) Sten. Ber. S. 11, Sp. 1.

**) Und welche beweglichen Klagen hatte doch Herr Liebknecht am 17. Oktober 1867 angestimmt über die „schmachvolle Abtretung (!) Luxemburgs", über die „schmachvolle Behandlung unserer deutschen Brüder in den leider noch russischen deutschen Ostseeprovinzen"! Jetzt aber, wo es sich um den Rückerwerb zweier altdeutscher Provinzen handelte, da sagten die Herren Nein!

***) Da in der Anleihe nicht blos die Mittel zur ferneren Kriegführung, sondern auch die Deckung erheblicher, bereits bestrittener Kriegsausgaben gefordert wurden, so hätten Kaiser Wilhelm, Bismarck, Moltke u. s. w. diese Ausgaben aus eigener Tasche bestreiten müssen, wenn diese zwei edlen Patrioten Recht behalten hätten!

Versammlung so deutsch sprechen möchte, wie er in dieser Versammlung französisch gesprochen hat, gewiß nicht angehört haben. (Lebhaftes Bravo.) Die Herren Bebel und Liebknecht bleiben sich treu, wie immer sie sich heute benehmen; denn für ihren selben Sinn suchen sie neue Vorwände und sie finden sie .... Und diese beiden Männer, welche über Gewinn und Belohnung lachen" (welche die Börse an der norddeutschen Bundesanleihe gemacht hatte, siehe oben Bebel Sten. B. S. 12 Sp. 2) „üben doch ihre ideale Thätigkeit gegen Entgelt aus (Heiterkeit), und ihre Leistungen, welche sie als apostolische bezeichnen, erfolgen gegen Diäten. (Heiterkeit, sehr gut!) Welche Verwirrung der Begriffe, wenn diese Herren, welche nach der Natur ihrer Leistungen vielleicht mit geringen Summen sich begnügen müssen (große Heiterkeit), über die Lust am Gewinn die Nase rümpfen!"

Selbstverständlich versetzte diese Rede Herrn Liebknecht in den höchsten Zorn und eben so, daß Karl Braun (Sten. Ber. S. 16—17) sehr treffend darauf verwies, wie die Herren Bebel am 24. September 1867 und Liebknecht am 17. Oktober 1867, in ihren früher mitgetheilten Reden uns mit aller Welt in Krieg verwickeln wollten wegen Luxemburg, Nordschleswig und der Ostseeprovinzen — wenn aber diese Kriege damals von uns unternommen worden wären, würden sie uns die Mittel wohl auch verweigert haben. In grimmiger Wuth, welche sich schon in der maßlosen Form kund giebt, antwortete darauf Herr Liebknecht (Sten. Ber. S. 18—19):

„Nach Sedan hätten Sie die Kaiserposse mit Glanz aufführen können, während jetzt dieser Spaß verdorben ist. Sie würden „die deutsche Einheit" nicht in der bettelhaften Weise haben, wie sie sich jetzt gestaltet. Sie würden nicht, wie jetzt schon konstatirt*) ist, statt des in hohenzollernscher Freiheit geeinigten Altdeutschland, eine verkleinerte und verschlechterte Ausgabe des alten deutschen Bundes bekommen. Damals hat gerade Ihre Partei ... Präsident Simson: „Sie überschreiten im Ausdruck die letzten zulässigen Grenzen. Sie haben zu gewärtigen, daß ich Ihnen das Wort entziehen lasse. Sie dürfen jeden Gedanken hier aussprechen, aber er muß in der Form für eine Versammlung gebildeter Männer mindestens erträglich bleiben!" — Liebknecht: Was die letzte Bemerkung des Herrn Präsidenten betrifft, so ist das, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, das Verfahren eines Schulmeisters, welches mich absolut nicht berührt, wohl aber diesen Reichstag, wenn er es hinnimmt, zu einer Versammlung von Kindern hinabsinken läßt (Große Unruhe)." Durch die darauf folgende moralische Züchtigung seitens des Präsidenten und der Versammlung wird der Redner endlich zu direkter Kaiserbeleidigung hingerissen, indem er schreit: „Ihr Führer (Napoleon) sitzt auf Wilhelmshöhe und ist der Bruder des Königs von Preußen. Es ist wahrlich ehrenwerther, der Bruder des französischen

*) „Konstatirt", „ich konstatire", ist Herrn Liebknecht's Lieblingswort. Die dreistesten Behauptungen und Unwahrheiten leitet er — weniger harmlos allerdings als der selige Münchhausen — stets mit diesen Worten ein.

Volkes und der französischen Arbeiter zu sein, als „der liebe Bruder" des Schurken von Wilhelmshöhe."

Nach diesem schamlosen Mißbrauch der deutschen Redefreiheit durfte dieser „Bruder des französischen Volkes" sich allerdings nicht wundern, außer der abermaligen moralischen und geschäftsordentlichen Züchtigung seitens des Präsidenten Simson auch einen kräftigen Streich von dem Abgeordneten von Blankenburg verabreicht zu erhalten in den Worten:

Die Herren Bebel und Liebknecht haben hier Reden gehalten, welche, wenn sie etwa im französischen Parlament von einem Franzosen gehalten worden wären, dort nimmermehr geduldet worden wären, wahrscheinlich aber die Wirkung gehabt hätten, daß der Redner gewiß nicht mit gesunden Gliedern die Versammlung verlassen hätte. (Sten. Ber. S. 19).

Gleichwohl wagten die Herren Bebel und Liebknecht sogar, einen förmlichen Antrag auf Ablehnung der Kriegsanleihe einzubringen (Sten. Ber. S. 22, Sp. 1): „In Erwägung, daß der Krieg seit dem 4. September 1870" — dem Tage der Errichtung der glorreichen französischen Republik — „nicht ein Vertheidigungskrieg, sondern ein Eroberungskrieg ist (!)" Für diesen Antrag erhoben sich aber nur vier Stimmen.

Je rascher und sicherer nun der Fortgang der Verhandlungen dieses letzten Norddeutschen Reichstages den sozialdemokratischen Patrioten die Gründung von Kaiser und Reich vor Augen rückte, um so unbeschämter und zügelloser tobte ihr — französischer Patriotismus im deutschen Parlament. Am 6. Dezember begann Herr Bebel eine Rede (Sten. Ber. S. 89—91) über die künftige deutsche Reichsverfassung mit den Worten:

„Wenn ich von meinem sozial-republikanischen Standpunkt aus die vorgelegte Verfassung beurtheilen soll"*) und fuhr dann S. 90 fort: „Wie sieht es denn mit der sogenannten Einheit aus? Nicht die Einheitsbestrebungen sind gefördert, sondern es wird dem Partikularismus und Föderalismus" — welcher seit 1866 an Herrn Bebel bis dahin den wärmsten Schutzredner gefunden hatte! — „gelingen, sich in dieser neuen Verfassung mehr und mehr Bahn zu brechen. Also auch in einheitlicher Beziehung ist für das deutsche Volk durch die neue Verfassung kein Vortheil errungen." Man kann wohl nichts Dümmeres und Unwahreres sagen! S. 91 fährt er fort: „Gegen unsere Partei ist mehr oder weniger dieser ganze Krieg geführt" (Heiterkeit) — gegen eine Partei, welche in Folge ihrer Vaterlandslosigkeit allein vor der nationalen Begeisterung dahingeschwunden war, wie eine schmutzige Pfütze unter dem Sonnenstrahl, gegen dieses unsaubere

---

*) Die Herren haben also noch gar keine Ahnung von ihrer verdammten Pflicht und Schuldigkeit, sich als Reichsbürger und Abgeordnete bedingungslos den in Deutschland bestehenden Verfassungsverhälnissen zu unterwerfen.

Nichts sollte der große heilige deutsche Krieg geführt worden sein! — „Indem man (!) siegte, hat man (!) geglaubt, uns zu schlagen, und mit uns natürlich auch das Volk", — das Volk, welches den Krieg selbst geschlagen und die Vaterlandslosen geächtet hatte — „es wird sich aber das Gegentheil herausstellen." Nun, die Wahlen von 1871 gaben dieser prahlenden Flunkerei die Antwort! — „Was der Norddeutsche Bund in vier Jahren in freiheitlicher und wirthschaftlicher Entwickelung geschaffen hat, darüber hinaus wird das Deutsche Reich in den nächsten Jahren und überhaupt nicht kommen!" (S. 91, Sp. 1.) Diese Worte, gemessen an der gewaltigen Gesetzgebung des Deutschen Reiches seit 1871, drücken die selbstzufriedene Einsicht dieses rothen Propheten in ihr klägliches Nichts hinunter! — „Aber alle diese Täuschungen", fuhr Herr Bebel fort, „müssen meiner Ansicht nach eintreten, wenn es in Deutschland überhaupt besser werden soll. Erst wenn das Volk einsieht, daß es von seinen Regierungen, von seinen Fürsten nichts zu hoffen hat, daß aller Krieg, der geführt wird, immer nur gegen seine Interessen geführt wird, dann wird es besser werden; das Volk wird zur Selbsterkenntniß kommen, das Volk wird anfangen denken zu lernen" — es hatte also nach Herrn Bebel die großartigste nationale Bewegung seiner neueren Geschichte durchgeführt, ohne nur „denken gelernt" zu haben! — „Und, m. H., das Resultat wird sein, daß das Volk begreift und einsieht, daß es von seinen Fürsten, von seinen Regierungen nichts zu erwarten hat, daß es nur gestützt auf seine eigene Macht, auf sein eigenes Selbstbestimmungsrecht, eine neue Verfassung sich schaffen muß: daß, mit einem Worte, das Endziel des deutschen Volkes einzig und allein die Beseitigung der Monarchie und die Begründung der Republik sein kann und muß."

Herr Bebel erhielt auf diese vaterlandslose blanke Revolutionsrede eine Abfertigung seitens des Herrn Abgeordneten Wagener (Neustettin), welche die wohlverdiente Brandmarkung einleitete, die gegen das Ende dieser Reichstagstagung an den beiden Vaterlandsfeinden im offenen Parlament vollzogen wurde. Aber wir werden diesen interessanten Vorgang am Schlusse dieses Abschnittes darstellen und lassen hier zunächst die Hauptsätze aus jener den Worten des Herrn Bebel ebenbürtigen Schmachrede des Herrn Liebknecht über Kaiser und Reich folgen (in der Sitzung vom 9. Dezember 1870, Sten. Ber. S. 152—154). Er sagte u. A.:

„Ich und meine Freunde sind wesentlich außerparlamentarisch, gegenparlamentarisch" (er hätte vielleicht auch sagen können unparlamentarisch). „Wir wissen, daß die politischen Kämpfe, die Deutschland jetzt bewegen, Machtfragen sind, daß diese Machtfragen auf einem anderen Gebiete gelöst werden, als auf dem parlamentarischen, als in diesem Reichstage. Dieser ganze Reichstag sammt dem Norddeutschen Bunde, dessen Verzierung der Reichstag blos ist, ist das Produkt eines Rechtsbruchs, eines von einer absoluten Macht ausgegangenen Rechtsbruchs. Blos dadurch, daß das Volk durch eine Aktion" (d. h. natürlich Revolution) „seine Souveränität zur Geltung bringt" — jene „Souveränität", welche nur in Herrn Liebknechts Einbildung, aber keineswegs von Rechts wegen in Deutschland besteht —

„daß es die Macht der Fürsten bricht, mit anderen Worten durch eine Bewegung von unten herauf, kann allein die Einigung des gesammten Deutschlands bewerkstelligt werden. Sie kann nicht bewerkstelligt werden durch die Fürsten, sondern blos gegen die Fürsten, denn die deutschen Fürsten sind das Hinderniß dieser Einheit. Wir haben begriffen, daß hier blos eine Komödie gespielt wurde . . . Die Interessen des Hauses Hohenzollern, die wesentlich dynastische sind, stehen in diametralem Gegensatz mit den Interessen des deutschen Volkes (S. 153) . . .

Die Krönung des neuen deutschen Kaisers, um ihr eine würdige symbolische Bedeutung zu geben, sie wäre vorzunehmen da draußen auf dem Gendarmenmarkt. Das ist der passendste Ort für die Krönung des modernen Kaisers, denn dieses Kaiserthum kann in der That nur durch Gendarmen aufrecht erhalten werden. (S. 154.)

Das, was in unserer Macht liegt, wird geschehen, um dieses Reich zu bekämpfen, wir erfüllen blos unsere Pflicht, indem wir ihm den Krieg erklären. (S. 154.)

Im Jahre 1849 haben wir uns auf dem Schlachtfelde gegenüber gestanden (oh, oh!). Nicht in diesem Reichstage wird die deutsche Frage gelöst, sie wird zwischen uns auf dem Schlachtfelde gelöst werden." (S. 154, Sp. 2.)

Selbstverständlich war diese Schmachrede durch häufige Empörung der Versammlung und durch wiederholten Ordnungsruf des Präsidenten Simson unterbrochen worden. Herr Liebknecht hatte sich erdreistet, wie schon oben einmal nachgewiesen wurde, sich wie ein unerzogener Knabe gegen das parlamentarische Zuchtrecht des ehrwürdigen Präsidenten Simson unanständig aufzulehnen, und nun, am Ende der Rede, spielte sich zwischen Simson und dem Herrn, welcher sich stets in jeder Sitzung und vor dem armen bethörten „Volke" als der einzige Hüter der „Würde des Reichstages" geberdet, folgende Szene ab (Sten. Ber. S. 154):

Präsident Simson: Ich bleibe bei meinem Ordnungsrufe, obwohl die Geschäftsordnung eine Bestätigung durch den Redner nicht kennt. (Lebhaftes Bravo.)

Liebknecht: Ich bescheide mich dabei. Bei der geringen Bedeutung, die ich diesen Dingen beilege, stehe ich von jedem weiteren Worte ab. (Verläßt die Tribüne.)

Präsident Simson: „Diese geringe Bedeutung der Geschäftsordnung für den Herrn Redner hat für mich gar nichts Auffallendes. Die Geschäftsordnung ist für Männer geschrieben, die es für eine Ehre halten, dieser Versammlung anzugehören (Lebhaftes Bravo) und ihr nach Kräften Ehre zu machen. Wer diese Intention nicht hat, für den ist die Geschäftsordnung allerdings nur ein leeres Wort." (Sehr richtig.)

Und nun wenden wir uns zu der Brandmarkung, welche durch die vaterlandslose Haltung dieser beiden „deutschen" Abgeordneten herbeigeführt und — Dank ihrem eigenen Ungeschick — sogar mit

ihrer eigenen Hand an ihnen selbst vollzogen wurde. Sie war der würdige Lohn ihrer Schmachreden und die dramatisch untadelige Katastrophe, welche über diese „Helden“ hereinbrach, nachdem sie so unerhörte Skandalszenen heraufbeschworen und in diesen ihre Skandalorgien gefeiert hatten.

Nach der oben mitgetheilten „Revolutionsrede“ des Herrn Bebel nämlich (vom 6. Dezember 1870, Sten. Ber. S. 89—91), erklärte der Abgeordnete Wagener (Neustettin), Sten. Ber. S. 91, Sp. 2, Folgendes:

„Ich werde den Herren“ (Bebel und Liebknecht) „nicht antworten. Denn wie ich aus der mir soeben zugestellten „Börsenzeitung“ ersehe, haben die Herren bereits ihre Antwort erhalten, und zwar durch eine Adresse des französischen Konsuls in Wien, des Herrn Lefaivre (hört! hört!), der diesen Herren den Dank der französischen Republik für ihr edles Auftreten in dieser Versammlung ausgesprochen hat. (Lebhafter Ruf: Hört, hört! Pfui!)“

Darauf erklärte Herr Bebel (Sten. Ber. S. 107, Sp. 2):

„Nach meiner Ueberzeugung ist dieser Brief weiter nichts als eine elende Mystifikation, welche vom preußischen Preßbureau ausgeht, und weiter keinen Zweck hat, als gegen den Abgeordneten Liebknecht und mich die öffentliche Meinung in Deutschland aufzuhetzen.“

Damals besaß Herr Bebel und Herr Liebknecht, in dessen Namen Jener mitsprach, also noch das Gefühl deutscher Scham, welches bekannte, daß derjenige deutsche Abgeordnete ein Schmachgeselle sei und der öffentlichen Verachtung mit Recht preisgegeben werde, welcher von dem feindlichen Staate, mit welchem Deutschland damals Krieg führte, eine „Dankadresse“ für die Haltung dieses deutschen Abgeordneten im deutschen Reichstag empfangen oder gar annehmen könnte.

Auch am folgenden Tage, am 7. Dezember, blieb Herr Bebel noch auf diesem ehrenwerthen Standpunkt stehen. An diesem Tage erklärte nämlich der Abgeordnete Wagener (Sten. Ber. S. 109, Sp. 1 und 2):

„Die Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ hat mir geschrieben, daß die Adresse (des französischen Konsuls in Wien an die Herren Bebel und Liebknecht) zuerst abgedruckt ist in der „Wiener Tagespresse“ vom 4. Dezember d. J. Die „Wiener Tagespresse“ gilt hier als ein welfisches Organ und gehört notorisch zu denen, die unter den Wiener Blättern am meisten auf Preußen schimpfen, und, meine Herren, das will viel sagen.“

Darauf erwiderte Herr Bebel in der nämlichen Sitzung (Sten. Ber. S. 136, Sp. 1), er bleibe dabei, daß der Brief im preußischen Preßbureau fabrizirt sei.

„Ich habe hinlänglich Gelegenheit gehabt,“ fährt er fort, „kennen zu lernen, welche Art und Weise beliebt wird, wenn es gilt, die öffentliche Meinung für irgend eine Sache zu gewinnen, d. h. sie zu fabriziren und irre zu führen. Ich zweifle daher nicht daran, daß Diejenigen, die ein Interesse

daran hatten, einen solchen Brief gegen mich und den Abgeordneten Liebknecht zu veröffentlichen, dessen Urheber sind."

Am 10. Dezember erklärte dagegen plötzlich Herr Bebel (Sten. Ber. S. 181, Sp. 1 und 2):

„Gestern Morgen wird mir aus meiner Heimat Leipzig angezeigt, daß dort unter meiner Adresse ein solcher Brief (von dem französischen Konsul Lefaivre in Wien) angekommen sei. (Ruf: Aha!) Ich muß nun allerdings hier konstatiren, daß der Wortlaut des Briefes genau mit dem übereinstimmt, der in den Zeitungen veröffentlicht worden ist. (Ruf: Aha! Sensation.) Ich werde mich selbstverständlich an den Herrn in Wien selbst wenden und mir Auskunft erbitten, ob er einen Brief dieses Inhalts an mich geschickt hat. Sollte dies der Fall sein, so stehe ich allerdings nicht an, in meinem Namen sowohl als in dem des Abgeordneten Liebknecht zu erklären, daß wir den Brief acceptiren." (Sensation und lautes Murren.)

Wir lassen den Vorhang über den beiden Herren gnädig fallen.

Es giebt auch einen, unter dem Schutze der Redefreiheit des deutschen Reichstagsabgeordneten und vor dem ordentlichen Richter zwar straflosen, aber vor dem Richterstuhl des deutschen Volkes unverjährbaren und mit lebenslänglicher Verachtung bestraften Landesverrath!

Daß die gekennzeichneten beiden Herren, mit den Lassalle'schen Sozialdemokraten Fritzsche, Hasenclever, Mende, Schweitzer bei der Schlußabstimmung über das Verfassungswerk gegen Kaiser und Reich (Sten. Ber. S. 181/2) und gegen die Adresse an den Kaiser (Sten. Ber. S. 183) stimmten, bedarf keiner besonderen Erwähnung.

Ihre elende Haltung konnte natürlich die aus dem heiligsten und rumreichsten Kampfe erwachsene Erhebung des deutschen Volkes nicht trüben, von welcher der ehrwürdige Präsident Simson sagte: „Verschwunden war in der Erhebung der Nation was uns bisher trennte und zerriß. Der alte Fluch hat sich gelöst, und die beseligende Gewißheit davon verbürgt uns eine Zukunft segensvoll und gedeihlich für die Werke des Friedens."

Keine vaterlandslose Sozialdemokratie wird uns auf diesem Heilswege jemals aufhalten! Sie wird „zerschmettert" werden, wie 1870, wenn sie jemals den Versuch wagen sollte!

---

4. Die gefälschte Emser Depesche vom 13. Juli 1870.

Eine Legende. Erfunden von Herrn Wilhelm Liebknecht.

Vielleicht kennen unsere Leser den köstlichen Roman des amerikanischen Humoristen Bailey Aldrich „Prudence Palfrey". Der von allen jungen und jüngeren Damen eines kleinen weltfernen nordamerikanischen Städtchens Rivermouth schwärmerisch, von dem gesammten Kirchenrath andächtig verehrte junge angebliche „Pastor" der „Ziegelkirche" verduftet plötzlich aus dem Gesichtskreis in dem Augenblicke, wo er als — Minendieb entlarvt ist. Die Plötzlichkeit der Abreise des Herrn kennzeichnet unser Humorist an der Zurücklassung aller Bezugsquellen der von ihm abgeschriebenen Predigten, aller ihm geopferten zarten Handarbeiten u. s. w.*)

So etwas muß für den Betreffenden und die Betroffenen recht unangenehm sein. Aber noch weit unangenehmer stelle ich mir die Lage eines Menschen vor, welcher mit dem Bewußtsein schwerster Verschuldung auf dem Gewissen — auf dem Gewissen, welches auch die frivolste materialistische Weltanschauung dem Menschen nicht hinwegeskamotirt — die Hand ausstreckt vor versammeltem Volke nach dem Höchsten und Größten, was dieses Volk Jedem verleihen kann: sein Vertrauen, seine Stimme zur Würde eines Abgeordneten, seinen Entschluß, diesen Mann zum Führer und Fürsprech aller gemeinsamen Interessen zu wählen — und wenn dieser innerlich unglückselige, bejubelte Führer jeden Augenblick befürchten muß, daß irgend ein schlichter Mann aus dem Volke auftritt und die schwere Schuld, welche das Innere des Führers ungesühnt birgt, den vernichtenden Gegensatz zwischen dem, was der Mann sein will, und dem, was er wirklich ist, vor allem Volk laut verkündet, und der gefeierte Führer dann nicht fliehen kann, unter schleuniger Zurücklassung aller seiner aus Karl Marx abgeschriebenen Reden und aller ihm geopferten „Schweißgroschen".

In einer solchen Lage befindet sich aber Herr Wilhelm Liebknecht an jedem Tage seines Lebens, insbesondere in jeder öffentlichen Versammlung, in welcher, außer der großen Masse von jungen, meist noch gar nicht wahlfähigen Schnüffeln, auch ältere Männer sich einfinden, welche einst ihres Königs Rock im Kriege gegen

*) Der Roman kann übrigens in keiner Weise als Herabwürdigung des geistlichen Standes ausgelegt werden. Wenn dieser begnadete Humorist überhaupt eine Satire hätte schreiben wollen, so wäre der Roman eine Satire auf die Verweltlichung und Veräußerlichung des kirchlichen Wesens seiner nordamerikanischen Heimat zu benennen.

Frankreich getragen haben oder sonst anwesend sind als lebendige, klarbewußte Zeugen dessen, was in jener großen Zeit geschah, und auch wissen, wie Herr Liebknecht und seine Freunde sich damals benommen haben. Wenn diese Aelteren dann ihre machtvolle Stimme erheben, so erinnern sich wohl auch die Jüngeren an eine Fülle von Beweisen für die unbeschämte Vaterlandslosigkeit des gefeierten „Volksführers" aus jüngeren Tagen.

Dem Präsidenten Simson und dem Reichstag gegenüber gab sich Herr Liebknecht zwar, wie wir sahen, den Anschein, als ob „er diesen Dingen eine geringe Bedeutung beilege", als ob ihn Bismarcks „Gefühl der Wurschtigkeit" ergreife, wenn man ihm die Beweise für seine Vaterlandslosigkeit, für seine Versündigung an den heiligsten Interessen und Rechten unseres Volkes und Vaterlandes beibringt, welche er seit 1867 bis heute immer verschuldet hat, insbesondere aber in unserer höchsten Noth im Jahre 1870.

Aber wie der dreiste Mund und die unbeseelte Feder des Herrn Liebknecht auch immer spotten mögen über so „engherzige bürgerliche Angriffe" auf seine werthe Person und sein allerwerthestes Verhalten — sein Gewissen läßt ihm doch keine Ruhe! Herr Liebknecht möchte sich so gern entlasten vor diesem unbequemen Mahner, welchen er mit seinem schönsten Materialismus nicht los wird, weil er ein Mensch ist (auch wenn er sich selbst, in seiner materialistischen Weltauffassung, nur der höchsten Thiergattung zuzählen mag, wie auch Herr Bebel in seinem Buche „Die Frau" sich nur für eines der höchsten Thiere hält). Diesen Mahner vermag Herr Liebknecht auch mit seiner schrankenlosesten Vaterlandslosigkeit nicht zu bezwingen, weil das deutsche Blut seiner Aeltern, seiner Heimat ihm in den Adern rollt. Deshalb ist Herr Liebknecht seit 21 Jahren lebhaft, aber vergeblich bemüht, Betäubungsmittel für die vorwurfsvolle Stimme seines Gewissens aufzuspüren, und namentlich bemüht, eine Legende zu schaffen, welche jene dreiste Behauptung rechtfertigen soll, unter deren Vorwand er und Herr Bebel im Juli 1870 als Abgeordnete dem deutschen Vaterlande die Mittel verweigerten, sich gegen Frankreich zu wehren.

Diese dreiste Behauptung gipfelte, wie früher an Herrn Bebels eigenen Worten nachgewiesen wurde, in der bis dahin beweislosen Unterstellung, daß der deutsch-französische Krieg 1870, „trotz alledem", wie Herr Bebel vorsichtig einschaltete,*) „ein dynastischer" gewesen sei, auch auf deutscher Seite, d. h. ein von Deutschland nur für die Interessen des preußischen Königs- und Kaiserhauses geführter Krieg, ein in dessen Interesse durch die Diener der deutschen Krone, oder gar durch diese selbst, frevent lich verschuldeter

---

*) Sten. Bericht des Reichstags, 26. Nov. 1870, S. 9, Sp. 2.

Krieg, welcher nur durch die Rücksicht auf diese „dynastischen“ Interessen des obersten deutschen Fürstenhauses zum Ausbruch kam, nicht durch den kriegerischen Willen, nicht durch die Anmaßung und Ueberhebung des französischen Volkes und seiner damaligen Regierung.

Das aber, genau das, behauptet Herr Liebknecht seit 21 Jahren. Er hat sich dafür eine eigenartige Legende ersonnen.

Er behauptet: der ganze französisch-deutsche Krieg sei nur ausgebrochen in Folge einer angeblichen Depesche aus Ems vom 13. Juli 1870, welche besagte, daß König Wilhelm den französischen Botschafter Grafen Benedetti nicht weiter empfangen und hören wolle. Diese von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlichte Depesche habe Bismarck „gefälscht“, d. h. in der Hauptsache anders gestaltet, als sie in Wirklichkeit lautete — und durch die Versendung dieser „gefälschten Depesche an die preußischen Gesandtschaften bei den auswärtigen Mächten habe er den Krieg zum Ausbruch gebracht, da Frankreich, wenn diese unglückselige gefälschte Depesche nicht plötzlich aufgetaucht wäre, in seiner himmlischen Friedensliebe nicht daran gedacht haben würde, dem deutschen Volke den Frieden zu rauben. Bismarck aber, der Mann von „Blut und Eisen“, der „rechtverachtende Staatsmann“ u. s. w., wie ihn Herr Liebknecht bis zum heutigen Tage in seinen Blättern und Schriften immer benannt hat, dieser „Junker“, habe die Emser Depesche nur aus „dynastischem“ Interesse so gröblich „gefälscht“.

Da Herr Liebknecht nun aber aus reichen Erfahrungen weiß, daß seinen eigenen „Enthüllungen“ — z. B. seinen dreisten zahlreichen Angriffen auf unsere mustergültige Postverwaltung wegen angeblicher Verletzung des Briefgeheimnisses — stets nur allgemeiner Unglaube und entrüstetes Murren folgt, so hat er sich die Schwurzeugen für diese seine Legende, welche er zunächst mal aus dem Stegreif dichtete, ohne irgend welche Beweise dafür zu haben, später überall aufgesucht, wo er solche zu finden vermeinte. Sein Hauptgewährsmann ist bis zum heutigen Tage der verlogenste und, sowohl seiner amtlichen Stellung wie seiner unwahren Natur nach, unglaubhafteste Darsteller der deutsch-französischen Verwickelung, der Duc de Gramont, von dessen Buch „la France et la Prusse“ wir später noch reden werden.

Aber auch wenn auf deutschem Boden irgend etwas geschrieben wurde, was nach Herrn Liebknechts Auffassung ein Wässerlein auf seine Fälschungsmühle gab, so beeilte er sich, jedes Tröpfchen sorgfältig aufzufangen. Freilich mit einem für ihn sehr unangenehmen Erfolg.

Er wurde nämlich solchenfalls gerichtlich überführt, daß er die Unwahrheit gesagt habe, indem er Leute, welche sich einer größeren

Glaubhaftigkeit beim deutschen Volke erfreuen, als Herr Liebknecht, als Gewährsmänner für die von Herrn Liebknecht selbst erfundene Legende anführte. So geschah es ihm 1876 seitens des Leipziger Gerichtsamtes und Bezirksgerichtes, als er den Verfasser dieser Zeilen in verschiedenen Blättern und in einer öffentlichen Rede in Stollberg (Sachsen) dadurch verleumdete, daß er behauptete, „ich hätte in den damals von mir redigirten „Grenzboten“ geschrieben: „Fürst Bismarck habe die Emser Depesche gefälscht.“ Herr Liebknecht wurde damals in zwei Instanzen zu 300 Mk. Geldstrafe und zur Veröffentlichung des Strafurtheils in zwei Zeitungen rechtskräftig verurtheilt und durch die Urtheile beider Instanzen festgestellt, daß ich eine Aeußerung der Art, daß Fürst Bismarck die Emser Depesche „gefälscht“ habe, in dem von Herrn Liebknecht beigebrachten Artikel der „Grenzboten“ (von 1871) nicht gethan hätte.*)

Trotz dieser von der Berufungsinstanz, welche von Herrn Liebknecht allein angegangen wurde, als sehr milde bezeichneten Bestrafung für eine so schwere Verleumdung, besitzt nun Herr Liebknecht die eigenartige Standhaftigkeit, im heutigen amtlichen „Centralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands“, dem „Vorwärts“ vom 5. Mai d. J., diese Verläumdung ungeheuerlich noch dahin zu verstärken:

> Und nach dem Krieg . . . schrieb der bekannte Hans Blum, Fürst Bismarck habe ihm anvertraut, daß er selbst (Fürst Bismarck) die Emser Depesche gefälscht habe, um die Franzosen zur Kriegserklärung zu zwingen. Der Redakteur des „Volksstaat“, Liebknecht, veröffentlichte dies. Wegen dieses Artikels wurde er von Hans Blum — nicht von dem Fürsten Bismarck — verklagt und Liebknecht zu einer Geldstrafe von 360 Mark (in Wahrheit nur 300 Mark und zu 67 Mark Kosten) verurtheilt.

Welche Folgen diese ungeheuerliche Verleumdung für Herrn Liebknecht haben wird, kann hier ganz unerörtert bleiben. Aber der Vorgang zeigt, wie die vis calumniatoria — der Hang zur Lüge — in dem Herrn im Laufe der Jahre gewachsen ist. Im Jahre 1876 ließ er drucken, ich hätte in einem Grenzbotenartikel, der übrigens gar nicht von mir herrührte, sondern, wie das Urtheil rechtskräftig feststellte, von unserem Berliner Korrespondenten, behauptet, Bismarck habe die Emser Depesche gefälscht. Damals wurde Herr Liebknecht bestraft, weil diese von ihm gegen mich erhobene Anschuldigung als unwahr erwiesen wurde. Heute wagt er zu behaupten, in demselbem Artikel der „Grenzboten“ (welcher gar nicht von mir herrührt, wie Herr Liebknecht aus jenen Akten nun

---

*) Akten des vormaligen königlichen Gerichtsamts im Bezirksgericht Leipzig. II. C. 7678/76.

weiß) hätte ich nicht blos behauptet, Fürst Bismarck habe die Emser Depesche gefälscht, sondern ich hätte sogar geschrieben, Fürst Bismarck habe mir anvertraut, daß er (Fürst Bismarck) jene Emser Depesche gefälscht habe.

Daß diese wissentliche Verleumdung nicht den Schatten einer thatsächlichen Begründung für sich hat, geht schon aus den oben von mir angezogenen gerichtlichen Akten und Urtheilen mit vollster Bestimmtheit hervor. Dort befindet sich Blatt 20 bis 22b die Berliner Korrespondenz, welche Herr Liebknecht noch heute nicht vergessen kann, in gerichtlich beglaubigter Abschrift („Grenzboten" 1871, I. Band S. 155 fg.) und in dieser Korrespondenz steht kein Wort von „Fälschung" der Emser Depesche und vollends nichts davon, daß Fürst Bismarck mir, der ich in jener Korrespondenz mit keinem Worte genannt bin, „anvertraut" habe, Er habe diese Depesche gefälscht. Die Verleumdung ist aber, abgesehen von ihrer beispiellosen Dreistigkeit, zu dumm erfunden. Denn Fürst Bismarck hat mit mir zuletzt gesprochen am 23. Mai 1870, also vor dem Kriege. Er hat am 21. Juli 1870 im Reichstage mir, wie hundert Anderen, ohne ein Wort, nur die Hand zum Abschiede gereicht. Am 30. September 1870 bin ich zwar im Schlosse Rothschilds in Ferrières bei Lagny sein Gast gewesen, habe ihn aber nicht gesprochen, da er zum Geburtstage der hochseligen Kaiserin Augusta zur königlichen Tafel befohlen war. Und die zwei Briefe, welche ich vom Fürsten besitze, datiren vom April 1888 und vom 13. Mai 1891 und enthalten nur wenige Dankzeilen für ihm überreichte und von ihm angenommene Werke meiner Feder.

Herr Liebknecht meinte nun aber plötzlich einen weiteren klassischen Zeugen für die Wahrheit seiner Legende gefunden zu haben, nämlich den verstorbenen Kriegsminister von Roon. Deshalb fährt der bereits citirte Artikel des Herrn Liebknecht im „Vorwärts" vom 5. Mai d. J. fort:

„Jetzt nun wird im neuesten Hefte der „Deutschen Revue" in Aufzeichnungen „aus dem Leben des Grafen Albrecht v. Roon" enthüllt, daß die Sensationsdepesche über die Unterredung Benedettis mit König Wilhelm im Ministerrathe in Berlin in der Wilhelmstraße redigirt und durch das Wolffsche Bureau, von Ems datirt, in die Welt geschickt wurde.

Also nach Mittheilung Derer, die damals mit Bismarck arbeiteten und in alle Geheimnisse eingeweiht waren (da vorher nur Graf Roon und ich genannt sind, so erhebt mich Herr Liebknecht also auch zu den Mitarbeitern und „Eingeweihten" Bismarcks), hat Fürst Bismarck die Emser Depesche redigirt und sich jener verhängnißvollen Fälschung schuldig gemacht, welche den deutsch-französischen Streit, der schon beigelegt war, plötzlich zum Krieg auflodern ließ. Diese für den Fürsten Bismarck so furchtbar kompromittirende Enthüllung, die ihn mit einer ungeheuren Schuld belastet, stammt aus höchsten konservativen Kreisen."

Und am Eingange des Artikels war gesagt:

„Alsbald wurde durch die authentischen Veröffentlichungen Benedettis festgestellt, daß der ganze Inhalt der Emser Depesche, welche die Beschimpfung des Königs von Preußen erzählte und den deutsch-französischen Krieg entfesselte, erlogen, die Depesche selbst eine Fälschung war.“

Herr Liebknecht hat Unglück mit der Benennung von Wahrheitszeugen für seine Legende. Auf meine Gewährschaft pochte er mit seiner neuen plumpen Verleumdung wohl in der Meinung, daß ich zu bekannt sei mit einem der bekanntesten Worte Friedrichs des Großen, um mich mit Herrn Liebknecht abermals vor Gericht herumzuschlagen. Den Schatten des heimgegangenen großen Roon wagte Herr Liebknecht dagegen wohl nur in der Voraussicht zu beschwören, daß Niemand mehr für diesen das Wort ergreifen könne. Doch schon am 14. Mai erhielt Herr Liebknecht seine Abfertigung durch den Sohn des edlen Todten in der „Kreuzzeitung“ vom 15. Mai dieses Jahres. Da heißt es:

„Die letzten Mittheilungen aus dem Leben meines seligen Vaters, welche die „Deutsche Revue“ im Maiheft veröffentlicht hat, sind leider von einigen Blättern zu Invektiven gegen Seine Durchlaucht den Fürsten Bismarck gemißbraucht worden. Das Sinnloseste und Widerwärtigste an solchen Angriffen leistete der sozialdemokratische „Vorwärts“ mit Bezug auf die Emser Depesche. Dem entgegenzutreten, glaube ich verpflichtet zur Richtigstellung zu sein, da ich in der Lage bin, die nachstehenden, ganz authentischen Mittheilungen über den Hergang machen zu können. 1) Die erwähnte Emser Depesche vom 13. Juli 1870 war in Ems redigirt. Sie war von dem hochseligen großen Kaiser an den damaligen Bundeskanzler Grafen v. Bismarck gerichtet, zugleich mit der allerhöchsten Ermächtigung, den Text nach Ermessen ganz oder theilweise zu veröffentlichen. 2) Graf Bismarck empfing die Depesche, während er mit meinem Vater und General v. Moltke — allein mit diesen Beiden — bei Tische saß. In ihrer Gegenwart hat Graf Bismarck das, was unwesentlich oder zur Publikation nicht geeignet erschien, gestrichen. Den Rest ließ er, ohne irgend einen Zusatz gemacht zu haben, sogleich veröffentlichen. Die gekürzte Fassung hatte er vorher seinen Gästen vorgelesen und Beide damit einverstanden gefunden.“

Der Rest der Erklärung ist für uns belanglos.

Herr Liebknecht gehört nicht zu Denen, welche leicht erröthen, wenn Jemand sie der Unwahrheit überführt. Sein Grundsatz ist, auch wenn er wegen derselben Schmähung vom Richter bereits bestraft ist: Calumniare audacter, semper aliquid haeret (Immer munter fortgelogen, etwas bleibt doch angeflogen). Auch die moralischen Backenstreiche des Herrn Grafen v. Roon-Krobnitz steckte Herr Liebknecht unbeschämt ein, ja quittirte darüber durch deren Abdruck, und veröffentlichte dagegen (im „Vorwärts“ vom 17. Mai 1891) einen Leitartikel unter der Ueberschrift „Nochmals die Emser Depesche“, in welcher er seiner öffentlichen Ueberführung als

Lügner im Interesse der Feinde Deutschlands durch folgende Ausflüchte zu entrinnen sucht:

„Herr W. Graf v. Roon kann, was er als „ganz authentisch" bezeichnet, nur vom Hörensagen kennen — er ist so wenig „dabei gewesen" wie wir" — pluralis Majestatis Liebknecht!

Der kleine Unterschied ist nur der, daß Herr Graf v. Roon sich auf das treue, in seiner ehrenhaften und schlichten Wahrhaftigkeit nie bestrittene Wort seines Vaters bei Erzählung der Verhandlungen an der Mittagstafel unseres Kanzlers vom 13. Juli 1870 stützen kann, während Herr Liebknecht, der allerdings weder in der Einzahl noch in der Mehrzahl seines „Wir" „dabei gewesen" ist, sich für die von ihm selbst gezüchtete Riesenente der „Fälschung" der emser Depesche nur auf die blaue Luft als Bezugs- und Nährquelle beziehen kann.

„Falsch und von Herrn Grafen v. Roon selbst (unter 2) widerlegt", fährt Herr Liebknecht fort, „ist die Behauptung 1, daß die Depesche in Ems redigirt worden sei. Denn Fürst Bismarck hat durch „Streichungen und Kürzungen" die „redaktionelle Arbeit" in Berlin vorgenommen."

Das ist nun aber nur ein ruchloses und erlogenes Spiel mit Worten. Für Herrn Liebknecht stand durchaus nicht zum Beweise, wo die Emser Depesche „redigirt" worden sei, sondern er hatte im „Vorwärts" am 5. Mai d. J. behauptet: „daß der ganze Inhalt der Emser Depesche erlogen, die Depesche selbst eine Fälschung war!" Dieser Verleumdung gegenüber hatte der Graf v. Roon festgestellt, daß die Emser Depesche „in Ems redigirt", von Kaiser Wilhelm (nur in umfänglicherer Fassung als später veröffentlicht) an Bismarck telegraphirt war, und zwar „mit der Ermächtigung, den Text nach (Bismarcks) Ermessen ganz oder theilweise zu veröffentlichen". Ferner stellt Graf v. Roon unter 2) seiner Erklärung fest, daß Bismarck an dieser vom König selbst redigirten Depesche nur das gestrichen (nicht etwa geändert) habe (denn Graf Roon sagt: „ohne irgend einen Zusatz zu machen"), was unwesentlich oder zur Veröffentlichung nicht geeignet erschien. Und Graf Roon setzt ausdrücklich hinzu, daß Graf Bismarck seinen Gästen, dem Grafen Roon Vater und dem Grafen Moltke, den hohen Paladinen seines königlichen Herrn, welcher gleich ihm selbst jedes Wort ihres Herrschers heilig hielten, die gekürzte Fassung vorgelesen und beide damit einverstanden gefunden" habe.

Damit wäre also nun die Riesenente des Herrn Liebknecht endgültig abgestochen. Sie ist krepirt. Die Nährquelle des Herrn Liebknecht für Entenzucht, die blaue Luft, bringt sie nicht mehr zum Leben. Es ist endgültig dargethan, daß die Emser Depesche aus König Wilhelms Feder oder Diktat so wie sie lautete von Ems

nach Berlin an Bismarck telegraphirt wurde, daß es also eine Lüge des Herrn Liebknecht ist, eine Majestäts-, nicht blos eine Bismarckbeleidigung, wenn er am 5. Mai d. J. schreibt: „Der ganze Inhalt dieser Depesche sei erlogen!" Es ist ferner erwiesen, daß auch von einer „Fälschung dieser Depesche durch Bismarck nicht entfernt die Rede sein kann, nachdem durch den Grafen Roon glaubhaft bezeugt ist, daß der König in dessen Ermessen gestellt hatte, die Depesche ganz oder im Auszuge zu veröffentlichen, und Bismarck nach dieser Erlaubniß nur Ungeeignetes gestrichen, nichts hinzugesetzt hatte. Aber Bismarck bedurfte, wie unten nachgewiesen werden wird, nicht einmal dieser königlichen Erlaubniß, da alle Vorgänge in Ems zwischen dem König und Benedetti, vom verfassungsmäßigen Standpunkt aus, keine Privatgespräche waren, gar keinen amtlichen und vollends keinen internationalen Charakter hatten, und daß sie amtlichen Charakter erst gewannen durch die Behandlung, welche der Bundeskanzler Graf Bismarck nach seinem pflichtmäßigen Ermessen ihnen angedeihen ließ.

Aber auch diese Erwägungen und Thatsachen, welche Herr Liebknecht aus dem ihm, wie allen Abgeordneten des Reichstages von 1870, mitgetheilten und außerdem in allen Bibliotheken Berlins jederzeit vorräthigen Material des Reichstages von 1870 bekannt sein mußten, wenn er nicht leichtfertig oder wissentlich unwahr urtheilen wollte, hindern Herrn Liebknecht nicht, seinerseits eine weitere grobe „Fälschung" des geschichtlichen Thatbestandes im „Vorwärts" vom 17. Mai 1891 vorzunehmen, um seine abgestochene Riesenente noch künstlich am Leben zu erhalten. Er unterstellt nämlich aus seiner Einbildung Folgendes.

Es seien am 13. Juli 1870 von Ems zwei Depeschen nach Berlin abgegangen: die „sogenannte" — der Mann hat die Dreistigkeit, nach obigen Darlegungen diesen Ausdruck zu gebrauchen — die „sogenannte" und von Bismarck „redigirte" Emser Depesche vom 13. Juli 1870, welche die von Herrn Liebknecht mit Fettschrift gezierten Worte enthält: „Se. Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen." Und eine zweite „Depesche" des königlichen Generaladjutanten Prinzen Radziwill, welche in der Liebknechtschen Fettschrift gipfelt: „Hierauf erklärte Benedetti, sich seinerseits bei dieser Erklärung beruhigen zu wollen." Herr Liebknecht zieht aus dieser — wie wir sehen werden — geschichtlich vollständig falschen und willkürlichen Unterstellung, daß diese beiden Berichte als „Depeschen" gleichzeitig (und sonst kein dritter Bericht, oder doch nur ein dritter, welchem der König „unmöglich einen anderen Inhalt gegeben haben kann"), am 13. Juli 1870 Mittags Bismarck vorgelegen hätten, den wundervollen Schluß: „Wer die fettgedruckten Stellen in beiden Schriftstücken vergleicht, sieht sofort den himmelweiten Unterschied. In der Radziwillschen „Depesche" „beruhigt sich" Benedetti bei der Antwort, die er vom König

erhalten. Der Zwischenfall ist erledigt. Nach der von Bismarck „redigirten" sogenannten „Emser Depesche" dagegen muß jeder Leser vermuthen, daß der französische Gesandte sich irgend einer Ungebührlichkeit gegen den König von Preußen schuldig gemacht habe, und hat der König von Preußen den Gesandten Frankreichs, indem er sich weigerte, ihn zu empfangen, in einer Weise behandelt, die „nach den Gebräuchen des Völkerrechts" (soviel nämlich Herr Liebknecht aus seiner badischen Revolutionszeit vom Völkerrecht versteht) „die Kriegserklärung der französischen Regierung zur Folge haben mußte." „Mußte" ist im „Vorwärts" fett gedruckt.

Nun sehen wir uns mal gegenüber dieser neuen Entenzucht des Herrn Liebknecht die einfachen geschichtlichen Thatsachen an. Ueber die Vorgänge in Ems am 13. Juli 1870 zwischen dem König und Benedetti ist am 13. Juli Nachmittags überhaupt nur eine einzige Depesche (durch den Telegraphen) an Bismarck abgegangen, diejenige, welche Herr Liebknecht noch heute die „sogenannte" Emser Depesche zu nennen die Stirn hat. Sie wurde von Bismarck zu Mittag am 13. Juli empfangen, seinen Gästen vorgelegt und von ihm (nach Herrn Liebknecht) „redigirt" (in Wahrheit nur gekürzt, „ohne Zusatz"). Diese Depesche rührt vom König selbst her. Ein weiteres Telegramm aus Ems hat Bismarck weder vom König noch vom Prinzen Radziwill bis zum Mittag des 13. Juli und vor Veröffentlichung der „Emser Depesche" empfangen. Diese Thatsachen konnte Herr Liebknecht aus dem ihm als Abgeordneten 1870 im Juli gelieferten amtlichen Drucksachenmaterial oder, wenn er das nicht mehr besitzt, aus jeder namhaften Bibliothek der Hauptstadt sofort feststellen. Denn Graf Bismarck hat dieses gesammte Material dem Reichstag im Juli 1870 gedruckt mittheilen lassen und es in seiner Rede am Vormittag des 20. Juli (Sten. Ber. Seite 8—10) eingehend erläutert. Namentlich hält er die einzige Depesche (in seiner Rede als „die bekannte Emser Depesche" bezeichnet) über die Ereignisse in Ems vom 13. Juli streng auseinander von den Konflikts-Drucksachen-Anlagen 2 und 3, welche er nennt „die durch die Zeitungen bereits bekannten authentischen Darstellungen der im Grunde nicht staatlichen, aber doch für die Genesis der Situation im hohen Grade wichtigen Vorgänge in Ems, denen aber doch ein größeres Ansehen dadurch verliehen wird, daß sie, wie sie es ihrem Ursprung nach verdienen, unter die amtlichen Aktenstücke aufgenommen werden". Denn, wie Bismarck bei Einleitung dieser Rede treffend bemerkte:

Hatte Deutschland „von der französischen Regierung in der ganzen Angelegenheit nur eine einzige amtliche Mittheilung erhalten, es ist dies die gestrige Kriegserklärung. Alle Besprechungen, die der Graf Benedetti, mag er seine Eigenschaft als französischer Botschafter geltend gemacht haben oder nicht, die er an einem Badeorte unter vier Augen mit Sr. Majestät gehabt hat, sind, wie jedem Kenner internationaler Verhandlungen ohne Versicherung

geläufig sein wird, Gespräche persönlicher und privater Natur, die für internationale Verhältnisse keine amtliche Bedeutung haben. Auch alle persönlichen Erklärungen, die man von Sr. Majestät dem Könige dort im Wege anscheinend wohlwollender Privatkonversation zu erlangen versucht hat und vielleicht, wenn Se. Majestät nicht die eigene Festigkeit des Charakters auch auf die Haltung im Privatleben übertrügen, hätten erreicht werden können, würden niemals staatliche Akte gewesen sein, sondern persönliche Aeußerungen, so lange sie der Monarch nicht in dieser seiner staatsrechtlichen Eigenschaft anderweitig bekräftigt und dadurch seinen Willen bekundet hätte, sie zu Staatsakten zu machen."

Eben wegen dieser rein „persönlichen und privaten" Natur der in Ems geführten Gespräche konnte auch keine Zurückweisung Benedettis durch den König und keine Weigerung des Königs, diesen Herrn zu empfangen, irgendwie als eine Frankreich verletzende Handlung, geschweige denn als Kriegsfall angesehen werden, wie Herr Liebknecht aus seinem „völkerrechtlichen" Traumbuch unterstellt. Denn die Gesandten haben überhaupt kein Anrecht auf das Ohr des Monarchen desjenigen Staates, bei welchem sie beglaubigt sind, sondern nur das Recht, von der Regierung dieses Staates empfangen zu werden*), wenn sie ihr amtliche Eröffnungen zu machen haben.

Frankreich verletzte diese völkerrechtliche Grundregel, indem es sowohl den norddeutschen Bundesgesandten v. Werther in Paris drängte, sich zum persönlichen und direkten Vermittler und Träger beleidigender Zumuthungen beim König Wilhelm zu machen, ohne diese zuvor dem Vertreter der norddeutschen Bundesregierung, dem Bundeskanzler v. Bismarck, mitzutheilen, und indem anderseits, in Verletzung derselben völkerrechtlichen Grundregel, die Pariser Minister ihren Berliner Botschafter Benedetti, welcher nur in Berlin, am Regierungssitze und mit Vertretern der Regierung, nicht in Ems, amtliche Funktionen ausüben konnte, anwiesen, gleichfalls unter Umgehung Bismarcks, direkt an den König Zumuthungen zu richten und Erklärungen vom Könige zu fordern, welche Frankreich, wenn sie zu erlangen gewesen wären, als amtliche Erklärungen des Staatsoberhauptes des norddeutschen Bundes ausgeben und mißbrauchen wollte. Deshalb erklärte Bismarck (Sten. Ber. d. R.-T. v. 20. Juli 1870):

„Der Bericht (Werthers) gab uns Nachricht von den bekannten unannehmbaren Forderungen" (der französischen Minister Gramont und Olivier) „eines Entschuldigungsbriefes, den Se. Majestät zu schreiben habe und gab dessen Inhalt an. Ich habe dem Botschafter darüber weiter keine amtliche Antwort ertheilt als diejenige, ich wäre überzeugt, daß er die mündlichen Eröffnungen des französischen Ministers nicht verstanden hätte; Eröffnungen von dieser Art erschienen mir absolut unmöglich, und jedenfalls weigerte ich

*) Bluntschli, „Modernes Völkerrecht", § 159 flg., 170 flg., 190, 191 flg.

mich in meiner Eigenschaft als verantwortlicher Minister, diesen Bericht Sr. Majestät zur amtlichen Behandlung vorzulegen. Wenn die französische Regierung uns Mittheilungen der Art zu machen habe, so möge sie sie selbst redigiren und sie uns durch den Botschafter Frankreichs hier in Berlin überreichen."

Und genau in dem nämlichen Sinne, zur Wahrung der von Frankreich bisher (vom 6. bis 13. Juli 1870) geflissentlich verletzten völkerrechtlichen Grundregeln, heißt es am Schlusse des von Herrn Liebknecht als „Depesche" bezeichneten Berichtes des Generaladjutanten Prinzen Radziwill an Bismarck über die letzten Vorgänge in Ems:

„Hierauf ließ Se. Majestät dem Grafen Benedetti durch mich zum dritten Male nach Tisch, etwa um 5½ Uhr, erwidern, Se. Majestät müsse es entschieden ablehnen, in Betreff dieses letzten Punktes (bindende Versicherungen für die Zukunft, daß die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern betreffs der spanischen Königskrone nie wieder aufgenommen werde) sich in weitere Diskussionen einzulassen. Was er heute Morgen gesagt, wäre Allerhöchstsein letztes Wort in dieser Sache und er könne sich lediglich darauf berufen. Auf die Versicherung, daß auf die Ankunft des Grafen Bismarck in Ems auch für den nächsten Tag bestimmt nicht zu rechnen sei, erklärte Graf Benedetti, sich seinerseits bei dieser Erklärung Sr. Majestät des Königs beruhigen zu wollen.

Für Jeden, der etwas von Völkerrecht versteht, heißt das: der Gesandte Frankreichs sah ein, daß er kein Recht habe, mit dem König von Preußen allein amtlich zu verhandeln, und dessen Weigerung, „weitere Diskussionen zu führen", daher als eine vollkommen berechtigte anerkennen müsse, ebenso den Abbruch weiterer Verhandlungen über die Sache überhaupt, da keine Aussicht vorlag, daß Bismarck, der Vertreter der norddeutschen Bundesregierung, vor der Abreise des Königs nach Ems kommen werde.

Herr Liebknecht verdreht (im „Vorwärts" vom 17. Mai 1891) den klaren Sinn dieser Worte Benedettis, „sich bei dieser Erklärung Sr. Majestät beruhigen zu wollen", dahin: „Der Zwischenfall ist erledigt", nämlich der ganze Streitfall zwischen Frankreich und Deutschland. Denn Herr Liebknecht bringt dazu in Gegensatz die von Bismarck „redigirte" Emser Depesche, welche, laut der Liebknecht geläufigen „Gebräuche des Völkerrechts", „die Kriegserklärung der französischen Regierung zur Folge haben mußte". Das Eine ist so frevelntlich erfunden wie das Andere. Die „Beruhigung" Benedettis konnte mit der „Erledigung" des französisch-deutschen Streitfalls nicht entfernt gleichbedeutend sein, da bis dahin eben amtliche Verhandlungen gar nicht stattgefunden hatten, und die „Erledigung" des Streitfalles von den Gefühlen der Beruhigung des Herrn

Benedetti nicht im mindesten abhing. Und die andere lügnerische Behauptung, daß Frankreich in Folge der Weigerung des Königs, Benedetti in Ems noch weiter zu empfangen, zur Kriegserklärung gegen Deutschland habe verschreiten müssen — diese Lüge hat bis jetzt noch kein Franzose, selbst der Duc de Gramont nicht, gewagt, sie blieb einzig und allein Herrn Liebknecht vorbehalten.

„So steht die Sache — und kein Vertuschungs- und kein Fälschungsversuch kann etwas daran ändern!" rufen wir ihm aus seinem „Vorwärts" mit seinen eigenen Worten zurück.

Nun aber zurück zu den angeblichen zwei Depeschen, welche Bismarck am Mittag des 13. Juli 1870, nach Herrn Liebknecht, bereits besessen haben soll, der „Emser Depesche" und der „Depesche Radziwill", wie wir sie kurz nennen wollen. Herrn Liebknechts Behauptung (im „Vorwärts" am 17. Mai d. J.) geht, wie wir sahen, dahin, Bismarck habe die Emser Depesche „gefälscht" durch Weglassung der Worte der Radziwillschen Depesche, welche von der „Beruhigung" Benedettis sprachen und, nach Herrn Liebknechts Meinung, damit den „Zwischenfall erledigt" erklärten; und ferner dadurch, daß Bismarck „die Beschimpfung des Königs von Preußen durch Benedetti in der Emser Depesche erzählte" („Vorwärts" 5. Mai 1891) und weiter berichtete, „daß der König von Preußen den Gesandten Frankreichs, indem er sich weigerte, ihn zu empfangen, in einer den Krieg nothwendig herausfordernden „Weise behandelt habe" („Vorwärts" 17. Mai 1891).

Nun mußte aber Herr Liebknecht schon aus dem Wortlaut der Radziwillschen „Depesche" ersehen, daß diese zu Mittag oder selbst am Nachmittag des 13. Juli — am Nachmittag erschien bereits das Extrablatt der „Nordd. Allg. Z." mit dem Wortlaut der „Emser Depesche" — in Berlin gar nicht hat vorliegen können, da dieser Bericht, wie aus dessen oben mitgetheiltem Wortlaut hervorgeht, Ereignisse des 13. Juli berichtet, welche bis nach 5½ Uhr Nachmittags sich vollzogen. Die angebliche „Depesche" Radziwill, welche in engstem Perldruck fast eine große Oktavseite füllt und erst aufgesetzt worden sein kann, nachdem Prinz Radziwill, von seiner Unterredung mit Benedetti nach 5½ Uhr Nachmittags in das königliche Palais zurückgekehrt, nachdem er ferner dem König über die Unterredung berichtet und dann auch noch diese „Depesche" seinem königlichen Herrn vorgelegt hatte, kann daher im Falle größter Beschleunigung kaum vor 7 Uhr Abends in Ems abgegangen sein. Damals aber war die „Emser Depesche" längst schon veröffentlicht.

So traurig steht es mit der Verleumdung des Herrn Liebknecht, daß Bismarck die „Depesche" des Prinzen Radziwill „gefälscht" habe, als er die „Emser Depesche redigirte!" „So steht die

Sache — und kein Vertuschungs- und kein Fälschungsversuch kann etwas daran ändern!" rufen wir Herrn Liebknecht noch einmal zu.

Aber „diese Sache steht" für diesen Herrn sogar noch schlimmer! Seine bübische Anschuldigung, daß der große deutsche Staatsmann eine „Depesche gefälscht" habe, um Hunderttausende auf die Schlachtbank zu führen, ist auch einem zweiten Aktenstücke gegenüber, welches Herr Liebknecht kennen mußte, wenn er über die Sache schreiben wollte, und welches er unter seinen eigenen Reichstagsdrucksachen finden konnte, wenn er wollte, völlig unhaltbar.

Nicht blos Prinz Radziwill nämlich hat (und zwar am 13. Juli Abends) — nicht eine „Depesche", sondern einen, wahrscheinlich durch Kabinetscourier, nach Berlin entsandten schriftlichen Bericht — über die Vorgänge dieses Tages von Ems an Bismarck abgehen lassen, sondern auch der König selbst am 14. Juli 1870. Herr Liebknecht sucht dies zwar im „Vorwärts" vom 17. Mai d. J. im Allgemeinen zu leugnen, aber dann doch wieder vorsichtiger Weise sich durch die Vermuthung zu decken, der König könne einer eigenen Depesche, wenn eine solche existire, „unmöglich einen anderen Inhalt gegeben haben", als der Depesche Radziwill". Der Bericht des Königs liegt aber vor, und zwar schon seit dem 20. Juli 1870 gedruckt vor. Es ist die oben in Bismarcks Rede von diesem Tage erwähnte Anlage 2, welche Herr Liebknecht unter seinen Papieren hat oder in jeder Berliner Bibliothek finden kann. Dieser Bericht weicht — leider ohne Herrn Liebknechts Erlaubniß — deshalb naturgemäß von demjenigen des Prinzen Radziwill ab, weil der Bericht des Königs über die Unterredungen des Königs mit Benedetti, Radziwills Denkschrift dagegen nur über die Aufträge berichtet, welche der König seinem Generaladjutanten gegeben, und über die Unterredungen, welche Radziwill in Folge dieser Aufträge seinerseits mit Benedetti am 13. Juli geführt hatte. Außerdem aber ist der Bericht des Königs einen ganzen Tag später abgefaßt als der Radziwills, da in des Königs Bericht auch der Abschied Benedettis vom König am Bahnhof in Ems bei der Abreise des Königs nach Koblenz am 14. Juli erwähnt ist, während Prinz Radziwill bei Erzählung der Ereignisse vom 13. Juli, wie wir oben aus dem Wortlaut seines Berichts ersahen, die Worte „heute Morgen" gebraucht.

Aber inhaltlich ergänzen sich diese Schriftstücke allerdings vollständig, und namentlich dahin, daß keines davon auch nur mit einem Worte dem Inhalt der „Emser Depesche" vom 13. Juli entgegentritt. Von dem Bericht des Prinzen Radziwill ist dies oben schon dargethan. Der Inhalt der königlichen Denkschrift aber lautet, bei Wiederholung der Ereignisse vom 13. Juli, fast wörtlich gleich-

lautend mit der Emser Depesche, wie folgende Nebeneinanderstellung beider Urkunden ergiebt:

Denkschrift des Königs.

„Graf Benedetti erwähnte, daß er schon gestern Abend die Nachricht vom Verzicht" (des Erbprinzen von Hohenzollern) „aus Paris erhalten habe, und als der König hiermit die Sache als erledigt ansah, verlangte der Botschafter nunmehr ganz unerwartet vom König, er solle die bestimmte Zusicherung aussprechen, daß er niemals wieder seine Einwilligung geben werde, wenn die qu. Thronkandidatur etwa wieder aufleben sollte. Der König lehnte eine solche Zumuthung bestimmt ab und blieb bei diesem Ausspruch, als Graf Benedetti wiederholt und immer dringender auf seinen Auftrag zurückkam. Demungeachtet verlangte Graf Benedetti nach einigen Stunden eine dritte Audienz. Auf Anfragen, welcher Gegenstand zu besprechen sei, ließ er erwidern, daß er den am Morgen besprochenen zu wiederholen verlange. Der König wies aus diesem Grunde eine neue Audienz zurück, da er keine andere Antwort als die gegebene habe, übrigens von nun an auch alle Verhandlungen durch die Ministerien zu gehen hätten."

Emser Depesche.

„Nachdem die Nachricht von der Entsagung des Prinzen von Hohenzollern der französischen Regierung amtlich mitgetheilt worden,

stellte der Botschafter in Ems an den König die Forderung, ihn zu ermächtigen, daß er nach Paris telegraphire: Der König verpflichte sich für alle Zukunft, niemals wieder zuzustimmen, wenn die Hohenzollern auf diese Kandidatur zurückkämen.

Der König lehnte jedoch ab, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen und ließ demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen: ‚Se. Majestät habe dem Botschafter nichts weiter mitzutheilen'."

Sinkt also Herrn Liebknechts Verleumdung von der „Fälschung" der Emser Depesche durch Bismarck in ein bodenloses Nichts zusammen, so steht es nicht besser mit seiner weiteren Unterstellung, daß die „Fälschung dieser Depesche (durch ihre Behauptung, daß zugleich „der König von Preußen [„Vorwärts" vom 5. Mai] und zugleich der französische Botschafter am 13. Juli in Ems „be=

schimpft" worden seien [„Vorwärts" vom 17. Mai]) den Kriegsausbruch veranlaßt habe.

Zunächst ist nämlich sicher, daß von alledem, was Herr Liebknecht in diese „gefälschte" Depesche hineinlegt, kein Wort in dieser steht, weder etwas von einer „Beschimpfung" des Königs, noch von einer Beschimpfung des französischen Botschafters.

Sodann ist ebenso gewiß, daß auch Graf Benedetti sich durch das Verhalten des Königs gegen ihn am 13. Juli, durch die Versagung einer weiteren Audienz, nicht im mindesten verletzt fühlte, sonst hätte er nicht um die Erlaubniß gebeten, vom König am Bahnhof Abschied nehmen zu dürfen, und am 14. Juli Abschied vom König genommen*).

Endlich ist gewiß, daß am 14. Juli in Paris sowohl die „Emser Depesche" als sämmtliche Emser Vorgänge des 13. Juli aus Benedetti's Telegramm bereits bekannt waren, ja sogar auch schon die Thatsache, daß Werther, weil er das Verlangen eines Abbittebriefes nicht sofort zurückgewiesen, von Bismarck getadelt und zum sofortigen Antritt seiner früher bereits genommenen**) Urlaubes veranlaßt worden war. Und trotz alledem neigte der Pariser Ministerrath, welcher unter Napoleon's Vorsitz fast den ganzen 14. Juli hindurch versammelt war, ebenso wie der Kaiser selbst, zum Frieden. Noch Abends 6 Uhr schrieb der Kaiser dem Marschall Leboeuf ein Billet, in welchem er sogar die vorher beschlossene Einberufung der Reserven widerrief und beanstandete.

Erst der Kriegspartei (der Kaiserin Eugenie, Leboeuf, Gramont u. s. w.) gelang es, durch den angeblichen Empfang „neuer Depeschen sehr aufregender Natur" den Kaiser, den Ministerrath und später die Kammern zum Kriege fortzureißen. Dieses Kunststück gelang aber — wie selbst Herrn Liebknecht's Hauptautorität, der Lügenmeister Duc de Gramont, in seinem Werke „La France et la Prusse", trotz aller Verdunkelungen und Widersprüche, zugeben muß — nur mit Hülfe von drei faustdicken Lügen. Erstens wurde die Emser Depesche nämlich zu einer „amtlichen preußischen Note" aufgebauscht und umgestempelt***); zweitens wurde gelogen, daß Preußen bereits mobil gemacht habe, während dies bekanntlich erst nach den Kriegsbeschlüssen der französischen Kammern am

*) Vergl. Benedetti's eigene, mit Obigem durchaus zusammenfallende Darstellung in Benedetti's Schrift „Ma mission en Prusse", S. 371.

**) Z. vergl. Bericht Werther's im Eingange, Anlage IV von Bismarck's Rede vom 20. Juli 1870 (Drucksachen des R.-T. vom Juli 1870).

***) Bismarck im Deutschen Reichstag 20. Juli 1870. Stenogr. Ber. S. 9, 10.

15. Juli geschah. Und drittens wurde gelogen, der deutsche Botschafter sei abberufen.*)

So endet denn dieser traurige Versuch des Herrn Liebknecht, die Stimme seines Gewissens zu übertäuben durch eine schmachvolle Verleumdung des deutschen Kanzlers und der deutschen Politik im Jahre 1870 mit der gänzlichen Vernichtung des vaterlandslosen Verleumders!

Am 28. Mai 1891 sandte ich dem Fürsten Bismarck meine vorstehende Abhandlung über die Emser Depesche mit Begleitbrief ein, und erhielt darauf am 2. Juni 1891 das nachstehende, vom Fürsten eigenhändig unterzeichnete Schreiben, welches der Verleumdung des Herrn Liebknecht vollends den Garaus macht.

„Friedrichsruh, den 1. Juni 1891.

Ihren Brief vom 28sten vorigen Monats habe ich mit Dank erhalten. Alle amtlichen Aktenstücke über den Emser Vorfall: die Depesche des Königs an mich, ein dieselbe begleitendes Schreiben, wie ich glaube, von Abecken, befinden sich in den Akten des Auswärtigen Amtes.

v. Bismarck.“

---

5. Von 1871 bis zu den Attentaten des Jahres 1878.

Als unsere Offiziere am 2. September 1870 die Festung Sedan besetzten, gewahrten sie über dem Festungsthor eine verwitterte Inschrift, welche anderthalb Jahrhunderten getrotzt hatte und in drei schlichten Worten an einen der größten und menschlichsten französischen Feldherrn erinnerte. Diese Inschrift lautete:

„Ici nâquit Turenne.“

„Hier ward Turenne geboren.“ Ein düsterer Schatten lagerte sich beim Anblick dieser drei Worte über dem siegesfreudigen Antlitz unserer Waffenbrüder. Denn der Name Turenne gemahnte sie an die schmachvollste Zeit des sinkenden alten deutschen Reiches; an die

---

*) Auch alle französischen Quellen sind über die Lügenhaftigkeit dieser drei Vorwände und darüber einig, daß diese zum Kriege führten. So Benedetti, a. a. O. Sorel in seiner „Histoire de la guerre franco-allemande“ S. 167 flg., 185 flg. Nicht minder die Diplomatie Englands. Zu vergl. „Englisches Blaubuch“ bei Hahn: „Der Krieg Deutschlands gegen Frankreich“ S. 508 flg.

Zeit der erobernden Willkürherrschaft Ludwig's des Vierzehnten; an die Tage, da Elsaß-Lothringen in unserer tiefsten Ohnmacht vom deutschen Reiche abgerissen wurde durch die feile Rechtsverhöhnung der französischen „Réunionskammern"; an die Tage, da der menschenfreundliche Feldherr Turenne an der Seite Mélacs die deutsche Pfalz grauenvoll verwüstete, das herrliche Schloß zu Heidelberg in Trümmer sprengte und seine Söldner mit den aus den Grüften des Domes zu Speier herausgeholten ehrwürdigen Schädeln und Gebeinen deutscher Kaiser Kegel schieben ließ!

Aber während die bärtigen Lippen unserer Waffenbrüder sich noch ingrimmig aufeinanderbissen im Andenken an diese trostlosen Tage deutscher Schmach, welche schon der einzige Name Turenne wach rief, da brauste an ihr Ohr von fern und nah ein Jubelton ohne Gleichen: der deutsche Oberfeldherr, der ehrwürdige König Wilhelm, durchritt soeben die weiten Lagergassen seiner treuen Krieger aus allen deutschen Stämmen, um Allen, Allen zu danken für die Erringung dieses ruhmreichen Sieges „durch Gottes Fügung". Und als nun die Erschütterten abermals das Auge nach der alten Inschrift über dem Festungsthor von Sedan erhoben, da meinten sie, über derselben eine andere in Flammenzeichen zu lesen. Sie lautete:

„Hier ward das deutsche Reich geboren!
Hier erstand der deutsche Kaiser!"

Wenige Wochen später antwortete Graf Bismarck im Rothschild'schen Schlosse Ferrières dem weinerlichen Minister der französischen „nationalen Vertheidigung" Jules Favre auf dessen erstaunte Frage, gegen wen denn eigentlich Deutschland nach dem Sturze des Kaisers Napoleon in Frankreich noch Krieg führe? —: „Gegen Ludwig den Vierzehnten!"

Und nun war dieser Krieg beendet, allerdings durchaus nicht im Sinne unserer Sozialdemokraten. Denn Elsaß-Lothringen gehörte wieder zu Deutschland. Das deutsche Reich, das im Hause Hohenzollern erbliche deutsche Kaiserthum war aufgerichtet; alle deutschen Fürsten, freien Städte und deutschen Volksstämme waren für immerdar unlöslich und brüderlich vereint durch die deutsche Reichsverfassung, welche im größten Stile die unvergleichliche realpolitische Staatskunst Bismarck's verkörperte. Denn diese Verfassung löste nicht nur „spielend" — wie Herr Bebel sagen würde, wenn er solche Dinge zu beurtheilen vermöchte — die gewaltige Aufgabe, an welcher das alte deutsche Reich zu Grunde gegangen war: die gemeinsamen Interessen des Reiches friedlich und freundlich zu vereinigen mit den Hoheitsrechten der Bundesfürsten und Bundesglieder, mit den „berechtigten Eigenthümlichkeiten" der einzelnen Volksstämme. Diese Verfassung gewährte auch dem Volke ein solches

Maß von Freiheitsrechten, daß ein heute sehr weit links stehender deutschfreisinniger Abgeordneter, Dr. Karl Baumbach, in einem sehr lesenswerthen Aufsatze nachwies, daß die weitgerühmten „Grundrechte" der Frankfurter Reichsverfassung, für welche einst Herr Liebknecht in der badischen und pfälzischen Revolution von 1848 und 1849 seine Haut zu Markte trug, durch die deutsche Reichsverfassung sämmtlich gewährt, ja theilweise überholt seien*). Wir bedürfen aber dieses glaubwürdigen Gewährsmannes gar nicht, um uns ein Urtheil über die durch unsere deutsche Reichsverfassung gewährleisteten Freiheitsrechte unseres Volkes zu bilden. Denn jede sozialdemokratische Volksversammlung und Druckschrift, und namentlich alle Reichstagsreden dieser Partei, welche wir bereits mitgetheilt haben und noch mittheilen werden, liefern für die weitgehende Versammlungs-, Rede- und Preßfreiheit, deren sich der deutsche Reichsbürger erfreut, den unwiderleglichsten Beweis.

Aber auch am Eingang zu den ehernen Pforten des deutschen Reiches ist eine Inschrift eingegraben, in unverlöschlichen Zügen, ein Kaiserwort. Es ist das Wort, welches unser hochseliger Kaiser Wilhelm im Theatersaal zu Versailles am 18. Januar 1871 sprach, als ihm von den Fürsten, dem Reichstag und den Volksstämmen Deutschlands die hohe Kaiserwürde übertragen wurde. Damals sprach der erlauchte Gründer des deutschen Reiches: „Er bitte Gott, ihm und seinen Nachfolgern an der Kaiserkrone zu verleihen, allezeit Mehrer des Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung."

Die herrliche Botschaft durchflog Europa, sie fand aber im Auslande vorläufig keinen Glauben. Denn in aller Menschengeschichte beispiellos wäre das Schauspiel gewesen, daß ein waffengewaltiges Volk, welches soeben seinen alten kräftigsten Gegner siegreich niedergeschmettert, nun nicht auch das Gebiet und die Unabhängigkeit anderer, mehr oder weniger übelwollender Nachbarvölker bedroht hätte. Und doch hat das deutsche Reich in den zwanzig Jahren seines Bestehens dieses in der Geschichte aller Zeiten und Völker einzige Beispiel friedlicher Selbstbeherrschung gegeben. Es hat das Wort seines kaiserlichen Gründers wahr gemacht und unverbrüchlich gehalten, trotz aller Kriegshetzereien einzelner friedenshässiger Parteien des Auslandes. Und dieses Kaiserwort gilt heute allen Völkern der Erde als die sicherste Bürgschaft für den Weltfrieden. Wir hatten in der weiten Welt keinen Staat zum Freunde, besaßen nur einen mächtigen Freund in der Person Kaisers Alexander des Zweiten von Rußland, als das deutsche Reich

*) „Grenzboten", 1876, 3. Band S. 631 flg., S. 453 flg.

gegründet wurde. Und wir haben dagegen heute auf der weiten Erde keinen Feind, außer den verblendeten Kriegshetzern an der Seine und an der Newa.

Dieser großartige Erfolg ist aber nur erreicht worden dadurch, daß das deutsche Reich allezeit während dieser zwanzig Jahre sein wuchtiges Schwert in die Waagschale werfen konnte, in welcher der Frieden Deutschlands und Europas gewogen wurde, erreicht nur dadurch, daß es der alten römischen Staatsweisheit folgte: „Wenn Du den Frieden willst, so rüste den Krieg.“ Und gerade die sieben Jahre, welche unsere Kapitelüberschrift umfaßt, waren die Jahre der Grundlegung und Befestigung der deutschen Kriegsmacht und Wehrhaftigkeit. Nachdem schon der erste deutsche Reichstag im Herbst 1871 den Reichskriegschatz von 40 Millionen Thalern gegründet und das Pauschquantum von je 90 Millionen Thalern für den ordentlichen jährlichen Heeresbedarf auf drei Jahre bewilligt hatte, ward 1874 durch das Reichsmilitärgesetz und das Septennat unsere Wehrkraft auf weitere sieben Jahre unerschütterlich festgestellt; 1875 wurde auch das Landsturmgesetz und das Gesetz über die Naturalleistungen vereinbart. Am Ende unseres siebenjährigen Zeitraumes ist Deutschland schon von ganz Europa anerkannt als oberste Schirmmacht des Friedens, als „ehrlicher Makler“ streitender Völker. Der Berliner Kongreß im Juni 1878 und der Berliner Friede vom 13. Juli 1878 macht dem blutigen russisch-türkischen Kriege ein Ende und befreit Europa von der großen Gefahr eines allgemeinen Krieges, welche der russische Präliminar-Friede von San Stefano heraufbeschworen hatte.

Aber auch im Innern des deutschen Reiches findet das hohe Kaiserwort in denselben sieben Jahren seine volle Einlösung. „Auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung“ wird gewaltig gearbeitet, Großes geschaffen. Wir erwähnen natürlich nur die Hauptsachen. Das Jahr 1871 bringt das Haftpflichtgesetz; das Jahr 1873 die Münzreform, das Reichseisenbahnamt, das Preßgesetz und die Einführung der Reichsverfassung in Elsaß-Lothringen; das Jahr 1874 das Markenschutzgesetz; das Jahr 1875 das Reichsbankgesetz und Zivilehegesetz; das Jahr 1876 den Abschluß der großen Justizreform (Gerichtsverfassungsgesetz, Zivil- und Strafprozeßordnung, Rechtsanwaltsordnung, Konkursordnung, Kostengesetze) einschließlich der künftigen Errichtung eines Reichsgerichtes und Patentamtes.

Auf dieser ganzen großen Bahn unseres nationalen Aufschwunges sehen wir die deutsche Sozialdemokratie als die geschworene Feindin unseres inneren und äußeren Friedens, unserer „nationalen Wohlfahrt und Gesittung“ thätig. Ihre Vaterlandslosigkeit hat vollends alle Scham verloren.

In den Maitagen 1871, als die Petroleumbrände der Pariser

Kommune über der französischen Hauptstadt leuchteten, weissagte Herr Schraps von der Tribüne des deutschen Reichstages:

„Ich glaube nicht, daß das deutsche Reich tausend Jahre bestehen wird, wie das frühere; ich glaube vielmehr, ehe zwanzig Jahre vergehen, wird die Lage eine andere sein nach der Gestaltung der Dinge, die sich jetzt im Westen vorbereiten. (Große Heiterkeit und Unruhe.)" Sten. Ber. S. 102, Sp. 2.

In derselben Tagung erhob Herr Bebel seine bekannte Lobpreisung der Schandthaten der Pariser Kommune und seinen revolutionären Schlachtruf „Krieg den Palästen, Friede den Hütten!" Er hielt diese Rede aus Anlaß der Vorlage, welche die Vereinigung Elsaß-Lothringens mit dem deutschen Reiche betraf (Sten. Ber. S. 921, Sp. 2), und offenbarte seine ungeheure Unkenntniß des Charakters der reichsländischen Bevölkerung durch den lächerlichen Satz:

„Der einzige Vortheil, den ich in der Annexion von Elsaß-Lothringen erblicke, ist der, daß gerade die revolutionären und republikanischen Tendenzen, die meiner Ueberzeugung nach in einem großen Theile der Bevölkerung von Elsaß-Lothringen leben, jetzt nach Deutschland mit hinübergenommen werden, und daß Elsaß-Lothringen so den Keil bildet, der es uns möglich machen wird, das gesammte monarchische Deutschland aus den Fugen zu treiben."

Wie bereits erzählt, hatten die Herren Bebel und Liebknecht für ihr jahrelanges vaterlandsloses Treiben am 17. Dezember 1870 dadurch vorläufig eine kleine Abschlagszahlung erhalten, daß sie in Leipzig verhaftet und unter die Anklage gestellt wurden, sich vorbereitender Handlungen zum Hochverrath schuldig gemacht zu haben. Dasselbe war den Braunschweiger „Genossen" begegnet. Natürlich scheute sich Herr Bebel nicht, von der Tribüne des Reichstages herab seinen edeln Schmerzen über diesen „Tendenzprozeß" in folgender wilder Schmährede auf die deutsche Rechtspflege Luft zu machen (Sten. Ber. 1081, Sp. 2):

„Gilt es, Tendenzprozesse in's Leben zu rufen, dann werden Sie an jedem beliebigen Orte in Deutschland so gut wie in Leipzig zwölf bürgerliche Geschworene und einige Richter finden, die Ihnen den schönsten Tendenzprozeß machen und den Angeklagten zu so und so viel Jahren Zuchthaus oder Festung verurtheilen. Und gilt es, einen Menschen heimathlos zu machen, ihn wie ein wildes Thier von Ort zu Ort zu hetzen, dann ist auch dafür in der gegenwärtigen Reichsgesetzgebung ausführlich gesorgt. Es kommt nur auf eine etwas kühne Interpretation" (Gesetzesauslegung) „an, und vor kühnen Interpretationen sind die Regierungen" (aber bei uns sprechen doch nicht die Regierungen, sondern die Richter Recht, Herr Bebel!) „noch zu keiner Zeit zurückgeschreckt."

Zu der Zeit, als die sozialdemokratischen Abgeordneten mit solchen Worten die junge, kraftvolle Herrlichkeit ihres einigen Vaterlandes priesen, hielten die ruhmreichen Sieger, deren Tapferkeit und

Opfermuth Deutschland seine Einheit dankte, ihren Einzug in die deutsche Heimath. Sie wurden von der sozialdemokratischen Presse überall mit den schmachvollsten Beschimpfungen begrüßt. Die „Chemnitzer Freie Presse“, eines der verbreitetsten sozialdemokratischen Blätter der damaligen Zeit, erschien am Einzugstage mit Trauerrand und schrieb: „Bürger! Steckt schwarze Fahnen heraus! Eine Rotte von Mördern und Mordbrennern hält heute den Einzug in unseren Mauern.“ Das von Herrn Liebknecht redigirte Parteiamtsblatt „Der Volksstaat“ nannte unsere Feldherren seinerseits „Gurgelabschneider“ und „Landsknechte“, unsere Soldaten „Zweibeinige Thiere, welche Uniform tragen“, es rieth*): den Orden des Eisernen Kreuzes in der Hosentasche, statt an der Brust zu tragen“, und feierte dagegen (1873, Nr. 117 vom 28. November) den Jahrestag der Erschießung der französischen Mörder und Mordbrenner aus den Tagen der Kommune mit Trauerrand und den Worten: „Wir sind stolz auf unsere Märtyrer. Wir sind stolz auf unsere Sache.“ Entièrement amis et cochons nennt der Franzose treffend solche Brüder und Verbrüderung. Vorher schon hatte dieses Schmachblatt**) zu einem Landesgebet für Kaiser und König die Worte vorgeschlagen: „Sagt, daß es ihm zuletzt um kein Haar besser geht als uns, seinen Unterthanen, und daß an seinem Schädel einst ebenso viele Insekten nagen werden, als an dem unsrigen.“ Und zu Kaiser Wilhelm's Geburtstag, am 22. März 1873, brachte es folgende Verse:

Schlaf, mein Kind, schlaf leis',
Da draußen geht der Preuß',
Deinen Bruder hat er umgebracht,
Deine Schwester hat er zur H. gemacht,
Deinen Vater trieb er in's fremde Land,
Das Haus hat er uns niedergebrannt:
Schlaf, mein Kind, schlaf leis',
Da draußen geht der Preuß'.

Und dazu setzte das Blatt:

„Der Preuß'“ dieses Wiegenliedchens stand unter dem Oberbefehl des Prinzen von Preußen, bei der Unterwerfung der Revolution in Baden, des heutigen Kaisers in Deutschland. Es hat sich Alles so herrlich erfüllt!“

Endlich gehört in dasselbe Schandfach eine Notiz der sozialdemokratischen Zeitschrift „Die Wahrheit“. (Nr. 151 von 1877.)

---

*) „Volksstaat“ 1873, Nr. 71, S. 2.
**) 1871, Nr. 80, S. 4, Sp. 1.

„Kein Hund in Breslau! — Unser Freund beliebt zu scherzen. Haben wir doch in Breslau eine ganze Partei von Hunden. Unser Dresdener Freund hätte das Vorhandensein von Hunden gewiß nicht bestritten, wenn er gerade an einem St. Sedanstage Breslau besucht und die Hunde in großen Massen durch die Straßen hätte ziehen sehen."

Und aus demselben Jauchenfaß ist das Gedicht geschöpft, welches sich in dem aus Vereinsmitteln gedruckten und vertriebenen „Wintermärchen" (Zürich 1877, S. 22—23) findet:

Das ist das Zollernsche Schwarz-Weiß-Roth,
Das Banner der Todtschlagsfarben,
Das sich die Deutschen in Krieg und Tod
Zum Banner des Reichs erwarben.
Ihr Deutschen! — Das ist ein Banner für Euch,
Ihr brauchet drob nicht zu erbosen;
Das paßt für Euch, für das Todtschlags-Reich,
Für das Reich des Todtschlags im Großen.

Was Wunder, daß solche Blüten unter Herrn Liebknecht's Leitung reiften, da Herr Bebel am 8. November 1871 schon von der Tribüne des deutschen Reichstages verkündet hatte: die Reichs-Verfassung sei das Stück Papier nicht werth, auf dem sie geschrieben stehe.

Einstweilen wurden die beiden Herren im März 1872 vom Schwurgericht Leipzig wegen Vorbereitung zum Hochverrath ein Jeder mal zu zwei Jahren Festung (Hubertusburg) verurtheilt und Herr Bebel außerdem noch zu einem Jahr Gefängniß wegen Majestätsbeleidigung, so daß sie längere Zeit hindurch unschädlich gemacht waren. Die Gefängnißstrafe hatte sich Herr Bebel durch zwei Reden in Volksversammlungen vom 19. und 26. Februar 1871 zugezogen, in welchen er u. A. gesagt hatte: „Die Einheit haben wir nun zwar, es ist aber im Wesentlichen die Einheit der Kaserne und des Zuchthauses."

Herr Liebknecht brachte, sowie er selbst wieder frei geworden war, am 21. November 1874 diese Worte seines verurtheilten Freundes, um sie ja recht bekannt zu machen, auf die Tribüne des Reichstages, indem er sie zu den seinen machte (Sten. Ber. S. 245, Sp. 1) und hinzufügte:

„Als ich aus Hubertusburg kam, hatte ich nicht die Empfindung, in die Freiheit einzutreten. Es kam mir vor, als käme ich aus einem kleinen Gefängnisse in ein großes, und das Gefühl der Sicherheit, welches man im kleinen Gefängnisse hat, fehlt obendrein in diesem großen Gefängnisse."

Gleichwohl hatte er den dreisten Antrag gestellt, seine strafgefangenen, rechtskräftig verurtheilten Parteigenossen Bebel, Hasenclever und Most sofort freizulassen in dieses „große Gefängniß" des deutschen Reiches, damit ihre unschätzbaren Kräfte dem deutschen

Reichstage nicht verloren gingen, und er begründete diesen unerhörten Antrag mit einer ebenso unerhörten Schmähung der deutschen Rechtspflege, indem er sagte (Sten. Ber. S. 244, Sp. 2):

„Das Alles war nur ein Tendenzprozeß, in welchem wir, die Vertreter der einen Partei (!!), verurtheilt worden sind von den Vertretern der anderen Partei, oder, um es schärfer auszudrücken, wir, die Vertreter einer Klasse, der Unterdrückten, von den Vertretern der Klasse der Unterdrücker, der Bourgeoisie, die auf den Geschworenenbänken gesessen haben. (Sten. Ber. S. 246, Sp. 2.) Das Wort: ‚Es giebt noch Richter in Berlin,‘ ist nachgerade Kinderspott geworden."

Vier Jahre später, 1878, war dieses Bedürfniß der Verhöhnung deutscher Richtersprüche bei Herrn Liebknecht bereits so erstarkt, daß er damals (Sten. Ber. S. 496) erklärte, wenn der Reichstag nicht die sofortige Freilassung des damals abermals rechtskräftig verurtheilten und in Strafhaft befindlichen Freundes Bebel beschließe, so sei das: „Ein Schlag gegen die Volkssouveränität" (welche nur in Herrn Liebknecht's Einbildung zu Recht besteht in deutschen Landen) und „ein Attentat gegen das allgemeine Stimmrecht". Aber schon 1874 am 21. November verließ Herr Liebknecht die Tribüne nicht, ohne auch seine Vaterlandslosigkeit in einem Prachtfeuerwerk leuchten zu lassen, indem er (Sten. Ber. S. 246, Sp. 2) sagte:

„Was für die Majorität" (des Reichstages und deutschen Volkes) „der sogenannte heilige Krieg" (gegen Frankreich 1870) „war, das ist für unsere Partei die Pariser Kommune gewesen — dort hat das Proletariat seine größte Schlacht geschlagen. Unsere Sache ist es, die dort verfochten wurde. Die Sozialdemokratie wird ihr Ziel erreichen, sie wird leben, auch wenn dieser Reichstag aufgehört hat sammt dem Reiche, zu dem er gehört."

Ganz in demselben Sinne hatte Herr Liebknecht in seiner berüchtigten Schrift „Zu Schutz und Trutz" (1874, 4. Aufl., S. 4) geschrieben:

„Das Wort Vaterland, das Ihr im Munde führt, hat für uns keinen Zauber; Vaterland in Eurem Sinne ist uns ein überwundener Standpunkt, ein reaktionärer, kulturfeindlicher Begriff."

Diesem vaterlandslosen Standpunkte entsprach auch vortrefflich das Verhalten der sozialdemokratischen Partei gegenüber dem Landsturm-Gesetze in der Tagung des Reichstages 1875. Nachdem die Partei zahllose „Protestvolksversammlungen" gegen das Gesetz in Szene gesetzt, und Herr Liebknecht sich angemaßt hatte, dem Reichstag „das Urtheil des Volkes" zu verkünden — selbstverständlich nicht ohne dabei wiederholt von dem „Standrecht der Geschäftsordnung" ereilt zu werden, wie er sich frech ausdrückte (Sten. Ber. S. 1419, Sp. 1) — erklärte er (Sten. Ber. S. 1201, Sp. 1) in der Sitzung vom 22. Januar: „Ich protestire hier von meinem Standpunkt aus

im Namen meiner Wähler und meiner Partei gegen dieses Gesetz im Allgemeinen." „Seinen Standpunkt" hatte Herr Liebknecht zuvor dadurch glänzend beleuchtet, daß er die Lüge aussprach, Deutschland habe in Frankreich „gefangene Franktireurs, Männer, die nur thaten, was die Deutschen in den Jahren 1813, 1814, 1815 gethan haben, summarisch erschossen, sie nicht als ehrliche Soldaten betrachtet und behandelt, sondern als Banditen." (Sten. Ber. S. 1200).

In der folgenden Reichstagstagung 1875 und 1876 benutzte dieser deutsche Patriot die Berathung des „Brausteuergesetzes" zu folgender Rede gegen das deutsche Heer und Vaterland, welche auf der Höhe seiner Leistungen aus dem Jahre 1870 steht (Sten. Ber. S. 263—267):

Nachdem er zunächst wieder seinem Liebling, dem „Milizsystem", dem „Volksheer" das Wort geredet, es „besser zur Vertheidigung des Vaterlandes" geeignet erklärt hatte, auch wenn Moltke anderer Ansicht sei, gelangte er zu dem lustigen Ergebniß: „Wir haben keine allgemeine Wehrpflicht! . . . Das Milizheer ist nur zu gebrauchen gegen den äußeren, nicht gegen den sogenannten „inneren" Feind, nicht zur Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft. Wir wissen nun, wozu das deutsche Heer gebraucht wird. Das Volk hat mit Eurem Krakehl" (der Vaterlandsliebe in Deutschland und Frankreich) „nichts zu thun . . . Dem jetzigen System, welches auf politischem und auf finanziellem wie auf jedem anderen Gebiete in einer der Nation verderblichen Weise wirthschaftet, welches Deutschland korrumpirt, knechtet und in beständige Kriegsgefahr stürzt, welches dem Volke Lasten auferlegt, denen es nicht gewachsen ist, diesem System müssen wir von unserem Standpunkt aus jede Steuer verweigern, denn jede Steuer würde nur zu volksfeindlichen Zwecken verwendet werden. Das deutsche Volk muß sich darüber klar werden, ob es ferner für ein System eintreten will, durch das es finanziell und politisch ruinirt und korrumpirt wird, oder ob es einen vollständigen Bruch mit diesem System will. Also unser Wahlspruch ist einfach: dem jetzigen System keinen Pfennig, sei es in Form welcher Steuer es wolle. Vollständiger Bruch mit diesem System!"

Im Jahre 1876 (Sten. Ber. S. 827, Sp. 1) ruft Herr Liebknecht das Hohnwort im Reichstag: „Herr Stieber*) ist das deutsche Reich!"

Am 18. Dezember 1876 läßt endlich auch Herr Bebel wieder sein Licht im Reichstag leuchten durch eine große Rede über die neuen Justizgesetze, und gelangt zu der hochkomischen Weissagung (Sten. Ber. S. 888, Sp. 2): „Heute, meine Herren, sind Sie bereit, Gesetzen zuzustimmen, die meiner Ansicht nach auf lange Jahre hinaus die Rechtsentwickelung der Nation hemmen!"

Hand in Hand mit dieser geflissentlichen Verachtung jedes deutschen Gefühls und Strebens im deutschen Parlament ging die stets

---

*) Der frühere Leiter der politischen Polizei in Berlin.

gesteigerte vaterlandslose Zuchtlosigkeit der sozialdemokratischen Presse in dieser Zeit. Namentlich seit dem Vereinigungskongreß der Rothen in Gotha im Jahre 1875 schoß diese Presse, Giftpilzen gleich, überall in die Höhe. Hunderte von Vereinen in allen geselligen und gewerkschaftlichen Formen säten das sozialistische Gift in die Massen. Die Partei hatte Geld wie Heu, zumal die revanchelustigen Theile der französischen Bevölkerung sehr wohl erkannten, welche Busenfreunde sie inmitten des deutschen Reiches an diesem vaterlandslosen Gesindel besäßen, und dieses daher von 1875 bis 1891 bei jeder deutschen Reichstagswahl mit bedeutenden französischen Geldsummen unterstützten.

Der Schmutz, welcher sich in den Parteiorganen jener Tage (von 1871 bis 1878) angehäuft findet, ist ekelerregend. Die ganze deutsche Geschichte wird verlästert als ein „Fastnachtsspiel von Schurken, Betrügern und Narren"; Goethe wird ein „serviler Hofpoet", Schiller ein „reaktionärer Phrasendrescher" genannt, weil er die Verse geschrieben hatte: „An's Vaterland, an's theure schließ' Dich an" und „Wo sich die Völker selbst befrei'n, da kann die Wohlfahrt nicht gedeih'n." Die „Religion" wird verschrien als „leerer Humbug, erfunden von Betrügern, um Narren zu bethören"; die Vaterlandsliebe wird verekelt als „ein verhüllender Schleier für Raub und Mord"; die Ehe als „staatlich konzessionirte Prostitution"; die Elternliebe in den Versen verherrlicht*):

Der große Esel, der mich erzeugt,
Er war von deutschem Stamme;
Mit deutscher Eselmilch gesäugt
Hat mich die Mutter, die Amme.

Die deutsche Wissenschaft wird herabgewürdigt zur „feilen Dirne des Volksverrathes"; die Schule zur „Verdummungsanstalt im Dienste gegen die Freiheit"; der Reichstag beschimpft als „ein Haufe von Junkern, Apostaten und Nullen, der als Puppe am Drahte eines Recht und Menschen verachtenden Staatsmannes tanzt"; die gesammte nationale Presse wird geschmäht als „ein einziger Reptiliensumpf der Korruption." Daneben setzte Herr Liebknecht 1877 große Massenversammlungen in ganz Deutschland in Szene, welche gegen die russenfreundliche Orientpolitik Bismarck's den Schmerz und das Schmachgefühl der edlen sozialdemokratischen „Genossen" in das Land hinausschreien mußten. Der Leiter einer dieser auf Anstiften Herrn Liebknecht's vor den Thoren von Leipzig abgehaltenen Versammlung war der Klempnergeselle Hödel.

*) Nürnberg-Fürther Anzeiger, 1878.

Am 11. Mai 1878 schoß dieser Bube Unter den Linden in Berlin auf das ehrwürdige Haupt des Kaisers Wilhelm. Am 2. Juni traf der verlotterte Sozialistenfreund Nobiling dasselbe erlauchte Ziel fast tödtlich.

Die Drachensaat der Vaterlandslosigkeit unserer Sozialdemokratie war zum Kaisermorde gereift!

---

6. Die Zeit der Attentate und des Sozialistengesetzes.

Vierundzwanzig Stunden, ehe Hödel's Schuß Unter den Linden in Berlin nach dem geweihten Haupte unseres Kaisers abgefeuert wurde, hatte das amtliche Parteiblatt der deutschen Sozialdemokratie, der von Herrn Liebknecht redigirte „Vorwärts", die von russischen Geschworenen freigesprochene Mörderin Wjera Sassulitsch also gefeiert:

Wo man ein Bollwerk hergestellt
Für gierige Despotenmacht,
Wo um den Herrscherthron gesellt
Sich Habsucht, Bosheit, Niedertracht,
Dort ist der Vorkampf nun entbrannt
Und fordert unsern Beifallsgruß,
Dort an der Newa eis'gem*) Strand,
Da fiel bereits der erste Schuß.**)
In Petersburg, da (!) eilt herbei
Die Rächerin mit festem Muth,
Und badete das harte Blei
In fließendem Tyrannenblut.

Ob Hödel vor seiner vatermörderischen That die von Herrn Liebknecht verantworteten Mordstrophen noch gelesen und daraus vielleicht die letzte Kraft zu seinem Mordschusse geschöpft hat, zu-

---

*) NB. Im Mai! Es scheint, daß dieser Dichter seine Kenntnisse betreffs der Temperaturen fremder Länder aus der sehr zuverlässigen „Wanderlust" des Bruder Straubinger bezogen habe, wo es bekanntlich heißt:

Wo die Wolga und der Obi
Von Michaeli bis Jacobi
Stolz zu Stein und Bein gefriert.

**) Für künftige Reimfälle auf die lange Silbe „Gruß" möchten wir den rothen Dichtern doch lieber die Worte „Buß', Fuß, Mus, Ruß" empfehlen. Auch wie „das harte Blei" in „fließendem Tyrannenblut" badet, ist ein großartiges Bild.

gleich mit dem Verlangen, durch eben so schöne Verse im „Vorwärts“ des Herrn Liebknecht verherrlicht zu werden, das steht nicht fest, ist nicht „aktenkundig“.

Jedenfalls aber war Hödel mit der „Eselsmilch“ der deutschen Sozialdemokratie großgesäugt worden zu dem, was er geworden war, zu einem bis auf das Mark verbummelten Lotterbuben, welcher schließlich durch einen Kaisermord eine ebenso gediegene Unsterblichkeit sich zu erwerben trachtete, als seine Lehrmeister, die Herren Bebel und Liebknecht, sie durch ihren Vaterlandsverrath bereits für sich eingeerntet hatten.

Gewiß war ja auch den Führern der deutschen Sozialdemokratie die Kunde von Hödel's Mordschuß recht peinlich — wegen der Folgen nämlich, welche sich für die Führer und ihre Partei an diese That knüpfen mußten. Anderseits aber sind die sozialistischen Blätter dieser Tage die einzigen im deutschen Reiche — ja auf der weiten Erde —, aus welchen auch nicht der leiseste Widerhall jenes naturgewaltigen und herzbewegenden Aufschreies hervorbricht, mit welchem viele Millionen Deutscher — im Reiche, wie auf der ganzen Erde — die Trauerkunde der ungeheuren Frevelthat beantworteten. Die rothe Parteipresse hat noch niemals ein so treues Spiegelbild der sittlichen Verwahrlosung, der hödelgleichen Verlumpung der ganzen Partei zurückgeworfen, als in diesem für das fernere Schicksal der Partei entscheidenden Augenblicke. Denn nicht ein Wort der Verurtheilung, auch nur der Mißbilligung, dieser Schandthat findet sich in den rothen Blättern. Kein Wort des Mitleides, der geringfügigsten Anerkennung für den erlauchten Kaiser, von dessen geweitem Haupte ein höheres Walten die Kugel des Mordbuben am 11. Mai 1878 ebenso wunderbar abgelenkt hatte, wie so oft schon zuvor den Kugelregen der Schlachten auf dem Felde deutscher Ehre. Für alles Das hatte die sozialdemokratische Presse und die Parteileitung nicht die geringste Empfindung. Denn die einfältige „bürgerliche“ Sittlichkeit, die Unterscheidung zwischen Gutem und Bösem, zwischen Recht, Unrecht und Verbrechen hatte die geläuterte sozialdemokratische „Weltanschauung“ längst schon als deutsche Ammenmärchen erkannt. Für deutsche Ehre und für deutsche Ehrfurcht vor dem unverletzlichen Kaiser- und Fürstenhaupt war im vaterlandslosen Nichts des sozialdemokratischen Busens kein Raum. Jetzt erst gewann das „Pfui!“, welches sie mir zugerufen hatten, als ich im Norddeutschen Reichstage am 23. Mai 1870 für die Todesstrafe auf Mord und auf den Mordversuch gegen das Bundesoberhaupt und gegen die Bundesfürsten stimmte, seine schmachvollste Bedeutung. Die Herren Pfuischreier wollten damit ausdrücken, daß sie voraussähen: das erste Opfer meiner Abstimmung werde einer der von ihnen zum Fürstenmord bethörten und verhetzten „Genossen“ sein.

Die ganze sozialdemokratische Partei, ihre Leitung, ihre Presse und Parlamentsvertretung hatte in diesen alle deutschen Herzen erschütternden Tagen nur einen Gedanken: den Mörder Hödel von ihren Rockschößen abzuschütteln. Sie hatte nur die eine windige Galgenausflucht verlogener Verbrecher zur Hand: si fecisti, nega. (Wenn Du's gethan, so leugne.) So erklärte denn die sozialdemokratische Presse den „Genossen" Hödel bald für einen Wahnsinnigen, welcher nur dem Irrenhause, nicht dem Richtschwert oder dem Zuchthause verfallen dürfe; bald gar für ein von der Polizei gedungenes Werkzeug, welches blind geschossen habe; endlich wagte der „Vorwärts" des Herrn Liebknecht sogar zu schreiben: „Auf die Anklagebank! Nicht mit dem Verbrecher, nein mit der Gesellschaft!"*)

Dieselben Versuche der Abschüttelung der Kaisermörder von den Rockschößen der Partei übertrugen dann die Herren Liebknecht und Bebel auch auf die Tribüne des Reichstags. Am 23. Mai 1878, zwölf Tage nach Hödel's Attentat, als schon alle Einzelheiten seiner Schmachthat, alle seine traulichen Beziehungen zu der Partei des Herrn Liebknecht, weltbekannt waren, da wagte dieser Abgeordnete noch, im Reichstage zu sagen (Sten. Ber. 1., 1878, S. 1497, Sp. 1 und 2):

„Der Versuch, die That eines Wahnwitzigen, noch ehe die richterliche Untersuchung geschlossen ist,**) zur Ausführung eines lange vorbereiteten (!!) Reaktionsgesetzes zu benutzen, und die moralische Urheberschaft eines noch unbewiesenen Mordattentats auf den deutschen Kaiser einer Partei zuwälzen zu wollen, welche den Mord in jeder Form (!) verurtheilt" — d. h. nur den Mord im Einzelnen, nicht den Mord im Großen, nur darin hatte Herr Hödel seine Lehrmeister mißverstanden — „richtet sich von selbst!"

Bei Berathung des zweiten Entwurfs zum Sozialistengesetz aber stieg Herr Bebel am 10. September 1878 auf die Tribüne des Reichstags und donnerte (Sten. Ber. 1878 II., S. 38—50):

„Wir verlangen zu wissen, was in den zahlreichen Protokollen, die wegen der Attentate niedergeschrieben wurden, enthalten ist!" Das Verlangen war eben so neu als unbeschämt, zumal da Hödel, nach rechtskräftiger Verurtheilung, am 10. August hingerichtet worden war, und bekanntlich, beim Anblick der Unterschrift des Kronprinzen unter dem Befehl der Urtheilsvollziehung, Angesichts des Schaffots, als echter Sozialdemokrat, noch ausgespuckt hatte! Gleichwohl perorirte Herr Bebel weiter: „Man sagt der Sozialdemokratie nach, sie habe die Attentate verschuldet, sie sei die Partei der Kaisermörder. Das muß gerechtfertigt werden aus den Ergebnissen der

*) Sten. Ber. des Reichstags. I., 1878, S. 1512 Spalte 2.

**) „Noch ehe die Untersuchung geschlossen" war, wußte natürlich Herr Liebknecht schon, daß Hödel „wahnwitzig", und daß seine That zum Vorwand „eines lange vorbereiteten Reaktionsgesetzes benutzt" war!

Untersuchung. Man hat die Männer unserer Partei aus Arbeit und Brot geworfen und ihnen die Existenz abzuschneiden versucht, man hat sie beschimpft und verleumdet, für ehr- und rechtlos erklärt (?). Man hat offenbar Alles das aufgeboten, um Unruhen hervorzurufen; man wollte uns aufs Aeußerste reizen, damit wir zu Gewaltschritten irgend einer Art uns verleiten ließen." So spricht doch wahrlich die verfolgte Unschuld niemals! „Ich stelle Namens meiner Partei, und wie ich hoffe, aller ehrenwerthen Leute (!!), das ausdrückliche" (aber deshalb nicht minder gesetzwidrige) „Verlangen, daß die Untersuchungsprotokolle vorgelegt werden·

Die Vorlegung dieser Protokolle nnd Akten hätte, wie wir sofort zeigen werden, Herrn Bebel und seinen Genossen wahrscheinlich ungemein wenig Freude bereitet. Aber Herr Liebknecht schoß auch in dieser Debatte mit seiner Zündnadelberedtsamkeit den Vogel ab, indem er (Stenogr. Berichte S. 343) die Legende des Wahnsinns Hödel's in die schauerlichen Worte faßte:

„Wenn Virchow den Schädel des hingerichteten Hödel hätte untersuchen können, wäre vielleicht auch die furchtbare Thatsache an den Tag gekommen, daß das Henkerbeil erweckt wurde, um einen Wahnsinnigen zu enthaupten!"

Dieses überaus dreiste „Vielleicht" suchte Herr Liebknecht der ihm erwünschten Wahrscheinlichkeit näher zu bringen durch die Erzählung jenes Besuches, welchen er dem gefangenen Hödel, in Gegenwart des Untersuchungsrichters Hollmann, abgestattet habe. Hödel habe da auf alle Fragen Liebknechts nur ein grinsendes, stieres Lächeln zur Antwort gehabt.*) Nun, die Fragen, welche Herr Liebknecht an Hödel richtete: was diesen zu seiner That getrieben habe? u. s. w., wären wohl auch einem Gescheuteren als Hödel lächerlich erschienen aus dem Munde des Führers der Partei, welche den Gefangenen zu seiner Schandthat seit Jahren reif gemacht hatte. Und in Gegenwart des Untersuchungsrichters konnte doch auch ein so roher Mensch wie Hödel auf solche Fragen nicht gut erwidern: „Das fragen Sie mich, Herr Liebknecht — Sie wissen doch, daß ich seit langen Jahren Leser und Abonnent Ihres „Vorwärts" bin, das genügt doch wohl, um den Menschen zu allen Schandthaten, auch zum Kaisermord zu treiben?"

Die „Vernünftigkeit" Hödels ist übrigens einzig und allein von Herrn Liebknecht und der durch ihn beeinflußten Presse bezweifelt worden, nicht von den Aerzten, welche Hödel zu untersuchen hatten, nicht von den Richtern, ja nicht einmal von Herrn Liebknecht selbst, bevor Hödel seinen Mordschuß abgefeuert hatte. Denn noch kein Jahr zuvor hatte Herr Liebknecht den „Wahnwitzigen" in einem der von der rothen Partei durchseuchten Vororte von Leipzig eine Volksversammlung leiten lassen, in welcher,

*) Sten. Ber. II., 1878 a. a. O.

nach Herrn Liebknechts Recept, die Orientpolitik Bismarcks „vernichtet“ wurde. Und zudem giebt es auch einen speziell sozialdemokratischen Beweis für Hödel's Vernünftigkeit. Nach der „Wissenschaft“ dieser Partei beginnt nämlich die reine Vernunft erst beim „zielbewußten“ Sozialdemokraten sich zu offenbaren. Ein „Zielbewußter“ kann also nicht blos, er muß vernünftig sein. Da sich nun aber der „Genosse“ Hödel noch auf dem Schaffot durch sein Ausspucken vor der kronprinzlichen Unterschrift als „Zielbewußter“ zu erkennen gegeben hat, so muß auch die reinste Vernunft in ihm vorzugsweise ihren Sitz aufgeschlagen haben.

Gemeinsam mit Herrn Bebel (Sten. Ber. II, 1878 S. 38—50) versuchte Herr Liebknecht (Sten. Ber. S. 342 ff.) übrigens den höchst unbequemen Hödel von den Rockschößen der Partei abzuschütteln durch den Kunstgriff, daß Hödel von ihnen bald als ein „Anarchist“, bald als ein „christlich-sozialer“ Anhänger Stöcker's bezeichnet und daß endlich von ihnen Beiden mit großem Nachdruck versichert wurde, Hödel sei ausdrücklich aus der sozialdemokratischen Partei ausgestoßen worden. Herr Bebel, welcher sich für einen „Führer“ seiner Partei hält, und auch von Anderen, welche ebenso mangelhaft in dieser Beziehung unterrichtet sind, wie er selbst, und welche die Diktatur Liebknechts ebenso sehr unterschätzen wie er, dafür gehalten wird, erzählte daher dem Reichstag eine den Meisten glaubhaft scheinende Geschichte: wie er, Herr Bebel, beim ersten Telegramm von Hödel's Unthat, welches Hödel als Leipziger Mitglied der sozialdemokratischen Partei bezeichnete, noch am späten Abend in die Redaktion des „Vorwärts“ und zu allen hervorragenden Parteigliedern gestürzt sei mit der Frage: „Kennt Ihr Hödel?“ und daß sie Alle, wie einst die Examinatoren des seligen Kandidaten Jobs, dabei mit einem Schütteln des Kopfes geantwortet hätten.

Nun ist aber Herr Bebel, so wenig wie irgend ein Anderer „Führer“ seiner Partei. Dieser Führer ist allein Herr Liebknecht. Und Herr Liebknecht hat bewiesen, daß er seinem „Freunde“ Bebel die letzten Geheimnisse der Partei zu allerletzt anvertraut. So hat z. B. Herr Bebel von dem bekannten Schreiben von Karl Marx vom Mai 1875, welches auch an Herrn Bebel gerichtet war, auch ihm mitgetheilt werden sollte, und welches das Gothaer Programm der Partei, das noch heute deren Grundlage bildet, als ein „durchaus verwerfliches und die Partei demoralisirendes“ bezeichnet, erst Kenntniß erhalten durch die Veröffentlichung dieses Schreibens Seitens des Herrn Friedrich Engels im 1891er Februarheft der „Neuen Zeit“, der amtlichen „Revue“ der Sozialdemokratie.

So wird mir denn Herr Bebel, wie mancher Andere, vielleicht dankbar sein, wenn ich ihm jetzt eine neue Enthüllung mache. Es

giebt nämlich amtliche Quellen, welche nicht so sehr fern liegen können von den Seitens des Herrn Bebel so heißbegehrten „Protokollen" des Hödelprozesses, amtliche Quellen, welche beweisen, „daß Hödel von seiner eigenen, der sozialdemokratischen Partei, zur christlich-sozialen Partei nur als Kundschafter" (nicht als „Wahnwitziger") „abkommandirt worden war, und bis zu seinem Attentat mit seiner Partei im innigsten Einvernehmen lebte, und daß erst nach dem Attentate Hödel's, durch ein Telegramm an das sozialistische Centralkomitee in Hamburg, Hödel's Ausschluß aus der Partei verlangt, dieser Beschluß aber um mehrere Tage vor das Attentat gerückt und in dieser Form (nach dem Attentat) veröffentlicht wurde."*)

Trotz dieser der Regierung zur Verfügung stehenden, alle Abschüttelungsversuche der Sozialdemokratie vernichtenden Beweise, hat keine Denkschrift der Regierung, keiner ihrer Vertreter und kein Abgeordneter, welcher die zwei Vorlagen des Sozialistengesetzes vertheidigte, die sozialistische Partei der unmittelbaren Anstiftung der Verbrecher Hödel und Nobiling zu ihren Missethaten geziehen. Wohl aber, und mit Recht, der Mitschuld an diesen Schandthaten durch die grundsätzliche Zuchtlosigkeit und Entsittlichung, welche diese Partei aussät und großzieht.

So schon die Motive zum ersten Entwurf eines Sozialistengesetzes. In den Motiven zum zweiten Entwurfe heißt es, nachdem die Ablehnung des ersten Entwurfes durch den Reichstag kurz berichtet ist (R.-T. Drucks. 1878, II. Nr. 4 S. 1—16): „Bald darauf zeigte ein abermaliger Mordversuch auf Se. Majestät den Kaiser von Neuem, wie leicht eine, jedes sittliche und rechtliche Gebot verachtende Gesinnung um sich gegriffen hat." Der Vertreter der preußischen Regierung im Bundesrath, Graf Eulenburg, er-

---

*) Diese wichtigen Thatsachen sind der 1887 im Verlage von Richard Wilhelmi in Berlin erschienenen Schrift „Sozialismus und Anarchismus in Europa und Nordamerika während der Jahre 1883 bis 1886" entnommen, welche ihre Darstellung „nach amtlichen Quellen" giebt. Daß dies nicht blos Redensart ist, beweist jeder Satz, jede Angabe dieser Schrift. Außerdem eine Vergleichung mit rein amtlichen Veröffentlichungen, welche mir zahlreich gleichzeitig vorliegen, z. B. die sehr verdienstvolle Schrift des königlichen Polizeiinspektors W. Krieter in Magdeburg „Die geheime Organisation der sozialdemokratischen Partei" (1887, Magdeburg, Alb. Rathke). Was diese rein amtlichen Schriften nur anzudeuten wagen, z. B. die Manipulationen bei Einführung des damals verbotenen Parteiorgans in Deutschland, enthüllt die vorliegende Schrift (bei Wilhelmi) aufs Genaueste u. s. w. Auch wird die aus derselben hier angezogene Thatsache belegt durch die erst nach dem Attentat vom 11. Juni 1878 erfolgte Ausschlußerklärung Hödels.

klärte schon in der Sitzung vom 23. Mai 1878 (Sten. Ber. S. 1511 Sp. 1):

„Es ist Niemandem eingefallen, zu behaupten, daß diese That (Hödels) speziell veranlaßt und hervorgerufen worden ist auf Anstiften der Sozialdemokratie. Die Behauptung geht aber dahin, daß die Lehren der Sozialdemokratie die Gemüther derart verwirren, daß sie sehr leicht dergleichen Ruchlosigkeiten erzeugen können und in diesem Zusammenhange macht man die Sozialdemokratie und deren Lehren für dergleichen traurige und erschreckende Erscheinungen verantwortlich."

Und in der Sitzung vom 10. September 1878 fügte Graf Eulenburg hinzu (Sten. Ber. S. 50):

„Die soziale Presse behauptete: Die Attentate seien bestellte Arbeit gewesen! Als das nicht anging, behauptete man, die beiden Verbrecher seien unzurechnungsfähig gewesen, isolirte Idioten. Das ist auch eine Lüge. Dann aber hat das Organ der Sozialdemokratie die Thaten entschuldigt und die Verbrecher exkulpirt. Man hat nicht sie, sondern die Gesellschaft für schuldig erklärt. Der Kongreß der Jura-Föderation, welcher 1878 in Freiburg getagt hat, hat ausdrücklich erklärt: „Die Thaten Hödels und Nobilings wären revolutionäre Thaten, die seine volle Sympathie hätten", (Hört! Hört!) und in einer Korrespondenz des „Percusseur" heißt es am 3. Sept. 1878: „Die Kommune ist der Stern, welcher am Firmament des Proletariats glänzt, und wenn der Moment gekommen, werden auch wir unsere Hödel und Nobiling haben! (Hört, hört!) Die Lehren, Tendenzen und Agitationsweise der Sozialdemokratie sind dafür verantwortlich, daß so traurige Dinge bei uns vorkommen (sehr wahr!), und wenn Sie diese Lehren und Ziele etwas näher ins Auge fassen, dann ist nicht die friedliche Entwickelung das Ziel, sondern nur eine Etappe zum letzten Ziel, welches auf keinem anderen Wege als auf dem Wege der Gewalt erreicht werden kann!"

Ein geradezu klassisches Beispiel dafür, wie die Sozialdemokratie ihre Parteigänger zum „Tyrannenmord" anhetzt, entnahm Fürst Bismarck (Sten. Ber. S. 70, Sp. 2) jenem Artikel des Parteiblattes, welcher die Ermordung des russischen Generals Mesenzew als „gerechte Hinrichtung" feiert, unter dem Titel: „Discite moniti" („Ihr seid gewarnt, lernt daraus!")

„Ganz in der jüngsten Zeit habe ich," fährt Fürst Bismarck fort, „aus denselben Kreisen einen anderen Artikel, wahrscheinlich in derselben Zeitung („Vorwärts") gelesen, in dem gesagt war: alle unsere Beschlüsse, unsere Gesetze könnten der Sozialdemokratie gar nichts thun, aber die Gesetzgeber und Alle, die dabei mitwirkten, möchten sich doch der Verantwortlichkeit einmal recht klar bewußt

werden, die sie persönlich übernehmen, wenn sie gegen die Sozialdemokratie vorgehen, und er schloß mit den Worten: „Ihr seid gewarnt!" Wovor denn gewarnt? Doch vor nichts Anderem als vor dem nihilistischen Messer und der Nobiling'schen Schrotflinte? Ja, meine Herren, wenn wir in einer solchen Weise unter der Tyrannei einer Gesellschaft von Banditen leben sollten, dann verliert jede Existenz ihren Werth!"

In seiner unvergleichlich feinen und klaren Weise stellte auch Graf Moltke die Mitschuld der intellektuellen Urheberschaft der sozialistischen Partei an den beiden Mordthaten vor Augen, indem er in der Sitzung vom 23. Mai 1878 (Sten. Ber. S. 1535 Sp. 1 u. 2) ausführte:

„Ich fürchte, daß die Leiter der Organisation der Sozialdemokratie schon heute bedenklich nahe an die Grenze gedrängt sind, wo man von ihnen die Erfüllung ihrer Zusagen und Verheißungen fordert. Diese Herren werden am besten wissen, daß das seine Schwierigkeiten haben wird ..... Lange zurückgedrängte Leidenschaften, getäuschte Hoffnungen werden zu gewaltsamen Ausbrüchen drängen, welche die Leiter am allerwenigsten verhindern können; denn die Revolution hat bisher noch immer ihre Führer zuerst verschlungen. Das ist überhaupt der Irrthum so Vieler, daß sie glauben ungefährdet nivelliren zu können bis auf ihr Niveau, dann solle die Bewegung stille stehen. Als ob ein in voller Fahrt heranbrausender Eisenbahnzug plötzlich Halt machen könnte — wobei ja auch Die den Hals brechen würden, die darin sind. Hinter dem ehrlichen Revolutionär tauchen dann jene dunkeln Existenzen auf, die sogenannten Bassermann'schen Gestalten vom Jahre 1848, die professeurs de barricades (Barrikaden-Professoren) und die Petroleusen der Kommune von 1871."

Endlich betonte Ludwig Bamberger in treffender Weise den ursächlichen Zusammenhang der sozialdemokratischen Vaterlandslosigkeit mit den Kaiserattentaten. Er sagte am 10. September 1878 (Sten. Ber. S. 52 Sp. 2):

„Die Zersplitterung der Parteien, die Schwäche des Nationalgefühls in ganzen Schichten der Nation, auf welche die Motive mit Recht hingewiesen haben, die neue Gestaltung unseres Gesammtstaates, bringen durch diese Konvulsionen für uns ganz andere Gefahren, als sie für andere bereits seit Langem national gestaltete und empfindende Völker mit sich führen. Und ich behaupte, der wüthendste französische oder italienische Kommunist ist noch ein Patriot im Vergleich zu jenen Exemplaren, die wir in Deutschland finden können, wenn es sich darum handelt, um eines Parteikampfes willen die ganze Existenz der Nation in Frage zu stellen."

Und wie benahm sich nun die sozialdemokratische Partei bei

Berathung des Sozialistengesetzes unter diesen Nackenschlägen, welche ihr von allen Seiten verabreicht wurden?

Sie behauptete zunächst bei der Berathung des ersten Entwurfs: „Es sei mit ihrer Würde nicht vereinbar, in die Diskussion eines Gesetzes einzutreten, welches ein beispielloses Attentat auf die Volksfreiheit sei.“ (Liebknecht am 10. Mai 1878 Sten. B. S. 1497, Sp. 2.) Bei der Berathung des zweiten Entwurfs hatte die Partei dieses überspannte Gefühl „ihrer Würde“ abgelegt und betheiligte sich an der „Diskussion“, zunächst indem sie mit der frechsten Ruhmredigkeit und Aufschneiderei behauptete, das Gesetz werde ihr nur zum Vortheil gereichen. (Bebel, 10. September 1878 Sten. Ber. S. 45 Sp. 2, Bracke Sten. Ber. S. 79 flg., Hasselmann Sten. B. S. 145 flg., Liebknecht S. 342 flg.) Wenn die Partei an diesen Schwindel selbst geglaubt hätte, so hätte sie selbstverständlich Mann für Mann **für** das Gesetz stimmen müssen! Dann folgten die lächerlichsten Lobeserhebungen auf die eigene Partei. So rief Herr Bebel (Sten. Ber. S. 47 Sp. 2): „Ich behaupte, daß im ganzen deutschen Reiche es nur eine einzige Partei giebt, die wirklich Ideale hat und das ist die Sozialdemokratie.“ (!!!) Derselbe Abgeordnete stellte seine Partei auch, wie wir oben sahen, als das unschuldige Lämmchen hin, welches durch den reißenden Wolf im Staatskleide wider Willen zu Gewaltthätigkeiten gereizt werde. Herr Liebknecht versicherte: „Die deutsche Sozialdemokratie, an Kampf und Verfolgung gewöhnt, blickt weiteren Kämpfen und Verfolgungen mit jener zuversichtlichen Ruhe entgegen, welche das Bewußtsein einer guten und unbesiegbaren Sache verleiht.“ (Sten. Ber. S. 1497 flg.) Herr Hasselmann hatte die Stirn, das oben angeführte Wort Bismarcks umzukehren und zu behaupten: „seine Partei lebe unter der Tyrannei einer Gesellschaft von Banditen!“ (Sten. Ber. S. 157 Sp. 2.)

Schließlich aber ließ die Partei doch alle diese ihr so übel stehenden Masken fallen und zeigte ihr wahres Antlitz, indem sie die frechsten vaterlandslosen Drohungen ausstieß, welche jemals im deutschen Reichstage vernommen worden sind. Herr Bebel begann damit (Sten. Ber. S. 47 Sp. 2), indem er rief:

„Wie immer Ihre Entscheidung ausfalle, wir werden fortleben, bis die Zustände, die heute unsere traurigen Verhältnisse in Deutschland erzeugt haben, beseitigt sind!“

Herr Bracke hatte die Stirn, nach den beiden Attentaten die sozialistischen Führer als die Erzieher des Volkes zu friedlicher Eintracht hinzustellen, indem er (Sten. Ber. S. 79 flg.) sagte:

„Wenn man solche Dinge wie Ausnahmegesetze bringt, dann allerdings könnte es möglich sein, daß die Kraft der Erziehung (!!) welche die Sozialdemokratie auf die Arbeiter ausgeübt hat (!), nicht

mehr hinreicht, daß der Einfluß, wie soll ich sagen, die Gewalt (!!), welche wir über die Arbeitermassen haben, nicht mehr hinreicht, um das Hervortreten einzelner solcher, zur Verzweiflung getriebener Wirrköpfe an verbrecherischen Handlungen gegen einzelne Menschen (!!) zu verhindern."

Nun, nachdem die Partei schon vor Einbringung des „Ausnahmegesetzes" von ihrer „Kraft der Erziehung", ihrem „Einfluß", ihrer „Gewalt über die Arbeitermassen" die herrlichen Beweise der beiden Attentate geboten hatte, that der Reichstag wohl klüger, der Mahnung Bambergers zu folgen: „Wir wollen vor der Katastrophe thun, was andere Völker leider erst nach der Katastrophe gethan haben" (S. 53 Sp. 1), als daß er sich durch die verhüllte Drohung Brackes oder durch die blutige Barrikadenrede Hasselmanns abschrecken ließ, deren ungeheuere Komik den Ernst dieser Blätter kurz unterbrechen mag. Hasselmann schrie tobend (Sten. Ber. S. 145—157):

„Man will die große Masse des Volkes (!!) ächten (!). Nun, der Handschuh ist uns hingeworfen, wir nehmen ihn auf. Der Kampf ist eröffnet, wir werden ihn durchführen mit aller Energie. Bis jetzt haben Sie in Deutschland nichts erlebt, als eine durchaus friedliche und ruhige Agitation (!!). Sie wollen diese nicht haben! Was daraus in Zukunft erwachsen wird, das können Sie sich dann selbst zuschreiben. (Hört, hört!) Wenn man von Seiten der Regierungen wünscht, daß es zu Gewaltthätigkeiten komme, nun, dann möge das Blut auf jenen Kopf kommen, welcher verschuldet, daß es vergossen wird.... Wenn man das Volk zur Verzweiflung bringt, werde ich wissen, wo ich zu stehen habe, ob auf Seiten des Volkes oder auf Seiten der Regierung, wenn ich auf dem Felde der Ehre (!) auch nöthigenfalls mein Blut lassen sollte!" Der Herr verduftete bekanntlich sehr bald nachher nach England und Amerika. „Alle meine Freunde, alle Sozialisten, welche schon jetzt auf der Bresche stehen, werden mit mir dieses Opfer bringen" — das haben die Meisten gethan, nämlich gerade wie Herr Hasselmann, sie sind verduftet. Sein „Blut gelassen" hat keiner! — „So werden wir handeln, wenn uns die gewalthabenden Klassen zum Kampfe zwingen und die Verzweiflung die Arbeiter auf die Barrikaden treibt!" Nach stürmischer Unterbrechung und Ordnungsrufen setzte der Phrasenheld unter großer Heiterkeit hinzu: „Ich bin es nicht, der provozirt; ich habe zur Genüge gesagt, daß ich den Weg des Friedens vorziehe."

Und Herr Bracke, sonst immer einer der maßvollsten Redner der rothen Partei, schrie das freche Wort in den Reichstag (Sten. Ber. S. 201, Sp. 1):

„Ich will Ihnen sagen, wir pfeifen etwas auf das ganze Gesetz!

Den ganzen gesetzlosen, gewaltthätigen und vaterlandslosen Cynismus der Partei offenbarte aber Herrn Liebknechts Schlußwort (Sten. Ber. S. 344 bis 351):

„Ich weiß, daß das Urtheil hier gesprochen ist. Wenn ich von einem Urtheil rede, so meine ich damit nicht, daß ich den Reichstag als Richter über uns anerkenne; die Sozialdemokratie steht hoch über dem Forum dieser wie jeder anderen Körperschaft... Der Tag wird kommen, wo das deutsche Volk Rechenschaft fordert für dieses Attentat an seiner Wohlfahrt, an seiner Freiheit, an seiner Ehre."

Herr Liebknecht hatte in einem Punkte wenigstens ganz Recht. Seine Partei stand, wenn auch nicht „hoch über dem Reichstag und jeder anderen Körperschaft", so doch jedenfalls außerhalb aller gesetzlichen und vaterländischen Gesinnung, und deshalb durfte sie sich auch gar nicht beklagen, wenn ihr durch das am 21. Oktober 1878 verkündete Sozialistengesetz ein Theil der Freiheiten genommen wurde, welche das deutsche öffentliche Recht Männern gewähren kann, welche ihr Vaterland lieben und dessen Gesetze achten!

---

7. 1878—1891.

Unter all den Beweisen der tiefen menschlichen Empfindung unseres großen Kaisers Wilhelm I. ist uns keiner rührender erschienen, als jener Auszug aus seinen letztwilligen Aufzeichnungen, welchen sein erlauchter Enkel, unser jetziger Kaiser, am 31. August 1888 im Reichsanzeiger veröffentlichen ließ, als „ein herrliches Zeugniß erhabener Seelengröße und edeln frommen Sinnes, als ein Denkmal zur Ehre des Entschlafenen, als ein Vorbild für mein Haus und für mein Volk."

Da schreibt der ehrwürdige Kaiser „am 31. Dezember 1878 ½11 Uhr Abends":

„Es gehet ein Jahr zu Ende, welches für mich ein verhängnißvolles sein sollte! Ereignisse von erschütternder Art trafen mich am 11. Mai und am 2. Juni! — Die körperlichen Leiden traten zurück gegen den Schmerz, daß Preußische Landeskinder eine That vollbrachten, die am Schlusse meiner Lebenstage doppelt schwer zu überwinden war und mein Herz und Gemüth für den Rest meiner Tage finster erscheinen lassen. Doch muß ich mich ergeben in den Willen Gottes, der dies Alles zuließ, aber zugleich seine Gnade und Barmherzigkeit walten ließ . . . Darum preise ich die Vorsehung für die schmerzensvollen Ereignisse des ablaufenden Jahres. Sie haben mir

aber auch Erhebendes gebracht, durch die Theilnahme, welche mir von allen Seiten zu Theil wurde. — Und woher kam diese Theilnahme? Von wo anders als vom Allmächtigen, dessen Führung es wollte, daß ich in der Welt so gestellt ward, daß Seine Gnade, die über mir waltete, sich jedermann einprägte, ... daß Er mich ausrüstete, Seinen Willen hier auf Erden zu vollführen und Er mich und mein Volk würdig fand, das übertragene Pfund zu verwalten. Aber nicht blos in dieser Leidenszeit zeigte sich diese Theilnahme, sondern jederzeit habe ich dieselbe in einem Maße empfangen, die weit über das Verdienst ging, mit dem ich jenes Pfund verwalten konnte."

So dachte und schrieb unser großer Kaiser am Schlusse jenes Jahres, welches seinem geweihten Haupte zwei Mordanschläge brachte.

Wie dachte, schrieb und handelte dagegen unsere Sozialdemokratie, welche jene Mordbuben gezüchtet hatte? Nachdem es ihrem Genossen Hödel und ihrem Jünger Nobiling nicht geglückt war, den Kaiser zu ermorden, schickte sich die Partei an, in ihren Blättern wie von der Tribüne des Reichstags, wenigstens die Majestät zu beleidigen.

1. Wir stellen aus der Zeitepoche, von welcher wir reden, folgende Majestätsbeleidigungen zusammen.

Wenige Tage nach den Attentaten kündigte ein Freund und vertrauter Parteigenosse des Herrn Liebknecht, ein Lehrer (!) a. D. Oppenheimer von Worms, welcher bei den Wahlkämpfen des Herrn Liebknecht in Hessen immer lebhaft für diesen ins Feuer gegangen war, hauptsächlich in Worms und Umgegend Brandreden „über Attentate" an. Diese „unerhörte Kühnheit" veranlaßte den Reichstagsobgeordneten Heyl von Worms, einen seiner Angestellten in die Versammlung zu schicken, um diesen interessanten Vortrag stenographisch niederschreiben zu lassen. Der Vortrag war von empörender Frechheit. Denn Oppenheimer sagte u. A.

„In sämmtlichen deutschen Fürstenhäusern seien Morde vorgekommen, verübt von den eigenen Gliedern des Fürstenhauses; und die Frau, welche den Schuß Hödels auf den Kaiser gesehen haben wollte, müsse man nach deutscher Sitte eigentlich zur Schützenkönigin erheben."

Ganz Worms war entrüstet. Die Behörde erfuhr davon wie von dem Stenogramm und erhob eine Anklage. Mit echt sozialdemokratischer Tapferkeit suchte sich der Mensch herauszulügen. Aber der Angestellte des Herrn Heyl nagelte ihn mit seinem Stenogramm fest. Oppenheimer wurde zu einer empfindlichen Gefängnißstrafe verurtheilt. In der Hauptverhandlung wurde, auf Grund sozialistischer Denunciationen, auch der Abgeordnete Heyl geladen, weil die Vertheidigung beweisen zu können hoffte, daß Heyl den Angeklagten „denuncirt" habe. Die Verhandlung und eidliche Vernehmung Heyls erwies aber das Gegentheil. (1880 Sten. Ber.

S. 1164 flg.) Gleichwohl entblödete sich Herr Liebknecht nicht, in der Sitzung des Reichstags vom 4. Mai 1880 (Sten. Ber. S. 1156) dem Abgeordneten Heyl öffentlich nachzureden:

Dieser habe Herrn Liebknecht's „Genossen" „auf eigene Faust an's Messer geliefert, indem er das Stenogramm freiwillig dem Gericht mittheilte, und später sich noch rühmte, diesen Streich ausgeführt zu haben. (Sehr gut! rechts). Sie sagen da hinten, das ist schön! M. H. Ich beneide Sie nicht um dieses Ihnen eigenthümliche Ehrgefühl!"

Nachdem aber der Abgeordnete Heyl festgestellt hatte, daß Herr Liebknecht „auf Grund von unwahren Mittheilungen gesprochen habe", und das Haus erkannt hatte, für welchen Menschen Herr Liebknecht die Reichstagstribüne mißbrauchte, da brauchte ihm niemand erst zu versichern, daß niemand ihn „um das ihm eigenthümliche Ehrgefühl beneide".

Derselbe Abgeordnete hatte bereits am 17. März 1879 (Sten. Ber. S. 448) im Reichstag erklärt:

„Das Sitzenbleiben beim Hoch auf den Kaiser ist keine Beleidigung, sondern eine Pflicht (!!). Wenn in Deutschland die Republik proklamirt worden wäre, würde ich wahrlich nicht sitzen geblieben sein!"

Am 24. Januar 1882 sagte derselbe Abgeordnete im Reichstag (Sten. Ber. 919 flg.) bei Berathung der kaiserlichen Botschaft vom 4. Januar 1882, in welcher sich Kaiser Wilhelm gegen die Beeinträchtigung seiner kaiserlichen und königlichen Hoheitsrechte feierlich verwahrte:

„Mit dem autokratischen persönlichen Regimente müssen wir abrechnen, wenn nicht der Verfassungsstaat gerade so ein Gegenstand des Gelächters sein soll, wie es im Reichstage der Rechtsstaat bereits mit Recht geworden ist."

Er beschuldigte also den Kaiser des Verfassungs- und Rechtsbruches und forderte zur „Abrechnung" mit ihm auf! Er scheute sich nicht, am 12. Juni 1883 bei Erwähnung einer zweiten kaiserlichen Botschaft vom 14. April 1883, noch deutlicher in Majestätsbeleidigung zu machen, indem er rief (Sten. Ber. S. 3009):

„Wenn der Reichstag damals, als ihm die Pistole der kaiserlichen Botschaft auf die Brust gesetzt wurde (!), als es hieß: la bourse ou la vie (!!) — Etat oder Auflösung — wenn der Reichstag damals Front gemacht hätte, dann hätten Sie wenigstens das erreichen können, was Ihnen (?) als Ihr (?) Ziel vorschwebt: das parlamentarische Regiment. Sie sind aber unter dem caudinischen Joche hindurchgegangen, der Absolutismus, das persönliche Regiment in der äußersten Zuspitzung hat vollständig über das parlamentarische Regiment gesiegt, und Sie, m. H., haben es begraben!" (Natürlich wurde der Herr wegen dieser unerhörten Worte nachdrücklich zur Ordnung gerufen.)

Wenn solche Schmachworte sich auf die Tribüne des Reichstages wagten, so darf kaum noch Wunder nehmen, daß noch Aergeres im „amtlichen" Blatt der sozialdemokratischen Partei, im Züricher „Sozialdemokrat," erschien. Auch dafür trugen die Führer, insonderheit die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages, die volle Verantwortung, wie Minister v. Puttkamer zunächst sorgfältig feststellte, ehe er dem Reichstag die beiden nachstehenden Schandartikel mittheilte (13. Dezember 1882 Sten. Ber. S. 768):

„Der Sozialdemokrat" in Zürich ist von der Partei und deren Vertretern (es sind die sämmtlichen Herren, die wir hier haben in der betreffenden Erklärung unterzeichnet) nunmehr offiziell als Parteiorgan anerkannt. Die Partei ist in Folge dessen verantwortlich (nicht für jedes Wort, das haben die Herren in einer sehr verklausulirten Erklärung abgelehnt) aber für die gesammte Richtung, die das Blatt vertritt, sonst hätte die Sache keinen Zusammenhang und keinen Werth. Das Blatt sagt, was die Herren zu sagen nicht wagen. Da ist denn ein Artikel überschrieben: „Genealogie des Preußischen Königshauses". Ich kann nur das relativ Anständigste, oder richtiger das am wenigsten Unanständige von dem Artikel mittheilen: „Alle diese Leute sind natürlich „von Gottes Gnaden", wobei wir nur den Geschmack des lieben Gottes bewundern müssen, der indeß seit alten Zeiten konstatirt werden kann" ..... (folgen schwere Gotteslästerungen). „Der Geschmack des Herrgottes ist also nur konsequent geblieben, wie das von ihm, bei seiner Unveränderlichkeit, ja auch nicht anders zu erwarten war. Uebrigens ist es durchaus natürlich, daß unsere Herren Landesväter so wenig beneidenswerthe Familienväter haben; denn ein Mensch aus einer anständigen Familie" (m. H. „aus einer anständigen Familie", im Gegensatze zum Landesvater!) „würde sich ja im 19. Jahrhundert auch schwerlich zum Vertreter einer solch nichtsnutzigen miserablen Einrichtung hergeben, wie die Monarchie ist. Dazu gehören eben Leute aus anrüchigen Familien, wie das auch die ganze Weltgeschichte beweist. (Ruf: Hört! hört!) Alles das hat indessen wenig zu bedeuten, solange das deutsche Volk mit seinen „erlauchten" Heldengeschlechtern zufrieden ist. Der Tausendste allerdings kennt wohl kaum die ehrwürdigen Vorfahren seiner verschiedenen Landesväter, und darum haben wir uns der loyalen (!!) Aufgabe unterzogen, diese Heldenreihe der „bewährten monarchischen Gesinnung" des Deutschen Reiches einmal vor Augen zu führen. Möchte unser Bemühen, wie gesagt, ein Scherflein dazu beitragen, diese monarchische Gesinnung im besonderen und den Autoritätssinn im allgemeinen zu kräftigen und zu vermehren, damit sich die deutschen Landesväter vor der allzugroßen Liebe ihrer Unterthanen nicht mehr durch so kostbare stehende Heere zu schützen brauchen." Der Verfasser dieses Artikels nennt sich Catilina."

„Ein anderer Artikel des „Sozialdemokrat" über „die Sammlung zur Wilhelmsspende" lautet: „Uebrigens sollte man sich im eigenen Interesse mit solchen Betteleien etwas zurückhaltender zeigen. Denn das sieht doch auch der Dümmste ein, daß sie weiter keinen Zweck haben, als die Anhänglichkeit an Monarchie und Monarchen aufzufrischen und zu stärken. Wenn dieselbe aber einer Auffrischung bedarf, so muß sie doch ziemlich abgeblaßt sein, und so klingt aus solchen Betteleien immer nur der Refrain

hervor: ‚Der Monarchismus ist **auf dem Hund!**‘ was uns sehr angenehm ist.“

Im Dezember 1885 und Januar 1886 bewarf der „Sozialdemokrat“ — zu einer Zeit als die Parteileitung für denselben immer noch voll verantwortlich war, denn sie gab diese Verantwortlichkeit erst Mitte Oktober 1886 auf (s. o. S. 129) — selbst die edle Königin Luise, „den guten Genius des Preußischen Volkes“, in einer Weise mit Koth, die jeder Beschreibung spottet, und auch jede Andeutung des Inhaltes für jeden gesitteten Menschen unmöglich macht. (Minister v. Puttkamer im Reichstag am 19. Dezember 1886 Sten. Ber. S. 1140).

Im Januar 1887 vor den Reichstagswahlen brachte der „Sozialdemokrat“ ein Gedicht, welches mit dem Worten schloß: „Fluch Dir, Du Deutscher Kaiser!“ (Abgeordneter Dr. Götz im Reichstag 5. Mai 1887 S. 445).

Am 17. Januar 1888 sagte Herr Bebel im Reichstag, natürlich unter schwerem Ordnungsruf (aber leider gibt es keine fühlbarere Strafe für die Herren, welche keine Achtung für deutsche Kaiserehre und für parlamentarische Würde im Leibe haben):

„Ob wir jemals in Deutschland einen sozialistischen Kaiser haben werden, weiß ich nicht, aber das Eine weiß ich und es ist bereits Thatsache (?!), daß die sozialistische Bewegung das Deutsche Kaiserreich gezwungen hat, eine staatssozialistische Maske vorzunehmen!“

Herr Liebknecht überbot noch seinen „Freund“ Herrn Bebel am 5. November 1889 (Sten. Ber. S. 131) durch die Worte:

„In Deutschland ist das Königthum vollständig Partei geworden.“ (Ordnungsruf — aber wie wenig freilich diese parlamentarische Zuchtruthe bei diesem Herrn fruchtet, hat Präsident Simson schon 1870 festgestellt). „Damals beim großartigen Bergmannsstreik im Mai d. J. wurde eine zweite kaiserliche Botschaft für die Arbeiter, nach der von 1881 gegeben, sie lautete: „Wenn Ihr nicht Ordre parirt, lasse Ich Alles über den Haufen schießen!“ — kann Jemand dreister die Unwahrheit sagen?! — „Es hat sich gezeigt, daß der Klassenstaat heute mächtiger ist, als die Monarchie.“

Herr Singer, welcher immer von „Denkmälern“ oder „Monumenten der Schande“ zu reden weiß, wenn er von Dingen des Deutschen Reiches spricht, setzte sich selbst das letzte Denkmal solcher Art in dieser langen Reihe, indem er den edeln König von Sachsen wegen seiner vaterländischen Haltung und Worte vor den Wahlen von 1887 am 11. November 1889 im Reichstag (natürlich unter Ordnungsruf) „den Königlichen Wahlagitator von Sachsen“ schimpfte.

2. Sehr bemerkenswerthe Blüthen trieb in diesen dreizehn Jahren (von 1878 bis 1891) auch der vaterländische Sinn der Führer und der Heerde.

Wie billig eröffnet Herr Liebknecht diesen Zierreigen durch die

im Reichstag (am 24. Januar 1882 Sten. Ber. S. 920) gesprochenen Worte:

„Die nationale Begeisterung von 1866 und 1870 möchte ich lieber nationale Verblendung nennen. Ich denke über die auswärtige Politik" (Bismarck's) „und die sogenannten nationalen Errungenschaften anders als die große Mehrzahl in diesem Hause." Das ist ganz natürlich, da Bismarck Deutschland groß und mächtig gemacht hat, und Herr Liebknecht das Gegentheil wünscht. „Meine Ansicht von auswärtiger Politik läßt sich in den kurzen Satz zusammenfassen: ‚die beste auswärtige Politik ist gar keine!' (Heiterkeit)."

Am nächsten kam dieser ungewöhnlichen Leistung Herr Bebel, indem er zu seiner und seines „Genossen" Liebknecht Entschuldigung bemerkte, die beiden Herren hätten 1870 als Reichstagsabgeordnete nicht etwa die Mittel zur Kriegführung verweigert, sondern sich nur „neutral erklärt und sich deshalb der Abstimmung enthalten". (Reichstag 2. März 1880 Sten. Ber. S. 211). Der Vorgang ist früher so klar und für die Herren so vernichtend dargestellt, daß keine Beschönigung mehr hilft. Aber die unbeschämte Rechtfertigung dieses Treibens durch Herrn Bebel fordert doch zwei Gegenbemerkungen heraus. Erstens die, daß nur Staatsmächte sich in einem Kriege „neutral" erklären können, nicht aber die Bürger eines kriegführenden Volkes, und am wenigsten die Abgeordneten eines solchen. Zweitens, daß der § 20 des Gesetzes vom 1. Juni 1870 betreffs den Erwerb und Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit bestimmt: daß jeder Deutsche, welcher im Falle eines Krieges seiner Wehrpflicht oder seinem Fahneneide nicht genügt, durch die Centralbehörde seines Staates der deutschen Staatsangehörigkeit verlustig erklärt werden kann. Dieser Mann hat seinem Vaterlande nur seinen schwachen Arm versagt, und verliert zur Strafe sein deutsches Staats- und Heimatsrecht. Die Herren Liebknecht und Bebel aber haben durch ihre „Neutralitätserklärung" ihr deutsches Vaterland dem Feinde preisgeben, es verderben und vernichten wollen! Wir haben seitdem keinerlei Gemeinschaft mehr mit ihnen. Denn sie haben sich selbst dadurch expatriirt, d. h. für vaterlandslos und für Feinde unseres Vaterlandes erklärt!

Aus dieser Gesinnung allein ist es es begreiflich, wenn Herr Bebel in derselben Sitzung fortfuhr:

„Ich glaube, die Untersuchung, wer eigentlich der Hauptstreiter und Friedensstörer in Europa sei, könnte unter Umständen zu ganz eigenthümlichen, uns nicht sehr angenehmen Ergebnissen führen. Es handelte sich für uns 1870 weniger um die Frage, wer den Krieg formell erklärt, als wer ihn angezettelt habe."

Auch Herr Hasenclever, welcher 1870 noch seine Pflicht als Wehrmann gethan hatte, war gemäß seinem Worte: „Wir sind viel

abgebrühter, als Sie glauben" (17. Februar 1886, Sten. Ber. S. 1096) auch bereits 1882 (14. Juni, Sten. Ber. S. 446) so entdeutscht durch seine vaterlandslose Partei, daß er sagte:

„Kann man erwarten, daß das Vaterland geliebt werden soll, von verfolgten und gehetzten Männern?" — „von Verschwörern und Verächtern des Gesetzes", hätte er hinzufügen müssen, wenn er die Wahrheit sagen wollte. — „Ein solches Vaterland ist eine Rabenmutter für die Verfolgten und Gehetzten. Solange Sie das heutige Regiment und die jetzige Polizeiwirthschaft nicht abschaffen, werden Sie keine Vaterlandsliebe erwarten können!" Als ob die Herren Sozialdemokraten vor Erlaß des Sozialistengesetzes und nach dessen Aufhebung irgend etwas von „Vaterlandsliebe" hätten spüren lassen!

Am 21. März 1884 erklärte Herr Liebknecht (Sten. Ber. S. 191) im Reichstag, am Ende einer schwunghaften Lobpreisung der Pariser Kommune, mordbrennerischen und geißelerschießenden Angedenkens: „Die deutschen Vendômesäulen werden auch noch umgestürzt werden! (Lachen rechts. Zurufe: „Aber Alles friedlich!" Heiterkeit.) „Je nachdem," setzte Herr Liebknecht drohend hinzu. Derselbe Sozialistenführer lieferte in der Reichstagssitzung vom 4. März 1885 (Sten. Ber. S. 1542) einen köstlichen Beweis dafür, wie mächtig seine Einsicht und Vaterlandsliebe derjenigen des Fürsten Bismarck überlegen sei, indem er sprach:

„Kein Politiker kann heutzutage auf die Bezeichnung Staatsmann Anspruch machen, der nicht Nationalökonom ist. Fürst Bismarck — und das ist sein Unglück — ist ein Staatsmann der alten Schule. (Oho! und Lachen). Da mögen Sie lachen soviel Sie wollen, ja ganz und gar ein Staatsmann der alten Schule! (Erneute Heiterkeit). Für Fürst Bismarck gibt es in der Politik nur Machtfragen. Der Reichstag imponirt dem Fürsten Bismarck nicht, wie er uns neulich sagte. Mir imponirt die Politik des Fürsten Bismarck nicht, und, wie ich hoffe, auch dem Reichstag nicht (Oho! Heiterkeit). Lobeserhebungen, welche dem Fürsten Reichskanzler gemacht werden, gereichen wahrhaftig nicht zur Kräftigung Deutschlands und nicht zu seiner Ehre (!!). Das ist ein Zeichen der Korruption, ein Zeichen des Verfalls. Darauf, daß wir anderthalb Jahrzehnte Frieden gehabt haben, lege ich gar keinen Werth. Wenn die Bedingungen des Friedens nicht in den Verhältnissen liegen, haben wir den Frieden nicht. Dieser Frieden ist durchaus nicht durch die Staatsmannskunst des Fürsten Bismarck gesichert worden (!)."

Derselbe Herr sprach sich am 15. Januar 1886 (Sten. Ber. S. 536) noch deutlicher aus in den Worten: „Ich nenne das nationale Prinzip ein Phantom, erfunden von Schwindlern, um Narren an der Nase herumzuführen. Die Nationalität ist das Zufällige, das Menschenthum ist das Wesentliche. Erst sind wir Menschen, dann erst Glieder einer Nation." Oder auch umgekehrt, Herr Liebknecht! — Ganz in demselben vaterlandsfeindlichen „Menschheits"sinne sagte Herr Bebel am 8. Februar 1886 (Sten. Ber. S. 1130),

unter Ordnungsruf: „Wie unendlich groß tritt uns die kleine Schweiz, und wie erbärmlich klein das große deutsche Reich entgegen!"

Herr Liebknecht reichte jedoch am 2. April 1886 seine bis dahin nur durch die Heiterkeit des Hauses erledigte Abrechnung mit dem „System" Bismarck noch einmal ein, indem er (Sten. Ber. S. 1845) behauptete:

„Als Motto für die Regierung (!) des Fürsten Bismarck und als Ersatz (!) für ein Programm schlage ich die berühmten Worte vor, welche einmal gegen Ludwig Philipp von Frankreich gebraucht wurden: „ordre, contreordre, désordre" (Anordnung, Gegenanordnung, Unordnung). „Wir sind beim Désordre" (der Unordnung) — die allgemeine Verwirrung haben wir schon in der schönsten Blüthe. Experimentiren, Alles berühren und aufrühren, überall verhetzen, die Interessen gegeneinander bringen, bald hier angegriffen, bald dort, kurz planloses Hin- und Hertasten ohne festes Ziel!"

Der wuchtige Hammerschlag dieser vor den Augen aller Zeitgenossen von Herrn Liebknechts höherer staatsmännischer Einsicht unternommenen Kennzeichnung der Bismarck'schen Politik trifft so ausgezeichnet — neben den Kopf des Nagels, daß wir Herrn Liebknecht doch auch ein Motto aus der Zeit Ludwig Philipps empfehlen wollen. Kurz vor der Februarrevolution von 1848 sagte nämlich der Minister Guizot zum König:

„Sire, wenn Einer von uns ja sagt und der Andere nein, so weiß die Welt, wer gelogen hat."

Herr Hasenclever hatte 1887 offenbar bereits vergessen, daß er, wie wir eben erst sahen, schon am 14. Juni 1882 erklärt hatte, man könne von ihm und seiner Partei „keine Vaterlandsliebe erwarten". Denn er flunkerte am 29. Januar 1878 (Sten. Ber. S. 323):

„Wir haben bis jetzt unser Vaterland geliebt so gut wie Sie (!). Aber so werden Sie nur Hasser des Vaterlandes erzeugen." Dieser grimmige Ausspruch erfolgte, weil der Staatsminister von Bötticher (St. B. S. 309, 322) den Herrn Sozialisten zu Gemüthe geführt hatte, die Reichstagstribüne sei doch eigentlich nicht dazu da, um sozialistische Propaganda zu treiben. Darauf erfolgte Herrn Hasenclevers zweite Lossage vom Vaterland. Im Munde dieser Herren scheint also das bekannte Sprichwort die Wendung anzunehmen: „Haust Du meine Verhetzung, hau' ich Dein Vaterland!"

Herrn Liebknechts Vaterlandsliebe konnte sich inzwischen über die verfehlte Politik des Fürsten Bismarck noch immer nicht beruhigen, zumal da es nicht einmal dem General Boulanger gelungen war, Bismarck zum Kriege zu reizen, Bismarck auch immer noch nicht gegen Rußland losschlagen wollte, wie Herr Liebknecht ihm

doch schon seit 1867 so warm empfohlen hatte. Herr Liebknecht spielte daher auch am 11. November 1888 noch mal die Rolle der Kassandra (Sten. Ber. S. 29 flg.), bei Berathung der Anleihe für das Reichsheer:

„Das ruhige und eng begrenzte Fahrwasser, in welchem sich bis jetzt die Debatte bewegte, genügt mir nicht" sagte er. „Der ruhige, leidenschaftslose, friedliche Charakter der Thronrede hat mich überrascht. Die Thatsache (?!), daß es mir gegangen ist, wie der großen Mehrzahl (?!) des Publikums, dem die Abwesenheit sensationeller Ueberraschungen überraschend war, zeigt so recht das Ungesunde unsrer politischen Verhältnisse (Lachen)." (Also wenn Frieden nach innen und außen herrscht, ist das „ungesund".) „Die Lage ist nichts weniger als friedlich und beruhigend. Der Ton der Regierungspresse ist ein durchaus aufreizender, verhetzender" (darin ist allerdings Herr Liebknecht ohne Frage Sachverständiger). „Sie bringt, um die Deutschen zu verhetzen" (vielleicht auch um die Deutschen vor den französischen und russischen „Brüdern" des Herrn Liebknecht zu warnen) „die hetzerischen Ausfälle eines jeden französischen oder russischen Winkelblattes. Die Folge dieser Taktik ist, daß in Deutschland (!) wie im Ausland das tiefste Mißtrauen (!) besteht, das durch keine Thronrede beseitigt werden kann. Ist dieses Mißtrauen nicht gerechtfertigt? (Rufe: Nein!). Ja, das sagen Sie! Wir haben aber einen besseren Blick als Sie!" (Ein gewisser Goethe sagte jawohl: „Nur die Lumpen sind bescheiden".) „Kann ein Staatswesen gesund sein, das so gegen seine besten Kräfte" (die Sozialdemokraten, unsere „besten Kräfte!") „wüthet? Für unsere friedlichen Beziehungen zu Frankreich können wir Sozialdemokraten uns mindestens ebenso große Verdienste zuerkennen wie Sie." Wir werden unten diese „Verdienste" näher beleuchten, wo wir von den „Anzeichen des Landesverraths" der Herren Sozialdemokraten reden werden. „In dieser Beziehung ist von unserer Seite bei einflußreichen (?) französischen Politikern jeder Zweifel beseitigt worden: „Greift Frankreich an, dann ist keine Partei in Deutschland!" (Na! na!) „Dann ist der letzte Sozialdemokrat" (dieser allerdings eher als der erste!) „in Deutschland verpflichtet und bereit, gegen den Angreifer zu marschiren. Die französische Presse verhält sich im Ganzen weit ruhiger und objektiver Deutschland gegenüber als umgekehrt (!!). In Frankreich herrscht allgemein die Ueberzeugung: Deutschland will uns überfallen, um die Republik aus der Welt zu schaffen." (Solch einen Blödsinn wagt der Herr seinen französischen „Brüdern" nachzureden, nachdem in dem bekannten Konflikt des Fürsten Bismarck mit dem Grafen Arnim festgestellt war, daß Bismarck sich entschieden gegen die Zettelungen des Grafen mit den französischen Monarchisten ausgesprochen und betont hatte, welch handgreifliches Interesse Deutschland an der Erhaltung der republikanischen Staatsform in Frankreich habe!) „Dagegen veranstaltet Deutschland gemeinsam mit Frankreich ein Wettkriechen vor Rußland. Wir haben ihm zu Liebe gethan, was meiner Ueberzeugung nach sich mit der deutschen Ehre nicht verträgt (!). Wir haben das schmachvolle Attentat gegen den Bulgarenfürsten" (Alexander v. Battenberg) „gebilligt" (!); wir haben uns an der Grenze von den Russen mißhandeln lassen und lassen uns heute noch mißhandeln. Warum

versucht man es nicht einmal, mit Frankreich in vernünftigere politische Tonart zu kommen? Die Existenz der Republik in Frankreich hängt davon ab, daß Frankreich demokratisch und in letzter Linie sozialistisch sich entwickelt! (Große Heiterkeit.)"

Herr Liebknecht kommt dann auf den „Kartellrummel" und den Kriegs-„Schwindel" bei den Wahlen von 1887 zu sprechen und sagt: „Ist der Wähler dann so richtig in die weißglühende Angst gebracht, so packt man ihn und bringt ihn an die Wahlurne (Heiterkeit), das nennt man freie Wahl, nationalen Aufschwung! Unser Staatslenker hat sich das Motto gewählt: „Zwietracht macht stark" (!!). Unsere politischen Verhältnisse sind schlimmer als unter Metternich! Den Frieden zu erhalten, ist kein Kunststück. Soweit ich die Stimmung Frankreichs kenne, wird jede Regierung dort einem ehrlichen Abrüstungsantrag zustimmen. Wenn man von Politik spricht, so soll man ja nicht von Gott sprechen und nicht von Christenthum, auch nicht von Moral. Es gibt überhaupt keine politische Moral! Unsere deutschen Zustände unterscheiden sich nicht von denen der afrikanischen Sklaven. Denn wir haben die Lohnsklaverei. Zum Glücke haben wir noch eine Klasse die Ideale hat, und diese Klasse ist das Proletariat, das arbeitende Volk," (natürlich nur soweit es sozialdemokratisch ist, wie wir sogleich sehen werden). „Zu den Arbeitern hat sich das Ideal gerettet, das in den anderen Klassen keine Stätte mehr findet (!). Und sie marschiren in ihrem Kern unter der Fahne der Sozialdemokratie! Auf diesen Felsen (!) wird sich die europäische Kultur (!) retten! .. Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!"

Natürlich wurde die Rede gründlich zerpflückt. So sagte Minister v. Bötticher (Sten. Ber. S. 39):

„Diese Rede war bestrebt, ein in der Arbeiterwelt vielleicht etwas schon verloren gegangenes oder doch in das Schwanken gerathenes Terrain wieder zu gewinnen. Der Mangel jeder Ueberraschung in der Thronrede bezeuge das Ungesunde unserer politischen Lage! Eine Hyperbel seltener Art! .. Eine Bürgschaft dafür, daß die allgemeine Abrüstung gegebenen Falls aufrecht erhalten wird, kann kein Mensch übernehmen. Herr Liebknecht hat auch den Wunsch ausgesprochen, daß das Reich nach außen etwas würdiger auftreten möge" (Ruf von Liebknecht: „Ja, gegen Rußland!"). „Ja, wenn die äußere Vertretung des deutschen Reiches, noch an Würde übrig gelassen hat" — unser Kaiser hatte bekanntlich in diesem Jahre seine glänzenden Besuche in Petersburg, Wien und Rom gemacht — „dann ist in der That das Maß des Anspruchs des Herrn Liebknecht ein sehr großes, das wohl kaum zu leisten sein wird. (Große Heiterkeit)." Herr Liebknecht suchte sich am 28. November (Sten. Ber. S. 52) durch die neue Schmähung zu retten: „Ich möchte wissen, wie es in Deutschland schlechter sein könnte, als es ist." Darauf fertigte ihn aber der Sächsische Abgeordnete Dr. Hartmann (S. 110) gründlich ab durch die Worte: „Herr Liebknecht hat gesagt: „Wenn wir „angegriffen werden", würden auch die Sozialdemokraten unseren Fahnen folgen. Aber ob wir „angegriffen" werden, darüber behält er sich die Entscheidung vor, und eine Berufung gegen den Ausspruch des Herrn Liebknecht gibt es nicht!

Behauptet er und Herr Bebel, wie wir soeben sahen, doch sogar, daß Deutschland im Jahre 1870 den Krieg „angezettelt" habe!"

Ganz ähnlich sprach sich Herr Liebknecht am 16. Mai 1890 bei Berathung der Erhöhung der Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres aus (Sten. Ber. S. 99 flg.), indem er rief:

„Was steht denn in der Vorlage? ‚Frankreich hat mehr gerüstet, Rußland hat mehr gerüstet. Sie sind uns voran, und weil sie uns voran sind, müssen auch wir mehr rüsten.' Ist das denn aber ein Grund?" (Für Herrn Liebknecht natürlich nicht). „Die Schwierigkeit der Aufgabe, welche dem Nachfolger des Fürsten Bismarck zugefallen ist, erkenne ich an. Sie liegt in der außerordentlichen Verwickelung der Verhältnisse des Reiches nach innen und außen (!). Schlimmer als es gewesen ist, kann es nicht werden; mehr Bedrückung, mehr Verhetzung, Korruption nach allen Richtungen hin, ist nicht denkbar.

Am 2. September 1890 schrieb Herr Liebknecht in seinem Leibblatte, dem Leipziger „Wähler", unter der Spitzmarke:

„Sankt Sedan." „Nicht alle Götzen sind schon zerschmettert. Es ist noch übrig z. B. der (!) heilige Sedan. Mit welcher Unduldsamkeit, welchem schreienden Eifer die Anbeter dieses Blutgötzen ihren Kultus betreiben! An dem Lärm erkennt man schon die Unehrlichkeit. Das ist kein deutsches Fest. Es ist ein Parteifest in des Wortes schlimmstem Sinn; die Patrioten feiern ihre Götzen: den Moloch und den Mammon. Sie wissen, daß das Volk nichts mit dem Feste zu thun hat, und deßhalb schleppen sie die Kinder aus den Schulen und werfen die Arbeiter auf die Straße, damit es dem patriotischen Mammons- und Molochsdienst nicht an einem Publikum fehlt, welches das „Volk" darstellt. Und sonderbar, wenn auch natürlich, die Anbeter des Sankt Sedan sind einerlei mit den Anbetern des (!) Bismarck und des Boulanger (?!). Der (!) Bismarck und der Boulanger sind zu Boden geworfen — und der heilige Sedan wird ihnen nachfliegen."

Daß diese vaterlandslosen Worte von der Reichstagstribüne und von der Presse aus ihre vergiftende Wirkung auf weite Volksmassen übten, ließ sich deutlich erkennen bei der „Feier zum Abschied (!) des Sozialistengesetzes in Joel's Festsälen in Berlin" am 30. September 1890. Denn das von einem „Genossen" deklamirte Gedicht „Die Weber" mit dem Schlußrefrain:

„Deutschland, wir weben Dein Leichentuch,
Wir weben hinein den dreifachen Fluch!"

wurde mit „tausendstimmigem Beifall" aufgenommen, wie das sozialistische „Berliner Volksblatt" vom 1. Oktober 1890 selbst zu rühmen weiß!

Endlich schrieb Herr Liebknecht, zum würdigen Abschluß dieser vaterlandslosen Zoten im „Vorwärts", dem „amtlichen" Parteiblatt, am 22. Februar 1891:

„Wenn man den Sozialdemokraten ferner noch die Vaterlandsliebe abspricht, so kann man darauf nur erwidern, daß einem die Liebe zu einem Lande, in dem man heute nicht weiß, was man morgen zu beißen hat, recht schwer gemacht wird.“

Daß die leidlich nationale Haltung v. Vollmar's in seinen Münchener Reden im Juni und Juli 1891 und die Zustimmung seiner dortigen „Genossen“ die Partei im Ganzen nicht im geringsten beeinflußt, ihr auch nur einen Schimmer von Vaterlandsliebe eingeflößt, beweist am besten der ungeheure Entrüstungssturm, welcher in der Partei gegen diese Reden losbrach, und das Versprechen Herrn Bebel's in einer großen Berliner Volksversammlung vom 2. Juli: Herr v. Vollmar sei auf dem Kerbholz für den nächsten Parteikongreß vorgemerkt und werde sich dort zu verantworten haben. Der Herr wird möglicherweise dort, wegen seiner immerhin noch recht schüchtern und eingeschränkt ausgesprochenen „Vaterlandsliebe“, in einem mehr oder weniger üppigen Bogen aus der Partei „hinausfliegen“. Und dann werden die Vaterlandslosen wieder ganz unter sich sein.

Der beste Prüfstein für die Bethätigung der einfachen Pflicht und Schuldigkeit gegen das Vaterland, welche die Reichsverfassung jedem Abgeordneten auferlegt, und welche er zu erfüllen hat, wenn er nicht seinen Wahlkreis, sein Volk und Vaterland absichtlich betrügen will — dieser beste Prüfstein war die jährliche Berathung des Reichshaushaltes. Denn von dem Zustandekommen desselben hing selbstverständlich das Dasein, das Fortbestehen des Deutschen Reiches, unseres Volkes und Vaterlandes ab. Wenn nun einzelne Parteien Deutschlands gegen einzelne Geldforderungen des Kaisers, Kanzlers und Bundesrathes im Laufe der dreizehn Jahre von 1878 bis 1891 und manchmal auch gegen sehr wichtige sprachen und stimmten, so verschwindet doch jede derartige einzelne Versagung angesichts der Thatsache: daß die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages von 1867 bis 1891 — wohlgemerkt, auch vor und nach Aufhebung des Sozialistengesetzes! — grundsätzlich dem Norddeutschen Bunde und dem deutschen Reiche alle Mittel zu seinem Bestehen verweigert, gegen jedes Jahresbudget im Ganzen, namentlich gegen jede Erhöhung unserer Wehrkraft zu Wasser und zu Lande, gegen jedes Schiff, gegen „jeden Mann und jeden Groschen“ gestimmt hat. Ein solches Treiben ist einfach der nackteste Vaterlandsverrath, weil es das Gegentheil ist von dem, was das Volk von den Männern erwarten kann, denen es die höchste Würde der Volkswahl überträgt. Und die Herrn Liebknecht abgelernte und von ihm eingedrillte Formel, mit welcher diese Preisgebung des Vaterlandes jahraus jahrein verübt wurde, brachte auch die volle Verächtlichkeit des

Thuns gebührend zum Ausdruck. Man verweigerte dem Reiche die Mittel zum Leben, weil:

„Die gegenwärtig herrschende Reichsregierung und das gegenwärtig herrschende System unser Vertrauen nicht besitzen, und dem Volke (!!) feindlich (!!) gegenüberstehen (!)." NB. im Jahrzehnt der ruhmreichen sozialpolitischen und arbeiterschutzfreundlichen Gesetzgebung des Reiches! So betete Hasenclever (am 12. Juni 1883, Sten. Ber. S. 2999) die Budgetverweigerungsformel her. Und Herr Singer sagte mit vielen Worten, (wie das ja leider seine Art ist), in einem Rückblick auf diese 23 Jahre Budgetverweigerung, auf dem Parteikongresse zu Halle (Oktober 1890, Prot. S. 81) genau dasselbe!

Jedes andere Volk würde Menschen, welche in solcher Weise gegen seine Wohlfahrt und sein Bestehen freveln, mit Verachtung von sich stoßen! Sollte der deutsche Arbeiter sich wirklich auf die Dauer allen seinen Genossen in anderen Ländern in seiner Einsicht so untergeordnet fühlen, daß er sich beschimpfen läßt, indem er duldet, daß solche Vertreter als seine Abgeordneten in dem deutschen Reichstag sitzen und gar noch Arbeitergroschen-Diäten dort verzehren?

3. Im engsten Zusammenhange mit dieser Verhöhnung alles Deutschen und mit der Verweigerung aller Mittel für unser Reich und Volk stehen: die Herabwürdigung unseres Heerwesens seitens unserer Sozialdemokratie und ihre Versuche, unser Heer mit ihrem Gifte zu verseuchen und es zur Meuterei zu verführen.

Daß unser Heerwesen den Herren ein Dorn im Auge ist, bedarf keiner Begründung. Denn unser Heer ist das treueste Bollwerk unseres Volksthums nach innen und außen. Es macht jede Hoffnung auf gewaltsamen Umsturz unserer Staats- und Gesellschaftsordnung, welchen die rothen Brüder haben müssen, um an ihr Ziel zu kommen, ebenso gründlich zu schanden, wie die Racheplâne ihrer französischen „Brüder" gegen Deutschland. Doppelter Grund also für unsere Sozialdemokratie, unser Heer und Heerwesen in allen Tonarten zu schmähen. Dieses Schmäh- und Schimpfregister ist auch in den dreizehn Jahren, von welchen wir reden, so reichhaltig, daß wir nothwendig eine Auswahl des Eigenthümlichsten treffen müssen, um diese Unrathmasse zu bewältigen.

Der sozialistische Abgeordnete Kayser verwahrte sich im März 1881 (Sten. Ber. S. 462) dagegen, daß man dem deutschen Heer, außer der Erfüllung des Waffendienstes noch „eine sogenannte gute Gesinnung anerziehen wolle!" Herr Liebknecht sagte am 24. Januar 1882 (Sten. Ber. S. 919 flg.): „Im Militarismus" (d. h. in der Verfassung des deutschen Heerwesens) „erblicken wir den Feind jeder freiheitlichen Entwickelung" (d. h. jeder geplanten Revolution), „kurz, den Ruin des Vaterlandes." Und das „amt-

liche" Parteiblatt, der „Sozialdemokrat" schrieb in Nummer 49 vom 2. März 1884, zur Meuterei aufreizend:

„Soldaten, Brüder, wacht auf! Werft sie von Euch die Binde, mit welcher man Euch die klaren Augen verdunkelt, damit Ihr nur seht, was Eure Vorgesetzten wollen. So begreift doch endlich, daß die Reglements, nach welchen man Euch schuhriegelt, nur den Zweck haben, in erster Reihe Euch, und durch Euch, mit Eurer Hülfe Eure Brüder, das arbeitende Volk, zum Vortheil einer Handvoll Nichtsthuer zu knechten. Habt Ihr wirklich Freude daran, in Eurem Bruder im Civilrock und Arbeitskittel Euren Feind, in Eurem Bruder im Waffenrock, der sich seinen Peinigern entzieht, einen Verbrecher, in Euren Peinigern aber „Gott(!)" zu sehen? Es ist nicht möglich! Es kann, es darf nicht sein! Soldaten, wacht auf!"

Herr Bebel sagte am 28. November 1884 im Reichstag (Sten. Ber. S. 81):

„Wir sehen, daß die besten physischen Kräfte der Nation in Ausgaben und Opfern sich verzehren für eine Institution" (das Heer), „welche in letzter Instanz als kulturfeindlich, als kulturzerstörerisch angesehen werden muß!" Und nach diesen aufreizenden und thörichten Phrasen kommt Herr Bebel auf die angebliche „Thatsache" zu sprechen, daß ältere Landwehrleute, weil sie sich von Leipzig aus nicht in „Viehwagen" nach ihrer Heimat befördern lassen wollten, zu langjährigen Zuchthausstrafen verurtheilt worden seien. Der Kriegsminister Bronsart von Schellendorf stellte darauf (S. 93) sofort fest, daß diese angebliche „Thatsache" eine Lüge sei, daß damals vielmehr leider ein sehr schwerer Fall militärischer Meuterei vorgelegen habe. Nach der „Auffassung" des Herrn Bebel (Sten. Ber. S. 115) blieb dieses Vergehen aber trotzdem „ein verhältnißmäßig kleines" — natürlich gegen die von unserer Sozialdemokratie gepriesenen Schandthaten der Pariser Kommune kann es kaum aufkommen!

Am 20. Januar entspann sich auf Antrag der Sozialdemokraten eine lebhafte Debatte im Reichstag über Maßregeln, welche die Kriegsverwaltung ergriffen hatte gegen sozialdemokratische Agitatoren, welche zugleich Werftarbeiter auf der kaiserlichen Werft in Wilhelmshaven gewesen waren. Der jetzige Reichskanzler, General v. Caprivi, vertheidigte die Anordnungen, weil man unter allen Umständen das sozialistische „Gift" von Armee und Flotte vollständig fern halten müsse. Herr Bebel mußte zugeben, daß die „Gemaßregelten" bei den Wahlen sozialistische Stimmzettel vertheilt hatten (!), aber er rief höhnisch (Sten. Ber. S. 759):

„Ob die sozialistischen Ansichten Gift für die Truppen sind, oder nicht, bleibt sich schließlich gleich (!). Das sozialistische Gift können Sie von den Truppen nicht mehr fern halten. Darüber täuschen Sie sich nicht!"

Am 8. April 1886 brachte der sozialdemokratische Abgeordnete v. Vollmar einen Antrag ein, die niederen Stellen im Heere besser zu bezahlen (Sten. Ber. 1959). Der Kriegsminister Bronsart

v. Schellendorf wies eingehend nach, daß der Antrag lediglich die Absicht verfolgen könne, auch in das Heer Unzufriedenheit zu säen, und bat um Ablehnung desselben, „damit nicht eine Verwirrung des Rechtsgefühles des Volkes eintritt".

Die ständigen Papageien=Reden der Rothen vor Ablehnung des gesammten Budgets und namentlich jedes Heeresbedarfes (im Laufe von 24 Jahren findet sich selten ein neuer Gedanke ausgesprochen!) kennzeichnete derselbe Kriegsminister treffend am 16. Dezember 1887 mit den Worten gegen Herrn Bebel (Sten. Ber. S. 301): „Die Würdigung der Ausführungen des letzten Redners wird, wie ich glaube, allgemein richtig erfolgen, ohne daß ich näher darauf eingehe."

Am 15. Februar 1888 brachte Herr Bebel folgende Räubergeschichten auf die Tribüne des Reichstages: der in Zürich von den Sozialisten entlarvte Polizeispion Haupt sei eigentlich ein Deserteur aus einem thüringischen Regiment. Er sei desertirt, nachdem er seinen Unteroffizier geohrfeigt hatte. Gleichwohl habe man ihm gestattet, dieses schwere Verbrechen mit 150 Mark von Zürich aus gut zu machen, statt mit langjährigem Zuchthaus — weil er ein Polizeispion sei. Nicht minder habe das preußische Kriegsgericht den bei demselben wegen Majestätsbeleidigung in Haft befindlichen ehemaligen badischen Artillerieoffizier v. Ehrenberg entwischen lassen — ebenfalls nur, weil Ehrenberg ein preußischer Spion gewesen sei (Sten. Ber. S. 907 flg.). Diese „Thatsache" nannte Herr Bebel einen „Schandfleck" der preußischen Militärgerichtsbarkeit.

Darauf stellte der Kriegsminister Bronsart fest, daß Haupt einfach desertirt sei, angeblich weil er öfters Ohrfeigen erhalten, nicht aber solche einem Vorgesetzten gegeben habe. Auf Haupt's Ersuchen sei ihm vom Regiment mitgetheilt worden, daß er wegen Desertion und außerdem, wie üblich, zu 150 Mark Geldstrafe verurtheilt sei (Sten. Ber. S. 953). Alle diese Thatsachen mußte Herr Bebel als richtig zugeben und ebenso die Frage des Ministers bejahen: Herr Bebel werde wohl einräumen, daß doch ein erheblicher Unterschied darin bestehe, ob Jemand Ohrfeigen austheile oder Ohrfeigen empfange? (Große Heiterkeit.)

Dieses Wort blieb haften, als der Kriegsminister später (4. Dezember 1888, Sten. Ber. S. 109) Herrn Bebel nachwies, daß auch der von Herrn Bebel behauptete „Schandfleck" der preußischen Militärgerichtbarkeit nur in der Einbildung des Herrn Bebel vorhanden gewesen sei. Denn Ehrenberg war — wie schon Minister v. Puttkamer erklärt hatte — niemals preußischer Polizeispion gewesen, konnte also auch nicht mit Rücksicht auf eine solche Eigenschaft von dem Kriegsgericht laufen gelassen werden. Aber in den

nachdrücklichsten Worten schleuderte Minister Bronsart jede Verleumdung solcher Art zurück:

„An jedem Militärgericht würde jeder Versuch vollständig hinfallen, etwa einer geheimen politischen Polizei „zu Liebe“ durch Lässigkeit, einen solchen Mann, einen Majestätsbeleidiger, seiner Bestrafung zu entziehen. Am interessantesten war mir an der Rede des Herrn Bebel das ganz besondere Interesse, welches der Herr gerade diesem Majestätsbeleidiger (Ehrenberg) entgegenbrachte, wie er sich dafür verwendet, daß der Mann endlich seiner schuldigen Strafe entgegengeführt werde. Ich kenne die Gründe nicht, aber ich nehme an, daß der Herr Abgeordnete auch auf diesem Gebiete thätiger sein und *jede* Majestätsbeleidigung, welche zu seiner Kenntniß kommt, zur Verfolgung bringen wird. (Große Heiterkeit).“

Herr Bebel mußte aber an diesem Unglückstage noch mehr einstecken. Denn auch auf erneute Klage über die Maßregelung sozialistisch-wühlender Werftarbeiter in Wilhelmshaven und über das vom Kriegsminister erlassene Verbot, irgend welche sozialistischen Arbeiter auf der kaiserlichen Werft anzustellen, oder auch nur Personen solcher Gesinnung irgend welche Lieferung für die Werft zu übertragen, entgegnete Minister Bronsart (S. 109):

„Die Bestimmungen, nach welchen Herr Bebel fragte, bestehen, und werden, solange ich Kriegsminister bin, aufrecht erhalten werden (Bravo rechts), denn wir haben ein Interesse daran, die Armee so wenig als möglich mit der Sozialdemokratie in Verbindung zu bringen, *weil diese beiden Dinge*, eine *tüchtige Armee und die Sozialdemokratie* sich von einander *scheiden wie Feuer und Wasser*.“

Wir hörten oben beim Falle Heyl, welcher die Majestätsbeleidigungen der Rothen in unserer Zeitepoche einleitete, Herrn Liebknecht der Rechten zurufen: „Pfui! wer denunzirt!“ Am 4. Dezember 1888 hätte er das auch seinem Freunde Bebel zurufen können. Denn dieser hatte sich über die reichstreue Haltung der deutschen Kriegervereine, über ihr Frontmachen gegen die Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen von 1887, und endlich darüber, daß die Behörden in diesem Verhalten der Kriegervereine keinen Grund erblicken wollten, sie als „politische Vereine“ zu betrachten, so gründlich geärgert, daß Herr Bebel drohte, gewohnheitsmäßig hinfort alle Kriegervereine zu denunziren (Sten. Ber. S. 101):

„Wenn bei den nächsten Wahlen oder bei irgend einer anderen politischen Aktion sich zeigt, daß die Krieger- oder Militärvereine im Widerspruch zu ihren Statuten und den gesetzlichen Bestimmungen sich in die politische Agitation mengen, so werde ich *sofort die bezügliche Anzeige machen* und die Behörde zum *Einschreiten* auffordern.

Diesmal rief Herr Liebknecht nicht: „Pfui! wer denunzirt.“ Nach sozialistischer Sittenlehre scheint also das „Denunziren“ nur

dann unanständig zu sein, wenn es sich gegen einen Majestäts-beleidiger richtet, nicht aber, wenn sämmtliche deutsche Krieger-vereine denunzirt werden. Die wackeren Kameraden unserer Krieger-vereine werden sich das hoffentlich recht gut merken!

Nachdem auf diese Weise dem Eindringen des sozialistischen Giftes in unser Heer vorläufig ein kräftiger Riegel vorgeschoben war, hielt es Herr Liebknecht für angemessen, wieder einmal in den Ton der höhnenden Schmähung überzugehen, indem er am 28. November 1888 (Sten. Ber. S. 29 flg.) rief:

„Die Gewalt ist System geworden, auf Gewalt ruht das Deutsche Reich, durch Gewalt stützt sich die Regierung. Man war genöthigt, das Volk zu benutzen und hat das allgemeine Wahlrecht eingeführt. Die Grundlage des Deutschen Reiches ist die Volkssouveränität (?!) ausgedrückt in dem allgemeinen Wahlrecht. Die Grundlage der Pyramide ist also demokratisch, die Spitze aber ist mit der Pickelhaube der Polizei und des Militarismus gekrönt. Zwischen der demokratischen Basis und der preußischen (!) Pickelhaube besteht ein Widerspruch, und an diesem Widerspruche krankt das Deutsche Reich und unsere ganze Entwickelung."

Auf dem Kongresse in Halle, Oktober 1890, verrieth Herr Liebknecht auch, weshalb er und seine Freunde (Referent Herr Singer in Halle, Protokoll S. 87) sich so eifrig für die Verwandlung unseres stehenden Heeres in ein „Milizheer" bemühen. Denn Herr Liebknecht rief triumphirend (Protokoll S. 172):

„Dann ist es unmöglich daß eine Regierung einen Angriffskrieg beginnt, denn die Völker wollen den Frieden. Wenn der Schweizer Bundesrath den Schweizern so etwas zumuthen wollte, so würden die Schweizer Volkssoldaten antworten: „Wenn Ihr Lust habt, dummes Zeug zu machen, so machts und laßt Euch selbst todtschießen; wir machen nicht mit."

Die Beweisführung ist glänzend und wir wissen nun, was wir hätten, wenn wir Herrn Liebknecht's gepriesenes Volksheer einführten. Bei jedem Befehl würden diese edeln Vaterlands-Vertheidiger — im Unterschiede übrigens zu den wackeren Schweizer Soldaten, welchen noch nie beigekommen ist, ihren Vorgesetzten eine so pöbelhafte Antwort zu geben, wie Herr Liebknecht sie ihnen in den Mund legt — einfach meutern. Sie würden antworten: „Was Ihr da von uns verlangt, geht gegen den Frieden des Volkes, denn wir sind das Volk, sagt Herr Liebknecht, der große Staatskundige, und das Volk will den Frieden; da wir das ‚dumme Zeug', was Ihr von uns verlangt, nicht wollen, so geht es also gegen den Frieden, macht es selbst, ‚laßt Euch selbst todtschießen', sagt Herr Liebknecht."

Ganz im nämlichen Sinne sprach Herr Grillenberger am 27. Februar 1891 im Reichstag (Sten. Ber. S. 1777 flg.):

„Wir sind ja leider immer noch nicht in der Lage, dem Militarismus, den wir für den Krebsschaden an dem Glück und Mark des Volkes, an dem Mark aller Völker halten, diesem Moloch die Lebensader so zu unterbinden, wie wir es wünschten.“

Und von demselben vaterländischen Geiste beseelt, schrieb Herr Liebknecht im „Vorwärts“ am 1. April 1891:

„Nicht eher wird Europas Friede gesichert sein, bevor der Militarismus den Todesstoß erhalten hat. Diesen Moment aufzuschieben, ist aber das Ziel der Politik der „Staatsmänner“ der Gegenwart, weil sie nicht eine Politik für das Volk, sondern eine Politik für die an der Erhaltung unserer Wirthschaftsordnung interessirten Klassen vertreten.“

Inzwischen war in Herrn Bebel wieder die Hoffnung erstarkt, daß sich unser Heer von dem Gifte seiner Partei doch noch verseuchen lassen werde. Denn er sagte am 11. Dezember 1890 (Sten. Ber. S. 867) im Reichstag: „Die Hoffnung, daß Sie für alle Ewigkeit auf die Armee gegen uns rechnen können, könnte, glaube ich, eine verfehlte sein.“ Auf eine ähnliche Rede hatte ihm jedoch schon am 25. Juni 1890 (Sten. Ber. S. 574) der Kriegsminister Verdy du Vernois die treffende Antwort gegeben: „Die Fühlung, welche Herr Bebel in der Armee besitzt, ist eine Fühlung mit Elementen, welche in einer Masse von beinahe einer halben Million immer vorkommen, die Elemente, die unzufrieden, nichtsnutzig sind.“ Und auf die damals von Herrn Bebel über die angeblich „unmenschliche“ Behandlung der Soldaten vorgetragenen Uebertreibungen erwiederte der Minister: „Was Herr Bebel über die Armee sagte, gipfelt in dem Ausspruche, daß der Soldat nicht als Mensch betrachtet wird. Es wirft ein eigenthümliches Licht, daß ein derartiger Ausspruch hier im deutschen Reichstag über unsere Armee überhaupt gemacht werden kann!“ (Lebhafter Beifall.)

4. Die vorstehend dargelegten Versuche unserer Sozialdemokratie, unser mustergültiges Heer bald herabzuwürdigen, bald mit ihrem Gifte zu verseuchen, stehen aber weiter im engsten Zusammenhange mit der Franzosenfreundlichkeit dieser Partei und mit den erheblichen Anzeichen geplanten Landesverrathes, welche gegen sie vorliegen.

Die Franzosenfreundlichkeit unserer Rothen bedarf kaum noch eines Beleges, nachdem früher nachgewiesen wurde, daß die Herren Liebknecht und Bebel, soviel an ihnen war, Deutschland wehr- und waffenlos dem plötzlichen französischen Kriegseinbruche ausliefern wollten, daß dieselben Herren nach der Schlacht von Sedan sofortigen Friedensschluß mit Frankreich, ohne Siegespreis für Deutschland, verlangten; daß abermals Dieselben im Dezember 1870 die Mittel zur Fortführung des Krieges versagten, dagegen noch mitten im Kriegszustande den Dank des französischen Konsuls in Wien für

ihre franzosenfreundliche Haltung im deutschen Reichstage freudig entgegennahmen; endlich, daß Herr Liebknecht sich nicht entblödet, noch heute die wissentliche Verleumdung aufrecht zu halten und unter hunderttausenden ungebildeter und urtheilsloser Arbeiter zu verbreiten, daß der Krieg von 1870 nicht von Frankreich, sondern von Bismarck, mit Hülfe der „Fälschung der Emser Depesche", angezettelt worden sei.

Aber die Jahre 1878 bis 1891 liefern so nette Beweise für die fortdauernde Franzosenfreundlichkeit unserer Sozialdemokratie, daß wir diese Beweise uns doch auch etwas ansehen wollen, damit Herr Liebknecht auf dem nächsten Parteitage nicht sagen kann, man bringe seiner Partei immer „olle Kamellen". Da können wir denn gleich Herrn Bebel mit dieser für seine Partei so ehrenvollen Beweisführung beginnen lassen, indem wir aus seiner Reichstagsrede vom 19. Februar 1880 die Worte anführen (Sten. Ber. S. 43):

„Wir müssen uns mit Frankreich auf einen freundschaftlichen Fuß zu stellen suchen. Selbstverständlich wäre in diesem Falle das Erste die Entscheidung über das, was mit Elsaß-Lothringen geschehen soll, und ich würde der Bevölkerung in erster Linie die Entscheidung hierüber vindiziren" — wie diese damals ausgefallen wäre, konnte ja Herrn Bebel nicht zweifelhaft sein! — „Ich würde zur Lösung des Falles weiter vorschlagen, daß sämmtliche Festungen in Elsaß-Lothringen zu schleifen seien (!), daß das Land nie mit einer Garnison belegt werden kann (!), daß ferner nie neue Befestigungen angelegt werden können" u. s. w.

Der Leser erläßt uns gewiß den weiteren Unsinn. Unverzagter hätte der heißblütigste französische Chauvin, z. B. Herr Boulanger, seine Sache und die kühnsten Forderungen Frankreichs auch nicht geltend machen können, als der Herr Abgeordnete Bebel im deutschen Reichstag. Am 24. Januar 1882 nahm Herr Frohme, und zwar bei Berathung der Rechnung über den eisernen Kriegsschatz in Spandau, diesen für die Volksthümlichkeit der rothen Herren in Paris so ungemein dankbaren Gegenstand wieder auf (Sten. Ber. S. 888), indem auch er von dem „Selbstbestimmungsrecht" der Elsaß-Lothringer faselte, bis ihn die „Zur Sache!"-Rufe des Hauses und des Präsidenten zu dem kläglichen Geständniß nöthigten: „Zur Sache, über die Rechnung, habe ich nichts zu sagen!" Bei dieser Gelegenheit mag gleich einmal mit dieser von Herrn Liebknecht erfundenen Fabel eines „Selbstbestimmungsrechtes" jedes Bevölkerungsbruchtheiles gründlich aufgeräumt werden. Denn selbst der sozialistische Abgeordnete Stadthagen, welcher, als Rechtsanwalt, im Völkerrecht doch besser Bescheid wissen sollte, brachte der Partei zu Liebe dieses Opfer des Intellektes (der Einsicht), als er am 9. Dezember 1890 (Sten. Ber. S. 815) sogar auf Helgoland eine „Volks"-abstimmung forderte, ob die Insel zu Deutschland gehören wolle.

Die Abfertigung, welche ihm vom Minister v. Bötticher zu Theil wurde, genügt zur Abweisung aller derartiger Faseleien. Der Minister sagte nämlich:

„Wenn der Herr Vorredner seine Theorien von der Nothwendigkeit einer Volksabstimmung hier zur Geltung bringen will, dann muß es für ihn nothwendig sein, erst die Verfassung dahin zu ändern, daß die Volksabstimmung ein gesetzlich funktionirendes Organ werde."

Nehmen wir nun aber den blauweißrothen Faden der Franzosen-Freundlichkeit unserer Rothen wieder auf. Herr Liebknecht sagte am 4. März 1885, zu einer Zeit, wo allein die ernsten Schwierigkeiten Frankreichs in Tonkin das Kriegsgeschrei der Revanchemänner in Paris etwas dämpften und zurückdrängten, im Reichstag (Sten. Ber. S. 1541), nachdem der Redner zunächst die angebliche Lähmung Rußlands durch den Nihilismus behauptet hatte:

„Der europäische Friede ist andererseits dadurch gesichert, daß in Frankreich die Republik mehr und mehr sich entwickelt hat, denn die Demokratie ist der Friede!"

Wir hatten dafür von 1793 an sehr nette Erfahrungen! Und auch von 1885 an bis zum Sturze Boulanger's hatten wir eine recht günstige Gelegenheit, unsere Erfahrungen betreffs der „friedlichen Demokratie" Frankreichs wesentlich zu bereichern. Denn der brav' général hatte die Beziehungen zu Deutschland bis Ende 1886 so sehr verschärft und getrübt, natürlich unbeschadet der „Friedensliebe der Demokratie", daß der Krieg jeden Tag ausbrechen konnte, und nicht ausgebrochen ist lediglich in Folge der „Kartellreichstags"-Wahlen vom 21. Februar 1887, welche die sofortige, fast einmüthige Bewilligung der Bedürfnisse der deutschen Heeresverwaltung, zur Abwehr des französischen Friedensbruches, sicher stellten. Welche namhaften Dienste die deutsche Sozialdemokratie damals den kriegerischen Gelüsten Frankreichs gegen ihr eigenes Vaterland geleistet hat, sollen uns die Herren alsbald, wenn wir auf ihre landesverrätherischen Anläufe eingehen, mit ihren eigenen Worten berichten. Einstweilen zählen wir ihre nur platonischen Liebesbeweise gegen Frankreich aus dem letzten Jahrzehnt noch auf.

So schämte sich z. B. Herr Hasenclever nicht, dem Reichstag am 12. Januar 1887 (Sten. Ber. S. 366) selbstgefällig zu erzählen, wie er, nachdem er im Juli 1870 im Norddeutschen Reichstag brav für die deutschen Kriegsbedürfnisse gestimmt hatte und wohl der einzige Reichstagsabgeordnete gewesen sei, welcher als einfacher Landwehrmann in's Feld gerückt war, im Winter 1870 gegen die Mittel zur Fortführung des Krieges gestimmt habe, und dadurch in Frankreich „zum berühmten Manne", zur „angesehenen Person"

vorgerückt sei; bei uns freilich hob das den Herrn nicht, er war und blieb nur — Gemeiner. Am 10. Januar 1889 (Sten. Ber. S. 3[…]6) sagte Herr Bebel im Reichstag:

„Wir haben den Franzosen Tausende gezahlt zu ihren Wah[…]
stehen brüderlich mit den Franzosen, auf einem und dems[…]en. Wir
und unterstützen uns gegenseitig, ohne Rücksicht auf unser […]ben Boden,
[…] Vaterland."

Natürlich gehören in dieses Gebiet des sozi[…]
kriechens" vor dem Totalisator Frankreichs auch s[…]alistischen „Wett-
wie der oben mitgetheilte Schmachartikel des H[…]lche Kraftleistungen
Sedan" im Leipziger „Wähler". Aber wir […]errn Liebknecht „Sankt
als von Herrn Bebel noch höhere Spr[…] können sowohl von ihm
die französische Volksgunst nachweisen […]nge im Hürdenrennen um
nach den deutschen Reichstagswahlen[…] Denn am 6. März 1890,
Bebel an den Wortführer der F[…] des 20. Februar, schrieb Herr
deutschen Rothen zu ihrem „S[…] Franzosen in Calais, welcher die
„[…]ege" beglückwünscht hatte:

„Lieber Bruder! Unsere Anhänger in ganz Deutschland sind ganz glücklich über die Zustimmung, die sie bei ihren französischen Brüdern gefunden, über die Theilnahme, die sie ihnen bewiesen haben.*) Sie sind für uns ein sicherer Beweis, wie wenig Anklang unter den arbeitenden Klassen der Kampf (?!) findet, den unsere beiden Regierungen gegen einander führen. Dieser lächerliche Kampf trennt die beiden gesittetsten Nationen des europäischen Kontinents. Die französischen und die deutschen Arbeiter müssen begreifen, daß ihre Interessen zusammenhängen, sie müssen Alles, was in ihrer Macht steht, aufbieten, um der Frage der Nationalitäten ein Ende zu machen. Bruderkuß für Sie und die Freunde."

Auf dem Halle'schen Parteikongreß, am 14. Oktober 1890, sprach der französische Kommunistenführer Ferroul, Mitglied der französischen Kammer, unter „stürmischem Beifall" der deutschen Franzosen-Freunde, die Worte: „Das französische Volk wolle keine Allianz der Diplomaten" (den Dreibund!), „sondern nur eine Allianz der Völker gegen die Despoten." (Protokoll S. 111.) Und Herr Liebknecht seinerseits fand, als er nach einem geschichtlichen Beispiel für die Tapferkeit seiner Partei suchte, mit zarter Rücksicht auf die Gefühle Frankreichs, kein besseres, als — „die alte und die junge Garde" des ersten Franzosenkaisers! (Protokoll S. 206.) Noch viel glänzender aber bewies der Redakteur der „Berliner Volkstribüne" sein Franzosenthum den Pariser Boulevards — und zugleich uns

*) Leider vergaß Herr Bebel, aus leichtbegreiflichen Gründen, ganz, auf dem Parteikongreß in Halle zu verrathen, auf wie hoch sich diese „bewiesene Theilnahme" in Mark und Pfennigen bezifferte. Seine Vergeßlichkeit ist umso auffallender, als er die jedenfalls viel geringere „Theilnahme" der Schweiz, Amerikas, Englands, Dänemarks, Belgiens und selbst Rußlands erwähnt hat.

eine geradezu hervorragende Unwissenheit in den Ergebnissen der deutschen und französischen Geschichtsforschung des letzten Menschenalters — namentlich des klassischen Werkes des Franzosen H. Taine, „Origine de la France contemporaine“ („Ursprung des heutigen Frankreich“) —, indem er in der „Berliner Volkstribüne“ vom 16. Mai 1891 Folgendes leistete:

„Die Franzosen, von denen wir doch stets nur Gutes (!!) genossen, die nach der Revolution ihre kaiserlichen Heere nach Deutschland geschickt hatten, um auch Deutschland aus den mittelalterlichen Banden zu befreien! — gewiß, aus reiner Menschenfreundlichkeit! — „auf die wir (?) immer mit Verehrung geblickt hatten, als die Lehrer der Freiheit — die wurden uns mit einem Male (!) als „Erbfeinde“ dargestellt. In einen „heiligen Krieg“ zogen wir gegen sie. Und auf dem darniedergeworfenen Körper des blutenden Frankreich traten dann die Fürsten zusammen, um das „einige Deutschland“ — in Gänsefüßchen — „zu stande zu bringen.“ — ‚Schändlich‘, ruft der sozialistische Leser mit Ingrimm, und sein Oberpriester fährt fort: „das war der perfideste Streich der schmachbedeckten Reaktion gewesen, die Krone ihrer schamlosen Thätigkeit! Frankreich, das Land der Revolution und der Freiheit, mußte man vernichten und zu Boden treten. Dann konnte man an das zweite Werk gehen, an die „Einigung Deutschlands““ — wieder in Gänsefüßchen. Der sozialistische Leser muß sich sagen, daß dieses „zweite Werk“, die „Einigung Deutschlands“ als unmittelbare Folge jenes „perfidesten Streiches der schmachbedeckten Reaktion“ mit diesem „Streiche“ gleichwerthig sei.

Von einem so vaterlandslosen Machwerk wie diesem bis zu dem Versuche eines wirklichen Vaterlandsverrathes ist nur ein Schritt, und wir haben eine stattliche Anzahl von Beweisen dafür, daß deutsche Sozialdemokraten, wenn sie dazu Gelegenheit gefunden hätten, gewillt und entschlossen gewesen wären, unser Vaterland an Frankreich zu verrathen in jenen schweren Tagen der Entscheidung, durch welche wir im Laufe der letzten fünf Jahre gegangen sind.

Als zu Ausgang des Jahres 1886 die Kriegsgefahr auf's höchste und dringendste gestiegen war, schwang sich Herr Grillenberger am 4. Dezember auf die Tribüne des Reichstages und schloß eine Donnerrede (Sten. Ber. S. 102) gegen die deutschen Heeresbedürfnisse mit den Worten: „Jeder derartigen Forderung der Regierung gegenüber haben wir nur ein Wort, das entschiedene, unabänderliche: non possumus!“ Ebenda sagte der Redner:

„Das gegenwärtige Regierungssystem müßte sich sehr bessern, wenn wir mal für den Etat stimmen wollten (Große Heiterkeit).“ Dann aber folgte eine ernstere Wendung, bei welcher der fränkische Cicero festgenagelt wurde. Diese Stelle (S 103) lautete: „Eine Kommissionsberathung“ (über die Militärvorlage) „hielten wir eigentlich für vollkommen überflüssig. Aber wir werden uns daran betheiligen, um zu hören, was eigentlich für Aufschlüsse seitens des Herrn Kriegsministers gegeben werden sollen, und um diese Aufschlüsse beim Volke dann zu verwerthen.“

Ob der Herr Redner diese „Aufschlüsse" beim deutschen oder französischen Volke „verwerthen" wollte, sagte er nicht. Das war ja auch ganz gleichgültig, da natürlich das französische Volk die Offenbarungen des Herrn Grillenberger sofort gleichfalls vernahm, wenn derselbe sie auch nur vor dem deutschen Volke „verwerthete". Jedenfalls war sein Verlangen, in der Militärkommission des Reichstages den „Hörer" zu spielen, sehr auffallend, da der Herr Namens seiner Partei bereits erklärt hatte, daß seine Partei nur ein „unabänderliches non possumus" gegen die Regierungsvorlage habe! Dieses Verlangen war aber noch viel auffallender deßhalb, weil die Berathungen dieser Kommission, nach den Verhandlungen der Vorlage streng vertrauliche sein sollten*) und der Herr Abgeordnete gleichwohl seine Absicht bekundete, diese streng vertraulichen Aufschlüsse „beim Volke zu verwerthen". Der Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf heftete den Herrn an seinen Worten fest, indem er (Sten. Ber. S. 108) sagte:

„Der Herr hat die Bereitschaft seiner Partei erklärt, an den Verhandlungen der Kommission Theil zu nehmen, nicht um daran mitzuarbeiten, sondern, wie er sagte, um Kenntniß von dem zu erhalten, was dort gesprochen wird, und es im Interesse des Volkes zu verwerthen. Mit Rücksicht auf diese Aeußerung möchte ich doch hier die Frage aufwerfen, wie denn der Herr Abgeordnete — und eventuell andere Herren seiner Fraktion — zu der Pflicht stehen, die Erklärungen, die ich dort in aller Offenheit zu geben bereit bin, vertraulich zu behandeln? (Sehr richtig, hört! hört!) Ich kenne die politischen Gesinnungen und die politischen Grundsätze dieser Partei nicht hinlänglich, um mir selbst im Augenblicke eine Antwort zu geben. Aber das erkläre ich jetzt schon: wenn der Herr Vorredner seine Theilnahme an der Kommission dazu benutzen will, um Dasjenige, was im Interesse des Deutschen Reiches in Plenum nicht verhandelt, sondern in der Kommission vertraulich besprochen wird, an die Oeffentlichkeit zu bringen, so würden mir recht unangenehme Schranken in Bezug auf die Darlegung der Verhältnisse da auferlegt werden (Hört, Hört! Lebhafter Beifall)."

---

*) Denn der Kriegsminister hatte am 3. Dezember im Reichstag erklärt, nachdem er festgestellt hatte, daß ein Theil der von der Regierung zur Begründung der Wehrvorlage angeführten Thatsachen „in der Presse und wohl auch im Hause" bestritten werde, (Sten. Ber. S. 70): „Ich möchte aber glauben, daß das Plenum des Reichstags nicht die geeignete Gelegenheit bietet, eine einwandfreie Feststellung der Zahlen" (der Vorlage) „zu ermöglichen. Ich bin auch bereit in der Kommission auf Erfordern näher darzulegen, daß es dringend wünschenswerth ist, daß wir vor den Weihnachtsferien mit der Vorlage zu Ende kommen, weil (S. 69) das Deutsche Reich, trotz seiner unausgesetzt friedlichen Politik, sehr wohl in absehbarer Zeit in die Lage kommen kann, gegen seinen Willen in einen Krieg verwickelt zu werden."

Nach dieser, durch ihre Feinheit und zurückhaltende Ironie für den „Herrn Vorredner" doppelt empfindlichen Abfertigung, wagte dieser Herr auf der Tribüne des deutschen Reichstages noch die Leistung (Sten. Ber. S. 114):

„Wenn in der Kommission vertrauliche Aufschlüsse kommen, dann kann der Herr Kriegsminister ja sagen: das ist etwas, was ich als vertraulich aufzufassen bitte. Wenn mir das nicht paßt, dann kann ich sagen: das nehme ich nicht an. Dann kann der Herr Kriegsminister seine Aufschlüsse für sich behalten (Lebhafter Widerspruch)." Solche Worte bedürfen keiner Erläuterung!

Am 8. Januar 1887, kurz vor der Auflösung des Reichstages, welche infolge der Ablehnung der Wehrvorlage erfolgte, sagte Herr Hasenclever:

„Wenn Sie das Volk (!) durch das Sozialistengesetz so arg quälen, dann können Sie auch in Zeiten der Gefahr auf das Volk sich nicht verlassen (Lachen)." Und am 12. Januar (Sten. Ber. S. 362): „Wo soviel Unglück gegenwärtig über das Vaterland heraufbeschworen wird, erscheint ein Krieg unter Umständen" (nämlich ein Krieg gegen Frankreich) „dem arbeitenden Volk" (d. h. im Munde dieser Herren stets „der Sozialdemokratie") „als gar keine Gefahr. So steht die Sache!" Ferner S. 364: „Die ganze Militärvorlage soll den Staat nicht vor dem Ausland schützen, nein sie ist theilweise gegen das Volk (!) gegen den Arbeiter gerichtet" — gibt diesem also auch das Recht, sich im Kriegsfalle an die Seite Derjenigen (d. h. der Franzosen) zu stellen, gegen welche diese Vorlage „theilweise" auch gerichtet ist. — „Was man schon lange auf dem Herzen hat, das muß doch einmal herausgeredet werden! (Sehr gut! rechts. Heiterkeit). „Die Entrüstungsstürme" über die Haltung des Reichstags, welche bekanntlich um Weihnachten 1886 ganz Deutschland mit elementarer Naturgewalt durchbrausten, „sind nur eine Entrüstungskomödie und haben gar keinen Werth. Es ist eine Entrüstelei!" — das war doch gewiß ein sehr schätzbarer Wink für die Herren an der Seine, wenn er auch nicht ganz zuverlässig war — so wenig wie derjenige im Jahr 1870 aus Bayern, welcher den Franzosen weiß machte, die wackeren Bayern würden im Kriegsfall mit gegen „Preußen" ziehen. „Wir werden uns der Abstimmung enthalten (ah!) Wir wollen diesen häuslichen Krieg (!) — denn weiter ist es doch nichts — nicht stören. Die Vorlage soll nur das Sturmbrett sein, auf welchem die Reaktion immer mehr emporgehoben wird zur Volksunterdrückung. Jeder Mensch, der noch Mannesmuth in der Brust hat, stimmt dagegen."

Der Kriegsminister Bronsart erwiederte darauf nur (S. 367): „Fürchten Sie nicht, daß ich auf die Aeußerungen des letzten Herrn Redners eingehen werde. Ich werde die Frage etwas ernster zu behandeln suchen und mich daher mit den andern Rednern beschäftigen."

Aber die Franzosen nahmen die Reden der deutschen Sozialisten im Reichstage, und namentlich ihre Abstimmungen daselbst, durchaus

für Ernst. Sie bewiesen ihr Dankgefühl für die Leistungen dieser deutschen Abgeordneten während der schweren Krisis Ende des Jahres 1886 und Anfang des Jahres 1887 in Gestalt einer „Adresse" an diese „deutsche" Fraktion. Die Adresse wurde von diesen „deutschen" Herren in demselben Sinne freudig angenommen, in welchem sie dargeboten war, als ein Dank Frankreichs dafür, „daß diese deutschen Abgeordneten ihrem Vaterlande im Januar 1887 überhaupt die Mittel verweigert und es einem späteren Rachekriege Frankreichs wehrlos in die Hände haben liefern wollen." (Abgeordneter Freiherr v. Friesen im Reichstag am 10. Januar 1886, Sten. Ber. S. 392.)

Auch in der folgenden Zeit hielten sich die Leistungen der deutschen Sozialdemokratie auf dieser Höhe. So brachte ihr amtliches Blatt, der „Sozialdemokrat", im Januar 1887 an seiner Spitze die Quittungen über die aus Frankreich an die deutsche Sozialdemokratie für die Reichstagswahlen eingelaufenen sehr bedeutenden Beträge. Und unmittelbar darunter, gewissermaßen als Gegenleistung, einen Leitartikel „Zu den Reichstagswahlen", welcher den französischen Spendern die landesverrätherische Gesinnung der deutschen Sozialdemokratie zur weiteſtgehenden Verfügung stellte, Denn da heißt es:

„Die Reichstagswahlen bedeuten nichts Anderes als einen Protest gegen Alles was im Reiche besteht, gegen das Reich selbst, gegen die kaiserliche Regierung, gegen die Gesellschaftsordnung, gegen die Heeresmacht des Reiches, gegen die Produktionsweise, kurz gegen Alles." (Vorgetragen vom Abgeordneten Dr. Götz in der Sitzung vom 5. Mai 1887 St. v. S. 445.)

Ferner stellte Minister v. Puttkamer am 27. Januar 1888 im Reichstag Folgendes fest (Sten. Ber. S. 544). Bekanntlich hatten wenige Tage zuvor die Herren Bebel und Singer die Tribüne des deutschen Reichstages dazu benützt, um zwei in Zürich lebende Deutsche, Haupt und Schröder, als preußische Polizeispione zu „entlarven". Sie dankten das bezügliche Material einem schweren Amtsgeheimnißbruch des Züricher Polizeihauptmannes Fischer, welcher den beiden Abgeordneten die Ergebnisse einer damals in Zürich gegen Schröder und Haupt geführten Voruntersuchung in Zürich persönlich mitgetheilt hatte, allerdings streng vertraulich und mit dem wiederholten, immer dringenderen Ersuchen an die Herren, ihm das ihnen als Ehrenmännern anvertraute Material zurückzugeben. Aber daran kehrte sich der Ehrenpunkt der beiden Herren gar nicht. Sie gaben das Material dem leichtfertigen Manne nicht nur nicht zurück, sondern brachten es brühwarm auf die Tribüne des Reichstages. Der Mann wurde natürlich abgesetzt. Diese „Enthüllungen" der beiden gekennzeichneten Herren aber standen, wie Minister v. Puttkamer

feststellte, noch ehe sie im Reichstag vorgebracht wurden, in der französischen „Agence libre“:

„einem der niederträchtigsten, deutschfeindlichsten Preßprodukte, welches existirt, und das den Chauvinismus“ d. h. (die Todfeindschaft und Kriegshetzerei) gegen Deutschland „auch jetzt noch in allerkrassester Weise vertritt. Dieses zuerst hat in dem Schmutze herumgewühlt, welcher doch schließlich auf denjenigen sitzen bleiben wird, die ihn verbreiten. Ich habe das betont, um den internationalen“ (d. h. vaterlandslosen) „Charakter dieser Beziehungen Ihnen hier etwas vor Augen zu führen (Sehr gut! rechts), denn daß die Agence libre so ganz ohne Verbindung mit denjenigen Quellen sein sollte, aus denen der Herr Abgeordnete Singer schöpft, möchte ich bezweifeln. Die Herren haben ja die Internationalität des Proletariates auf ihre Fahne geschrieben, und davon wird dies wohl ein kleiner Ableger sein.“

Am 15. März 1889 (St. Ber. S. 935) forderte Herr Bebel im Reichstag, selbstverständlich zunächst (in der Wirkung nämlich) zu Gunsten Frankreichs, und obwohl der Herr sich nicht verhehlen konnte, daß er uns dadurch Frankreich gegenüber wehrlos machen würde, wenn wir mit der Abrüstung allein vorgingen: „Wir verlangen allerdings von Deutschland, daß es zuerst anfange, mit dieser Schraubung der Militärausgaben einzuhalten“.

Ihn hinderte an diesem „Verlangen“ nicht im geringsten die Thatsache, daß in Frankreich bis dahin jede Forderung der Regierung zur Verstärkung des Heeres und der Flotte einstimmig und meist sogar ohne Debatte von den französischen Kammern bewilligt worden war. Ihm schloß sich am 16. Mai 1890 (Sten. Ber. S. 104) auch Herr Liebknecht im Reichstag an mit den Worten: „Die Abrüstung nach außen muß begonnen werden“.

Mit dem Schwiegersohn von Karl Marx, Herrn Paul Lafargue, steht Herr Liebknecht in den innigsten Beziehungen, wie natürlich, und der Innigkeit dieser Beziehungen dankte Herr Paul Lafargue die Möglichkeit, sich Ende Februar 1890 in einer Unterredung mit einem Redakteur des Pariser „Gaulois“ („Gaulois“ von Ende Februar 1890) also auszusprechen:

„Die europäischen Mächte werden auf die kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar“ (1890) „nicht eingehen (!!), und dann wird der Kaiser vielleicht eine kriegerische Diversion unternehmen. Diese fürchten wir“ (die Sozialdemokraten) „nicht, vorausgesetzt, daß Frankreich, wie das Liebknecht oft gerathen hat, es vermeidet, den Krieg zu erklären. Geht die Kriegserklärung von Deutschland aus, dann weiß man nicht, was dort geschieht; man muß bedenken, wie viele Sozialisten in der Armee sind.“

Den Beweis, welcher die Bereitwilligkeit deutscher Sozialdemokraten, ihr Vaterland an Frankreich zu verrathen und sogar zu verkaufen, am schmachvollsten enthüllt, haben wir uns bis zuletzt

aufgespart. Er gehört zu den Enthüllungen, welche der Prozeß gegen den zum gemeinen Verbrecher und abenteuernden Staatsverschwörer hinabgesunkenen vormaligen französischen Kriegsminister Boulanger gebracht hat. In diesem Prozesse ist festgestellt, und zwar unleugbar, sowohl nach den Ausführungen der Anklage, wie nach denen der Vertheidigung, nach den durchaus übereinstimmenden Berichten der Presse über jene Verhandlungen vor dem französischen Staatsgerichtshofe, wie nach den zahlreichen Streitschriften für und gegen den angeklagten und verurtheilten Boulanger, daß ein Theil der sehr namhaften französischen Staatsgelder, deren Unterschlagung im Amte die Anklage dem vormaligen Kriegsminister Frankreichs beimaß, als ausgegeben belegt sind und zwar ausgegeben an wen und zu welchem Zwecke? Ausgegeben an deutsche Sozialdemokraten zu dem Zwecke, damit diese im Rücken der deutschen Heere, wenn diese in den von Boulanger angezettelten Krieg gegen Frankreich zogen, eine Revolution entzünden sollten, um so die deutsche Wehrkraft zu schwächen, die deutschen Heere zwischen zwei Feuer zu bringen, das des Feindes in der Front, und das des vaterlandslosen Gesindels im Hinterhalte!

Natürlich sind uns die Namen der Schurken nicht enthüllt worden, welche sich für ein so abscheuliches Unternehmen gegen ihr Vaterland mit französischem Gelde bezahlen ließen. Denn der französische Gerichtshof hat die Namen derjenigen, welche auf jenen Quittungen prangen, sorgfältig geheim gehalten — vermuthlich damit Frankreich sich dieser Schurken in künftigen Fällen abermals bedienen könne. Aber das eine ist zweifellos, daß der französische Kriegsminister dieses schmachvolle Abkommen nicht getroffen haben kann mit völlig unbekannten Schulzen, Müllern und Meyern, sondern nur mit Leuten, welche innerhalb der sozialistischen Partei Deutschlands sich eines bestimmenden Einflusses erfreuten. Denn für ihre schönen Augen allein hätte selbst ein Boulanger nicht Tausende von Franken aus dem französischen Staatsschatze verschleudert.*)

---

*) Affaire Boulanger, Dillon, Rochefort. (Haute Cour de Justice.) Audience des 8. 9. 10. 14. Août 1889. Réquisitoire du procureur général Quesnay de Beaurepaire. In 8° à 2 col. IV. 118 Seiten, Bordeaux, imp. Gounouilhou. August 1889. — Le Procès du général Boulanger, Rochefort, Dillon, devant la haute cour de justice, compte rendu, jugement, condamnation. Edition illustrée, petit in 8° (272 Seiten). Paris, imp. Dupont. Librairie française. August 1889. — Außer diesen umfassenden Prozeßberichten sind an den Prozeß berührenden Streitschriften aller Parteien aus der Zeit (August 1889) zu nennen: G. de Beauregard, le général Boulanger et l'appel au peuple in 8°. 16 Seiten. Paris, Savine. — Boulanger, Réponse du général Boulanger au réquisitoire de Mr. Q. de Beaurepaire, in 8° à 2 col. 14 Seiten. Angers, imp.

Diese amtlichen Feststellungen sind um so glaubhafter, als sie ergänzt werden durch die ganze Fülle der oben vorgetragenen Beweise bezüglich der Bereitwilligkeit unserer Sozialdemokratie, jederzeit zu Gunsten Frankreichs auch unbezahlten Vaterlandsverrath zu begehen. Endlich aber werden diese Ergebnisse des Boulanger-„Prozesses" in ganz eigenthümlicher Weise beleuchtet durch die aus den Stenographischen Berichten des Deutschen Reichstages sowohl in den Jahren von 1886 bis 1889, als aus der sozialdemokratischen Parteipresse jener Jahre erhellende Thatsache, daß während der ganzen Zeit, während welcher Boulanger französischer Kriegsminister war, und in dieser Eigenschaft alles aufbot, um den „Rachekrieg" gegen Deutschland in's Werk zu setzen, die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag — wie oben an ihren Worten nachgewiesen wurde — und die Presse dieser Partei nicht genug zu rühmen wußten, wie friedliebend und harmlos das „demokratische", das „republikanische" Frankreich sei, wie wenig es daran denke, den Weltfrieden gegen irgend ein Volk, geschweige denn gegen den deutschen Nachbar zu trüben. Damals wurde von unsern Rothen im Reichstag und in der Presse nicht ein Wort des Tadels laut gegen Boulanger. Inzwischen aber ertheilte Herr Liebknecht (vergleiche den obigen Bericht über die Unterredung mit Paul Lafargue im „Gaulois") „wiederholt den Rath": „Frankreich möge nur nicht etwa seinerseits den Krieg erklären" und stellte ganz in Uebereinstimmung damit, wie wir sahen, im Deutschen Reichstag den Waffendienst seiner „Genossen" nur dann dem Vaterlande in Aussicht, wenn Deutschland „angegriffen" werde. Erst als General Boulanger gefallen war, ohne den Krieg gegen Deutschland zu stande zu bringen, da hatten unsere Sozialdemokraten im Reichstag wie in ihrer Presse nur Worte des Hohnes und der Verachtung gegen ihn!

5) In ganz eigenthümlicher Weise zeigt sich die „Vaterlandsliebe" unserer Sozialdemokratie auch durch die schnödeste und gemeinste Verhöhnung von Gesetz und Recht, Richterstand und Behörden aller Art, insbesondere des Reichstages, Bundesrathes, der Polizei, Post und der hervorragendsten Männer des Reiches. Für alles das wählen wir aus einer Unsumme von Belegen nur einige besonders bezeichnende Beispiele, zunächst für die Verhöhnung von Gesetz und Recht.

Martin. — P. Cordier, Boulangisme et Bonapartisme ou la Réaction masquée, in 8°. 64 Seiten. Paris, imp. Mayer & Co. — P. E. Laviron, Boulangisme et Parlamentarisme, 2 éd. augmentée d'une lettre au général Boulanger, in 8°. 42 Seiten. Paris, Prunière. — La Vérité sur le Boulangisme par un ancien diplomate. Paris, J. B. Ferreyrol, 49 rue de Seine. — Die Zeitung Le Temps vom 8.—17. August 1889. (Sten. Ber.)

Der Würdigste mag den Reigen eröffnen, Herr Liebknecht. Er sagte am 4. Mai 1880, bei der dritten Lesung der Erneuerung des Sozialistengesetzes im Reichstag, nachdem er noch ein Jahr zuvor erklärt hatte, er und seine Partei würden sich streng dem Gesetz unterwerfen (Sten. Ber. S. 1154): „Je schlechter das Gesetz ist, um so besser für uns! Da hört das Recht auf, und das Unrecht fängt an, wo dieses Gesetz anfängt.“ Herr v. Vollmar, dessen „Vaterlandsliebe“ jetzt so sehr gerühmt wird, während diese Bogen in Druck gehen (Mitte Juli 1891), rief am 13. Dezember 1882 (Sten. Ber. S. 763): „Gesetze sind nichts als das Schlachtmesser der Parteien, die sich am Ruder erhalten wollen.“ Und sein fränkischer Landsmann, Herr Grillenberger, sprach am nämlichen Tage (Sten. Ber. S. 790):

„Sie haben mit dem Ausnahmegesetz, welches nichts weiter ist als ein Erzeugniß der Furcht, nichts weiter als die in Paragraphen gebrachte Feigheit der herrschenden Klassen, eine verbrecherische Thorheit begangen, die Sie niemals zu bereuen haben mögen!“.

Herr Liebknecht überbot diesen ungestümen Redner am 11. Januar 1883 (Sten. Ber. S. 850) noch bedeutend durch die Worte:

„Heben Sie das Ausnahmegesetz auf, dann werden wir sehen!“ Na, — es ist jetzt aufgehoben, und wir sehen, daß die rothen Herren noch genau so geblieben sind, wie sie immer waren! — „Solange wir die Faust unsres Todfeindes an der Gurgel fühlen“ — mit diesem Räuber und „Todfeind“ war die gesetzliche Gewalt des Deutschen Reiches gemeint! — „können Sie von uns nicht verlangen, daß wir gemüthlich debattiren.“ Am 27. April 1883 fügte derselbe Herr hinzu: „Wir sind durch das Sozialistengesetz in ganz abnorme Rechts- oder vielmehr Unrechtszustände hineingebracht. Künstliche Verbrechen oder Vergehen werden durch dieses Gesetz gezüchtet.“

Am 21. März 1884 wies Herr Liebknecht die „Zumuthung“, daß Mitglieder seiner Partei in die vom Reichstag zur Berathung der Verlängerung des Sozialistengesetzes gewählte Kommission eintreten sollten, mit den Worten zurück (Sten. Ber. S. 188):

„Wir treten nimmermehr in eine Kommission ein, in der man uns in die Rolle von Angeklagten hinabdrücken würde. Die Rolle, die uns allein zukommt, ist die Rolle der Ankläger gegen Sie!“

Herr Kräcker unterbrach diese pathetische Gesetzesverhöhnung am 14. Dezember 1885 einmal mit einer Leistung auf dem Gebiete des lügnerischen Bummelwitzes, und vergaß dabei nur, daß er auf der Tribüne des Deutschen Reichstages stand, und nicht in seiner rothen Stammkneipe, als er sagte (Sten. Ber. S. 361):

„Es würde doch für junge Juristen ein sehr dankbares Thema sein für eine Dissertation vor dem Examen, wenn sie sich die Frage vorlegten, ob die Ehe eine „Verbindung“ sei, welche auf Grund des Sozialistengesetzes aufgelöst werden könnte. Mit Recht würde die Regierung jede Ehe auflösen können, wenn sie annimmt, sie sei eine sozialistische (!).“

Herr Singer behauptete am 27. Januar 1888 (Sten. Ber. S. 527), unter großer Heiterkeit des Reichstags, daß das Sozialistengesetz „die besten Bürger unseres Landes rechtlos mache“, und erzielte den rauschenden Heiterkeitserfolg eines ersten Komikers, als er hinzusetzte: „Als ich hier aus Berlin ausgewiesen wurde, da sagte ich mir: ‚Na, Du hast die Ausweisung verdient!‘“ (Sehr richtig! und allgemeine Heiterkeit)“.

Aber nicht blos das Sozialistengesetz, auch jedes andere deutsche Reichsgesetz, sobald es den Herren in den Wurf kam, bildete den Gegenstand grundsätzlicher Verhöhnung seitens unserer Sozialdemokraten. So verstieg sich Herr Kayser, der Allnichtswisser, welcher aber gerade darum mit unfehlbarer Sicherheit bei jeder Gelegenheit seine Afterweisheit offenbarte, zu der ungeheuerlichen Behauptung betreffs der Folgen des Prozeßarmenrechtes (Reichstag 12. Dezember 1884 Sten. Ber. S. 324):

„Jede öffentliche Unterstützung macht den Menschen politisch ehrlos, und der Mann, der das Armenrecht kriegt, verliert, wenn er seinen Prozeß verloren hat, wenn er nicht bezahlen kann, alle seine politischen Rechte auf eine Reihe von Jahren.“

Herr Singer überbot diesen rothen Knownothing (Nichtswisser) aber noch bedeutend, indem er sich auf das, von der Mäntelfabrikation aberdings ziemlich entfernte Gebiet der Rechtsgelehrsamkeit begab, und bei der Berathung des für alle politischen Rechte des gesammten deutschen Volkes völlig harmlosen Gesetzentwurfes, welcher die Berichterstattung der Presse über Gerichtsverhandlungen, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfinden, beschränkte, folgende Kraftleistung am logischen Trapez zum besten gab (12. Dezember 1887 Sten. Ber. 167):

„Durch Gesetze wie das vorliegende vernichtet man die letzten Reste des politischen (?!) Rechts! Man entzieht die Richter der nothwendigen (!) Kontrole der Oeffentlichkeit. Die Harmonie der Gesetzgebung ist ja allerdings vorhanden, das muß man anerkennen. Sie strebt immer mehr nach einem Punkte hin: möglichste Vernichtung aller Volksrechte (!). Sie läßt sich zusammenfassen in den einen Satz: Herrschaft der Großen und Mächtigen, Knechtschaft der Kleinen und Besitzlosen!“ Als ob die Verleger der Presse zu den „Kleinen“ und „Besitzlosen“ zählten!

Den Beschluß dieser Rechtsverhöhnungen machte der Hutmacher Heine aus Halberstadt, indem er am 30. Januar 1891 (Sten. Ber. S. 1254) sagte: „Recht ist gegenwärtig nicht der Ausfluß des Volksbewußtseins“ (d. h. der Sozialdemokratie), „sondern in Deutschland wie überall ist das Recht dasjenige, was den herrschenden Klassen von Nutzen ist.“

Der Herr Staatssekretär von Marschall hat auf alle diese Verleumdungen die treffendste Antwort gegeben (13. November 1889

Sten. Ber. S. 285): „Die Sozialdemokratie pflegt gerade dann am lautesten über Verletzung des Rechts zu klagen, wenn sie selbst Gesetz und Recht mit Füßen getreten hat!"

Diese tiefe Wahrheit tritt nirgends klarer hervor, als in den Klagen unserer Sozialdemokratie über unsere Richter und Staatsanwälte und in den Ausdrücken wüster Verhöhnung und Herabwürdigung derselben. Auch hierfür geben wir einige der abschreckendsten Belege.

In Chemnitz war im April 1880 der sozialistische Abgeordnete Wiemer verhaftet worden, weil er im Besitze von fünf Exemplaren des verbotenen „Sozialdemokrat" betroffen worden war. Die Verhaftung war nach dem Sozialistengesetz doppelt gerechtfertigt, da man den Herrn „auf frischer That" (im Besitze verbotener Schriften) betroffen hatte, und weil außerdem die Vereitelung der Untersuchung zu befürchten stand, wenn man den Herrn laufen ließ. Gleichwohl verlangte Herr Liebknecht die sofortige Freilassung dieses für den Reichstag unschätzbaren Mitgliedes, und zwar mit folgender unerhörten Begründung (16. April 1880 Sten. Ber. S. 724):

„Ich erwarte, daß die bloße Vorführung dieser Thatsachen", — welche Herr Liebknecht obendrein vollkommen entstellt vorgetragen hatte und welche man ihm „auf sein Wort" glauben sollte, — „die Behörden und namentlich die sächsischen Behörden" — welche sich allerdings den Ruhm erwarben, im Laufe dieser zwölf Jahre am allerschärfsten das Gesetz anzuwenden, aber auch streng gesetzlich verfuhren — „dafür zu sorgen, daß gegenüber einem solchen Unfug die nöthigen Maßregeln ergriffen werden (Ordnungsruf!), und daß namentlich in Chemnitz (Glocke des Präsidenten) . . . . Ich erwarte weiter von der sächsischen Regierung, daß sie dafür sorgen wird, gerade den Behörden in Chemnitz, die den Namen von Chemnitz und die Chemnitzer Polizei und Justiz in Deutschland berüchtigt gemacht haben, den Sinn für Gesetz und Recht durch energisches Vorgehen einzuprägen."

Zur Herabwürdigung der gemäß dem Sozialistengesetz bestehenden Beschwerdekommission, welche bekanntlich aus Mitgliedern der höchsten Gerichtshöfe u. s. w. zusammengesetzt war, stellte der fränkische Kleon Herr Grillenberger am 7. Februar 1883 (Sten. Ber. S. 1315) den Antrag, von den im Budget vorgesehenen 18750 M. für Entschädigungen der Kommissionsmitglieder 18000 M. zu streichen und nur 750 M. als „ganz netten Tagelohn unter den Herren zur Vertheilung zu bringen":

„denn es kommt da noch immer ein Tagelohn von etwa 20 Mark heraus." Der Kommission wirft er weiter vor „unverzeihliche Verschleppung", nennt sie „ein überflüssiges Institut, das so gut wie nichts zu thun hat", beklagt sich über deren „durchaus unzulässige Arbeitsleistung, über den groben und höhnenden Ton ihrer abweisendem Bescheide, welcher oft an Ungezogenheit grenze" — dieser dreisteste und unerzogenste aller sozialistischen Sprecher beschwert sich also noch über Grobheit, Hohn und Un=

gezogenheit! — und sagte schließlich: „die Kommission verdient das Geld nicht!“ (Ordnungsruf.)

Unter wiederholtem Ordnungsruf schmähte Herr Kayser am 30. April 1884 (Sten. Ber. S. 382) den deutschen Richterstand also: „Der Hochmuth und Dünkel, von dem heute unser ganzer Richterstand besessen ist .... Auch bei unsern Richtern ist geistig und moralisch ein Defekt vorhanden.“ — Und das „amtliche“ Parteiblatt, der „Sozialdemokrat“ brachte in einer Nummer vom Februar 1884 unter der Ueberschrift „Justizmorde“ einen Artikel, welcher beginnt mit den Worten: „Hallunken, Euer Maß ist voll!“ Es wird gesprochen von einer „Gerichtskomödie in Posen“, von „gefügigen Strebern im Richterstande; unsere Justiz ist eben überhaupt keine Rechtsprechung“ u. s. w. (v. Köller im Reichstag 2. März 1884 Sten. Ber. S. 79). — Am 11. Februar 1885 sagte Herr Bebel im Reichstag: „Ich behaupte, daß im Volke das Gefühl der Rechtssicherheit nicht vorhanden ist.“ Ganz dieselbe „Behauptung“ stellte Herr Kayser am 26. November 1885 auf (Sten. Ber. S. 90), mit dem Zusatz, daß „die politischen Prozesse unsere Rechtspflege verdorben hätten.“ Der Mann mußte das ja kennen, denn er vermochte über Alles mit derselben vollendeten Unbefangenheit des Nichtswissers zu reden. Herr Frohme brachte am nämlichen Tage seine Schmerzen gegen den Altonaer Staatsanwalt zur Kenntniß der theilnehmenden Welt (Sten. Ber. S. 98).

Er beschwerte sich, daß dieser Staatsanwalt nicht einmal zweien der besten Zeugen des Herrn Frohme Glauben geschenkt habe, und zwar weil die sozialistischen Blätter auch einen im Interesse der Partei geleisteten Meineid für erlaubt hielten. Dann rief der Herr wörtlich: „Ja, wenn das noch nicht eine Schwächung des Ansehens der Justiz (?!) bedeutet, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, — dann weiß ich nicht mehr (?), was eine solche Schwächung überhaupt noch bedeuten soll.“ Herr Frohme gibt sich vergeblich den Anschein, als ob er das jemals gewußt habe.

Auch Herr v. Vollmar machte am 8. Februar 1886 (Sten. Ber. S. 1058) die Entdeckung: „Der Richterstand steht nicht mehr so intakt da, wie früher, — ja, wenigstens beim Volke.“ „Beim Volke“, d. h. immer nur: „bei den Sozialdemokraten“, obwohl Herr Liebknecht auf dem Kongreß in Halle zugestehen mußte (Prot. S. 95), daß mindestens 80 Prozent des Volkes Gegner der Sozialdemokratie seien; und wir sagen sogar 80 Prozent des arbeitenden „Volkes“ sind Gegner der Sozialdemokratie. Die Herren haben den Schwindel, welchen sie mit dem Namen „Volk“ treiben, selbst einmal in einem unbewachten Augenblicke eingestanden, nämlich im „Sozialdemokrat“ vom 6. März 1884. Denn da heißt es:

„Bisher war der moderne Klassenkampf ein Kampf der zielbewußten, klaren Elemente der arbeitenden Klasse. Die große Mehrheit des Volkes“

(und Standes!) „bleibt indifferent“ (gleichgültig). Und dasselbe Blatt enthielt auch eine höchst merkwürdige Anerkennung der nationalen Volksgewalt in einem Artikel über die irländische Bewegung, in den Worten: „der englischen Regierung und den Landlords gegenüber ist der irische Widerstand unbesiegbar. Vor dem englischen Volke zerstiebt er wie Spreu vor dem Winde.“

Nach dieser kurzen Darlegung des Schwindels, welchen unsere Sozialdemokraten mit dem Namen „Volk“ treiben, kehren wir zu unseren Belegen zurück und treffen da als den nächsten Richterbeleidiger abermals Herrn Frohme. Er kann auch im Jahre 1886 noch nicht verwinden, daß der Altonaer Staatsanwalt seinen beiden besten Zeugen nichts geglaubt hat, und hält sich, namentlich bei seiner schon früher bewiesenen außerordentlichen Sachkenntniß, zu dem Ausspruch berechtigt (18. Februar 1886 Sten. Ber. S. 1110): „Auf mich hat das den Eindruck gemacht, als liege hier ein Fall vor, wo sich die Justiz zur feilen Dirne der Polizei erniedrigt!“ Natürlich traf den Herrn ein betäubender Ordnungsruf. Aber das sozialistische Schandwörterlexikon war doch wenigstens wieder um ein Schmachwort gegen das deutsche Vaterland bereichert.

Mit Nachdruck rügte namentlich Minister von Puttkamer dieses schamlose Treiben sozialistischer Abgeordneter, die Reichstagstribüne zu mißbrauchen, um ganz unbewiesene Verdächtigungen und Verleumdungen gegen pflichttreue Beamte von dort aus in die Welt zu schleudern, mit abgefeimter Verhetzung „der Massen, auf welche ja diese Reden berechnet sind“, und ohne daß zuvor auch nur der Versuch gemacht worden wäre, wegen der angeblichen Verfehlungen der Beamten den Instanzenzug der Beschwerde zu betreten, geschweige denn zu erschöpfen (Sten. Ber. S. 1104, 1115 flg.). Darauf fragte Herr Singer mit der Miene der Einfalt vom Lande — Er, welcher selbst von sich gerühmt hatte, die Ausweisung verdient zu haben! —: „Wo soll man diese Beschwerden denn anders anbringen?“ — Da rief ihm Minister von Bötticher dazwischen: „Hier, beim Minister!“ — Und darauf besaß Herr Singer die ungeheure Standhaftigkeit, zu antworten: „Das ist ganz richtig! Die Beschwerden haben wir hier im Reichstage zur Kenntniß des Ministers gebracht. Und wenn es der Regierung nicht erwünscht ist, daß diese Beschwerden hier vorgebracht werden, so möge sie eben den Grund für diese“ — gänzlich unbewiesenen und der „Regierung“ gänzlich unbekannten — „Beschwerden wegräumen.“ Man kann sich nicht leicht dreister geberden, als Herr Singer an jenem Tage that (18. Februar 1886, Sten. Ber. S. 1104). Allenfalls ist dem Herrn der „Genosse“ Kayser an die Seite zu stellen, welcher am 5. Dezember 1886 im Reichstage sagte (Sten. Ber. S. 1971): „Wie die Dinge liegen, sind

ja unsere Richter meist geneigt, das was die Polizei ihnen vorwirft, zu apportiren (Ordnungsruf S.205)."

Um diese Verwirrung aller sittlichen und rechtlichen Begriffe zu vervollständigen, beschönigten die sozialistischen Blätter fortgesetzt den Meineid, welcher im Interesse von Parteigenossen geleistet wurde. Die zahlreichen Beweisstücke hierfür werden im Wortlaut an anderer Stelle vorgetragen werden.*) Sogar alle übrigen Verbrechen fanden auf dem Parteikongreß in Halle (Protokoll S. 143) eine gewisse gemüthvolle und gesinnungsverwandte Beurtheilung, indem daselbst erklärt wurde, daß nur „ehrlose Handlungen gegen die Partei von der Partei ausschließen", nicht aber ehrlose Handlungen gegen Recht und Gesetz, denn: „wir (d. h. wir Sozialdemokraten) können nicht das, was heute der bürgerlichen Moral als ehrlos gilt, auch für uns als ehrlos anerkennen!" Nun, da bietet sich ja unseren Rothen, wenn das Material sonst knapp wird, in unseren Zuchthäusern ein recht erfreulicher und reicher Zuwachs an Gesinnungsgenossen, welche die „bürgerliche Moral" auch nicht als unbedingt verbindlich für sich anerkennen, und über die Ehrenmängel unserer Sozialdemokratie gewiß auch ein Auge zudrücken werden.

Der Reichstag, dessen „Würde" die Herren Sozialdemokraten in Erbpacht haben, sobald einer ihrer Abgeordneten angegriffen, in Strafuntersuchung gezogen, oder verhaftet wird — und doch niemals ohne Grund, — wird dagegen von denselben Herren mit der äußersten Verachtung behandelt, sobald er sich ihren üppigen Wünschen, Gesetzesverhöhnungen, umstürzlerischen Anträgen u. s. w. nicht unbedingt fügt. Beispiele für diese Frechheit giebt es unzählige. Aus unserer zwölfjährigen Epoche führen wir nur einige der elegantesten an. So sagte Herr Bebel am 16. April 1880 (Sten. Ber. S. 756), unter Ordnungsruf: „Wir sind überzeugt, daß Ihr Gefühl für Parität" (gleiches, gerechtes Maß) „und für die Gleichheit vor dem Gesetz derartig abgestumpft ist" . . . Herr Liebknecht stellte am 12. Juni 1883 (Sten. Ber. S. 3009) die noch unerschrockenere Behauptung auf: „Man will den Reichstag verächtlich machen. Das parlamentarische Regiment ist mit Hilfe dieses Reichstags eingesargt worden." Natürlich traf den Herrn gleichfalls der Ordnungsruf. Herr v. Vollmar stimmte in denselben verächtlichen Ton ein, indem er am 31. März 1886 (Sten. Ber. S. 1782 flg.) rief: „Ihre Verhandlung ist eine Komödie. Sie wollen keine Gründe, sondern die brutale Gewalt. Wir sollen abgeschlachtet werden, da wolle man wenigstens jedes unnütze Geschwätz vermeiden!" Der unausbleibliche Ordnungsruf ward auch ihm zu Theil.

---

*) Im Abschnitte „die Religion unserer Sozialdemokratie".

Dem am 21. Februar 1887 gewählten „Kartellreichstag“ schleuderte Herr Singer (Sten. Ber. S. 21) die Donnerworte zu: „Es ist diesmal ein Verbrechen an der Wahlfreiheit des Volkes verübt worden! Der Reichstag wird mindestens zwei Drittel seiner Mandate kassiren müssen. Man hat den Volkswillen gefälscht.“ Und Herr Grillenberger offenbarte am 17. April sein hochentwickeltes Ehrgefühl in den Worten: „Ich würde es mit meiner Ehre nicht vereinbar halten, ein Mandat anzunehmen, welches mit Wahlschwindeleien und sonstigen gemeinen Manövern ergattert ist (Ordnungsruf).“ Den Herren wäre dieses feine Ehrgefühl zunächst bei Prüfung der Mittel, durch welche ihre eigenen Wahlen zu stande kommen, dringend zu empfehlen! Würden sie dieses Ehrgefühl bethätigen, so hätte von 1867 bis 1891 kein Sozialdemokrat seinen Sitz im Reichstage behaupten dürfen! Denn sie sind jedesmal nur gewählt worden, durch Beschwindelung der Massen mit Lug und Trug, und mit anderen „gemeinen Wahlmanövern.“ Man braucht nur die Wahlaufrufe der sozialdemokratischen Partei in jedem Wahlkampf, in jedem einzelnen Wahlkreise anzusehen. Hier mag nur ein einziges, im Reichstag gerichtetes sozialdemokratisches Wahlverbrechen — um mit Herrn Singer zu reden — aus Tausenden gleichartiger Beispiele ausgewählt werden. Am 4. November 1889 theilte nämlich Minister Herrfurth im Reichstage folgendes sozialdemokratische Wahlflugblatt für den Wahlkreis Niederbarnim mit (Sten. Ber. S. 104):

„Macht die Augen auf! In Afrika haben reiche deutsche Grundbesitzer und Handelsherrn neue Plantagen angelegt, um Sklaven zu züchten, und dann noch billigere Arbeitskräfte hierher einzuführen (Heiterkeit). Viele unserer Landsleute haben sich in Afrika niedermetzeln lassen müssen, nicht um den Arbeitern Brod, sondern um Millionären neue Millionen zu schenken. Zu noch scheußlicheren Zwecken habt Ihr von den nothwendigsten Lebensbedürfnissen indirekte Steuern beitragen müssen. Mit den Kugeln, die aus Eurem Gelde gekauft sind, mit den Gewehren, die aus Euren Steuern angeschafft sind, hat man arme Bergleute erschossen, die nichts weiter gethan haben, als sich geweigert, harte Arbeit bei unmenschlicher Behandlung für einen Hungerlohn weiter zu verrichten, bei dem sie Weib und Kind langsam versiechen lassen mußten. So hat man Euch moralisch zu politischen Meuchelmördern gemacht. Das Blut der armen Familienväter, die meuchlings angegriffen und erschossen wurden, zeigt Euch welch entsetzliches Elend Ihr von den Regierungsfreunden zu erwarten habt. Das ist der Krieg, den man Euch prophezeihte, der Krieg, der bis an die Zähne bewaffneten Regierung gegen wehrlose Bergleute!“

„Das, meine Herren, ist die von der sozialdemokratischen Partei für sich in Anspruch genommene ‚friedliche Agitation mit gesetzlichen Mitteln!‘“ rief Minister Herrfurth unter lebhaftem Beifall. Und darauf hatte Herr Liebknecht am folgenden Tage die Stirn, den

Inhalt dieses Wahlflugblattes für „vollständig wahrheitsgetreu“ zu erklären!

Dieser Vorgang hatte noch ein reizendes Nachspiel. Dieses „vollständig wahrheitsgetreue“ Flugblatt war nämlich selbstverständlich beschlagnahmt worden. Deshalb brachte Herr Frohme ein anderes Wahlflugblatt vor, welches er deutschen Antisemiten zuschrieb, und fragte an, warum dieses nicht verboten worden sei (4. November 1889 Sten. Ber. S. 116 flg.), da es die Forderung enthalte, den Juden ihr Eigenthum wegzunehmen u. s. w. Darauf entgegnete Minister Herrfurth am 6. November (Sten. Ber. S. 146):

„Es hat sich herausgestellt (ich habe mir das Flugblatt kommen lassen), daß die von Herrn Frohme vorgelesenen Forderungen nicht etwa die Forderungen deutscher Antisemiten sind (hört! hört!), sondern die Forderungen französischer Sozialdemokraten (Hört! hört!), derselben französischen Sozialdemokraten, mit welchen die Herren Frohme und Liebknecht erst kürzlich ein Verbrüderungsfest gefeiert haben (Sehr gut! rechts). Ich habe nur feststellen wollen, wie Herr Frohme zu zitiren gewöhnt ist.“

Die geradezu grenzenlose Anmaßung der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage sprach Herr Singer in den mit Ordnungsruf belohnten Worten aus (18. Juni 1887, Sten. Ber. S. 1158): „Ich muß für mich und meine Fraktion dagegen protestiren, daß wir die Handhabung der Geschäftsordnung in die Diskretion des jeweiligen Herrn Präsidenten verlegen sollen.“ Die Herren wollen also offenbar selbst die Präsidenten spielen, und die Geschäftsunordnung einführen! Ganz in diesem zuchtlosen Geiste rief Herr Bebel am 30. Januar 1888 (Sten. Ber. S. 600): „Trauriger kann doch keine parlamentarische Versammlung der Welt dastehen in Bezug auf ihre Machtbefugnisse, als der Deutsche Reichstag!“ Und Herr Grillenberger, welcher in Bescheiden der Behörden „Grobheit“, „Hohn“ und „Ungezogenheit“ erkennt, rief am 9. April 1889 dem Reichstag zu (Sten. Ber. S. 1426):

„Machen Sie sich doch dieser fortgesetzten Ungerechtigkeit nicht wieder schuldig!“ Präsident: „Der Majorität darf man so etwas nicht vorwerfen.“ Grill. „Wir sind aber der Meinung!“ Präsident: „Ich rufe den Abgeordneten zur Ordnung, weil er wiederholt, wie das seine Gewohnheit ist, den Anordnungen des Präsidenten direkt widerspricht! (Lebhafter Beifall).“

Der Bundesrath erfreute sich im Ganzen einer selteneren Behelligung durch sozialdemokratische Beleidigungen. Indessen ist auch diese Art von Schimpfliteratur reichhaltig. Hier nur wenige Beispiele. Als Herr Auer einmal bezüglich des Herrn von Stephan einen falschen Titel brauchte (24. März 1881) sagte er (Sten. Ber. S. 513): „Die Titel der Reichsbeamten werden ja so oft gewechselt, wie anständige Leute die Hemden wechseln.“ Herr Hasenclever faßte

die sozialdemokratischen Menschenrechte in die Worte zusammen (20. März 1884, Sten. Ber. S. 135): „Sie (zum Bundesrath) beleidigen uns jeden Tag durch die Ausführung des Sozialistengesetzes, und da sollen wir Sie nicht beleidigen dürfen? Das ist eine Zimperlichkeit Ihrerseits, die ich nicht verstehe.“ Ferner sagte Herr Liebknecht, mit Rücksicht auf den kurz vorher erfolgten demonstrativen Abgang des gesammten Bundesrathes aus dem Reichstagssaale, nachdem die damals regierungsgegnerische Mehrheit beschlossen hatte, eine kaiserliche Botschaft zum Gegenstande einer kritischen Besprechung zu machen: „Die damalige Scene endete mit dem bekannten bundesräthlichen Gänsemarsche, in welchem der Reichstag verlassen wurde“ (15. Januar 1886, Sten. Ber. S. 536). Als Herr Bebel aber sich am 13. März 1891 erlaubte, die angeblichen „barbarischen Strafen“ im deutschen Heere dem Bundesrath und der Heeresverwaltung zum Vorwurf zu machen (Sten. Ber. S. 2091), erhielt er vom Abg. Szmula die treffende Antwort (Sten. Ber. S. 2043):

„Strafe muß doch sein. Wenn Sie aber an der Stelle wären, so würden Sie wahrscheinlich ganz andere Maßregeln ergreifen gegen diejenigen, die Ihnen nicht folgen, wie Sie es in Ihrer Partei thun.“

Keine Lüge und Verleumdung wird Seitens der Sozialdemokraten verschmäht, wenn es gilt, die Polizei zu verunglimpfen und die Behörden, welche die Polizei decken! Da wird von Herrn Grillenberger (am 20. März 1884, Sten. Ber. S. 141) der schändliche Reinsdorf, welcher später vor dem Reichsgericht eingestand, das furchtbare Dynamitattentat am Niederwalddenkmal geplant zu haben, um den Kaiser, den Kronprinzen, die anwesenden Bundesfürsten und die ganze Festversammlung in die Luft zu sprengen, da wird der Mensch, welcher wegen dieses von ihm eingestandenen Verbrechens hingerichtet wurde, als Polizeispion des später in Frankfurt ermordeten Polizeirathes Rumpf hingestellt. Der „amtliche Sozialdemokrat“ bezeichnet gleichzeitig das ganze Niederwald-Attentat als einen von der Polizei erfundenen Schwindel. In der Reichstags-Sitzung am 20. März 1884 (Sten. Ber. S. 144 flg.) wagt Herr Bebel sogar zu sagen:

„Es ist mir nicht ganz unzweifelhaft (!), ob die Berliner Polizei auch um die Attentate in Wien im Voraus gewußt hat“ — gemeint sind die furchtbaren anarchistischen Schandthaten eines Kamerer und Stellmacher! Und auf die entrüsteten Zwischenrufe des Reichstages fährt Herr Bebel mit heiterer Stirne fort: „Ja, meine Herrn, ich bin dessen nicht ganz sicher“, und gleichwohl scheut er sich nicht, einen so ungeheuerlichen Verdacht von der Reichstagstribüne auszusprechen!

Derselbe Abgeordnete hatte, um die sächsische Polizeiverwaltung und Regierung herabzuwürdigen, behauptet: ein Polizeispion der sächsischen Polizei in Zürich, ein steckbrieflich verfolgter Verbrecher Namens Schmidt, welcher von der Schweiz an Sachsen ausgeliefert

und zu Zuchthaus verurtheilt wurde, habe zwei von den vier Jahren seiner Strafe mit Rücksicht auf seine Dienste als Spion im Gnadenwege erlassen erhalten. Darauf stellte der sächsische Generalstaatsanwalt Held vom Bundesrathstische aus in der Reichtags-Sitzung vom 17. Februar 1888 (Sten. Ber. S. 972) auf Grund der Akten fest: daß ein Gnadengesuch des Schmidt abgelehnt und derselbe nach Verbüßung von drei Jahren seiner Strafe im Zuchthause gestorben sei. Herr Bebel hatte also wieder einmal, mindestens in leichtfertigster Weise, die Unwahrheit gesagt. Weitere zahlreiche Belege derartiger Verleumdungen der Polizei findet der Leser in dem Abschnitte „Die Entwickelung der sozialdemokratischen Partei und ihrer Lehre", Kapitel 8 und 9 (1878—1891).

Nächst der Polizei ist die Post die den Sozialdemokraten verhaßteste Behörde. Namentlich von 1879 bis etwa 1889 verging kaum eine Reichstagstagung, in welcher nicht sämmtliche Sozialdemokraten, unter Führung des Herrn Liebknecht, über angebliche Verletzung und Entweihung des Briefgeheimnisses klagten. Am 28. März 1879 (Sten. Ber. S. 702) begann Herr Liebknecht diesen heiligen Krieg mit den Worten:

„Das Briefgeheimniß ist in Deutschland werthlos. Alle Postsendungen sind so vollständig jedem Eingriff der Behörde preisgegeben, daß das ganze Geschäftsleben darunter leidet. Das Briefgeheimniß ist nicht blos gegen uns, sondern für die Allgemeinheit aufgehoben. Der Reichstag muß sich solchem Unfug entgegenstellen. Infolge desselben könnte sogar der Austritt Deutschlands aus dem Weltpostverband nöthig werden (!!). Denn an anderen Orten ist Sinn für nationale Ehre" lebhafter — namentlich bei Herrn Liebknecht — „Entfernen wir diesen Schandfleck von unserm nationalen Wappen!"

Diesen Verleumdungen trat Generalpostmeister Stephan mit vernichtender Schärfe entgegen und gebrauchte namentlich die sehr glückliche Wendung: „Herr Liebknecht hat gesagt, daß die Geschäfte darunter leiden. Ich möchte fragen, ob vielleicht das Geschäft der Sozialdemokratie gelitten hat?"

Am 18. März 1880 (Sten. Ber. S. 508 flg.) kam Herr Liebknecht von neuem auf sein Lieblingsthema zu sprechen und bezeichnete die Postverwaltung als eine „Schule der Spionage und Denunciationen." Gegen den Ordnungsruf setzte er sich dreist zur Wehr mit den Worten: „Ich stütze mich auf Thatsachen" — seine Behauptungen sind immer Thatsachen — „Ich habe nicht Lust, hier Schönrederei zu treiben." Herr Auer dagegen sprach am 24. März 1881 (Sten. Ber. S. 513) „im Namen der Würde der Post" von ihrem „Bedientenverhältniß zur Polizei". Bundeskommissar Dr. Fischer fertigte den Herrn kräftig ab (Sten. Ber. S. 514) in den Worten: „Die Beamten der Postverwaltung haben durch die Auslieferung

jener Briefe an die Behörde einfach ihre Pflicht gethan, ihre Würde kann dabei gar nicht in Frage kommen." Trotzdem wagte Herr Bebel unmittelbar darauf die Erneuerung dieser Verleumdung in der geschmackvollen Wendung: „Die Post gebe sich zum Handlanger der Polizei her." Darauf hin schmetterte ihn aber Dr. Fischer nieder mit den Worten:

„Das Verbot von sozialdemokratischen Zeitungen hat die gesetzliche Folge, daß die Post die Zeitungen nicht aushändigen darf. Und da die Post dazu da ist, die Gesetze zu befolgen, so wird sie das auch ferner thun, und sich nicht stören lassen durch Klagen von dieser Seite."

Schließlich ist jeder deutschgesinnte Mann sicher, von unseren Sozialdemokraten verleumdet, verspottet, herabgewürdigt zu werden. Der Maßstab seiner Vaterlandsliebe ist der Maßstab ihres Hasses. Deshalb hassen sie den besten und größten Deutschen, den Fürsten Bismarck, am meisten. Noch während er Reichskanzler war, wurden ihm die giftigsten sozialdemokratischen Pfeile aus dem Hinterhalt ihrer Presse wie von der Tribüne des Reichstages zugeschleudert. Herr von Vollmar, der sozialdemokratische „Patriot" war es, welcher am 15. Dezember 1884 (Sten. Ben. S. 365) sagte:

„Der Herr Reichskanzler sagte, er nehme es „gewissermaßen auf seinen Diensteid" daß diese Forderung nöthig sei. Da könnte er ja gleich das ganze Budget auf seinen Diensteid nehmen. Wir aber haben mit dem Diensteid in Deutschland schlechte Erfahrungen gemacht." Ihm erwiderte Fürst Bismarck (Sten. Ber. S. 366): „Ich stehe über dieser Verdächtigung, aber nicht über der Nothwendigkeit, mir gegenüber die Anwendung der Formen der gesitteten Gesellschaft zu fordern und dies liegt außerhalb derselben. Wenn ich darauf nicht mit starken Schimpfworten und gleichen Vorwürfen des Eidbruches antworte, so schreibe ich das meiner Erziehung zu. Beschimpfen Sie nicht Ehrenmänner auf eine ehrlose Weise! (Lebhafter Beifall)!"

Und nachdem der große Mann von seinem Amte geschieden war, da rief Herr Liebknecht im Reichstag am 16. Mai 1890 (Sten. Ber. S. 193): „Die ungeheure Mehrheit des Volkes (d. h. immer nur der Sozialdemokraten) „athmete erleichtert auf, als es hieß: Fürst Bismarck ist gefallen!" Aber diese elenden Worte dienten nur dazu, von allen andern Seiten des Hauses, namentlich auch seitens des deutschfreisinnigen Abgeordneten Hänel, und unter dem lebhaftesten Beifall des ganzen Reichstages, herzliche Worte der Verehrung und Dankbarkeit für den Begründer der deutschen Einheit wachzurufen. Wer „erleichtert aufathmete", wer allein, das verrieth Herr Liebknecht einem seiner französischen Herzensbrüder, einem Herrn Judet, Vertreter des Pariser „Petit Journal" (zu vergleichen dieses Blatt Ende Mai 1890). Denn diesem Herrn sagte er:

„Wir athmeten auf, als unser schlimmster Feind, Herr v. Bismarck besiegt (?) war. Er war das Haupt eines Schreckensregiments und der Ausbeutung. Er wollte Macht, Macht und noch einmal Macht für sich allein und seine Familie. Nun ist das vorbei! Was wir nicht begreifen, das ist die Bewunderung, die Ihre (französische) Presse für Herrn v. Bismarck bekundet."

Durch diesen Begriffsmangel kennzeichnet Herr Liebknecht den unheilbaren Zustand seines nationalen Fassungsvermögens vortrefflich. Er bekannte sich übrigens durch eine eigene Erklärung (im „Volksblatt" vom 4. Juni 1890) zur Echtheit des Pariser Berichtes. Auf dem Kongreß in Halle (Protokoll Seite 96, welches an dieser Stelle, wie das echte Stenogramm der „Kölnischen Zeitung" beweist, von Herrn Liebknecht stark „gefälscht" ist — um seinen Lieblingsausdruck gegen Bismarck auf ihn selbst anzuwenden), sagte er:

„Fürst Bismarck war kein Staatsmann, aber ein Demagoge, wie er im Buche steht, er hat den Bauernfang und Wählerfang gründlich getrieben. Nun gut, dasselbe thun wir auch. Bauernfang und Wählerfang, das ist jetzt unsere Parole!" Im „Berliner Volksblatt" vom 11. November 1890 heißt es, in schamloser Herabwürdigung des Fürsten Bismarck: Das „bereichert Euch!" Ludwig Philipps und Napoleons III. wurde von dem „eisernen Kanzler und Hausmeier ins Deutsche übersetzt und mit noch rücksichtsloserem Cynismus zum Regierungsprogramm gemacht, als es in Frankreich möglich war, wo die öffentliche Meinung sich niemals vollständig hatte korrumpiren und ertödten lassen." Im „Vorwärts" aber — dem „amtlichen" Blatte der deutschen Sozialdemokratie nannte Herr Liebknecht selbst am Geburtstage des Fürsten Bismarck, 1. April 1891 den Fürsten: „den Großmeister der demagogischen Lüge und Verhetzung, den Hohenpriester des goldenen Kalbes, den großen Millionenzüchter und Brodvertheurer, den „genialen Staatsmann", welcher das deutsche Nationalzuchthaus und die gemeinsame Peitsche verwirklicht hat." Und ganz auf derselben Höhe der Gemeinheit steht ein Artikel in der „Berliner Volkstribüne" vom 16. Mai 1891, in welchem Bismarck, „der deutsche Nationalheros ein gemeiner Fälscher der Zuchthausstrafe, ja des Galgens" würdig genannt, und an die Seite von „Judas Ischariot, Caligula, Borgia und anderen Ungeheuern" gestellt wird!

Wir überlassen die Beurtheilung dieser Schandworte und ihrer Urheber dem Leser. „In keinem andern Volke wäre solches möglich," müssen wir schmerzlich ausrufen! Und: das ist der Gebrauch, welchen die deutsche Sozialdemokratie von der Aufhebung des Sozialistengesetzes macht! Um sie aber zum Schlusse dieses Abschnittes noch in einem Worte ganz zu zeichnen, mag nur noch gesagt sein, daß Herr Liebknecht („Vorwärts" vom 29. April 1891) Angesichts des frischen Grabes des edeln, herrlichen Feldmarschalls **Moltke** betreffs eines Briefes Moltkes an Dr. Dorn in London über den Sozialismus zu schreiben wagte: „das sei nichts als dummes, ab-

gebrochenes Zeug, das leere Stroh in Moltkes Brief könne von niemand ernst genommen werden".

Die Vaterlandsliebe unserer Sozialdemokratie haben wir damit zur Genüge an den Pranger gestellt, und wenden uns daher nunmehr zu einem anderen ihrer Trugworte: „wir wollen keine Revolution".

Der gesetzliche Sinn unserer Sozialdemokratie.

(„Wir wollen keine Revolution!“)

„Zwischen der kapitalistischen und kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere ..., die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“

Karl Marx, 1875.

„‚Diktatur des Proletariats‘. Ihr Herren, wollt Ihr wissen, wie diese Diktatur aussieht? Seht Euch die Pariser Kommune an. Das war die Diktatur des Proletariats!“

Fr. Engels, 1891.

Der gesetzliche Sinn unserer Sozialdemokratie.

(„Wir wollen keine Revolution!")

Auf der Tribüne des Reichstages und vor den deutschen Wählerschaften und Bevölkerungsschichten, welche erst noch für die Sozialdemokratie eingefangen werden sollen, da behaupten die Abgeordneten und Redner dieser Partei immer: sie sei eine „wissenschaftliche" Partei, eine „friedliche Reformpartei", welche die Erreichung ihrer Ziele auf gesetzlichem Boden, mit gesetzlichem Sinn anstrebe, auf dem Wege der allmählichen Ueberredung und Ueberzeugung der Mehrheit des Volkes, im Rahmen des heutigen Staates, der Gesellschaft, mit Hülfe der gesetzlichen Einwirkung auf die Arbeit und die Beschlüsse der parlamentarischen und gesetzgebenden Gewalten des Reiches, der Einzelstaaten, der Gemeinden. Angeblich nur zu diesem friedlichen, unser Volk beglückenden Zwecke lassen sich unsere Sozialdemokraten von den guten deutschen Reichs- und Staatsbürgern, welche ihren süßen Worten Glauben schenken, in den Reichstag, in den Landtag, in die Gemeindevertretungen wählen. Die Rolle, welche sie dort spielen, ist allerdings schon eine wesentlich andere, als diejenige, welche sie vor den Wahlen dem Volke vorgaukeln, aber sie haben dann bei den nächsten Wahlen hierfür wieder die schönsten Entschuldigungen und versichern namentlich in rührender Uebereinstimmung durch das ganze deutsche Reich und bei Wahlen aller Art, an welchen sie theilnehmen, daß nichts ihnen ferner liege, als der Gedanke, auf dem Wege des gewaltsamen Umsturzes, der blutigen Revolution ihr Ziel zu erreichen, und daß dieses Ziel keineswegs bestehe in der völligen Vernichtung der gesammten heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung, in der Vernichtung alles Einzel- oder Privateigenthums, der Enteignung des gesammten Grund und Bodens, aller Ersparnisse, Erbschaften u. s. w., u. s. w., in der Abschaffung aller Reichs-, Staats-, Landes- und Gemeindegewalten, in der Aufhebung unserer heutigen Familie, Ehe und Kindererziehung.

Diese Ziele sind ja in dem Abschnitte dieses Buches, „Die kommunistische Zukunftsgesellschaft", an der Hand eines der ein-

geschworenen Führer nach dem sozialdemokratischen Hochgebirge, des Herrn August Bebel, schon eingehend dargelegt worden.

Und der Weg in diese neue Welt soll also ein völlig friedlicher sein, wie das ja einer solchen „wissenschaftlichen" Menschheitsbeglückungsgesellschaft, als welche sich unsere Sozialdemokratie ausgiebt, auch zukommt. Sie denkt nicht an Gewalt, an Revolution, bewahre! Sie hält sich nur an ihre „wissenschaftliche" Beredsamkeit als Ueberzeugungsmittel. Und diese Beredsamkeit ist von so wunderbarer Kraft, daß unsere gesammte wirthschaftliche Produktionsweise von heute, Staat und Gesellschaft, Kultur und Sitte, allmählich mit hellen Freuden in die kommunistische Zukunftsgesellschaft „hineinwächst". Eines Tages schlägt es zwölf Uhr, und dann danken unser Kaiser, König, Landesherr, die Senate unserer freien Städte, freiwillig ab für immer, und lassen die Herren Liebknecht, Bebel, Grillenberger, den Mäntelfabrikanten a. D. Singer von Berlin, den Gärtner z. D. Bock von Gotha, den Hutmacher à la suite Heine von Halberstadt, und andere Hüter des kommunistischen Paradieses, ihre Throne und Regierungssessel einnehmen, welche dann mit einem funkelnagelneuen Blechschild — Blech ist nämlich das Edelmetall und alleinige Zahlungsmittel in dieser neuen Herrlichkeit, wie schon heute in den sozialdemokratischen Schriften und Reden — behaftet werden, auf welchem zu lesen ist: „Geschäftsstelle der kommunistischen Weltrepublik, Provinz Nr. 1, vormals Deutschland." Gleichzeitig eilt die gesammte bisherige Regierung, Kirchen- und Gemeindeverwaltung, alles Volk, Bürger und Landmann, jubelnd herbei, um sich von den neuen Machthabern Alles abnehmen zu lassen, was sie besitzen, Haus und Hof, alles bewegliche Eigenthum und „Kapital", bis auf den letzten Nothpfennig für Krankheit und Alter. Jeder, welcher verheirathet ist und Kinder hat, bringt diese schleunigst, je nach ihrem Alter, in das allgemeine Findelhaus, oder in den Kindergarten, oder in die Kinder-Kaserne, und fragt dann seinen Ehegatten, ob man noch ferner beieinander bleiben, oder nach dem neuen Recht der „freien Liebe" wechseln wolle, oder man fragt auch den Ehegatten nicht mal. Die Kirchen, Schulen, Gymnasien und Hochschulen, die Gerichtsgebäude und Gefängnisse werden geschlossen, und die Geistlichen, Lehrer und Professoren, die Richter, Staats- und Rechtsanwälte werden Handarbeiter um Tagelohn. Alles das mit Jauchzen und Glückseligkeit.

Glaubst Du das, lieber Leser, daß diese grundstürzende Umwälzung sich auf diese Weise vollziehen wird? Glaubst Du, daß unser hoher Herr, der Kaiser, unser geliebter Landesfürst, die Rechte seiner Herrschergewalt, welche die Heldenlaufbahn seiner erlauchten Ahnen, eine viel hundertjährige ruhmreiche Geschichte, in seine und seines Geschlechtes Hand legte, freiwillig an die Herren

Liebknecht, Bebel, Grillenberger u. s. w. abgeben werde? Glaubst Du, daß unser Volk, Jeder, oder vielmehr auch nur irgend Einer von uns, sich Alles, was ihm theuer und heilig ist: Familie, Kinder, Frau, Haus und Hof, Eigenthum, Ersparnisse, Kirche und Glauben, freiwillig wegnehmen lassen werde. Nein, das glaubst Du nicht, und das glauben auch unsere Sozialdemokraten nicht; und wenn sie das Gegentheil sagen, im Reichstag, in Volksversammlungen, in ihren zur Verführung des Volkes bestimmten Schriften, dann lügen und betrügen sie ihre Hörer und Leser wissentlich, mit jener Unerschrockenheit und Scheulosigkeit, mit welcher jene drei Bergarbeiter aus Westfalen, die sog. „Kaiserdeputirten", im Mai 1889 ihren jungen guten Kaiser belogen und betrogen, als sie diesem frech verschwiegen, daß sie abgebrühte Sozialdemokraten seien. Ja, solche elende Mittel der Volksverführung gelten für erlaubt, sogar für hochverdienstlich bei unseren Sozialdemokraten, und einer ihrer Ehrlichsten, der vormalige Lohgerber und Reichstagsabgeordnete Hasenclever, hat das auch im Reichstag offen eingestanden in den Worten: „Wir sind viel abgebrühter, als Sie glauben!"

Wenn die Herren aber unter sich sind, auf ihren sogenannten Kongressen oder Parteitagen, oder in ihren eigenen Parteiversammlungen, und wenn dort die „zielbewußten" Genossen ungeduldig fragen, ob denn nicht bald die schöne Zeit anbreche, wo sie nicht mehr mit ihren „Schweißgroschen" die Führer, die Agitatoren, die ganze Presse, die Wahlmache, die Parteiwühlerei und -Organisation bezahlen müssen, sondern sich an dem allen Andern weggenommenen Eigenthum selbst mal erlaben können, und auf welchem kürzesten Wege denn wohl dieses schöne Ziel zu erreichen sei? — Dann wird die rothe Fahne ohne Scheu aufgepflanzt, dann werden die Karten aufgedeckt, in denen nur Roth Trumpf ist, dann wird kein Hehl gemacht, daß die blutige Revolution, die äußerste schonungsloseste Gewalt und Tyrannei, die ungeheuerste erzwungene Umwälzung, deren Gleichen die gesammte Menschengeschichte bis jetzt nicht kennt, noch die Welt je gesehen hat, das einzige Mittel ist, um das Ziel der Sozialdemokratie zu erreichen. Endlich wird dann auch vertraulich enthüllt, daß die Führer entschlossen und gewillt sind, die „Genossen" durch diesen blutigen Entscheidungskampf hindurch an das Ziel zu führen. Und dieselbe Klarheit und Offenheit ist in den Schriften des einzigen geistvollen Mannes zu finden, welcher jemals — soweit er hierzu im Stande war — „wissenschaftlich" die kommunistische Lehre und deren Forderungen in Worte gefaßt hat, bei Karl Marx, welchen die deutsche Sozialdemokratie noch heute als unfehlbar verehrt. Nicht minder in einigen Schriften seiner blinden Nachbeter, der Herren Liebknecht und Bebel; deutlich erkennbar, wenn auch verhüllt, in dem noch heute allein gültigen

Parteiprogramm von Gotha (1875); endlich auch oftmals und mit cynischer Offenheit und Ruchlosigkeit in den Spalten der Parteipresse, welche nur für die Augen der Eingeweihten, der „Zielbewußten" bestimmt war; und etwas verschämter in mancher Reichstagsrede, welche den Zweck verfolgte, die ungeduldigen Massen der Partei davon zu überzeugen, daß ihre Abgeordneten auch im Reichstage offen und kräftig zu reden verstünden. Wir werden nunmehr nach allen diesen Richtungen reichliche und unbestreitbare Beweise beibringen.

Karl Marx genießt bei unseren Rothen abgöttische Verehrung. Jedes Wort, welches er in seinem Leben geschrieben hat — in einem Leben, von welchem fast vierzig Jahre der gewerbsmäßigen Aufhetzung der ungebildeten Massen gewidmet waren, und zwar ihrer Verhetzung mit den allerverwerflichsten Mitteln — jedes Wort dieses Mannes steht in den Augen unserer Rothen da als ein Evangelium, eine Heilsbotschaft, als eine Offenbarung der höchsten Weisheit und Wahrheit, zu welcher der Staubgeborene nur mit inbrünstiger Andacht, und im Bewußtsein der hülflosen eigenen Einfalt, aufblicken kann. Auch nur ein einziges Wort dieser allerhöchsten Weisheit zu drehen oder zu deuteln, oder gar anzuzweifeln, wäre schon ein vermessener Frevel gegen das Allerheiligste. So denkt nicht etwa blos der vermeintlich zum „Zielbewußten" herangezüchtete schlichte Arbeiter, welcher die Schriften von Karl Marx selbst gar nicht gelesen hat, weil er sie nicht verstehen würde, welcher vielmehr einzig belehrt wird durch die Priesterschaft des rothen Dalai Lama, die Herren Agitatoren; sondern so denken auch die namhaftesten Führer, z. B. die Herren Liebknecht und Bebel, und auch ihnen fällt das um so leichter, als sie eigene Gedanken nie gehabt haben.

Sehen wir uns nun also zunächst mal an, wie sich Karl Marx den Weg und die Möglichkeit gedacht hat, die heutige Staats- und Gesellschaftsordnung, Produktionsweise, Kultur und Gesittung in die kommunistische Zukunftsgesellschaft hinüberzuführen. Vom Jahre 1847 an, in seiner ersten kommunistischen Kundgebung, bis zu seinem 1883 erfolgten Tode, hat er nie ein Hehl daraus gemacht, daß nur die blanke blutige Revolution, nur der rücksichts- und schonungsloseste gewaltsame Umsturz alles Bestehenden die kommunistische Heilsordnung der menschlichen Gesellschaft herbeiführen könne. So heißt es in dem von Marx verfaßten Brüsseler kommunistischen Manifest von 1847; nachdem zuvor „Konfiskation des Eigenthums aller Emigranten und Rebellen", d. h. aller derer gefordert ist, welche sich der kommunistischen Heilsordnung durch Auswanderung oder Widerstand zu entziehen suchen würden:

„Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden

können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern! Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren, als ihre Ketten! Sie haben eine Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!"

In seinen späteren Schriften nennt Marx stets die Gewalt, die Gewalt allein, die „Geburtshelferin" der neuen Welt, der neuen Gesellschaft. In diesem Sinne hat er auch namentlich Stellung genommen zu der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland und sie zu ihm.

Denn ihr in dem Abschnitt „Entwickelung der Partei und ihre Lehre" dargelegtes Weiterschreiten oder Hinabgleiten auf der kommunistischen schiefen Ebene — nachdem sie die nationalen und gesetzlichen, aufwärtsführenden Bahnen Ferdinand Lassalles verlassen hatte, ihre immer engere, willenlosere Anschließung an die Heilslehre von Karl Marx in den Jahren 1866 bis 1875 beweist schon allein diese Thatsache, ebenso die stets unverhüllter zu Tage tretende kommunistische Tatze in den Parteiprogrammen von Chemnitz 1866, Nürnberg 1868, Eisenach 1869, Gotha 1875. Wenn Herr Liebknecht schon von dem Eisenacher Programm an den Braunschweiger Bonhorst zu rühmen wußte, daß „darin die letzten Konsequenzen des Kommunismus stecken", so tritt dieser im Gothaer Programm von 1875, welches noch heute die unverrückte Grundlage der Partei bildet, vollkommen unverhüllt, nackt und klar hervor. Denn etwas anderes kann das Bekenntniß nicht bedeuten, daß:

„Die Arbeit die Quelle alles Reichthums und aller Kultur, nutzbringende Arbeit nur in der Gesellschaft möglich" sei, und daher „der Gesellschaft, d. h. allen ihren Gliedern, das gesammte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, Jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen gehöre"; insbesondere wenn weiter, im Gegensatze zur „heutigen Gesellschaft, in welcher die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse sind und die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse" als die „Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen" bezeichnet wird, das Programm das Ziel aufstellt: „Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesammtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Vertheilung des Arbeitsertrages." „Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit."

Niemals hat ein Sozialdemokrat entfernt bestritten, daß in diesem Programm, daß kommunistische Lehre von Karl Marx ihre letzten Triumphe auf deutschem Boden gefeiert habe. Wohl aber wird bis zum heutigen Tage von dieser Partei

bestritten, daß in diesem Programm der gewaltsame Umsturz, die Revolution in Aussicht genommen, und daß sie das nothwendige Mittel, der einzige Weg zur Erreichung des Programmzieles sei. Mit scheinbarem Rechte berufen sich die Herren, welche die deutsche Sozialdemokratie eine „friedliche Reformpartei" nennen, auf die Worte des Gothaer Programms, daß die Partei den freien Staat und die sozialische Gesellschaft lediglich „mit allen gesetzlichen Mitteln" anstrebe, daß sie weiter verspricht „zunächst im nationalen Rahmen zu wirken", „Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe" und bestimmte Grundlagen des Staates fordert, und endlich auch „innerhalb der heutigen Gesellschaft" gewisse im Programme näher formulirte Forderungen erhebt.

Aber diese ganze Beweisführung ist außerordentlich dürftig, ja zweischneidig. Denn die „gesetzlichen Mittel" sind auf dem Parteikongresse in Wyden im Jahre 1880 gestrichen, und bis heute nicht wieder in das Programm hineingebracht worden, auch nicht auf dem, nach Aufhebung des Sozialistengesetzes, in Halle im Oktober 1890 abgehaltenen Parteikongresse. Das Versprechen „zunächst im nationalen Rahmen wirken" zu wollen, läßt deutlich die Absicht erkennen, später auch außerhalb dieser nationalen Beschränktheit thätig zu sein. Die Forderung des „freien Staates und der sozialistischen Gesellschaft" läßt sich ebenso wie die „Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut", wie „die genossenschaftliche Regelung der Gesammtarbeit", wie „die gemeinnützige Verwendung und Vertheilung des Arbeitsertrages", wie „die Abschaffung des Systems der Lohnarbeit", endlich „die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit", erst nach Zertrümmerung der gesammten heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung erreichen. Ja, selbst diejenigen Forderungen, welche das Gothaer Programm als „Grundlagen des Staates" geltend macht, wie „direkte Gesetzgebung durch das Volk, Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk, Volkswehr an Stelle der stehenden Heere, Rechtsprechung durch das Volk" lassen sich innerhalb der monarchischen Verfassung des Deutschen Reiches und der deutschen Bundesstaaten schlechterdings nicht verwirklichen, sondern nur in einer Republik. Das Programm enthält sich absichtlich jeder Andeutung darüber, wie diese politischen und sozialistisch-kommunistischen Forderungen der Partei gegen den unausbleiblichen Widerstand der monarchischen Gewalten und der „herrschenden Klassen Deutschlands auf friedlichem, gesetzlichem Wege durchgesetzt werden könnten oder sollten. Es ist dabei nicht unwichtig, festzustellen, daß die Partei zur Verwirklichung der einzigen vorstehend aufgezählten Forderungen, welche sich auf gesetzlich-friedlichem Wege allenfalls hätte erreichen lassen: „Produktivassoziationen mit Staatshilfe" im Laufe der sechszehn Jahre seit Annahme des

Gothaer Programmes auch nicht den schüchternsten Versuch gemacht hat.

Daß aber das Gothaer Programm sowohl in seinen sozialistisch-kommunistischen, als in den wesentlichsten seiner politischen Forderungen nur auf dem Wege der Gewalt, der Revolution, verwirklicht werden könne, das hat niemand einsichtiger und rücksichtsloser dargelegt, als der rothe Dalai Lama, der unfehlbare geistige Oberherrscher der Partei selbst, Karl Marx, in einem Schreiben vom Mai 1875 an die damaligen Leiter der Partei Bracke, Geib, Auer, Bebel und Liebknecht. Dieses Schreiben hat aber selbst Herr Bebel und die gesammte übrige Partei erst kennen gelernt aus einer, durchaus gegen Wissen und Willen der heutigen Parteileitung erfolgten Veröffentlichung desselben durch Fr. Engels (Marx nächstem Freunde) in der sozialdemokratischen Zeitschrift „Neue Zeit“ im Februar 1891! Die Führer der willenlosen und bildungslosen Heerde, welche sich Jenen blindlings anvertraut, hatten ihre sehr guten Gründe, Dasein und Inhalt dieses Schreibens und seiner „Randglossen“ zum Programm von Gotha zu verheimlichen. Denn Marx nannte dieses Programm nicht nur ein „absolut verwerfliches und die Partei demoralisirendes“ (entsittlichendes), sondern er machte schon 1875 auch dem Trug und Schwindel schonungslos ein Ende, als ob die Ziele dieses Programms irgendwie auf gesetzlich-friedlichem Wege erreicht werden könnten. Denn er schrieb:

„Zwischen der kapitalistischen“ (heutigen) „und der kommunistischen“ (von unserer Sozialdemokratie im Programm von Gotha erstrebten) „Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Dieser entspricht auch eine politische Uebergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariates.“

Und damit niemand in Zweifel bliebe, was Marx unter diesen letzten Worten verstanden habe, veröffentlichte Fr. Engels, der vertrauteste Freund und Gesinnungsgenosse von Karl Marx, unter dem 18. März 1891 in der sozialdemokratischen Parteizeitschrift „Neue Zeit“ die Worte:

„Der deutsche Philister ist neuerdings wieder in heilsamen Schrecken gerathen bei dem Worte: „Diktatur des Proletariates“. Nun gut, Ihr Herren, wollt Ihr wissen, wie Diktatur aussieht? Seht Euch die Pariser Kommune an. Das war die Diktatur des Proletariates!“

Das ist klar. Die Pariser Kommune war also die Diktatur des Proletariats. Sie ist das von Fr. Engels unserer Sozialdemokratie aufgestellte Vorbild für die „politische Uebergangsperiode“, in welcher das Proletariat seine Diktatur als „Staat“ aufrichtet. Diese Kommune hat, als sie sah, daß die Tage ihrer Herrlichkeit vorbei waren, die

Geiseln, den Erzbischof von Paris an ihrer Spitze, erschießen lassen, und die herrlichsten Gebäude von Paris in Brand gesteckt. Wir werden an zahlreichen Aeußerungen der sozialistischen Führer erkennen, daß sie schon lange vor Fr. Engels in diesen Mordbuben und Brandstiftern ihre höchsten und edelsten geschichtlichen Vorbilder und Gesinnungsgenossen verehrten. Aber im Unterschiede von Karl Marx, haben sie dem deutschen Volke bis zum heutigen Tage vorgelogen, das kommunische Ziel lasse sich auf friedlich-gesetzlichem Wege erreichen, und sechzehn Jahre lang ihrer eigenen Partei verschwiegen, daß Marx schon 1875 das Gegentheil gesagt und dieses Ziel nur auf dem Wege der Revolution, der Diktatur des Proletariats erreichbar hielt. Sie mögen für diesen Trug sich vor sich selbst entschuldigt haben durch das Beispiel von Karl Marx in einem anderen Falle, als er nämlich am 24. März 1870 an Bracke in Braunschweig schrieb: „Ich bitte Sie zu erwägen, daß der Bericht" (über den Stand der Bewegung in Deutschland) „nicht für das Publikum geschrieben ist, und daher die Thatsachen ohne Schminke, ganz sachgetreu darzulegen hat" — während also umgekehrt die für das „Publikum", d. h. die für die armen, leichtgläubigen, ungebildeten deutschen Arbeiter bestimmten Berichte die Thatsachen nicht sachgetreu, und mit „Schminke" d. h. entstellt und gefärbt „darzulegen haben".

Die sozialistische Lügentaktik gegen die eigene Partei, nicht blos gegen das gesammte übrige deutsche Volk, hat sich selten schamloser enthüllt als hier!

Nun hat aber das sozialistische Programm von Gotha seit 1875, wie bereits bemerkt, die wesentliche revolutionäre Verschärfung erfahren, daß seit 1880 aus jener Programmstelle, welche die Parteiziele mit „allen gesetzlichen Mitteln erreichen wollte, das Wort „gesetzlich" gestrichen worden ist, daß also seit länger als einem Jahrzehnt, auch nach Aufhebung des Sozialistengesetzes, die Partei alle Mittel anwendet, um ihr Ziel zu erreichen. Nicht minder hat die Partei schon im Jahre 1877 durch ihre in Gent anwesenden Vertreter dem berüchtigten Genter Manifest zugestimmt, einem „Pact", in welchem die vaterlandslosen Revolutionsparteien der ganzen Welt sich brüderlich die Hand reichten, mit dem Vorsatze: „jedes politische Mittel zu ergreifen, welches zur Befreiung aller Glieder des Proletariates führen kann".

Diese Elemente des Werdeganges und des grundsätzlichen Bekenntnisses der Partei durchbrechen in hunderten von Fällen die täuschende

---

*) Der Brief befindet sich bei den Akten des Leipziger Hochverrathsprozesses gegen Liebknecht, Bebel und Hepner (1870 fg. Urtheil vom März 1872).

gleißende Hülle der Worte und Schriften der Führer und Agitatoren! Plötzlich erfaßt auch die heuchlerischen „Genossen" mitten im Reichstag der revolutionäre Teufel, welcher ihnen im Nacken sitzt, und zwingt sie, sein Lob zu krächzen. Oder er drückt ihnen in tiefster Verschwiegenheit verständnißinnig die Feder in die Hand, ihrem gewaltthätigen Umsturzbedürfniß nach Herzenslust Luft zu machen, oder es den vertrautesten Genossen ins Ohr zu flüstern — und siehe da, morgen weiß schon die ganze Welt davon! So ist eine stattliche Menge von Beweisen zusammengekommen für das revolutionäre, das gewaltsam umstürzlerische Streben unserer Sozialdemokratie, und diese Beweise sollen nun vorgetragen werden.

So erklärte Herr Bebel schon im Norddeutschen Reichstag am 17. Oktober 1867, bei Berathung des Wehrdienstgesetzes: „daß dieses Militärsystem nicht im parlamentarischen Kampfe gestürzt wird, das ist meine Ueberzeugung, es wird wohl Gewalt mit Gewalt zu vertreiben sein". Und etwa um dieselbe Zeit, 1868 oder 1869, entpuppte er sich dem Abgeordneten Dr. Götz (Leipzig-Lindenau) gegenüber als ebenbürtiger Nacheiferer Marat's und Robespierre's in den Worten: „Wir brauchen hunderttausend Köpfe, dann ist Alles fertig". Am 23. Mai 1870 verkündete er im Norddeutschen Reichstag ganz unbeschämt, daß der Fürstenmord gar nichts Besonderes sei:

„Das Gottesgnadenthum hat in der öffentlichen Meinung nicht mehr den Boden, den es früher gehabt hat. Sie können dem Volke (!) nicht mehr einreden, daß, wenn ein Fürst gemordet wird, dies an und für sich ein größeres Verbrechen sei, als wenn man einen gewöhnlichen Menschen aus der Welt schafft."

Im Jahre 1871, in einer der ersten Reichstagssitzungen nach dem großen Kriege, treffen wir schon wieder auf Herrn Bebel als Revolutionsverherrlicher. Am 3. April nämlich, bei der Verhandlung über die Reichsverfassung, sagte er (Sten. Ber. S. 127):

„Wir dürfen nicht vergessen, daß die Interessen des Volkes (!) und die Interessen der Fürsten entgegengesetzte sind. Der Fürst wird sein Interesse, absolut zu regieren nur in soweit fahren lassen, als er durch die öffentliche Meinung und nöthigenfalls mit Gewalt, durch die Gewalt des Volkes, dazu gezwungen wird. Es ist schließlich überflüssig über die Grundrechte zu verhandeln, solange man nicht entschlossen ist, nöthigenfalls sie um jeden Preis, mit Gewalt, durchzuführen. Wenn das, was wir für unser Recht, für das Recht des Volkes (?) halten, nicht bewilligt wird, so werden wir es gegen Euren Willen uns nehmen. Diesen Standpunkt muß jede politische Partei, wenn sie eine vernünftige Partei sein will, festhalten! Der Herr Abgeordnete v. Mallinckrodt hat gesagt: „Die europäische Revolutionspartei macht sich eben in diesem Augenblicke etwas sehr mausig. Ich habe keine Ursache, diese Bezeichnung zurückzuweisen, ich selbst gehöre zu dieser Partei (Große Unruhe und Gelächter). Wir hoffen, daß ehe das

neunzehnte Jahrhundert zu Ende gegangen ist, die Zeit herangekommen sein wird, wo wir, auf die eine oder die andere Weise, alle unsere Forderungen werden verwirklicht haben."

Aus Anlaß der Berathung des Reichstages über die Vereinigung von Elsaß-Lothringen mit dem Deutschen Reiche hielt Herr Bebel dann am 25. Mai 1871 (Sten. Ber. S. 921) seine berufene Rede zur Lobpreisung der Kommune in Paris. Er rief:

„Seien Sie überzeugt, das ganze europäische Proletariat, und Alles was noch ein Gefühl für Freiheit und Unabhängigkeit in der Brust trägt, sieht auf Paris (Große Heiterkeit). Und wenn auch im Augenblicke Paris unterdrückt ist, dann erinnere ich Sie dabei, daß der Kampf in Paris nur ein kleines Vorpostengefecht ist, daß die Hauptsache in Europa uns noch bevorsteht, und daß, ehe wenige Jahrzehnte vergehen, der Schlachtruf des Pariser Proletariats: „Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Tod der Noth und dem Müssiggange!" Der Schlachtruf des gesammten europäischen Proletariates sein wird."

Aber auch andere Parteiführer wetteiferten mit Herrn Bebel in der Verkündung und Verherrlichung der revolutionären Ziele der Partei. So enthüllte der Braunschweiger Hochverrathsprozeß gegen Bracke und Genossen (23. bis 25. November 1871, aktenmäßig dargestellt v. C. Koch) ein Schreiben Bracke's (S. 27) an Bonhorst, welches lautete:

„Unserer Partei liegt die Erkenntniß zu Grunde, daß nur durch das Eintreten des Staates im Großen, nöthigenfalls erzwungen durch eine Revolution, die sozialistische Gesellschaft eingeführt werden könne. Deshalb das Streben, die staatlichen Zustände zu ändern, und da wir wenig Hoffnung haben, dies auf friedlichem Wege zu thun, die Vorbereitung auf die Gewalt."

Und in dem damaligen amtlichen Blatte der Partei, im „Volksstaat", schrieb Herr Liebknecht (Nr. 86 S. 4, vergleiche auch Reichstag Sten. Ber. von 1874 S. 945):

„Denkt was Ihr Lust habt, thut was ihr Lust habt, Ihr Herren, aber Eins laßt Euch gesagt sein: um die Revolution kommt Ihr nicht herum! Ihr habt nur die Wahl zwischen der leichteren Revolution mittels geeigneter Kammerbeschlüsse und der Revolution auf dem gefährlichen Wege der Gewalt. Gefällt Euch die letztere besser, gut, Ihr habt zu entscheiden!"

Sehr bemerkenswerth waren auch die Reden und Beschlüsse des Parteikongresses, welcher vom 12.—15. August 1871 in Dresden stattfand. Denn dort rief Herr York aus Hamburg: „Wir Sozialisten sind gar nicht Gegner der Selbsthilfe, bewahre. Wir wenden sie an, wo wir sie am zweckmäßigsten halten" (Protokoll des Kongresses S. 16). Und der Kongreß beschloß einstimmig folgende Zustimmungserklärung für die Pariser Kommune:

„Der Kongreß, die offizielle Vertretung der gesammten Partei, spricht durch seine Abstimmung seine Sympathien für die Kommune aus, erklärt sich vollständig einverstanden mit ihr" (Prot. S. 119), nachdem der „Genosse" Ronsdorfer zuvor beantragt hatte (S. 118) „der Pariser Kommune, als Vorkämpferin des Proletariates, öffentlich unsern Dank abzustatten."

Und Herr Bebel schrieb in seiner „ersten schriftstellerischen Leistung", wie er die Broschüre „Unsere Ziele" noch heute stolz und zärtlich nennt, auf S. 44.:

„Die Geschichte lehrt, daß zu allen Zeiten die neuen Ideen in der Regel erst durch gewaltsamen Kampf zur Geltung gelangen, so 1848, wo das Bürgerthum den Kampf aufnahm, aber durch den Mangel an revolutionärer Energie auf halbem Wege stehen blieb. Wären die Arbeiter damals in ihrer Stärke von heute gewesen, der politische Kampf wäre entschieden, für den sozialen wäre die Bahn frei."

Abermals war es Herr Bebel, welcher im Reichstag auch im Jahre 1872 die erste revolutionäre Drohung aussprach (1. Mai Sten. Ber. S. 237):

„Wenn Sie in dieser Weise fortfahren, die arbeitende Klasse zu unterdrücken, dann wird Ihnen, der Bourgeoisie, von uns bald das gesagt werden, was Tell dem Geßler, sagt: „Mach Deine Rechnung mit dem Himmel, Vogt! Fort mußt Du, Deine Uhr ist abgelaufen! (Stürmisches Gelächter und Unruhe)." Und in derselben Sitzung setzte Herr Bebel (Sten. Ber. S. 245) hinzu: „Mein Ideal ist die sozialdemokratische, die rothe Republik!"

Auch der „Neue Sozialdemokrat", das Parteiblatt der Lassalleaner, drückte seine revolutionäre Entschlossenheit aus, in den Worten (1872 Nr. 47):

„Wir haben den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen den Krieg erklärt und werden solange kämpfen, bis dieselben zertrümmert sind", und in einer anderen Nummer desselben Jahres schreibt das Blatt unter der Ueberschrift „die Kanaille" (verlesen vom Minister Grafen Eulenburg in der Reichstagssitzung vom 27. Januar 1876): Ja, das Volk (!) ist eine Kanaille, solange die Bourgeoisie-Gesellschaft dauert. Unter dem Drucke des ehernen Lohngesetzes kann das Volk (!) nichts anderes sein, als die nothleidende, verachtete „Kanaille"".

Von den Herren Liebknecht und Bebel ist aus den Jahren 1872 und 1873 wenig zu berichten, da sie zu dieser Zeit eine zweijährige Festungshaft wegen Vorbereitung zum Hochverrath verbüßten, Herr Bebel 1873 und 1874 auch noch eine Gefängnißstrafe wegen Majestätsbeleidigung. Dagegen ließ sich im Jahre 1873 Fr. Engels in bemerkenswerther Weise vernehmen. Damals tobte bekanntlich die Julirevolution in Spanien in barbarischer Weise. Hochangesehene Bürger der Stadt Alcoy wurden von den siegreichen Empörern abgeschlachtet, der Bürgermeister in schauderhafter Weise

langsam zu Tode gemartert. Sämmtliche Gendarmen, welche in die Hände der spanischen „Genossen" unserer Rothen fielen, wurden erschossen, Speicher und Häuser mit Petroleum begossen, und dann angezündet. Und von diesen Meuchelmördern und Mordbrennern wußte Herr Fr. Engels, eines der großen Weisheitslichter der sozialdemokratischen Partei, der Nächste am Allerheiligsten Karl Marx, nur zu sagen: „Die siegreichen Arbeiter gehen immer viel zu großmüthig mit ihren besiegten Gegnern um."*)

Das Jahr 1874 gab Herrn Liebknecht die Freiheit wieder, und sofort wurde diese benutzt, um in Flugschriften und in seinem Blatte, dem „Volksstaat", den während der langen Haft erheblich angeschwollenen revolutionären Ingrimm austoben zu lassen, und das zur gewaltsamen Empörung aufreizende Gift der Verhetzung in die Arbeitermassen zu schleudern. „Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie" hieß die eine dieser Schriften. Da finden sich folgende Stellen:

„Die neue Gesellschaft steht in unversöhnlichem Widerspruch mit dem alten Staat ... Wer die neue Gesellschaft will, hat daher vor Allem auf Vernichtung des alten Staates hinzuwirken" (S. 4). Ebenda heißt es: „Denn wie der Fürsten, so ist auch der Völker letztes Wort die Gewalt." „Den im Reichstage vertretenen herrschenden Klassen gegenüber ist der Sozialismus keine Frage der Theorie mehr, sondern einfach eine Machtfrage, die in keinem Parlament, die nur auf der Straße, auf dem Schlachtfeld zu lösen ist, gleich jeder anderen Machtfrage" (S. 7). Und S. 12 „Revolutionen werden nicht mit hoher obrigkeitlicher Erlaubniß gemacht. Die sozialistische Idee kann nicht innerhalb des heutigen Staates verwirklicht werden. Sie muß ihn stürzen, um ins Leben treten zu können. Kein Friede mit dem heutigen Staat."

Eine ganze Fülle revolutionärer Bekenntnisse und Drohungen enthält die gleichfalls 1874 erschienene Schrift Herrn Liebknecht's „Zu Schutz und Trutz". Da heißt es:

„Zwei Welten stehen jetzt schroff einander gegenüber — die Welt der Besitzenden und die Welt der Nichtbesitzenden. Zwei Welten, die nicht nebeneinander bestehen können, von denen die eine der anderen Platz machen muß" (S. 3). „Wer mit dem Tode einen Pakt gemacht hat, dem ist der Sieg verbürgt. „Blut und Eisen" mag Feiglingen Angst einjagen, wir spotten der Drohungen und Gefahren" (S. 8). „Unser Streben ist ein revolutionäres! Revolution! Furchtbares Schreckbild für alte Weiber beider Geschlechter! Ja, wir sind Revolutionäre! Wir wollen eine Umgestaltung der heutigen Gesellschaft an Haupt und Gliedern" (S. 17). Die Schandthaten der Pariser Petroleusen werden als „Heldenkampf der Weiber der Kommune" gefeiert und S. 41 wird die Lüge gewagt: „Die Kommune habe

*) F. Engels, „Die Bakunisten an der Arbeit, Denkschrift über den letzten Aufstand in Spanien" (S. 7 fg.).

nicht gegen, sondern für das Eigenthum gekämpft." Ebenda heißt es: „Wie die Lokomotive über den sich ihr in den Weg stellenden Stier zermalmend hinweggeht, so wird die Arbeiterbewegung über alle Hindernisse hinweggehen. Das sollten die Gegner doch begreifen. Sie sollten begreifen, daß es in ihrem Interesse ist, eine Katastrophe zu verhüten."

Ganz ähnlich sprach sich Herr Liebknecht im „Volksstaat" aus (1874, Nr. 59):

„Die sozialdemokratische Partei ist eine revolutionäre Partei; läßt sie sich auf den Boden des Parlamentarismus locken, so hört sie auf, eine revolutionäre Partei zu sein. Wir betheiligen uns an den Reichstagswahlen und schicken Vertreter in den Reichstag ausschließlich zu agitatorischen Zwecken. Entfernen wir uns von dem revolutionären Ursprung und Wesen unserer Partei, verlieren wir nur einen Augenblick die Fühlung mit dem revolutionären Volk, so stehen wir in der Luft."

Obwohl nun hier ganz deutlich, sowohl die Partei als das „Volk", d. h. die Herrn Liebknecht anhängenden kleinen Bruchtheile des Volkes, als ihrem „Ursprung und Wesen" nach revolutionär, also auch als nothwendig revolutionär handelnd, von Herrn Liebknecht selbst anerkannt werden, und nach all den vorausgehenden frechen Drohungen mit Revolution, hat derselbe Mann die Kühnheit, in demselben Augenblicke fast (am 21. November 1874, Sten. Ber. S. 249) im Reichstage, bei Begründung seines völlig gesetzwidrigen Antrages, auf sofortige Freilassung der rechtskräftig zu Strafe verurtheilten und in Strafhaft befindlichen Abgeordneten Bebel, Hasenclever und Most, zu erklären:

„Durch Ihre Abstimmung entscheiden Sie gewissermaßen (!) über die Frage Reform oder Revolution . . . Revolutionen werden nie von unten gemacht, nur von oben, denn sie sind eine Bankerutterklärung des von der Regierung befolgten Systems."

Im Grunde war dies ein Versuch, die Revolution in den Schooß des Reichstages zu verpflanzen, den Reichstag zu verfassungswidrigen Beschlüssen, also zur Revolution, fortzureißen. Hatte doch Herr Bebel ein solches gesetzloses revolutionäres Streben, wie wir sahen, schon bei Berathung der Reichsverfassung im Jahre 1871 (s. o. S. 329) als Kennzeichen jeder vernünftigen (!) Partei erklärt. Wir begegnen Versuchen dieser Art Seitens der sozialistischen Abgeordneten fast alljährlich. Zu einem solchen Staatsstreichversuch auf parlamentarischem Boden benutzte Herr Bebel seine im Jahre 1875 wiedergewonnene Freiheit sogleich. Ihm wie Herrn Liebknecht ist natürlich genau bekannt, daß für das Zustandekommen deutscher Reichsgesetze, und insbesondere zur Abänderung von Bestimmungen der Reichsverfassung, die Uebereinstimmung des Kaisers, des Bundesrathes und des Reichstages erforderlich ist, daß also der Reichstag wohl ein ebenso unbedingtes Recht hat zu irgend einem Gesetze Nein zu

sagen, wie der Kaiser und der Bundesrath ihrerseits; daß dagegen der Reichstag keineswegs das Recht hat, Beschlüsse, die er faßt, zu Gesetzen zu erheben, ohne die Zustimmung von Krone und Bundesrath. Daß dem so ist, bedeutet nicht etwa eine Herabsetzung, eine Minderung der Rechte des Reichstages gegenüber dem Bundesrathe, sondern im Gegentheil gerade die vollständige verfassungsmäßige Gleichstellung und Gleichberechtigung des Reichstags mit dem Bundesrathe, als gesetzgebende Körperschaft des Deutschen Reiches. Denn der Kaiser und der Bundesrath (die Gesammtvertretung der Bundesregierungen) haben für sich allein, ohne den Reichstag (die Vertretung des deutschen Volkes), auch nicht das Recht, ihrerseits Gesetze für das Reich einseitig zu verkünden (zu octroyiren). Wenn das je geschähe, wäre es eine Revolution von oben, wie umgekehrt der Anspruch, daß der Kaiser und der Bundesrath sich den Beschlüssen des Reichstags beugen müßten, den Versuch einer Revolution von unten darstellt. Trotz dieser überaus klaren und Herrn Bebel wohlbekannten deutschen Verfassungsverhältnisse, sagte er am 15. Dezember 1875 (Sten. Ber. S. 658):

„Der Reichstag muß darauf hinwirken und dafür sorgen, daß wenn er Anträge annimmt" (es handelte sich, in Abänderung des Artikel 32 der deutschen Reichsverfassung, um Gewährung von Diäten an die Abgeordneten), „diese Anträge auch zur Geltung kommen. Er hat unserer Ansicht nach dazu die Mittel in der Hand, wenn er sie nur anwenden will (!). Der Reichstag braucht beispielsweise nur zu beschließen, dem Reichskanzler die Mittel zu verweigern" — d. h. dem Reiche die Mittel seines Daseins zu versagen, es auseinanderzusprengen! — „oder er verweigert sie dem Bundesrathe, einer Institution, die ich sehr überflüssig halte" — was würden unsere Sozialisten sagen, wenn der Kaiser durch den Reichskanzler oder der Bundesrath seinerseits dasselbe vom Reichstag auch nur ein einziges Mal erklären würde! — „Wenn der Reichstag so handelte, so würde er in einer so selbstverständlichen Sache". (einer Verfassungsänderung!) „ein Resultat" (den allgemeinen Umsturz!) „und sein Recht (?!) erreichen können."

Noch viel ungestümer ließ Herr Bebel seiner revolutionslüsternen Gesetzesverachtung die Zügel schießen bei der Schlußberathung der großen Justizgesetze (Civilprozeßordnung, Strafprozeßordnung, Gerichtsverfassungsgesetz, Rechtsanwaltsordnung, Konkursordnung, Kostengesetze) im Reichstage am 18. Dezember des Jahres 1886. Da sagte er (Sten. Ber. S. 880), nachdem zu seinem und seiner Partei grimmigstem Aerger durch Abschluß des Kompromisses über das Zustandekommen dieser wichtigen Gesetze, wieder ein mächtiger Bau der deutschen Einheit aufgerichtet war:

„Ich schreibe dem Volke" — als ob Kaiser und Regierungen nicht auch zum „Volke" gehörten! — „das Recht" (soll heißen die Willkühr) „zu den Augenblick, wo es erkennt, daß die Gewalt, welche die Regierungen ausüben, seinem Wohle und seinem Interesse schädlich sind, diese Regierungen

zu beseitigen, so wie das Volk auch das Recht (?) hat, diesen Reichstag zu beseitigen!"

Im Jahre 1877 machte sich hauptsächlich die sozialistische Zeitschrift „Die Wahrheit" — die sich ebenso gut hätte nennen können „Die Lüge" — verdient um das Schüren des revolutionären Feuers der Partei. Der Abgeordnete v. Kleist-Retzow führte bei Berathung des Sozialistengesetzes im Reichstage im Oktober 1878 zwei sehr bezeichnende Stellen aus dem Jahrgange 1877 dieser Zeitschrift an (Sten. Ber. S. 244):

Aus Nr. 26: „Wenn man die Arsenale nur öffnen will, um uns die Waffen zu liefern, so hoffen wir den Kampf in kurzer Zeit beendigt zu haben." Und aus Nr. 292: „Das einzige Mittel ist, eine tiefgehende und darum nachhaltige Revolution, eine Revolution, friedlich, oder wenn es sein muß blutig, hervorgerufen und ausgefochten durch den Arbeiterstand." Wir geben aus diesem Jahrgang des Blattes noch folgende weitere Probe (in Nr. 171). „Es wird uns nicht einen Augenblick einfallen, Arbeiter von der Anzettelung einer Revolution abzuhalten."

Zu keiner Zeit hat sich unsere Sozialdemokratie wohl unschuldiger und weniger revolutionär gestellt, als im Jahre 1878 nach den beiden schändlichen Attentaten auf das theuere Leben unseres ehrwürdigen Kaisers Wilhelm. Aber sie gab sich diesen frommen Schein freilich erst, als die Vergeltung in Gestalt des Sozialistengesetzes über sie hereinzubrechen drohte. Denn abgesehen von allen bisher schon aufgezählten Beweisen für ihre umstürzlerischen Gesinnungen und Pläne, sorgte sie auch bis unmittelbar vor den Attentaten für neue revolutionäre Zuchtlosigkeiten. So konnte Lasker während der Verhandlungen über das Sozialistengesetz die ziemlich frische Nummer eines sozialistischen sächsischen Blattes vorlegen, in welchem stand (Juni 1878, Sten. Ber. S. 1537):

„Die Kriegsbereitschaft der Sozialdemokratie." „Kameraden! Was nützt es Euch, daß Ihr Eure Kraft anhäuft, wenn diese Kraft sich nicht in Thaten äußert? Was nützt es Euch, daß Ihr an Zahl, Disziplin und Zucht die mächtigste sozialistische Armee der Welt seid, wenn Ihr die Tyrannen ungehindert ihre Schlächtereien wollt weiter betreiben lassen? Vorwärts! Vorwärts! Sagt nicht: „wir wollen uns noch vorbereiten." Ihr seid schlagfertiger als Ihr glaubt und Eure Feinde fürchten Euch mehr als Ihr vermuthet. Ein großer Kriegsmann sagt: „Es ist nicht gut, zu verständig in die Schlacht zu ziehen!"

In welch frecher Weise unsere Sozialdemokratie ihre gewaltthätig umstürzlerische Gesinnung zu verleugnen und die friedlichsten und gesetzlichsten Absichten zu heuchlen suchte, zeigt uns am besten das Verhalten des sozialistischen Abgeordneten Bracke bei der Verhandlung des Reichstages über den zweiten (zur Annahme gelangten) Entwurf des Sozialistengesetzes im September und Oktober 1878.

Anfangs sprach Herr Bracke gar süß, mild und friedlich (Sten. Ber. S. 82 flg.):

„Man hat mit Recht gesagt, die sozialistische Partei sei eine revolutionäre Partei. Aber wir stehen nur insoweit auf revolutionärem Boden, als wir die geschichtliche, ökonomische und politische Entwickelung ganz und voll zu begreifen (!!) suchen und die letzten Folgerungen aus diesen unseren Anschauungen ziehen" die „Anschauungen" sollen doch erst durch Begriffsversuche gebildet werden! „Es liegt aber in Ihrer (!) Hand, in welcher Form die Entwickelung sich vollzieht, und indem wir an Sie herantreten (!), thun wir das Menschenmögliche (!!), eine gesetzmäßige Entwickelung der Dinge eintreten zu lassen" — wie freundlich und herablassend! „Wir bedauern gerade deshalb jedes Ausnahmegesetz, da es immer eine friedliche Entwickelung in Frage stellt."

Als dagegen feststand, daß das Gesetz angenommen werde und in Kraft trete, da rief dieser sanfte, friedlich reformirende, gute Staatsbürger: „Wir pfeifen auf das Gesetz!" (Sten. Ber. S. 201). Die übrigen sozialistischen Frechheiten während dieser Verhandlungen findet der Leser in den Abschnitten, welche die Entwickelung der Partei von 1863 bis 1891 und ihre „Vaterlandsliebe" darstellen.

Der Reichstagsabgeordnete und Schuster a. D. Vahlteich war der Einzige, welcher im Jahre 1879 die Fahne der rothen Revolution hoch zu halten wagte. Denn die ersten Schläge, welche nach Erlaß des Sozialistengesetzes mit voller Wucht auf die Partei niederfuhren, hatten selbst Herrn Liebknecht so entmuthigt, daß sogar Er in diesem Jahre einmal unter die Scheinheiligen ging, und de- und wehmüthig die Unterwerfung der Partei unter das Gesetz versicherte — natürlich ohne auch nur im Traum dieser seiner eigenen Vorspiegelung zu glauben. Aber Herr Vahlteich war in einem solchen Augenblicke mit seiner Revolutionsspielerei auch der eigenen, damals so friedfertig gestimmten Partei, wirklich unbequem. Und zugleich war der „unnütze Mensch", wie er schon in Lassalle's Briefwechsel genannt wurde, der Partei noch verderblicher durch seine Lächerlichkeit. Er wollte nämlich bei der Berathung des Reichshaushaltes 1879, wie Herr Bebel einige Jahre zuvor, eine kleine Revolution durch den Reichstag selbst hervorrufen. Aber er übertrieb die Uebertreibungen des Herrn Bebel in grobkomischer Weise. Mit seinem gut befeuchteten Bierbaß schrie er (Sten. Ber. S. 2256, 10. Juli 1879):

„Wir sind der Meinung, daß es sich darum handelt, vom Parlament aus die Regierung zu regieren, von Jahr zu Jahr neue Rechte zu erobern, die Regierung unter den Willen des Volkes zu beugen. Einer Regierung, die das nicht will, versagen wir die Mittel zu ihrer Existenz. Das Volk kann verlangen, daß sein Wille unter allen Umständen zur Geltung kommt (lautes Gelächter). Ich weiß gar nicht, was dabei zu lachen ist, meine Herrn? (Erneutes Lachen)."

Er wußte es nicht, aber seine Partei und der ganze Reichstag wußte es, und bald darauf wurde der „unnütze Mensch" von der Partei nach Amerika abgeschoben.

Gleich zu Beginn des Jahres 1880 brachte das „amtliche" Blatt der rothen Partei, der „Sozialdemokrat", einen Leitartikel, welcher wieder die ganze revolutionäre Brunst zur Geltung brachte (29. Februar 1880, Sten. Ber. des Reichstages S. 287):

„Wir dürfen uns nicht mehr, wie in der ersten Zeit des Sozialistengesetzes, mit der Erhaltung der bestehenden Verbindungen begnügen", hieß es da, „sondern wir müssen unsere, auf die Revolutionirung des Volksgeistes und auf die gründliche Umgestaltung der herrschenden staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung abzielende Agitation, nach den Verhältnissen verändern, unsere Organisation den „gesetzlichen" und ungesetzlichen Schurkenstreichen unserer Feinde anpassen und in eine den jetzigen und kommenden Umständen entsprechende Kriegsformation umschaffen. Denn wir leben in einem Zustand des erbittertsten Krieges. Von Friedlichkeit und Gesetzlichkeit schweige man uns! Es handelt sich nicht mehr um „Recht", nur um die pure Gewalt."

Herr Bebel trug diese wilden Drohungen am 17. April 1880 (Sten. Ber. S. 787) auf die Tribüne des Reichstages, indem er in einer langen Rede eigentlich nur den kurzen Gedanken aussprach: Wenn Sie uns nicht folgen, so kommt die Revolution! Denn er sagte:

„Alle die sich bedrückt fühlen, müssen zu dem Glauben kommen, es hilft schließlich nichts mehr als die Gewalt, wir müssen den Dingen mit Gewalt ein Ende machen. Die Dinge liegen so, daß sie einer allgemeinen Katastrophe entgegentreiben. Und was jene verbitterten Massen in einem solchen Augenblick thun werden, das brauche ich Ihnen nicht erst zu sagen. Es dürften dann Dinge geschehen, die Sie und die Welt bis jetzt nicht erlebt haben! (Große Unruhe). Meine Herrn, ich möchte dies einfach nur konstatiren (!!). Fahren Sie so fort, so haben nur Sie den Schaden. Wer nicht hören will, muß fühlen! Und dieses Gefühl wird Ihnen eines Tages in ganz bitterer Weise beigebracht werden."

In diesen Tagen geschah es auch, daß Herr Liebknecht im Reichstag das Revolutionslied seiner Partei, die „Arbeitermarseillaise", bezeichnete als: „die Verherrlichung des allgemeinen Stimmrechtes und der friedlichen Reform durch parlamentarisch-gesetzgeberische Thätigkeit" (Sten. Ber. S. 1149). Es giebt eine Dreistigkeit, deren höhnisches Uebermaß deren Urheber nur lächerlich macht und entwürdigt.

Herr Bebel aber fuhr fort, mit der blanken rothen Revolution zu drohen (4. Mai 1880, Sten. Ber. S. 1153). Er verhieß sie schon von dem Augenblicke an, „wo das Volk, wo die Sozialdemokratie" — endlich doch einmal das offene Geständniß, daß die Herren unter „Volk" nur die Sozialdemokratie verstehen! — „den Glauben an das allgemeine Stimmrecht verloren hat".

„Dann“, sagte er, „werden diejenigen die unvermeidlichen Folgen tragen, die das verschulden! Ich habe das Wort Revolution bis jetzt nicht ausgesprochen, aber ich will es jetzt thun. Es graust Ihnen davor. An den Revolutionen sind nicht diejenigen schuld, welche sie äußerlich machen“ — bewahre! — „sondern diejenigen, welche sie nothwendig machen, und das sind stets die Regierungen.“ Man muß bekennen, daß der Herr den altjährigen Kohl des Herrn Liebknecht inzwischen in seinem Gedächtniß gut aufgewärmt hatte.

Als im Jahre 1881 der Reichstag Ende März in die Berathung der Erneuerung des „kleinen Belagerungszustandes“ über Berlin, Hamburg-Altona u. s. w. eintrat, welchen die Ausführung des Sozialistengesetzes über jene besonders durchseuchten Gegenden verhängt hatte, da lastete noch auf der gesammten gesitteten Welt der Schmerz und die Trauer über das verruchte Attentat der russischen Nihilisten, welches am 13. März in St. Petersburg den menschenfreundlichen Kaiser Alexander II. von Rußland grausam dahingerafft hatte. Im „Kriegs“-Lager unserer Sozialisten aber war heller Jubel über diese Schandthat, und Herr Auer bestieg am 30. März (Sten. Ber. S. 618) als Herold dieses Jubels die Tribüne des deutschen Reichstages.

„Wenn wir keine Entrüstung zum Besten (!) geben“, sagte er, „wenn in anderen Ländern Dinge geschehen, die uns selbst ungeheuerlich vorkommen“ — na, na! — „dann thun wir es nicht, weil wir vielleicht (!) nicht jeden Mord, mag er in irgend einer Gestalt (!) vor sich gehen, bedauern und verurtheilen, und wünschen, daß er vermieden werden könnte (!!). Nein, meine Herren, wir können uns nicht entrüsten, wenn wir sehen, daß Dinge mit elementarer Gewalt hereinstürzen, wir können uns nicht entrüsten gegen diejenigen, welche sagen: wenn ich keine Rechte mehr habe, so habe ich auch keine Pflicht. Wenn unsere Blätter im Ausland über die Schnur hauen, so habe ich keinen Tadel dafür (!). Es sind die Folgen Ihrer (?) Handlungen (Abgeordneter Bebel: sehr richtig). Wer Wind säet, wird Sturm ernten, und Druck erzeugt Gegendruck! Die Zahl derjenigen, welche bereit sind, zu allen Mitteln zu greifen, wächst in für Sie bedenklichem Maße. Sie sehen, es liegt an Ihnen! Wir sind auf Alles gefaßt.

Darauf erwiederte Minister v. Puttkamer (Sten. Ber. S. 629): „Der Herr Vorredner scheint wirklich von der Meinung auszugehen, daß die Behörden, welche als Organ der verbündeten Regierungen handeln, von diesen Sachen, die er vorbringt, gar nichts wissen, und daß er deshalb in der Lage wäre, hier ganz munter Dinge zu erzählen, welche jeder thatsächlichen Grundlage entbehren. Für die Heuchelei, welche die sozialistische Partei hier noch vor zwei Jahren treiben konnte, sie sei keine Umsturzpartei, eine Partei der reinen Reform u. s. w. — dafür ist jetzt jeder Schein der Berechtigung weggefallen. Sie hat jetzt in den beiden Fraktionen, in welche sie

sich theilt, Anarchisten und Sozialdemokraten, offiziell erklärt: „Wir sind eine Partei des grundsätzlichen, gewaltsamen Umsturzes.“ Nachdem der Minister zunächst die Anarchisten, unter Most's Führung, treffend gekennzeichnet hat, die Partei „Marat“, wie er sie nach dem scheußlichen Vorbild der Pariser Schreckenszeit nennt, wendet er sich zu unsern Sozialdemokraten, unter der Führung der Herren Liebknecht und Bebel, der Partei „Robespierre“, und kennzeichnet sie in den Worten:

„Diese Partei betreibt die Sache etwas schleichender“ — als die Dynamitstrolche, die Anarchisten — „etwas methodischer. Sie sagt: wir sind ebenso davon überzeugt, daß nur der allgemeine Umsturz die Welt verbessern kann. Wir sind ebenso von der völligen Trostlosigkeit und Verbesserungsunfähigkeit des heutigen Staates, der heutigen Gesellschaft überzeugt. Wir sind auch der Meinung, er muß und wird in Flammen untergehen. Aber die vielen Attentate und Mordversuche“ — in welchen die Anarchisten die „Propaganda der That“ entfalten — „sind theils nicht sehr hübsch vom moralischen Standpunkt aus betrachtet, theils sind sie auch gefährlich für denjenigen, der sie unternimmt. Deshalb wollen wir lieber erst untergraben. Durch eine unabläſſige, unermüdliche, niemanden zur Ruhe kommen lassende Agitation werden wir die bestehenden gesellschaftlichen Zustände untergraben, und wenn die Mine genügend gebohrt, geladen und mit Pulver gefüllt ist, werden wir die alte Gesellschaft in die Luft sprengen.“

Und daraus zieht der Minister den Schluß: „Daß diese beiden Parteien sich nur in ihrem taktischen Vorgehen unterscheiden, das geht hieraus doch ziemlich klar hervor.“ Er konnte aber für die verbrecherischen Gedanken und Pläne der Partei noch eine ihrer „Autoritäten“ anführen, ihren Abgeordneten Hasselmann, welcher zwar, weil er Herrn Liebknecht unbequem sich erwiesen hatte, nach England und Amerika abgeschoben worden war, aber zur Zeit doch sogar noch sein sozialdemokratisches Reichstagsmandat behauptete. Dieser Herr hatte, wie der Minister bewies (Sten. Ber. S 632), am 15. März — zwei Tage nach Ermordung des Kaiser Alexander II. von Rußland — in einer öffentlichen Rede über diese That in New-York gesagt: „Alexander war nicht der einzige Bluthund in Europa. Kaiser Wilhelm ist nicht besser. Die ganze Familie verdiente ausgerottet zu werden!“

Das „amtliche“ Blatt der Partei, welches unter der Oberleitung und moralischen Verantwortlichkeit der deutschen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gedruckt wurde, nahm sogar die Partei des in Wien verurtheilten Raubmörders Hietle, welcher seinen Herrn meuchlings erschossen hatte. Das Organ der Herren Liebknecht, Bebel, Singer u. s. w. schrieb nämlich hierüber (Sten. Ber. des Reichstages vom 11. Dezember 1881, S. 308 flg.):

„Das Volk (!) hat damit ein Urtheil gesprochen, es hat erklärt, daß Hietle recht gehandelt hat, daß er nicht anders handeln konnte. Es hat erklärt, daß der Proletarier gegenüber dem Faustrecht des Kapitals keine andere Waffe besitze, als das Faustrecht der brutalen Gewalt" d. h. des Meuchelmordes!

So schreibt das „amtliche" Blatt einer „friedlich=gesetzlichen Reformpartei!" Und Herr Liebknecht drohte schon wenige Tage später, am 24. Januar des Jahres 1882, Allen, welche für das Sozialistengesetz gestimmt hatten und weiter stimmen würden, mit persönlicher Vergeltung und Rache, indem er im Reichstag (Sten. Ber. S. 922) rief:

„Mit der durch das Gesetz ausgesäeten Summe des Hasses und der Erbitterung werden diejenigen zu rechnen haben, welchen wir das Sozialisten=gesetz verdanken. „Aha!", denken Sie vielleicht, das ist eine Drohung mit der Revolution. Meine Herrn, vor dem Worte Revolution schrecke ich nicht zurück! Unsere Partei hat sich stets als eine revolutionäre Partei bekannt. Durch dieses Gesetz drängen Sie Deutschland (!) zur gewaltsamen Revolution!"

Davon ist doch nun wieder im Laufe von neun Jahren kein Wort wahr geworden. Wenn die lieben guten deutschen Arbeiter nur einmal alle falschen Prophezeihungen zusammenstellen wollten, welche allein Herr Liebknecht im Laufe von 25 Jahren zusammen=gefaselt hat — sie würden erschrecken darüber, in welchen Mannes Hände sie ihr Schicksal legen!

Am 13. Dezember 1882 nahm Herr v. Vollmar im Reichstag offen Partei für die russischen Nihilisten, die Kaisermörder, und zwar nicht etwa blos Namens seiner Person, sondern in voller Ueber=einstimmung mit seiner Fraktion und der ganzen Partei, welche sich auch früher und später so oft als möglich, auf ihren Kongressen, im Reichstag und in der Presse, als Busenfreunde der russischen Kaiser=mörder zu erkennen gegeben hat. Die Worte des Herrn v. Voll=mar verdienen aber ganz besonders niedrig gehängt zu werden. Denn er sagte (Sten. Ber. S. 763 flg.):

„Ich bitte Sie, nicht anzunehmen, daß ich die russischen Sozialisten (Nihilisten) verleugnen wolle. Ich sage vielmehr offen und frei: Ich habe volle Sympathie mit diesen thatkräftigen, opfermuthigen Männern, und glaube, außer mir hegen diese Sympathie noch Tausende und aber Tausende deutscher Sozialdemokraten. Die deutsche Sozialdemokratie wird immer revolutionärer infolge des Ausnahmegesetzes" — das ist eine Lüge, denn die Partei war selten zuchtloser als vor Erlaß des Sozialistengesetzes und wieder nach Aufhebung desselben; wenn sie immer „revolutionärer" wird, so liegt das, wie früher Herr Bebel zugestand, in ihrem „Ursprung" (Karl Marx) und in ihrem bösen „Wesen" (Liebknecht). „Wenn wir lauter Verbotenes, Ungesetzliches thun, thun müssen (!!), dann müssen auch die Mittel immer revolutionärer werden! Was auch kommen möge, man wird uns für alle Fälle bereit und auf dem Posten finden!"

Minister v. Puttkamer antwortete darauf sehr nachdrücklich (13. Dezember 1882, Sten. Ber. S. 765 flg.): „Die Schlußworte des Abgeordneten v. Vollmar haben doch eine ganz bedenkliche Aehnlichkeit mit dem Appell an die Furcht gehabt. Er hat mit dankenswerther Offenheit erklärt, daß auch er und seine — im Gegensatz zu Most und den Anarchisten — „gemäßigten" Freunde sich demnächst an dem allgemeinen Umsturz betheiligen werden. Wir aber sind entschlossen und verpflichtet, alle derartigen Bestrebungen mit allen Kräften und mit aller Energie, deren wir fähig sind, niederzuhalten."

Diese verdiente Abfertigung suchte Herr Liebknecht in den Augen seiner Parteigänger auszuwetzen, indem er wenige Wochen später, zu Beginn des Jahres 1883 (11. Januar, Sten. Ber. S. 835 flg.) mit einigen neueinstudirten Kraftphrasen die Reichstagstribüne bestieg und hier, unter schallendem Gelächter, erklärte: „Der Nihilismus in Rußland ist eine nothwendige Folge der russischen Verhältnisse. Die Väter des Sozialistengesetzes sind die Urheber des Nihilismus!" Diesen „Vätern" aber rief er die gegen das Vorjahr noch gesteigerten Drohungen zu (Sten. Ber. S. 842):

„Die Zeit wird kommen — wir sind dessen gewiß — wo die deutsche Volksvertretung den Beschluß fassen wird, daß die Urheber des Sozialistengesetzes mit ihrer Person und mit ihrem Vermögen für das ungeheure Unrecht und für den ungeheuren Schaden, für alle Frevel (!), welche sie veranlaßt haben, und die in ihrem Namen verübt worden sind, haftbar gemacht werden. Man muß sich an die Schuldigen halten, nicht an den Staat, und Sie können überzeugt sein, in Deutschland wird das Rechtsgefühl der Nation (!!)" — deren Gefühl Herr Liebknecht bei jeder Gelegenheit unter seine Schuhsohlen tritt — „verlangen, daß diejenigen für die Folgen aufzukommen haben, welche für diese fluchwürdige Maßregel verantwortlich sind."

Vorläufig freilich machte sich das verletzte Rechtsgefühl der „Nation" nur in einem den Redner niederschmetternden Ordnungsrufe des Präsidenten Luft. Und Windthorst erklärte Herrn Liebknecht scharf und klar, unter lebhaftem Beifall (Sten. Ber. S. 843): „Wollen Sie Reform, so wollen wir diskutiren, wollen Sie Gewalt, so werden wir Sie mit Gewalt zurückweisen." Aber gerade solche Schläge bringen Herrn Liebknecht wieder zu neuen Entwürdigungen der deutschen Tribüne. Denn nur für den ist der Ordnungsruf und der allgemeine Abscheu des Hauses und Volkes ein Zuchtmittel, welcher das Gefühl für die Ehre und Würde des deutschen Abgeordneten besitzt. Und die völlige Abwesenheit dieses Ehr- und Würdegefühls bei Herrn Liebknecht hat der ehrwürdige Präsident Simson schon 1870 vor dem versammelten Reichstag amtlich und feierlich festgestellt. So darf uns nicht wunder nehmen, diesen Herrn

alsbald nach seiner gründlichen Abfertigung durch Windthorst von neuem auf der Tribüne auftauchen zu sehen, mit den Worten (Sten. Ber. S. 849):

„Ich nehme keine Aeußerung zurück, die ich oder irgend einer meiner Parteigenossen jemals hier mit Bezug auf die Nihilisten, Kommune und die Revolution gethan haben, oder trete gar (!) solchen Aeußerungen entgegen. Wir haben nicht den geringsten (!) Grund, die Nihilisten zu verleugnen", d. h. mit andern Worten: wir verehren sie, nicht obgleich, sondern weil sie Kaisermörder sind! „Der Meuchelmord ist in Rußland eine Institution!, Diese Männer zu verleugnen, das fällt mir, das fällt uns nicht ein das wäre eine Unwürdigkeit (!). Ich bin überzeugt, daß die Nihilisten aus sittlichen (!) und edeln (!) Motiven" (Beweggründen) „handelten (Hört! hört! rechts). Sie haben ein schmachvolles System in der einzig möglichen (!) Weise bekämpft. Ebensowenig fällt uns ein, die Pariser Kommune zu verleugnen. Wir haben unsere Solidarität mit ihr erklärt, schon ehe sie gefallen war, infolge unserer Grundsätze. Wir sind der Meinung, daß die Kommune die Sympathie aller edeln (!) Menschen verdient" — ein Gesindel von Mördern, Räubern und Brandstiftern verdient das Mitgefühl und die Zustimmung aller edeln Menschen! — „Was nun den Verzicht auf unsere revolutionären Ziele betrifft, so können wir auch in dieser Beziehung dem Herrn Abgeordneten Windthorst den Gefallen nicht thun. Ich befinde mich in dieser Beziehung mit keinem unserer Abgeordneten im Gegensatze: wir sind eine revolutionäre Partei. Wir sind Gegner aller Kurpfuscherei, auch derjenigen, welche jetzt amtlich betrieben wird" — der Redner scheute sich also nicht, die durch die Kaiserbotschaft vom 17. November 1881 eingeleitete großartige sozialpolitische Gesetzgebung des Deutschen Reiches als „amtliche Kurpfuscherei" zu bezeichnen! Aber er setzte auch gleich den Grund dieser Verhöhnung hinzu, denn diese Gesetzgebung entfremdet den Umsturzmännern das Vertrauen und die Gefolgschaft der Massen — und „Wir", fuhr Herr Liebknecht fort, „sind für eine radikale Kur, eine vollständige Heilung des gesellschaftlichen Körpers: das ist unser revolutionäres Ziel. Man hat uns ferner zugemuthet, wir sollen unsere Parteipresse im Ausland verleugnen" (der amtliche „Sozialdemokrat" erschien ja in Zürich und später in London), „wir sollen unsere Entrüstung ausdrücken über den heftigen Ton dieser Presse. Ei, das fällt uns gar nicht ein!" Herr Liebknecht erklärte sich also völlig einverstanden mit allen den Schamlosigkeiten, welche aus dieser Presse bereits mitgetheilt worden und noch mitgetheilt werden sollen! Und nachdem er in so unbeschämter Weise alle Scheusale der Revolution und des Meuchelmordes gefeiert hatte, schloß er: „Das Volk (!) wird sehen, wer in Deutschland eine reformatorische (!) Entwickelung will!"

Mit ganz demselben revolutionären Trotz und derselben gesetzlosen Verstocktheit und Zuchtlosigkeit sagte Herr Bebel im Jahre 1884 im Reichstage am 20. März (Sten. Ber. S. 151):

„Wir sind auf keinen Fall gewillt, unsere Ueberzeugung nach irgend einer Richtung einzuschränken oder preiszugeben! Wir sind heute was wir stets waren, und wir werden bleiben was wir heute sind."

Der Minister von Puttkamer nagelte Herrn Bebel bei diesen

trefflichen Worten fest (Sten. Ber. S. 154 flg.), indem er ihm in's Gedächtniß rief, daß Herr Bebel den Schandbuben Most noch 1879 seinen „Freund" genannt habe, und dann vernichtete der Minister den Schwindel von den „reformatorischen" Absichten des Herrn Liebknecht mit den Worten:

„Die Abneigung des Herrn Liebknecht gegen die Revolution hat immer eine große Aehnlichkeit mit dem Wort: la bourse ou la vie. Er sagt nämlich: ‚Bewahre, von gewaltsamem Umsturz kann keine Rede sein, wir sind defensiv‘ (vertheidigen uns blos), ‚wie die Revolution immer defensiv ist. Gewalt wird nur angewendet werden, und zu gewaltsamem Ausbruch wird es nur kommen, wenn die Regierung und die verrottete Bourgeoisie uns Widerstand entgegensetzt‘. Das ist allerdings ein System, mit welchem man ziemlich weit kommen kann! Nach meiner Ansicht erinnert es nur zu lebhaft an das Wort: la bourse ou la vie!"

Herr Liebknecht „erinnerte" aber noch deutlicher an dieses Wort, als er am 21. März im Reichstage (Sten. Ber. S. 191) rief:

„Glauben Sie, daß die Hunderttausende (?) von deutschen Sozialdemokraten Feiglinge sind? Sie haben doch die Tapferkeit Deutschlands da, wo es Ihrem (!) Interesse entspricht, hundertmal in den Himmel erhoben!"

Auch der „amtliche" „Sozialdemokrat", dessen Inhalt Herr Liebknecht vollkommen billigte, schrieb (der Abgeordnete von Köller theilte die Stelle am 9. März 1884 im Reichstage, Sten. Ber. S. 492, mit) in diesen Tagen, unter der Ueberschrift „Staatsgefährlichkeit":

„Ja wohl, wir sind staatsgefährlich, denn wir wollen Euch vernichten. Ja wohl, wir sind Feinde Eures Eigenthums, Eurer Ehe, Eurer Religion und Eurer ganzen Ordnung. Ja wohl, wir sind Revolutionäre und Kommunisten, ja wohl, wir werden der Gewalt mit Gewalt begegnen!"

Am 28. November 1884 fühlte sich Herr Bebel, welcher ja in seinem Buche „Die Frau" die Verwirklichung des kommunistischen Zukunftsstaates, einschließlich des diesem nothwendig vorausgehenden allgemeinen revolutionären Umsturzes aller heute bestehenden Staats-, Gesellschafts- und Eigenthumsverhältnisse, bereits an das Ende unseres Jahrhunderts verlegt hat, wieder einmal gedrungen, diesen allgemeinen Umsturz als nahe bevorstehend zu weissagen. Er wählte dazu die überaus passende Gelegenheit der Berathung des Heeresbudgets im Deutschen Reichstage und sagte (Sten. Ber. S. 87):

„Das" (Heeresbudget) „wird und muß über kurz oder lang dahin führen, daß das ganze herrschende System nicht blos bei uns in Deutschland, sondern in ganz Europa einen großartigen (!) Zusammenbruch, einen allgemeinen Krach erlebt."

Die Herren Liebknecht und von Vollmar verkündeten dagegen zum Schlusse des Jahres, aus eigener selbstherrlicher Machtvoll-

kommenheit, wieder einmal das „Prinzip der Volkssouveränität" (der Volksherrschaft), (Liebknecht am 10. Dezember, Sten. Ber. S. 268, von Vollmar am 15. Dezember, Sten. Ber. S. 365). Letzterer sagte:

„Ich stehe auf dem Standpunkte der Machtvollkommenheit des Parlaments (Reichstags) gegenüber den Regierungen, auf dem Standpunkt, daß die Regierung nicht über uns zu stehen hat, und auch nicht neben uns, sondern unter uns (Unruhe rechts, Heiterkeit). Sie lachen jetzt darüber. Es haben auch andere Leute in anderen Ländern darüber gelacht und haben nachher das Lachen verlernt!"

Kein Wunder, daß so zuchtlose, zur Gewalt aufreizende Reden auch zu blutigen Empörungen und schwerem Landfriedensbruch führten. Der erste dieser Art fand in Brandenburg statt. Minister von Puttkamer sagte darüber im Jahre 1885 im Reichstage (am 31. Januar, Sten. Ber. S. 1019): „Eine Versammlung ruhiger Bürger wurde durch Sozialisten in wahrhaft bestialischer Weise gestört, ja es ist schließlich zu Blutvergießen gekommen, lediglich durch die Schuld der sozialistischen Verhetzung." Von den bekanntesten Fällen blutigen Massenaufruhrs und Landfriedensbruches, welche die sozialdemokratische Verhetzung, genannt „Agitation", auf dem Gewissen hat, erwähne ich nur: die förmliche Schlacht mit der Sicherheitspolizei auf dem Friedhofe zu Frankfurt; die großen Straßenexcesse in Leipzig, 1885; die Vorgänge in Spremberg, welche die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Spremberg veranlaßten; die wiederholten schweren Landfriedensbrüche, welche das Schwurgericht Magdeburg abzuurtheilen hatte; die furchtbaren, mit Menschenopfern verbundenen Gewaltthätigkeiten der Rothen im Anschlusse an den großen Bergmannsstreik in Westfalen 1889, die schmachvolle Ermordung eines wackeren Polizeibeamten und die Verwundung zahlreicher Anderer durch den sozialdemokratischen Pöbel in einem Vororte Berlins 1890; in demselben Jahre die schändliche sozialistische Empörung gegen die Berliner Schutzmannschaft im Friedrichshain zu Berlin — kurz, auch die Anläufe zur blutigen, gewaltthätigen, umstürzenden Revolution stehen schon zahlreich im Schuldbuche dieser Partei verzeichnet — und ihre Presse und Parteileitung hatte bei all diesen schweren, von ihr verschuldeten, weil geistig angestifteten Verbrechen, nur Lachen, Hohn und lügenhafte Beschönigung dieser Frevel. Man braucht nur die frechen Verdrehungen des „Berliner Volksblattes" vom 27. August 1890 betreffs des schweren Landfriedensbruches im Friedrichshain zu lesen, bei welchem der „harmlose Pöbel" die Polizei mit einem regelrechten Steinbombardement überschüttete, und die Schutzmannschaft einhauen und zahlreiche Angreifer verwunden mußte, ehe sie den so freventlich gebrochenen

öffentlichen Frieden wieder herstellen konnte! Hier wie überall kommen wir nur zu dem einen Ergebniß:

Lüge, Deine Mutter heißt Sozialdemokratie!

Kehren wir nun zum Jahre 1885 zurück, so ist zunächst zu berichten, daß bekanntlich am 13. Januar dieses Jahres der Polizeirath Rumpf in Frankfurt von dem Anarchisten Julius Lieske meuchlerisch ermordet wurde. Minister von Puttkamer verlas in der Sitzung des Reichstags vom 31. Januar (Sten. Ber. S. 1030) den Schmachartikel des „Sozialdemokrat" (Nr. 4, 1885) über dieses entsetzliche Verbrechen, welches der Thäter bekanntlich später mit seinem Kopfe büßte. Der „Sozialdemokrat" dagegen hatte folgende, durch die Autorität der Herren Liebknecht, Bebel, Grillenberger u. s. w. behütete, gedeckte und gebilligte Ansicht von der Sache:

„Das Telegramm, welches die Ermordung des berüchtigten (!) Polizeirathes Rumpf in Frankfurt meldet, hat in den hiesigen" (Berliner) „amtlichen Kreisen und auch im Reichstage ungeheures Aufsehen erregt. Dieses Ereigniß giebt der Polizeikomödie (!), welche sich im Prozeß Reinsdorf enthüllt hat" — man bedenke, was das heißen soll: das von dem zum Tode verurtheilten und hingerichteten Reinsdorf später eingestandene Dynamitattentat bei Einweihung des Niederwalddenkmales wird eine „Polizeikomödie" genannt! — „einen tragischen Hintergrund und Abschluß (!), welcher den Herren von der Polizei äußerst fatal ist" — nur der Polizei! Nicht jedem rechtlichen Menschen? Und blos „fatal?" — „obwohl es sich jetzt blos (!) um das Leben eines simpeln Polizeirathes handelt, der von seinen eigenen Patronen und Spießgesellen (!) Alles, nur nicht geachtet wurde. Der Grund" (warum beim Niederwaldattentat Alles schwieg und jetzt Alles seine Bestürzung laut werden läßt) „ist der: das Niederwaldattentat war ein falsches (!), das andere ein wahres Attentat. Es giebt eben zweierlei Attentate: die gemachten und die echten. Das Niederwaldattentat war ein gemachtes, eine Polizeikomödie, und an Polizeirath Rumpf ist ein echtes Attentat verübt. Der Mann, welcher mit dem anarchistischen Feuer gespielt, anarchistisches Wasser auf die Mühle der Bismarck'schen Reaktion geleitet hat, ist von dem anarchistischen Feuer verbrannt, von dem anarchistischen Wasser weggeschwemmt worden. Das ist Logik der Thatsachen (!), Nemesis, oder wie sonst man es nennen mag. Was seiner Zeit von dem Mörder des irischen Polizeischuftes Carey gesagt ward, das gilt auch von dem Mörder des Frankfurter Polizeirathes Rumpf. Man mag über die That an sich urtheilen, wie man will, sie vom politischen und moralischen Standpunkt noch so sehr verurtheilen, ein menschliches (!) Interesse kann auch der strengste Beurtheiler dem Mörder nicht versagen (!). Auch der strengste Beurtheiler wird sich innerlich sagen müssen (!): hier liegt kein gemeiner Mord vor, sondern eine Handlung wilder Gerechtigkeit (hört! hört! rechts) und der Mensch, gegen welchen er sich richtete, war ein moralisch Verworfener, ein Verbrecher, der, wenn überhaupt Strafe verdient sein kann (!), die schwerste Strafe verdient hat. Herr v. Puttkamer mag sich das hinter die Ohren schreiben!"

Bekanntlich wurde die Pflichttreue des Ermordeten Seiten seiner „Patrone" im höchsten Maße geehrt und auch von der

Preußischen Volksvertretung dadurch einmüthig anerkannt, daß seinen Hinterlassenen eine außerordentliche Dotation bewilligt wurde.

Im Jahre 1886 fühlte sich der Referendar a. D. Abgeordneter Viereck gedrungen, einmal wieder die Ente steigen zu lassen, daß die rothe Partei keine Revolution wolle (18. Februar). Er sagte (Sten. Ber. S. 1105):

„Wir sind keine Umsturzmänner, sondern Männer, welche wissenschaftliche (!) Studien über das Bewegungsgesetz (!) der modernen Volkswirthschaft gemacht haben. Sie verdienen gar nicht, daß Sie eine so gute sozialistische Bewegung haben, wie Sie sie thatsächlich haben!"

Von dieser guten und friedlichen sozialistischen Bewegung wußte freilich Herr Bebel am nämlichen Tage etwas ganz anderes zu rühmen (Sten. Ber. S. 1128):

„Es besteht augenblicklich eine Organisation in Bezug auf unsern Schriftenvertrieb in Deutschland, daß nahezu ungehindert jede beliebige Menge unserer verbotenen Schriften eingeführt werden kann."

Männer, welche so bescheiden das Gesetz verhöhnen, sind gewiß keine „Umsturzmänner". Aber wenige Tage (19. Februar) später strafte Herr Geiser, der Schwiegersohn der Dynastie Liebknecht, seinen friedlichen „Genossen" Viereck — den Nichtumsturzmann — Lügen, indem er (Sten. Ber. S. 1162) rief:

„Wir Sozialdemokraten werden unter allen Umständen, solange die eiserne Fessel des Sozialistengesetzes uns umspannt, zueinanden halten, miteinander kämpfen, und wenn es absolut nicht anders sein sollte, miteinander fallen."

„Miteinander fallen!" — d. h. natürlich auf dem Schlachtfelde, nach welchem sich Herr Liebknecht ja in fast jeder seiner Reden sehnt, obwohl er das einzige Mal in seinem Leben, wo er Gelegenheit hatte, Pulver zu riechen, im badischen Aufstand 1849, vorzog, seine innerste Ueberzeugung in die sichere Schweiz zu retten, statt den preußischen Kugeln stand zu halten und dabei zu „fallen". Ein „Fallen" dieser Art, bei welchem Herr Geiser sein edles Leben zugleich mit seinem Schwiegervater und den übrigen „Führern" auszuhauchen sich bereit erklärte, setzt aber doch voraus, daß die Herrn den Fall für dieses „Fallen" vorher zurecht machen, d. h. die blanke Revolution — denn andernfalls denkt im Deutschen Reiche niemand daran, ihnen diesen Heldentod zu bescheeren.

An revolutionsstrotzenden Redensarten und Preßerzeugnissen der Partei ist überhaupt dieses Jahr 1886 eines der reichsten. Während im März in Belgien die Flammenzeichen der anarchistischen Revolution durch das Land leuchteten und mancher der Schandbuben, nach Plünderung der Villen und Weinkeller der belgischen Grubenbesitzer und Fabrikdirektoren, in den ei genondbem en „Ge-

nossen" mit Petroleum entzündeten Brande betrunken verkohlte, während dieser Schreckensszenen brachte das „amtliche" Blatt der deutschen Sozialdemokratie, ihr „Sozialdemokrat", in der Nummer vom 11. März einen Leitartikel, welcher bedauerte, daß die Pariser Kommune 1871 viel zu mild verfahren sei:

„Wir vergessen nicht", heißt es da, „welche unverzeihliche Schwäche es war, nach dem fast ohne Kampf errungenen Siege dem Feind Zeit zu lassen, sich zum Gegenschlag zu rüsten; wie schwer die Kommune dafür hat büßen müssen, daß sie, statt zum Angriffe vorzugehen, sich auf die Vertheidigung beschränkte, und, nachdem ihr der Kampf aufgezwungen (?!) worden, diesen nicht mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln geführt hat. Wir betrachten es nicht als ein Lob, sondern als einen berechtigten Vorwurf gegen die Kommune, daß sie vor der Bank von Frankreich, vor den Geldschränken der Rothschild respectvoll Halt machte. Hier, an ihrem Nerv, war die herrschende Klasse zu packen. Wurde hier energisch zugegriffen, so würde es schwerlich zu dem Massacre (Gemetzel) der blutigen Maiwoche gekommen sein."

Nachdem der Minister von Puttkamer diese erbauliche sozialdemokratische Stilübung verlesen hatte, (Reichstag 30. März Sten. Ber. S. 1741) als schlagenden Beweis für die „wissenschaftlichen Studien über das Bewegungsgesetz", welche die einzige Beschäftigung der Partei des Referendar a. D. Viereck bilden sollen — setzte der Minister mit erhobener Stimme hinzu: „Ich fordere nunmehr die Herrn auf, uns reinen Wein einzuschänken. Bekennen Sie sich zu den Grundsätzen, die ich vorgelesen habe? Heraus mit der Sprache!" Keiner unter all den kühnen rothen Recken muckste sich auch nur, selbst nicht Herr Grillenberger oder der Dynast Herr Liebknecht.

Am nämlichen Tage erklomm aber Herr Bebel, nach diesen wuchtigen Schlägen, doch wieder die Tribüne. Er war ja in der That am besten dazu vorbereitet und berufen, auf diese Anzapfung des Ministers zu antworten, da er bereits am 14. April 1871, ganz in Uebereinstimmung mit dem verlesenen Artikel des „Sozialdemokrat," im Reichstag erklärt hatte: „Die Pariser Kommune sei stellenweise noch mit einer Mäßigung verfahren, die wir vielleicht in einem ähnlichen Falle in Deutschland schwerlich anwenden würden". Wir glauben auch nicht, daß die deutschen Freunde der Kommune mit solcher „Mäßigung" verfahren würden. Man denke nur an die „hunderttausend Köpfe", welche Herr Bebel verlangt, um seine Herrschaft aufzurichten! An diesem 30. März 1886 aber verlangte er eigentlich „blos" die Beseitigung der „Monarchie", indem er (S. 1753 Sten. Ber.) erklärte:

„Ich habe nach den Attentaten auf Kaiser Alexander von Rußland die Ausführung des ‚Sozialdemokrat' acceptirt, indem ich erklärte: das System, wie es in Rußland herrscht, muß (!) mit Nothwendigkeit (!) zu solchen Mitteln führen. Die Monarchie würde freilich getroffen werden, wenn sie

die Mittel anwendete, die jetzt in Rußland üblich sind. (Große Unruhe rechts.) Ganz gewiß, mit Nothwendigkeit! Und ich stehe nicht an, zu sagen, daß ich in diesem Falle einer der Ersten wäre, der dazu die Hand böte, wenn diese Zustände hier so wären. (Hört, hört, rechts.) Ich wiederhole, wenn diese Zustände hier so wären." (Große Unruhe rechts.) Nach Herrn Liebknecht hatten wir aber damals bereits längst schon „russische Zustände" in Deutschland, Herr Bebel bestätigte das noch am nämlichen Tage (Sten. Ber. S. 1789). Er konnte also nun sofort unter den „Ersten" mit Abschaffung der Monarchie vorgehen.

„Heute hat Herr Bebel erklärt", erwiederte darauf Minister Puttkamer scharf (Sten. Ber. S. 1755), „er würde unter Umständen für eine gewaltsame Beseitigung der Monarchie sein, und eine Partei, deren Führer hier sich vor dem versammelten Reichstag so ausspricht, macht den Anspruch, nach gemeinem Recht behandelt zu werden (sehr gut! rechts). Ihr einziger Platz ist: unter der strengen Zwangsherrschaft des Sozialistengesetzes!" Fürst Bismarck aber „kaufte" sich Herrn Bebel's Rede am folgenden Tage mit den köstlichen Worten (Sten. Ber. S. 1787):

„Herr Bebel hat gestern ausdrücklich erklärt, daß er den politischen Mord, insbesondere den Fürstenmord, doch nur innerhalb einer gewissen Grenze der Einrichtungen — einer Grenze, deren Ausdehnung er natürlich seiner eigenen Beurtheilung vorbehält — für unzulässig halte. Er selbst würde dann „der Erste" sein, welcher dazu riethe oder greife! Zu beurtheilen, wo die Grenze des erlaubten Meuchelmordes liegt, werden sich die Herren natürlich selbst vorbehalten. Sie werden nicht mich, den Kanzler, oder den Bundesrath fragen: ‚Ist jetzt wohl die Grenze eingetreten, wo wir morden dürfen?' Sie werden es selbst beurtheilen, und nachher, ebenso wie die russischen Nihilisten, vor dem Richter sagen: ‚Wir haben gefunden, die Grenze war da, wo man zum Meuchelmord und Dolch zu greifen die Berechtigung hat. Der Mord gehört zu den allgemeinen Menschenrechten.' Ich glaube, daß wir in der Unmöglichkeit sein werden, den eventuellen" (auch nur bedingt berechtigten) „Meuchelmord nach einem Ablauf von zwei Jahren in unsere politischen Theorien (Lehrsätze) aufzunehmen."

Die Sache war nun doch, nach diesen Reden, für die biedere Sozialdemokratie, welche eigentlich nur „wissenschaftliche Studien über das moderne Bewegungsgesetz" macht, äußerst ungemüthlich geworden, und Herr Bebel erinnerte sich daher offenbar zur glücklichen Stunde an den guthen Rath seines verstorbenen Freundes Bracke in Braunschweig, welcher den „Genossen" denen man etwa einhalte, die Pariser Kommune habe ja Häuser, Paläste und Kunstsammlungen angezündet, Nationaldenkmäler vernichtet, unschuldige Geiseln niedergemetzelt, und schlimmer wie Banditen in Paris gehaust, folgende Lügen empfohlen hatte (Glauchauer Nachrichten vom 24. Februar 1871 N. 45): „Sage, daß die Kommune die Vendomesäule als Zeichen der friedliebenden (!) Gesinnung des Pariser

Volkes umgestürzt hat, daß sie Häuser nur niederbrannte, wo es den Zwecken der Vertheidigung (!) galt u. s. w." — Herr Bebel hatte sich offenbar diesen vortrefflichen Rath gut gemerkt. Denn er trat jetzt mit dem wohl in Herrn Liebknecht's spitzelfindigem Haupte gereiften — Lügenmärchen auf die Reichstribüne (Sten. Ber. S. 1798):

„Die Erschießung der Geiseln (in Paris durch die Kommune) ist möglicherweise (!) nicht durch die Kommune, sondern durch agents provocateurs (Lockspitzel) des Kaisers Napoleon III. erfolgt." (Große Heiterkeit.)

Der Abgeordnete von Kardorff erklärte darauf (am 2. April Sten. Ber. S. 1836): „Das ist ja eine außerordentlich bequeme Art, alles von sich abzuwälzen. Hasselmann paßt den Herren heute nicht mehr. Ich habe schon munkeln hören: er sei agent provocateur! Ich weiß nicht, ob Herr Most nicht etwa als agent provocateur gilt. Das Dynamitattentat am Niederwald wurde auch auf agents provocateurs zurückgeführt! Eine außerordentlich bequeme Art! Alle Dinge, welche die Partei nicht auf sich nehmen will, sind von agents provocateurs verübt!"

Als wolle Herr Liebknecht unter diesen ungeheuerlichen Polizeiverleumdungen seiner Partei ausdrücklich quittirend seinen werthen Namen setzen, behauptete er am 2. April im Reichstag (Sten. Ber. S. 1841), obwohl damals so zu sagen noch ganz Europa von den belgischen Brandstätten her rauchte, betreffs der Greuel in Belgien: „Neun Zehntel aller Berichte sind erlogen, ein Zehntel entstellt. Die Bestialität ist dort künstlich gezüchtet, oder von agents provocateurs. Warum sollte nicht ein Mahlow-Ihring" — d. h. ein Abgesandter der deutschen Polizei!! — „hingegangen sein?" Weit richtiger als Herr Liebknecht faßten seine „revolutionären" hessischen Genossen die belgische Sachlage auf. Denn am 1. Juli 1886 brachte der „Sozialdemokrat" folgende Korrespondenz „aus Hessen":

„Dem internationalen Charakter unseres Programmes getreu, stellen wir der Parteivertretung 50 Mark für die Streikenden in Decazeville zur Verfügung. Mögen diese Vorboten der künftigen Revolution sich eines baldigen Sieges erfreuen!" Und am 29. Januar 1887 schrieben dieselben „Genossen" aus Hessen in den „Sozialdemokrat": „Wir halten streng und unentwegt an den alten revolutionären Traditionen der Partei."

Dasselbe „amtliche" Blatt der Partei, der „Sozialdemokrat", sprach sich in seiner Nummer 19 von 1886 unter der Ueberschrift „Klassenkampf der alten und neuen Well" — wie Minister v. Puttkammer in der Reichstagssitzung vom 21. Mai 1886 (Sten. Ber. S. 2113) treffend sagte — „mit einem Cynismus, welchen ich selbst bei diesen Herren bewundere", für die Chicagoer Mörder lobend aus. Denn das Blatt hatte kein Wort des Tadels gegen diese Scheusale. Vielmehr labte es sich an dem „frischen Luftzug aus

dem Lande der Unordnung", wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika höhnisch genannt wurden, und dann fuhr der sozialdemokratische Reichsanzeiger fort: „Und wenn es noch viel toller hergehen sollte — tausendmal besser der offene Kampf, als die verpestete Kirchhofsruhe der heiligen Ausbeutungsordnung!" — „Das sind die friedliebenden Leute, welche auf der Tribüne des Reichstages erklären, ihnen liege nichts ferner als Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten, sie hätten keinen dringenderen Wunsch, als die friedliche Lösung des Lohnkampfes!" rief Minister v. Puttkamer nach Verlesung dieses Artikels, und fuhr fort (Sten. Ber. S. 2113): „Noch drastischer ist der Artikel in Nummer 20 des „Sozialdemokrat" von 1886: „Die Chicagoer Unruhen":

„Da wird, wie gewöhnlich, auseinander gesetzt, die Polizei habe mit der größten Brutalität von vorne her in die legitimen Bestrebungen der Arbeiter unterdrückt, es sei auch möglich (!), daß dabei Putschideen obgewaltet hätten, kurz, es sei dabei zum Kampf gekommen, es sei eine Bombe geworfen und dadurch seien einzelne Menschen getödtet worden." Dann heißt es wörtlich: „Kein vernünftiger Mensch wird das Werfen der Bombe billigen können; aber eine Behauptung von so auffällig parteiischer Seite ist für uns noch kein Beweis, und bis nicht authentische Berichte von beiten Seiten vorliegen, werden wir mit unserm Urtheil zurückhalten. Dem allgemeinen Geschrei gegenüber, welches jetzt gegen die Anarchisten erhoben wird, halten wir es aber für unsere Pflicht, zu konstatiren (!)" — nachdem eben zuvor gesagt ist, daß das Blatt sein „Urtheil" wegen Mangel an „authentischen Berichten zurückhalten müsse" —, „daß sich dieselben" (d. h. die Anarchisten in Chicago) „in durchaus legitimer Vertheidigung ihres guten Rechtes befunden haben" — und doch sind die Ausschreitungen in Chicago so unglaublich brutaler Natur gewesen und spotten so jeder Beschreibung, treten so jedes menschliche Recht und Gesetz mit Füßen, daß man glauben sollte, selbst Herr Most müsse Bedenken tragen, sich in so auffälliger Weise auf die Seite jener Mordbrenner zu stellen, wie es das amtliche Blatt der sozialistischen Fraktion des deutschen Reichstags in jenen zwei Artikeln gethan hat. (Hört! hört! rechts.)"

Das Verhalten dieser sozialistischen Fraktion und ihres Leibblattes den Chicagoer Mordbuben gegenüber ist von Anfang bis zu Ende so kennzeichnend für die deutschen Freunde der Chicagoer Mordbande, daß wir hier doch gleich Alles im Zusammenhang vortragen wollen, was in dieser Sache weiter geschah. Nachdem diese Ungeheuer zum Tode verurtheilt waren, und der Gouverneur (der höchste Beamte) des Staates Illinois seinen Beschluß verkündet hatte, sie hängen zu lassen, da verwendete die deutsche sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Schweißgroschen deutscher Arbeiter dazu, ein Kabeltelegramm an den Gouverneur von Illinois zu richten, welches Gnade für die Dynamitstrolche forderte „im Namen der Menschlichkeit für diese vielleicht (!) irre geleiteten, aber immerhin der Theil-

nahme würdigen (!!) Leute." Ein Schrei der Entrüstung über ein solches Treiben ging damals, Ende Dezember des Jahres 1887, durch Deutschland, als diese Verhöhnung jedes sittlichen Gefühles Seiten der Leute, welche sich die Führer der deutschen Arbeiter nennen, bekannt wurde. Aber Herr Singer, welcher nach dem Worte Hasenclever's auch zu Jenen gehört, welche „viel abgebrühter sind, als wir glauben", ließ sich dadurch nicht abhalten, am 27. Januar des Jahres 1888 von der Reichstagstribüne aus zu verkünden (Sten. Ber. S. 538):

Die Sprache des „Sozialdemokrat" betreffs] der Vorgänge in Chicago nehme er „vollständig" in Schutz. „Das ist nur die Folge ihrer Gesetzgebung, die Sprache einer unterdrückten (!) Partei" — als ob eine unterdrückte Partei nothwendig lügen und die elendesten Schandbuben verherrlichen müßte. — „Die Sprache wird sich den Umständen gemäß ändern, wenn wir wieder dasselbe Recht haben, das jedem einzelnen Deutschen zusteht." Nun, das Sozialistengesetz ist seit dem 1. Oktober 1890 gefallen, und die Sprache der sozialdemokratischen Presse ist verlogener, aufreizender und maßloser, als je zuvor!

Aber auch die anarchistischen Mörder in Chicago nahm Herr Singer in seinen Liebesmantel. Im sicheren Vertrauen darauf, daß im ganzen Reichstag Niemand werde auftreten können, um den Herrn Redner, auf Grund des Prozesses und Urtheiles gegen die Mörder, Lügen zu strafen, wagte er die Flunkerei:

„Man macht uns den Vorwurf, daß wir im Namen der Menschlichkeit um Begnadigung der Chicagoer Verurtheilten gebeten haben durch ein Telegramm. Wir haben dies eben im Namen der Menschlichkeit gethan, auch um deswillen, weil den Verurtheilten nach Lage des Prozesses gar nicht nachgewiesen ist, daß sie die betreffende Bombe geworfen haben."

Darin, daß diese Flunkerei nicht widerlegt werden würde, hatte sich nun aber Herr Singer bitter getäuscht, denn der Minister v. Puttkamer war im Besitze des Chicagoer Urtheiles (Sten. Ber. S. 548): „eines Meisterwerkes von mehreren hundert enggedruckten Seiten", und hatte sich „organische Auszüge daraus gemacht, um ein klares Bild davon zu haben, was für Leute das eigentlich gewesen sind, welche der Herr Abgeordnete Singer als seine ungerathenen Brüder hingestellt hat? Denn ich habe noch nie gehört, daß die Herren Sozialdemokraten bei irgend einer Instanz für irgend einen andern zum Tode Verurtheilten vermittelt hätten, nur gerade für diese, „im Interesse der Menschheit!" (Sehr richtig rechts.) Wie sehen nun diese „ungerathenen Brüder" des Herrn Singer aus?"

„Diese Mordbrennerbande hat sich schon seit Jahren in Chicago zusammengerottet, hat es verstanden, eine bewaffnete Macht von etwa 15,000 Menschen zusammenzubringen, die eingeübt worden sind mit Büchsen und Revolvern, jeden Augenblick bereit, loszuschlagen. Und das waren keine

Verfolgten, sondern Geschöpfe, welche es nicht unter ihrer Menschenwürde hielten, sich zu vereinigen lediglich zu dem Zwecke, um bei einer sich bietenden Gelegenheit über die Polizei und Miliz" (Herrn Liebknecht's Liebling), „also die Wächter der öffentlichen Ordnung, herzufallen und sie zu tödten. Monatelang haben diese Vorbereitungen gedauert, zum Theil sogar ziemlich offen betrieben. Aber die Leute, die schließlich verurtheilt worden sind, haben sich damit beschäftigt, die Dynamitbomben, mit welchen die unglücklichen Polizeibeamten beworfen und getödtet worden sind, zu fabriziren. Und nun haben sie natürlich nicht den Muth gehabt, das selbst zu thun, sondern sie haben sich unglücklicher, irre geleiteter Werkzeuge bedient, welche es für sie haben thun müssen — auch kein Heldenstück! Wenn ich mich mit solchen Dingen befasse, dann stehe ich wenigstens dafür mit meiner Person ein. (Sehr richtig rechts.) Nun sagt aber — und ich wollte, alle Strafgesetze thäten das! — das Strafgesetzbuch von Illinois: „Wer zu einem solchen Verbrechen anstiftet, ist zu bestrafen wie der Thäter selbst und verdient den Tod. Und so sind denn diese Leute verurtheilt, die durch keinen Druck, durch keine Zwangslage, in die sie etwa durch die Behörden gebracht wären, auch nur den Schatten einer Entschuldigung für sich haben, daß sie zu solchen Verbrechen getrieben wurden; sondern die einfache bestialische Wuth, ihren Mitmenschen, der für die Ordnung einsteht, zu vernichten — das ist die Charakteristik der Leute, zu deren Gunsten auf das Angelegentlichste die Herren Liebknecht, Singer, Bebel, e tutti quanti. sich an den Gouverneur gewandt haben, um deren Begnadigung im Namen der Menschlichkeit zu erbitten für diese ‚vielleicht irre geleiteten, aber immerhin der Theilnahme würdigen Leute.'" (Sehr richtig! rechts.)

Gleichwohl verfügte Herr Bebel über die Standhaftigkeit, diese Scheusale noch nach der Rede v. Puttkamer's als „politische" Verbrecher zu bezeichnen, indem er ganz ungebrochenen Muthes sagte (Sten. Ber. S. 601): „Das Eine kann man nicht bestreiten: sie haben für ihre politische Ueberzeugung gekämpft (!!)". (Lebhafter Widerspruch rechts und „Sehr wahr" bei den Sozialdemokraten.) Nun, wenn das „sehr wahr" ist, daß solche Dynamitstrolche, welche Bomben fabriziren, sie aus Mangel an Muth durch verführte und gedungene Werkzeuge auf arglos einhergehende Polizeidiener schleudern, und diese dadurch grausam hinmorden lassen, wenn es „sehr wahr" ist, daß solche galgenreife, unmenschliche Scheusale unserer deutschen Sozialdemokratie als „Kämpfer für politische Ueberzeugungen" gelten und voranleuchten, dann braucht man zur Kennzeichnung dieser Partei nichts weiter hinzuzufügen! Ganz besonders bemerkenswerth aber ist es, daß gerade Herr Liebknecht sich selbst auf diesem untermenschlichen sittlichen Standpunkte auch noch persönlich festnagelte, indem er auf dem Parteikongreß in Halle im Oktober 1890 (Protokoll S. 57) sagte: „In einem Monat vollendet sich das dritte Jahr, daß die Märtyrer von Chicago am Galgen ihr Leben endeten." Zur Kennzeichnung dieses Mannes braucht man auch nichts weiter hinzuzufügen.

Vollständig müssen wir aber gleichwohl sein, und so müssen

wir denn die Kundgebungen des revolutionären Wesens und Strebens unserer Sozialdemokratie auch aus den jüngsten Jahren noch anführen. Das Jahr 1889 brachte einige recht lustige geflügelte Worte dieser Richtung hervor. So sagte Herr Liebknecht am 5. Februar im Reichstag (Sten. Ber. S. 793):

„Sie stehen einfach vor der Alternative: entweder beseitigen Sie die Unzufriedenheit, indem Sie zur Sozialdemokratie übergehen (!!) und unser Programm ausführen (!), oder aber Sie weigern sich und dann erzeugen Sie Unzufriedenheit" (bei wem, Herr Liebknecht?), „und das, was Sie gerade vermeiden wollen: die Sozialreform, den gewaltsamen Umsturz! Aus diesem Dilemma kommen Sie nicht heraus!"

Diese kurzen Worte beleuchten in sehr eigenthümlicher Weise die auch in den vorstehenden Blättern so oft kundgegebene Verwahrung unserer Sozialdemokraten, daß sie eine Partei der „Sozialreform", nicht der Revolution seien. Denn hier erklärt Herr Liebknecht ganz munter, daß „Sozialreform", „gewaltsamer Umsturz" und „unser Parteiprogramm" völlig gleichbedeutend seien. Unter großer Heiterkeit versicherte er aber dann fast in demselben Athemzuge (Sten. Ber. S. 794): „Wir stützen uns auf das Wissen, auf die Intelligenz!" Die Chicagoer Mörder stützten sich jedenfalls auch auf „Wissen und Intelligenz!" Ja, Herr Liebknecht erwies sich an diesem Tage von überaus glücklichem Humor, denn gleich darauf sprach er, abermals vom Gelächter des ganzen Hauses begleitet (Sten. Ber. S. 798): „Sie werden nicht die Todtengräber der Sozialdemokratie sein, sondern die Geburtshelfer der sozialen Revolution."

Der „tiefblickende" Herr Sabor legte am 13. März das unschätzbare Geständniß ab (Sten. Ber. S. 886): „Der Gegensatz zwischen Radikalen und Gemäßigten" (Anarchisten und Sozialisten) „in unserer Partei, ist eigentlich nur ein Gegensatz der Temperamente" (also keineswegs der Grundsätze). Und Herr Grillenberger setzte diese Bekenntnisse schöner Seelen am 6. April fort durch das Wort (Sten. Ber. S. 1348): „Wir sind eher für eine Gleichmacherei nach oben." Das ist in der That eine vortreffliche Verdeutschung des Fremdwortes „Revolution" im sozialdemokratischen Sinne des Wortes! Auch Herr Bebel ließ tief in die geheimen Gedanken der Partei blicken, als er am 20. Mai (Sten. Ber. S. 1832) sagte: „Unzufriedenheit zu erregen, ist unter Umständen eine große That."

Fünf Monate später, am 30. Oktober, ergötzte derselbe Herr den Reichstag durch folgende Wortklauberei (Sten. Ber. S. 49):

„Wie können wir Staatsfeinde sein? Hätte die Thronrede gesagt: ‚Die Sozialdemokratie sei ein Feind des bestehenden Staatssystems' — das verstehen wir blöden Reichstreuen freilich eben unter „Staatsfeinden!" — „dann hätte sie vollkommen Recht. Aber staatsfeindlich ist an sich die Sozialdemokratie nicht. Das Gegentheil ist wahr. Sie will den Staat in

die Hand bekommen, ihn umwandeln, ihn zum Wohl der arbeitenden Klassen, zum gleichen Wohlsein Aller umgestalten. Sie will die Staatsmacht erobern."

Vortrefflich wurde der Herr durch v. Bennigsen abgefertigt (Sten. Ber. S. 51):

„Etwas stärkeres an Naivetät habe ich wirklich lange nicht gehört und etwas Wunderlicheres an Wortstreit. „Staatsfeinde!" wie könnten die Sozialdemokraten Staatsfeinde sein? Den Staat bekämpfen sie ja gar nicht, sie wollen ja den eigentlichen Volks- und Rechtsstaat erst herstellen. Ja, meine Herren, was soll man zu derartigem Wortgefecht sagen?"

Noch schneidender enthüllte Minister Herrfurth am 6. November das revolutionäre Wesen der Führer unserer Rothen (Sten. Ber. S. 143) in den Worten:

„Der Beifall der Sozialdemokraten würde nur dann zu erhalten sein, wenn man sich entschließen wollte, nicht blos das Sozialistengesetz, sondern das Strafgesetzbuch, das die Herren zum Theil noch viel mehr genirt, einfach aufzuheben (Sehr richtig! rechts). Das natürliche Zugrundegehen der Dinge, von welchem sie überzeugt sind, dauert ihnen zu lange, sie können nicht warten, und darum fühlen sie sich verpflichtet, das, was nicht gleich zu Grunde gehen will, zu Grunde zu richten. Sie sind die „staatsbildende" Partei, und als solche erachten sie sich für berechtigt und verpflichtet, die bestehende „anarchistische" Staats- und Gesellschaftsordnung umzustoßen und von Grund aus zu beseitigen. Bei den großen Heerschauen, welche zuweilen von Führern der Sozialdemokratie abgehalten werden, da wird die feierliche Erklärung abgegeben: daß für den großen Tag der Abrechnung Alles bereit steht, und daß die Arbeiterbataillone mit Sehnsucht das Signal zu dem letzten Entscheidungskampf erwarten. — Die Herren sind aber nicht nur nicht berechtigt, im Namen aller Arbeiter zu sprechen, sondern nicht einmal im Namen aller Sozialdemokraten. Ich bin überzeugt, daß die Mehrzahl dieser sogenannten Sozialdemokraten in dem Augenblicke, wo es darauf ankommen würde, jene Theorie in die Praxis zu übersetzen, sich doch wohl hüten würden, ihren Führern und Verführern ohne weiteres zu folgen und freventlich Recht und Gesetz zu verletzen. Aber diejenigen, welche die sozialistische Lehre ausbauen, die Agitation leiten und schüren, und deren unmittelbare Gefolgschaft, sie stehen in einem offenen und bewußten Kampfe gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung."

Sehr bemerkenswerth ist auch ein Vorgang auf dem Pariser Sozialistenkongresse im August 1889. Dort erklärte der französische Anarchist Duc-Quercy: „Zwischen den Anarchisten und Sozialisten bestünden überhaupt nur ‚spitzfindige Unterschiede'. Nur die Mittel, die Taktik, seien verschieden, mit welchen man denselben Zweck erreichen wolle. Da die Anarchisten jetzt noch nicht stark genug seien, um Gewaltthaten auszuführen, so beschränkten sie sich einstweilen auf die Politik der Mäßigung." Darauf sagte Herr Bebel: „Daß er wohl die meisten Ausführungen des ‚Kollegen' Duc-Quercy

billige, aber sich der Abstimmung enthalten müsse, weil durch seine Zustimmung die Lage der deutschen Sozialdemokraten noch gefährdeter würde, als sie schon sei!" Also aus keinem anderen Grunde ließ er diese deutlich ausgesprochene Zustimmung bei der Abstimmung nicht zum Ausdruck kommen! Am 25. Januar 1890 aber wagte Herr Liebknecht im Reichstag zu behaupten (Sten. Ber. S. 1245): „Die deutsche Sozialdemokratie bildet den absoluten Gegensatz des Anarchismus." Das Behaupten ist freilich die einzig große Seite dieses Herrn.

Auch das Jahr 1890 lieferte reichliche Beweise für die revolutionäre Gesinnung der Partei. Namentlich trat diese auf dem Parteikongreß in Halle, Oktober 1890, hervor. Herr Singer sagte in seiner Berichterstattung über die parlamentarische Thätigkeit der Partei (Protokoll S. 84/85):

„Die Sozialdemokratie, welche die jetzige Gesellschaftsordnung von Grund aus umändern will, und daher ihrer grundsätzlichen Stellung nach eine durchaus revolutionäre Partei ist, weiß ganz genau, daß ihre Ziele nicht auf dem Wege der Arbeiterschutzgesetzgebung zu erreichen sind. Wohl aber werden wir diese Ziele erheblich früher erreichen, wenn wir die Soldaten, welche in dem Befreiungskampfe für die Menschheit ihre Pflicht thun sollen, in bessere Lebensverhältnisse bringen."

Jules Guesde, der Pariser Sozialistenführer, dankte dem Parteikongreß (Protokoll S. 110) „für den Muth, mit welchem die deutsche Sozialdemokratie sich mit der Pariser Kommune solidarisch erklärte, als diese in Blut erstickt war." Derselbe Herr brachte (Protokoll S. 111) unter „stürmischem Beifall" ein Hoch aus auf „die im offenen und blutigen Vernichtungskampf (en guerre ouverte et acharnée) stehende internationale Arbeiterschaft." Herr Liebknecht, welcher die Verherrlichung aller Scheusale der Menschheit auf diesem Kongresse als Spezialität, als „berechtigte Eigenthümlichkeit" betrieb, erklärte (Protokoll S. 105) die Mörder und Brandstifter der Pariser Kommune „nicht als Blutmenschen, nicht als Verbrecher, sondern für edle Menschen, welche für das Beste der Menschheit strebten und wirkten." Ebenda sagte Herr Liebknecht: „Ob wir das Wort ‚gesetzlich' wieder" (in unser Programm) „aufnehmen sollen? — dieser Frage lege ich nicht die geringste Bedeutung bei" (Protokoll S. 166) und (Protokoll S. 167): „Der ganze Staatsbegriff ist ein reaktionärer Begriff." Auch sang der gesammte Kongreß zum Schlusse (Protokoll S. 300) das Revolutionslied, die Arbeitermarseillaise, stehend (!), während die Herren beim Hoch auf Kaiser und Reich stets sitzen bleiben; ja, ein Parteitag für Schlesien und Posen am 1. Februar 1891 nahm sogar den Antrag einstimmig an: „Der Parteitag protestirt gegen die Verurtheilung von Genossen, welche bei ausgebrachten

Hochs auf den Kaiser sitzen bleiben und verwahrt sich gegen derartigen Gewissenszwang."

Es ist sehr bemerkenswerth, daß diese Kundgebungen des revolutionären Parteigeistes, desgleichen die folgenden, in die Zeit nach Aufhebung des Sozialistengesetzes fallen, und daß also alle die zahllosen Versprechungen und Weissagungen der Führer während der zwölf Jahre der Gültigkeit des Sozialistengesetzes: „Die Partei werde nach Aufhebung desselben zu ihrem rein gesetzlichen, friedlichen, reformatorischen Standpunkt zurückkehren" — den sie in ihrem ganzen Leben niemals eingenommen hat —, eben einfach zu beurtheilen sind nach jenem Worte des Herrn Liebknecht im Reichstag (5. November 1889, Sten. Ber. S. 120): „Demagogen reden den Leuten Lügen vor."

So erfüllt von dieser revolutionären Gesinnung sagte denn auch Herr Liebknecht in einer Berliner Volksversammlung vom 15. September 1890 („Berliner Volksblatt" vom 17. September 1890) ganz unerschrocken:

„Haben wir erst das Volk hinter uns und die Mehrheit im Reichstage, dann muß sich entweder der Staat in einen sozialdemokratischen verwandeln, oder es gibt eine furchtbare Katastrophe, aus der aber der Sozialismus als Sieger hervorgehen wird."

Und ein in der Berliner Parteiagitation viel genannter Kaufmann Auerbach verkündete in einer Versammlung von Handlungsgehilfen (!) am 4. Dezember 1890 ebenso entschieden: „Wenn in Zukunft einmal nur durch Gewalt etwas zu erreichen ist, stehen wir nicht an, von dieser Gewalt Gebrauch zu machen." („Vossische Zeitung" vom 5. Dezember 1890.)

Auch das Jahr 1891 ist reich an derartigen Kundgebungen. So sagte Herr Bebel in einer Volksversammlung in Hamburg am 8. März 1891: „Wenn sich einmal das langmüthige Volk gewaltsam seine Rechte holt, dann liegt dem gewiß nicht gemeiner Zerstörungstrieb zu Grunde."

Das neue amtliche Parteiblatt der „Vorwärts", Oberleiter Herr Liebknecht, druckte am 6. Januar 1891 einen Aufruf des „revolutionären Zentral-Komitees" in Paris ab unter der Ueberschrift: „Nur ein einziger Gedenktag: der der Kommune." Dieser Aufruf richtete sich an Alle, welche „den Kampf der Befreiung der arbeitenden Klassen und der Revolution führen wollen." Und gelegentlich des internationalen Bergarbeiterkongresses in Paris, in den ersten Tagen April 1891, legten die Abgeordneten der deutschen Bergarbeiter, die „Geschäftssozialisten" Bunte, Siegel, Schröder und Andere auf dem Pariser Kirchhofe Père Lachaise einen Kranz auf das Grab der 1871 erschossenen Mörder und Brandstifter der Kommune nieder,

mit der Inschrift: „Die Deutschen (!!) ihren im Jahre 1871 gefallenen Brüdern.“ Der Delegirte Schröder, der Kaiserlügner, hielt jenen Scheusalen, welche er „die für die gute Sache Gefallenen“ nannte, einen bewegten Nachruf, in welchem es hieß: „Er habe an der Kundgebung vor den Gräbern der Kommunarden Theil genommen und werde, wenn er noch einmal nach Paris komme, wiederum zu diesen Gräbern pilgern.“ (So berichtete Marggraf-Essen einer Bergarbeiterversammlung am 12. April 1890.)

Was Herrn Schröder recht ist, das ist Herrn Liebknecht billig. Hatte Jener die Kommunarden-Strolche verherrlicht, so verherrlichte Herr Liebknecht im „Vorwärts“ (13. April 1891) die Pariser Schreckensmänner von 1793 und 1794, indem er behauptete, ihre Herrschaft sei „nur in der Form etwas leidenschaftlicher“ gewesen, als die Herrschaft des — man lache nicht! — Sozialistengesetzes in Deutschland, „aber lange nicht so methodisch (planmäßig) in der Unterdrückung des Gegners“. Die einzelnen Schreckensmänner, den Jakobinerklub, Robespierre, Marat u. s. w. hatte er schon 1874 in seiner Schrift „Zu Schutz und Trutz“ (S. 18) verherrlicht, weil diese Edlen mit der „glühendsten Ueberzeugung die Nothwendigkeit sittlichen Handelns betonten“. Dieses „sittliche Handeln“ und die „nur in der Form“ etwas leidenschaftlichere Herrschaft, welche sie übten, bestand darin, daß, — abgesehen von der berühmten Liste Marats mit ihren 30000 Todeskandidaten (deren Schicksal nur infolge der Ermordung Marats durch die muthige Jungfrau Charlotte Corday günstiger gestaltet wurde). — daß abgesehen hiervon allein in den vierzehn Monaten der Herrschaft Robespierre's, vom Frühjahr 1793 bis zum 27. Juli 1794 und zwar wiederum allein in Paris 2566 Personen geköpft wurden, und Tausende Anderer in den Massenschlächtereien dieses menschlichen Tigers ihr Leben lassen mußten! Daneben arbeitete die Guillotine aber auch in den Provinzialstädten, in Marseille, Lyon, Straßburg u. s. w. äußerst flott. Und dieses „sittliche Handeln“ findet Herr Liebknecht „nur in der Form etwas leidenschaftlicher“. — Glückliches Jahrhundert, welches seine Sittlichkeit und Leidenschaftslosigkeit an sich erproben müßte!

Wir schließen diese zahlreichen und starken Beweise für das revolutionäre Wesen unserer Sozialdemokratie mit einigen Kraftstellen aus dem „Sozialdemokratischen Liederbuche. Sammlung revolutionärer Gesänge“, 1889, (12. Auflage). Sie bedürfen an sich keiner Bemerkungen. Die Art ihres „Geistes“ spricht aus ihnen deutlich genug. Die geistige Unfähigkeit und seelenlose Stumpfheit, der Mangel an jedem herzlichen Schwung und sittlichem Ernste, welche der Partei eigenthümlich sind, spricht aber auch deutlich genug aus diesen erbärmlichen Reimen, Versen und Gedanken. Solche Verszeilen z. B. „Arbeitend leben oder kämpfend den Tod“ sind

nicht einmal deutsch. Sie scheinen von irgend einem ausländischen Mitgliede des internationalen Revolutionsgesindels verbrochen zu sein. Und was ein höhnischer „Witz" der Führer sein sollte, welche dieses Buch zusammenstellten: daß nämlich jedes dieser Schandlieder nach einer unserer theuren vaterländischen Singweisen „gedichtet" ist und angestimmt wird (mit Ausnahme der „Arbeitermarseillaise"), also z. B. nach der Melodie „der Wacht am Rhein", „das Volk steht auf, der Sturm bricht los", „Nun ruhen alle Wälder", „Freiheit die ich meine" u. s. w. — gerade dieser „Witz" kehrt sich gegen diese vaterlandslosen Zotendichter mit köstlicher Schneide. Denn Jeder, welcher mit den travestirten Urliedern die schäbige, elende Nachbildung vergleicht, der empfindet, daß keine Spur von Gefühl, Gemüth, Ernst und Begeisterung in sozialdemokratischen Herzen wohnt. Hier einige Proben:

Arbeiterfeldgeschrei.

Es tönt ein Ruf von Land zu Land,
Ihr Armen, reichet Euch die Hand!
Und ruft ein Halt der Tyrannei
Und brecht das Sklavenjoch entzwei:
Es wirbelt dumpf das Aufgebot,
Es flattert hoch die Fahne roth!
Arbeitend leben oder kämpfend den Tod.

Rottet sie aus, die erbärmliche Brut!

Das Volk steht auf, der Sturm bricht los;
Legt nicht die Hände feig in den Schooß,*)
Seht die Vampyre auf goldenen Stühlen,
Laßt ihnen endlich die Volkskraft fühlen.**)

---

*) Nicht einmal richtig abschreiben können die Herren. Man vergleiche diese Verszeile mit der von Theodor Körner!

**) Die „Vampyre" auf goldenen Stühlen — Vampyre sind doch weiter nichts als, um mit Herrn Liebknecht zu reden, „in der Form etwas leidenschaftlichere" Fledermäuse, und die sitzen auf goldenen Stühlen — dieses Bild ist unvergleichlich komisch! Und unmittelbar daran schließt sich der tolle Sprachschnitzer „laßt ihnen", statt „laßt sie" fühlen. Auf „Wissen" und „Intelligenz", wie Herr Liebknecht versicherte, scheint sich die Partei doch in ihren gereimten Leistungen nicht zu „stützen" — und in ihren ungereimten Leistungen ebensowenig!

Rottet sie aus, die erbärmliche Brut!
Wer gab ihr Leben? — Unser Blut!
Wer gab ihr Reichthum? — Unser Gut!
So zeigen wir auch unsern Muth!
Zeigt ihn doch! Brecht das Joch!
Freie Arbeit lebe hoch!

Auch die Verszeile: „So zeigen wir auch unsern Muth!", welche bedeuten soll: „Wohlan, so wollen wir zeigen, daß wir muthig sind!" muß von einem von Gott Apoll kläglich Geschundenen — „gedichtet" sein. Eine weitere Probe:

Nun rüstet Eure Waffen
Zu männlichem Gefecht,
Jetzt müssen wir uns schaffen
Die Freiheit und das Recht.
Wohl Manchem bangt und schauert,
Daß solche Kämpfe droh'n —
Doch unabwendbar lauert
Die Revolution!

Noch stehen wir und sehen
Das Meer von hohem Thurm,
Doch wie (!) wir forschend spähen,
Erhebt sich schon der Sturm.
Der Sturm, vor dem mit Zittern
Altar erbebt und Thron,
Mit donnernden Gewittern
Die Revolution!

Wir mußten lange dürsten —
Sie tranken unsern (?) Wein,
Die Pfaffen und die Fürsten —
Nun soll es anders sein!
Wir ließen feig uns sprechen,*)
Uns lange sprechen Hohn —
Nun aber soll uns rächen
Die Revolution!

Endlich noch eine Probe aus neuerer Mache. Der große unbekannte Dichter nennt sich „der Proletarier". Und das Flügelpferd, welches er reitet, ist der „Vorwärts" des Herrn Liebknecht, Sonntags(!)blatt vom 25. Januar 1891. Dieser Erguß ist über-

*) Das muß wieder von irgend einem westlichen oder östlichen Bruder jenseits der Memel und Mosel gedichtet sein. Denn „jemanden feig sprechen" sagt kein Deutscher.

schrieben — wir geben nur einige Strophen, denn Dummheit tödtet —

Auch ich.

Und haut man die entmenschte Brut
Millionenfach zu Brei,
Daß Henkerblut zum Himmel dampft,
Dann bin ich auch dabei.
Und finden wir den Heldentod,
Klingt's nur noch einmal: „Frei!"
Lacht Leichen auch das Morgenroth,
Bin ich auch gern dabei.

Daß das Morgenroth lacht, ist nicht neu, obwohl ganz hübsch von ihm. Aber daß es Leichen lacht, völlig unbewiesen. Wie kann man überhaupt eine Leiche oder gar mehrere Leichen lachen? Weder die Rosenfinger, welche der alte tüchtige Homer an dem Morgenroth entdeckt hatte, noch das deutsche Sprüchwort, welches ihm „Gold im Munde" zuschreibt, haben von diesem schändlichen Zuge des Morgenroths, Leichen zu lachen, irgend etwas festgestellt. Wünschenswerth wäre es aber gewesen zu erfahren, warum „der Proletarier" auch „gern dabei" ist, wo so gelacht wird.

Doch diese sogenannten „Lieder" oder „Gedichte" fordern ja leider nicht blos eine vernichtende Kritik ihres Kunstwerthes heraus! Wir müssen uns vergegenwärtigen, daß sie leider für manchen deutschen Arbeiter die einzigen Lieder sind, in welchen sich bei ihm die alte unverwüstliche deutsche Sangesfreude ausströmt. Bei uns entfachen diese gereimten Bubenstreiche nur das kräftigste Gefühl der Empörung und Verachtung. Aber der Ungebildete, von hundert Verführern Umgarnte, sieht darin die lockenden Bilder einer seligen Zukunft aufsteigen, welche zu erreichen ist allein durch das bluttriefende Schlammbad der Revolution!

Auf allen Wegen, zu allen Zeiten, haben wir dieses blutige Ziel, diesen verbrecherischen Wagemuth zum gewaltsamen Umsturz alles Bestehenden nun bei unserer Sozialdemokratie festgestellt. Der Leser weiß nun genau, was er thut, und was seiner wartet, wenn er dieser Partei folgt. Ihr angeblich gesetzlicher Sinn, ihr „wissenschaftliches", ihr „reformatorisches" Streben ist eitel Lug und Trug! Sie will die blanke, rücksichtslose, rothe Revolution mit den „Hunderttausend Köpfen", welche fallen müssen, um Herrn Bebel hinaufzubringen. Und der geneigte, d. h. der der Sozialdemokratie zugeneigte Leser mag sich das Eine gesagt sein lassen: Wir sind auch noch da. Und wir werden uns zu wehren wissen, wenn die Herren Ernst machen und nicht mehr blos windige Phrasen! Wir kämpfen für Kaiser und Reich, für Gott, König und Vaterland, und dürfen getrost

hoffen, in diesem guten Kampfe das ganze internationale Revolutionsgesindel, welches innerhalb oder außerhalb der ehernen Pforten unseres Reiches diese zu sprengen sich unterfangen sollte, zu zerschmettern!

Wir wenden uns nun zur Betrachtung der sogenannten „Religion" unserer Sozialdemokraten, und werden hierbei namentlich auch ihre Beschönigung des Meineides erörtern.

Die Religion unserer Sozialdemokratie.

„Unsere, der Sozialisten, Pflicht ist es, die Ausrottung des Gottesglaubens mit Eifer und Hingebung zu erfüllen, und niemand anders ist des Namens eines Sozialisten würdig, als der, welcher selbst Atheist, die Ausbreitung des Atheismus mit allem Eifer seine Anstrengung widmet.“

Wilhelm Liebknecht,
im „Volksstaat“ 1875.

Die Religion unserer Sozialdemokratie.

Heinrich von Treitschke sagt in seiner Abhandlung „Der Sozialismus und seine Gönner" („Zehn Jahre Deutscher Kämpfe", S. 487 flg.): „Es wäre ein Verlust für die sittliche Welt, wenn jemals die ehrwürdige Erscheinung des einfachen Mannes verschwände, der mitten in Arbeit und Sorgen den Glauben festhält, daß es nur eine vollkommene Unfreiheit auf Erden giebt — den Dienst der Lüste und die sinnliche Schätzung des Daseins. Das wahre Glück des Lebens darf nur gesucht werden in dem, was allen Menschen erreichbar und gemeinsam ist. Also nicht im Besitze wirthschaftlicher Güter oder in der politischen Macht, auch nicht in Kunst und Wissenschaft — oder sind etwa die Frauen minder glücklich als wir, sie, die im Denken und Dichten niemals an uns heranreichen, und doch in der sittlichen Kraft zu tragen und zu dulden jeden Mann übertreffen? — sondern in der Welt des Gemüths: in dem reinen Gewissen, in der Kraft der Liebe, die den Einfältigen über den Klugen emporhebt, und vor allem in der Macht des Glaubens. Dies Menschlichste im Menschen ist von der Gunst der äußeren Umstände bei weitem nicht so abhängig, wie die Gegenwart zu glauben pflegt. Vielmehr bewahrt gerade in der bescheidenen Enge des kleinen Lebens das Gemüth eine frische, kernhafte, unmittelbare Kraft, welche den Gebildeten oft beschämt. Aus den unberührten Tiefen ihrer derben Sinnlichkeit, ihres wahrhaftigen Gefühls steigen immer neue Kräfte empor in die Reihen der rascher dahinwelkenden höheren Stände. Die Helden der Religion, welche das Gemüthsleben der Völker in seinen Grundvesten umgestalteten, waren zumeist Söhne der Armuth; wer kann sich Jesus oder Luther anders vorstellen, denn als kleiner Leute Kinder? Dies meinte Goethe, wenn er mit seiner liebevollen Milde so oft wiederholte: die wir die niederste Klasse nennen, sind für Gott gewiß die höchste Menschenklasse."

Und später schreibt Treitschke (S. 488 flg.): „Niemals kann die Masse des Volkes so weit gebildet werden, daß sie die verwickelten Gesetze des modernen Lebens wirklich versteht, denn das

leere Nachsprechen unverstandener wissenschaftlicher Sätze ist nur eine andere schlechtere Form des blinden Buchstabenglaubens, ohne die tröstende Kraft der Religion. Und niemals kann auch die durchdachte wissenschaftliche Erkenntniß irgend einem Menschen den Segen des lebendigen Glaubens ersetzen. Vor den schweren Schicksalsfragen des Lebens, vor den Fragen, welche das Gemüth quälen und erschüttern, steht der Gelehrte ebenso rathlos wie der Einfältige. So wenig die Naturforschung jemals wird sagen können, was denn eigentlich dieser „Stoff" ist, dessen Formen und Wandlungen sie nachweist: ebenso wenig wird der Geschichtsforscher jemals das Räthsel der „Persönlichkeit" ergründen, deren Wirken in der Geschichte er erklärt. Wenn ich das Werden und Wachsen eines geschichtlichen Helden verfolge, löse ich denn damit die entscheidende Frage: wie es denn zugeht, daß zur rechten Zeit immer der rechte Mann erscheint? Der Genius ist doch unendlich mehr als ein Produkt seiner Epoche. Die Zeit erzieht ihn wohl, aber sie schafft ihn nicht. Und wenn ich noch so klar erkenne, daß der Mensch ein geschichtlich bedingtes Wesen sei, abhängig von der Ordnung der Gemeinschaft, darin er aufwächst — habe ich damit eine genügende Antwort für den armen Arbeiter, der murrend ausruft: warum bin ich mit meinem Ehrgeiz, meiner Empfänglichkeit für die Reize des Lebens, als der Sohn eines Standes geboren, dem das Emporsteigen so schwer wird? Ueber solche Fragen führt nur eine dumpfe Resignation hinweg oder — die Kraft des Glaubens, die in schweren Kämpfen des Gemüths erlebte Ueberzeugung, daß das Unbegreiflichste zugleich das Allergewissesete sei, daß Gott gerecht ist und sein Rathschluß weise."

„Und eben hierin, in der Kraft und Tiefe des religiösen Gefühls sind die Massen jederzeit dem Durchschnitt der Gebildeten überlegen gewesen. Die Macht der Religion in diesen Schichten der Gesellschaft erklärt sich keineswegs allein, wie der Bildungshochmuth" — und namentlich auch der seichte Viertels- oder Halbbildungsdünkel unserer Sozialistenführer — „wähnt, aus dem urtheilslosen, für die Wahngebilde des Aberglaubens empfänglichen Sinn der Menge; sie ruht auf einem tieferen und edleren Grunde. Den beladenen Mann, der immerdar für den nächsten Tag mit seinen derben Fäusten schafft, verläßt nicht leicht das demüthige Bewußtsein der Hilflosigkeit aller Kreatur, das der Gebildete so gern verspottet" — und noch frecher die Viertels- und Halbbildung —: „er empfindet lebendiger als der Gebildete die Nichtigkeit weltlichen Glückes, heißer die Sehnsucht nach „ewiger Ruh' in Gott dem Herrn", wie Goethe singt. Diese heiligen Empfindungen dem Menschengeschlechte zu bewahren, war allezeit der geschichtliche Beruf der niederen Klassen; durch solchen Dienst nehmen sie un-

mittelbar Antheil an der idealen Kulturarbeit der Geschichte. Jedermann weiß, wie roh und hart der naive Volksglaube oft erscheint. Aber jedem Kulturvolke kommen auch Zeiten, da die höheren Stände der Schwelgerei des Geistes verfallen und in hochmüthiger Ueberbildung jener unerforschlichen Mächte spotten, die, um Wiege und Bahre schwebend, den Menschen an seine Kleinheit erinnern. In solchen Tagen erfährt die Welt den Segen der schlichten Frömmigkeit der kleinen Leute. Mitten im Zerfalle der römischen Kultur erwachte, eine Kraft der Jugend, der Christenglaube der Mühseligen und Beladenen. Aus der selbstzufriedenen Aufklärung des achtzehnten Jahrhunderts erhob sich „der alte, deutsche Gott" der Befreiungskriege, und die verschmachtende Welt trank den Athem seines Mundes. Die frische Kraft des Gemüths, vor allem die Freudigkeit des Glaubens, bleibt die einzige ideale Macht, welche dem einseitig wirthschaftlichen Leben der niederen Stände ein Gegengewicht bietet, und sie ist von ungeheurer Stärke. Keine Sozialreform wird den arbeitenden Klassen jemals größeren Segen bringen als die alte einfältige Mahnung: bete und arbeite! Ein nur für materielle Güter thätiger Mensch, der nicht mehr herzhaft zu lieben, nicht mehr an eine gerechte Weltordnung zu glauben vermag, ist das kläglichste der Geschöpfe ... Wer den frommen Glauben, das Eigenste und Beste des keinen Mannes zerstört, handelt als ein Verbrecher wider die Gesellschaft; darum ist gegen den Sozialismus nicht halbe und bedingte, sondern ganze und rücksichtslose Feindschaft geboten."

Nichts Besseres wußte ich an die Spitze dieses Abschnittes zu stellen, welcher uns durch die schamlosen Lästerungen, die er aufzuzählen hat, oftmals das Gefühl tiefster Empörung bereiten wird, als diese herrlichen Worte meines verehrten Lehrers, des Nachfolgers Leopold von Rankes in der Würde des „Historiographen des Preußischen Staates". Da hört der schlichte deutsche Arbeiter, in dessen Hand dieses Buch in tausenden von Abzügen gelegt werden soll, die Stimme eines der stillen deutschen Gelehrten, dessen Forscheraugen die Geschichte der Menschheit durchdringen vom Uranfang der Zeiten bis zum heutigen Tage; eines Denkers, welcher dem Werden und Vergehen der Völker der Erde nicht minder eifrig nachgeht, als den geheimen Mächten, welche die großen Menschen der Geschichte emporgehoben und niedergezogen haben; dem rohen Gottesglauben der Naturvölker nicht minder als der Läuterung des Gottesbegriffes und des menschlichen Gottesbedürfnisses zur Zeit der Egypter, des Volkes Israel, der Hellenen und der Christenvölker; den stolzen Lehrgebäuden der Weltweisen aller Zeiten nicht minder als den unabänderlichen Gesetzen der Natur, der sittlichen Ordnung und der wirthschaftlichen Arbeit. Ja, wir hören nicht blos die Stimme eines Denkers, welcher auf den Höhen einer allumfassenden Wissen=

schaft wandelt, sondern, was uns noch werthvoller ist, eines warmfühlenden edeln Menschen, welcher in seinem Leben selbst durch schwere Entscheidungen gegangen ist, welcher das Theuerste, die Liebe des Vaters, „erschüttert sah durch die kühne rücksichtslose Wahrheits- und Vaterlandsliebe, mit welcher der Sachse Heinrich von Treitschke in der Krisis des Jahres 1866 zu dem Staate seines Herzens, zu Preußen stand. Wir hören die Stimme eines Mannes, welchem das härteste Menschenschicksal nicht erspart blieb: den einzigen hoffnungsvollen Sohn sterben zu sehen. Und dieser Mann, von welchem doch wahrlich das Wort gilt, welches unsere Sozialistenführer für ausreichend halten, um den lieben Gott, alle Beziehungen des Menschen zu Gott, und alle Religion abzuschaffen: „Bildung macht frei", dieser Mann, welchen in mancher bangen Stunde wohl die schwere Frage nach der Gerechtigkeit und Weisheit Gottes hätte beschleichen können, er legt in bewegten Worten Zeugniß ab von seinem treuen Glauben und von dem Segen des Glaubens und Gottvertrauens für unser Volk, namentlich aber für unsere wackeren arbeitenden Brüder!

Und wenn wir Umschau halten unter den größten Gelehrten, Denkern und Dichtern aller Zeiten, so finden wir keinen, welcher Gott und seine Offenbarung, Weisheit und Gerechtigkeit geleugnet hätte, welcher ohne Religion gewesen wäre, ohne Religion hätte leben und sterben mögen. Namentlich von den großen deutschen Philosophen und Dichtern, von Kant, Fichte, Goethe, Schiller besitzen wir hierfür tausend Zeugnisse. Ein so freidenkender kühn forschender Geist wie Lessing hat das rührende Wort voll demüthiger Frömmigkeit gesprochen: „Wenn Gott in seiner Rechten alle Wahrheit und in seiner Linken den einzigen immer regen Trieb nach Wahrheit, obschon mit dem Zusatze, mich immer und ewig zu irren, verschlossen hielte und spräche zu mir: wähle! Ich fiele ihm mit Demuth in seine Linke, und sagte: Vater, gib! Die reine Wahrheit ist ja doch nur für Dich allein!"

So wenig ist es wahr, daß „Bildung" — ach, was versteht unsere Sozialdemokratie von „Bildung", da sie sogar ihre ganze Partei eine „wissenschaftliche" nennt! — daß „Bildung" und „Religion" unvereinbar seien, daß „Bildung frei mache", frei von Gott, von dem Bedürfniß, Gott zu suchen und Gott zu erkennen. Victor v. Scheffel hat einmal einen unfrankirten Brief angenommen, weil er glaubte, darin das Anliegen eines Armen an sein gutes Herz zu finden, welcher nicht frankiren konnte. In diesem unfrankirten Briefe war dagegen blos das nicht ungewöhnliche Verlangen nach einem handschriftlichen Denkblatt, einem Autograph des Dichters, enthalten. Scheffel hat diesen Wunsch gewährt, indem er ein leeres Blatt ausfüllte mit den Worten: „Bildung macht frei. Victor von

Scheffel". Unsere Sozialdemokratie verfährt noch roher als dieser unverschämte Autographenjäger. Ihre „Bildung" macht überhaupt nie frei! Sie richtet an Gott die unfrankirtesten d. h. gröblichsten Aufforderungen, sein Dasein durch eine Einzeichnung in ihr Parteistammbuch zu beweisen, und wenn diese Herausforderung für ihre blöden Augen keinen Erfolg hat — sie versteht nur Gottes Handschrift und Wort nicht zu lesen, denn seine mächtige Hand hat sich auf jedem Blatte der Geschichte der Partei eingeschrieben — so jubeln diese Schriftungelehrten: „Bildung macht frei, frei auch von Gott und von den Ammenmärchen der Religion!" Dabei hüten sie sich aber wohlweislich, irgend einen Beleg für ihre eigene „Bildung", geschweige denn für ihre „Wissenschaftlichkeit" beizubringen, weil ihnen dieser Beweis unmöglich sein würde.

So steht es mit dieser Legende der rothen Brüder, daß „Bildung" frei mache von Gott und vom Gottesglauben. Die Herren werden den schon genannten Königen unserer Literatur und Philosophie, einem Goethe, Schiller, Lessing, Kant, Fichte, wohl die „Bildung" nicht absprechen, trotz des tiefreligiösen Sinnes dieser größten Denker — und auch den Begründern unseres Deutschen Reiches, dem Fürsten Bismarck, dem Feldmarschall Moltke und vor Allen unserem hochseligen Kaiser Wilhelm werden sie wohl die „Bildung" nicht bestreiten wollen! Und wie rührend und erhebend hat sich allezeit der religiöse Sinn und Drang dieser theuren Männer offenbart! Beweis dafür die zahlreichen Depeschen des großen Kaisers und Königs vom Kriegsschauplatze in Frankreich, wo er allezeit seinem Gotte die Ehre ließ für die „großen Wendungen durch Gottes Fügung". Noch herrlicherer Beweis dafür sind jene geheimen stillen Tagebuchblätter, welche der ehrwürdige Kaiser für sich aufzeichnete in den Weihestunden großer Jahre unserer Geschichte, veröffentlicht auf Befehl seines Enkels, unseres jetzigen Kaisers Majestät, 1888. Fürst Bismarck aber hat im ernsten Kampfe um das Sozialistengesetz im Jahre 1878 das früher schon mitgetheilte Wort gesprochen, daß ihm, auch bei der reichen Fülle seiner Thätigkeit und seiner Mittel, das Leben dennoch werthlos sein würde, wenn er ohne Gott und Glauben, ohne den sicheren Halt an dem Ewigen, durch dieses Erdendaseins Unruhe und Qual schreiten müßte. Und Moltke's ganzes neunzigjähriges, stillbescheidenes Leben, so reich an köstlicher Arbeit, war eine freudige Gottesoffenbarung. Auf dem Grabstein des ihm theuersten Wesens, seiner Frau, ließ er sein Gottesbekenntniß in goldenen Buchstaben eingraben.

Die ganze „Wissenschaft" und Alles, was unsere Sozialdemokratie „Bildung" nennt und sich beimißt, besteht einzig und allein in einigen auswendig gelernten Phrasen von Karl Marx, welche Herr Liebknecht aus dem neuhegel'schen Kauderwelsch des Meisters

ins Deutsche übersetzte und in Schlag- oder Knüppelworte brachte. Karl Marx stand durchaus auf materialistischem Boden und auf materialistischer Geschichtsauffassung, d. h. er betrachtete die Materie, den Stoff, als das allein die Welt und das Menschenleben Beherrschende. Nicht den Geist erkannte er als Ordner und Lenker der Welt und der Menschengeschichte an, nicht den Willen und die Weisheit Gottes, sondern nur die rohen Kräfte und Gewalten der Natur, sowohl außerhalb des Menschen als in demselben. Auf dieser Grundlage baute Marx seine kommunistische Gesellschaftsordnung der Zukunft auf. Wenn es richtig ist, daß es keinen Gott gibt und keine Seele, daß unser Dasein erlischt mit dem Tode, ohne Verantwortung in einem anderen Leben und ohne Hoffnung auch ein solches, daß wir nichts, gar nichts vor dem Thier voraushaben, daß der Kampf ums Dasein das einzige und höchste Streben bildet bei Mensch und Thier, und zwar mit dem unabänderlichen Erfolge, daß der Stärkere den Schwächeren vergewaltigt, ausbeutet, niedertritt — wenn das Alles wahr wäre, dann wären in der That Neid und Haß, wie bei unserer Sozialdemokratie, so auch im Menschenleben die einzigen erkennbaren bewegenden Kräfte. Dann könnte aber auch die soziale Frage gar nicht aufkommen und noch weniger eine Lösung fordern, so wenig wie im Thierreiche. Denn dann würde der Mächtigere und Kräftigere den Schwächeren, Widerstandslosen mit dem vollkommensten Rechte, und zwar bis zur völligen Vernichtung des Schwächeren, mit derselben Gemüthsruhe niederwerfen und dessen Herzblut aussaugen können, wie der Löwe oder Tiger sein Opfer. Und wer gegenwärtig die Schwächeren, Kraft- und Widerstandsloseren sind, die Arbeiter? Oder die ganze staatliche, gesellschaftliche, „bürgerliche" Ordnung, die „Bourgeoisie", die „Unternehmer", die Kapitalisten? — nun darüber ist auch in den Reihen der Sozialdemokratie nicht der geringste Zweifel vorhanden. Berechnete doch selbst Herr Liebknecht, welcher den Mund betreffs der Kräfte seiner Partei gewiß eher zu voll nimmt, als in dieser Beziehung zu bescheiden ist, auf dem Parteikongreß in Halle im Oktober 1890, daß mindestens achtzig Prozent des Deutschen Volkes Gegner der Sozialdemokratie seien. Gälte jenes Thiergesetz, daß der Stärkere den Schwächeren bewältigen darf, bewältigen muß, auch im Menschenleben, in der Menschengeschichte, in der Verfassung menschlicher Staats- und Wirthschaftsordnung, nun dann wäre die soziale Frage sofort einfach dadurch gelöst, daß alle, welche mit ihrem Loose unzufrieden sind und dessen Aenderung, Verbesserung verlangen, vernichtet werden! Das würde nach dem materialistischen Thierstandpunkt der sozialdemokratischen Weltanschauung mit dem vollkommensten Rechte geschehen — denn derjenige, der die Gewalt einmal hat, kann sie nach diesem angeblichen Naturrecht gebrauchen mit voller

Wucht und Rücksichtslosigkeit gegen Jeden, welcher versucht sich an die Stelle des Mächtigen zu setzen, welcher den Gewalthaber zu einer Kraftprobe herausfordert, ihm droht, die Macht ihm abzunehmen. Der Mächtige braucht durchaus nicht zu warten, bis die Machtverhältnisse zu seinen Ungunsten sich vielleicht verschoben haben, bis die Krallen und Zähne des Löwen so stumpf geworden sind, daß er des Kameels nicht mehr Herr wird, oder daß der Ochse ihm das Horn in den Leib rennt. Unsere Sozialdemokratie bekennt sich ihrerseits rücksichts- und schonungslos zu diesem angeblichen Naturrecht des Stärkeren, wenigstens für jene Tage der Zukunft, da sie auf den Besitz der Gewalt hofft. Denn dann gibt es nur einen Willen auf der ganzen Erde, den ihrigen. Dann wird das gesammte Eigenthum abgeschafft, „konfiscirt", wer es nicht hergeben will, wird todtgeschlagen — Herr Bebel meint, daß er mit „hunderttausend Köpfen" reichen wird — und Geist und Weisheit werden in dieser seligen Zukunftsgesellschaft allerdings auch keine Rolle mehr zu spielen, sondern nur die rohe brutale Materie und Sinnenlust! Denn nur „möglichst wenig, möglichst bequeme Arbeit und möglichst viel Genuß" bildet dann, nach Herrn Bebels Buch „die Frau", die einzige Triebfeder und das einzige Ziel aller Menschen und den einzigen Grundsatz der kommunistischen Regierung.

Wenn die Herren Sozialdemokraten nun aber auch blos ihre Augen aufmachen und blos die äußerlichen Bilder, welche das tägliche Leben ihnen bietet auch nur mit ganz oberflächlichem Denken in sich verarbeiten, so müssen sie erkennen, daß in der gesammten heutigen Kulturwelt von der Herrschaft dieses angeblich die ganze Welt bezwingenden thierischen Gesetzes unter den Menschen, in Staat und Gesellschaft, in Recht und Sitte, kaum eine Spur zu entdecken ist. Denn sonst, das wiederholen wir nachdrücklich, wäre die Sozialdemokratie überhaupt nicht vorhanden, sondern bei ihrem ersten Entstehen in Blut und Thränen erstickt und erbarmungslos zermalmt worden. Sonst könnte die Mühe und Sorge, an der Lösung der sozialen Frage mit allen Kräften zu arbeiten, nicht als die erste und wichtigste aller modernen Kulturstaaten anerkannt sein, wie es doch thatsächlich der Fall ist. Und auch das eigene Verhalten der sozialdemokratischen Partei, sowohl gegenüber ihren eigenen Anhängern als gegenüber ihren „Feinden", ist nur eine fortwährende Verleugnung dieses materialistischen angeblichen Naturgesetzes. Denn die Partei fordert von ihren Anhängern Opfermuth, Hingebung, Begeisterung, alles Dinge, welche in einer ganz anderen Welt wachsen, als in derjenigen, in welcher nur die rohe Kraft, der sinn-, geist- und seelenlose Stoff herrscht. Sie fordert von ihren Gegnern, den Machthabern, die Befreiung der arbeitenden Klassen aus den Banden der „Lohnsklaverei", das freie Koalitionsrecht, d. h. die frei-

willige Auslieferung der Hauptwaffe des übermächtigen Kapitals, die Verbesserung der Lebensbedingungen und Arbeitsbedingungen der Arbeiter, Arbeiterschutz, die Fürsorge des Staates für die Schwachen und Mindermächtigen im Daseinskampfe. Alles Forderungen, welche in einer von der materialistischen Anschauung beherrschten Staats- und Gesellschaftsordnung ebenso lächerlich als erfolglos wären, während unsere Staats- und Gesellschaftsordnung sie nach aller Möglichkeit bereitwilligst gewährt, eben weil diese nicht materialistisch, sondern christlich, von der Religion der Bruder- und Menschenliebe durchdrungen ist.

Mit besonderem Nachdruck pflegen unsere Sozialdemokraten, wenn man mit solchen Nachweisen ihrem religionslosen Materialismus zu Leibe geht, darauf hinzuweisen, daß alle Gelehrten, welche sich hauptsächlich mit der Erforschung der Natur und ihrer Gesetze, mit den Naturwissenschaften beschäftigen, Materialisten geworden seien; daß sie alle Gott und die Religion verleugnen. Diese Behauptung ist aber durchaus unwahr. Die größten Geister unter den Naturforschern haben im Gegentheil aus ihren Studien nur eine Vertiefung ihrer Gotteserkenntniß, eine Verstärkung ihres religiösen Bedürfnisses und Empfindens als Frucht davongetragen. Das gilt glücklicherweise auch noch für die Gegenwart. Hier statt vieler nur ein Beispiel. Ein in der ganzen Schweiz, ja in ganz Deutschland berühmter Professor der Medizin, der einst im Berner Gymnasium mein Klassengenosse war, ein Mann, welcher tausendfach bei den schwierigsten chirurgischen Operationen mit ruhiger Hand und festem Auge den Kampf mit dem Tode aufgenommen hat, setzt nie das Messer an, ohne zuvor sein stilles Gebet zu Gott zu senden und stärkt durch sein Gebet auch den Leidenden, wenn dieser danach verlangt. Es bleibt eben immer neu das alte Wort: daß nur das halbe Wissen und Erkennen an Gott zweifelt und religionslos oder gar religionsfeindlich wird, die ganze Weisheit und Erkenntniß aber zu Gott zurückkehrt, ihn wiederfindet. So beseelt denn dasselbe Gefühl demüthiger Frömmigkeit, dieselbe Erkenntniß der Hoheit, Weisheit und Allmacht Gottes gerade die gereiftesten Menschen und die kindlichsten, schlichtesten. Gerade vor Gott, im religiösen Bedürfniß, werden sie Brüder, eines Sinnes, gleicher „Bildung“ in Gemüth und Seele. Auch diesen Gedanken berührt Treitschke in trefflichen Worten am Schlusse seiner Abhandlung, indem er sagt (S. 555): „Wenn mir zuweilen schwindlig ward vor all den zerfließenden Glückseligkeitsbildern im Zauberspiegel des Sozialismus, dann hab' ich mich erholt bei Deiner Einfalt, Du warmherziger und wahrhaftiger Freund unseres armen Volkes, alter treuer Fritz Reuter! Tausende weinten bei Deinem Tode, denn von Dir hatten sie erfahren, wie reich und ehrenvoll ihr kleines Leben und wie

segensreich der alte Fluch der Arbeit ist. So lange Menschen leben, wird neben dem Denker, der den Wandel der Gestirne berechnet, der Hirtenbube stehen, der ihres goldenen Glanzes sich harmlos freut; und weit wie die Gedanken dieser Beiden, werden auch die Wege des Glückes auseinander gehen. Aber über diesem Gewirr von Gegensätzen der Bildung und des Besitzes walten ausgleichend sittliche Mächte; der Fanatismus der sinnlichen Glückseligkeit lästert sie, doch er bannt sie nicht. Und so wird es bleiben in allem Wandel der „sozialen Fragen", so gewiß die Liebe und das Pflichtgefühl in unserem Geschlechte mächtiger sind als Neid und Begierde."

Die Sozialdemokratie bekämpft die Religion und Gott aber nicht etwa blos aus jenem Dünkel der „Gebildeten", welche dadurch offenbaren wollen, daß sie hoch über dem „Aberglauben" und der Einfalt des gemeinen Mannes stehen. Sondern die Sozialdemokratie weiß, daß sie und die Religion zueinander stehen, wie Feuer und Wasser. Erst dann, wenn die Religion, der Glaube an Gottes Weisheit, Wort und Gebot zu Treue, Zucht und Scham, aus den Herzen gerissen ist, dann erst kann die Sozialdemokratie Fuß fassen, eher nicht. Sie trifft also den Gott, den sie leugnet und lästert, auf allen ihren Maulwurfsgängen, als den mächtigsten und siegreichsten Widersacher alles menschlichen Gezüchtes ihrer Art. Vorzugsweise in den Herzen der niederen Kreise des Volkes trifft sie überall auf Gott und die Religion als auf die ältesten und stärksten Schirmwehren der Menschheit gegen Schlammfluthen solcher Art, wie die Sozialdemokratie sie gegen die Gebilde einer vieltausendjährigen Kultur in erschütterndem Anprall heranzuführen sucht. Deshalb lästert auch die Sozialdemokratie Gott, die Religion, den Glauben, das dem frommen Menschen Heiligste, mit einer Gemeinheit, mit einer so ausgesuchten Zotenhaftigkeit des Ausdruckes und Tones, wie nichts anderes in der Welt.

Der zweite Grund aber, welcher die Sozialdemokratie veranlaßt, unablässig gegen Gott und die Religion ihre untergrabende Thätigkeit zu richten, ist die völlig richtige Anschauung, daß, wenn die Autorität Gottes und seiner Gebote einmal im Menschenherzen und Menschenhirn zusammengebrochen ist, dann auch die Autorität der Menschensatzungen unschwer in Trümmer gestürzt werden könne, die Liebe zum Vaterlande, die Scheu vor der Würde des Kaisers, des Landesherren, vor Regierung, Gesetz und Ordnung, die redliche Pflichterfüllung in der Arbeit, im Dienst, Zucht und Scham.

Dafür, daß die Sozialdemokratie aus diesen Gründen ganz planmäßig auf die Ausrottung der Religion und des Gottesglaubens im Volke bedacht ist, haben wir zahlreiche Beweise in Form sozialistischer Bekenntnisse in Wort und That. Die Form dieser Be=

kenntnisse ist aber eine so lästerlich-unfläthige und ruchlose, daß wir uns auf eine kleine Auswahl der bezeichnendsten beschränken müssen.

Die erste dieser Aeußerungen wurde von dem Führer der sozialdemokratischen Partei in Stuttgart, Schall, in einer Volksversammlung vom 6. Juni 1871 gethan, in welcher er den Vorsitz führte. Da sagte er: „Wir halten Gott für ein Asyl der Dummheit, als das größte Uebel in der Welt, und darum erklären wir Gott den Krieg." — Im nämlichen Jahre schrieb das amtliche Blatt der Lassalleaner, der „Neue Sozialdemokrat" (in Nummer 65): „Wenn für unsere Bestrebungen Nutzen daraus entstünde, würden wir getrost die Hand des Teufels annehmen." Auf dem sozialdemokratischen Kongresse zu Dresden (12.—15. August 1871) stellte der „Genosse" Dittrich (von Schandau) den mit einem „Bravo" begrüßten Antrag: „Unsere Schulschriften sind schlecht. Man muß schon den Kindern einen sozialdemokratischen Katechismus in die Hand geben. „Und der „Genosse" Müller (Dresden) pflichtete diesem Antrag mit dem Bemerken bei (Protokoll S. 105, 106):

„Daß in der Schule die Kinder nicht zu Sozialisten erzogen werden, dafür ist gesorgt, denn in jeder zweiten Zeile lesen sie von Gott, König und Vaterland und von der von Gott eingesetzten Obrigkeit und was weiß ich Alles. Wenn wir unsere Ideen zur Geltung bringen wollen, müssen wir bei der Jugend anfangen."

Im Jahre 1872 zeichnete sich Herr Bebel hauptsächlich durch offene Bekenntnisse seines religionslosen Standpunktes aus, denn am 17. Juni 1872 erklärte er im Reichstag (Sten. Ber. S. 1080): „Der Protestantismus ist gewissermaßen die Religion in Schlafrock und Pantoffeln." Vielleicht kam Herrn Bebel, als er das sagte, die Erinnerung, daß er, welcher protestantisch erzogen wurde — wenn auch nicht völlig erzogen — Jahre lang ein eifriges Mitglied der katholischen Gesellenvereine in Freiburg, Regensburg und Salzburg gewesen ist. Bei derselben Gelegenheit sagte Herr Bebel (Sten. Ber. S. 1080 flg):

„Alle religiösen Dogmen stehen mit der gesunden Vernunft und mit der Wissenschaft in Widerspruch (Heiterkeit). Je größer die Dummheit ist, die man der Menschheit zumuthet, je mehr man damit der gesunden Vernunft ins Gesicht schlägt, um so besser. Denn dann werden Tausende, die sich bisher am Gängelbande haben leiten lassen, anfangen zu denken. Der Staat hat allezeit verflucht wenig nach der Moral gefragt (Gelächter). Es wird durch ein vernünftiges Volkserziehungsgesetz mit den religiösen Dogmen überhaupt gebrochen werden. Ist erst die himmlische Autorität untergraben, dann hört natürlich auch die irdische Autorität sehr bald auf, und die Folge davon muß sein, daß auf politischem Gebiete der Republikanismus, auf ökonomischem Gebiete der Sozialismus, und auf dem Gebiete, das wir jetzt das religöse nennen, der Atheismus seine volle Wirksamkeit ausübt. (Sten. Ber. S. 1082.)

Und Herr Liebknecht schrieb im amtlichen Blatte der Partei, dem „Volksstaat" (Nummer 103, 1872), mit der bei ihm üblichen Schamlosigkeit in allen die Religion betreffenden Dingen:

„Wo Einer an Gott glaubt, dort ist ein Golgatha, dort wird Einer (!) gekreuzigt. Man macht dem Atheismus den Vorwurf, daß er den Menschen zum Thiere stemple. Gut, wir verzichten auf Eure Gottähnlichkeit; wir wissen, daß der Unterschied zwischen Mensch und Thier nur ein gradueller ist."

Demselben Triebe der Gotteslästerung fröhnte Herr Liebknecht abermals in seinem „Volksstaat" vom 23. März 1873 in den Worten: „Entweder giebt es keinen Gott, und dann können wir alle Gesetze ändern, oder es giebt einen Gott, und dann wären wir freilich geleimt!" Etwa um dieselbe Zeit schrieb der erste Hohepriester der Marx'schen Weisheit, Fr. Engels: „Mit Gott sind wir einfach fertig." Und um hinter solchen Leistungen nicht zurückzubleiben, benützte das Amtsblatt der Lassalleaner, der „Neue Sozialdemokrat", die zufällige Thatsache, daß am 11. April 1873 der Todestag unseres Heilandes zusammenfiel mit dem Geburtstag von Ferdinand Lassalle zu der außergewöhnlich schamlosen Lästerung, „das Märtyrerblut auf den Ebenen von Satory" — wo zwei Jahre zuvor die Mörder und Brandstifter der Pariser Kommune erschossen wurden — zu vergleichen mit dem Erlösungsblute auf Golgatha! Dann schließt der Artikel:

„Jesus von Nazareth ist todt! Schlaue Pfaffen verstanden es, aus seiner Lehre Gleichheit, Brüderlichkeit, Gütergemeinschaft fortzulügen. Was hilft es ihnen? Dem Tode der Lehre folgt die Auferstehung, und so rufen wir Sozialisten als echte Christen (!!) am 11. April" (dem Charfreitag!) „daß es allen Betrügern und Ausbeutern in die Ohren schallt: Jesus von Nazareth ist todt, es lebe Ferdinand Lassalle!" (Mitgetheilt bei der Berathung des Sozialistengesetzes im Deutschen Reichstag durch den Abgeordneten von Kleist-Retzow 1878. Sten. Ber. S. 244.)

Herr Liebknecht aber ließ im „Volksstaat" Nummer 103 von 1873 die Weissagung ergehen:

„Die Zukunft muß dem Atheismus, der Gottesleugnung gehören. Nur in ihm ist das Heil der Menschheit zu finden, die ihre guten Rechte solange für einen Wahn verschacherte."

In Nummer 38 des „Volksstaates" von 1874 sprach Herr Liebknecht den inneren Grund seiner steten Gotteslästerungen mit der ihm eigenen Unverzagtheit in den Worten aus: „Die Verlästerung des Namens ist nothwendig (!), um der Sache den Garaus zu machen." Und in demselben Jahrgang seines Blattes finden wir folgende (vom Minister Grafen Eulenburg in der Reichstagssitzung vom 17. Januar 1876, Sten. Ber. S. 945), mitgetheilte, grundsätzlich

wichtige Erörterung desselben Sozialistenführers, welche die Stellung der Partei zur Religion und besonders zum Christenthum mit derselben Unbeschämtheit enthüllt, als heute die wahren religiösen Ansichten der Partei aus taktischen Gründen verhüllt und verleugnet werden.

„Neuerdings ist das Christenthum die Religion der Knechtsseligkeit genannt worden. Das ist in der That seine treffendste Bezeichnung. Knechtselig ist allerdings jede Religion. Aber das Christenthum ist die knechtseligste der knechtseligen Religionen" — jedenfalls aber mit Ausnahme der liebknechtseligen sozialdemokratischen! — „Wer seine Hoffnung auf Erbarmen baut, ist doch wahrlich eine erbärmliche Kreatur. Der Mensch, der vom Glauben an den allmächtigen Gott ausgeht, vor den Schicksalen" (soll heißen Schickungen) „und Mächten der Natur sich in den Staub wirft und nun im Gefühl der Ohnmacht um Erbarmen winselt, ist kein brauchbares Mitglied unserer heutigen Gesellschaft. Das Christenthum fordert Entsagung, während heute rüstige Arbeit zur Befriedigung unserer materiellen Bedürfnisse (!) gefordert ist. Gottvertrauen ist die vornehmlichste Eigenschaft eines Christen; Selbstvertrauen, das gerade Gegentheil, ist zu einer erfolgreichen Arbeit nöthig. Die christliche ist von der eigentlichen, von der heutigen Arbeit meilenweit verschieden. Verhimmelte Ewigkeit ist der Zweck des Christen, die alltägliche Welt der Zweck (?) verständiger Menschen."

So kunstvoll diese Redensarten zur Lockerung des religiös-christlichen Gefühles und Glaubens unserer Arbeiter gedrechselt sein mögen, so sind es eben doch nur durchaus hohle und haltlose Phrasen. Ich wähle zur Kennzeichnung ihrer Frivolität, nicht zu ihrer Widerlegung, denn diese ist für jeden Christen unnöthig — die Aussprüche zweier Männer, welche gerade wegen ihrer durchaus freien Richtung, als die Häupter der evangelischen schweizerischen Reformpartei vom Ende der sechsziger Jahre an bis zu ihrem Tode, nicht in den Verdacht zu enger dogmatischer Befangenheit kommen können; das Zeugniß meiner beiden verewigten Berner Freunde Albert Bitzius und Professor Dr. Eduard Langhaus. Albert Bitzius, der Sohn von „Jeremias Gotthelf", war ein so tiefer Kenner und Beobachter seines Berner Volkes und der Menschen überhaupt, wie sein Vater. Aber sein auf deutschen Hochschulen gereifter Blick war noch freier und weiter, als der seines Vaters „Jeremias Gotthelf". Er wirkte viele Jahre als schlichter Dorfpfarrer in Twann am Bieler See, bis er von hier an die Spitze des Berner Erziehungs- und Kultusdepartements und in den schweizerischen Ständerath berufen wurde, und in diesen höchsten politischen Ehren seines Vaterlandes, 1882, erst 47jährig, an einem durch Ueberarbeitung beschleunigten Herzleiden starb. Nach seinem Tode veranstalteten seine Freunde eine Auswahl (drei Bände) seiner köstlichen Predigten (Bern, Schmid, Francke & Co.), welche im In- und Auslande, bei Laien und Kennern, den größten Beifall fanden. Aus diesen entnehme ich, zur Abfertigung des Liebknecht'schen

Geredes von der Knechtseligkeit des Christenthumes und von dem angeblichen Gegensatze zwischen Gottvertrauen und Selbstvertrauen folgende schöne Stelle (Band I, S. 28 flg.) aus einer Neujahrspredigt über „Christenthum, Thatkraft, Unerschrockenheit", Jesaja 41, 10, „Fürchte Dich nicht, ich bin mit Dir, weiche nicht, denn ich bin Dein Gott."

„Gott weiß, woher es kommen mag, es hat sich nun einmal die Meinung festgesetzt, die Religion sei etwas Ernstes und Finsteres, Wehmuthvolles, Klaghaftes und Weinerliches, der echte Christ sei ein Heuler, weichen Gefühls, aber nicht für dieses Leben, nicht mit mächtigem Arm den Strom des Lebens theilend, nicht kühn, frisch voran, unerschrocken. Das ist nicht der Glaube Dessen, der den Heldengang nach Golgatha hinaufthat, unerschrocken und fest, der seine Gegner zuvor schon in ihrem eigenen Lager mit scharfen Geißelhieben angriff und in seiner Jünger Angedenken haften blieb als der Kühne und Muthige, der fruchtlos auf neuem, noch ungebahnten Pfade voranschritt. Das ist nicht der Glaube des Paulus, den Mühsale, Leiden und Verfolgungen nicht zu bändigen vermochten; nicht der Glaube aller Derer, welche seither kämpfend lebten, kämpfend starben, mit Macht vordringend in Satans Reich. Das ist mit einem Worte nicht der Glaube der Bibel, weder des alten noch des neuen Bundes. Mir sind siebenunddreißig Stellen bekannt, welche alle mit dem „Fürchte Dich nicht!" unseres Textes beginnen. Zeigt mir eine einzige, welche mahnte, sich zu fürchten, zu ängsten und zu kummern. Ihr seid nicht im Stande. Wie wäre es auch möglich! Preist die Schrift doch Christum als den, welcher erlöst habe die, welche durch die Furcht vor dem Tode, ihr Leben lang Knechte sein mußten. Wer aber diesen letzten großen Feind, den Tod, im Geiste überwunden hat, der hat verlernt ein furchtsamer Sklave zu sein. Das Sterbenkönnen befreit uns von aller Unterwürfigkeit und von aller Furcht. Somit wünsche ich Euch zum neuen Jahr Christenmuth, Thatkraft, Unerschrockenheit."

Und mein am 9. Januar 1891 verewigter Freund Professor Dr. Eduard Langhans hielt 1889, beim Antritte seines Rektorates an der Berner Hochschule eine Rede über „Die Götter Griechenlands", in welcher er den im obigen Artikel Liebknecht's enthaltenen materialistischen Wahn aus der vergleichenden Religionsgeschichte der ganzen Menschheit siegreich widerlegte, als seien Furcht und Schrecken, oder die Unterwerfung unter übermächtige Naturgewalten, also die verächtlichste menschliche Eigenschaft, die Feigheit, der ursprüngliche Entstehungsgrund der Gottesvorstellung, der Religion des Menschen, und habe auch auf uns sich fortgeerbt, auch bei uns sich erhalten*).

Auf dem sozialdemokratischen Parteikongresse zu Coburg (18. bis 21. Juli 1874) sagte Joseph Dietzgen, der Verfasser der noch zu erwähnenden Schrift „Die Religion der Sozialdemokratie" (Dresden,

*) Der höchst bedeutende Vortrag erscheint mit anderen des Verewigten im Laufe des Herbstes 1891 bei Schmid, Francke & Co. in Bern.

1877): „Die Religion hat eben so wenig Anspruch auf besonderen Staatsschutz als irgend eine andere theoretische Caprice." (Kongreß-Protokoll S. 5.) Und der bekannte Agitator York aus Hamburg sagte ebenda: „Den Himmel überlassen wir den Engeln und den Spatzen" (Protokoll S. 45). Und der „Volksstaat" (1874, Nr. 25) machte die sehr zutreffende Entdeckung: „Christenthum und Sozialismus stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser." In seiner im nämlichen Jahre erschienenen Schrift „Zu Schutz und Trutz" aber trug Herr Liebknecht, welcher überhaupt außerordentlich wenige Gedanken zur Verfügung hat, die schon oben (S. 373/74) aus dem „Volksstaat" zitirten haltlosen Ausführungen in anderen Worten noch einmal vor (S. 27):

Das Christenthum verurtheilte sich von vorne herein zur Unfähigkeit, eine neue bessere Gesellschaftsform zu schaffen, indem es die Verwirklichung des Gerechtigkeitsideals ins „Jenseits" verlegte und „die Mühseligen und Beladenen" dieser Erde durch den Hinweis auf den Himmel entmannte(!). Der Sozialismus hat seinen Wirkungskreis auf der Erde und will sich die Erde erobern. „Der Christ klagt (?), der Sozialist handelt" (oder schwätzt). „Der Christ ist demüthig, der Sozialist revolutionär. Das Christenthum erniedrigt (!!), der Sozialismus erhöht (?!) den Menschen. Das Christenthum ist ein Gespenst (!) der Vergangenheit, der Sozialismus die Forderung der Gegenwart, die Erfüllung der Zukunft (?)."

Für diejenigen frommen Gemüther, welche sich etwa einbilden sollten, die „Erklärung der Religion zur Privatsache" im Gothaer Programm der sozialdemokratischen Partei von 1875 lasse ihnen irgend welche Hoffnung, im kommunistischen Zukunftsstaate nach ihrer Facon selig werden, und Gott auch dort mit ihren Glaubensgenossen nach wie vor verehren zu können, hat Herr Liebknecht im „Volksstaat" von 1875 ganz deutlich enthüllt, daß die angebliche Gleichgültigkeit der Sozialdemokratie gegen die Religion, welche in dieser Gothaer Programmstelle erheuchelt wird, in Wahrheit gar nicht besteht, sondern nur die grimmigste Religions- und Gottesfeindschaft. Denn in dieser vom Minister Eulenburg am 27. Januar 1876 im Reichstag (Sten. Ber. S. 945) verlesenen Stelle des „Volksstaat" heißt es:

„Es ist demnach ein grober Irrthum wenn man sich der Vorstellung hingiebt, als seien die bestehenden kirchlichen Einrichtungen, welche den alten theistischen (Gottes-)Glauben aufrecht zu erhalten bestimmt sind, für das Gelingen der sozialistischen Revolution gleichgültig oder von untergeordneter Bedeutung. Diese Hoffnung ist eine schwärmerische Utopie, solange man es verabsäumt durch allgemeine und gründliche (!) Volksaufklärung den Gottesaberglauben auszurotten, da dieses zu thun niemand anders als die Sozialisten fähig oder willens ist" — dieses Zugeständniß, welches anerkannt, daß alle anderen Parteien und Richtungen unseres Volkes auf dem Boden des Gottesglaubens stehen, ist unendlich werthvoll! — „so ist es unsere"

(der Sozialisten) „Pflicht, diese Arbeit“ (der Ausrottung des Gottesglaubens) „mit Eifer und Hingebung (!) zu erfüllen, und niemand anders ist des Namens eines Sozialisten würdig, als der, wer selbst Atheist, der Ausbreitung des Atheismus mit allem Eifer seine Anstrengung widmet.“

Das ist die wahre Meinung und Absicht dieser gottlosen und gottverlassenen Partei, und nicht das Lügenmärchen der religiösen Duldung, welches die Lügentaktik der Partei seit dem Gothaer Programm bis heute festgehalten hat und auch in Zukunft Kindern und Narren weiter erzählen wird. Ausrotten wollen sie den Gottesglauben und alle kirchlichen Einrichtungen, welche diesem Glauben dienen, nicht ihn als „Privatsache“ der Einzelnen dulden, wie sie heuchlerisch vorgeben. Und es kann ja auch gar nicht anders sein. Denn die Kirchen, das Kirchenvermögen, alle milden Stiftungen u. s. w. werden ja im Zukunftsstaate eingezogen, die Pastoren, Küster u. s. w. werden zum Mistfahren und anderen widerlichen Handarbeiten gezwungen, die Kinder und Jugend werden gewaltsam zu „Atheisten erzogen“. Wehe den Eltern, welche ihnen den „Gottesaberglauben“ in den Kopf setzen wollten. Wehe den Gläubigen, welche in diesem seligen Zukunftsstaate gemeinsame oder auch nur häusliche Andachten halten, oder gar die großen Feste der Christenheit begehen wollten, Bibeln und fromme Schriften hielten. Ihr Schicksal können sie voraussehen, wenn sie in der Geschichte der französischen Revolutions- und Schreckenszeit von 1790 bis 1794 nachlesen, wie die damaligen glaubenslosen und religionsfeindlichen Gewalthaber mit allen Denen verfuhren, welche „dem höchsten Wesen der Vernunft“, den Gehorsam, den kirchenverfolgenden Staatsgesetzen den Eid verweigerten. Die Guillotine gab die Antwort auf ihr Christenthum! Und gerade so würde unsere Sozialdemokratie verfahren und verfahren müssen, wenn sie jemals zum Siege über die heutige Menschen- und Gottesordnung gelangte. Denn wie sie im Gottesglauben und in seiner Kirche das mächtigste Hinderniß ihres Sieges erkennt, so würde sie Glauben und Kirche schlechterdings „ausrotten“ müssen, wenn sie ihren Sieg auch nur einen Tag lang behaupten wollte. Denn Sozialismus und Christenthum scheiden sich in der That wie Feuer und Wasser.

Dem rohen Gottes- und Christushasse des rothen Dalai Lama Karl Marx war aus den vorstehend entwickelten Gründen die Heuchelei der religiösen Duldung des Gothaer Programmes auch durchaus ungenügend, „von Grund aus verwerflich und demoralisirend“. In seinem vor dem Gothaer Kongresse an die Parteiführer gerichteten geheimen Schreiben, (welches erst im Februar 1891 von Fr. Engels, ohne Wissen und Willen der deutschen Parteileitung, in der amtlichen Parteizeitschrift „Neue Zeit“ veröffentlicht wurde), fand selbst Fr. Engels, der doch selbst längst „mit Gott

einfach fertig" ist, die schändliche Stelle über die Religion so stark, daß er sie nur mit Auslassungspunkten abzudrucken wagte. Aber das über alle Begriffe schmutzige Bild, welches Karl Marx gebrauchte, läßt uns doch den von Engels abgeräumten Koth dieser Schmachworte seines Meisters noch widerlich genug erkennen. Denn Marx schrieb: „Jeder muß seine religiösen" .... (Bedürfnisse) .... „verrichten können, ohne daß die Polizei ihre Nase hineinsteckt (!!). Aber die Arbeiterpartei mußte doch bei dieser Gelegenheit aussprechen, daß sie vielmehr die Gewissen vom religiösen Spuk zu befreien strebt."

In der 1877 erschienenen, bereits erwähnten Schrift des „Genossen" Jos. Dietzgen, „Die Religion der Sozialdemokratie", heißt es:

„Wenn die Religion in dem Glauben an höhere (?) Götter und Geister besteht, dann ist die Demokratie ohne Religion. Die kultivirte menschliche Gesellschaft ist das höchste Wesen, an das wir glauben" (S. 17). Und S. 27: „An einem Wege steht ein Kreuz mit der Inschrift: ‚H. Maria bitt' für uns". Da haben wir die unmäßige Demuth des Christenthums in ihrer vollen Erbärmlichkeit. Wir wollen thatkräftige Widersacher der lammfrommen, gottseligen Ergebenheit sein."

Und am 18. April 1877 sagte Herr Bebel im Reichstage aus Anlaß des von den Sozialdemokraten eingebrachten, völlig werthlosen Entwurfes eines Arbeiterschutzgesetzes (Sten. Ber. S. 570):

„Wir stellen unsere Forderungen im Namen der Humanität, im Namen der Menschlichkeit, im Gegensatze zu den Forderungen im Namen der christlichen Moral, wie sie hier vertreten worden ist. Eine eigentlich christliche Moral kenne ich überhaupt nicht! Ich gehe weiter und sage, daß es überhaupt falsch ist, wenn man die Grundsätze der Sittlichkeit mit einer bestimmten Religion zusammenfallend erachtet. Wäre dies der Fall, so würde man die Millionen (!?) ausschließen, die auf einem ganz religionslosen, ganz atheistisch-materialischen Standpunkt stehen, auf welchem ich und meine Partei stehen." Der Schwindel dieser Vorspiegelung von „Millionen" von Genossen der Bebel'schen Religionslosigkeit liegt auf der Hand, da kaum zwei Jahre zuvor das amtliche Parteiblatt anerkannte (s. o. S. 376), daß eben nur die sozialistische Partei auf diesem Standpunkt stehe, und diese selbst heute noch nicht über „Millionen" verfügt, geschweige denn 1877.

Im Jahre 1879 erschien Herrn Bebel's Schrift „Die Frau im Staate der Zukunft". In diesem Werke schreibt Herr Bebel einigen Wortführern der materialistischen Geschichtsauffassung die Behauptung nach, der Kultus der meisten Göttinnen des Alterthums sei ein Kultus wüster, schrankenloser Sinnlichkeit, namentlich zu Gunsten der Priester, gewesen, aber auch Laien beiderlei Geschlechts hätten in diesen Tempeln ohne Scheu ihren Lüsten gefröhnt. Und dann besitzt er den Muth zu folgender unglaublichen Lästerung der

Mutter unseres Heilandes und ihrer Verehrung (S. 22, citirt nach der Ausgabe von 1883):

„Indem die katholische Kirche den Marienkultus einführte, schob sie mit kluger Berechnung ihren eigenen Göttinnenkultus an die Stelle des heidnischen Göttinnenkultus unter, der bei allen Völkern, über die das Christenthum sich ausbreitete, vorhanden war. Maria trat an die Stelle der Cybele, Mylitta, Aphrodite, Venus u. s. w.", (welche Herr Bebel zuvor als Bordellgöttinnen bezeichnet hatte), „nur (!) wurde sie christlich spiritualistisch idealisirt".

Auch der 1880 von Herrn Bebel noch nicht geschiedene „Freund" desselben, Herr Joh. Most, fühlte sich nach solchen Leistungen der „Gemäßigten", der Herren Bebel und Genossen, gedrungen, in Gotteslästerung mit Jenen zu wetteifern, indem er in seiner „Freiheit", welche erst im August 1880 auf dem Wydener Kongresse von der Partei verleugnet wurde, ja welche Herr Auer noch am 30. März 1881 (Sten. Ber. S. 607 flg.) in Schutz nahm, am 5. Februar (in Nr. 6) schrieb:

„Der liebe Gott und dessen Weltordnung — die kennen wir. Dieser Gott, den vor Jahrtausenden etliche Schwindler erfunden haben, ist allerdings Scheusal genug, um den Krieg bei seiner ‚Ordnung' nicht entbehren zu können . . . Lest nur die Bibel, vorausgesetzt, daß Ihr den Ekel überwindet, der Euch ergreifen muß, wenn Ihr das infamste aller Schandbücher aufschlagt, und Ihr könnt bald bemerken, daß der Gott, den man Euch da aufschwatzt, ein millionenköpfiger, feuerspeiender, racheschnaubender wüster Drache ist."

Diese schamlosen Worte Most's lassen sich aber von der sozialdemokratischen Partei um so weniger ablehnen und verleugnen, als Herr Hasenclever in der Sitzung des Reichstags vom 10. Dezember 1887 erklärte (Sten. Ber. S. 297):

„Wir sind zwar für das, was in England (in der „Freiheit") gedruckt wird, nicht verantwortlich. Aber etwas an sich Gutes (!) bleibt in der Hand eines guten Sozialdemokraten immer gut, auch wenn es von der Hand des Teufels gegeben ist."

Der Züricher „Sozialdemokrat" aber wetteiferte mit der „Freiheit" in Lästerung. Er schrieb am 25. Mai 1880 in Nr. 218:

„Wenn Gott aus den Gehirnen der Menschen vertrieben ist, so fällt das Gottesgnadenthum, und wenn der Himmel im Jenseits als eine große Lüge erkannt ist, so suchen die Menschen sich den Himmel des Diesseits aufzurichten. Wer also das Christenthum bekämpft, bekämpft dadurch zugleich Monarchie und Kapitalismus."

Dasselbe Blatt, damals das amtliche Organ der Herren Liebknecht, Bebel u. s. w. schrieb nach der am 13. März 1881 erfolgten Ermordung des Kaisers Alexander II. von Rußland (Nr. 12 vom 20. März 1881, Sten. Ber. des deutschen Reichstags S. 636):

„‚Gottes Wille ist geschehen!‘ Mit diesem Satze leitete der russische „Regierungsbote“ die Nachricht vom Ableben Alexanders II. ein. Wir sind Ungläubige, wir vermögen uns nicht bis zu solcher Höhe und gottergebenem Fatalismus emporzuheben, wohl aber empfinden wir beim Lesen obiger Worte ein Gefühl innerer Genugthuung. — Gottes Wille! Wenn es Gottes Wille war, daß der Selbstherrscher aller Reußen gewaltsam aus dem Leben zum Tode befördert wurde, so muß dieser Gott sicherlich einen bestimmten Zweck dabei gehabt haben. Wenn das der Fall ist, sollte man die Werkzeuge preisen und feiern, statt sie zu verfolgen und hinzurichten.“

Dieses unter der obersten Verantwortlichkeit der Herren Liebknecht, Bebel u. s. w. erscheinende amtliche Parteiblatt schrieb 1882 eine sogenannte „Genealogie des Preußischen Königshauses“, welche Minister von Puttkamer in der Reichstagssitzung vom 13. Dezember 1882 (Sten. Ber. S. 768) erwähnte, und welche außer den gröblichsten Majestätsbeleidigungen auch folgende bübische Gotteslästerungen enthält:

„‚Alle diese Leute‘ — die Ahnen unseres Kaisers sind mit ‚diesen Leuten‘ gemeint! — sind natürlich von ‚Gottes Gnaden‘, wobei wir nur den Geschmack des lieben Gottes bewundern müssen, der indes seit alten Zeiten geschichtlich festgestellt werden kann. Schon seine (Gottes) Erzlieblinge im alten Testament, ein Abraham, David, Jakob, Salomon, waren ja bekanntlich, was Mord und Ehebruch anlangt, große Helden. Und Christus, Gottes eingeborener Sohn, zählt ja, abgesehen von seiner Jungfrau Mutter (Rufe in der Reichstagssitzung: Pfui!), unter seinen Ahnfrauen drei ‚Damen‘: Rahel, Ruth und Bathseba.“

Diese empörende Entwürdigung der heiligsten Dinge setzte das amtliche Parteiblatt im nämlichen Jahre fort, als es die Nachricht von der traurigen Erschießung eines Knaben in Berlin durch eine Schildwache meldete — die That war im Dunkel der Nacht geschehen. Da nannte das Organ der Herren Liebknecht und Bebel das feierliche Begräbniß des Unglücklichen eine „infame Demonstration“, und sagte dann weiter, unter der Spitzmarke „Wozu der Herrgott gut ist“:

„Ihr Gott ist dazu da, jede Infamie, die von der lieben Obrigkeit kommt, gutzuheißen. Denn ‚die Obrigkeit ist von Gott‘. Die Obrigkeit kann so schuftig sein wie sie will, so lange sie mit den Pfaffen Hand in Hand geht, deckt der Herrgott jede Niedertracht, jeden Betrug am Volke. Der Herrgott ist für indirekte Steuern, vermittelst deren die Armen die Steuern für die Reichen aufbringen müssen; der Herrgott ist für den Militarismus mit seinen verheerenden Folgen, der Herrgott ist für die Vernichtung der Volksrechte; der Herrgott ist mit einem Worte der Gott der Herren!“

Herr Grillenberger nahm diesen herrlichen Artikel noch besonders in seinen Schutz (Sten. Ber. des Reichstags 1882 S. 794 Sp. 2). Um keinen Zweifel darüber zu lassen, daß die siegreiche

Sozialdemokratie auch entschieden religions= und kirchenzerstörend vorgehen werde, sagte Herr Liebknecht am 11. Januar 1883 im deutschen Reichstage gegen Windthorst (Sten. Ber. S. 857): „Zu der Zeit, wo die Sozialdemokratie herrschen wird, da wird die katholische Kirche ein Märchen der Vergangenheit sein."

Welcher Menschen und welcher Mittel unsere Sozialdemokratie sich in diesem Kampfe gegen Gott und seine Ordnung bedient, enthüllte Minister von Puttkamer am 13. Februar 1888 im Reichstage am „Falle" Jens Christensen (Sten. Ber. S. 870). Dieser Mensch — ein Busenfreund der Herren Liebknecht, Singer u. s. w. — war in Berlin als sozialdemokratischer „Kronzeuge" in den Prozessen gegen die Berliner „Polizeispitzel" verwendet und von den Gerichten Berlins, — welche keine Ahnung davon hatten, daß dieser „Zeuge" ein von der Sozialdemokratie besoldeter Agitator und Eideshelfer derselben sei — für vollkommen glaubhaft gehalten worden. Ganz kurze Zeit darauf wurde dieser Mensch dabei ertappt, daß er in Plauen im sächsischen Vogtlande aufrührerische Plakate in den Kasernen zu vertheilen suchte, und hierbei verhaftet. Er entfloh aber nach Amerika, „im Bewußtsein seines Werthes", wie der Kater Hidigeigei bei Scheffel so schön sagt. Dieser Kerl nun war auch in seiner Religionslosigkeit für Rechnung und im Solde seiner Gönner groß gewesen. Denn er hatte eine Schrift „Moderner Bildungsschwindel in Schule und Familie" verbrochen, in welcher er ausführte, welcher Frevel es sei, das jugendliche Gemüth mit den ebenso überflüssigen, als für die Moral gefährlichen Lehren der Religion zu vergiften, „denn der Weltheiland sei doch ein sehr rücksichtsloser Sohn gewesen" u. s. w.

Nachdem diese Thatsachen durch den Minister festgestellt worden waren, fand Herr Bebel noch den Muth, in der Reichstags=Sitzung vom 13. Februar 1888 (Sten. Ber. S. 878) die Klage zu erheben:

„Es ist überhaupt recht wunderbar (?), daß die Herren bei jeder Gelegenheit damit kommen, uns wegen unserer Ansichten über die Religion in's Gebet (!) zu nehmen, weil sie wissen, daß bei einer großen Anzahl der Mitglieder dieses Hauses und namentlich auch außerhalb desselben gerade dieser Punkt besonders einer von denen ist, der, ich möchte sagen, den Leuten an die Nieren geht."

Und da hat der Herr noch die Kraft, sich zu wundern, wenn die große Mehrheit des Reichstags und deutschen Volkes, welche diese Lästerungen der höchsten Dinge verdammt und mit Schmerz und Empörung wahrnimmt, die biedere Sozialdemokratie auf ihrem gotteslästerlichen Treiben festnagelt!

Aber am 30. Oktober 1889 hatte derselbe Herr Bebel kein Bedenken, im Reichstage (Sten. Ber. S. 49) zu erklären: „Ihr Gott, meine Herren, ist als Hochverräther gegen das römische Reich

an's Kreuz geschlagen worden, nicht als Gott, sondern als Hochverräther, als Staatsfeind." Daß der Herr damit sagen wollte, unser Heiland sei sozusagen als Sozialdemokrat gekreuzigt worden, bewies er durch eine weitere Reichstagsrede am 23. April 1891 (Sten. Ber. S. 2584), in welcher er sagte:

„Alle Verkünder neuer Wahrheiten wurden als Unruhestifter verketzert, auch Christus ist als einer der größten Unruhestifter und Hochverräther erklärt und gekreuzigt worden. Würde er heute im deutschen Reiche leben, so würde es ihm herzlich schlecht ergehen (!). Sicher wäre er mit unter das Sozialistengesetz gefallen (!!) und auch wohl mit den §§ 130, 131 des Strafgesetzbuches in Konflikt gerathen (!!). Ich habe neulich erst einmal (!) die Bergpredigt gelesen, und da ist mir der Gedanke gekommen, daß darauf unter den heutigen Verhältnissen mindestens ein Jahr Gefängniß fallen würde (!!)." Einer Bemerkung irgend welcher Art bedürfen so unbeschämte Lästerungen nicht! Es ist nur wunderbar, daß die Herren ihren angeblichen „Genossen" Christus so überaus schlecht behandeln.

Begeistert durch diese Offenbarungen der Parteileuchte Bebel, wagte auch der Hutmacher Heine von Halberstadt ein großes Wort, indem er am 26. Februar 1891 im Reichstage sagte: „Ich bin allerdings der Meinung, daß die Wissenschaft bald soweit sein wird, die christliche Kirche und die Lehre der christlichen Kirche todt zu machen."

Da die rothe Partei auf ihrem, nach Aufhebung des Sozialistengesetzes im October 1890 abgehaltenen Parteikongreß in Halle ganz offen erklärte, nunmehr in ganz Deutschland den Stimmen- und Bauernfang mit Hülfe der Lügentaktik, d. h. unter lügenhafter Verhüllung ihrer wahren Ansichten und Absichten, betreiben zu wollen, so mußte die Partei auch ihre Religionslosigkeit, ihre Gottesleugnung und Gottesfeindschaft fortan sorgfältig verbergen. Derselbe Herr Liebknecht, welcher in seinem „Volksstaat" und „Sozialdemokrat" nach den oben mitgetheilten Belegstellen offen bekannt hatte, daß nur derjenige des Namens eines Sozialdemokraten „würdig" sei, „welcher selbst Atheist, zugleich für die Ausrottung des Gottesaberglaubens hingebend wirke", der nämliche Herr nannte jetzt auf dem Kongreß zu Halle dieses erbärmliche Versteckspiel zum Zwecke des Bauernfanges, großsprecherisch wie immer, „Farbe bekennen" und bekannte diese Schellenfarbe der Gottlosigkeit im geschlossenen Kreise der Genossen durch einige unfläthige neue Lästerungen. Er sagte (Protokoll S. 174 flg.) in seinem Referat über das Gothaer Parteiprogramm von 1875, dessen Beibehaltung er im Großen und Ganzen nachdrücklich empfahl:

„Die ‚Erklärung der Religion zur Privatsache' ist ein kritischer, viel umstrittener Punkt." Denn in Berlin, Hamburg und anderen Orten hatten die „Jungen" der Partei seit Monaten vor dem Halle'schen Parteitag die

Losung ausgegeben: „Massenaustritt aus der Landeskirche." Der sozialdemokratische Stadtverordnete Vogtherr in Berlin hatte (nach dem „Berliner Volksblatt" vom 8. September 1890) in einer großen Parteiversammlung vom 7. September die Religion bezeichnet als „jenen Klimbim, der sich der Protektion des Staates erfreut", und eine Resolution zum Zwecke des Massenaustrittes aus der Kirche durchgesetzt. Denselben Beschluß hatte eine Berliner Versammlung vom 18. September gefaßt („Vossische Zeitung" vom 19. September). Auf diese Vorgänge bezog sich Liebknecht's Wendung, diese Frage sei „ein kritischer, vielumstrittener Punkt". Dann fuhr er fort: „Man hat den Deutschen vorgeworfen, daß sie sich mit der Erde zu wenig beschäftigen, im Himmel aber eifrig spazieren gehen und dadurch auf der Erde zu kurz gekommen sind. Es ist ein Zeichen geistiger Unfähigkeit und mangelnder Thatkraft, statt auf der Erde seine Kraft zu bethätigen, in den unendlichen Himmel hinauszugondeln und Krieg zu führen gegen den bürgerlichen Gott da droben. Der deutsche Arbeiter, der unter dem Sozialistengesetz den Kampf gegen den schwächsten Schutzmann führte, entwickelte in meinen Augen tausendmal mehr Muth, als derjenige, der den allmächtigen Jehovah als persönlichen Feind bekämpft und aus dem Himmel wirft. Es giebt Heißsporne unter uns, die sich mit besonderem Eifer auf die Religion werfen, weil noch ein Stückchen vom Jehovah in ihnen ist, den sie nicht ganz los werden können. (Bravo. Sehr richtig!) Ich habe gelernt, daß ich nie einen Menschen, der an Religion glaubt, durch Beschimpfung der Religion, durch Angriffe auf die Religion habe belehren können. (Sehr richtig!)" — „Sehr richtig!" Aber warum denn seit zwanzig Jahren alle diese schamlosen Angriffe auf die Religion in der Parteipresse und im Reichstag? — „Der Religion können wir nur dadurch zu Leibe gehen, daß wir die Religion des Einzelnen ruhig Religion sein lassen, ihm aber Wissen beibringen. Die Schule muß gegen die Kirche mobilisirt, in Kriegszustand versetzt werden, der Schulmeister gegen den Pfaffen. Richtige (?) Erziehung beseitigt die Religion. Angriffe machen sie blos stärker. Wir haben in unserm Programm gesagt: ‚Die Religion ist Privatsache.' Ich will nicht sagen, daß dieser Ausdruck ein absolut fehlerloser ist. Aber einen vernünftigeren, praktischeren (!) Satz haben wir nicht unter allen unseren praktischen Sätzen. Ich bin Atheist, ich glaube nicht an Gott, aber ich glaube, daß Jeder das Recht hat zu glauben, was er will. Wir Sozialdemokraten wollen absolute Gewissensfreiheit (?), absolute Meinungsfreiheit (?)" — nämlich für sich selbst, oder vielmehr allein für die „Führer", nicht für Andere — „kein Staat, keine Gesellschaft hat das Recht, einem Menschen ein religiöses Bekenntniß oder eine andere Meinung aufzudrängen. Wenn wir das versuchen, dann schaden wir nur unserer Sache. (Bravo!) Unsere Partei ist eine Partei der Wissenschaft (?!). Die Wissenschaft steht der Religion feindlich (?) gegenüber — aber sie kann und will sie nicht niederschlagen. Die Wissenschaft (?) sorgt für gute Schulen, das ist das beste Mittel gegen die Religion. (Stürmisches Bravo und Händeklatschen.) Und im Uebrigen" — d. h. soweit wir nicht mogeln — „bekennen wir Farbe".

Die an diese Berichterstattung sich schließende Debatte sprach sich fast einmüthig für diese Bemogelung der von der Sozialdemokratie beim Bürger-, Arbeiter- und Bauernfang über's Ohr zu hauenden arglosen Gläubigen aus.

So sagte Herr Blos (Prot. S. 185): „Jeder, der einmal agitatorisch thätig gewesen ist, wird wissen, daß dieser Punkt des Programms uns sehr gute Dienste geleistet hat (Sehr richtig), und wir würden unzweifelhaft eine ungeheuere Thorheit begehen, wenn wir ihn ändern würden. (Sehr richtig.)" Ein Potsdamer, Herr Liefländer, meinte schlau (Prot. S. 186): „Dieser Satz sollte doch eine Aenderung erfahren; am besten würde er ganz gestrichen, weil sich an ihn fortwährend neue Angriffe und Kritiken knüpfen — oder wir können ihn auch behalten, wie er war. (Große Heiterkeit und Beifall.)" Ein Herr Ehrhard (Ludwigshafen) schüttete seinen Ingrimm gegen die Berliner Massenaustrittsbewegung aus in den Worten (Prot. S. 188): „Nichts ist unangenehmer, als wenn ich in Versammlungen Aeußerungen vorgehalten bekomme, wie die: ‚Ihr wollt die Religion beseitigen oder sie blos vorläufig noch bestehen lassen, um den ‚dummen Bauer‘ nicht vor den Kopf zu stoßen‘. Wenn ich nun vor diesen Bauern stehe, muß ich immer erst den Mist wegräumen, den die Berliner aufgeladen haben." Auch Herr Schwartz (Hamburg) erklärte sich gegen die Austrittsbewegung und das Farbebekennen (Prot. S. 189): „Das wäre falsch, das Landvolk würde dann en masse vor uns zurückweichen. In der ländlichen Presse würde dies besonders gegen uns ausgeschlachtet. Darum muß dieser Agitation entgegengewirkt werden." Ebenso sagte der Abgeordnete Molkenbuhr (Prot. S. 190): „Auf dem Lande kommen wir mit der Religion am besten voran, wenn wir sie ganz aus dem Spiele lassen. Wir stehen ja nicht thurmhoch über der Bevölkerung" — allerdings nicht! — „Wir wollen sie doch zu unseren Auffassungen herüberziehen, da dürfen wir sie nicht dadurch zurückstoßen, daß wir die Nothwendigkeit Atheist zu sein, betonen." Dr. Rüdt (Heidelberg) dagegen verlangte (Prot. S. 191): „daß unsere herrliche (!) und erhabene (!) Partei bewahrt bleibe vor dem Vorwurfe der Heuchelei," und S. 192: „Wir handeln auch, wie ich praktisch erfahren habe, nicht ganz recht, wenn wir bei jenem alten Satze stehen bleiben. Bei den letzten Wahlen haben die Gegner in ihren Flugblättern gerade hier eingesetzt, um die Führer als miserable Heuchler und Lügner hinzustellen. Im Programm stände ‚Religion ist Privatsache‘. Die Führer aber hätten den Atheismus gepredigt. Darum sage ich, die Partei soll sich bekennen, weiter gar nichts." Dieser einzige Ehrliche, Dr. Rüdt, wurde aber von den folgenden Rednern wirklich recht rüde behandelt (S. 192—197). „Wir wollen nicht mehr dem alten Moses folgen", rief ein Herr Kokosky (S. 196), „aber auch nicht dem neuen Moses, dem Dr. Rüdt", und ein gewisser Oertel versicherte (S. 197) diesen „neuen Moses" „seiner und der Partei höchster Gleichgültigkeit. Wir können die Religion von heute (!) nicht durch Agitation beseitigen. Sie liegt in (!) der heutigen (?) Gesellschaft begründet und diese wird die Religion aufrecht erhalten. Ich glaube mit Liebknecht, daß wenn wir einmal den sozialistischen Staat haben, wir sehr leicht mit der Religion fertig werden."

Die Religion bleibt also auf dem rothen Papier des Gothaer Programmes und auch des künftigen Programmes als „Privatsache" bestehen, d. h. der Atheismus, die Religionslosigkeit und die Gottesfeindschaft der Partei werden verhüllt und todtgeschwiegen, um den Bauernfang recht flott treiben zu können. Das heißt, nach Herrn Liebknecht, „Farbe bekennen", die Farbe der Lüge.

Aber diese „herrliche und erhabene Partei“ ist nicht blos die Partei der Lüge, sondern auch die Partei des Meineides, weil sie in zahlreichen Kundgebungen ihrer Redner und ihrer amtlichen Presse den Meineid, wenn er im Dienste oder zu Gunsten der Partei und Parteigenossen geschworen wird, für eine schöne, ehrenhafte That erklärt, die Meineidigen als ruhmbedeckte Brüder, als Märtyrer gefeiert hat! Dieser Schandfleck der Partei ist die Vorfrucht ihrer gewissenlosen Auflehnung gegen alle göttliche und menschliche Zucht und Ordnung. Gottlosigkeit und Gesetzlosigkeit treffen in der Seele des Meineidigen zusammen und führen ihn der irdischen und ewigen Strafe und Verdammniß entgegen. Wir zählen folgende im Reichstage festgestellten Fälle des Parteimeineides und der Beschönigung des Meineides von Parteiwegen auf.

Fall 1. Am 25. Januar 1880 schrieb das amtliche Parteiblatt, der „Sozialdemokrat“ unter der Spitzmarke „Pfui Schande!“

„In der ehemaligen freien Stadt Frankfurt fiel einer der Verbreiter eines verbotenen Buches in die Hände der Schergen. Um ihn zu retten, beschwor derjenige, welcher das verbotene Buch von dem Angeklagten empfangen hatte, daß derselbe unschuldig sei, worauf man denselben allerdings laufen lassen mußte. Damit aber hatte der Freund sich selbst einen schlechten Dienst gethan, denn er wurde wegen Meineides angeklagt und durch alle möglichen Listen der Polizei und des Untersuchungsrichters (?) zur Verurtheilung gebracht.“ — Denn als echter Sozialdemokrat log und leugnete er natürlich. — „Damit aber noch nicht genug, fiel durch eine Kette von allerlei Umständen, an denen freilich der freigelassene Verbreiter des verbotenen Buches leider mit schuld war“ — d. h. zu deutsch: weil dieser „Genosse“ „leider“ noch nicht so reif sozialdemokratisch entwickelt war, daß auch er einen Meineid schwören wollte — „ein zweiter Sozialdemokrat, der gleichfalls in der leidigen (!) Angelegenheit einen Schwur geleistet hatte, in die Hände des Gerichts, wurde wegen Meineids bezichtigt und durch Geschworene für schuldig befunden und verurtheilt zu mehrjähriger Zuchthausstrafe, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte und der Zeugenschaft für immer. Was hat aber nun der Mann eigentlich verbrochen? (!!) Er hat gelogen, wissentlich die Unwahrheit gesagt, warum? Um einen Freund von Strafe zu befreien. Nicht ein Punkt ist nachgewiesen, aus dem geschlossen werden könnte, daß Eigennutz oder sonst ein niederer Beweggrund ihn zur Unwahrheit (!) getrieben hätte“ (solche gemeine Motive gehören gar nicht zum Thatbestand des Meineids. Denn das Verbrechen, wissentlich falsches Zeugniß unter Anrufung des allmächtigen und allwissenden Gottes abzulegen, und wissentlich wahrheitswidrig „zur Sache Gehöriges zu verschweigen“, ist ohne alle Rücksicht auf die Beweggründe des Thäters, im Strafrecht aller Kulturstaaten als eines der gemeinsten und furchtbarsten anerkannt, weil es die unter Menschen heiligste Versicherung der Wahrheit aufs freventlichste bricht und damit Treu und Glauben und die gesammte Rechtsordnung aufs schwerste erschüttert. Es ist daher ein ganz windiges und verlogenes Gerede, wenn der „Sozialdemokrat“ fortfährt: „Nur Freundschaft, Aufopferung, Parteiinteresse (!) waren diese Motive.“ Der Zeugeneid wird uns gegenüber

dermalen als das infamste Erpressungsmittel benutzt. Läßt sich da, wenn ein Genosse lieber die Unwahrheit sagt, als durch seine Aussage die Partei schädigt und seine Freunde und Genossen unseren Feinden ans Messer liefert, nicht zu seiner Entschuldigung so vieles sagen, so mancher Milderungsgrund anführen?" Nein, auch das läßt sich, wie der Verfasser sehr wohl wußte, beim wissentlichen Meineid nicht thun, weil der § 153 des Reichsstrafgesetzbuchs bei diesem Verbrechen keinerlei mildernde Umstände zuläßt, und zwar mit Recht. Aber das sozialdemokratische Parteiblatt geht in der Beschönigung des Meineides noch weiter, indem es nun fragt: „Läßt sich sein Vergehen" (vielmehr Verbrechen) „nicht als ein übermäßiger moralischer Zwang, als eine Art Nothwehr" (?) — der Meineid eine Art Nothwehr! — „erklären?? Darum wird auch jeder vernünftige (!) Arbeiter und Sozialdemokrat den Verbrecher nach verbüßtem Zuchthaus in seine Arme schließen. Für uns ist der Mann ein Märtyrer, kein Verbrecher!"

Diesen Meineidigen und die übrigen durch die schamlosen Grundsätze der Partei zum Meineid getriebenen Genossen vertheidigte Herr Liebknecht, ohne irgend eine Empfindung des Ekels über die sittliche Verfaulung derselben, zweimal im Deutschen Reichstag (am 4. Mai 1880 Sten. Ber. S. 1155 und am 25. Januar 1890 St. B. S. 1245) und zwar unter so sinngetreuer Anlehnung seiner Worte an den soeben mitgetheilten Artikel des „Sozialdemokrat", als habe er das Bedürfniß, die Vaterschaft des letzteren zu übernehmen, und außerdem unter gröblicher Entstellung des Thatbestandes jener Meineidsfälle. Diese gröbliche Entstellung wird nur einigermaßen entschuldigt durch die bei diesen Gelegenheiten bekundete ganz erstaunliche Gesetzesunkenntniß des Redners. So bewies Herr Liebknecht am 25. Januar 1890, daß er gar nicht wußte, daß die Zeugen in Deutschland vor ihrer Vernehmung vereidet werden, und trug ganz unbekümmert den riesenhaften Unsinn vor: in den Motiven zum Strafgesetz (!) stehen, „daß man einem Zeugen in Verhältnissen, wo eine derartige Zwangslage entstehen könne, einen Eid nicht auferlegen soll." Herr Liebknecht schloß diese Rede mit der glaubhaften Versicherung, daß „wo unter solchen Umständen ein Meineid in Parteiprozessen vorkam, dies von niemandem mehr bedauert wurde als von uns."

Aber wie zeigte sich denn dieses „Bedauern"? Klarste und selbstverständlichste Verpflichtung der Parteileitung — welche in den Jahren 1878 bis 1890 identisch war mit der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages — wäre es gewesen, gegen jenen Schmachartikel des „Sozialdemokrat" vom 25. Januar 1880 sofort öffentlich Stellung zu nehmen, ihn aufs entschiedenste zurückzuweisen und jede Verantwortlichkeit der Parteileitung für solche Grundsätze, welche die Parteigenossen geradezu — wie der Erfolg zeigte — zu weiteren Meineiden verführten und antrieben, öffentlich mit Entrüstung abzulehnen. Das geschah indes so wenig, daß Herr Liebknecht 1880 und 1890 in seinen beiden hierher gehörigen Reichs-

tagsreden sich, wie gesagt, fast wörtlich so aussprach wie der „Sozialdemokrat" am 25. Januar 1880 und wie in einem späteren Artikel. Als die Herren der sozialdemokratischen Fraction, nach der Verurtheilung vieler ihrer Mitglieder im Freiberger Geheimbundsprozesse 1886, für alle Glieder der Fraction, d. h. für sich selbst, Bestrafung fürchteten, wenn sie die Verantwortlichkeit für den „Sozialdemokrat" weiter fortführten, da legten sie eiligst diese Verantwortlichkeit öffentlich nieder. Aber als andere durch die Verkündung solcher schamloser Meineidsverherrlichung zum Verbrechen des Meineids und in's Zuchthaus getrieben wurden, da hatten sie keinen Grund, ihre werthen Namen von dem Schandblatte zurückzuziehen. So handeln Männer, welche sich für die alleinigen Freunde der deutschen Arbeiter ausgeben!

Die Herren thaten aber noch mehr. Mit ihrem Wissen und Willen wurden in den Nummern 45, 46, 47 des „Sozialdemokrat" von 1882 „Verhaltungsmaßregeln für Sozialdemokraten in ihrem Verkehr mit Polizei- und Gerichtsbehörden" abgedruckt. Der sächsische Bundeskommissar und Generalstaatsanwalt Held brachte diese Sache am 6. November 1889 im Reichstag vor, mit folgenden Bemerkungen (Sten. Ber. 148):

„Da findet sich in Nr. 47 eine scheinbare Verwarnung vor Meineid. Die Verwarnung geht aber nicht dahin, daß man unter allen Umständen den Meineid als etwas Verwerfliches vermeiden müsse, sondern sie geht dahin, daß jeder, welcher in einem Prozesse als Zeuge eine Rolle zu spielen habe, sich wohl überlegen möge, ob eine falsche Aussage nicht vielleicht mehr Schaden als Nutzen stiften könne (Lachen). Diese Verhaltungsmaßregeln sind als Broschüre gedruckt und so viel ich weiß in den Händen der meisten Sozialdemokraten. Und in dieser Broschüre ist die Meineidsverwarnung nicht vorhanden.

Daß solche Lehren entsetzliche Früchte trugen, zumal da auch Herr Singer sich offen zu denselben bekannte und sie sogar im Reichstag in Schutz nahm (22. Januar 1890, Sten. Ber. S. 1165) ist einleuchtend. So wenden wir uns denn zum Meineids-Fall 2, welchen der Abgeordnete Kulemann im Reichstag am 25. Januar 1890 zur Sprache brachte (Sten. Ber. S. 1248). Am 12. Januar 1882 hatte nämlich der „Sozialdemokrat" in seiner Nummer 3 einen Artikel veröffentlicht: „Meineid eine Folge des Sozialistengesetzes", welcher durch folgenden Fall veranlaßt war:

Die „Genossen" Dietl und Jauner waren von dem Schwurgericht Landshut wegen wissentlichen Zeugenmeineids zu 18 bezw. 19 Monaten Zuchthaus verurtheilt worden, weil sie, um ihren angeklagten Genossen Fuchs vor Strafe zu schützen, beschworen hatten, denselben nicht zu kennen. Dazu bemerkt nun der „Sozialdemokrat": „Vor dem Gesetz, vor dem Spießbürger, mögen Dietl und Jauner jetzt ehrlos sein; vor uns, vor der Partei

des arbeitenden Volkes (!) sind sie es ebenso wenig, wie unser Genosse Ibsen" (der Verurtheilte des Falles 1). Das „arbeitende Volk" wird sich für diese Zuchthausbrüder und für die Ehrbegriffe der Herren Sozialdemokraten schönstens bedanken!

Fall 3. Der „Sozialdemokrat vom 20. April 1882 enthielt folgenden Artikel:

„Eines neuen Justizmordes schmachvollster Art hat sich dieser Tage das Reichsgericht schuldig gemacht, indem es das von hannöverschen Bourgeois-Geschworenen gegen den Weber Hartmann ausgesprochene Urtheil auf 6 Jahre Zuchthaus wegen Meineids ohne ein Wimpernzucken bestätigte." (Ganz selbstverständlich, da das Strafmaß bekanntlich nicht Gegenstand der Revision und der reichsgerichtlichen Beurtheilung sein kann.) „Was war das Verbrechen Hartmanns? Um seinen Freund Dabers, welcher der Verbreitung der „Freiheit" angeklagt war, zu entlasten, hat er, als Zeuge, mehrere Thatsachen verschwiegen, andere zu Gunsten seines Freundes zu drehen gesucht" (!) — nein, wirklich verdreht — „und die Unvorsichtigkeit (!) begangen, seine Aussagen zu beschwören. Sechs Jahre Zuchthaus wegen eines nicht einmal festgestellten (!) politischen Vergehens." Der Meineid ist also, nach sozialdemokratischer Rechts- und Sittenlehre, ein „politisches Vergehen!"

Fall 4. Der „Sozialdemokrat" Nr. 12 vom 15. März 1883 schrieb unter dem Titel: „Wieder ein Opfer infamer Klassenjustiz":

„Genosse Julius Voigt, Weber in Greiz, stand am 7. März vor dem Schwurgericht in Greiz unter der Anklage des Meineids. Voigt hatte in einer Strafklage gegen den Weber Schreier, welcher angeklagt war, andere Arbeiter durch Drohung und Ehrverletzung bei Gelegenheit des zweiten Greizer Streikes von der Arbeit abgehalten zu haben, als Zeuge in Greiz vor dem Schöffengericht beschworen, daß dies nicht der Fall gewesen, ‚wider besseres Wissen', wie die Anklage behauptet, und der Gerichtshof verurtheilte unseren Genossen wegen wissentlichen Meineids zu drei Jahren Zuchthaus. Wir aber rufen in seinem Namen den Herren Geschworenen und Richtern zu: der Mann, der seinen Genossen schützen wollte vor einer Verurtheilung auf Grund eines Gesetzesparagraphen, welcher den Stempel der schändlichsten Ungerechtigkeit zur Schau trägt" (gemeint ist § 153 der R.-Gewerbeordnung und die „schändlichste Ungerechtigkeit" besteht darin, daß dieser Paragraph sozialdemokratische Hetzer bestraft, welche ihre Arbeitsgenossen mit Gewalt, Mißhandlung, Bedrohung u. s. w. an der Arbeit hindern!) „eines Paragraphen, der seine Spitze nur gegen die Arbeiter, nicht aber gegen die Arbeitgeber richtet" (natürlich, weil diese die Arbeiter nie mit Gewalt u. s. w. an der Arbeit hindern werden) — „dieser Mann ist und bleibt ein Ehrenmann, und wenn Ihr ihn hundertmal der Lüge, des Meineids zeiht."

Fall 5. Im „Sozialdemokrat" No. 15 von 1886 heißt es aus Anlaß eines neuen Parteimeineides:

„Wir haben schon früher erklärt, daß wir in solchen Fällen (!!) den Meineid als entehrende Handlung nicht betrachten können, und das halten wir auch aufrecht." Und der Zuchthausbruder Ibsen (Fall 1) wurde, nach-

dem er seine Strafe abgesessen, von dem amtlichen Parteiblatt (25. Januar 1882) mit folgenden Jubelworten begrüßt: „Willkommen! Willkommen dem Zuchthäusler! Willkommen dem Meineidigen! Nicht er ist es, der sich an dem vergangen hat, was man Gesetze der Ehre nennt, sondern diejenigen, die sich seine Richter nannten (!!).“

Aber auch in neuester Zeit wird diese Meineidsverherrlichung — welche im „Sozialdemokrat“ sogar die Form von „Dichtungen“ annahm — in der sozialdemokratischen Presse mit Vorliebe betrieben. Dies beweist uns Fall 6.

Am 5. Dezember 1890 schworen nämlich nicht weniger als sechs „Genossen“ Meineide in einer einzigen Strafsache vor der Strafkammer in Konstanz, indem sie wahrheitswidrig beeideten, daß ein der Majestätsbeleidigung angeklagter „Genosse“ schuldlos sei. Das „Berliner Volksblatt“ machte kurze Zeit nach diesem Vorfall über einen Erlaß des Fürstbischofs Kopp in Breslau betreffs der in den Landgerichtsbezirken Oppeln und Ratibor häufiger vorkommenden Meineide, folgende Glossen: „Wenn nur einmal die Sozialdemokraten in dies Meineidsnest gründlich eingedrungen sind, so werden sie jene Leute bald über die Bedeutung von Wahrheit und Recht, als den einzigen Grundlagen eines geordneten Staats- und Gesellschaftslebens, gründlich und überzeugend belehrt haben.“

Wie diese Belehrung ausfallen würde, das zeigen die vorgetragenen sechs Meineidsfälle.

So also steht es mit der Religion unserer Sozialdemokraten, lieber deutscher Arbeiter! Sie sind Gottesleugner und Gotteslästerer schlimmster Art, Verehrer und Verherrlicher des Meineides, sofern dieser Meineid „zu Gunsten der Partei“ geleistet wird. Sie ermuntern ihre Genossen, solche Meineide zu schwören. Diesen aber verhüllen sie die Teufelsfratze ihres Religions-, Gottes- und Christushasses, ihre geheimste letzte Absicht, alle Religion, allen frommen Sinn und Glauben auf Erden auszurotten, wenn sie zur Macht kämen. Sie verhüllen das, weil sie wissen, daß Du Dich ihnen nimmer zuwenden wirst, wenn Du weißt, daß sie so denken, solches vorhaben. Denn du hängst noch treu an dem frommen Sinn und Glauben Deiner Väter und betrachtest ihn ebenso wie wir, als Dein und aller Menschen bestes Erbtheil, als das köstlichste Gut, welches Gott allen denen in gleichem Maße austheilt, welche danach verlangen. Du denkst in dieser Deiner schlichten Einfalt genau so, wie die besten und bedeutendsten Männer unseres Volkes, wie unsere Kaiser und Fürsten, wie unser Bismarck und Moltke, wie unsere großen Dichter und Weltweisen, wie die Leiter und Lenker unseres Staates und Volkes. Hat doch einer von diesen, der Staatsminister Hofmann, bei der ersten Berathung des Sozialistengesetzes im Reichs-

tag am 23. Mai 1878 das schöne Wort gesprochen (Sten. Ber. S. 1496):

„Der allertiefste Schaden, den die Sozialdemokratie dem Volke zufügt, liegt auf religiösem Gebiete. Während die Partei das Schlagwort ausgiebt, daß sie jedem Arbeiter ein menschenwürdiges Dasein bereiten will, beraubt sie den Arbeiter gerade dessen, was eigentlich das menschliche Dasein erst menschenwürdig macht. Ich spreche dabei gar nicht von den ärmeren arbeitenden Klassen, sondern ich behaupte, auch der Reichste, der Gebildetste führt ein menschenwürdiges Dasein erst durch die Religion."

Wohl ist das Gift der Gottesleugnung und Religionsfeindschaft, welches unsere Sozialdemokratie seit sechszehn Jahren „hingebend" ausstreut, schon tief gedrungen, weit verbreitet. Aber wer oft in den politischen Kampf tritt und den rothen Heuchlern die scheinheilige Maske vom Gesicht reißt, der erkennt zu seiner Freude auch, daß doch in dem geheimen Herzensschreine der Allermeisten von ihnen noch der alte Gott wohnt, welchen kein Marx und kein Liebknecht jemals „aus seinem Himmel werfen", ja auch nur um den kleinsten Theil seiner Macht und Herrlichkeit jemals bringen wird. Ich will dafür nur zwei Zeugnisse anführen. In einer großen, von Tausenden von Sozialdemokraten besuchten Volksversammlung in Leipzig-Lindenau im Januar 1890, zu Gunsten der Reichstagkandidatur meines Freundes Dr. Götz, grunzten die Sozialisten, sobald Dr. Götz den Namen Gottes aussprach — „um anzudeuten, zu welcher Klasse von Wesen sie gehörten", wie er ihnen bei diesem Grunzen schneidig zurief. Einer ihrer ärgsten Schreier und Radaumacher wurde auf der Stelle verhaftet und sollte abgeführt werden. Da bat der Mann flehentlich und unter Thränen um seine Freilassung — da er sein Kind in einer Stunde begraben müsse. Urplötzlich hatte ihm Gott die Augen geöffnet über die Schmach, zu welcher er für fünfzig Pfennige sich hatte gebrauchen lassen: öffentlich Gott zu lästern, während daheim sein Liebstes auf der Bahre lag! Und zu Ende des vorigen Jahres war ich im Bochumer Wahlkampf Zeuge einer noch erschütternderen Szene. Mitten vor tobenden Sozialdemokraten bestieg ein schlichter Bergmann die Tribüne und schilderte in ergreifender Weise den furchtbarsten Augenblick des Bergmanns, wenn drunten in der nächtigen Tiefe des Erdenschooßes plötzlich die Vernichtung für Alle hereinzubrechen droht. „Zu wem richtet Ihr die Augen und die Herzen, Kameraden?" fragte er — „kann Euch da Euer Kandidat etwas helfen? Herr Liebknecht oder Herr Bebel? Oder Eure Partei? Nein, nur der alte gute Gott im ewigen Lichte. Nur Er hat uns bis dahin treulich geholfen und behütet!"

Und Er wird es auch ferner thun, Er, der unseren Vätern und

uns die feste Burg war in den schwersten Kämpfen unseres Daseins und unseres Volkes. Er ist mit ganz anderen, viel mächtigeren Feinden fertig geworden, als mit der lächerlichen Rotte, welche der gesammte rothe Heerbann mit seinen Lästerungen und seinen Giftpfeilen darstellt. Gott wird den rothen Himmelsstürmern allezeit beweisen, daß sie freilich „geleimt" waren, als sie Ihn leugneten und Seiner spotteten!

Die
Arbeiterfreundlichkeit unserer Sozialdemokratie.

„Die Arbeiter haben das längst herausgekriegt, was es mit diesen Versprechungen für eine Bedeutung hat. Sitzt man erst im Reichstage, ja, Bauer, das ist ganz was andres, dann werden die schönen Versprechungen vergessen."

August Bebel,
im Reichstag am 3. April 1871
Sten. Ber. S. 295.

„Demagogen reden den Leuten Lügen vor."

Wilhelm Liebknecht,
im Reichstag am 5. Nov. 1889
Sten. Ber. S. 120.

Inhalt.

Die Arbeiterfreundlichkeit unserer Sozialdemokratie.

1. Was haben die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag für die Arbeiter gethan?

Die fünfunddreißig sozialdemokratischen Abgeordneten kosten ihren Wählern während der Reichstagssitzungen täglich, bei neun Mark Diäten für jeden der Herren, 315 Mark, also 3150 Schweißgroschen jeden Tag. Im Jahre macht diese Ausgabe — wenn wir eine nur viermonatliche jährliche Reichstagstagung annehmen — 37,800 Mark, in den fünf Jahren der Gesetzgebungsperiode von 1890 bis 1895 hatte die Partei also nicht weniger als 189,000 Mark allein an Diäten aufzubringen. In früheren Tagungsperioden ist dieses Opfer, bei geringerer Abgeordnetenzahl, allerdings entsprechend geringer gewesen. Aber immer bleibt diese Ausgabe für die Tagegelder der Abgeordneten auch die allergeringste, welche die Reichstagswahlen der Partei auferlegen. In einem früheren Abschnitte dieses Buches, bei Darstellung der Entwickelung der Partei von 1867 bis 1891, sind die aus den Partei-Kongreßprotokollen von 1875 bis 1890 erhellenden Summen aufgezählt worden, welche die sozialdemokratische Reichstagswahlagitation verschlungen hat. Die Gesammtsumme dieser Wahlausgaben beläuft sich auf Millionen, d. h. auf eine Summe, aus deren Zinsen gar manche unverschuldete Noth in deutschen Arbeiterfamilien gehoben, gar manche Arbeiter-Wittwenthräne getrocknet, gar manche begabte Arbeiterwaise gut erzogen werden könnte. Wenn Jemand bezweifeln möchte, daß eine so ungeheuere Summe von Arbeiterschweißgroschen in dem Wind der sozialdemokratischen Wahlbewegungen spurlos verflogen ist, so mag er nur die in den amtlichen Kongreßprotokollen genannten Summen zusammenzählen. Der Wahlaufwand der Partei von 1867 bis 1875 war ein verhältnißmäßig noch erheblicherer, weil sich damals die spätere kommunistische und die Lassalle'sche Arbeiterpartei noch feindlich gegenüberstanden und auch gegenseitig bekämpften, nicht blos die „bürgerlichen" Parteien. Auch daran

mag erinnert werden, daß mancher dieser Wahlkämpfe allein in dem Wahlkreise Hamburg-Altona über 30,000 Mark, in Berlin gegen 100,000 Mark erforderte.

Rechnet man nun zu dieser für die Reichstagswahlen und Tagegelder der Abgeordneten verausgabten Summe jene weiteren Millionen, welche der Vorbereitung der Wahlen dienten: die ständigen Besoldungen der Beamten und der hunderte von Agitatoren der Partei, die ständigen Ausgaben für die Presse und Flugschriften der Partei, welche jahraus jahrein, im Laufe von 24 Jahren aufgebracht wurden, so kommt man zu dem Ergebniß, daß diese Summen, wenn sie zum Wohle der Parteimitglieder und ihrer Angehörigen aufgesammelt und angelegt worden wären, und zu diesen Wohlfahrtszwecken heute verwendet werden könnten, jetzt nahezu ausreichen würden, die soziale Frage unter den Mitgliedern der Partei zu lösen, nachdem das Reich seinerseits die Fürsorge für Unfälle, Krankheit, Invalidität und Altersschwäche aller deutschen Arbeiter, auch der Sozialdemokraten, übernommen hat.

Und was hat dagegen dieser rühmliche Opfermuth unserer Rothen für ihre Sache ihnen und den übrigen deutschen Arbeitern, für deren Wohl und Heil Jene vermeintlich kämpfen und opfern, in Wahrheit genützt? Nichts, gar nichts. Was haben ihre Abgeordneten im Deutschen Reichstage ihnen genützt? Was haben sie dort für die deutschen Arbeiter gethan, erstrebt und errungen? Welches Gesetz, welches Ergebniß trägt den sozialdemokratischen Urheberstempel? Welche Frucht können sie der Partei vorzeigen, als die Ernte einer 24jährigen opfervollen Aussaat? Abermals nichts, gar nichts!

Die Aelteren unter uns, auch unsere gereiften, zu Jahren gekommenen Arbeiter, wissen sehr gut, daß dieses harte Wort buchstäblich wahr ist. Aber die Jungen, welche mitten im wilden Strome der sozialistischen Bewegung stehen oder ihn an sich vorbeirauschen sehen, welche sich berauschen an den großen ruhmredigen Worten und Versprechungen der Führer und Agitatoren, sie meinen, Alles was das Deutsche Reich Gutes besitzt, sei der Sozialdemokratie zu danken; alles Widerwärtige, Unfreie, Bedrückende unserer Zustände und Gesetze dagegen dem vereinten Hasse und Widerstande der „herrschenden Klassen“ gegenüber der Partei der Befreiung und des Menschenwohles. An diese jungen Männer richten sich die folgenden Zeilen. Ich nehme an, das Brausen des großen Sturmwindes, welcher 1866 über Deutschland dahinfegte, sei die früheste Erinnerung Eurer Kindheit, und Ihr seiet am 20. Februar 1890 zum ersten Mal an die Reichstagswahlurne getreten, um Eure Stimme abzugeben für einen sozialistischen Kandidaten, nachdem Ihr von den Rednern der Partei vernommen hattet, welche un-

sterblichen Verdienste sie sich schon bisher um die Arbeiter im Reichstage erworben haben und noch ferner erwerben werden.

Nun, junger Freund, da sieh Dir doch einmal die Zustände an, welche in Deutschland bestanden bis zur Wendung des Jahres 1866, bis zur Errichtung des Norddeutschen Bundes im Jahre 1867.

Eine deutsche Einheit, ein deutsches Parlament gab es damals nicht, noch weniger das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. Nicht einmal für die Einzellandtage. Ebensowenig Redefreiheit der Abgeordneten in diesen Einzellandtagen. Jeder deutsche Bundesstaat hatte sein Heer, seine Post, seine Gesandten im In- und Auslande und betrieb die große und kleine Politik nach seinem Gutfinden, ohne Rücksicht auf die Interessen des gesammten deutschen Volkes. Deutschlands Macht war zum Gespött der Welt geworden. Als es im Jahre 1848 den ersten schüchternen Versuch machte, eine deutsche Flotte zu gründen und eine deutsche Flagge annahm, da erklärte der englische Premierminister Lord Palmerston im englischen Parlament: er werde diese Flagge, wenn englische Kriegsschiffe ihr auf dem Meere begegneten, behandeln und zusammenschießen lassen wie die Flagge von Seeräubern. Auf dem Pariser Kongresse von 1856, welcher dem Krimkriege der europäischen Westmächte gegen Rußland ein Ende machte, wurde der preußische Gesandte zu den Berathungen gar nicht zugelassen, sondern nur zur Unterzeichnung der Beschlüsse, welche Andere gefaßt hatten.

Allen diesen unseres Volkes unwürdigen Zuständen machte die Errichtung des Norddeutschen Bundes, machten die 1866 geschlossenen geheimen Schutz- und Trutzbündnisse Preußens und Norddeutschlands mit den süddeutschen Staaten ein Ende für immer. In den drei Jahren von 1867 bis 1870 erstarkte die deutsche Volkskraft und Wehrkraft so gewaltig, daß sie 1870/71 die stärkste Waffenmacht Europas ohnmächtig in den Staub warf, daß unsere Einheit in Kaiser und Reich gewonnen ward und damit jene heilige unerschütterliche Grundlage, welche unser Volk in zwanzig Friedensjahren zu dem mächtigsten und angesehensten der Erde gemacht hat.

Was thaten nun unsere sozialdemokratischen Abgeordneten, um Deutschland nach ihren schwachen Kräften auf dieser Bahn des Ruhmes und der Kraft zu befördern, welche jedem Gliede unseres Volkes, naturgemäß auch jedem Arbeiter, förderlich war? Sie stimmten und sprachen gegen die Norddeutsche Bundesverfassung, gegen die Mittel zur Führung des uns von Frankreich aufgezwungenen Krieges, gegen Kaiser und Reich und die Verfassung des Reiches, gegen jedes Gesetz, welches uns stärker und einheitlich geschlossener machte, gegen jeden Groschen, welchen Bund und Reich im Laufe von 24 Jahren zu seinem Bestehen bedurfte!

Aber wenden wir unseren Blick auf die inneren Zustände

Deutschlands, insbesondere auf die Verhältnisse, unter welchen der deutsche Arbeiter lebte zu Beginn des Zeitraumes, von welchem wir reden, also bis 1866, 1867, ehe der Norddeutsche Bund seine Gesetzgebung begann. Damals war der deutsche Arbeiter nur in seinem Heimathsstaat geduldet, er war „Ausländer" in jedem anderen Staat. Wollte er dort Arbeit suchen, so bedurfte er eines Passes und mußte wieder heimkehren, wenn er nicht den Beweis erbrachte, daß er sich erhalten könne; erbrachte er aber diesen Beweis, so wurde er trotzdem unbarmherzig wieder nach der Grenze seines Heimathstaates abgeschoben, sobald er arbeitslos, hilfsbedürftig wurde, in Noth gerieth, selbst wenn er seine beste Jugend und Manneskraft in jenem „fremden Staate" jahrzehntelang verbraucht hatte. Zu einem selbstständigen Unternehmer und Gewerbetreibenden sich aufzuschwingen, durfte auch der fleißigste und sparsamste Arbeiter nicht hoffen, denn die Gewerbefreiheit war erst in den wenigsten deutschen Staaten eingeführt, so z. B. in Sachsen (seit 1861). Von einem freien Koalitionsrechte war keine Rede. Wenn der Arbeiter sich mit seinen Genossen beredete, die Arbeit einzustellen oder nur unter gewissen günstigeren Bedingungen fortzusetzen, so wurde er bestraft. Wollte der Arbeiter sich verheirathen, so bedurfte er in den meisten deutschen Staaten jener alten Zeit der Einwilligung der Gemeindebehörde seiner Heimath oder seines Aufenthaltsortes; und diese Genehmigung wurde erst ertheilt, wenn der Arbeiter den außerordentlich schwierigen Nachweis erbrachte, daß er im Stande sei, eine Familie zu erhalten. Gerieth der Arbeiter infolge von Krankheit, Unfällen, Sterbefällen in Schulden, so konnte ihm der hartherzige Gläubiger nicht nur einen mehr oder minder beträchtlichen Theil seines Lohnes pfänden lassen, sondern den Schuldner auch in Schuldhaft nehmen und damit seiner Familie den Ernährer rauben, bis der Arme zahlte. Verfehlte er sich gegen das Gesetz, so warteten seiner die harten Strafen der alten Strafgesetze, von welchen die meisten selbst die aus Hunger und Noth erfolgte Entwendung von Nahrungs- und Genußmitteln als gemeinen Diebstahl, bei schwereren Fällen (Anwendung von Nachschlüsseln, Einsteigen, Einbruch u. s. w.) sogar mit entehrender Zuchthausstrafe ahndeten. Ueberaus schwer wurden auch jeder Widerstand, jede Verletzung der öffentlichen Ordnung, selbst rein politische Vergehen bestraft. Das *preußische* Strafgesetzbuch von 1851, eines der besten bis 1870 bestehenden, strafte z. B. *vierzehn* Verbrechen mit dem Tode, das *deutsche* Strafgesetzbuch von 1870 nur *zwei* (den Mord und den Mordversuch gegen den Kaiser und die Bundesfürsten).

In den kurzen drei Jahren von 1867 bis 1870 hat der Norddeutsche Bund mit allen diesen Mißständen gründlich aufgeräumt, und alle seine Gesetze sind später vom Deutschen Reiche übernommen

worden. In diesen drei Jahren wurde sämmtlichen Bundesangehörigen, und vornehmlich den deutschen Arbeitern des Bundesgebietes gewährt die Freizügigkeit und Paßfreiheit, die Verehelichungsfreiheit, die Gewerbefreiheit mit der wichtigen Koalitionsfreiheit, das Heimathsrecht an jedem Orte nach zweijährigem Aufenthalt (Unterstützungswohnsitz), ein einheitliches und gleiches Recht der Bundesangehörigkeit und des Erwerbes der Staatsangehörigkeit in jedem beliebigen Bundesstaate, die Aufhebung der Schuldhaft und der Beschlagnahme des Arbeits- und Dienstlohnes, sofern dieser nicht 1500 Mark in dauernder Stellung überstieg; ein Genossenschaftsgesetz, ein einheitliches humanes Strafrecht. Der Arbeiter war mit einem Schlage ein freier, allen übrigen Klassen gleichberechtigter, ja durch das Verbot der Lohnbeschlagnahme vor den Mehrverdienenden bevorzugter Mann geworden.

Was haben nun die Herren Bebel und Liebknecht — sie allein kommen für jene drei Jahre als Abgeordnete der heutigen sozialdemokratischen Partei in Betracht — in dieser Zeitspanne beim Zustandekommen dieser Fülle von arbeiterfreundlichen, die Arbeiter befreienden Gesetze gethan. Nichts, gar nichts! Herr Liebknecht hat von 1867 bis 1870 zu keinem einzigen dieser Gesetze (mit Ausnahme des Strafgesetzbuchs, von welchem er nichts verstand,) auch nur den Mund aufgethan. Und Herr Bebel auch nicht. Sie haben nicht für ein einziges dieser Gesetze gestimmt, wohl aber in ihrer Presse und in ihren Volksversammlungen diese ganze Gesetzgebung nach Kräften den deutschen Arbeitern verächtlich gemacht und verekelt. Das und nur das hat der deutsche Arbeiter diesen beiden vornehmsten Sozialistenführern zu danken, und doch hat Herr Bebel später, am 20. März 1884 (Sten. Ber. S. 145) anerkennen müssen: „Die ganze Gesetzgebung von 1867 bis 1877 kann wohl mit wenigen Ausnahmen als ein Ausfluß der Herrschaft des liberalen Geistes in Deutschland angesehen werden, insbesondere auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung.“

Gleichwohl aber verhielten sich diese beiden Herren und ihr Reichstagsgefolge auch in dem Jahrzehnt von 1871 bis 1881 im Reichstag durchaus ablehnend, in ihrer Presse und in ihren Schriften noch aufreizender und verhetzender gegen alle Entwürfe und Gesetze, welche den Reichstag in diesem Jahrzehnt beschäftigten. Das im Jahre 1871 aus dem Schooße des Reichstages hervorgegangene Haftpflichtgesetz lehnten sie — trotz seiner ungeheuren Wichtigkeit für die Arbeiter — ab, weil es nicht alle Arbeiter gegen Betriebsunfälle sicher stellte. Als aber dann später das Reichs-Unfallversicherungsgesetz diesem Mangel abhalf, stimmten sie auch gegen dieses Gesetz! Nicht minder sprachen, schrieben und stimmten die

Herren gegen das gewaltige, Ende 1876 abgeschlossene Gesetzgebungswerk der deutschen Rechts- und Justizeinheit, obwohl diese selbstverständlich gerade für den Arbeiter (z. B. durch die Gewähr unentgeltlicher Rechtspflege an alle Unbemittelten im ganzen deutschen Reiche) vom größten Segen war. Bezeichnend für die verächtlichen Mittel, mit welchen Gesetze von solcher Bedeutung, und von so reichem Segen für den armen Mann, dem Arbeiter seiten der Sozialdemokratie verekelt wurden, diene die eine Thatsache, daß Herr Kayser sogar im offenen Reichstag die Lüge wagte: der Mann, welcher im Prozesse das Armenrecht sich geben lasse, verliere dadurch die politischen Ehrenrechte! (12. Dezember 1884, Sten. Ber. S. 324.) „Der Mann werde auf Jahre politisch ehrlos." Was mag der Frechling seinen „Genossen" erst unter vier Augen vorgeschwindelt haben! Im Reichstag von 1875/6 (Sten. Ber. S. 80) erklärte sich Herr Bebel im Namen seiner Partei entschieden gegen die Gewerbeordnungsnovelle und Hilfskassen und zwar — obwohl der Segen dieser Kassen für die gesammte deutsche Arbeiterschaft gar nicht zu bezweifeln war — nur deshalb, weil er fürchtete, die Fachvereine, die Brutstätten der deutschen Sozialdemokratie, könnten dadurch in ihrer „Freiheit" beschränkt werden (S. 81). Später dagegen, als das Krankenkassengesetz erlassen war, da reiste derselbe Herr in Deutschland herum und suchte seine Genossen zu überreden, die Wirkung des Krankenkassengesetzes dadurch zu vereiteln, daß sie an den von ihm früher verdammten Hilfskassen festhielten. Kurz, gegen jedes arbeiterfreundliche, die Arbeiter in ihrem Stande und Interesse schützende und stärkende Gesetz des Deutschen Reiches, sehen wir die sozialistischen Führer und deren Anhang auch in den Jahren 1871 bis 1881 im Deutschen Reichstag und außerhalb desselben reden, stimmen und wühlen. Ihre einzige, aber auch nur scheinbare Leistung für die Arbeiter in diesem Jahrzehnt ist der von ihnen 1877 im Reichstag (18. April, Sten. Ber. S. 567—576) eingebrachte Entwurf eines Arbeiterschutzgesetzes, ein trauriges Machwerk, zusammengestoppelt aus einigen Brocken englischer, französischer, schweizerischer Gesetze, welche auf deutsche Verhältnisse gar nicht paßten und ausgestopft wurden mit dem dürren und werthlosen Werg des Gothaer Programmes, dessen Arbeiterschutzforderungen schon Karl Marx 1875 für ebenso oberflächlich als ungenügend erklärt hatte. Dieses ganz elende Machwerk — welchem der Reichstag übergroßes Wohlwollen und unverdiente Ehre dadurch erwies, daß er es der Arbeiterschutzkommission und dem Bundesrathe als schätzbares Material überreichte, ist von 1867 bis 1885 der einzige Versuch positiv nützlicher Arbeit der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags zu Gunsten der deutschen Arbeiter gewesen und geblieben. Erst 1885

wurde von ihnen ein noch traurigeres Machwerk derselben Art fertig gebracht, welches sich mit dem schönen Wort „Arbeiterschutz-Gesetzentwurf" schmückte, in Wahrheit aber nichts anderes war, als der Versuch, das Sozialistengesetz zu sprengen, dem frechsten Treiben und Zwang der sozialistischen Hetzer zu Kontraktbruch und Streiks Straflosigkeit zu sichern, kurz, die bestehenden Gesetze in jeder Weise zu verhöhnen und zu durchbrechen. Das nennen die Herren einen Gesetzentwurf für Arbeiterschutz! Der sozialdemokratische Abgeordnete Pfannkuch sprach mit unfreiwilligem Humor das richtige Wort über diesen Entwurf, als er ihn am 2. Dezember 1885 im Reichstag einführte (Sten. Ber. S. 164): „Wir bringen dasselbe bischen Weisheit, das wir besitzen, auch in dieser Session wieder." In der That hatte schon Fürst Bismarck 1878 bemerkt: „Die Herren haben den Stein der Weisen auch nicht." Aber diese beiden im Laufe von 24 Jahren und bis heute einzigen Versuche der rothen Fraktion, eine positive Leistung zu Gunsten der Arbeiter ihrerseits zu bieten, zeigen, daß das kleine „bischen Weisheit", welches Herr Pfannkuch diesem Werke nachzurühmen wußte, immer nur darauf gerichtet ist, der sozialdemokratischen Partei, und nicht dem Arbeiterstand, zu dienen.

Wer hierüber noch irgend einen Zweifel hegen konnte, mußte völlig klar werden über die arbeiterfeindliche Gesinnung und Haltung der sozialdemokratischen Parteileitung in den Jahren 1881 bis 1891, diesem Jahrzehnt der deutschen Geschichte, welches mit der kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 jene gewaltige sozialpolitische Gesetzgebung einleitete, die der Kulturarbeit aller Völker wohl auf Jahrhunderte hinaus neue Marksteine setzt, und schon jetzt die Bewunderung und Nacheiferung aller Kulturvölker erregt. In dieser kurzen Zeitspanne ist das Krankenkassengesetz, das Unfallsversicherungsgesetz, das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz zu Stande gekommen und in Kraft getreten, außerdem noch in den Jahren 1890 und 1891 die für die Arbeiter außerordentlich wichtigen und segensreichen Gesetze der Einigungsämter und Schiedsgerichte und des Arbeiterschutzes. Das Ergebniß dieser gewaltigen Gesetzgebung zu Gunsten unserer Arbeiter ist kurz dieses: sie sind geschützt gegen alle Nachtheile, welche ihnen Krankheit und Verunglückung im Beruf, Altersschwäche oder vorzeitige Arbeitsunfähigkeit (Invalidität) bereiten könnten. Und die Lasten für die Versicherung gegen alle diese Widerwärtigkeiten und Nachtheile trägt zum größten Theile die Klasse der Arbeitgeber und das Reich. Die Einigungsämter sind dazu da, jede Meinungs- und Interessenverschiedenheit zwischen Arbeitgeber und Arbeiter gütlich, ohne Streit, zu ebnen; die Schiedsgerichte erledigen den ausgebrochenen Streit rasch, billig,

sachgemäß; Arbeiter und Arbeitgeber besetzen diese Gerichte wie die Einigungsämter. Das Arbeiterschutzgesetz endlich enthält durch Einschränkung der Sonntags-, Frauen- und Kinderarbeit, gegen das bisher gültige Recht, unleugbar ganz bedeutende Vortheile und Erleichterungen für die Arbeiter. Jeder wirkliche Arbeiterfreund mußte für diese Gesetze wirken und stimmen, den Arbeitern den ungeheuren Segen derselben klar machen, ihnen zeigen, daß kein Volk der Erde auch nur entfernt so kräftig und liebevoll für das Wohl der arbeitenden Klassen sorge, als das Deutsche Reich. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und Parteileitung hat von alledem das Gegentheil gethan. Sie hat im Reichstag gegen alle diese Gesetze gesprochen und gestimmt, dieselben dort und außerhalb des Reichstags in Rede und Schrift nach besten Kräften verhöhnt und verächtlich gemacht, und durch den Ton und Inhalt aller Reden und Schriften nicht den geringsten Zweifel darüber gelassen, daß die angeblichen Arbeiterfreunde, die angeblich einzigen Freunde des deutschen Arbeiters, dessen ärgste Feinde sind, da sie gegen die dem Wohle des Arbeiters förderlichsten Gesetze der ganzen Erde gestimmt, gewühlt, geredet und geschrieben haben, einzig und allein aus dem Grunde, weil sie voll erkennen, daß diese dem Arbeiterwohle dienende und förderliche Gesetzgebung die Zufriedenheit der Arbeiter erhöht, ihre Herzen zieht zu dem Vaterlande, dem Reiche, welches so Großes für sie leistet, und weil demnach diese Gesetzgebung der nur auf Verhetzung, Unfrieden, Neid, Haß und durch Betrug und Lüge künstlich erzeugten Unzufriedenheit aufgebauten tyrannischen Herrschaft der Sozialdemokratie ein Ende bereitet, mindestens die Schaaren ihres Gefolges beträchtlich lichtet, „die Dummen", welche sich von ihr bethören ließen, immer mehr „alle werden" läßt! Von Herrschsucht, Parteisucht, nicht von Arbeiterfreundlichkeit, ist das Wesen und Herz dieser Volksverführer erfüllt. Ihr Grundsatz heißt: „Unsere Partei, d. h. wir, die Führer, müssen herrschen, Euch Arbeiter gängeln, leiten und brandschatzen können, nach Belieben. Nicht Eure Zufriedenheit, Euer Wohl wollen wir, sondern Eure Unzufriedenheit, Euren wüthenden Haß und Neid gegen alles Bestehende, Eure Schweißgroschen, Euren blinden Gehorsam und Euren Beifall — im Uebrigen könnt Ihr zu Grunde gehen, wenn nur die Partei, d. h. unsere Herrschaft über Euch gedeiht!"

Einzig und allein von diesem arbeiterfeindlichen, von diesem herrschsüchtigen Parteistandpunkte aus lassen sich die in sich selbst unendlich widerspruchsvollen Aeußerungen erklären, welche sozialdemokratische Abgeordnete im Lauf der Jahre 1881 bis 1891 bei Berathung der sozialpolitischen und Arbeiterschutzgesetzgebung Deutschlands im Reichstag gesprochen haben. Von diesem arbeiter-

feindlichen Standpunkt der Parteityrannei aus erhalten dagegen alle diese Worte denselben Sinn, denselben Ton der starren Verneinung gegen Alles, was dem Arbeiter nützt, was der Herrschaft und Herrschsucht der Partei dagegen schadet. Heben wir aus den Hunderten derartiger Aeußerungen einige der bezeichnendsten heraus:

Am 4. Mai 1880 — also zu einer Zeit, wo noch gar kein sozialpolitischer Gesetzentwurf vorlag, die kaiserliche Botschaft von 1881 noch gar nicht ergangen war — hatte Herr Bebel sein Urtheil über diese ihm noch völlig unbekannten künftigen Dinge bereits abgeschlossen, und nicht blos sein eigenes, ja besonders gereiftes Urtheil, sondern auch dasjenige aller deutschen Arbeiter schon in der Tasche. Denn damals rief er (Sten. Ber. S. 1152):

„Auf Ihre positiven Maßregeln zu Gunsten der Arbeiter antworten die Arbeiter mit schallendem Gelächter.“ Dieses schallende Gelächter richtet sich heute freilich nicht gegen die Urheber der deutschen Sozialpolitik, sondern gegen die sogenannten Arbeiterfreunde, welche diese Gesetzgebung den Arbeitern zu vereiteln und zu verekeln suchten.

Herr Liebknecht sprach bei der ersten Berathung des Unfallversicherungsgesetzes 1881 (Sten. Ber. S. 1452) verächtlich:

von dem „Nachtwächterstaat, dem Büttelstaat, der als Zuchtmeister über den unterthänigen Menschen steht“ und wagte dann die wissentliche, durch die deutsche Gesetzgebung von 1867 bis 1887 und die stete Verneinung unserer Sozialdemokraten kräftig widerlegte Unwahrheit: „Wann haben Sie überhaupt etwas für den armen Mann gethan? Erst seitdem Sie gesehen haben, daß die unzufriedenen Arbeitermassen sich der Sozialdemokratie zuwenden, der einzigen Partei, welche bisher für die Arbeiter etwas gethan hat“ — d. h. welche gegen alle dem Arbeiter nützlichen Gesetze gewühlt und gestimmt hat! — und diese Dreistigkeit krönte Herr Liebknecht durch die von seinen Freunden später immer wiederholte Gaukelei: „die Sozialdemokratie sei die Urheberin der sozialpolitischen Gesetzgebung Deutschlands. Fürst Bismarck denkt uns zu haben, und wir haben ihn.“

Sehr deutlich stellte Hasenclever den Parteistandpunkt über das Arbeiterwohl in den Worten (10. Dezember 1881 Sten. Ber. S. 307):

„Solange die Peitsche des Ausnahmegesetzes in der einen Hand vom Regierungstische geschwungen wird, nimmt kein deutscher Arbeiter“ (als ob die deutschen Arbeiter alle Sozialdemokraten wären!) aus der anderen das Zuckerbrot der sozialpolitischen Gesetzgebung an.“ Wenn der Herr gesagt hätte: „kein Sozialdemokrat“, so war das immer noch eine starke Uebertreibung, sein Wort enthüllte aber wenigstens klar den arbeiter*feindlichen* Standpunkt der Führer.

Ganz ähnlich sprach sich Herr Kayser am 19. Januar 1882 bei Berathung des Unfallversicherungsgesetzes aus (Sten. Ber. S. 748):

„Das Gesetz hat dem Reichskanzler und der Reichsregierung in den Sympathien der Arbeiter genützt. Aber die politische Verwaltung und das politische System ist so, daß man in den Arbeiterkreisen (?)" — d. h. in den von der Sozialdemokratie verhetzten — „an die Ehrlichkeit (!) der sozialen Reformbestrebungen nicht recht glaubt. Es kommt uns vor als seien die Arbeiter nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck."

Und Herr Liebknecht sagte am 26. Januar 1882 (Sten. Ber. S. 972):

„Unter der Herrschaft des Staatssozialismus im reaktionären Staate hätte der Arbeiter ein doppeltes Joch (?!) der wirthschaftlichen und politischen Sklaverei (!) zu tragen. Deshalb hauptsächlich bekämpfen wir den Staatssozialismus."

In ehrliches Deutsch übersetzt, heißt das: „die Sozialpolitik macht den Arbeiter zum Freund des Reiches und öffnet ihm die Augen über die windigen Versprechungen der Sozialdemokratie und deshalb bekämpfen wir diese Gesetzgebung, die den Arbeiter von unserem „Joche" frei macht".

Herr von Vollmar kehrte den ganzen sozialistischen Parteidünkel und Eigennutz heraus in den Worten (13. Dezember 1882 Sten. Ber. S. 762):

„Die Sozialdemokraten geben nicht für Kleinigkeiten (!) das Recht ihrer (!) Erstgeburt hin. Diese sozialpolitischen Zugeständnisse werden nur zu reaktionären (!) Zwecken gemacht und gebraucht. Wir wollen nicht bloß kleine Nachbesserungen und Flickereien, für uns ist die soziale und politische Emanzipation untrennbar. Wir haben immer in erster Linie die politische Macht angestrebt. Kleinere oder größere Zugeständnisse, die Sie uns machen" — doch nicht ihnen, sondern dem deutschen Arbeiter! — „werden kein Titelchen von unserer Gesammtforderung streichen."

Herr Grillenberger war ebenso stolz und unzufrieden, als er am nämlichen Tage (Sten. Ber. S. 790) rief:

Was die Regierung uns geboten, sind keine Reformvorschläge. Aus den Vorlagen geht hervor, daß man den Arbeiterstande entweder nicht helfen will (!) oder aber die absolute (!) Unfähigkeit der Regierung irgend etwas (!) Brauchbares zu leisten (!). Die Arbeiter fallen schon deshalb nicht darauf hinein (!), weil sie" (? d. h. die von den Lügen der Sozialdemokratie Verhetzten) „an der Ehrlichkeit (?) der Regierung zweifeln, solange das Ausnahmegesetz besteht."

In demselben unbeschämten Tone sprach Herr Liebknecht am 11. Januar 1883, bei Gelegenheit der Begründung seines Antrags auf Aufhebung aller Ausnahmegesetze, dreist ab über die sozialpolitische Gesetzgebung (Sten. Ber. S. 834).|

„Sie haben bis heute nichts von Belang fertig gebracht. Auf den Trümmern der Arbeiterorganisationen (!) suchen Sie vergebens (!) etwas

zu schaffen. Wenn aus den Arbeitergesetzen, die dem Hause vorliegen, etwas werden soll, dann werden Sie zurückgreifen müssen auf das, was wir gethan (!!) haben" — das hieße auf nichts! — „dann werden Sie alles das anerkennen müssen, was unsere Partei von Anfang an erstrebt hat. Ihre sozialpolitischen Gesetze sind unnütze Maßregeln (S. 836)."

Herr Kayser, der Erzbanause der Partei, wagte Angesichts der erhabenen Worte der kaiserlichen Botschaft von 1881, am 11. Jan. 1882 im Reichstag seine Pöbelhaftigkeit durch die Aeußerung zu bekunden (Sten. Ber. S. 855):

„Die Arbeiter" (d. h. die Sozialisten) „müssen zu der Ueberzeugung kommen, daß man ihnen nichts anderes geben will, als die Sättigung der Sklaverei, und diese Sättigung soll natürlich auch keine andere sein, als die bekannte preußische Kommißbrod-Sättigung."

Herrn Stolle, dem Kneipwirth von Gesau in Sachsen, ging dagegen schon in der nächsten Sitzung das Tempo der Sozialgesetzgebung nicht schnell genug, er vermißte das Arbeiterschutzgesetz (Sten. Ber. S. 867) — und als es dann später kam, stimmten er und seine Freunde männiglich dagegen! Zugleich ist es höchst bezeichnend für die erlogene Arbeiterfreundlichkeit der Herren, daß sie immer dreister auf die sozialpolitische Gesetzgebung schimpfen — es gibt keinen anderen Ausdruck für ihre Worte — je unleugbarer diese Gesetze gelingen und ihre segensreiche Wirksamkeit unter den Arbeitern enthalten. Das Schimpfen ist von nun an das Kennzeichen aller rothen Kritik, welche gegen diese Gesetze geübt wird. So stellte der Erzbanause Kayser am 23. April 1883 (Sten. Ber. S. 2063) die dreiste Behauptung auf: „durch Empfang des Krankengeldes werde dem Arbeiter der Stempel der Infamie (!) aufgedrückt." Und Herr Dietz wagte im Namen der ganzen Partei (am 31. Mai 1883, Sten. Ber. S. 2691) zu sagen, um die Abstimmung der Partei gegen das Krankenkassengesetz zu begründen:

„Es bedeute nach vielen Richtungen hin sogar eine bedeutende Verschlechterung des gegenwärtigen Zustandes (!!), es sei ein Klassen- und Ausnahmegesetz (!)" — allerdings eine Ausnahme zu Gunsten der Arbeiter — „es trage einen politischen Gesammtcharakter (!) und was des Unsinns mehr ist.

Die Jugend Herrn v. Vollmars's war auch rasch fertig mit dem Schlußwort über den Unfallversicherungsentwurf, denn schon bei dessen erster Berathung im Reichstag, am 13. März 1884, sagte er (Sten. Ber. S. 35 flg.):

„Je länger die Geschichte währt, desto schlechter wird sie. Diese Vorlagen werden immer kurzathmiger und lebensmüder. Man hat das Gefühl, daß man zuviel versprochen hat und nichts halten kann. Jedenfalls werden wir Sozialdemokraten zur Schaffung einer neuen Klasse, einer

Klasse von bevorrechteten Arbeitern nimmermehr die Hand bieten!" Da liegt der Haas im Pfeffer! Alle Arbeiter müssen gleich arm und verlassen sich fühlen, nur dann kann der Weizen der Sozialdemokratie blühen! „Dieses Gesetz muß nothwendig zu einer weiteren ganz bedeutenden Konzentration des Kapitals führen" — kein Wort hiervon ist wahr geworden! Und nun folgt die dreiste Kaiserbeleidigung: „Niemals hat sich eine Firma" (d. h. der Kaiser in seiner Botschaft von 1881) „pomphafter, marktschreierischer angekündigt und ist jämmerlicher zu Grunde gegangen, hat elender Schiffbruch gelitten, als die Firma Sozialreform". Dieser Rohheit wurde dann noch die andere angereiht: „das gewisse Leute mit der sozialen Frage nur spielen" und aus solcher Spielerei auch dieses Gesetz eingebracht hätten. Mit diesen „anderen Leuten" war abermals der Kaiser und Bismarck gemeint. Und Herr von Vollmar ist noch so zu sagen der Gentleman der Partei!

Der Lyriker a. D. Hasenclever griff in die Saiten seiner alten rostigen Leier, indem er am 20. März 1884 sang (Sten. Ber. S. 135): „Diese sozialpolitischen Gesetze sind nur Experimente, bei denen man den Kapitalpelz waschen will, ohne ihn naß zu machen." Und Herr Bebel rief am nämlichen Tage dem Fürsten Bismarck höhnisch zu (Sten. Ber. S. 146): „Wir sind in der Sozialreform die Meister und Fürst Bismarck ist der Lehrling", worauf der Fürst den Dreistling mit den Worten abschüttelte (Sten. Ber. S. 162): „Ich fürchte, dieser Meister wird an seinem Lehrling nicht sehr viel Freude erleben."

Sehr treffend zeichnete Minister von Puttkamer in derselben Sitzung den ungeheueren grundsätzlichen Unterschied zwischen der Sozialpolitik der Regierung und der sozialdemokratischen Verhetzung (Sten. Ber. S. 158):

„Diejenigen befinden sich in einem vollkommenen Irrthum — ich will es nur ganz milde ausdrücken — welche die leiseste Verwandtschaft der sozialpolitischen Bestrebungen der Regierung mit der Sozialdemokratie behaupten. Gerade das Gegentheil ist der Fall. In Zeit und Methode bildet dasjenige, was die verbündeten Regierungen in arbeiterfreundlichem Sinne erstreben, den direktesten, unversöhnlichsten Gegensatz zu diesen Bestrebungen. Wir wollen die Reform und wollen durch die Reform die Revolution vermeiden. Die Sozialdemokratie will die Revolution, sie kann keine Reform gebrauchen, und deshalb, weil sie das nicht kann, muß sie naturgemäß sich auflehnen gegen alle diejenigen gesetzgeberischen Vorschläge, welche Ihnen die Regierung auf dem Gebiete der sozialpolitischen Reform macht."

Diesen scharfen treffenden Worten gegenüber gab Herr Liebknecht am folgenden Tage eine neue Loosung zur Herabwürdigung der sozialpolitischen Gesetze aus, welche fortan fast in jeder Rede der Partei wiederkehrt bis 1890. Er sagte nämlich (S. 191):

„Was der Herr Reichskanzler uns als Sozialreform auftischt, hat mit der wirklichen Sozialreform gar nichts zu thun (!). Was ist das Kranken-

kassengesetz? Ein Polizeigesetz (!) zur Regelung eines Theiles des Armenwesens. Was ist das Unfallgesetz? Was ist das große Gesetz, welches noch in nebelhafter Zukunft vor uns schwebt, das Invaliden- und Altersversorgungsgesetz? Ebenfalls ein solches Polizeigesetz zur Neuregelung eines Theiles des Armenwesens. Denn alle diejenigen Personen, welche auf Grund dieser Gesetze Unterstützungen empfangen sollen, müssen (?) schon nach den heutigen Gesetzen kraft unserer Armenordnungen Unterstützungen erhalten, nur in anderer Form (!). Mit dieser Reform werden Sie einer gewaltsamen Lösung der sozialen Frage sicherlich nicht vorbeugen."

Diese neue Loosung des Herrn Liebknecht, die wir kurz als die Armengesetzlegende bezeichnen können, fand später, bei Berathung des Altersversorgungsgesetzes (am 4. Dezember 1888, Sten. Ber. S. 161 flg.) eine vortreffliche Abfertigung Seiten des Unterstaatssekretairs von Marschall, welche wir gleich hier folgen lassen:

„Der Entwurf ist so wenig wie irgend eines der bisher erlassenen sozialpolitischen Gesetze ein Armengesetz. Er hat mit Armenpflege und Armengesetzgebung gar nichts zu thun. In keinem dieser Gesetze ist an irgend einer Stelle als Voraussetzung des Rentenbezugs die Bedürftigkeit des Betreffenden verlangt, und das ist doch die Grundlage jedes Armengesetzes. Aber der entscheidende Punkt liegt auf ganz anderer Seite. Ich sage: das, was die Armenpflege gewährt und ihrer Natur nach gewähren kann, und die Leistung, welche unsere Sozialgesetze vorsehen, diese beiderseitigen Leistungen haben rechtlich und sozialpolitisch einen so grundverschiedenen Charakter, sie beruhen auf so heterogener Grundlage, sie verfolgen so entgegengesetzte Zwecke, daß wer das Alles in einen Topf wirft, wie die Herren von der Sozialdemokratie, entweder agitatorische Zwecke verfolgt, oder aber völlig unbekannt ist mit den wirklichen Anschauungen und Verhältnissen des Lebens. (Sehr richtig!) Was kennzeichnet denn die Armenpflege? Daß es dem Einzelnen keinerlei Recht gibt, nur die Pflicht eines Verbandes feststellt, in dessen Gutfinden die Bemessung der Bezüge steht, und daß als Correlat (Rechtsfolge) für die Abhängigkeit des Einzelnen von der Armenpflege ihm das politische Wahlrecht, das wichtigste bürgerliche Recht, entzogen wird. Und was gewähren unsere sozialpolitischen Gesetze? Einen klagbaren Rechtsanspruch auf bestimmte Leistungen, unter voller Unversehrtheit der bürgerlichen und politischen Stellung des Empfängers. Und diese beiden Dinge sollen ein und dasselbe sein? Und der Unterschied ist nicht blos ein abstrakter juristischer. Nein, er wird in unserm Volksleben tief empfunden und übt da die einschneidendste Wirkung. Man hat in breiten Schichten unseres Volkes, und nicht zum wenigsten in den Kreisen der Arbeiter, ein sehr empfindliches Gefühl und eine sehr feine Unterscheidung für die Frage, ob die Bezüge, mit welchen Jemand seinen Lebensunterhalt fristet, die Eigenschaft eines Almosens, eines Gnadenbrotes tragen oder ob sie auf einer klagbaren Rente beruhen. Zwischen diesen beiden Arten von Empfängern besteht eine Kluft, die Sie durch keine rednerische Wortklauberei ausfüllen können, und wer heute mit der Behauptung auftritt, es sei dem deutschen Arbeiter gleichgültig, ob seine Bezüge den Charakter eines Almosens oder den Charakter einer klagbaren Rente tragen, der setzt sich nicht nur in Widerspruch mit tiefen festwurzelnden Anschauungen unseres

Volkes, der beleidigt geradezu unseren ganzen Arbeiterstand (sehr richtig rechts!), weil er ihm eine Gesinnung unterschiebt, die bei ihm, Gott Lob! nicht vorhanden ist. Die Herren sozialdemokratischen Abgeordneten mögen doch hingehen zu den Tausenden und Abertausenden versicherter Arbeiter, die heute auf Grund der Unfallversicherungsgesetze Renten bekommen, und ihnen sagen, daß sie mit dem Bezug einer Unfallrente der öffentlichen Armenpflege anheimgefallen seien: ich bin überzeugt, die Herren werden dann, und zwar aus den Reihen ihrer eigenen Parteigenossen, eine Antwort bekommen, mit welcher sie ganz sicherlich bescheiden in ihr stilles Kämmerlein zurückkehren werden. (Heiterkeit rechts.) Die Sozialpolitik und insbesondere der vorliegende Entwurf will nicht die Armenpflege regeln, sondern im Gegentheil verhindern, daß Arbeiter, wenn sie ihr ganzes Leben lang fleißig gearbeitet haben, am Schlusse ihrer Tage auf die unterste Stufe unseres sozialen Lebens, nämlich auf die Armenwirthschaft hinuntersinken. Und das, meine Herren, ist die Fortentwickelung der christlichen Idee, von welcher die Denkschrift des Jahres 1881 spricht, und welche die Herren Sozialdemokraten so vollkommen mißverstanden haben, vielleicht deshalb, weil sie mit dem Begriff der christlichen Idee nicht vollkommen vertraut sind. (Sehr richtig! rechts.)

Die Stellung der Sozialdemokratie diesem und den früheren sozialpolitischen Gesetzen gegenüber ist außerordentlich charakteristisch. Der Abgeordnete Liebknecht hat sich nicht gescheut zu erklären, daß im gegenwärtigen Augenblicke kein deutscher Arbeiter irgend etwas bekomme, was er nicht vor Erlassung der sozialpolitischen Gesetze auch schon bekommen hätte. Das sagte er angesichts der Thatsache, daß von Tausenden von Unfallrentnern höchstens 20 Prozent auf Grund des Haftpflichtgesetzes überhaupt etwas bekommen, also reichlich 80 Prozent überhaupt keinen Pfennig erhalten hätten, wenn die Unfallversicherung nicht eingeführt wäre. (Sehr richtig! rechts.) Diese Uebertreibung, diese ganze Haltung der sozialdemokratischen Partei diesen Gesetzen gegenüber, hat eine gute Seite, weil sie uns den Beweis liefert, daß wir uns auf dem richtigen Wege befinden (Ah! bei den Sozialdemokraten), weil sie uns den stärksten Antrieb bietet, unentwegt auf der Bahn zu bleiben, welche zu dem Ziele führt, welches die kaiserliche Botschaft vom Jahre 1881 gesteckt hat. Bei den geschmackvollen Ausdrücken Herrn Grillenbergers ‚offiziöse Hintergedanken', ‚Bettelgeld' will ich mich nicht länger aufhalten. Sie bedürfen keiner Widerlegung. Die eine Ueberzeugung steht fest in mir: Sie mögen vielleicht bei einigen Arbeitern diese Gesetzgebung verrufen, aber der anständige Theil der deutschen Arbeiter — und der bildet, Gott Lob! die große Mehrzahl — wird sehr bald erkennen, daß der vorliegende Entwurf auch in seiner Minimalrente dem deutschen Arbeiter in einem einzigen Jahre mehr bietet, als die ganze Sozialdemokratie ihnen zeitlebens gewähren kann und gewähren wird. (Lebhafter Beifall von allen Seiten.)"

Und am 10. Dezember 1888 setzte der Staatssekretair von Marschall dieser ausgezeichneten Rede noch die schönen und tiefen Worte hinzu (Sten. Ber. S. 219):

„Die Thatsache, daß das Deutsche Reich es ist, welches unter der Aegide seines ersten großen Kaisers dies Werk vollendet, wie es keinen Vorgang in der Gesetzgebung irgend eines anderen Landes hat, diese Thatsache bekundet die Macht und die Kraft des Reichsgedankens nach außen und innen in so auffälliger Weise, daß die Frage der Organisation dagegen vollständig in den Hintergrund tritt. Der Dank der deutschen Arbeiter für diese Gesetze wird dem Deutschen Reiche gehören und er wird das Band der Einheit fester knüpfen, welches alle Stämme Deutschlands und alle Klassen seiner Bevölkerung umschließt. (Lebhafter Beifall.)"

Nach diesen trefflichen Worten machen wir einen dicken Strich durch all die sozialdemokratischen Lügen und Schimpfreden, welche wir in Bezug auf die deutsche Sozialpolitik uns aus den Stenogr. Berichten des Reichstages von 1883 bis 1891 und aus den rothen Schriften, Kongressen und Preßartikeln derselben Jahre gesammelt haben und behalten diese Sammlung für uns. Denn keines dieser Schimpfworte erschüttert im geringsten die Wahrheit der Worte des Herrn von Marschall. Wir ergänzen diese überzeugenden Worte nur durch ebenso treffende, welche Minister von Bötticher, zu verschiedenen Zeiten im Reichstag über die sozialpolitische Gesetzgebung gesprochen hat. Sie bekunden ebenso nachdrücklich wie die Rede von Marschalls die Hoheit und den Ernst der Auffassung der höchsten Gewalten des Reiches bei Lösung dieser großen Frage. Minister von Bötticher sagte am 28. November 1888 (Sten. Ber. S. 40):

„In der Sozialpolitik will die Sozialdemokratie die Uebelstände fundamental anfassen. Da stehen wir auf einem durchaus andern Standpunkte. Wir suchen uns die einzelnen Uebelstände aus und erwägen die Möglichkeit, diese Uebelstände zu beseitigen. Mit der Parole ‚Armenpflege' kommen Sie nicht weiter. Denn pro Kopf des in Armenpflege Unterstützten werden nur 55 Mark ausgegeben, und das ist ein Minimum im Vergleiche zu dem, was jetzt zu Gunsten der verunglückten und erkrankten Arbeiter und in Zukunft für invalide Arbeiter gezahlt wird. Es ist schon deshalb keine Armenpflege, weil der Arbeiter zu diesen Leistungen selber herangezogen wird, weil er durch eigene Sparsamkeit den Topf füllt. Dem Arbeiter da von Armenpflege zu reden, mag sozialistisch sein, aber politisch und zutreffend ist es nicht. Allgemeine Verarmung soll bei uns herrschen, kolossaler Steuerdruck! In Frankreich, auf dessen ideale Zustände Herr Liebknecht mit besonderer Vorliebe verwiesen hat, kommen 62 Mark Steuern auf den Kopf, in Deutschland nur 42 Mark. Und was den Hinweis auf das politisch so glückliche Frankreich anlangt, so wollen wir Gott danken, daß wir keine Franzosen sind. Wenn Herr Liebknecht unsere ganze Politik als eine Politik der Verhetzung bezeichnet hat, so gebe ich ihm und seinen Freunden, namentlich aber seiner Presse, dieses Wort in vollem Umfange zurück. (Lebhafter Beifall.)"

Ferner sagte Minister von Bötticher am 30. März 1889 (Sten. Ber. S, 1130) bei Berathung des Altersversorgungsgesetzes:

„Den Herren Sozialisten ist das Gesetz unbequem, weil es in der That den standard of life (die Lebenshaltung) des Arbeiters verbessert. (Sehr richtig!) Denn es weist dem Arbeiter etwas zu, was er bisher nicht genießt. (Sehr richtig!) Diesen Vortheil empfindet der Arbeiter am eigenen Leibe, und eben weil diese Vortheile nicht zu leugnen sind, deshalb ist das Gesetz nothwendiger Weise den Herren der sozialdemokratischen Partei unbequem. (Widerspruch.) Ja, das kann Alles nichts helfen! (Heiterkeit.) Sie sagen sich, daß durch dieses Gesetz der Kreis der Unzufriedenen im Lande geringer wird und Unzufriedenheit ist der Boden, auf welchem Ihr Weizen blüht. (Sehr richtig!)“ — Und am 17. Mai 1889 setzte der Minister (Sten. Ber. S. 1799) hinzu: „Eine ganze Zahl von deutschen Arbeitern hat sich schon für die Durchführung auch dieses Gesetzes und weiter rundweg erklärt, von der sozialdemokratischen Unterstützung nichts wissen zu wollen. Allerseits drängen sich die Arbeiter mit dem Verlangen an uns, die erlassenen Gesetze auf möglichst weite Kreise, auf ihre Familienangehörigen u. s. w. auszudehnen. Wir wollen überhaupt keine Sozialreform im Sinne der Herren Sozialdemokraten, welche alle Theile unseres wirthschaftlichen Zustandes auf andere Bahnen bringt. Abgesehen von seiner Gefährlichkeit, wäre ein solches Programm überhaupt nicht aufstellbar und durchführbar. Wohl aber ist durchführbar die Beseitigung der dringendsten und berechtigtsten Klagen der Arbeiterbevölkerung, und unter diesen ist die Beschwerde über die Nothlage, welcher der invalide Arbeiter zur Zeit noch ausgesetzt ist, eine der dringendsten und berechtigtsten. Wir werden fortgesetzt schrittweise vorgehen und mit den Herren Sozialdemokraten kein Programm vereinbaren können, welches die Welt auf andere Stützen weist, auf unhaltbare Stützen. Die Herren wollen das belegte Butterbrod oder gar keines. (Große Heiterkeit.) Das wird der Arbeiter schon verstehen, daß die Herren ihm auch das unbelegte Butterbrod vorenthalten wollen.“

Schließlich sollen aber hier noch die trefflichen Worte stehen, welche Fürst Bismarck bei derselben Berathung am folgenden Tage (18. Mai 1889 Sten. Ber. S. 1831 flg.) sprach:

„Wenn gesagt wird, daß wir die Sozialdemokraten mit dieser Vorlage nicht gewinnen würden, so werden zwei Dinge vollständig verwechselt: die sozialdemokratischen Führer und die sozialdemokratischen Massen. (Sehr richtig!) Mit dieser Partei sind wir nicht wie mit einer anderen landsmannschaftlichen in ruhiger Diskussion; sie lebt mit uns im Kriege (Sehr richtig!) und sie wird zuschlagen, gerade so gut wie die Franzosen, sobald sie sich stark genug fühlt. Und diese Stärke vorzubereiten, nicht der großen Partei, sondern der Führer, ist ja die ganze Aufgabe ihrer Politik und alles, was diese Stärke zum Losschlagen, zur Erzeugung des Bürgerkrieges, zur Herstellung des Massentrittes der Arbeiterbataillone schädigen, hindern, hemmen kann, das werden sie natürlich bekämpfen. Also wird ihnen auch jedes Entgegenkommen für die Leiden des armen Mannes, welches von Staatswegen geschieht, hinderlich sein. Das mindert die Unzufriedenheit und Unzufriedenheit brauchen sie.“

So, lieber deutscher Arbeiter, sehen die Herren aus, welche

behaupten, Deine einzigen Freunde zu sein! Gott schütze mich vor meinen Freunden!" kannst Du ihnen zurufen. Denn da, wo sie wirklich einmal zu Deinen Gunsten etwas thun konnten, haben sie Dein Wohl verrathen, Dein Vertrauen aufs schmählichste betrogen. So sehen die Herren aus, welchen Du schon Millionen von Schweißgroschen geopfert hast — für nichts!

---

2. Die Verhetzung und Entsittlichung der Arbeiter durch unsere Sozialdemokratie.

(Schluß.)

„Nichts", sagten wir soeben, hätten Deine „angeblichen einzigen Freunde" für Dich gethan, Du lieber deutscher Arbeiter. Für Dich allerdings nichts, aber an und in Dir um so mehr. Wenigstens haben sie nach Kräften versucht, hier die Spuren ihres Treibens zu hinterlassen. Ob mit Erfolg, das steht bei Dir. Vielleicht aber finden diese Zeilen gerade zur rechten Zeit Eingang bei Dir, in einem Augenblicke, da Du Deine Entscheidung treffen wolltest, ob Du ihren Lockungen Gehör schenken sollst oder nicht. Wohlan, so laßt uns betrachten, welcher Art die Spuren sind, die sie in den von ihnen befallenen Arbeitern als Beweise ihrer Freundschaft und Freundlichkeit, als einzige Folgen ihrer Thätigkeit, zurückgelassen haben — und ich hoffe, dann wirst Du sagen: diese Spuren ihres Thuns sind noch unverantwortlicher, noch furchtbarer und schändlicher gegenüber Euch armen Arbeitern, die Ihr diese Eure Verführer mit Euren Schweißgroschen an einem sorglosen und bequemen Leben erhaltet, als jenes im vorigen Kapitel geschilderte schmachvolle Nichtsthun auf Eure Kosten, welches in 24 Jahren nicht die kleinste Frucht für Euch gezeitigt hat!

Schau Dir doch einmal einen der völlig „zielbewußten Genossen" an, einen der „Abgebrühtesten", wie der verstorbene Sozialistenführer Hasenclever in einem lichten Augenblicke von Ehrlichkeit diese bestangerauchte Menschensorte nannte. Der „Zielbewußte" hat in Deinen Augen vielleicht etwas Verführerisches; ein Etwas, daß Du denkst: so Einer möchtest Du auch werden. Denn erstlich sieht man seinen wohlgepflegten Händen, seinem wohlgenährten Gesicht und seinem Bäuchlein an, daß er an Deinen Schweißgroschen wohllebt und sich keiner anstrengenden Arbeit hingibt, daß er, wenn er im vollen Brustton anhebt: „Wir Arbeiter!" vergißt hinzuzufügen, daß er selbst höchstens ein „Arbeiter a. D." ist; und wenn es wahr ist, daß er große Schmerzen und Sorgen um Dich und Deiner Standesgenossen Loos und Lage in seinem Haupt und Herzen Tag

und Nacht auf- und abwälzt — dann gehört unser „Zielbewußter" mit seinem stattlichen sorgenfreien Aeußern zu jenen Glücklichen, welche gleich dem alten lustigen Knaben Sir John Falstaff, die Entdeckung gemacht haben, daß die Sorgen aufblähen, und dabei wurde Falstaff einer der rundesten Herren von Altengland.

Aber Dein Auge haftet nicht blos an diesen Aeußerlichkeiten, welche Dir begehrenswerth erscheinen. Etwas Anderes, was der „Zielbewußte" in hohem Maße besitzt, dünkt Dir noch viel wichtiger, köstlicher. Er spricht über Alles mit der größten Sicherheit und Unfehlbarkeit. Er behauptet, daß die „Wissenschaft", welche er und seine Partei inne hat, diese schöne Sicherheit und Gewalt verleihe, aller irdischen und überirdischen Dinge Herr zu werden, an welche Du in Deiner frommen Einfalt kaum mit Zweifeln zu rühren wagtest. Zum Beweise seiner „Wissenschaft" brennt er Dir ein Feuerwerk von Fremdwörtern ab, daß Dir im Kopfe so dumm wird, als ginge Dir ein Mühlrad darin herum, und Dir Deine liebe Muttersprache ganz armselig vorkommt. Gelingt es Dir, den „wissenschaftlichen" Herrn mal unter vier Augen zu fragen, was denn die nächsten drei Dutzend Fremdwörter, welche Dir einfallen, auf Deutsch heißen, so wird er Dir verlegen antworten, er habe jetzt keine Zeit dazu; aber andere Kameraden, die ihn besser kennen, werden Dir antworten, daß er das selbst nicht wisse, und alle andern „Zielbewußten" auch nicht, und daß die ganze „Wissenschaft", welche sie besitzen, aus einigen auswendig gelernten Kraftstellen einiger Broschüren der Herren Liebknecht und Bebel, einiger Wahlflugblätter oder älterer Parteiblätter besteht, oder aus einigen geheimen Traktätchen genommen ist, welche die Parteileitung an ihre Agitatoren versendet, und welche diese auswendig lernen müssen. In der That wirst Du bemerken, daß der „Zielbewußte" immer nur eine Rede auf Lager hat, wenn es hoch kommt zwei, etwa eine über Streiks und eine über die Massenarmuth; von beiden weiß er aber auch nicht viel mehr zu sagen, als daß die Streiks eine zweischneidige Waffe sind, und daß die Massenarmuth von der allgemeinen „poverté" komme; das wußte aber der alte biedere Unkel Bräsig auch schon, ohne daß er sich deshalb für eine Leuchte der Wissenschaft hielt oder Arbeitergroschen für seine Offenbarungen einsammelte. Die „Wissenschaft" des „Zielbewußten", welche er in den kurzen vier Wochen seines Uebergangs vom Arbeiter zum Parteibummler in sich hineinstopfte, hat nun bereits viel von ihrem berückenden Glanze bei Dir verloren. Immerhin aber hinterläßt es Dir einen tiefen Eindruck, daß ein einfacher Arbeiter, wie Du selbst bist, so rasch mit Gott, Vaterland, Gesetz und Ordnung, fertig werden konnte, daß er mit grimmiger Verachtung blickt auf die Arbeit, die „menschenentwürdigende Lohnsklaverei"; daß er Alles daran setzt, auch in Euch,

seinen einstigen Arbeitsgenossen, die Zucht und Treue in der Arbeit, die Arbeitsfreunde, jedes menschlich trauliche Verhältniß zu Eurem Arbeitgeber, zur menschlichen Gesellschaft, zu Eurem Vaterlande, zu Eurem Gotte zu zerstören und alles dieses Euch zu verekeln; daß er mit Hohn und Spott spricht von Euren Sorgen um Weib und Kind und Eurem schlichten Haushalt, indem er Euch dagegen die Freuden der freien Liebe, der Staatsfindelhäuser und -Erziehungsanstalten in der kommunistischen Zukunftsgesellschaft gar herrlich ausmalt, und Euch ganz klar darüber macht, daß nur ein Mittel zu diesem Ziele führt: die gewaltsame blutige Revolution zum Zwecke des völligen Umsturzes aller bestehenden staatlichen und menschlichen Ordnung, zum Zwecke der gewaltsamen Enteignung aller Besitzenden und der Verwandlung alles Privateigenthums zu solchem der kommunistischen Zukunftsgesellschaft.

Weißt Du sicher, daß der Mann, der „Zielbewußte", wirklich in seinem Innern mit all diesen Dingen fertig ist? Und sehnst Du Dich wirklich danach, zu werden wie er geworden ist, fertig mit Allem? Weißt Du, wie Du dann Dein Leben fortan führen wirst, wie es alle Diejenigen führen müssen, welche wirklich „zielbewußte Sozialdemokraten" sind? Ich will es Dir sagen.

Nehmen wir an, sie hätten fertig gemacht, ganz fertig mit Gott. Da kehrt Krankheit in ihr Haus ein, ihr Weib, ein Kind ringt mit dem Tode; ein Stöhnen, vielleicht das letzte, entringt sich der Brust der Leidenden, und wenn es das letzte wäre, was dann? — dann ist es fertig, mit dem Menschen, wie mit dem Thier, kein Leben nach dem Tode, kein Wiedersehen. Trotzig und trostleer blickt der Zielbewußte auf zum kalten, schweigenden Nachthimmel, zum Glanze der ewigen Sterne, — ach, wohnte doch dort oben noch der barmherzige, gütige Vater, an welchen er früher glaubte!

Denn einstmals hat auch über seiner Wiege,
Ein Mutterwort gebetet und gesungen.

Aber der gütige Gott ist vom „Genossen" Liebknecht ja längst „aus seinem Himmel geworfen". Was könnte Der noch helfen? Da, horch, ein kurzes, heißes Gebetswort aus dem Munde eines größeren Kindes, welches mit am Bette der Mutter, des Brüderchens wacht. Und dabei schlingen sich die Hände von Mutter und Tochter inbrünstig zusammen, so daß der Zielbewußte den Fluch hinunterwürgt, welcher ihm schon gegen sein frommes Kind auf den Lippen stand. Ist solch ein Leben trostreich, ist es menschenwürdig?

Der „Zielbewußte" ist auch fertig mit seinem Vaterlande. Er war Zeuge des ungeheuren Schmerzes, der herzbewegenden Trauer des ganzen Volkes, als unser großer Kaiser Wilhelm starb, als in der Blüthe der Jahre sein erlauchter Sohn, Kaiser Friedrich,

ihm zur Gruft folgte. Aber er hat die Trauernden nur verlacht, gerade wie seine Parteipresse es that. Der junge Kaiser zieht ein in der ganzen Kraft und Herrlichkeit seiner Jugend und seiner Würde. Alles Volk jauchzt ihm zu, nicht am wenigsten die Arbeiter ihrem Arbeiterkaiser. Der „Zielbewußte“ wendet sich mit grimmigem Hohnlachen ab. Denn in seinem Herzen wohnt keine Ehrfurcht und kein Vertrauen für den Träger der deutschen Kaiserkrone. Er haßt ihn so bitter, wie das Reich, wie das deutsche Vaterland, welches diese starke Hand leitet. Und daß das Volk, daß auch ungezählte Arbeiterschaaren, dem Herrscher zujubeln und seinen Wagen begeistert umdrängen, während doch der „Vorwärts“ immer nur von zwangsweise gezüchtetem „Loyalitätsdusel“ zu reden weiß, das verdoppelt den Ingrimm des „Zielbewußten“, denn um so saurer ist noch die Arbeit, der Weg zum Ziele der blutigen Revolution, welche diesen Kaiserthron und das Reich in Scherben schlagen soll. Aus tausend Zeugnissen jedes Tages dringt so klar wie das Sonnenlicht die Gewißheit in das vergrimmte und verdüsterte Herz des Vaterlandslosen, daß das Deutsche Reich stolz und mächtig dasteht, immer tiefer Wurzeln schlägt in den beglückten Herzen des gesammten einigen Volkes, daß es weise und entschlossen arbeitet Jahr für Jahr an seinem inneren und äußeren Frieden, daß insbesondere die deutsche sozialpolitische Gesetzgebung von Tausenden und Abertausenden von Arbeitern schon jetzt Noth und Sorge genommen hat, und deshalb von ihnen gesegnet wird. Und dennoch muß der „Zielbewußte“ dieses Vaterland hassen, befeinden, zertrümmern, soweit es in seiner Macht liegt. Ist diese Gesinnung für einen Deutschen beglückend, eines deutschen Mannes würdig?

Nun zu dem Jammerbilde, welches die sozialdemokratische Verhetzung aus dem deutschen Arbeiter als solchem, als Standesangehörigem, macht, aus seiner Arbeitsfreude und Arbeitsehre, aus seinem Pflicht- und Ehrgefühl. Da wird zunächst die Lüge aufgestellt, daß die Arbeit nichts sei, als „Lohnsklaverei“, daß sie den Menschen „entwürdige“. Dieser infamen Lüge gegenüber ist doch die Thatsache höchst merkwürdig, daß vorzugsweise gerade in den freiesten Staaten der Erde, in Nordamerika und in der Schweiz, jede menschliche Arbeit von der bürgerlichen Gesellschaft völlig gleich geschätzt wird, so daß Niemand sich schämt, mit seinen beiden gesunden Armen durch Handarbeit, auch durch die sauerste und gemeinste, sein Brod zu verdienen, wenn es in anderer Weise nicht geht, daß in diesen beiden Republiken die Männer auf- und absteigen, ohne jede Minderung oder Erhöhung ihrer bürgerlichen Ehre, von dem Pfluge und Karst in die Regierung und wieder von den Regierungsfesseln zu Pflug und Karst zurückkehren. Und wäre es bei uns Deutschen je anders gewesen? Welcher lebende

Deutsche hat jemals in dem „Arbeiter" im Wortsinne unserer Sozialdemokratie, d. h. in dem Manne, welcher nichts besitzt, als die gesunde Kraft seiner Arme und Hände und seines Leibes, und sich mit dieser Arbeit sein Brod ehrlich verdient, ein weniger ehrenwerthes und weniger nützliches Glied unserer Gesellschaft erblickt, als in dem Kaufmann, dem Beamten, dem Gelehrten und dem Rentner? Aller Schimpf, alle Beleidigung und Entwürdigung, welche über die Arbeit unserer „Arbeiter" ausgegossen worden, ist lediglich sozialdemokratischen Ursprungs, Unrath und Auswurf sozialdemokratischer Verhetzung! Je höher Jemand aufsteigt in seiner sittlichen und geistigen Bildung und Erkenntniß, um so höher muß ihm auch der Werth treuer menschlicher Arbeit jeder Art steigen. Sie wird ihm zum Adel des Menschen, ja zu mehr noch, zum höchsten und edelsten Lebensbedürfniß, zur reichsten Quelle der äußeren und inneren Befriedigung, zum nieversagenden Troste, welcher auch über die schwersten Prüfungen und Schickungen hinüberträgt auf Engelsschwingen! In diesem Sinne hat Gottfried Keller — ein Republikaner und weit vorgeschrittener Freiheitsmann, meine Herren Sozialdemokraten! — die schönen Verse gedichtet:

Arbeit ist das wärmste Hemde,
Frischer Quell in Wüstensand,
Stab und Zelt in weiter Fremde,
Und das beste Heimathland!

Und als wende sich Gottfried Keller in seinem allezeit kräftigen Zorn direkt gegen die sozialdemokratischen Hetzer, fährt er fort:

Vaterland, so wirst Du siegen,
Aller Welt an Ehren gleich,
Laß die Spreu von dannen fliegen!
Deine Arbeit macht Dich reich!*)

Der „zielbewußte Sozialdemokrat" darf nichts von Arbeitsfreude, von Arbeitsstolz empfinden. Im Bewußtsein, zur „Lohnsklaverei" verdammt zu sein, und durch diese sein Menschenantlitz zu „entwürdigen", soll er sich des Morgens von seinem Lager erheben, und mit einem bitteren Fluch auf dieses Hundeleben sein Tagewerk beginnen. Allenfalls ist ihm noch erlaubt, ehe er sich auf den Weg zur Arbeitsstelle macht, daheim auch Frau und Kinder zu verwünschen, weil er diese von seinem Lohn auch noch füttern, und

---

*) Diese Verse finden sich nicht in der Sammlung von Gottfried Keller's Gedichten. Sie wurden geschrieben zur Eröffnung der schweizerischen Industrieausstellung in Zürich, 1883.

weil er der Frau auch gar noch die eheliche Treue halten muß, während in der kommunistischen Zukunftsgesellschaft die Zukunftsfamilie von Staatswegen abgefüttert, die Kinder vom Staat erzogen werden, und die freie Liebe die ganze Welt zum Bordell macht und das Geschlechtsleben des Zukunftsmenschen zur „reinsten Karnickelwirthschaft", wie mein Freund Dr. Götz, der frühere Abgeordnete für Leipzig-Land, die Sache treffend bezeichnete.

Aber nicht blos die Familie, nicht blos die Arbeit, ist dem „Zielbewußten" durch die verhetzende jahrelange Lügensaat der Führer verekelt, sondern namentlich auch die Arbeitstreue, die Pflichterfüllung, jede Beziehung zu dem Arbeitgeber, zu dem Manne, welcher dem Arbeiter Brod gibt, und Gott sei Dank in den allermeisten Fällen auch noch mehr als Brod, auch etwas Liebe, einen guten Theil seines Herzens und Gemüthes. Ja, dieser Mann muß schon in einfacher Erfüllung der sozialpolitischen Gesetze des Reiches einen erheblichen Theil seines Jahresverdienstes dazu verwenden, um seine Arbeiter gegen Unfälle, gegen Invalidität und Altersschwäche zu versichern. Der „Zielbewußte" darf nichts von alledem sehen und anerkennen. Er darf nichts von Herz und Gemüth offenbaren, noch sich offenbaren lassen, nichts von Dankbarkeit, am wenigsten gegenüber dem Menschen, welcher ihm nächst den Seinen doch immerhin der nächste ist, da des Arbeiters Lebensführung von diesem abhängt — gegenüber dem Arbeitgeber. Der Arbeiter darf und muß den Arbeitgeber nur *hassen* bis in den Tod, daneben ihn *beneiden*. Denn nach der sozialistischen Grundlehre ist der Arbeitgeber der Räuber, der herzlose Ausbeuter und Vampyr, welcher den Arbeiter um den richtigen, wahren Lohn seiner Arbeit betrügt, welcher die goldene Frucht der Arbeit dem Arbeiter stiehlt und sich mit dem sauren Schweiße des Arbeiters mästet und die Taschen füllt, während er dem Arbeiter, der Alles schafft, nur einen Hungerlohn zahlt, ihn darben läßt. Der Grundirrthum dieser schändlichen Lehre ist an einer anderen Stelle dieses Buches (S. 165 flg.) dargelegt worden. Aber diese lügenhafte Vorspiegelung vom Raube des Unternehmergewinnes, von dem alleinigen Werth aller Arbeit, ist noch nicht das schlimmste Gift, welches in die Herzen deutscher Arbeiter ausgesät wird, um diese unheilbar mit ihrem Lohngeber zu verfeinden. Weit schlimmer noch ist die Lüge, daß der Arbeitgeber, der „Kapitalismus" überhaupt, gegen den Arbeiter einen rücksichts- und erbarmungslosen *Klassenkampf* führen und führen müsse und werde solange, bis der Arbeiter seinerseits, vermöge seiner größeren Zahl und vereinten leiblichen Kraft, in diesem Klassenkampf den Sieg, den Sieg des „Proletariats", erstritten habe. Dann beginne die allgemeine Seligkeit für Alle.

Wie die Sozialdemokratie die Lüge von der entwürdigenden

Eigenschaft der Arbeit erfunden hat, so hat sie allein auch das Lügenmärchen vom Klassenkampf erfunden. Kein Mensch hat vor ihr etwas davon verspürt und selbst ihre infamsten Verhetzungen haben nicht vermocht auf Seiten der Arbeitgeber, der Unternehmer, des Kapitalismus, irgend etwas zu erzeugen, was wie unbarmherziger Klassenkampf aussieht. Das Einzige, was geschehen ist, erfolgte zur Abwehr frivolen Kontraktbruches und gewissenloser Streiks durch die Unternehmervereinigungen; ein Akt reinster Nothwehr, keineswegs des Angriffskampfes oder des Klassenkampfes; zugleich eine Maßregel recht eigentlich zum Schutze der Arbeiter gegen die Verhetzungen und Verlockungen gewissenloser Verführer, und daher eine Bestätigung des alten, unserer Sozialdemokratie freilich ganz unbekannten Satzes wirthschaftlicher Erfahrungsweisheit: daß alle berechtigten Interessen harmonisch sind, zusammenklingen und zusammenhalten.

Wer sich so recht überzeugen will von der wissentlichen Unwahrheit der Behauptung unserer Rothen, daß der „Kapitalismus" einen erbarmungslosen Klassenkampf gegen die Arbeiter führe, und daß dieser Klassenkampf unsere Arbeiterschaaren daher auch zu einem ebenso schonungslosen Klassenkampf gegen die gesammte übrige „reaktionäre Masse" der bürgerlichen Gesellschaft zwinge, der mag die stetig steigende Lebenshaltung unserer Arbeiter durch die verschiedenen Jahrzehnte unseres Jahrhunderts verfolgen. Von dem grauenvollen Elend, in welchem mein Vater in einer kleinen Kölner Bürger= — nicht Arbeiter= — Familie im zweiten Jahrzehnt des Jahrhunderts als Kind aufwuchs, hat heute, Gott sei Dank, auch die allerärmste deutsche Arbeiterfamilie keine Ahnung mehr! Damals, nach dem Hungerjahre von 1817, dankte seine Mutter auf offenem Markte Gott auf den Knien, als es wieder Brennesseln als Gemüse zu kaufen gab. Und der kleine Robert Blum las auf der Straße jedes der Reiskörnchen und Gräupchen sorgfältig zusammen, welche er beim überfreudigen Heimwärtshasten verschüttet hatte, nachdem seiner damals schon beträchtlichen Beredsamkeit gelungen war, das Herz eines wohlhabenden Oheims für die Nothlage der Verwandten zu erschließen. Wenn heute einmal Noth an die Thür unserer Arbeiter klopft, so steht zugleich der Segen der sozialpolitischen Gesetze unseres Reiches vor derselben Thüre. Außer in den Fällen, welche durch diese Gesetze vorgesehen sind, klopft wirkliche Noth — bei vernünftiger und wirthschaftlicher Lebensführung — schon deshalb nur ganz selten an die Thür unserer Arbeiter, weil die Lebenshaltung derselben, Dank den stetig steigenden Löhnen, von Jahr zu Jahr in unserem Jahrhundert eine bessere, höhere geworden ist, lange bevor die Sozialdemokratie den Schlachtruf des Klassenkampfes erhob. Und auch seitdem die rothe Partei auf den Platz getreten ist, haben sich,

zum Beweise ihrer völligen Ohnmacht gegenüber den die gesammte Gesellschaft beherrschenden Gesetzen, die Löhne ermäßigt in Zeiten wirthschaftlicher Krisen, von selbst erhöht in Zeiten wirthschaftlichen Aufschwunges; aber auch in den letzten 28 Jahren, solange es deutsche Sozialdemokraten giebt, ist trotz aller ihrer Aufhetzung, trotz aller ihrer wenigen glücklichen und zahllosen verunglückten Streiks, die Lebenshaltung unserer Arbeiterfamilien eine ebenso langsam und stetig ansteigend bessere geworden, als in den früheren Jahrzehnten. Dieser an sich schon vollgültige Beweis gegen die Lügenhaftigkeit der Legende eines bestehenden Klassenkampfes wird vervollständigt durch die schon im ersten Theile dieses Abschnittes (von der angeblichen „Arbeiterfreundlichkeit unserer Sozialdemokratie") ausführlich erörterte Thatsache, daß alle unsere Arbeiterschaft befreienden, sie schützenden, sie im Kampfe um's Dasein stützenden und ihre Noth und Sorge mildernden Gesetze hervorgerufen und in's Leben getreten sind durch die Arbeit und Fürsorge der Regierung in Verbindung mit jenen „bürgerlichen" Parteien, welche nach der sozialdemokratischen Lüge angeblich zum schonungslosen Vernichtungskampfe gegen die Arbeiter verbündet sein sollen!

Um dem Arbeiter nun vollends die Hoffnung zu nehmen, daß er etwa durch Fleiß und Sparsamkeit es weiter bringen oder unter günstigen Lohnverhältnissen, bei einem — ganz ausnahmsweise — menschlichen Arbeitgeber am Ende selbst Unternehmer und „Kapitalist" werden könne, hatte die sozialdemokratische Verhetzung die weitere Lüge des sogenannten ehernen Lohngesetzes erfunden und in das Gothaer Programm von 1875 aufgenommen. Danach sollte angeblich das unerbittliche, ausnahmslose, „eherne" Naturgesetz die Welt beherrschen, daß der Arbeitslohn niemals höher steigen könne, als zum nothdürftigen Lebensunterhalt des Arbeiters und seiner Familie nöthig sei. Ein solches „Naturgesetz" hat natürlich zu keiner Stunde die Welt jemals beherrscht und zu keiner Zeit hat das die Lohnfrage wirklich regelnde Gesetz, d. h. das Erfahrungsergebniß, der heutigen Wirthschaftsordnung jemals den schrecklichen Inhalt und die trostlose Form angenommen, daß der Arbeiter unter keinen Umständen mehr erwerben könne, als seinen nothdürftigen Lebensunterhalt. Vielmehr läßt sich das Grundgesetz der Lohnhöhe in der heutigen wirthschaftlichen Gesellschaft nur so richtig ausdrücken: jeder Arbeiter, welcher von seiner Arbeit sein Leben fristet, muß in dem Lohne seiner Arbeit soviel erhalten, und erhält auch in diesem Lohne soviel, daß er mit den Seinigen seine gewohnheitsmäßigen Bedürfnisse befriedigen kann und befriedigt. Dieses allein in Wahrheit bestehende Gesetz hat durchaus nichts Grausames, Niederdrückendes, alle Hoffnung und Lebensfreude Ertödtendes an sich, sondern im Gegentheil etwas Befriedigendes, da

es besagt: daß das Einkommen jedes arbeitenden Menschen mit seinem gewohnheitsmäßigen Lebensbedarf zusammenfällt; keineswegs blos das des Arbeiters, sondern das der gesammten arbeitenden Menschheit: des Beamten, Gelehrten, Schriftstellers, Buchhalters, Geistlichen, Ingenieurs, Schiffskapitains gerade so gut, wie das des Hand- und Fabrikarbeiters. Nun richtet sich aber der „gewohnheitsmäßige" Bedarf aller dieser Arbeiter des Geistes wie der Hand nach den „Gewohnheiten" des Standes, der Lebensführung u. s. w., welchen der Einzelne angehört, und diese „Gewohnheiten" pflegen in den Zeiten stetig steigender Kultur auch stetig feinere und anspruchsvollere zu werden. Also auch diese gesteigerten, die Lebenshaltung jedes Arbeiters stetig hebenden Bedürfnisse des modernen Kulturlebens befriedigt das in Wahrheit bestehende Lohngesetz. Und erfreulicherweise hat auch unser Arbeiterstand reichlichen Gebrauch davon gemacht, seine Lebenshaltung nach den gesteigerten Bedürfnissen des fortschreitenden Kulturlebens zu verbessern.

Die ganze Schändlichkeit und Arbeiterfeindlichkeit der sozialdemokratischen Lüge und Verhetzung zeigt sich nun wohl im grauenhaftesten Maßstabe an der furchtbaren Thatsache, daß die Führer der rothen Partei seit 27 Jahren nicht blos dieses milde und menschenfreundliche „Gesetz" so auslegten, als halte es mit unerbittlicher Natur-Nothwendigkeit den Arbeiter im Elend fest, hindere ihn unbedingt und überall daran, mehr, als den nothdürftigsten Lebensunterhalt zu erwerben, — sondern daß diese Führer seit 27 Jahren das auch thaten mit dem kaltsinnigen, menchlerischen Bewußtsein, daß sie logen, und den Arbeitern durch diese wissentliche Lüge die letzte Lebenshoffnung und einzige Lebensfreude knickten. Denn Karl Marx hatte schon sofort, nachdem Lassalle „das eherne Lohngesetz" als unabänderliches Weltgesetz verkündete, dies für unrichtig erklärt und in seinen ofterwähnten „Randglossen" zum Gothaer Parteiprogramm von 1875 (oben S. 64 flg.) sich über das „eherne Lohngesetz" lustig gemacht, dessen Unsinn überzeugend dargethan, und namentlich darauf verwiesen, daß, wenn dieses trostlose Gesetz überhaupt jenes weltbeherrschende ausnahmslose Naturgesetz wäre, für welches es ausgegeben wird, es dann selbstverständlich auch im seligen Zukunftsstaate der Kommunisten gelten, und dem Arbeiter auch dort jede Hoffnung auf Lebensfreude und Lebensgenuß rauben müßte. Die Furcht, daß diese Einsicht bei dem denkenden Theile der Arbeiter um sich greifen könne, und dann sofort die ganze Parteiheerfolge des Herrn Liebknecht in Luft und Dunst verwandeln müsse, diese Furcht war der einzige Anlaß zu dem verblüffenden Geständnisse, mit welchem er plötzlich im Oktober 1890 vor den Parteikongreß in Halle trat (Protokoll S. 167):

„Ein ehernes Lohngesetz, das mußten wir uns schon in Gotha sagen, existirt thatsächlich nicht. Der Ausdruck ist agitatorisch von Lassalle gebraucht worden und hat seinen Zweck auch herrlich erfüllt!“

Jedes dieser Worte kann nicht niedrig genug gehängt werden. Denn der Redner, oder richtiger der Berichterstatter der ganzen Partei über ihr Programm, gesteht nicht blos ein, daß die „wissenden“ Führer die unwissenden Parteigenossen seit 27 Jahren „agitatorisch“, d. h. wissentlich auf's schamloseste mit dem „ehernen Lohngesetz“ beschwindelt und belogen haben, sondern der ehrliche Herr rühmt die Führer auch noch wegen dieses Schwindels und wegen dieser Lüge mit den Worten, daß dieses „thatsächlich nicht existirende“, nur „agitatorisch gebrauchte“ d. h. erfundene und seit 27 Jahren gebrauchte „eherne Lohngesetz“ „seinen Zweck auch herrlich erfüllt habe“. Sehen wir uns doch diesen Zweck und dessen „herrliche Erfüllung“ etwas näher an. Diese „herrliche Erfüllung“ des von den sozialdemokratischen Führern verfolgten Zweckes hat darin bestanden, daß im Laufe dieses Menschenalters Tausende von Arbeitern verzweifelt und mit bitteren Verwünschungen gegen Gott und die Menschheit gestorben und verdorben sind, weil sie ihren Führern glaubten, daß dieses erbarmungslose Gesetz unerschütterlich die Welt beherrsche. Hunderttausende sind in derselben Zeit durch diese Lüge zuerst der Sozialdemokratie zugetrieben und hier irre gemacht worden an ihrem Glauben und an ihrem Vaterlande, mit unauslöschlichem Haß erfüllt worden gegen die Ordnung des Staates und der Gesellschaft und gegen ihre Mitmenschen. Eine ehrliche, selbstständige Arbeiter-Partei hätte bei dem frechen Bekenntniß: „dieses sogenannte ‚eherne Lohngesetz‘ haben wir Euch blos vorgeschwindelt, um Euch einzufangen, und wenn auch Tausende von Arbeitern über diesen Schwindel Verstand und Gewissen verloren haben, und elend zu Grunde gegangen sind, so hat dieser Untergang der Unglücklichen doch unseren Zweck der Betölpelung der Arbeiter herrlich erfüllt“ — bei diesen frechen Worten hätte eine ehrliche und selbstständige Arbeiter-Partei vor brausendem, gerechtem Zorn den Redner nicht weiter reden lassen, ihn von der Tribüne gerissen und mit Schimpf und Schande ausgestoßen und davongejagt. Nicht so unsere Sozialdemokraten. In Halle regte sich keine Hand, kein Mund, keine Frage bei dieser schamlosen Offenbarung. Der niedrige Sklavensinn der angeblichen Freiheitsbrüder kennzeichnete sich wieder einmal auf's deutlichste an diesem Vorgang. Und noch weniger regte sich in Halle irgend eine Entrüstung über die unerhörten Worte Herrn Liebknecht's. Denn die sozialdemokratische Partei ist keine ehrliche Partei. Sie weiß, daß sie alle Welt belügt, und kann sich daher

nicht wundern, wenn sie, nach ihrem Lieblingssatze: „Wie Du mir, so ich Dir", auch von ihren Führern belogen wird. Für die außerhalb der sozialdemokratischen Partei stehenden neunzehn Zwanzigstel der deutschen Arbeiterschaft aber enthält dieser sittlich unaussprechlich traurige Vorgang mit furchtbarer Deutlichkeit die Lehre: daß die Sozialdemokratie sich auch dann noch der „herrlichen Erfüllung" ihrer Lügenzwecke rühmt, wenn diese den Untergang Tausender von Arbeitern herbeiführen!

Aber diese durchaus sittenlose und unsittliche Partei bedient sich nicht blos selbst der frechsten Lügen für ihre Parteizwecke, sondern sie sucht auch den Arbeiter geflissentlich aufzureizen zu Lüge und Treubruch gegen den Arbeitgeber, um dadurch das Verhältniß zwischen Arbeiter und Arbeitgeber unheilbar zu zerrütten und zu vergiften, und namentlich zu dem Zwecke, um den Arbeiter, welcher sich einmal auf diese schimpfliche Bahn verlocken läßt, unentrinnbar in ihr Parteinetz zu ziehen. Unzählige Beispiele aus den letzten 27 Jahren, insbesondere aus den Verhandlungen des Reichstags (z. B. über den sogenannten Puttkamer'schen Streikerlaß) könnten hierfür gegeben werden. Der Raum aber, welcher diesem Werke gezogen ist, fordert gebieterisch Beschränkung. So geben wir denn nur ein klassisches Beispiel aus jüngster Zeit. Die sozialdemokratische „Volkstribüne", neben dem amtlichen „Vorwärts" eines der gelesensten Parteiblätter, und von der Parteileitung vielfach benützt zu Offenbarungen, welche sie im „Vorwärts" nur deshalb nicht bringt, weil sie nicht wünscht, darauf festgenagelt zu werden, dieses Parteiblatt brachte Ende März 1891 einen Artikel unter der Ueberschrift „Moralische Flausen", in welchem es heißt, die Arbeiter lebten in einem Kriegszustande mit den anderen Gesellschaftsklassen, und im Kriege seien dem Feinde gegenüber alle Mittel erlaubt, die zum Ziele führen, und

„es würde sehr unsinnig sein, wenn man die Moral auf den großen geschichtlichen Kampf übertragen wollte. Gewiß, wir rathen den Arbeitern an, wo sie nicht stark genug sind, die Lüge als Kampfmittel anzuwenden. Sie brauchen sich nichts aus den moralischen Flausen zu machen, sie können ruhig der Gewalt die Lüge entgegensetzen." —

Und in einem Anfang April 1891 erschienenen amtlichen Aufruf an die deutschen Metallarbeiter, unterschrieben von zwei sozialdemokratischen Abgeordneten (Schwarz und Metzger, Mitglieder der Parteileitung) und bestätigt durch ein gleichzeitiges Zirkular der sozialdemokratischen Generalstreikkommission an alle deutschen Arbeiter, werden diese Arbeiter offen zur Heuchelei und Lüge aufgefordert durch die Zumuthung:

„wenn sie ihre sozialdemokratische Organisation nur dann erhalten können, wenn sie sich scheinbar dem Willen der Unternehmer fügen, sollen sie ruhig den Revers („die Zwangsakte“) unterzeichnen, durch welche sie den Herren auf Verlangen bescheinigen, daß sie keiner Organisation angehören. Jeder vernünftige (!) Arbeiter wird darum doch seiner Organisation treu bleiben.“

Ja, es darf als völlig unzweifelhaft und unangreifbar, auf Grund der Reichstagsverhandlungen über das Arbeiterschutzgesetz 1890 und 1891 festgestellt werden, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nur deshalb gegen dieses für die Arbeiter so unendlich werthvolle Gesetz gewühlt, gesprochen und gestimmt hat, weil dasselbe durch die Bestimmung, daß der Arbeitgeber einen Wochenlohn des Arbeiters einhalten könne und im Falle des Kontraktbruches als Entschädigung für den Kontraktbruch zurückhalten könne, in sehr vielen Fällen der frivolen Hetzerei der Sozialdemokratie zum Kontraktbruch, zur gröblichen Verletzung der Treue und des Wortes der Arbeiter, einen wirksamen Riegel vorschob. Lieber wollte die rothe Parteileitung da noch — wie ihr bezüglicher Antrag bewies — die vierzehntägige Kündigungsfrist zwischen Arbeitgeber und Arbeiter überhaupt streichen. Eine Partei, welche wirklich die Arbeiter liebt und schützen will, hätte einen solchen Antrag nimmermehr einbringen können, da die Arbeiter dadurch völlig der Willkür des Arbeitgebers preisgegeben wären, jeden Augenblick auf das Pflaster geworfen werden können. Denn unfraglich ist die vierzehntägige Kündigungsfrist in 99 von 100 Fällen ein Vortheil, nicht ein hemmendes Band der Freiheit für die Arbeiter. Aber von einer Partei, welche niemals in Wahrheit arbeiterfreundlich gewesen ist, sondern die Arbeiter nur verhetzt und ausbeutet für Parteizwecke, ist dieser arbeiterfeindliche Antrag vollkommen folgerichtig.

Denn sie will die Macht haben, jederzeit und überall, wo sie es für gut findet, den Streik anzusagen und ihn mit Zwang und Gewaltthätigkeit aller Art gegen die Arbeiter durchzuführen. Der Streik kann der Partei, auch wenn er Hunderten von Arbeiterfamilien Elend und Verderben bringt, nur nützen, nur eine „herrliche Erfüllung dieser Zwecke“ — um noch einmal mit Herrn Liebknecht zu reden — herbeiführen. Denn wenn er gelingt, so steht die Partei da im Strahlenglanze scheinbarer Allmacht. Mißlingt er, so schafft er Tausende von Unzufriedenen mehr, welche mit Gesellschaft, Staat und Ordnung, mit Gott und der Welt unheilbar zerfallen sind. Die ungeheure Wichtigkeit, welche die Leitung der sozialdemokratischen Partei und die Partei selbst den Streiks und Boycotts (Lokalsperren oder Kaufverboten) beilegt, erhellt am besten aus der Thatsache, daß die Berathungen über diesen Gegen-

stand weitaus den breitesten Raum der Verhandlungen des Kongresses in Halle einnahm (Protokolle S. 208—229 u. s. w.) Und wenn die Parteileitung hier mit Nachdruck die Zweischneidigkeit der Waffe der Streiks und Boycotts hervorhob und vor deren unüberlegten Anwendung warnte, so geschah doch auch das nicht etwa im „arbeiterfreundlichen" Sinne, sondern nur zu dem — in Halle auch vollständig erreichten — Zwecke, die Leitung des gesammten Streik- und Boycottwesen in ganz Deutschland in ihrer allmächtigen Hand zu vereinigen. Und daß sie von dieser „zweischneidigen" Waffe durchaus nicht zum Nutzen der Arbeiter Gebrauch gemacht hat, lehrt die statistisch (in den Annalen d. D. R. von G. Hirth) festgestellte Thatsache, daß in den Jahren 1890 und 1891 von den sozialdemokratischen Streiks über 67 Prozent, also über zwei Drittel vollständig mißlungen sind, und daß die übrigen nur außerordentlich geringfügige Erfolge errangen, welche die ungeheueren Opfer nicht entfernt lohnen. Ganz dieselbe Erfahrung ist übrigens seit einer langen Reihe von Jahren betreffs der sozialdemokratischen Streiks in Nordamerika gemacht worden, wie aus einem im Reichstag verlesenen Berichte des nordamerikanischen Arbeitsministers hervorgeht. Und die sittlich verwerfliche und entsittlichende Auffassung der Parteileitung drückt sich am besten in der frechen Behauptung aus, welche in Halle einstimmig Annahme fand: daß Streiks und Boycotts sowohl zum Angriff als zur Abwehr stets berechtigt seien. Wie tief die Partei in dieser sittlichen Auffassung gegen früher gesunken ist, beweist ein Wort des Herrn Bebel im Reichstag vom 2. Mai 1877 (Sten. Ber. S. 986), welcher damals, als der erste Boycottfall den Reichstag beschäftigte, ausrief:

> „Darauf erkläre ich offen und rückhaltslos, *daß ich ein solches Vorgehen meiner Parteigenossen entschieden mißbillige* und meines Theiles nichts dagegen habe, wenn *solche Vorkommnisse gesetzlich estraft werden.*"

Und so wenig die Partei diese für Tausende von Arbeitern nd ihre Familien verhängnißvollen Kraftproben und Kämpfe irndwie im Interesse der Arbeiter unternimmt, so zeigt auch ihr erhalten gegen die Streikenden, daß sie diese nicht als nothleidende impfende Brüder, sondern als willenlose Sklaven der Partei bendelt. Auch hierfür nur ein Beleg aus neuester Zeit. Die Kölische Zeitung meldete am 16. Januar 1891 den bekannten, durch erichtliches Urtheil festgestellten Fall, daß die Partei-Streikommission sich für die den feiernden Parteigenossen während des treiks gewährten Unterstützungen nicht etwa bloße Quittungen, ndern *Wechsel* unterschreiben läßt, welche gegen den Unglücklichen *ingeklagt* werden, wenn derselbe die Arbeit ohne Genehmigung

aufnimmt oder die Parteifahne verläßt. Das Gericht hat diese schamlose Klage wegen „unsittlichen Grundes" abgewiesen!

So, lieber deutscher Arbeiter, sehen Deine Freunde aus. Sie lassen Dir von Gott, Vaterland, Rechtssinn, Arbeitsfreude und Arbeitsstolz, Zucht, Treue und Ehrbarkeit gar nichts übrig, von Allem was Du besitzest, nur die Augen zum Weinen!

Daß nicht blos alle treuen deutschen Männer und Frauen, sie mögen irgend welcher Lebensstellung, irgend welcher Glaubens- und politischen Richtung angehören, so urtheilen über unsere Sozialdemokratie, das mag Dir zum Schlusse das Wort beweisen, welches der Führer der englischen Sozialdemokraten Burns gegenüber dem deutschen Reichstagsabgeordneten Möller aussprach, als dieser vor einigen Jahren die englische Arbeiterbewegung zum Gegenstande eingehender Studien machte. Burns sagte dem Sinne nach: die Lehre und Haltung der deutschen Sozialdemokratie sei „ein verdammter Schwindel, welchem ein englischer Arbeiter nicht einen Tag lang folgen würde!"

Nun, Du wirst Dich auch nicht für schlechter halten, als der englische Arbeiter sich hält, und es daher machen wie er: Du wirst „diesem verdammten Schwindel auch nicht einen Tag lang folgen!"

Druck von Ramm & Seemann, Leipzig.

